

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

24

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1959

W.I.LENIN

BAND 24

APRIL – JUNI 1917



DIETZ VERLAG BERLIN

1959



Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН • СОЧИНЕНИЯ

Dietz Verlag GmbH, Berlin • 1. Auflage 1959 • Printed in Germany
Alle Rechte vorbehalten • Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf
Verlagsbogen: 38,5 • Druckbogen: 39,75 • Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: Leipziger Volkszeitung III 18 138
ES 1 C

VORWORT

Die in Band 24 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin in der Zeit vom 3. April bis 3. Juni 1917.

Den Band eröffnen die berühmten Aprilthesen, in denen Lenin der Partei und dem Proletariat einen theoretisch begründeten und konkreten Kampfplan für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution gab und die Losung der Errichtung einer Sowjetrepublik als der besten politischen Form der Diktatur des Proletariats aufstellte.

In den Arbeiten „Briefe über die Taktik“, „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“, „Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats“ werden die Ideen der Aprilthesen weiterentwickelt.

Die Materialien der Petrograder Stadtkonferenz und der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz) enthalten Reden und Resolutionen Lenins zu allen Grundfragen des Krieges und der Revolution: über die politische Lage, über den Krieg, über die Stellung zur Provisorischen Regierung, über die Sowjets, zur Agrarfrage und zur nationalen Frage.

Die in der „Prawda“ veröffentlichten Artikel und Notizen Lenins („Über die Doppelherrschaft“, „Der Krieg und die Provisorische Regierung“, „Die Bedeutung der Verbrüderung“, „Wie dem Volke mit dem Bürgerschreck Angst gemacht wird“, „Über die ‚eigenmächtige Besitzergreifung‘ des Bodens“ und andere) hatten zum Ziel, die Massen über die Bedeutung der wichtigsten Ereignisse des politischen Lebens und des Klassenkampfes aufzuklären, sie um die bolschewistische Partei zusammenzuschließen und für die sozialistische Revolution vorzubereiten.

Der Band enthält ferner Materialien zur Revision des Parteiprogramms, in denen Lenin die Grundthesen für das neue Programm der Partei entwickelte.

Neunzehn im Band enthaltene Dokumente wurden erstmalig in die Werke W. I. Lenins aufgenommen.

Einen bedeutenden Teil dieser Dokumente bilden die Materialien der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz): neun Resolutionen (über den Krieg, über die Stellung zur Provisorischen Regierung, zur Agrarfrage, über die Revision des Parteiprogramms, über die Sowjets, zur nationalen Frage, über die politische Lage, zu dem Vorschlag von Borgbjerg, über die Vereinigung der Internationalisten gegen den kleinbürgerlichen Block der Vaterlandsverteidiger) sowie die „Einleitung zu den Resolutionen der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz)“.

Die schon früher in den Werken W. I. Lenins veröffentlichten Materialien der Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B) werden ergänzt durch den „Entwurf einer Resolution über die Stellung zu den Parteien der Sozialrevolutionäre, der Sozialdemokraten (Menschewiki), zur Partei der sogenannten ‚fraktionslosen‘ Sozialdemokraten und zu anderen verwandten politischen Strömungen“.

Der „Entwurf eines Artikels oder einer Rede zur Verteidigung der Aprilthesen“ gehört zu den Arbeiten, die die Ideen der Aprilthesen begründen und weiterentwickeln.

Das Flugblatt „Aufruf an die Soldaten aller kriegführenden Länder“ und die „Rede auf einer Kundgebung der Putilow-Werke am 12. (25.) Mai 1917“ erklären die Ursachen und die Ziele des weiter fortgesetzten imperialistischen Krieges und begründen die bolschewistischen Ansichten über die Mittel zur Beendigung des Krieges auf revolutionärem Wege.

Die „Resolution des ZK der SDAPR(B) vom 20. April (3. Mai) 1917 über die Krise anlässlich der Note der Provisorischen Regierung vom 18. April (1. Mai) 1917“ enthüllt den imperialistischen Charakter der Politik der Provisorischen Regierung.

Zu den erstmalig in die Werke aufgenommenen Arbeiten gehören ferner der „Brief an die Redaktion“ und drei in der „Prawda“ veröffentlichte Artikel: „Lügen, nichts als Lügen“, „Die Stärke der Kette wird durch die Stärke ihres schwächsten Gliedes bestimmt“, „Über wen lacht ihr? Über euch selbst!“, in denen Lenin die Menschewiki und Sozialrevolutionäre als Lakaien des Imperialismus entlarvt.

ÜBER DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS IN DER GEGENWÄRTIGEN REVOLUTION¹

*Veröffentlicht am 7. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 26.
Unterschrift: N. L e n i n.*

Nach dem Text der „Prawda“.

1 Lenin, Werke, Bd. 24

Erst am 3. April nachts in Petrograd eingetroffen, konnte ich in der Versammlung vom 4. April mein Referat über die Aufgaben des revolutionären Proletariats natürlich nur in meinem eigenen Namen und unter Hinweis auf meine ungenügende Vorbereitung halten.

Das einzige, was ich tun konnte, um mir und *ehrlichen* Opponenten die Arbeit zu erleichtern, war die Ausarbeitung *schriftlich* formulierter Thesen. Ich habe sie vorgelesen und den Text Gen. Zereteli überreicht. Ich habe sie sehr langsam und *zweimal* vorgelesen: zuerst in der Versammlung der Bolschewiki, sodann in der Versammlung der Bolschewiki und Menschewiki.

Ich veröffentliche diese meine persönlichen, nur mit ganz kurzen erläuternden Bemerkungen versehenen Thesen, die in meinem Referat viel eingehender entwickelt wurden.

THESEN

1. In unserer Stellung zum Krieg, der von seiten Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow und Co. – infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung – unbedingt ein räuberischer imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ unzulässig.

Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben: a) Übergang

der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.

In Anbetracht dessen, daß breite Schichten der revolutionären Vaterlandsverteidiger aus der Masse es zweifellos ehrlich meinen und den Krieg nur anerkennen in dem Glauben, daß er aus Notwendigkeit und nicht um Eroberungen geführt werde, in Anbetracht dessen, daß sie von der Bourgeoisie betrogen sind, muß man sie besonders gründlich, beharrlich und geduldig über ihren Irrtum, über den untrennbaren Zusammenhang von Kapital und imperialistischem Krieg aufklären, muß man den Nachweis führen, daß es ohne den Sturz des Kapitals *unmöglich* ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden.

Organisierung der allerbreitesten Propaganda dieser Auffassung unter den Fronttruppen.

Verbrüderung.

2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.

Dieser Übergang ist gekennzeichnet einerseits durch ein Höchstmaß an Legalität (Rußland ist *zur Zeit* von allen kriegführenden Ländern das freieste Land der Welt), anderseits dadurch, daß gegen die Massen keine Gewalt angewandt wird, und schließlich durch die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus.

Diese Eigenart fordert von uns die Fähigkeit, uns den *besonderen* Bedingungen der Parteiarbeit unter den unerhört breiten, eben erst zum politischen Leben erwachten Massen des Proletariats anzupassen.

3. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen, insbesondere hinsichtlich des Verzichts auf Annexionen. Entlarvung der Provisorischen Regierung statt der unzulässigen, Illusionen erweckenden „Forderung“,

diese Regierung, die Regierung der Kapitalisten, solle *aufhören*, imperialistisch zu sein.

4. Anerkennung der Tatsache, daß unsere Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem *Block aller* kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente, die dem Einfluß der Bourgeoisie erliegen sind und diesen Einfluß in das Proletariat hineintragen – von den Volkssozialisten und Sozialrevolutionären bis zum Organisationskomitee (Tschcheidse, Zereteli usw.), Steklow usw. usf.

Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung sind und daß daher unsere Aufgabe, solange sich *diese* Regierung von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann.

Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Irrtümern befreien.

5. Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtschaft.*

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten.

Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien.

Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden liegt in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten. Bildung besonderer Sowjets von

* D.h. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung.

Deputierten der armen Bauern. Schaffung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern (im Umfang von etwa 100 bis 300 Desjatinen, je nach den örtlichen und sonstigen Verhältnissen und nach dem Ermessen der örtlichen Institutionen) unter Kontrolle der Landarbeiterdeputierten und für Rechnung der Gesellschaft.

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

8. Nicht „Einführung“ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

9. Aufgaben der Partei:

- a) sofortige Einberufung des Parteitags;
- b) Änderung des Parteiprogramms, in der Hauptsache in folgenden Punkten:
 - 1. Imperialismus und imperialistischer Krieg;
 - 2. Stellung zum Staat und unsere Forderung eines „Kommunestaates“*;
 - 3. Berichtigung des veralteten Minimalprogramms;
- c) Änderung des Namens der Partei.**

10. Erneuerung der Internationale.

Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die Sozialchauvinisten und gegen das „Zentrum“***.

Damit der Leser verstehe, warum ich den „Fall“ ehrlicher Opponenten gesondert, als seltene Ausnahme, hervorzuheben genötigt war, bitte ich

* Das heißt eines Staates nach dem Vorbild der Pariser Kommune.

** Statt „Sozialdemokratie“, deren offizielle Führer in der ganzen Welt den Sozialismus verraten haben, indem sie zur Bourgeoisie übergingen (die „Vaterlandsverteidiger“ und die schwankenden „Kautskyaner“), müssen wir uns *Kommunistische Partei* nennen.

*** Als „Zentrum“ bezeichnet man in der internationalen Sozialdemokratie die Richtung, die zwischen den Chauvinisten (= „Vaterlandsverteidigern“) und den Internationalisten schwankt, nämlich: Kautsky und Co. in Deutschland, Longuet und Co. in Frankreich, Tschcheidse und Co. in Rußland, Turati und Co. in Italien, MacDonald und Co. in England usw.

ihn, den obigen Thesen folgenden Einwand des Herrn Goldenberg gegenüberzustellen: Lenin „hat die Fahne des Bürgerkriegs inmitten der revolutionären Demokratie aufgepflanzt“ (zitiert im „Jedinstwo“² des Herrn Plechanow, Nr. 5).

Eine Perle, nicht wahr?

Ich schreibe, lese vor, erkläre des langen und breiten: „In Anbetracht dessen, daß *breite* Schichten der revolutionären Vaterlandsverteidiger aus der *Masse* es zweifellos ehrlich meinen..., daß sie von der Bourgeoisie betrogen sind, muß man sie *besonders* gründlich, beharrlich und *geduldig* über ihren Irrtum aufklären...“

Die Herrschaften von der Bourgeoisie aber, die sich Sozialdemokraten nennen, die *weder* zu den *breiten* Schichten *noch* zu den Vaterlandsverteidigern aus der *Masse* gehören, haben die Stirn, meine Ansichten wie folgt wiederzugeben und zu interpretieren: „... die Fahne (!) des Bürgerkriegs“ (vom Bürgerkrieg ist weder in den Thesen ein Wort enthalten, noch war davon im Referat die Rede!) „inmitten (!!) der revolutionären Demokratie aufgepflanzt (!).“

Was ist das? Wodurch unterscheidet sich das von einer Pogromhetze? – von der „Russkaja Wolja“³?

Ich schreibe, lese vor, erkläre des langen und breiten: „Die Sowjets der Arbeiterdeputierten sind die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung, und daher kann unsere Aufgabe nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen...“

Die Opponenten einer gewissen Sorte aber interpretieren meine Ansichten als Aufruf zum „Bürgerkrieg inmitten der revolutionären Demokratie“!!

Ich habe die Provisorische Regierung angegriffen, weil sie *weder* einen baldigen *noch* überhaupt einen Termin für die Einberufung der Konstituierenden Versammlung festsetzte und mit bloßen Versprechungen davonzukommen trachtet. Ich habe nachzuweisen versucht, daß *ohne* die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Einberufung der Konstituierenden Versammlung nicht gesichert, ihr Gelingen unmöglich ist.

Und man unterstellt mir, ich sei gegen die baldigste Einberufung der Konstituierenden Versammlung!!!

Ich würde dies als „Fieberphantasien“ bezeichnen, hätten mich nicht

Jahrzehnte politischen Kampfes gelehrt, die Ehrlichkeit von Opponenten als seltene Ausnahme zu betrachten.

Herr Plechanow hat in seiner Zeitung meine Rede als „Fieberphantasie“ bezeichnet. Sehr gut, Herr Plechanow! Doch wie plump, ungeschickt und begriffsstutzig sind Sie in Ihrer Polemik! Wenn ich in meiner Rede zwei volle Stunden lang wie im Fieber phantasierte, warum duldeten dann Hunderte von Zuhörern diese „Fieberphantasie“? Weiter. Warum widmet Ihre Zeitung der Wiedergabe einer „Fieberphantasie“ eine ganze Spalte? Fürwahr, das reimt sich nicht, das reimt sich bei Ihnen ganz und gar nicht.

Es ist natürlich viel leichter, zu schreien, zu schimpfen, zu jammern, als den Versuch zu machen darzulegen, zu erklären, sich zu erinnern, *wie* Marx und Engels in den Jahren 1871, 1872 und 1875 über die Erfahrungen der Pariser Kommune und darüber urteilten, *was für einen Staat* das Proletariat braucht.⁴

Herr Plechanow, der ehemalige Marxist, erinnert sich anscheinend nicht gern des Marxismus.

Ich habe die Worte Rosa Luxemburgs zitiert, die am 4. August 1914 die *deutsche* Sozialdemokratie einen „stinkenden Leichnam“ genannt hat. Die Herren Plechanow, Goldenberg und Co. aber sind „gekränkt“ ... um wessentwillen? – um der *deutschen* Chauvinisten willen, die Chauvinisten genannt wurden!

Die armen russischen Sozialchauvinisten, Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat, sie sind ganz durcheinandergeraten.

WIE WIR GEREIST SIND⁵

In der sozialistischen Presse finden sich bereits Nachrichten darüber, daß die englische und die französische Regierung es abgelehnt haben, den internationalistischen Emigranten die Durchreise nach Rußland zu gestatten.

Die hier eingetroffenen 32 Emigranten verschiedener Parteien (darunter 19 Bolschewiki, 6 Bundisten, 3 Anhänger der Pariser internationalistischen Zeitung „Nasche Slowo“⁶) halten es für ihre Pflicht, folgendes zu erklären:

In unserem Besitz ist eine Reihe von Dokumenten, die wir veröffentlichen werden, sobald wir sie aus Stockholm erhalten (wir haben sie zurückgelassen, weil an der schwedisch-russischen Grenze die Agenten der englischen Regierung wirtschaften) – Dokumente, die vor aller Welt die traurige Rolle der genannten „verbündeten“ Regierungen in dieser Frage dartun werden. Zu diesem Punkt wollen wir zusätzlich nur bemerken: das Züricher Komitee für die Evakuierung der Emigranten, in dem 23 Gruppen vertreten sind (darunter das Zentralkomitee, das Organisationskomitee, die Sozialrevolutionäre, der „Bund“ usw.), konstatierte in einer einstimmig angenommenen Resolution öffentlich die Tatsache, daß die englische Regierung entschlossen ist, die internationalistischen Emigranten zu hindern, in ihre Heimat zurückzukehren, um am Kampf gegen den imperialistischen Krieg teilzunehmen.

Schon in den ersten Tagen der Revolution wurde den Emigranten diese Absicht der englischen Regierung klar. Damals entstand in einer Beratung der Vertreter der Partei der Sozialrevolutionäre (M. A. Natanson), des Organisationskomitees der SDAPR⁷ (L. Martow) und des „Bund“ (Kos-

sowski) der Plan (er ging von L. Martow aus), die Genehmigung zur Durchreise der Emigranten durch Deutschland im Austausch gegen in Rußland internierte deutsche und österreichische Gefangene zu erwirken.

In diesem Sinne wurden mehrere Telegramme nach Rußland geschickt, und gleichzeitig wurden durch Vermittlung schweizerischer Sozialisten Schritte zur Verwirklichung dieses Planes unternommen.

Die nach Rußland gesandten Telegramme wurden zurückgehalten – augenscheinlich von unserer Provisorischen „revolutionären Regierung“ (bzw. von ihren Anhängern).

Nachdem wir zwei Wochen lang vergeblich auf eine Antwort aus Rußland gewartet hatten, entschlossen wir uns, den erwähnten Plan selbst auszuführen. (Andere Emigranten wollten einstweilen warten, denn sie hielten es noch nicht für erwiesen, daß die Provisorische Regierung wirklich nichts unternehmen würde, um die Rückkehr aller Emigranten zu ermöglichen.)

Die Angelegenheit lag in den Händen des Schweizer internationalistischen Sozialisten Fritz Platten. Dieser traf genaue schriftliche Vereinbarungen mit dem deutschen Gesandten in der Schweiz. Wir werden den Text dieser Vereinbarungen veröffentlichen. Ihre Hauptpunkte sind: 1. Es reisen alle Emigranten, unabhängig von ihrer Stellung zum Krieg. 2. Der Wagen, in dem die Emigranten reisen, genießt das Recht der Exterritorialität. Niemand ist berechtigt, den Wagen ohne Plattens Erlaubnis zu betreten. Keine Kontrolle, weder der Pässe noch des Gepäcks. 3. Die Zurückkehrenden verpflichten sich, in Rußland für den Austausch einer entsprechenden Anzahl österreichischer und deutscher Internierter zu agitieren.

Die Durchreisenden haben alle Versuche der deutschen Mehrheitssozialisten, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen, entschieden zurückgewiesen. Platten begleitete den Wagen während der ganzen Fahrt. Er wollte mit uns bis Petrograd reisen, wurde aber an der russischen Grenze (Torneå) zurückgehalten. Wir wollen hoffen, nur auf kurze Zeit. Alle Unterhandlungen wurden unter Beteiligung einer Reihe ausländischer internationalistischer Sozialisten und in vollster Solidarität mit ihnen geführt. Das Protokoll über die Reise wurde unterzeichnet: von zwei französischen Sozialisten, Lorient und Guilbeaux, einem Sozialisten der Liebknechtgruppe (Hartstein), dem Schweizer Sozialisten Platten, dem

polnischen Sozialdemokraten Bronski, den schwedischen sozialdemokratischen Abgeordneten Lindhagen, Karlson, Ström, Ture Nerman und anderen.

„Wäre Karl Liebknecht heute in Rußland, so würden ihn die Miljukow gern nach Deutschland lassen; die Bethmann Hollweg lassen euch russische Internationalisten nach Rußland. Eure Aufgabe ist es, nach Rußland zu fahren und dort sowohl gegen den deutschen als auch gegen den russischen Imperialismus zu kämpfen.“ Das sagten uns die genannten internationalistischen Genossen. Wir denken, sie hatten recht. Wir werden dem Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über unsere Reise Bericht erstatten und hoffen, daß es die Befreiung einer entsprechenden Anzahl von Internierten, in erster Linie des namhaften österreichischen Sozialisten Otto Bauer, erwirken und allen Emigranten – und nicht nur den Sozialpatrioten – die Rückkehr nach Rußland ermöglichen wird. Wir hoffen, daß das Exekutivkomitee auch dem unerhörten Zustand ein Ende machen wird, daß man keine Zeitung, sofern sie weiter links steht als die „Retsch“⁸, über die Grenze läßt und daß selbst das Manifest des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten⁹ an die Arbeiter aller Länder nicht in die Auslandspresse gelangen kann.

Geschrieben am 4. (17.) April 1917.

*Veröffentlicht am 5. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 24 und
in den „Iswestija“ Nr. 32.*

*Nach dem Text der „Prawda“,
verglichen mit dem Text der
„Iswestija“.*

ZWEI WELTEN

Die Zeitungen der Kapitalisten vom Schlage der „Retsch“ und des „Nowoje Wremja“¹⁰ bringen Artikel gegen unsere Reise durch Deutschland mit dunklen Andeutungen, ob nicht die Zurückgekehrten Handlanger der deutschen Imperialisten seien.*

Die Zeitung „Iswestija Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“¹¹ bringt *vollständig* den Bericht, den gestern die „Prawda“¹² veröffentlicht** und der dem Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten *sofort* nach der Ankunft erstattet wurde; außer dem Bericht bringen die „Iswestija“ noch den Beschluß des Exekutivkomitees. Dieser Beschluß wird von der Redaktion der „Iswestija Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“ wie folgt wiedergegeben:

„Das Exekutivkomitee hat nach Entgegennahme des Berichts der Genossen Surabow und Sinowjew beschlossen, sich sofort an die Provisorische Regierung zu wenden und Maßnahmen zu treffen, um allen Emigranten, unabhängig von ihren politischen Ansichten und ihrer Stellung zum Krieg, die sofortige Rückkehr nach Rußland zu ermöglichen. Über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung werden wir in den nächsten Tagen berichten. Die Red.“

Hier habt ihr ein kleines – ein sehr kleines, aber sehr charakteristisches – Bild zweier Welten. Die Welt der Kapitalisten, der „Retsch“, der „Russkaja Wolja“, des „Nowoje Wremja“ mit ihren schmutzigen An-

* Das „Material“, mit dem die berühmte – traurig berühmte – „Russkaja Wolja“ in ihrem gegen uns gerichteten Artikel aufwartet, ist ganz im Geiste der „Retsch“. Ob die Herren Miljukow und Co. sich einer solchen Nachbarschaft nicht schämen werden?

** Wird die „Retsch“ sich entschließen, ihn abzudrucken?

spielungen, niederträchtigen Verdächtigungen gegen die Sozialisten; und die Welt der revolutionären Demokratie, der Arbeiter- und Soldaten-deputierten, die in ruhiger, bestimmter und würdiger Form beschlossen hat, „Maßnahmen zu treffen“. Maßnahmen wozu? Um zu erfüllen, was die Provisorische Regierung *nicht* erfüllt hat!

Heißt das nicht der Provisorischen Regierung eine Rüge erteilen?

Und ist diese Rüge nicht verdient?

Wohlgemerkt, das Exekutivkomitee hat diese Resolution angenommen, obwohl es sich über seine *politischen* Differenzen mit den Bolschewiki klar war. Für die Kapitalisten wäre das ein Anlaß zu Verdächtigungen. Menschlichen Anstand – in der Welt der Kapitalisten soll man ihn nicht suchen.

„Prawda“ Nr. 25,
6. April 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

ENTWURF EINES ARTIKELS ODER EINER REDE ZUR VERTEIDIGUNG DER APRILTHESEN

1. Es droht der ökonomische Zusammenbruch. *Darum* wäre die Beseitigung der Bourgeoisie ein Fehler.

(Das ist eine bürgerliche Schlußfolgerung. Je näher der Zusammenbruch, desto dringender die Beseitigung der Bourgeoisie.)

2. Das Proletariat ist unorganisiert, schwach, nicht klassenbewußt.

(Das ist richtig. Darum besteht die ganze Aufgabe darin, gegen jene *kleinbürgerlichen* Führer, jene sogenannten Sozialdemokraten (Tschcheidse, Zereteli, Steklow), zu kämpfen, die die Massen einlullen, ihnen Vertrauen zur Bourgeoisie einflößen wollen.

Keine Vereinigung mit diesen Kleinbürgern (Tschcheidse, Steklow, Zereteli), sondern *Zerschlagung* dieser Sozialdemokratie, die die Revolution des Proletariats *zugrunde richtet*.)

3. Die Revolution ist im gegebenen Stadium eine bürgerliche. Darum kein „sozialistisches Experiment“.

(Das ist ein durch und durch bürgerliches Argument. Von einem „sozialistischen Experiment“ spricht niemand. Eine konkrete, marxistische Orientierung verlangt jetzt nicht nur die Einschätzung der Klassen, sondern auch der Institutionen.)

Die Herren, die die Revolution durch die süßliche Phrase abzuwürgen suchen (Tschcheidse, Zereteli, Steklow), zerren die Revolution zurück: *von* den Sowjets der Arbeiterdeputierten zur „Alleinherrschaft“ der Bourgeoisie, zu einer bürgerlichen parlamentarischen Dutzendrepublik.

Wir müssen geschickt, vorsichtig, durch Erhellung der Köpfe das Proletariat und die arme Bauernschaft *vorwärts* führen von der „Doppelherrschaft“ zur *unumschränkten Herrschaft* der Sowjets

der Arbeiterdeputierten, und das eben ist die Kommune im Sinne von Marx, im Sinne der Erfahrungen von 1871.

Die Frage ist nicht, wie schnell man gehen soll, sondern wohin man gehen soll.

Die Frage ist nicht, ob die Arbeiter vorbereitet sind, sondern *wie* und *worauf* man sie vorbereiten soll.

Da die Manifeste und Aufrufe des Sowjets der Arbeiterdeputierten über den Krieg usw. hohlstes und verlogenes kleinbürgerliches Geschwätz sind, das lediglich das Volk einlullt, so besteht unsere Aufgabe vor allem, wie ich schon gesagt habe, in der Erhellung der Köpfe, in der Befreiung der Massen von dem *bürgerlichen* Einfluß der Tschcheidse, Steklow, Zereteli und Co.

Die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ des Sowjets der Arbeiterdeputierten, d. h. Tschcheidses, Zeretelis und Steklows, ist eine, weil durch süßliche Phrasen bemäntelte, hundertmal schädlichere chauvinistische Strömung, ist ein *Versuch*, die Massen mit der Provisorischen revolutionären Regierung zu versöhnen.

Die stumpfe, nicht klassenbewußte, von den Herren Tschcheidse, Zereteli, Steklow und Co. hinters Licht geführte Masse begreift nicht, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik ist, daß Kriege von den *Regierungen* geführt werden.

Man muß klarstellen, daß das „Volk“ dem Krieg nur dann ein Ende machen oder seinen Charakter ändern kann, wenn es den *Klassencharakter* der Regierung ändert.

Geschrieben zwischen dem 4. und 12.

(17. und 25.) April 1917.

Zuerst veröffentlicht am

21. Januar 1933 in der

„Prawda“ Nr. 21.

Nach dem Manuskript.

LOUIS-BLANC-POLITIK

Der französische Sozialist Louis Blanc hat in der Revolution von 1848 eine traurige Berühmtheit dadurch erlangt, daß er den Standpunkt des Klassenkampfes mit dem kleinbürgerlicher Illusionen vertauschte, die unter dem Deckmantel einer scheinbar „sozialistischen“ Phraseologie in Wirklichkeit nur dazu dienen, den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat zu festigen. Louis Blanc erwartete Hilfe von der Bourgeoisie, er hoffte und weckte die Hoffnung, die Bourgeoisie *könnte* den Arbeitern bei der „Organisation der Arbeit“ – dieser unklare Terminus sollte „sozialistische“ Bestrebungen zum Ausdruck bringen – helfen.

Die Louis-Blanc-Politik hat jetzt in Rußland in der „Sozialdemokratie“ des rechten Flügels, in der Partei des Organisationskomitees, einen vollen Sieg errungen. Tschcheidse, Zereteli, Steklow und viele andere, die heute an der Spitze des Petrograder Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten stehen und auch in der dieser Tage beendeten Gesamtrussischen Beratung der Sowjets¹³ die Führung hatten, haben eben die Position Louis Blancs bezogen.

In allen Hauptfragen des gegenwärtigen politischen Lebens stehen diese Führer, die im großen und ganzen dieselben Ansichten vertreten wie die in allen Ländern zu findende Richtung des „Zentrums“, wie Kautsky, Longuet, Turati und viele andere, eben auf dem kleinbürgerlichen Standpunkt Louis Blancs. Nehmen wir die Frage des Krieges.

Für den proletarischen Standpunkt ist kennzeichnend die klare *klassenmäßige* Charakterisierung des Krieges und die unversöhnliche Gegnerschaft gegen den imperialistischen Krieg, d. h. gegen den Krieg *zwischen* Gruppen kapitalistischer (*gleichviel*, ob monarchistischer oder republikanischer) Länder *um* die Teilung der kapitalistischen Beute.

Der kleinbürgerliche Standpunkt unterscheidet sich vom bürgerlichen (offene Rechtfertigung des Krieges, offene „Verteidigung des Vaterlands“, d. h. Verteidigung der „Interessen“ der *eigenen* Kapitalisten, Verteidigung *ihrer* „Rechte“ auf Annexionen) dadurch, daß der Kleinbürger Annexionen „verwirft“, den Imperialismus „verurteilt“, von der Bourgeoisie „fordert“, sie solle im Rahmen der internationalen imperialistischen Verknüpfungen und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufhören, imperialistisch zu sein. Der Kleinbürger beschränkt sich auf diese fromme, harmlose, leere Deklamation und trottet so in *Wirklichkeit* nur hilflos *hinter* der Bourgeoisie her, er „sympathisiert“ in dem einen oder anderen Punkt in Worten mit dem Proletariat, bleibt aber in der Tat abhängig von der Bourgeoisie und ist nicht fähig oder nicht willens, den Weg zum Sturz der Herrschaft des Kapitals zu erkennen, auf dem allein sich die Menschheit vom Imperialismus befreien kann.

Von den bürgerlichen Regierungen zu „fordern“, sie sollten eine „*feierliche Deklaration*“ erlassen im Geiste der Ablehnung von Annexionen – das ist für den Kleinbürger der Gipfel des Mutes und ein Musterbeispiel antiimperialistischer „Zimmerwalder“ Grundsatzfestigkeit. Es ist nicht schwer zu sehen, daß dies Louis-Blanc-Politik schlimmster Sorte ist. Erstens wird ein nur halbwegs erfahrener bürgerlicher Politikaster niemals darum verlegen sein, „glänzende“, effektvolle, wohlklingende, nichtsagende, zu nichts verpflichtende Phrasen gegen Annexionen „schlechthin“ in jeder Menge zu produzieren. Gilt es aber die *Tat*, so ist es leicht, irgendeinen Kniff zu finden, etwa so, wie kürzlich die „Retsch“, die den traurigen Mut hatte, zu erklären, daß Kurland (das heute von den imperialistischen Räubern des bourgeois Deutschland annektiert ist) *keine* russische Annexion sei!!

Das ist der empörendste Roßtäuscherkniff, der unerhörteste Betrug der Arbeiter seitens der Bourgeoisie, denn wer auch nur einigermaßen das politische Abc kennt, wird zugeben müssen, daß Kurland *immer* eine russische *Annexion* war.

Wir richten an die „Retsch“ die offene und direkte Aufforderung: 1. sie möge dem Volke eine politische Definition des Begriffs „Annexion“ geben, die auf *alle* Annexionen der Welt zutrifft, sowohl auf die deutschen wie auf die englischen und russischen, auf die Annexionen der Vergangenheit wie die der Gegenwart, auf alle Annexionen ohne Ausnahme;

2. sie möge klar und deutlich sagen, was es ihrer Meinung nach heißt, auf *Annexionen zu verzichten*, nicht in Worten, sondern in der Tat. Sie möge eine politische Definition des Begriffs „tatsächlicher Verzicht auf Annexionen“ geben, die sich nicht nur auf die Deutschen bezieht, sondern auch auf die Engländer und auf alle Völker, die jemals irgendwelche Annexion vollzogen haben.

Wir behaupten, daß die „Retsch“ entweder unserer Aufforderung ausweichen oder vor dem ganzen Volk durch uns entlarvt werden wird. Und gerade angesichts der von der „Retsch“ angeschnittenen Kurlandfrage ist unser Streit kein theoretischer, sondern ein praktischer Streit, ein Streit von unmittelbarstem, brennendstem und aktuellstem Interesse.

Zweitens. Nehmen wir sogar, wenn auch nur für einen Augenblick, an, daß die bürgerlichen Minister die personifizierte Rechtschaffenheit seien, daß die Gutschkow, Lwow, Miljukow und Co. ganz ehrlich *glauben*, es sei möglich, auch unter Beibehaltung des Kapitalismus auf Annexionen zu verzichten, und daß sie auf Annexionen verzichten *wollen*.

Gehen wir einen Augenblick lang sogar von dieser Annahme aus – ganz im Geiste Louis Blancs.

Es fragt sich, darf ein erwachsener Mensch sich damit begnügen, was jemand von sich *denkt*, ohne das an Hand dessen zu prüfen, was er *tut*? Darf ein Marxist Wünsche und Erklärungen der objektiven Wirklichkeit *gleichsetzen*?

Nein, er darf es nicht.

Die Annexionen sind bedingt durch die Verquickung des Finanzkapitals, des Bankkapitals, des imperialistischen Kapitals. *Hierin* besteht die heutige, die wirtschaftliche Grundlage der Annexionen. Von dieser Seite aus betrachtet, ist die Annexion der politisch garantierte *Profit* aus den in Tausenden und aber Tausenden Unternehmungen der annektierten Länder „investierten“ Milliardenkapitalien.

Es ist *unmöglich*, selbst bei gutem Willen, auf die Annexionen zu verzichten, *ohne* entscheidende Schritte zum Sturz der Herrschaft des Kapitals zu tun.

Bedeutet dies etwa, wie das „Jedinstwo“, die „Rabotschaja Gaseta“¹⁴ und andere „Louis Blancs“ unseres Kleinbürgertums zu folgern bereit sind und wirklich folgern, daß man die entscheidenden Schritte zum

Sturz des Kapitals *nicht* tun soll? daß man sich mit irgendwelchen An-
nexionen – und seien es noch so kleine – abfinden soll?

Nein. Man *muß* energische Schritte zum Sturz des Kapitals tun. Dabei
muß man geschickt und allmählich vorgehen, gestützt *lediglich* auf
das Bewußtsein und die Organisiertheit der erdrückenden Mehrheit der
Arbeiter und der armen Bauern. Aber diese Schritte muß man tun. Und
die Sowjets der Arbeiterdeputierten haben an manchen Orten Rußlands
bereits begonnen, sie zu tun.

Die Forderung des Tages ist: entschlossene, unwiderrufliche Abgren-
zung von den Louis Blancs, von den Tschcheidse, Zereteli, Steklow, von
der Partei des Organisationskomitees, von der Partei der Sozialrevolu-
tionäre usw. usf. Aufklärung der Massen darüber, daß die Louis-Blanc-
Politik die erfolgreiche Weiterentwicklung der Revolution und sogar die
Freiheit in Frage stellt, ja unmöglich macht, wenn die Massen die Schäd-
lichkeit dieser kleinbürgerlichen Illusionen nicht begreifen und sich nicht
den klassenbewußten Arbeitern bei ihren vorsichtigen, allmählichen, über-
legten, aber festen und unverzüglich einzuleitenden Schritten zum Sozia-
lismus anschließen.

Außerhalb des Sozialismus gibt es für die Menschheit *keine* Rettung
vor Kriegen, vor Hungersnot, vor dem Untergang weiterer Millionen
und aber Millionen von Menschen.

„Prawda“ Nr. 27,

8. April 1917.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Prawda“.

ÜBER DIE DOPPELHERRSCHAFT

Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen.

Die höchst bemerkenswerte Eigenart unserer Revolution besteht darin, daß sie eine *Doppelherrschaft* geschaffen hat. Über diese Tatsache muß man sich vor allem klarwerden; bevor man sie nicht begriffen hat, kann man nicht vorwärtsschreiten. So muß man z. B. die alten „Formeln“ des Bolschewismus zu ergänzen und zu korrigieren verstehen, da sie zwar, wie sich gezeigt hat, im allgemeinen richtig waren, ihre konkrete Anwendung sich aber anders *gestaltete*. An Doppelherrschaft hat früher *niemand* gedacht und konnte niemand denken.

Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der *Bourgeoisie*, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende *andere Regierung* herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Wie ist diese andere Regierung klassenmäßig zusammengesetzt? Aus dem Proletariat und der (in Soldatenröcke gesteckten) Bauernschaft. Welcherart ist der politische Charakter dieser Regierung? Sie ist eine revolutionäre Diktatur, d. h. eine Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Machtergreifung stützt, auf die unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten, und *nicht auf ein* von einer zentralisierten Staatsmacht erlassenes Gesetz. Sie ist eine Macht von ganz anderer Art als die in der parlamentarischen bürgerlich-demokratischen Republik des bisher allge-

mein üblichen, in den fortgeschrittenen Ländern Europas und Amerikas herrschenden Typus. Diesen Umstand läßt man oft außer acht, denkt oft nicht genug über ihn nach, während das gerade der springende Punkt ist. Diese Macht ist eine Macht von *demselben Typus*, wie es die Pariser Kommune von 1871 war. Die Grundmerkmale dieses Typus sind: 1. Quelle der Macht ist nicht das vorher vom Parlament beratene und beschlossene Gesetz, sondern die direkte, von unten kommende Initiative der Volksmassen im Lande, die direkte „Machtergreifung“, um diesen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen; 2. Ersetzung von Polizei und Armee als vom Volke getrennte und dem Volke entgegengestellte Institutionen durch die direkte Bewaffnung des ganzen Volkes; die Staatsordnung wird unter einer solchen Macht von den bewaffneten Arbeitern und Bauern *selbst*, vom bewaffneten Volke *selbst* geschützt; 3. ebenso wird die Beamtenschaft, die Bürokratie, entweder durch die unmittelbare Herrschaft des Volkes selbst ersetzt oder zumindest unter besondere Kontrolle gestellt; die Beamten verwandeln sich in nicht nur wählbare, sondern auch auf die erste Forderung des Volkes hin *absetzbare* Personen, ihre Rolle wird auf die von einfachen Bevollmächtigten reduziert: aus einer privilegierten Schicht mit hoher, bourgeois Bezahlung ihrer „Pöstchen“ verwandeln sie sich in Arbeiter einer besonderen „Waffengattung“, deren Entlohnung *nicht höher* ist als der übliche Lohn eines guten Arbeiters.

Darin und *nur* darin besteht das *Wesen* der Pariser Kommune als eines besonderen Staatstypus. Dieses Wesen haben die Herren Plechanow (die offenen Chauvinisten, die den Marxismus verraten haben), die Kautsky (die „Zentristen“, d. h. die zwischen Chauvinismus und Marxismus Schwankenden) und überhaupt alle gegenwärtig herrschenden Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre usw. vergessen bzw. entstellt.

Man sucht mit Phrasen loszukommen, hüllt sich in Schweigen, macht Ausflüchte, beglückwünscht einander tausendmal zur Revolution und will nicht darüber *nachdenken*, was denn die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sind. Man will die offensichtliche Wahrheit nicht sehen, daß, inwieweit diese Sowjets bestehen, *inwieweit* sie eine Staatsmacht sind, insoweit in Rußland ein Staat vom *Typus* der Pariser Kommune besteht.

Ich betonte: „inwieweit“. Denn sie sind erst die Keime einer Staatsmacht. Sowohl durch ein direktes Abkommen mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung als auch durch eine Reihe faktischer Zugeständnisse

lieferte und liefert diese Macht selber ihre Positionen an die Bourgeoisie aus.

Warum? Etwa weil die Tschcheidse, Zereteli, Steklow und Co. einen „Fehler“ begehen? Unsinn. So kann ein Spießher denken, nicht aber ein Marxist. Der Grund ist das *ungenügende Klassenbewußtsein* und die *ungenügende Organisiertheit* der Proletarier und Bauern. Der „Fehler“ der genannten Führer liegt in ihrer kleinbürgerlichen Haltung, liegt darin, daß sie das Bewußtsein der Arbeiter *trüben*, anstatt es zu klären, daß sie kleinbürgerliche Illusionen *einflößen*, statt sie zu zerstören, daß sie den Einfluß der Bourgeoisie auf die Massen *stärken*, anstatt die Massen von diesem Einfluß zu befreien.

Daraus sollte schon klar sein, warum auch unsere Genossen so viele Fehler begehen, wenn sie ganz „einfach“ die Frage stellen: Soll die Provisorische Regierung sofort gestürzt werden?

Ich antworte: 1. sie muß gestürzt werden, denn sie ist eine oligarchische, bürgerliche Regierung und keine Volksregierung; sie *kann weder Frieden noch Brot noch volle Freiheit* geben; 2. sie kann jetzt nicht gestürzt werden, denn sie hält sich durch ein direktes und indirektes, formelles und faktisches *Abkommen* mit den Sowjets der Arbeiterdeputierten, vor allem aber mit dem wichtigsten, dem Petrograder Sowjet; 3. sie kann überhaupt nicht auf dem gewöhnlichen Wege „gestürzt“ werden, denn sie basiert auf der „*Unterstützung*“ der Bourgeoisie durch die *zweite* Regierung, durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten; diese Regierung aber ist die einzig mögliche revolutionäre Regierung, die unmittelbar das Bewußtsein und den Willen der Mehrheit der Arbeiter und Bauern zum Ausdruck bringt. Einen höheren, besseren Typus der Regierung als die Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten hat die Menschheit nicht hervorgebracht und kennen wir bisher nicht.

Um zur Staatsmacht zu werden, müssen die klassenbewußten Arbeiter die Mehrheit für sich gewinnen: *solange* den Massen gegenüber keine Gewalt angewendet wird, gibt es keinen anderen Weg zur Macht. Wir sind keine Blanquisten, keine Anhänger der Machtergreifung durch eine Minderheit. Wir sind Marxisten, Anhänger des proletarischen Klassenkampfes gegen den kleinbürgerlichen Taumel, gegen den Chauvinismus und die Vaterlandsverteidigung, gegen die Phrase, gegen die Abhängigkeit von der Bourgeoisie.

Schaffen wir eine proletarische kommunistische Partei; Elemente einer solchen Partei haben die besten Anhänger des Bolschewismus bereits geschaffen; schließen wir uns zur proletarischen Klassenarbeit zusammen, und von den Proletariern, von den *armen* Bauern wird sich eine größere und immer größere Zahl auf unsere Seite stellen. Denn das *Leben* wird tagtäglich die kleinbürgerlichen Illusionen der „Sozialdemokraten“, der Tschcheidse, Zereteli, Steklow usw., der „Sozialrevolutionäre“, der Kleinbürger noch „reineren“ Wassers, usw. usf. zerschlagen.

Die Bourgeoisie ist für die Alleinherrschaft der Bourgeoisie.

Die klassenbewußten Arbeiter sind für die Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten, für die Alleinherrschaft, die vorbereitet wird durch die *Klärung* des proletarischen Klassenbewußtseins, durch seine *Befreiung* vom Einfluß der Bourgeoisie, nicht aber durch Abenteuer.

Das Kleinbürgertum – die „Sozialdemokraten“, die Sozialrevolutionäre usw. usf. – schwankt und *behindert* diese Klärung, diese Befreiung.

Das ist das tatsächliche, *klassenmäßige* Kräfteverhältnis, das unsere Aufgaben bestimmt.

„Prawda“ Nr. 28,

9. April 1917.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Prawda“.

BRIEFE ÜBER DIE TAKTIK¹⁵

VORBEMERKUNG

Am 4. April 1917 referierte ich in Petrograd über das im Titel angegebene Thema, und zwar zunächst in einer Versammlung von Bolschewiki. Es waren das Delegierte der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die abreisen mußten und mir deshalb keinerlei Aufschub geben konnten. Am Schluß der Versammlung schlug mir der Vorsitzende, Gen. G. Sinowjew, im Namen der ganzen Versammlung vor, mein Referat sofort in einer gemeinsamen Versammlung bolschewistischer und menschewistischer Delegierter zu wiederholen, die die Frage der Wiedervereinigung der SDAPR zu diskutieren wünschten.

So schwer es mir auch fiel, mein Referat sofort zu wiederholen, so hielt ich mich doch nicht für berechtigt, abzulehnen, zumal dies der Wunsch sowohl meiner *Gesinnungsgenossen* als auch der Menschewiki war und sie mir, da sie abreisen mußten, wirklich keinen Aufschub geben konnten.

Im Laufe des Referats verlas ich meine in Nr. 26 der „Prawda“ vom 7. April 1917 veröffentlichten Thesen.*

Sowohl die Thesen wie auch mein Referat riefen unter den Bolschewiki selbst und innerhalb der Redaktion der „Prawda“ Meinungsverschiedenheiten hervor. Nach einer Reihe von Beratungen kamen wir einstimmig

* Ich veröffentliche die Thesen mit den kurzen erläuternden Bemerkungen aus dieser Nummer der „Prawda“ nochmals als Beilage zum vorliegenden Brief. (Siehe den vorliegenden Band, S. 3—6. *Die Red.*)

zu dem Schluß, daß es am zweckmäßigsten wäre, diese Meinungsverschiedenheiten *in der Öffentlichkeit* zu diskutieren, um auf diese Weise der am 20. April 1917 in Petrograd zusammentretenden Gesamtrussischen Konferenz unserer Partei (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, vereinigt durch das Zentralkomitee) Material zu liefern.

In Ausführung dieses Beschlusses über die Einleitung einer Diskussion veröffentliche ich nun nachstehende *Briefe*, wobei ich nicht den Anspruch erhebe, in ihnen die Frage *allseitig* untersucht zu haben, vielmehr nur die Hauptgesichtspunkte aufzeigen möchte, die für die *praktischen* Aufgaben der Bewegung der Arbeiterklasse besonders wesentlich sind.

ERSTER BRIEF

DIE EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN LAGE

Der Marxismus verlangt von uns die genaueste, objektiv nachprüfbare Analyse des Wechselverhältnisses der Klassen und der konkreten Besonderheiten jedes geschichtlichen Zeitpunkts. Wir Bolschewiki waren stets bestrebt, dieser vom Standpunkt jeder wissenschaftlichen Begründung der Politik ganz unerläßlichen Forderung gerecht zu werden.

„Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln“¹⁶ – das betonten Marx und Engels ständig, wobei sie sich mit vollem Recht über das Einochsen und einfache Wiederholen von „Formeln“ lustig machten, die bestenfalls nur geeignet sind, die *allgemeinen* Aufgaben vorzuzeichnen, die durch die *konkrete* ökonomische und politische Situation in jedem besonderen *Zeitabschnitt* des geschichtlichen Prozesses zwangsläufig modifiziert werden.

Von welchen genau festgestellten, objektiven *Tatsachen* muß die Partei des revolutionären Proletariats jetzt ausgehen, um die Aufgaben und Formen ihres Handelns zu bestimmen?

Sowohl in meinem in der „Prawda“ Nr. 14 und 15 vom 21. und 22. März 1917 veröffentlichten ersten „Brief aus der Ferne“ („Die erste Etappe der ersten Revolution“) als auch in meinen Thesen definiere ich „die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland“ als Periode des *Übergangs* von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten. Und

deshalb erachtete ich als Hauptlosung, als „Aufgabe des Tages“, zu *dem* Zeitpunkt folgendes: „Arbeiter! Ihr habt im Bürgerkrieg gegen den Zarismus Wunder an proletarischem Heldentum, an Volksheldentum vollbracht. Ihr müßt Wunder an Organisation des Proletariats und des gesamten Volkes vollbringen, um euren Sieg in der zweiten Etappe der Revolution vorzubereiten.“ („Prawda“ Nr. 15.)*

Worin besteht nun die erste Etappe?

Im Übergang der Staatsmacht an die Bourgeoisie.

Bis zur Februar-März-Revolution 1917 befand sich die Staatsmacht in Rußland in den Händen einer alten Klasse: der Klasse der adligen fröhlichen Gutsbesitzer, mit Nikolaus Romanow an der Spitze.

Nach dieser Revolution befindet sich die Staatsmacht in den Händen einer *anderen*, neuen Klasse: der *Bourgeoisie*.

Der Übergang der Staatsmacht aus den Händen einer *Klasse* in die einer anderen ist das erste, wichtigste, grundlegende Merkmal einer *Revolution*, sowohl in der streng wissenschaftlichen wie auch in der praktisch-politischen Bedeutung dieses Begriffs.

Insoweit ist die bürgerliche bzw. bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland *abgeschlossen*.

Hier erhebt sich lärmender Widerspruch, und zwar von Leuten, die sich gern „alte Bolschewiki“ nennen: Haben wir denn nicht stets gesagt, daß die bürgerlich-demokratische Revolution erst durch die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ abgeschlossen wird? Ist denn etwa die Agrarrevolution, die ja auch eine bürgerlich-demokratische Revolution ist, abgeschlossen? Ist es nicht, im Gegenteil, Tatsache, daß sie *noch nicht* begonnen hat?

Ich antworte: Die bolschewistischen Losungen und Ideen sind *im allgemeinen* durch die Geschichte vollauf bestätigt worden, *konkret* aber haben sich die Dinge *anders* gestaltet als ich (oder wer auch immer) es erwarten konnte – origineller, eigenartiger, bunter.

Diese Tatsache ignorieren, sie vergessen, hieße es jenen „alten Bolschewiki“ gleichzutun, die schon mehr als einmal eine traurige Rolle in der Geschichte unserer Partei gespielt haben, indem sie sinnlos eine *auswendig gelernte* Formel wiederholten, anstatt die Eigenart der neuen, der lebendigen Wirklichkeit zu *studieren*.

* Siehe Werke, Bd. 23, S. 321. *Die Red.*

Die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ ist in der russischen Revolution schon Wirklichkeit geworden*, denn diese „Formel“ beinhaltet lediglich das *Wechselverhältnis der Klassen*, nicht aber die *konkrete politische Institution*, die dieses Verhältnis, dieses Zusammenwirken *realisiert*. Der „Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ – da habt ihr die vom Leben bereits verwirklichte „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“.

Diese Formel ist bereits veraltet. Aus dem Reich der Formeln hat das Leben sie in das Reich der Wirklichkeit versetzt, sie zu Fleisch und Blut werden lassen, sie konkretisiert und sie *eben dadurch* modifiziert.

Auf der Tagesordnung steht bereits eine andere, eine neue Aufgabe: die Abspaltung der proletarischen (die „Vaterlandsverteidigung“ verwerfenden, internationalistischen, „kommunistischen“, für den Übergang zur Kommune eintretenden) Elemente *innerhalb* dieser Diktatur von den *Kleineigentümer- oder kleinbürgerlichen* Elementen (den Tschcheidse, Zereteli, Steklow, den Sozialrevolutionären und dergleichen revolutionären Vaterlandsverteidigern, den Gegnern des Fortschreitens auf dem Wege zur Kommune, den Anhängern der „Unterstützung“ der Bourgeoisie und der bürgerlichen Regierung).

Wer *jetzt* lediglich von „revolutionär-demokratischer Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ spricht, der ist hinter dem Leben zurückgeblieben, der ist damit faktisch zum Kleinbürgertum *übergegangen*, der ist gegen den proletarischen Klassenkampf, der gehört in ein Archiv für „bolschewistische“ vorrevolutionäre Raritäten (Archiv „alter Bolschewiki“ könnte man es nennen).

Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist bereits Wirklichkeit geworden, aber auf eine außerordentlich originelle Weise, mit einer Reihe höchst wichtiger Modifikationen. Auf diese werde ich in einem der weiteren Briefe besonders zu sprechen kommen. Jetzt gilt es, sich die unbestreitbare Wahrheit zu eigen zu machen, daß der Marxist mit dem lebendigen Leben, mit den exakten Tatsachen der *Wirklichkeit* rechnen muß, statt sich an die Theorie von gestern zu klammern, die, wie jede Theorie, bestenfalls nur das Grund-

* In einer gewissen Form und bis zu einem gewissen Grade.

legende, Allgemeine aufzeigt und die Kompliziertheit des Lebens nur *annähernd* erfaßt.

„Grau, teurer Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum.“¹⁷

Wer die Frage, ob die bürgerliche Revolution „abgeschlossen“ sei, in der *alten* Weise stellt, der opfert den lebendigen Marxismus dem toten Buchstaben.

Nach der alten Weise ergibt sich: *nach* der Herrschaft der Bourgeoisie kann und muß die Herrschaft des Proletariats und der Bauernschaft, ihre Diktatur folgen.

Im lebendigen Leben aber ist es *bereits anders* gekommen: entstanden ist eine höchst originelle, neue, noch nie dagewesene *Verflechtung des einen mit dem anderen*. Es besteht nebeneinander, zusammen, zu ein und derselben Zeit *sowohl* die Herrschaft der Bourgeoisie (die Regierung Lwow und Gutschkow) *als auch* die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die die Macht *freiwillig* an die Bourgeoisie abtritt, freiwillig zu ihrem Anhängsel wird.

Denn man darf nicht vergessen, daß faktisch in Petrograd die Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt; Gewalt wendet die neue Regierung gegen sie *nicht* an und kann sie auch nicht anwenden: gibt es doch *weder* eine Polizei *noch* ein vom Volk getrenntes Heer, *noch* ein allmächtig *über* dem Volke stehendes Beamtentum. Das ist eine Tatsache. Und zwar eine Tatsache, die für einen Staat vom Typus der Pariser Kommune charakteristisch ist. Diese Tatsache läßt sich nicht in die alten Schemata zwängen. Man muß die Schemata dem Leben anzupassen wissen, anstatt ständig die sinnlos gewordenen Worte von der „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ *schlechthin* zu wiederholen.

Gehen wir nun an die Frage, um sie besser zu beleuchten, von einer anderen Seite heran.

Der Marxist darf den festen Boden der Analyse des Wechselverhältnisses der Klassen nicht verlassen. An der Macht ist die Bourgeoisie. Aber ist denn die Masse der Bauern nicht *auch* eine Bourgeoisie, nur einer anderen Schicht, einer anderen Art, anderen Charakters? Woraus folgt denn, daß *diese* Schicht *nicht* zur Macht gelangen, nicht die bürgerlich-demokratische Revolution „vollenden“ *kann*? Warum ist das unmöglich?

So urteilen oft alte Bolschewiki.

Ich antworte: Möglich ist das durchaus. Aber der Marxist soll bei der Analyse der Lage *nicht* vom Möglichen ausgehen, sondern vom Wirklichen.

Die Wirklichkeit aber zeigt uns die *Tatsache*, daß frei gewählte Soldaten- und Bauerndeputierte frei der zweiten, der Nebenregierung angehören, sie frei ergänzen, weiter entwickeln und ausbauen. Und ebenso frei *treten* sie die Macht an die Bourgeoisie *ab* – eine Erscheinung, die der Theorie des Marxismus durchaus nicht „widerspricht“, denn wir haben es stets gewußt und viele Male darauf hingewiesen, daß die Bourgeoisie sich *nicht* nur mittels der Gewalt hält, sondern auch infolge der mangelnden Bewußtheit der Massen, ihrer Unfähigkeit, vom Althergebrachten loszukommen, ihrer Verschüchterung, ihrer Unorganisiertheit.

Angesichts dieser Wirklichkeit des heutigen Tages nun ist es geradezu lächerlich, sich von der gegebenen Tatsache abzuwenden und von „Möglichkeiten“ zu reden.

Es ist möglich, daß die Bauernschaft vom ganzen Grund und Boden und von der ganzen Macht Besitz ergreift. Ich vergesse diese Möglichkeit durchaus nicht und beschränke mein Blickfeld keineswegs nur auf den heutigen Tag, sondern formuliere vielmehr das Agrarprogramm genau und exakt unter Berücksichtigung einer *neuen* Erscheinung: der sich vertiefenden Kluft zwischen den Landarbeitern und armen Bauern einerseits und den besitzenden Bauern anderseits.

Aber möglich ist auch etwas anderes: es ist möglich, daß die Bauern den Ratschlägen der kleinbürgerlichen Partei der Sozialrevolutionäre folgen, die dem Einfluß der Bourgeois erlegen, zum Standpunkt der Vaterlandsverteidigung übergegangen ist und die Konstituierende Versammlung abzuwarten empfiehlt, obwohl bis zur Stunde noch nicht einmal deren Einberufungstermin festgesetzt ist!*

*Um Mißdeutungen vorzubeugen, will ich vorgreifend schon hier feststellen: Ich bin unbedingt dafür, daß die *Sowjets* der Landarbeiter und Bauern *sofort* den *gesamten* Grund und Boden in ihre Hände nehmen, daß sie aber hierbei *selbst* strengste Ordnung und Disziplin wahren, nicht die geringste Beschädigung von Maschinen und Gebäuden, nicht die geringste Schädigung des Viehbestands dulden, unter keinen Umständen die Wirtschaft und die Getreideproduktion desorganisieren, sondern sie *entwickeln*, denn die Soldaten brauchen das *Doppelte* an Brot, und das Volk soll nicht hungern.

Es ist möglich, daß die Bauern ihren Pakt mit der Bourgeoisie *aufrechterhalten* und fortsetzen, einen Pakt, den sie gegenwärtig durch die Vermittlung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten nicht nur formell, sondern auch faktisch geschlossen haben.

Möglich ist verschiedenes. Es wäre der größte Fehler, die Agrarbewegung und das Agrarprogramm zu vergessen. Ein ebensolcher Fehler aber wäre es, die *Wirklichkeit* zu vergessen, die uns die *Tatsache des Abkommens* oder – um einen genaueren, weniger juristischen, mehr ökonomisch-klassenmäßigen Ausdruck zu gebrauchen – die *Tatsache der Klassenzusammenarbeit* der Bourgeoisie und der Bauernschaft vor Augen führt.

Wenn diese Tatsache aufhören wird, eine Tatsache zu sein, wenn sich die Bauernschaft von der Bourgeoisie loslösen, wenn sie wider die Bourgeoisie vom Grund und Boden und von der Macht Besitz ergreifen wird – dann beginnt eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution, und von ihr wird besonders zu sprechen sein.

Ein Marxist, der im Hinblick auf die Möglichkeit einer solchen zukünftigen Etappe seine Pflichten *heute* vergißt, wo die Bauernschaft mit der Bourgeoisie *paktiert*, würde sich in einen Kleinbürger verwandeln. Würde er doch in Wirklichkeit dem Proletariat *Vertrauen* zum Kleinbürgertum predigen („sie, die Kleinbürger, die Bauern müssen sich noch im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution von der Bourgeoisie trennen“). Im Hinblick auf die „Möglichkeit“ einer angenehmen und lieblichen Zukunft, in der die Bauernschaft *nicht* den Nachtrab der Bourgeoisie bilden wird, in der die Sozialrevolutionäre, die Tschcheidse, Zereteli, Steklow *nicht* ein Anhängsel der bürgerlichen Regierung sein werden, im Hinblick auf die „Möglichkeit“ einer angenehmen Zukunft vergäße er die *unangenehme Gegenwart*, in der die Bauernschaft vorläufig noch den Nachtrab der Bourgeoisie bildet, in der die Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten noch immer die Rolle eines Anhängsels der bürgerlichen Regierung, einer „Opposition Seiner Majestät“¹⁸ Lwow spielen.

Ein Mensch wie der von uns angenommene wäre eher ein fader Louis Blanc, ein fader Kautskyaner, keineswegs aber ein revolutionärer Marxist.

Aber laufen wir nicht Gefahr, in Subjektivismus zu verfallen, in den Wunsch, über die unvollendete – noch in der bäuerlichen Bewegung be-

fangene – Revolution bürgerlich-demokratischen Charakters in die sozialistische Revolution „hinüberzuspringen“?

Hätte ich gesagt: „Weg mit dem Zaren, her mit der Arbeiterregierung“¹⁹, so würde mir diese Gefahr drohen. Doch ich habe das *nicht* gesagt, ich habe etwas anderes gesagt. Ich habe gesagt, daß es (von der bürgerlichen Regierung abgesehen) *außer* den Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten *keine* andere Regierung in Rußland geben *kann*. Ich habe gesagt, daß jetzt in Rußland die Macht von Gutschkow und Lwow *nur* an diese Sowjets übergehen *kann*, daß in diesen aber *gerade* die Bauernschaft überwiegt, die Soldaten überwiegen, daß in ihnen – um einen wissenschaftlichen, marxistischen Ausdruck zu gebrauchen und statt der gemeinhin gebrauchten, alltäglichen Berufskennzeichnung eine Klassencharakteristik zu geben – das Kleinbürgertum überwiegt.

Ich habe mich in meinen Thesen entschieden von jedem Überspringen der noch nicht überwundenen bäuerlichen oder überhaupt kleinbürgerlichen Bewegung, von jedem *Spiel* mit der „Machtergreifung“ durch eine Arbeiterregierung, von jedem blanquistischen Abenteuer abgegrenzt, denn ich habe direkt auf die Erfahrungen der Pariser Kommune verwiesen. Diese Erfahrungen haben aber bekanntlich, wie Marx 1871 und Engels 1891 eingehend nachgewiesen haben²⁰, gezeigt, daß für Blanquismus kein Platz war, sie haben klar gezeigt, daß die direkte, unmittelbare, unbedingte Herrschaft der *Mehrheit* und die Aktivität der Massen nur in dem Maße gesichert waren, wie die Mehrheit selbst *bewußt* auftrat.

Ich habe in den Thesen mit größter Bestimmtheit den *Kampf um den Einfluß innerhalb* der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten in den Mittelpunkt gestellt. Um auch nicht den leisesten Zweifel in dieser Beziehung aufkommen zu lassen, habe ich in den Thesen *zweimal* die Notwendigkeit der geduldigen, beharrlichen, „den *praktischen* Bedürfnissen der *Massen* angepaßten“ „Aufklärungs“arbeit betont.

Mögen Ignoranten oder Renegaten des Marxismus vom Schlage des Herrn Plechanow und seinesgleichen über Anarchismus, Blanquismus usw. zetern. Wer gewillt ist, zu denken und zu lernen, der wird zweifellos begreifen, daß Blanquismus Machtergreifung durch eine Minderheit bedeutet, während es doch *offenkundig* ist, daß die Sowjets der Arbeiter-

usw. Deputierten die direkte und unmittelbare Organisation der *Mehrheit* des Volkes sind. Eine Arbeit, die auf den Kampf um den Einfluß *innerhalb* dieser Sowjets gerichtet ist, kann nicht, *kann* ganz und gar nicht in den Sumpf des Blanquismus führen. Sie kann auch nicht in den Sumpf des Anarchismus führen, denn der Anarchismus ist die Verneinung der *Notwendigkeit des Staates und der Staatsmacht* für die Epoche des *Übergangs* von der Herrschaft der Bourgeoisie zur Herrschaft des Proletariats. Ich aber trete mit einer Bestimmtheit, die jede Möglichkeit eines Mißverständnisses ausschließt, für die Notwendigkeit des Staates in dieser Epoche ein, jedoch – in Übereinstimmung mit Marx und mit den Erfahrungen der Pariser Kommune – nicht des gewöhnlichen bürgerlich-parlamentarischen Staates, sondern eines Staates *ohne* stehendes Heer, *ohne* eine gegen das Volk gerichtete Polizei, *ohne* eine über das Volk gestellte Beamtenschaft.

Wenn Herr Plechanow in seinem „Jedinstwo“ aus Leibeskräften über Anarchismus zetert, so ist das nur ein weiterer Beweis für seinen Bruch mit dem Marxismus. Auf meine Aufforderung in der „Prawda“ (Nr. 26), doch darzulegen, was Marx und Engels in den Jahren 1871, 1872 und 1875 über den Staat gelehrt haben*, bleibt Herrn Plechanow nichts anderes übrig – und wird ihm auch weiterhin nichts anderes übrigbleiben –, als über den Kern der Sache mit Schweigen hinwegzugehen und mit Gezeter im Geiste der erzürnten Bourgeoisie zu antworten.

Die marxistische Lehre vom Staat hat der ehemalige Marxist Herr Plechanow *absolut* nicht begriffen. Keime dieses Nichtverstehens sind, nebenbei gesagt, auch in seiner deutschen Broschüre über den Anarchismus²¹ zu erkennen.

*

Sehen wir nun, wie Gen. J. Kamenew in einer Notiz in Nr. 27 der „Prawda“ die „Meinungsverschiedenheiten“ formuliert, die ihn von meinen Thesen und den oben dargelegten Ansichten trennen. Das wird uns helfen, größere Klarheit über sie zu schaffen.

„Was das allgemeine Schema des Gen. Lenin anbelangt“, schreibt Gen. Kamenew, „so halten wir es für unannehmbar, insofern es davon ausgeht, daß die bürgerlich-demokratische Revolution *abgeschlossen* sei, insofern es

* Siehe den vorliegenden Band, S. 8. *Die Red.*

auf die sofortige Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische berechnet ist . . .“

Hierin sind zwei grobe Fehler enthalten.

Der erste. Die Frage nach dem „Abgeschlossensein“ der bürgerlich-demokratischen Revolution ist falsch *gestellt*. Diese Frage ist in einer abstrakten, einfachen, einfarbigen Form – wenn man sich so ausdrücken darf – gestellt, die der objektiven Wirklichkeit *nicht* entspricht. Wer die Frage so stellt, wer *heute* fragt: „Ist die bürgerlich-demokratische Revolution abgeschlossen?“ und *dabei stehen bleibt* – der beraubt sich der Möglichkeit, die außerordentlich verwickelte, zumindest „zweifarbige“ Wirklichkeit zu verstehen. Dies in der Theorie. In der Praxis aber kapituliert er hilflos vor dem *kleinbürgerlichen Revolutionarismus*.

In der Tat. Die Wirklichkeit zeigt uns *sowohl* den Übergang der Macht an die Bourgeoisie („abgeschlossene“ bürgerlich-demokratische Revolution vom gewöhnlichen Typus) *als auch* die Existenz – neben der eigentlichen Regierung – einer Nebenregierung, die die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ verkörpert. Diese letztere „Auch-Regierung“ hat *selber* die Macht an die Bourgeoisie abgetreten, hat sich *selber* an die bürgerliche Regierung gekettet.

Erfaßt die altbolschewistische Formel des Gen. Kamenew „die bürgerlich-demokratische Revolution ist nicht abgeschlossen“ diese Wirklichkeit?

Nein, die Formel ist veraltet. Sie taugt nichts. Sie ist tot. Vergeblich werden die Bemühungen sein, sie zu neuem Leben zu erwecken.

Zweitens. Eine praktische Frage. Es ist unbekannt, ob es in Rußland jetzt noch eine *besondere*, von der bürgerlichen Regierung *losgelöste* „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ geben kann. Die marxistische Taktik aber darf nicht auf Unbekanntem aufgebaut werden.

Wenn das noch der Fall sein kann, so ist der Weg dazu einzig und allein der: sofortige, entschiedene, unwiderrufliche Loslösung der proletarischen, kommunistischen Elemente der Bewegung von den kleinbürgerlichen Elementen.

Warum?

Weil das gesamte Kleinbürgertum nicht zufällig, sondern zwangsläufig zum Chauvinismus (= „Vaterlandsverteidigung“), zur „Unterstützung“

der Bourgeoisie umgeschwenkt ist, sich von ihr abhängig gemacht hat, weil es *Angst* hat, ohne sie nicht auskommen zu können, usw. usf.

Wie kann man das Kleinbürgertum „drängen“, die Macht zu ergreifen, wenn es diese schon jetzt ergreifen kann, sie aber *nicht* ergreifen *will*?

Nur durch die Loslösung der proletarischen, kommunistischen Partei, nur durch den proletarischen Klassenkampf, der *frei* ist von der Zaghaflichkeit dieser Kleinbürger. Nur der Zusammenschluß der Proletarier, die nicht in Worten, sondern tatsächlich frei sind von dem Einfluß des Kleinbürgertums, vermag den Boden unter den Füßen des Kleinbürgertums so „heiß“ zu machen, daß es unter gewissen Voraussetzungen die Macht wird ergreifen *müssen*. Ja, es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß Gutschkow und Miljukow – wiederum unter gewissen Umständen – für die uneingeschränkte Herrschaft, für die Alleinherrschaft Tschcheidses, Zeretelis, der Sozialrevolutionäre, Steklows sein werden, denn diese sind doch immerhin „Vaterlandsverteidiger“!

Wer jetzt, unverzüglich und unwiderruflich, die proletarischen Elemente der Sowjets (d. h. die proletarische, kommunistische Partei) von den kleinbürgerlichen Elementen loslöst, der bringt in beiden möglichen Fällen die Interessen der Bewegung richtig zum Ausdruck: *sowohl* für den Fall, daß Rußland noch eine besondere, selbständige, der Bourgeoisie nicht untergeordnete „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ erlebt, *als auch* für den Fall, daß das Kleinbürgertum sich von der Bourgeoisie nicht loszulösen vermag und ewig (d. h. bis zum Sozialismus) zwischen dieser und uns schwanken wird.

Wer sich in seiner Tätigkeit nur von der einfachen Formel „die bürgerlich-demokratische Revolution ist nicht abgeschlossen“ leiten läßt, der übernimmt damit eine Art Garantie dafür, daß das Kleinbürgertum bestimmt fähig sei, von der Bourgeoisie unabhängig zu sein. Der liefert sich dadurch im gegebenen Augenblick dem Kleinbürgertum hilflos auf Gnade und Ungnade aus.

Im übrigen würde es immerhin nichts schaden, wenn man sich hinsichtlich der „Formel“ Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft an das erinnerte, was ich in der Schrift „Zwei Taktiken“ (Juli 1905) besonders hervorgehoben habe (S. 435 des Sammelbandes „12 Jahre“²²):

„Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat, wie alles auf der Welt, eine Vergangenheit und eine

Zukunft. Ihre Vergangenheit sind die Selbstherrschaft, die Leibeigenschaft, die Monarchie, die Privilegien... Ihre Zukunft ist der Kampf gegen das Privateigentum, der Kampf des Lohnarbeiters gegen den Unternehmer, der Kampf für den Sozialismus..."*

Der Fehler des Gen. Kamenew ist, daß er auch 1917 nur die *Vergangenheit* der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sieht. In *Wirklichkeit* aber hat für diese Diktatur bereits die *Zukunft* begonnen, denn die Interessen und die Politik des Lohnarbeiters und des Kleineigentümers haben sich in *Wirklichkeit* bereits voneinander getrennt, und zwar in einer so überaus wichtigen Frage wie der der „Vaterlandsverteidigung“, wie der der Stellung zum imperialistischen Krieg.

Und hier bin ich bei dem zweiten Fehler in der oben angeführten Argumentation des Gen. Kamenew angelangt. Er wirft mir vor, mein Schema sei „berechnet“ auf die „sofortige Umwandlung dieser (der bürgerlich-demokratischen) Revolution in eine sozialistische“.

Das stimmt nicht. Ich „rechne“ nicht mit einer „sofortigen Umwandlung“ unserer Revolution in eine *sozialistische*, sondern warne im Gegenteil geradezu davor, erkläre ausdrücklich in These Nr. 8: ... „*N i c h t* Einführung‘ des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe...“**

Ist es nicht klar, daß ein Mensch, der mit der sofortigen Umwandlung unserer Revolution in eine sozialistische rechnet, nicht gegen die Einführung des Sozialismus als unmittelbare Aufgabe auftreten könnte?

Mehr noch. Selbst ein „Kommunestaat“ (d. h. ein nach dem Vorbild der Pariser Kommune organisierter Staat) läßt sich in Rußland *nicht* „sofort“ einführen, denn dazu ist erforderlich, daß die *Mehrheit* der Deputierten in allen (oder jedenfalls in den meisten) Sowjets klar erkennt, wie falsch und schädlich die Taktik und die Politik der Sozialrevolutionäre, der Tschcheidse, Zereteli, Steklow usw. ist. Ich habe aber ganz eindeutig erklärt, daß ich hierbei nur auf eine „geduldige“ (braucht man denn Geduld, um eine Änderung zu erlangen, die man „sofort“ verwirklichen kann?) Aufklärungsarbeit „rechne“!

Gen. Kamenew hat sich in seiner „Ungeduld“ ein wenig hinreißen lassen und das bürgerliche Vorurteil über die Pariser Kommune wieder

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 74. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 6. *Die Red.*

hervorgeholt, wonach sie „sofort“ den Sozialismus habe einführen wollen. Dem ist nicht so. Die Kommune hat leider mit der Einführung des Sozialismus zu sehr gezögert. Das wirkliche Wesen der Kommune liegt nicht dort, wo es die Bourgeois gewöhnlich suchen, sondern in der Schaffung eines besonderen Staatstypus. Ein solcher Staat ist aber in Rußland *bereits* entstanden, und zwar eben in Gestalt der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten!

Gen. Kamenew hat sich in die *Tatsache*, in die Bedeutung der *existierenden Sowjets*, in die – ihrem Typus, ihrem sozialen und politischen Charakter nach gegebene – Identität der Sowjets mit dem Kommunistenstaat nicht hineingedacht und, anstatt diese *Tatsache* zu untersuchen, angefangen, von Dingen zu reden, auf die ich angeblich als „sofortige“ Zukunft „rechne“. Dies aber ist leider nichts anderes als der Kniff vieler Bourgeois: von der Frage, *was sind* die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, verkörpern sie einen *höheren* Typus als die parlamentarische Republik, sind sie für das Volk *nützlicher*, sind sie *demokratischer*, sind sie für den Kampf z. B. gegen die Lebensmittelnot usw. *geeigneter* – von dieser aktuellen, realen, vom Leben selbst auf die Tagesordnung gesetzten Frage wird die Aufmerksamkeit abgelenkt auf die leere, pseudowissenschaftliche, in Wirklichkeit inhaltlose, professoral leblose Frage, ob man „auf eine sofortige Umwandlung“ „rechnen“ könne.

Eine leere, falsch gestellte Frage. Ich „rechne“ nur darauf, *ausschließlich* darauf, daß die Arbeiter, Soldaten und Bauern besser als die Beamten, besser als die Polizisten *mit den praktischen* schwierigen Fragen der Steigerung der Getreideproduktion, der besseren Brotverteilung, der besseren Versorgung der Soldaten usw. usf. fertig werden.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Selbsttätigkeit der *Masse* des Volkes schneller und besser zur Entfaltung bringen werden als die parlamentarische Republik (einen ausführlicheren Vergleich der beiden Staatstypen in einem anderen Brief). Sie werden besser, praktischer, richtiger entscheiden, welche *Schritte* zum Sozialismus man tun kann und wie man sie tun kann. Die Kontrolle über die Banken, die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen, das ist *noch nicht* Sozialismus, aber ein *Schritt* zum Sozialismus. Solche Schritte tun heute der Junker und der Bourgeois in Deutschland gegen das Volk. Weit besser wird sie morgen zum Nutzen

des Volkes der Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten tun können, wenn die ganze Staatsmacht in seinen Händen liegt.

Was aber *zwingt* zu solchen Schritten?

Der Hunger. Die Zerrüttung der Wirtschaft. Der drohende Zusammenbruch. Die Schrecken des Krieges. Die schrecklichen Wunden, die der Krieg der Menschheit schlägt.

Gen. Kamenew schließt seine Notiz mit der Erklärung, er hoffe, „in einer breiten Diskussion seinen Standpunkt durchzusetzen, einen Standpunkt, der für die revolutionäre Sozialdemokratie, sofern sie konsequent die Partei der revolutionären Massen des Proletariats bleiben und sich nicht in eine Gruppe kommunistischer Propagandisten verwandeln will und soll, der einzig mögliche ist“.

Mir scheint, daß diese Worte eine grundfalsche Einschätzung der gegenwärtigen Lage verraten. Gen. Kamenew stellt die „Partei der Massen“ einer „Gruppe von Propagandisten“ entgegen. Aber die „Massen“ sind ja gerade jetzt dem Taumel der „revolutionären“ Vaterlandsverteidigung erlegen. Ist es in einem solchen Augenblick nicht auch für Internationalisten geziemender, dem „Massen“taumel zu widerstehen, als bei den Massen „bleiben zu wollen“, d. h. Opfer der allgemeinen Seuche zu werden? Haben wir nicht in allen kriegführenden europäischen Ländern gesehen, wie die Chauvinisten sich damit zu rechtfertigen suchten, daß es ihr Wunsch sei, „bei den Massen zu bleiben“? Müssen wir es nicht verstehen, eine gewisse Zeit lang gegen den „Massen“taumel in der Minderheit zu sein? Ist denn nicht die Arbeit eben der Propagandisten gerade im gegenwärtigen Augenblick der Angelpunkt, um die proletarische Linie frei zu *machen* von dem kleinbürgerlichen „Massen“taumel der Vaterlandsverteidigung? Gerade das Ineinanderfließen der Massen, der proletarischen wie der nichtproletarischen, ungeachtet der Klassenunterschiede innerhalb der Massen, war eine der Voraussetzungen der Vaterlandsverteidigungspsychose. Es ist wahrlich wenig angebracht, verächtlich von einer „Gruppe von Propagandisten“ der *proletarischen* Linie zu reden.

Geschrieben zwischen dem 8. und 13.

(21. und 26.) April 1917.

Veröffentlicht im April 1917

als Broschüre im Verlag „Priboi“.

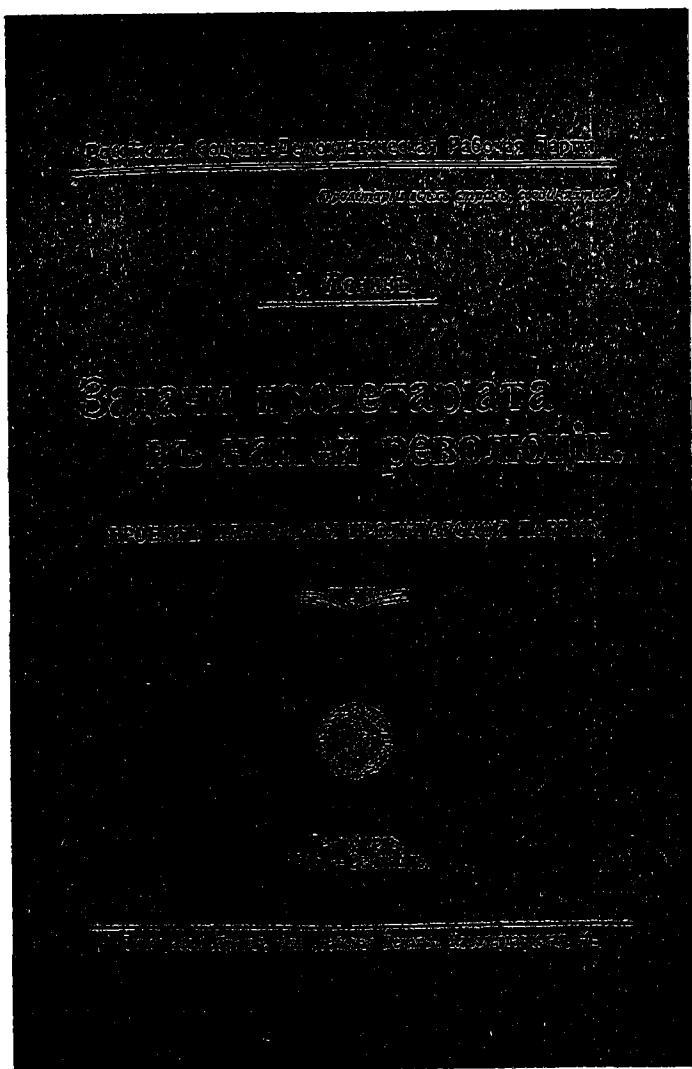
Nach dem Text der Broschüre.

DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS IN UNSERER REVOLUTION

(Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)

*Zuerst veröffentlicht
im September 1917 als
Broschüre im Verlag „Priboi“.
Unterschrift: N. L e n i n.*

Nach dem Text der Broschüre.



Umschlag der Broschüre W.I. Lenins
„Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“
1917

Verkleinert

Der gegenwärtige historische Zeitpunkt in Rußland wird durch folgende Hauptzüge charakterisiert:

DER KLASSENCHARAKTER DER JÜNGSTEN REVOLUTION

1. Die alte Zarenmacht, die nur eine Handvoll frönherrlicher, die ganze Staatsmaschinerie (Heer, Polizei, Beamtschaft) beherrschender Gutsbesitzer repräsentierte, ist zerschlagen und beseitigt, aber nicht endgültig zur Strecke gebracht. Die Monarchie ist faktisch nicht vernichtet. Die Romanowbande fährt fort, monarchistische Ränke zu schmieden. Der riesige Bodenbesitz der frönherrlichen Gutsbesitzer ist nicht liquidiert.

2. Die Staatsmacht ist in Rußland in die Hände einer neuen Klasse übergegangen, und zwar in die der Bourgeoisie und der verbürgerlichten Gutsbesitzer. *Insofern* ist die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland abgeschlossen.

Die zur Macht gelangte Bourgeoisie hat einen Block (Bund) mit ausgesprochen monarchistischen Elementen geschlossen, die sich in den Jahren 1906–1914 durch die Nikolaus dem Blutigen und Stolypin dem Henker erwiesene unerhört eifrige Unterstützung hervorgetan haben (Gutschkow und andere rechts von den Kadetten stehende Politiker). Die neue bürgerliche Regierung Lwow und Co. versuchte mit den Romanows Verhandlungen über die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland zu führen und hat solche Verhandlungen begonnen. Unter einem Schwall revolutionärer Phrasen besetzt diese Regierung im stillen die leitenden Stellen mit Anhängern des alten Regimes. Das Streben dieser Regierung ist darauf

gerichtet, den ganzen Apparat der Staatsmaschinerie (Heer, Polizei, Beamtenschaft), den sie in die Hände der Bourgeoisie gelegt hat, so wenig wie möglich zu reformieren. Die in den Massenaktionen zum Ausdruck kommende revolutionäre Initiative, die Machtergreifung durch das Volk *von unten her* – diese *einzig* Bürgschaft für wirkliche Erfolge der Revolution – sucht die neue Regierung bereits jetzt in jeder Weise zu behindern.

Diese Regierung hat bis heute den Einberufungstermin der konstituierenden Versammlung noch nicht einmal festgesetzt. Den gutsherrlichen Grundbesitz, diese materielle Grundlage des feudalen Zarismus, tastet sie nicht an. Diese Regierung denkt gar nicht daran, die Machenschaften der monopolistischen Finanzorganisationen, der Großbanken, der kapitalistischen Syndikate und Kartelle usw. zu untersuchen und zu publizieren, die Kontrolle über sie zu errichten.

Die wichtigsten, ausschlaggebenden Ministerposten in der neuen Regierung (das Ministerium des Innern, das Kriegsministerium, d. h. die Befehlsgewalt über das Heer, die Polizei, die Beamtenschaft, über den ganzen Apparat zur Unterdrückung der Massen) werden von notorischen Monarchisten und Parteigängern des gutsherrlichen Großgrundbesitzes bekleidet. Den Kadetten, diesen Republikanern seit gestern, diesen Republikanern wider Willen, sind zweitrangige Posten überlassen worden, die weder zur *Befehlsgewalt* über das Volk noch zum Apparat der Staatsmacht unmittelbare Beziehung haben. A. Kerenski, der Vertreter der Trudowiki und „Auch-Sozialist“, spielt überhaupt keine Rolle, er ist lediglich berufen, die Wachsamkeit und Aufmerksamkeit des Volkes mit tönenden Phrasen einzuschläfern.

Aus allen diesen Gründen verdient die neue bürgerliche Regierung selbst auf dem Gebiet der Innenpolitik nicht das geringste Vertrauen des Proletariats, und jede Unterstützung der neuen Regierung seitens des Proletariats ist unzulässig.

DIE AUSSENPOLITIK DER NEUEN REGIERUNG

3. In der Außenpolitik, die infolge der objektiven Bedingungen jetzt im Vordergrund steht, ist die neue Regierung eine Regierung der Fortsetzung des imperialistischen Krieges, eines Krieges im Bündnis mit den

imperialistischen Mächten, mit England, Frankreich usw., eines Krieges um die Teilung der kapitalistischen Beute, um die Erdrosselung der kleinen und schwachen Völker.

Den Interessen des russischen Kapitals und seines mächtigen Gönners und Gebieters, des englisch-französischen imperialistischen Kapitals, des reichsten in der ganzen Welt, untergeordnet, hat die neue Regierung entgegen den vom Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten im Namen der unzweifelhaften Mehrheit der Völker Rußlands in der entschiedensten Weise ausgesprochenen Wünschen keine realen Schritte unternommen, um dem Völkergemetzel, das um der Interessen der Kapitalisten willen veranstaltet wurde, ein Ende zu bereiten. Sie hat nicht einmal jene geheimen, ausgesprochen auf Raub abzielenden Verträge (über die Aufteilung Persiens, über die Ausplünderung Chinas, über die Ausplünderung der Türkei, über die Aufteilung Österreichs, über die Annexion Ostpreußens, über die Annexion der deutschen Kolonien usw.) veröffentlicht, die, wie jeder weiß, Rußland an das englisch-französische imperialistische Raubkapital ketten. Sie hat diese Verträge *bestätigt*, die vom Zarismus geschlossen wurden – vom Zarismus, der im Laufe der Jahrhunderte mehr Völker ausgeraubt und unterdrückt hat als die anderen Tyrannen und Despoten, der das großrussische Volk nicht nur unterdrückte, sondern auch mit Schmach bedeckte und korrumpierte, indem er es zum Henker anderer Völker machte.

Die neue Regierung, die diese schändlichen Raubverträge bestätigte, hat es unterlassen, allen kriegführenden Völkern den sofortigen Waffenstillstand anzubieten, entgegen den durch die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten klar zum Ausdruck gebrachten Forderungen der Mehrheit der Völker Rußlands. Sie beschränkte sich auf feierliche, wohl-tönende, hochtrabende, aber gänzlich nichtssagende Deklarationen und Phrasen, die im Munde bürgerlicher Diplomaten stets dazu dienen und dienen, die vertrauensseligen und naiven Massen des geknechteten Volkes zu betrügen.

4. Das ist der Grund, warum die neue Regierung in der Außenpolitik nicht das geringste Vertrauen verdient und warum auch ein weiteres Wiederholen der Forderungen, diese Regierung möge den Friedenswillen der Völker Rußlands kundtun, sie möge auf Annexionen verzichten usw. usw., in Wirklichkeit nur bedeutet, das Volk zu betrügen, in ihm uner-

füllbare Hoffnungen zu wecken, die Klärung seines Bewußtseins hinauszuzögern, es indirekt auszusöhnen mit der Fortsetzung des Krieges, dessen wahrer sozialer Charakter nicht durch fromme Wünsche bestimmt wird, sondern durch den Klassencharakter der kriegführenden Regierung, durch die Verknüpfung der von dieser Regierung vertretenen Klasse mit dem imperialistischen Finanzkapital Rußlands, Englands, Frankreichs usw., durch die *reale, wirkliche Politik*, die diese Klasse betreibt.

DIE EIGENARTIGE 'DOPPELHERRSCHAFT UND IHRE KLASSENMASSIGE BEDEUTUNG

5. Die wichtigste Besonderheit unserer Revolution, eine Besonderheit, die es unbedingt notwendig macht, daß man sich ernsthaft mit ihr befaßt, ist die gleich in den ersten Tagen nach dem Sieg der Revolution entstandene *Doppelherrschaft*.

Diese Doppelherrschaft kommt zum Ausdruck in dem Bestehen zweier Regierungen: der eigentlichen, wirklichen Hauptregierung, der Regierung der Bourgeoisie, der „Provisorischen Regierung“ Lwow und Co., die über alle Machtorgane verfügt, und der zusätzlichen, „kontrollierenden“ Nebenregierung in Gestalt des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die über keine Organe der Staatsmacht verfügt, sich aber unmittelbar auf die anerkannt absolute Mehrheit des Volkes, auf die bewaffneten Arbeiter und Soldaten stützt.

Klassenmäßig liegt die Quelle und die Bedeutung dieser Doppelherrschaft darin, daß die russische Revolution vom März 1917 nicht nur die gesamte Zarenmonarchie hinweggefegt, nicht nur der Bourgeoisie die ganze Macht übergeben hat, sondern auch *dicht* an die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft *herangekommen* ist. Gerade eine solche Diktatur (d. h. eine Macht, die sich nicht auf das Gesetz stützt, sondern auf die unmittelbare Gewalt der bewaffneten Bevölkerungsmassen), und zwar gerade der genannten Klassen, bilden der Petrograder Sowjet sowie die anderen, örtlichen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

6. Eine weitere, im höchsten Grade wichtige Besonderheit der russischen Revolution ist, daß der Petrograder Sowjet der Soldaten- und

Arbeiterdeputierten, der allem Anschein nach das Vertrauen der Mehrheit der örtlichen Sowjets genießt, der Bourgeoisie und *ihrer* Provisorischen Regierung die Staatsmacht *freiwillig* abtritt, daß er ihr freiwillig den Vorrang *läßt*, da er mit ihr ein Abkommen traf, sie zu unterstützen, daß er sich mit der Rolle eines Beobachters begnügt, eines Kontrolleurs der Einberufung der Konstituierenden Versammlung (deren Einberufungstermin die Provisorische Regierung bis jetzt noch nicht einmal bekanntgegeben hat).

Dieser überaus eigenartige, in dieser Form in der Geschichte noch nie dagewesene Umstand hat *zwei* Diktaturen *miteinander und ineinander* *verflochten*: die Diktatur der Bourgeoisie (denn die Regierung Lwow und Co. ist eine Diktatur, d. h. eine Staatsmacht, die sich nicht auf das Gesetz und nicht auf den vom Volk vorher kundgegebenen Willen stützt, sondern auf die gewaltsame Machtergreifung, wobei die Macht von einer bestimmten Klasse, und zwar von der Bourgeoisie, ergriffen wurde) und die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten).

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sich eine derartige „Verflechtung“ *nicht* lange halten kann. Zwei Staatsgewalten können in einem Staate *nicht bestehen*. Eine von ihnen muß verschwinden, und die ganze Bourgeoisie Rußlands ist bereits mit aller Kraft am Werke, die Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten mit allen möglichen Mitteln überall auszuschalten, zu schwächen, zu einem Nichts herabzudrücken und die Alleinherrschaft der Bourgeoisie zu errichten.

Die Doppelherrschaft bringt nur jenen *Übergangsmoment* in der Entwicklung der Revolution zum Ausdruck, an dem diese zwar über die gewöhnliche bürgerlich-demokratische Revolution hinausgegangen, *aber noch nicht* bis zur „reinen“ Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft *gelangt* ist.

Die klassenmäßige Bedeutung (und die klassenmäßige Erklärung) dieser labilen Übergangssituation besteht in folgendem: Wie jede Revolution, hat auch unsere Revolution das größte Heldentum, die größte Selbstaufopferung der Masse für den Kampf gegen den Zarismus erfordert und zugleich mit einem Schlag eine unerhört große Zahl von Kleinbürgern *in die Bewegung hineingezogen*.

Eines der wissenschaftlichen und praktisch-politischen Hauptmerkmale

jeder wirklichen Revolution ist das ungewöhnlich schnelle, jähe, schroffe Anwachsen der Zahl der zur aktiven, selbständigen, tatkräftigen Anteilnahme am politischen Leben, an der *Gestaltung des Staates* übergehenden Kleinbürger.

So auch in Rußland. Rußland ist heute in Wallung geraten. Die Millionen und aber Millionen, die zehn Jahre lang politisch geschlafen haben, in denen das furchtbare Joch des Zarismus und die Zwangsarbeit für die Gutsbesitzer und Fabrikanten jede politische Regung erstickt haben, *sind erwacht und drängen* zur Politik. Wer aber sind diese Millionen und aber Millionen? Größtenteils sind es Kleineigentümer, Kleinbürger, Leute, die in der Mitte zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern stehen. Rußland ist das kleinbürgerlichste Land unter allen europäischen Ländern.

Die riesige kleinbürgerliche Woge hat alles überflutet, sie hat das klassenbewußte Proletariat nicht nur durch ihre zahlenmäßige Stärke, sondern auch ideologisch überwältigt, das heißt, sie hat sehr breite Arbeiterkreise mit kleinbürgerlichen politischen Ansichten angesteckt, ergriffen.

Das Kleinbürgertum ist im Leben von der Bourgeoisie abhängig, da es selbst ein Eigentümer- und kein Proletarietdasein führt (was seine *Stellung* innerhalb der gesellschaftlichen *Produktion* betrifft), und in seiner Denkart folgt es der Bourgeoisie.

Blinde Vertrauensseligkeit gegenüber den Kapitalisten, diesen schlimmsten Feinden des Friedens und des Sozialismus – das ist es, was die gegenwärtige Politik der *Massen* in Rußland kennzeichnet, das ist es, was mit revolutionärer Schnelligkeit auf dem sozial-ökonomischen Boden des kleinbürgerlichsten aller europäischen Länder *emporgeschossen* ist. Das ist die *Klassengrundlage* des „*Abkommens*“ (ich betone, daß ich nicht so sehr das formelle Abkommen als vielmehr die *tatsächliche* Unterstützung, die stillschweigende Übereinkunft, das blind vertrauensselige Abtreten der Macht im Auge habe) zwischen der Provisorischen Regierung und dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten – eines Abkommens, das den Gutschkow einen fetten Bissen, nämlich die wirkliche Macht, eingebracht hat, dem Sowjet aber – Versprechungen, Ehren (vorläufig noch), Schmeicheleien, Redensarten, Beteuerungen und Kratzfüße seitens der Kerenski.

Die ungenügende zahlenmäßige Stärke des Proletariats in Rußland, sein ungenügend entwickeltes Klassenbewußtsein und seine ungenügende Organisiertheit – das ist die andere Seite derselben Medaille.

Alle Volkstümlerparteien, bis hin zu den Sozialrevolutionären, waren stets kleinbürgerlich, ebenso die Partei des Organisationskomitees (Tschcheidse, Zereteli u. a.); die parteilosen Revolutionäre (Steklow u. a.) ließen sich gleichfalls von dieser Welle mit fortreißen oder sind ihrer nicht Herr geworden, vermochten ihrer nicht Herr zu werden.

DIE EIGENART DER TAKTIK, WIE SIE SICH AUS DEM VORHERGEHENDEN ERGIBT

7. Aus der oben geschilderten Eigenart der tatsächlichen Lage ergibt sich die für den Marxisten – der mit den objektiven Tatsachen, mit den Massen und den Klassen, nicht aber mit Einzelpersonen u. dgl. m. rechnen muß – verbindliche Eigenart der Taktik im *gegebenen* Zeitpunkt.

Diese Eigenart erfordert vor allem, daß „der süßlichen Limonade revolutionär-demokratischer Phrasen Essig und Galle beigemischt wird“ (wie sich – äußerst treffend – Theodorowitsch, einer meiner Genossen aus dem ZK unserer Partei, in der gestrigen Sitzung des Gesamtrussischen Kongresses der Eisenbahnangestellten und -arbeiter in Petrograd ausdrückte). Sie erfordert Kritik, *Aufklärung* über die Fehler der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten, Schulung und Vereinigung der Elemente der *bewußten* proletarischen, der kommunistischen Partei, *Befreiung* des Proletariats von dem „allgemeinen“ kleinbürgerlichen Taumel.

Es *scheint*, als sei das „bloß“ propagandistische Arbeit. In Wirklichkeit ist es im höchsten Grade *praktische revolutionäre* Arbeit, denn man kann eine Revolution nicht vorwärtstreiben, die zum Stillstand gekommen, die in Redensarten versandet ist, die „auf der Stelle tritt“ *nicht* etwa äußerer Hindernisse wegen, *nicht* weil die Bourgeoisie *Gewalt* gegen sie anwendet (Gutschkow droht einstweilen nur mit Gewaltanwendung gegen die Soldatenmasse), sondern *weil* die Massen in blinder Vertrauensseligkeit befangen sind.

Nur durch den Kampf gegen diese blinde Vertrauensseligkeit (der

ausschließlich mit geistigen Waffen, durch kameradschaftliche Überzeugung, durch Hinweis auf die *Erfahrungen des Lebens* geführt werden kann und darf) können wir uns von der *grassierenden revolutionären Phrase* befreien und wirklich sowohl das Bewußtsein des Proletariats als auch das Bewußtsein der Massen sowie ihre kühne, entschlossene Initiative *überall im Lande*, die selbständige Verwirklichung, Entfaltung und Festigung der Freiheiten, der Demokratie, des Prinzips des Gemeinbesitzes des Volkes am gesamten Boden vorantreiben.

8. Die Erfahrungen der bürgerlichen und gutsherrlichen Regierungen der ganzen Welt haben zwei Methoden der Niederhaltung des Volks gezeigt. Die erste ist die der Gewalt. Nikolaus Romanow I., auch Nikolaus der Knüppelheld genannt, und Nikolaus II., der Blutige, haben dem russischen Volke, was diese, die Henkermethode betrifft, das Höchstmaß an Möglichem und Unmöglichem gezeigt. Aber es gibt noch eine andere Methode, eine Methode, die die durch eine Reihe großer Revolutionen und revolutionärer Massenbewegungen „klug gewordene“ englische und französische Bourgeoisie zur höchsten Vollkommenheit gebracht hat. Es ist das die Methode des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrase, der millionenfachen Versprechungen, der lumpigen Bettelgaben, der Zugeständnisse im Unwichtigen, der Erhaltung des Wichtigen.

Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland liegt in dem schwindelerregend schnellen Übergang von der ersten Methode zur zweiten, von der gewaltsamen Niederhaltung des Volkes zur *Umschmeichelung* des Volkes, zu seiner Betörung durch Versprechungen. Der Kater Waska hört zu und – frißt.* Miljukow und Gutschkow haben die Macht, sie schützen die Profite des Kapitals, sie führen den imperialistischen Krieg im Interesse des russischen und des englisch-französischen Kapitals – und haben als Antwort auf die Reden solcher „Köche“ wie Tschcheidse, Zereteli, Steklow, die ihnen drohen, ihnen ins Gewissen reden, sie beschwören, die flehen, fordern und proklamieren, nichts als Verheißungen, Deklamationen und effektvolle Erklärungen... Der Kater Waska hört zu und – frißt.

Doch die vertrauensselige Blindheit und blinde Vertrauensseligkeit wird mit jedem Tag mehr schwinden, besonders bei den Proletariern und den

* Anspielung auf die Krylowsche Fabel „Der Kater und der Koch“. Der Übers.

armen Bauern, die das Leben (ihre sozialökonomische Lage) lehrt, den Kapitalisten nicht zu glauben.

Die Führer des Kleinbürgertums „müssen“ das Volk lehren, der Bourgeoisie zu vertrauen. Die Proletarier müssen das Volk lehren, ihr zu mißtrauen.

DIE REVOLUTIONÄRE VATERLANDSVERTEIDIGUNG UND IHRE KLASSENMASSIGE BEDEUTUNG

9. Der bedeutendste und prägnanteste Ausdruck der kleinbürgerlichen Woge, die „fast alles“ überflutet hat, ist unzweifelhaft die *revolutionäre Vaterlandsverteidigung*. Gerade sie ist der schlimmste Feind der weiteren Entwicklung und des Erfolgs der russischen Revolution.

Wer in diesem Punkte erliegen ist und sich nicht frei zu machen vermochte – der ist für die Revolution verloren. Doch erliegen die Massen auf andere Weise als die Führer und machen sich *anders*, auf anderem Entwicklungswege, auf andere Weise frei.

Die revolutionäre Vaterlandsverteidigung ist einerseits die Frucht des Betrugs der Bourgeoisie an den Massen, die Frucht der blinden Vertrauensseligkeit der Bauern und eines Teils der Arbeiter, andererseits ist sie ein Ausdruck der Interessen und Anschauungen des Kleineigentümers, der bis zu einem gewissen Grade an Annexionen und Bankprofiten interessiert ist und die Traditionen des Zarismus „heilig“ hält, des Zarismus, der die Großrussen durch die Henkerrolle gegenüber den anderen Völkern korrumpierte.

Die Bourgeoisie betrügt das Volk, indem sie sich den edlen Stolz auf die Revolution zunutze macht und den Eindruck zu erwecken sucht, als habe sich mit dieser Etappe der Revolution, seitdem an die Stelle der Zarenmonarchie die Gutschkow-Miljukowsche Beinahe-Republik getreten ist, auf seiten Rußlands der sozial-politische Charakter des Krieges geändert. Und das Volk schenkte dem – eine Zeitlang – Glauben, zum großen Teil dank den althergebrachten Vorurteilen, die es in den anderen Völkern Rußlands – außer dem großrussischen – eine Art Eigentum oder Stammgut der Großrussen sehen ließen. Die niederträchtige Korrumpierung des großrussischen Volkes durch den Zarismus, der es daran gewöhnte,

in den anderen Völkern etwas Niedereres, etwas „von Rechts wegen“ Großrußland Gehörendes zu sehen, konnte nicht mit einemmal verschwinden.

Wir müssen es *verstehen*, die Massen darüber aufzuklären, daß der sozial-politische Charakter des Krieges nicht durch den „guten Willen“ von Personen und Gruppen oder selbst Völkern bestimmt wird, sondern durch die Stellung der Klasse, die den Krieg führt, durch ihre Politik, deren Fortsetzung der Krieg ist, durch die *Verbindungen* des Kapitals als der herrschenden ökonomischen Macht in der modernen Gesellschaft, durch den *imperialistischen Charakter* des internationalen Kapitals, durch die – finanzielle, bankmäßige und diplomatische – Abhängigkeit Rußlands von England und Frankreich usw. Dies geschickt und für die Massen verständlich klarzumachen ist *nicht leicht*, keiner von uns würde es mit einemmal zustande bringen, ohne Fehler zu machen.

Doch muß die Richtung oder, besser gesagt, der Inhalt unserer Propaganda so und nur so sein. Das geringste Zugeständnis an die revolutionäre Vaterlandsverteidigung ist *Verrat am Sozialismus*, ist völlige Preisgabe des *Internationalismus*, mit welch schönen Phrasen, mit welch „praktischen“ Erwägungen man dies auch rechtfertigen mag.

Die Losung „Nieder mit dem Krieg“ ist natürlich richtig, aber sie wird den spezifischen Aufgaben des gegenwärtigen Zeitpunkts, wird der Notwendigkeit, auf *andere Weise* an die breite Masse *heranzutreten*, nicht gerecht. Sie erinnert meines Erachtens an die Losung „Nieder mit dem Zaren“, mit der der ungeschickte Agitator der „guten alten Zeit“ ohne viel Federlesens aufs Land hinausging und – Prügel einsteckte. Die revolutionären Vaterlandsverteidiger aus der Masse sind *ehrlich*, nicht im persönlichen, sondern im Klassensinne, d. h., sie gehören jenen *Klassen* an (Arbeiter und arme Bauern), denen Annexionen und Erdrosselung fremder Völker *tatsächlich* keine Vorteile bringen. Es sind das nicht die Bourgeois und die Herren „Intellektuellen“, die sehr gut verstehen, daß es *unmöglich* ist, auf Annexionen zu verzichten, ohne zugleich auf die Herrschaft des Kapitals zu verzichten, und die die Massen mit schönen Redensarten, maßlosen Versprechungen und zahllosen Verheißungen gewissenlos betrügen.

Der Vaterlandsverteidiger aus der Masse sieht die Dinge einfach, auf Spießbürgerart: „Ich will keine Annexionen, der Deutsche will *mir*, an

den Kragen', folglich verteidige ich eine gerechte Sache und durchaus nicht irgendwelche imperialistischen Interessen." Einem solchen Menschen muß immer wieder klargemacht werden, daß es nicht auf seine persönlichen Wünsche ankommt, daß es sich vielmehr um politische Verhältnisse und Beziehungen der Massen, der Klassen, um den Zusammenhang des Krieges mit den Interessen des Kapitals und dem internationalen Bankennetz usw. handelt. Nur ein solcher Kampf gegen die Vaterlandsverteidigung ist ein ernster Kampf, der vielleicht keinen sehr schnellen, aber doch einen sicheren und dauerhaften Erfolg verspricht.

WIE KANN MAN DEN KRIEG BEENDEN?

10. Den Krieg kann man nicht „auf Wunsch“ beenden. Man kann ihn nicht auf Beschluß nur der einen Seite beenden. Man kann ihn nicht dadurch beenden, daß man „die Bajonette in die Erde stößt“, wie ein Soldat, ein Anhänger der Vaterlandsverteidigung, sich ausdrückte.

Den Krieg kann man nicht beenden durch „Vereinbarungen“ der Sozialisten verschiedener Länder, nicht durch eine „Kundgebung“ der Proletarier aller Länder, nicht durch den „Willen“ der Völker usw. Alle derartigen Phrasen, von denen die Zeitungsartikel in der ganz auf dem Standpunkt der Vaterlandsverteidigung stehenden Presse sowie in der halb auf dem Vaterlandsverteidigungs-, halb auf dem internationalistischen Standpunkt stehenden Presse strotzen, wie auch die zahllosen Resolutionen, Aufrufe, Manifeste, die Resolutionen des Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten – alle diese Phrasen sind nichts als leere, naive, fromme Wünsche von Kleinbürgern. Es gibt nichts Schädlicheres als die Phrasen vom „Kundtun des Friedenswillens der Völker“, von der Reihenfolge der revolutionären Aktionen des Proletariats (nach dem russischen Proletariat sei das deutsche „an der Reihe“) usw. Das alles ist Louis-Blanc-Politik, süßliche Träumerei, Spielerei mit „politischen Kampagnen“, ist faktisch eine Wiederholung der Fabel vom Kater Waska.

Der Krieg ist nicht durch den bösen Willen der kapitalistischen Räuber hervorgerufen worden, obwohl er zweifellos nur in ihrem Interesse geführt wird, nur sie bereichert. Der Krieg ist durch die Entwicklung des Weltkapitals in einem halben Jahrhundert, durch dessen milliardenfache

Fäden und Verbindungen hervorgerufen worden. Man *kann nicht* aus dem imperialistischen Krieg herausspringen, man *kann* einen demokratischen, nicht auf Gewalt basierenden Frieden *nicht* erzielen ohne den Sturz der Herrschaft des Kapitals, ohne den Übergang der Staatsmacht an eine *andere* Klasse, an das Proletariat.

Die russische Revolution vom Februar/März 1917 war der Beginn der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Diese Revolution hat den *ersten* Schritt zur Beendigung des Krieges getan. Erst der *zweite* Schritt kann seine Beendigung *sicherstellen*, nämlich der Übergang der Staatsmacht an das Proletariat. Das wird der Anfang des „Durchbruchs der Front“, der Front der Interessen des Kapitals im Weltmaßstab sein, und erst nachdem das Proletariat *diese* Front durchbrochen hat, *kann* es die Menschheit von den Schrecken des Krieges erlösen, ihr das Glück eines dauerhaften Friedens sichern.

Und an einen solchen „Durchbruch der Front“ des Kapitals hat die russische Revolution das Proletariat Rußlands *bereits* dicht herangeführt, indem sie die Sowjets der Arbeiterdeputierten geschaffen hat.

DER NEUE STAATSTYPUS, DER SICH IN UNSERER REVOLUTION HERAUSBILDET

11. Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten werden nicht bloß in der Hinsicht verkannt, daß der Mehrheit ihre Klassenbedeutung, ihre Rolle *in der russischen* Revolution unklar ist. Verkannt werden sie auch noch insoweit, als sie eine neue Form, richtiger gesagt, einen neuen *Typus des Staates* darstellen.

Der vollendetste, fortgeschrittenste bürgerliche Staat ist der Typus der *parlamentarischen demokratischen Republik*: die Macht gehört dem Parlament; die Staatsmaschinerie, der Apparat und das Organ der Verwaltung, ist die übliche: stehendes Heer, Polizei und eine faktisch unabsetzbare, privilegierte, *über* dem Volke stehende Beamtenschaft.

Die revolutionären Epochen haben jedoch seit Ende des 19. Jahrhunderts den *höchsten* Typus des demokratischen Staates hervorgebracht, eines Staates, der, nach einem Ausdruck von Engels, in mancher Hinsicht schon aufhört, ein Staat zu sein, der „kein Staat im eigentlichen

Sinne mehr²³ ist. Es ist dies der Staat vom Typus der Pariser Kommune, der die vom Volke getrennte Armee und Polizei durch die direkte und unmittelbare Bewaffnung des Volkes selbst ersetzt. Darin besteht das Wesen der Kommune, über die von den bürgerlichen Schriftstellern zahllose Lügen und Verleumdungen verbreitet wurden, von der man unter anderem fälschlich behauptet, sie habe sofort den Sozialismus „einführen“ wollen.

Gerade einen Staat von diesem Typus hat die russische Revolution in den Jahren 1905 und 1917 hervorzubringen begonnen. Die Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten, die in der Gesamtrussischen Konstituierenden Versammlung der Volksvertreter oder im Sowjet der Sowjets u. dgl. vereinigt sind – das ist es, was bei uns jetzt, im gegenwärtigen Augenblick, bereits zur Wirklichkeit wird dank der Initiative des vielmillionenköpfigen Volkes, das aus eigener Machtvollkommenheit auf seine Art, die Demokratie schafft und das weder abwartet, bis die Herren Professoren der Kadettenpartei ihre Gesetzentwürfe für eine parlamentarische bürgerliche Republik abgefaßt haben, noch auch, bis die Pedanten und Routiniers der kleinbürgerlichen „Sozialdemokratie“ vom Schlage der Herren Plechanow oder Kautsky sich von ihren Verfälschungen der marxistischen Lehre vom Staate lossagen.

Der Marxismus unterscheidet sich dadurch vom Anarchismus, daß er die Notwendigkeit des Staates und der Staatsgewalt in einer revolutionären Periode im allgemeinen und in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im besonderen anerkennt.

Der Marxismus unterscheidet sich von dem kleinbürgerlichen, opportunistischen „Sozialdemokratismus“ der Herren Plechanow, Kautsky und Co. dadurch, daß er für die erwähnten Perioden nicht einen Staat wie die gewöhnliche parlamentarische bürgerliche Republik für notwendig erachtet, sondern einen Staat wie die Pariser Kommune.

Die Hauptunterschiede zwischen diesem letzteren Staatstypus und dem alten bestehen in folgendem:

Von der parlamentarischen bürgerlichen Republik ist die Rückkehr zur Monarchie (wie die Geschichte auch bewiesen hat) überaus leicht, denn die ganze Unterdrückungsmaschine: das Heer, die Polizei, die Beamten-schaft, bleibt unangetastet. Die Kommune und die Sowjets der Arbeiter-,

Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten *zerschlagen* und beseitigen diese Maschine.

Die parlamentarische bürgerliche Republik beengt und drosselt das selbständige politische Leben der *Massen* sowie deren unmittelbare Teilnahme am *demokratischen* Aufbau des ganzen Staatslebens von unten bis oben. Das Gegenteil ist bei den Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten der Fall.

Diese letzteren reproduzieren jenen Staatstypus, der von der Pariser Kommune hervorgebracht worden ist und den Marx „die endlich entdeckte politische Form“ genannt hat, „unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“.²⁴

Gewöhnlich wird eingewendet: Das russische Volk ist für die „Einführung“ der Kommune noch nicht reif. Das ist das Argument der Fronherren, die behauptet hatten, die Bauern seien für die Freiheit noch nicht reif. Irgendwelche Umgestaltungen, die nicht sowohl in der ökonomischen Wirklichkeit als auch im Bewußtsein der erdrückenden Mehrheit des Volkes vollständig herangereift sind, werden von der Kommune, d. h. von den Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, *keineswegs* „eingeführt“, sie beabsichtigt nicht, sie „einzuführen“, und soll sie auch nicht einführen. Je größer der ökonomische Zusammenbruch und die durch den Krieg erzeugte Krise sind, desto dringender erforderlich ist eine möglichst vollkommene politische Form, die die Heilung der furchtbaren Wunden *erleichtert*, die der Krieg der Menschheit geschlagen hat. Je weniger organisatorische Erfahrung das russische Volk hat, desto entschiedener muß die organisatorische Aufbauarbeit *vom Volke selbst* und nicht allein von bürgerlichen Politikastern und Beamten auf „einträglichen Pöstchen“ in *Angriff* genommen werden.

Je schneller wir uns der alten Vorurteile des von den Herren Plechanow, Kautsky und Co. entstellten Marxismus, des Pseudomarxismus, entledigen, je eifriger wir an die Arbeit gehen, um dem Volk zu helfen, sofort und überall Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zu schaffen und diesen wiederum zu helfen, das *ganze* Leben in ihre Hand zu nehmen, je länger die Herren Lwow und Co. die Einberufung der Konstituierenden Versammlung hinausschieben werden, um so leichter wird es dem Volke fallen, sich für die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zu entscheiden (durch Vermittlung der Kon-

stituierenden Versammlung oder ohne sie, wenn Lwow noch sehr lange zögert, sie einzuberufen). Fehler sind bei der neuen organisatorischen Aufbauarbeit durch das Volk selbst zunächst unvermeidlich, aber es ist besser, Fehler zu machen und vorwärtszuschreiten, als *abzuwarten*, bis die von Herrn Lwow berufenen Professoren der Rechtskunde Gesetze verfaßt haben über die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, über die Verewigung der parlamentarischen bürgerlichen Republik und über die Erdrosselung der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten.

Wenn wir uns organisieren und unsere Propaganda geschickt betreiben, so werden nicht nur die Proletarier, sondern auch neun Zehntel der Bauernschaft gegen die Wiederherstellung der Polizei, gegen die unabschaltbare und privilegierte Beamtenschaft, gegen das vom Volke getrennte Heer sein. Und hierin allein besteht ja der neue Staatstypus.

12. Die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz – das ist eine Umgestaltung, die sich aus dem ganzen Verlauf der Revolution ergeben hat und die jetzt in den meisten Orten Rußlands durchgeführt wird. Wir müssen den Massen klarmachen, daß in den meisten bürgerlichen Revolutionen vom gewöhnlichen Typus eine solche Umgestaltung äußerst kurzlebig war und die Bourgeoisie – selbst die allerdemokratischste und allerrepublikanischste – die vom Volke getrennte, der Befehlsgewalt von Bourgeois unterstellte alte Polizei vom zaristischen Typus wieder eingesetzt hat, die dazu geeignet ist, das Volk in jeder Weise zu unterdrücken.

Es gibt nur ein Mittel, die Wiederherstellung der Polizei zu *verhindern*: die Schaffung einer allgemeinen Volksmiliz, ihre Verschmelzung mit dem Heer (Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung). An der Tätigkeit dieser Miliz müssen ausnahmslos alle Bürger und Bürgerinnen vom 15. bis zum 65. Lebensjahr teilnehmen, wenn es statthaft ist, durch diese ungefähren Altersgrenzen die Beteiligung der Halbwüchsigen und der alten Leute festzulegen. Die Kapitalisten müssen den Lohnarbeitern, den Dienstboten usw. die Tage bezahlen, die diese im öffentlichen Dienst bei der Miliz verbringen. Ohne die Heranziehung der Frauen zur selbständigen Teilnahme nicht allein am politischen Leben schlechthin, sondern auch am ständigen, von allen zu leistenden öffentlichen Dienst kann von Sozialismus keine Rede sein, ja nicht einmal von einer vollständigen und dauerhaften Demokratie.

Solche Funktionen der „Polizei“ aber wie die Fürsorge für Kranke, die Sorge um verwahrloste Kinder, um gesunde Ernährung usw. sind ohne die tatsächliche, nicht nur auf dem Papier bestehende Gleichberechtigung der Frauen überhaupt nicht befriedigend durchzuführen.

Die Wiederherstellung der Polizei nicht zuzulassen, die organisatorischen Kräfte des ganzen Volkes zur Schaffung einer allgemeinen Miliz heranzuziehen – das sind die Aufgaben, die das Proletariat im Interesse der Verteidigung, Festigung und Weiterentwicklung der Revolution in die Massen tragen muß.

DAS AGRARPROGRAMM UND DAS NATIONALITÄTENPROGRAMM

13. Wir können im gegenwärtigen Augenblick nicht mit Sicherheit wissen, ob sich in der nächsten Zukunft eine machtvolle Agrarrevolution im russischen Dorfe entfalten wird. Wir können nicht wissen, wie tiefgehend die Klassenscheidung der Bauernschaft in Knechte, Lohnarbeiter und arme Bauern („Halbproletarier“) einerseits und wohlhabende und mittlere Bauern (Kapitalisten und Kleinkapitalisten) anderseits ist, die in letzter Zeit zweifellos Fortschritte gemacht hat. Nur die Erfahrung kann und wird eine Antwort auf solche Fragen geben.

Als Partei des Proletariats aber sind wir unbedingt verpflichtet, sofort nicht nur mit einem Agrarprogramm (Bodenprogramm) hervorzutreten, sondern auch unverzüglich durchführbare praktische Maßnahmen im Interesse der bäuerlichen Agrarrevolution in Rußland zu propagieren.

Wir müssen die Nationalisierung des *gesamten* Grund und Bodens fordern, d. h. den Übergang des *gesamten* Grund und Bodens im Staate in das Eigentum der zentralen Staatsmacht. Diese Staatsmacht muß den Umfang usw. des Umsiedlungsfonds festsetzen, sie muß die Gesetze über Forstschutz, Meliorationen usw. erlassen, sie muß unbedingt jede Art Vermittlertätigkeit zwischen dem Eigentümer des Bodens, d. h. dem Staate, und seinem Pächter, d. h. dem Landwirt, verbieten (Verbot jeder Weiterverpachtung des Bodens). Aber die *gesamte Verfügungsgewalt* über den Grund und Boden sowie die Festsetzung der *örtlichen Bedingungen* des Besitz- und Nutzungsrechts darf keinesfalls in bürokratischen,

in Beamtenhänden liegen, sondern muß restlos und ausschließlich den Gebiets- und Ortssowjets der Bauerndeputierten zustehen.

Um die Getreideproduktion in ihrer Technik zu verbessern und ihren Umfang zu vergrößern, um ferner eine rationelle Großwirtschaft zu entwickeln und die gesellschaftliche Kontrolle über diese sicherzustellen, müssen wir innerhalb der Bauernkomitees darauf hinarbeiten, daß jede konfiszierte Gutswirtschaft in einen Mustergroßbetrieb verwandelt wird, der unter der Kontrolle der Sowjets der Landarbeiterdeputierten steht.

Im Gegensatz zur kleinbürgerlichen Phrase und Politik, wie sie bei den Sozialrevolutionären herrscht, besonders in ihrem leeren Gerede von der „Verbrauchs“- oder „Arbeits“-norm, von der „Sozialisierung des Grund und Bodens“ usw., muß die Partei des Proletariats mit aller Klarheit auseinandersetzen, daß das System der Kleinwirtschaft beim Bestehen der Warenproduktion *nicht imstande* ist, die Menschheit von Massenelend und Massenunterdrückung zu erlösen.

Ohne sofort und unbedingt die Sowjets der Bauerndeputierten zu spalten, muß die Partei des Proletariats erläutern, daß es notwendig ist, besondere Sowjets der Landarbeiterdeputierten und besondere Sowjets der Deputierten der armen (halbproletarischen) Bauern zu schaffen oder zumindest besondere ständige Beratungen der Deputierten *dieser Klassenlage* in Form besonderer Fraktionen oder Parteien innerhalb der allgemeinen Sowjets der Bauerndeputierten. Andernfalls werden all die süßlichen kleinbürgerlichen Phrasen der Volkstümler von der Bauernschaft schlechthin nur den Betrug verschleiern, den die wohlhabenden Bauern, die nur eine Abart der *Kapitalisten* sind, an der besitzlosen Masse begehen.

Im Gegensatz zu den bürgerlich-liberalen oder rein bürokratischen Predigten vieler Sozialrevolutionäre und Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die den Bauern empfehlen, sich der Ländereien der Gutsbesitzer nicht zu bemächtigen und die Umgestaltung der Agrarverhältnisse nicht vor der Einberufung der Konstituierenden Versammlung zu beginnen, muß die Partei des Proletariats die Bauern auffordern, die Umgestaltung der Agrarverhältnisse sofort und selbständig in Angriff zu nehmen und die Ländereien der Gutsbesitzer unverzüglich auf Beschluß der örtlichen Bauerndeputierten zu konfiszieren.

Besonders wichtig ist es hierbei, Nachdruck darauf zu legen, daß die

Lebensmittelproduktion für die Soldaten an der Front und für die Städte unbedingt *gesteigert* werden muß, daß jede Schädigung des Viehbestands, jede Beschädigung oder Zerstörung der Geräte, Maschinen, Gebäude usw. usf. absolut unzulässig ist.

14. In der nationalen Frage muß die proletarische Partei sich vor allem einsetzen für die Proklamierung und sofortige Verwirklichung der vollen Freiheit der Lostrennung von Rußland für alle vom Zarismus unterdrückten, gewaltsam dem Staat einverleibten bzw. zwangsweise in den Staatsgrenzen festgehaltenen, d. h. annektierten Nationen und Völkerschaften.

Alle Erklärungen, Deklarationen und Manifeste über den Verzicht auf Annexionen, die nicht mit der tatsächlichen Verwirklichung der Freiheit der Lostrennung Hand in Hand gehen, sind nichts als bürgerlicher Volksbetrug oder kleinbürgerliche fromme Wünsche.

Die proletarische Partei erstrebt die Schaffung eines möglichst großen Staates, denn dies ist für die Werktätigen vorteilhaft; sie erstrebt die *Annäherung und weitere Verschmelzung* der Nationen, aber sie will dieses Ziel nicht mittels Gewalt erreichen, sondern ausschließlich auf dem Wege eines freien, brüderlichen Bündnisses der Arbeiter und der werktätigen Massen aller Nationen.

Je demokratischer die Republik Rußland sein wird, je erfolgreicher sie sich als Republik der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten organisiert, desto stärker werden sich die werktätigen Massen *aller* Nationen *freiwillig* zu einer solchen Republik hingezogen fühlen.

Volle Freiheit der Lostrennung, weitestgehende lokale (und nationale) Autonomie, bis ins einzelne ausgearbeitete Garantien der Rechte der nationalen Minderheit – das ist das Programm des revolutionären Proletariats.

DIE NATIONALISIERUNG DER BANKEN UND SYNDIKATE DER KAPITALISTEN

15. Die Partei des Proletariats darf sich unter keinen Umständen das Ziel setzen, in einem Lande der Kleinbauernschaft den Sozialismus „einzuführen“, bevor nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erkannt hat.

Doch nur bürgerliche, sich hinter „beinahe-marxistische“ Schlagworte versteckende Sophisten können aus dieser Wahrheit folgern, daß eine Politik gerechtfertigt sei, die die sofortige Durchführung praktisch völlig ausgereifter revolutionärer Maßnahmen hinausschiebt, wie sie *während des Krieges von einer Reihe bürgerlicher Staaten* nicht selten getroffen wurden, Maßnahmen, die zur Bekämpfung der nahenden vollständigen wirtschaftlichen Zerrüttung und der Hungersnot dringend notwendig sind.

Solche Maßnahmen wie die Nationalisierung des Grund und Bodens, sämtlicher Banken und Syndikate der Kapitalisten oder zumindest die Errichtung der *sofortigen Kontrolle* über sie durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten usw., Maßnahmen, die durchaus nicht die „Einführung“ des Sozialismus bedeuten, müssen unbedingt verfochten und, nach Maßgabe des Möglichen, auf revolutionärem Wege verwirklicht werden. Auf anderem Wege als durch diese Maßnahmen, die nur Schritte zum Sozialismus und ökonomisch durchaus durchführbar sind, ist die Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und die Verhütung des drohenden Zusammenbruchs unmöglich, und die Partei des revolutionären Proletariats wird vor einem Angriff auf die unerhört hohen Profite der Kapitalisten und Bankiers, die sich gerade „am Kriege“ in besonders skandalöser Weise bereichern, niemals haltmachen.

DIE LAGE IN DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE

16. Die internationalen Pflichten der Arbeiterklasse Rußlands treten gerade jetzt mit besonderem Nachdruck in den Vordergrund.

Alles schwört heutzutage auf den Internationalismus, selbst die chauvinistischen Vaterlandsverteidiger, selbst die Herren Plechanow und Potressow; ja selbst Kerenski nennt sich Internationalist. Um so dringendere Pflicht der proletarischen Partei ist es, mit aller Deutlichkeit, Schärfe und Bestimmtheit dem Internationalismus in Worten den Internationalismus der Tat entgegenzustellen.

Bloße Aufrufe an die Arbeiter aller Länder, nichtssagende Beteuerungen der Ergebnisheit für den Internationalismus, Versuche, direkt oder indirekt eine „Reihenfolge“ der Aktionen des revolutionären Proleta-

riats in den verschiedenen kriegführenden Ländern festzusetzen, krampfhaft Anstrengungen, zwischen den Sozialisten der kriegführenden Länder „Vereinbarungen“ über den revolutionären Kampf zu treffen, Bemühungen, sozialistische Kongresse für eine Friedenskampagne zustande zu bringen usw. usf. – alles das ist, wie aufrichtig die Urheber solcher Ideen, solcher Versuche oder solcher Pläne auch sein mögen, seiner objektiven Bedeutung nach nur Phrasendrescherei, im besten Falle sind es naive, fromme Wünsche, nur geeignet, den Betrug der Chauvinisten an den Massen zu verschleiern. Und die geschicktesten, in den Schlichen und Kniffen des parlamentarischen Schwindels am meisten geübten französischen Sozialchauvinisten haben seit langem jeden Rekord geschlagen in puncto unglaublich geschwollener, wohlklingender pazifistischer und internationalistischer Phrasen, die verbunden sind mit einem unerhört schamlosen Verrat am Sozialismus und an der Internationale, mit dem Eintritt in die den imperialistischen Krieg führenden Regierungen, mit der Stimmabgabe für die Kredite oder für die Anleihen (wie es Tschcheidse, Skobelew, Zereteli, Steklow in den letzten Tagen in Rußland getan haben), mit Maßnahmen gegen den revolutionären Kampf im eigenen Lande usw. usf.

Die guten Leute vergessen oft die harte, grausame Wirklichkeit des imperialistischen Weltkriegs. Diese Wirklichkeit duldet keine Phrasen, sie spottet aller naiven, frommen Wünsche.

Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern.

Alles andere ist Betrug und Manilowerei*.

Die internationale sozialistische und Arbeiterbewegung hat in über zwei Kriegsjahren in allen Ländern drei Strömungen hervorgebracht, und wer den realen Boden der Anerkennung der Existenz dieser drei Strömungen, ihrer Analyse und des konsequenten Kampfes für die wirklich internationalistische Strömung verläßt, der verurteilt sich selbst zur Ohnmacht, zur Hilflosigkeit und zu Fehlern.

* Manilow – Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen“. Der Übers.

Die drei Strömungen sind folgende:

1. Die Sozialchauvinisten, d. h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat – das sind Leute, die für die „Verteidigung des Vaterlands“ im imperialistischen Krieg (und vor allen Dingen im gegenwärtigen imperialistischen Krieg) eintreten.

Diese Leute sind unsere *Klassengegner*. Sie sind auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen.

Zu ihnen gehört die Mehrheit der offiziellen Führer der offiziellen Sozialdemokratie in *allen* Ländern: die Herren Plechanow und Co. in Rußland, die Scheidemänner in Deutschland, Renaudel, Guesde, Sembat in Frankreich, Bissolati und Co. in Italien, Hyndman, die Fabier²⁵ und die „Labouristen“ (die Führer der „Arbeiterpartei“)²⁶ in England, Branting und Co. in Schweden, Troelstra und seine Partei in Holland, Stauning und seine Partei in Dänemark, Victor Berger und andere „Vaterlandsverteidiger“ in Amerika usw.

2. Die zweite Strömung – das sogenannte „Zentrum“ – besteht aus Leuten, die zwischen den Sozialchauvinisten und den wirklichen Internationalisten schwanken.

Alle Anhänger des „Zentrums“ beteuern hoch und heilig, sie seien Marxisten, Internationalisten, sie seien für den Frieden, für jederlei „Druck“ auf die Regierungen, für jederlei „Forderungen“ an die eigene Regierung, sie solle „den Friedenswillen des Volkes kundtun“, sie seien für alle möglichen Kampagnen zugunsten des Friedens, für einen Frieden ohne Annexionen usw. usf. – *und für den Frieden mit den Sozialchauvinisten*. Das „Zentrum“ ist für die „Einheit“, das „Zentrum“ ist ein Gegner der Spaltung.

Das „Zentrum“ ist das Reich der gefälligen kleinbürgerlichen Phrase, des Internationalismus in Worten, des feigen Opportunismus und der Liebedienerei gegenüber den Sozialchauvinisten in der Tat.

Der Kern der Sache ist, daß das „Zentrum“ von der Notwendigkeit der Revolution gegen die eigenen Regierungen nicht überzeugt ist, sie nicht propagiert, daß es keinen rückhaltlosen revolutionären Kampf führt, daß es gegen ihn die allerplattesten – und erz-„marxistisch“ klingenden – *Ausflüchte* erfindet.

Die Sozialchauvinisten sind unsere *Klassengegner*, sie sind die Bourgeois innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie vertreten jene Schichten,

Zwischenschichten und Gruppen der Arbeiterschaft, die von der Bourgeoisie *objektiv* bestochen sind (bessere Löhne, Ehrenämter usw.) und die der *eigenen* Bourgeoisie behilflich sind, kleine und schwache Völker auszuplündern und zu unterdrücken und den Kampf um der Teilung der kapitalistischen Beute *willen* zu führen.

Das „Zentrum“ – das sind Leute der Routine, zerfressen von der faulen Legalität, korrumpiert durch die Atmosphäre des Parlamentarismus usw., Beamte, gewöhnt an warme Pöstchen und an „ruhige“ Arbeit. Historisch und ökonomisch gesehen, vertreten sie keine *besondere* Schicht, sie sind lediglich eine Erscheinung des *Übergangs* von der hinter uns liegenden Periode der Arbeiterbewegung, der Periode von 1871 bis 1914 – einer Periode, die viel Wertvolles geschaffen hat, besonders in der für das Proletariat notwendigen Kunst der langsamen, beharrlichen, systematischen Organisationsarbeit auf breiter und breitester Grundlage –, zu einer neuen Periode, die seit dem ersten imperialistischen Weltkrieg, der die *Ara der sozialen Revolution* eingeleitet hat, *objektiv* unumgänglich geworden ist.

Der wichtigste Führer und Repräsentant des „Zentrums“ ist Karl Kautsky, die bedeutendste Autorität der II. Internationale (1889–1914); das Musterbeispiel einer vollständigen Aufgabe des Marxismus, ein Musterbeispiel unerhörter Charakterlosigkeit, jämmerlichster Schwankungen und Verrätereien seit August 1914. Der „Zentrum“-strömung gehören an Kautsky, Haase, Ledebour, die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft“²⁷ im Reichstag; in Frankreich Longuet, Pressemane und die sogenannten „Minoritaires“²⁸ (Minderheitler) überhaupt; in England Philip Snowden, Ramsay MacDonald und viele andere Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei“²⁹ und zum Teil der „Britischen Sozialistischen Partei“³⁰; Morris Hillquit und viele andere in Amerika; Turati, Treves, Modigliani usw. in Italien; Robert Grimm u. a. in der Schweiz; Victor Adler und Co. in Österreich; die Partei des Organisationskomitees, Axelrod, Martow, Tschcheidse, Zereteli u. a. in Rußland usw.

Selbstverständlich gehen mitunter einzelne Personen, ohne es selbst zu merken, von der Position des Sozialchauvinismus zur Position des „Zentrums“ über und umgekehrt. Jeder Marxist weiß, daß die Klassen sich voneinander unterscheiden, unbeschadet des freien Hinüberwechsels einzelner Personen von einer Klasse zur andern; genauso unter-

scheiden sich die *Strömungen* des politischen Lebens voneinander, unbeschadet des freien Hinüberwechselns einzelner Personen von der einen Strömung zur anderen, unbeschadet der Versuche und Anstrengungen, die Strömungen zu *vereinigen*.

3. Die dritte Strömung sind die wirklichen Internationalisten, denen die „Zimmerwalder Linke“³¹ am nächsten kommt (im Anhang drucken wir ihr Manifest vom September 1915 ab, damit der Leser sich über die Entstehung dieser Strömung an Hand von authentischem Material unterrichten kann).

Ihr wichtigstes Unterscheidungsmerkmal: der völlige Bruch sowohl mit dem Sozialchauvinismus als auch mit dem „Zentrum“, der rückhaltlose revolutionäre Kampf gegen die *eigene* imperialistische Regierung und die *eigene* imperialistische Bourgeoisie. Ihr Prinzip: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Schonungsloser Kampf gegen die süßliche sozialpazifistische Phrase (der Sozialpazifist ist Sozialist in Worten, bürgerlicher Pazifist in der Tat; die bürgerlichen Pazifisten träumen vom ewigen Frieden *ohne* die Abschüttelung des Jochs und der Herrschaft des Kapitals) sowie gegen alle *Ausflüchte*, die den Zweck haben, in Abrede zu stellen, daß der revolutionäre Kampf des Proletariats und die proletarische, sozialistische Revolution *in Verbindung* mit dem gegenwärtigen Krieg möglich, angebracht oder aktuell sind.

Die bedeutendsten Vertreter dieser Strömung: In Deutschland die „Spartakusgruppe“ oder „Gruppe Internationale“³², der Karl Liebknecht angehört. Karl Liebknecht ist der berühmteste Repräsentant dieser Strömung und der *neuen*, wirklichen, proletarischen Internationale.

Karl Liebknecht hat die Arbeiter und Soldaten Deutschlands aufgerufen, die *Waffen* gegen die *eigene* Regierung zu *kehren*. Karl Liebknecht tat das offen von der Tribüne des Parlaments (des Reichstags) herab. Er ging dann zu einer Kundgebung auf den Potsdamer Platz, einen der größten Plätze Berlins, wobei er illegal gedruckte Flugschriften mit der Forderung „Nieder mit der Regierung“ verteilte. Er wurde verhaftet und zu *Zuchthaus* verurteilt. Er sitzt jetzt in Deutschland im Zuchthaus, wie überhaupt *Hunderte*, wenn nicht Tausende *wirklicher* Sozialisten in Deutschland für ihren Kampf gegen den Krieg eingekerkert sind.

Karl Liebknecht führte in Reden und Briefen einen schonungslosen Kampf nicht nur *gegen die eigenen* Plechanow und Potressow (die Scheide-

männer, Legien, David und Co.), sondern auch gegen die eigenen Zentristen, gegen die eigenen Tschcheidse, Zereteli (die Kautsky, Haase, Ledebour und Co.).

Karl Liebknecht und sein Freund Otto Rühle sind unter 110 Reichstagsabgeordneten die einzigen gewesen, die die Disziplin durchbrochen und die „Einheit“ mit dem „Zentrum“ und den Chauvinisten zerstört haben, die sich gegen alle gestellt haben. Liebknecht allein vertritt den Sozialismus, die Sache des Proletariats, die proletarische Revolution. Die ganze übrige deutsche Sozialdemokratie ist nach dem treffenden Ausdruck Rosa Luxemburgs (ebenfalls Mitglied und eine Führerin der „Spartakusgruppe“) ein stinkender Leichnam.

Eine andere Gruppe der wirklichen Internationalisten in Deutschland wird durch die Bremer Zeitung „Arbeiterpolitik“ vertreten.

In Frankreich stehen den wirklichen Internationalisten am nächsten: Lorient und seine Freunde (Bourderon und Merrheim sind zum Sozialpazifismus hinabgesunken) sowie der Franzose Henri Guilbeaux, der in Genf die Zeitschrift „Demain“ herausgibt; in England die Zeitung „The Trade Unionist“ und ein Teil der Mitglieder der „Britischen Sozialistischen Partei“ und der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (z. B. Russell Williams, der offen zum Bruch mit den zu Verrätern am Sozialismus gewordenen Führern aufgerufen hat), der schottische Volksschullehrer und Sozialist Maclean, der von der bürgerlichen Regierung Englands für seinen revolutionären Kampf gegen den Krieg zu Zuchthaus verurteilt wurde; Hunderte englische Sozialisten sind wegen derartiger Verbrechen eingekerkert. Sie und nur sie allein sind wirkliche Internationalisten; in Amerika die „Sozialistische Arbeiterpartei“³³ und jene Elemente innerhalb der opportunistischen „Sozialistischen Partei“³⁴, die seit Januar 1917 die Zeitung „The Internationalist“ herausgeben; in Holland die Partei der „Tribunisten“³⁵, die die Zeitung „De Tribune“ herausgibt (Pannekoek, Herman Gorter, Wijnkoop, Henriette Roland-Holst, die in Zimmerwald zum Zentrum gehörte, jetzt aber zu uns übergegangen ist); in Schweden die Partei der Jungen oder Linken³⁶ mit Führern wie Lindhagen, Ture Nerman, Karlson, Ström, S. Höglund, der in Zimmerwald an der Gründung der „Zimmerwalder Linken“ persönlich beteiligt war und jetzt für seinen revolutionären Kampf gegen den Krieg zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde; in Dänemark Trier und seine Freunde,

die der vollkommen *verbürgerlichten* „Sozialdemokratischen“ Partei Dänemarks, an deren Spitze *Minister* Stauning steht, den Rücken gekehrt haben; in Bulgarien die „*Tesnjaki*“³⁷; in Italien stehen den wirklichen Internationalisten Konstantin Lazzari, der Sekretär der Partei, und Ser-rati, der Redakteur des Zentralorgans „*Avanti!*“³⁸ am nächsten; in Polen Radek, Hanecki und andere Führer der durch den „Landesvorstand“ vereinigten Sozialdemokratie; Rosa Luxemburg, Tyszka und andere Führer der durch den „Hauptvorstand“ vereinigten Sozialdemokratie; in der Schweiz jene Linken, die das „Referendum“ (Januar 1917) für den Kampf gegen die Sozialchauvinisten und gegen das „Zentrum“ des *eigenen* Landes motivierten und auf dem Züricher sozialistischen Kantonalparteitag in Töß am 11. Februar 1917 eine revolutionäre prinzipielle Resolution gegen den Krieg³⁹ einbrachten; in Österreich die jungen linken Freunde Friedrich Adlers, die teilweise in dem „Karl-Marx-Klub“ in Wien wirkten; dieser Klub ist jetzt von der stockreaktionären österreichischen Regierung, die Friedrich Adler wegen seines heldenhaften, wenn auch wenig überlegten Schusses auf einen Minister nach dem Leben trachtet, aufgelöst worden. Usw. usw.

Es kommt nicht auf die Schattierungen an, die es auch unter den Linken gibt. Es kommt auf die *Richtung* an. Der ganze Kern der Sache ist, daß es nicht leicht ist, in der Epoche des furchtbaren imperialistischen Krieges wirklicher Internationalist zu sein. Solche Menschen gibt es nur wenige, aber *nur* sie sind die ganze Zukunft des Sozialismus, *nur* sie sind *Führer der Massen* und nicht Verführer der Massen.

Die Unterschiede zwischen den Reformisten und den Revolutionären, unter den Sozialdemokraten, unter den Sozialisten überhaupt, mußten unter den Verhältnissen des imperialistischen Krieges mit objektiver Zwangsläufigkeit eine Änderung erfahren. Wer sich darauf beschränkt, von den bürgerlichen Regierungen zu „fordern“, sie sollten Frieden schließen oder sie sollten den „Friedenswillen der Völker kundtun“ usw., der gleitet in *Wirklichkeit* zu Reformen ab. Denn die *Frage des Krieges* kann, objektiv gesehen, nur *revolutionär* gestellt werden.

Es gibt keinen anderen Ausweg, der aus dem Krieg zu einem demokratischen, nicht auf Gewalt basierenden Frieden führt, zur Befreiung der Völker von der Schuldknechtschaft der *Milliardenzinsen* für die

Herren Kapitalisten, welche sich „am Kriege“ bereichert haben – es gibt keinen anderen Ausweg als die Revolution des Proletariats.

Von den bürgerlichen Regierungen kann und muß man die verschiedensten Reformen fordern, man kann aber nicht, ohne in Manilowerei, in Reformismus zu verfallen, von diesen tausendfach in die Fäden des imperialistischen Kapitals verstrickten Leuten und Klassen verlangen, sie sollten diese Fäden *zerreißen*; werden sie aber nicht zerrissen, so ist alles Gerede vom Krieg gegen den Krieg hohle, betrügerische Phrase.

Die „Kautskyaner“, das „Zentrum“, sind Revolutionäre in Worten, Reformisten in der Tat – Internationalisten in Worten, Helfershelfer des Sozialchauvinismus in der Tat.

DER ZUSAMMENBRUCH DER ZIMMERWALDER INTERNATIONALE. – EINE DRITTE INTERNATIONALE MUSS GEGRÜNDET WERDEN

17. Die Zimmerwalder Internationale nahm von Anbeginn an eine schwankende, „kautskyanische“, „zentristische“ Position ein, was denn auch die *Zimmerwalder Linke* zwang, sich sofort von ihr abzugrenzen, sich abzusondern, mit einem *eigenen* (in der Schweiz in russischer, deutscher und französischer Sprache gedruckten) Manifest hervorzutreten.

Der Hauptmangel der Zimmerwalder Internationale, die Ursache ihres *Zusammenbruchs* (denn sie ist ideologisch-politisch bereits zusammengebrochen) sind die Schwankungen, die Unentschlossenheit in der wichtigsten, praktisch *alles bestimmenden* Frage des völligen Bruchs mit dem Sozialchauvinismus und der von Vandervelde, von Huysmans im Haag (Holland) und anderen geführten sozialchauvinistischen alten Internationale.

Bei uns weiß man noch nicht, daß die Zimmerwalder Mehrheit *gerade aus Kautskyanern* besteht. Dabei ist das aber eine grundlegende Tatsache, die man nicht unberücksichtigt lassen darf und die in Westeuropa heute allgemein bekannt ist. Sogar ein Chauvinist wie der extreme deutsche Chauvinist Heilmann, Redakteur der erzchauvinistischen Chemnitzer „Volksstimme“ und Mitarbeiter der erzchauvinistischen Parvus-schen „Glocke“⁴⁰ (der natürlich „Sozialdemokrat“ und eifriger Verfechter

der „Einheit“ der Sozialdemokratie ist), mußte in der Presse zugeben, daß das Zentrum bzw. das „Kautskyanertum“ und die Zimmerwalder Mehrheit ein und dasselbe sind.

Das Ende des Jahres 1916 und der Anfang des Jahres 1917 haben diese Tatsache endgültig bestätigt. Obwohl das Kienthaler Manifest⁴¹ den Sozialpazifismus verurteilt hat, ist die ganze Zimmerwalder Rechte, die ganze Zimmerwalder Mehrheit zum Sozialpazifismus hinabgeglitten: Kautsky und Co. in einer Reihe von Stellungnahmen im Januar und Februar 1917; Bourderon und Merrheim in Frankreich, indem sie *einmütig* mit den Sozialchauvinisten für die pazifistischen Resolutionen der Sozialistischen Partei (Dezember 1916) und des „Allgemeinen Gewerkschaftsbunds“ (Spitzenorganisation der französischen Gewerkschaften, gleichfalls im Dezember 1916) stimmten; Turati und Co. in Italien, wo die ganze Partei einen sozialpazifistischen Standpunkt einnahm und Turati persönlich sich in seiner Rede vom 17. Dezember 1916 (und natürlich nicht zufällig) zu *nationalistischen*, den imperialistischen Krieg beschönigenden Phrasen „hinreißen“ ließ.

Der Vorsitzende von Zimmerwald und Kienthal, Robert Grimm, ging im Januar 1917 ein Bündnis mit den Sozialchauvinisten der *eigenen* Partei (Greulich, Pflüger, Gustav Müller u. a.) *gegen* die wirklichen Internationalisten ein.

Auf zwei von Zimmerwaldern verschiedener Länder beschickten Beratungen im Januar und Februar 1917 wurde diese zwiespältige und heuchlerische Haltung der Zimmerwalder Mehrheit von linken Internationalisten mehrerer Länder in aller Form gebrandmarkt: von Münzenberg, dem Sekretär der internationalen Jugendorganisation und Redakteur der ausgezeichneten internationalistischen Zeitung „Jugend-Internationale“⁴²; von Sinowjew, dem Vertreter des ZK unserer Partei; von K. Radek aus der Polnischen Sozialdemokratischen Partei („Landesvorstand“) und von Hartstein, einem deutschen Sozialdemokraten, einem Mitglied der „Spartakusgruppe“.

Dem russischen Proletariat ist viel gegeben; nirgends in der Welt ist es der Arbeiterklasse bisher gelungen, eine solche revolutionäre Energie zu entfalten wie in Rußland. Aber wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern.

Der Zimmerwalder Sumpf darf nicht länger geduldet werden. Es geht

nicht an, der Zimmerwalder „Kautskyaner“ wegen die halbe Verbindung mit der chauvinistischen Internationale der Plechanow und Scheidemänner länger aufrechtzuerhalten. Man muß unverzüglich mit dieser Internationale brechen. Man soll *nur* zur Information in Zimmerwald bleiben.

Gerade wir müssen, gerade jetzt, ohne Zeit zu verlieren, eine *neue*, revolutionäre, proletarische Internationale gründen, oder richtiger gesagt, wir dürfen uns nicht fürchten, vor aller Welt zu erklären, daß sie *schon* gegründet ist und wirkt.

Das ist die Internationale jener „wirklichen Internationalisten“, die ich oben genau aufgezählt habe. Sie und nur sie sind die Vertreter der revolutionären, internationalistischen Massen, und nicht die Verführer der Massen.

Wenn die Zahl solcher Sozialisten auch klein ist, so möge sich doch jeder russische Arbeiter fragen, ob es in Rußland *am Vorabend* der Februar-März-Revolution 1917 viele bewußte Revolutionäre gegeben hat.

Es kommt nicht auf die Zahl an, sondern auf den richtigen Ausdruck der Ideen und der Politik des wirklich revolutionären Proletariats. Das Wesentliche ist nicht die „Proklamierung“ des Internationalismus, sondern die Fähigkeit, selbst in den schwierigsten Zeiten wirklicher Internationalist zu sein.

Wir wollen uns keinen trügerischen Hoffnungen auf Vereinbarungen und internationale Kongresse hingeben. Solange der imperialistische Krieg fort dauert, werden die internationalen Beziehungen in den eisernen Schraubstock der imperialistisch-bürgerlichen Militärdiktatur eingezwängt sein. Wenn sogar der „Republikaner“ Miljukow, der gezwungen ist, die Nebenregierung des Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dulden, dem Schweizer Sozialisten Fritz Platten, dem Sekretär der Partei, einem Internationalisten und Teilnehmer an der Zimmerwalder und Kienthaler Konferenz, im April 1917 die Einreise nach Rußland *verweigerte*, obwohl dieser mit einer Russin verheiratet ist und zu den Verwandten seiner Frau reiste, obwohl er in Riga an der Revolution von 1905 teilgenommen, deshalb in einem russischen Gefängnis gesessen und bei der zaristischen Regierung eine Kaution für seine Freilassung hinterlegt hatte, die er zurückbekommen wollte – wenn der „Republikaner“ Miljukow in Rußland im April 1917 derartiges *tun* konnte, so kann man

danach beurteilen, was alle Versprechungen und Verheißungen, Phrasen und Deklarationen der Bourgeoisie über einen Frieden ohne Annexionen usw. wert sind.

Und die Verhaftung Troztkis durch die englische Regierung? Und die Festhaltung Martows in der Schweiz und die Hoffnung, ihn nach England zu locken, wo ihn das Schicksal Troztkis erwartet?

Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben. Wir brauchen keinen Selbstbetrug.

Auf internationale Kongresse oder Konferenzen „warten“ heißt *Ver*räter am Internationalismus sein, zumal erwiesen ist, daß man selbst aus Stockholm keine dem Internationalismus treu gebliebenen Sozialisten zu uns läßt, *ja nicht einmal Briefe von ihnen durchläßt*, trotz der durchaus gegebenen Kontrollmöglichkeit und der grenzenlosen Strenge der Militärzensur.

Unsere Partei darf nicht „warten“, sondern muß sofort die dritte Internationale *gründen*, und Hunderte von Sozialisten in den Kerkern Deutschlands und Englands werden erleichtert aufatmen, Tausende und aber Tausende deutscher Arbeiter, die heute zum Entsetzen des Halunken und Räubers Wilhelm Streiks und Demonstrationen veranstalten, werden in *illegalen* Flugblättern von unserem Entschluß lesen, von unserem brüderlichen Vertrauen zu Karl Liebknecht und nur zu ihm, von *unserem* Entschluß, auch *jetzt* gegen die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ zu kämpfen, sie werden das lesen und in ihrem revolutionären Internationalismus gestärkt werden.

Wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern. Es gibt in der Welt kein Land, in dem *jetzt* eine solche Freiheit herrscht wie in Rußland. Benutzen wir diese Freiheit, nicht um die Unterstützung der Bourgeoisie oder der bürgerlichen „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ zu predigen, sondern zur kühnen und ehrlichen, proletarischen, Liebknechtschen *Gründung der dritten Internationale*, einer sowohl den Ver-rätern, den Sozialchauvinisten, als auch den schwankenden Gestalten des „Zentrums“ unwiderrufflich feindlich gegenüberstehenden Internationale.

18. Daß von einer Vereinigung der Sozialdemokraten in Rußland keine Rede sein kann, darüber bedarf es nach dem oben Gesagten nicht vieler Worte.

Lieber zu zweit bleiben, wie Liebknecht – und das heißt beim revolutionären Proletariat bleiben –, als auch nur einen Augenblick den Gedanken einer Vereinigung mit der Partei des Organisationskomitees, mit den Tschcheidse und Zereteli zulassen, die den Block mit Potressow in der „Rabotschaja Gaseta“ dulden, die im Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiterdeputierten für die Anleihe stimmen⁴³, die zur „Vaterlandsverteidigung“ hinabgesunken sind.

Laßt die Toten ihre Toten begraben.

Wer den Schwankenden helfen will, muß damit beginnen, daß er selbst aufhört zu schwanken.

WIE MUSS DER WISSENSCHAFTLICH RICHTIGE UND DIE KLÄRUNG DES KLASSENBEWUSSTSEINS DES PROLETARIATS POLITISCH FÖRDERNDE NAME UNSERER PARTEI LAUTEN?

19. Ich komme zum letzten, zum Namen unserer Partei. Wir müssen uns *Kommunistische Partei* nennen, so wie Marx und Engels sich Kommunisten nannten.

Wir müssen wiederholen, daß wir Marxisten sind und auf dem Boden des „Kommunistischen Manifests“ stehen, das von der Sozialdemokratie in zwei Hauptpunkten entstellt und verraten wurde: 1. die Arbeiter haben kein Vaterland, die „Vaterlandsverteidigung“ im imperialistischen Krieg ist Verrat am Sozialismus; 2. die Lehre des Marxismus vom Staat ist von der II. Internationale entstellt worden.

Der Name „Sozialdemokratie“ ist *wissenschaftlich* unrichtig, wie Marx mehrfach, unter anderem in der „Kritik des Gothaer Programms“ von 1875, gezeigt und wie Engels es 1894 in populärerer Weise wiederholt hat.⁴⁴ Vom Kapitalismus kann die Menschheit unmittelbar nur zum Sozialismus übergehen, d. h. zum Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln und zur Verteilung der Produkte nach dem Maße der Arbeitsleistung jedes einzelnen. Unsere Partei blickt weiter: der Sozialismus muß unvermeidlich allmählich in den Kommunismus hinüberwachsen, auf dessen Banner geschrieben steht: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Das ist mein erstes Argument.

Das zweite: Wissenschaftlich unrichtig ist auch der zweite Teil des Namens unserer Partei (Sozialdemokraten). Die Demokratie ist eine der Formen des Staates. Indes sind wir Marxisten Gegner *jedes* Staates.

Die Führer der II. Internationale (1889–1914), die Herren Plechanow, Kautsky und ihresgleichen, haben den Marxismus verflacht und entstellt.

Der Marxismus unterscheidet sich dadurch vom Anarchismus, daß er die *Notwendigkeit des Staates* für den Übergang zum Sozialismus anerkennt, aber (und das unterscheidet ihn von Kautsky und Co.) *nicht eines Staates in der Art* der gewöhnlichen parlamentarischen bürgerlichen demokratischen Republik, sondern eines Staates wie die Pariser Kommune von 1871, wie die Sowjets der Arbeiterdeputierten von 1905 und 1917.

Mein drittes Argument: Das *Leben*, die Revolution hat bei uns *schon praktisch*, wenn auch nur in schwach entwickelter Form, in Keimform eben diesen neuen „Staat“ geschaffen, der kein Staat im eigentlichen Sinne des Wortes ist.

Es ist *das bereits eine Frage der Praxis der Massen und nicht nur eine Theorie der Führer*.

Der Staat im eigentlichen Sinne ist die Machtausübung über die Massen durch Formationen bewaffneter Menschen, die vom Volke getrennt sind.

Unser *im Werden begriffener*, neuer Staat ist auch ein Staat, denn wir brauchen Formationen bewaffneter Menschen, brauchen die *strengste* Ordnung, brauchen die *schonungslose* gewaltsame Unterdrückung aller Anschläge der Konterrevolution, sowohl der zaristischen als auch der bürgerlich-Gutschkowschen.

Aber unser *im Werden begriffener*, neuer Staat ist schon *kein* Staat mehr im eigentlichen Sinne des Wortes, denn in verschiedenen Orten Rußlands sind diese Formationen bewaffneter Menschen die *Masse selbst*, das ganze Volk und nicht irgendwelche über das Volk gestellte, von ihm getrennte, privilegierte, praktisch unabsetzbare Leute.

Nicht rückwärtszublicken gilt es, sondern vorwärts, nicht auf die Demokratie von gewöhnlichem bürgerlichem Typus, die die Herrschaft der Bourgeoisie mit Hilfe der alten, *monarchistischen* Verwaltungsorgane, der Polizei, des Heeres, der Beamtenschaft festigte.

Es gilt vorwärtszublicken auf die im Werden begriffene neue Demokratie, die schon aufhört, eine Demokratie zu sein, denn Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes, das bewaffnete Volk selbst aber kann nicht über sich herrschen.

Das Wort Demokratie, angewandt auf die kommunistische Partei, ist nicht nur wissenschaftlich unrichtig. Es ist jetzt, nach dem März 1917, eine *Scheuklappe*, die man dem revolutionären Volk anlegt und die es *hindert*, frei, kühn, nach eigenem Ermessen das Neue aufzubauen: die Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und aller anderen Deputierten, als *einzige Macht* im „Staate“, als Vorboten des „Absterbens“ jedes Staates.

Mein viertes Argument: Man muß mit der objektiven Lage des Sozialismus in der ganzen Welt rechnen.

Diese Lage ist nicht mehr dieselbe wie in der Zeit von 1871 bis 1914, in der Marx und Engels sich bewußt mit der unrichtigen, opportunistischen Bezeichnung „Sozialdemokratie“ abfanden. Denn *damals*, nach der Niederlage der Pariser Kommune, hatte die Geschichte die langsame Organisations- und Aufklärungsarbeit auf die Tagesordnung gesetzt. Eine andere Arbeit gab es nicht. Die Anarchisten waren (und bleiben) nicht nur theoretisch, sondern auch ökonomisch und politisch vollständig im Unrecht. Die Anarchisten beurteilten die Lage falsch, da sie die internationale Situation nicht begriffen: der durch die imperialistischen Profite korrumpierte Arbeiter Englands, die niedergeschlagene Kommune in Paris, die eben (1871) Sieger gewordene bürgerlich-nationale Bewegung in Deutschland, das einen jahrhundertelangen Schlaf schlafende, halb in Leibeigenschaft steckende Rußland.

Marx und Engels beurteilten die Lage richtig, sie verstanden die internationale Situation, sie erkannten die Aufgabe: das *langsame* Vorwärtsschreiten zum Beginn der sozialen Revolution.

Begreifen denn auch wir die Aufgaben und Besonderheiten der neuen Epoche. Wir wollen nicht jene Jammermarxisten nachahmen, von denen Marx sagte: „Ich habe Drachen gesäet und habe Flöhe geerntet.“⁴⁵

Der Kapitalismus, der in den Imperialismus übergegangen ist, hat mit objektiver Notwendigkeit den imperialistischen Krieg erzeugt. Der Krieg hat die ganze Menschheit *an den Rand des Abgrunds* gebracht, er droht, zum Untergang aller Kultur, zur Barbarei, zur Vernichtung weiterer Millionen und aber Millionen Menschen zu führen.

Es gibt *keinen* Ausweg außer der Revolution des Proletariats.

Und in einem solchen Augenblick, wo diese Revolution beginnt, wo sie ihre ersten, zaghaften, unsicheren, unbewußten, der Bourgeoisie gegenüber allzu vertrauensseligen Schritte macht – in einem solchen Augenblick ist die Mehrheit (das ist wahr, das ist Tatsache) der „sozialdemokratischen“ Führer, der „sozialdemokratischen“ Parlamentarier, der „sozialdemokratischen“ Zeitungen – und das sind ja gerade die *Organe* zur Beeinflussung der Massen –, ist ihre Mehrheit dem Sozialismus *untreu* geworden, hat den Sozialismus *verraten*, hat sich auf die Seite der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie geschlagen.

Diese Führer haben die Massen verwirrt, irremacht, betrogen.

Und wir sollen diesem Betrug Vorschub leisten, ihn erleichtern, indem wir uns an jenen alten und veralteten Namen klammern, der ebenso verfault ist wie die II. Internationale!

Mag sein, daß „viele“ Arbeiter die Bezeichnung Sozialdemokratie ehrlich *auffassen*. Es ist aber an der Zeit, zu lernen, das Subjektive vom Objektiven zu unterscheiden.

Subjektiv sind diese sozialdemokratischen Arbeiter treueste Führer der proletarischen Massen.

Die objektive Lage, die Lage in der ganzen Welt ist aber so, daß der alte Name unserer Partei den Betrug an den Massen *erleichtert* und die Vorwärtsbewegung *hemmt*, denn auf Schritt und Tritt, in jeder Zeitung, in jeder Parlamentsfraktion sieht die Masse die *Führer*, d. h. Leute, deren Worte weithin hörbar, deren Taten weithin sichtbar sind – und sie alle sind „Auch-Sozialdemokraten“, sind „für die Einheit“ mit den Vertretern am Sozialismus, mit den Sozialchauvinisten, sie alle weisen von der „Sozialdemokratie“ ausgestellte alte Wechsel zur Einlösung vor ...

Und die Gegenargumente? ... „Man wird uns mit den Anarcho-Kommunisten verwechseln“ ...

Warum fürchten wir denn nicht die Verwechslung mit den Sozialnationalen und Sozialliberalen, mit den Radikalsozialisten, dieser im bürgerlichen Massenbetrug fortgeschrittensten und geschicktesten bürgerlichen Partei der französischen Republik? ... „Die Massen haben sich daran gewöhnt, die Arbeiter haben *ihre* sozialdemokratische Partei *liebgewonnen*“ ...

Das ist das einzige Argument, aber das ist doch ein Argument, das

sowohl die Wissenschaft des Marxismus ignoriert als auch die Zukunftsaufgaben in der Revolution, die objektive Lage des Weltsozialismus, den schmachvollen Zusammenbruch der II. Internationale und die Schädigung der praktischen Arbeit durch die das Proletariat in Scharen umgebenden „Auch-Sozialdemokraten“.

Das ist ein Argument des Festhaltens am Gewohnten, ein Argument der Lethargie, ein Argument der Trägheit.

Wir aber wollen die Welt umgestalten. Wir wollen Schluß machen mit dem imperialistischen Weltkrieg, in den Hunderte Millionen von Menschen hineingezogen, mit dem die Interessen von Hunderten und aber Hunderten Milliarden Kapital verstrickt sind, der ohne die gewaltigste Umwälzung in der Geschichte der Menschheit – ohne die proletarische Revolution – nicht durch einen wirklich demokratischen Frieden beendet werden kann.

Und wir fürchten uns vor uns selber. Wir wollen das „gewohnte“, „liebgewordene“, schmutzige Hemd anbehalten...

Es ist an der Zeit, sich des schmutzigen Hemdes zu entledigen, es ist an der Zeit, saubere Wäsche anzuziehen.

Petrograd, den 10. April 1917

NACHWORT

Infolge der wirtschaftlichen Zerrüttung und der Arbeitsunfähigkeit der Petersburger Druckereien ist meine Broschüre veraltet. Die Broschüre wurde am 10. April 1917 geschrieben, heute aber ist der 28. Mai, und sie ist noch immer nicht heraus!

Die Broschüre wurde als Entwurf einer Plattform geschrieben und sollte der Propagierung meiner Ansichten vor der Gesamtrussischen Konferenz unserer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, Bolschewiki, dienen. Auf der Schreibmaschine abgeschrieben, wurde sie vor und während der Konferenz in einigen Exemplaren an die Parteimitglieder verteilt und hat somit immerhin einen gewissen Teil ihrer Aufgabe erfüllt. Jetzt aber hat die Konferenz – vom 24.–29. April 1917 – bereits stattgefunden, ihre Resolutionen sind längst herausgegeben (siehe Beilagen zu Nr. 13 der „Soldatskaja Prawda“⁴⁶), und der aufmerksame Leser wird leicht feststellen können, daß meine Broschüre oftmals den ersten Entwurf dieser Resolutionen darstellt.

Mir bleibt nur übrig, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß die Broschüre im Zusammenhang mit diesen Resolutionen, als Kommentar dazu, dennoch einigen Nutzen bringen wird, und schließlich noch auf zwei Punkte einzugehen.

Auf S. 27 schlage ich vor, in Zimmerwald nur zur Information zu bleiben.* Die Konferenz stimmte mir in diesem Punkt nicht zu, und ich war gezwungen, gegen die Resolution über die Internationale zu stimmen. Schon jetzt wird klar erkennbar, daß die Konferenz einen Fehler begangen hat und daß der Gang der Ereignisse diesen Fehler rasch korri-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 68. *Die Red.*

gieren wird. Durch unser Verbleiben in Zimmerwald machen wir uns (wenn auch gegen unseren Willen) an der Verzögerung der Gründung der III. Internationale mitschuldig; wir hemmen indirekt ihre Gründung, weil wir uns mit dem toten Ballast des ideologisch und politisch schon toten Zimmerwald belasten.

Die Lage unserer Partei – gegenüber allen Arbeiterparteien der ganzen Welt – ist jetzt so, daß es unsere *Pflicht* ist, unverzüglich die III. Internationale zu *gründen*. Außer uns gibt es niemand, der das *jetzt* tun könnte, und jeder Aufschub ist schädlich. Wären wir in Zimmerwald nur zur Information geblieben, dann hätten wir zu einer solchen Gründung sofort freie Hand erhalten (und wären zu gleicher Zeit imstande gewesen, Zimmerwald *auszunutzen*, wenn die Situation das erlaubt hätte).

Jetzt aber sind wir – infolge des von der Konferenz begangenen Fehlers – gezwungen, mindestens bis zum 5. Juli 1917 untätig zu warten (dem Termin, zu dem die Konferenz der Zimmerwalder einberufen ist; dabei müssen wir noch froh sein, wenn sie nicht *noch* einmal vertagt wird! Einmal wurde sie schon vertagt . . .).

Doch der Beschluß, den das ZK unserer Partei nach der Konferenz einstimmig angenommen hat und der in Nr. 55 der „Prawda“ vom 12. Mai abgedruckt wurde, hat den Fehler zur Hälfte korrigiert: es wurde beschlossen, daß wir Zimmerwald verlassen, wenn es sich auf Beratungen mit den Ministern einlassen sollte.* Ich erlaube mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Fehler auch zur anderen Hälfte rasch korrigiert wird, sobald wir die erste internationale Beratung der „Linken“ (die „dritte Strömung“, die „wirklichen Internationalisten“, vgl. oben, S. 23 bis 25**) einberufen.

Der zweite Punkt, auf den man eingehen muß, ist die Bildung des „Koalitionskabinetts“ am 6. Mai 1917. In diesem Punkt *scheint* die Broschüre besonders veraltet zu sein.

In Wirklichkeit aber ist sie gerade in diesem Punkt absolut nicht veraltet. Sie baut *alles* auf der *Klassenanalyse* auf, die die Menschewiki und die Volkstümpler, die den zehn kapitalistischen Ministern sechs Minister als Geiseln gegeben haben, wie das Feuer fürchten. Und eben weil die Broschüre alles auf der *Klassenanalyse* aufbaut, ist sie nicht veraltet,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 385. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 63–65. *Die Red.*

denn der Eintritt von Zereteli, Tschernow und Co. in das Kabinett hat – in *geringfügigem* Maße – nur die *Form* des Abkommens des Petrograder Sowjets mit der Regierung der Kapitalisten verändert, ich habe aber auf S. 8 der Broschüre absichtlich betont, daß „ich nicht so sehr das formelle Abkommen als vielmehr die tatsächliche Unterstützung im Auge habe“*.

Mit jedem Tage wird es klarer, daß Zereteli, Tschernow und Co. eben nur Geiseln der Kapitalisten sind, daß die „erneuerte“ Regierung sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik von ihren pompösen Versprechungen nicht das geringste einlösen will und kann. Tschernow, Zereteli und Co. haben sich politisch erledigt, haben sich als Helfershelfer der Kapitalisten erwiesen, die in Wahrheit die Revolution zu erwürgen suchen; Kerenski ist gesunken bis zur Gewaltanwendung gegen die Massen (vgl. S. 9 der Broschüre: „Gutschkow droht einstweilen nur mit Gewaltanwendung gegen die Massen“**, Kerenski aber *mußte* diese Drohungen verwirklichen...). Tschernow, Zereteli und Co. haben sich und ihre Parteien, die Partei der Menschewiki und die der Sozialrevolutionäre, politisch erledigt. Mit jedem Tag wird das Volk das immer klarer erkennen.

Das Koalitionskabinett ist nur ein Übergangsmoment in der Entwicklung der grundlegenden, in meiner Broschüre kurz analysierten Klassengegensätze unserer Revolution. Das kann nicht lange so weitergehen. Entweder zurück – zur Konterrevolution auf der ganzen Linie, oder vorwärts – zum Übergang der Macht in die Hände anderer Klassen. Auf dem Fleck stehenbleiben kann man in einer revolutionären Zeit, in der Situation des imperialistischen Weltkrieges, nicht.

N. Lenin

Petersburg, den 28. Mai 1917

* Siehe den vorliegenden Band, S. 46. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 47. *Die Red.*

DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN RUSSLAND UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS⁴⁷

*Veröffentlicht am 6., 9. und 10. Mai
(23., 26. und 27. April) 1917 in der
„Wolna“ Nr. 20, 22 und 23.*

*Im Juli 1917 als Broschüre im Verlag
„Sbissn i Snanije“ veröffentlicht.*

*Nach dem Text der 1917 er-
schienenen Broschüre, vergli-
chen mit dem Text der 1918
erschienenen Broschüre.*

VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Die vorliegende Broschüre ist Anfang April 1917, noch vor der Bildung des Koalitionskabinetts, geschrieben. Seit jener Zeit ist viel Wasser ins Meer geflossen, aber die grundlegenden Besonderheiten der wichtigsten politischen Parteien haben in allen folgenden Etappen der Revolution ihren Ausdruck und ihre Bestätigung gefunden: in der Zeit des am 6. Mai 1917 entstandenen „Koalitionskabinetts“, in der Zeit des Zusammenschlusses der Menschewiki und Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiki im Juni (und Juli) 1917, während des Kornilowputsches, während der Oktoberrevolution 1917 und danach.

Die Richtigkeit der gegebenen Charakterisierung der wichtigsten Parteien und ihrer *Klassengrundlagen* ist durch den ganzen Verlauf der russischen Revolution bestätigt worden. Jetzt zeigt das Heranreifen der Revolution in Westeuropa, daß auch dort das Verhältnis zwischen den Hauptparteien im Grunde genommen das gleiche ist. Die Rolle der Menschewiki und Sozialrevolutionäre spielen die Sozialchauvinisten aller Länder (Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat) wie auch die Kautskyaner in Deutschland, die Longuetisten in Frankreich usw. usw.

Moskau, den 22. Oktober 1918

N. Lenin

Veröffentlicht 1918 in der Broschüre:

N. Lenin, „Die politischen Parteien in
Rußland und die Aufgaben des Proletariats“.
Verlag „Kommunist“ Moskau.

Nach dem Text der Broschüre.

Das Nachstehende ist ein Versuch, zunächst die wesentlichsten, dann aber auch weniger wesentliche Fragen zu formulieren und zu beantworten, die die gegenwärtige politische Lage Rußlands und die Bewertung dieser Lage durch die verschiedenen Parteien beleuchten.

FRAGEN

1. *Welches sind die Hauptgruppen der politischen Parteien in Rußland?*

ANTWORTEN

A. (rechts von den K.-D.). Parteien und Gruppen rechts von den Kadetten.

B. (K.-D.). Konstitutionell-Demokratische Partei (Kadetten, Partei der Volksfreiheit) und ihr nahestehende Gruppen.

C. (S.-D. und S.-R.). Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre und ihnen nahestehende Gruppen.

D. („Bolschewiki“). Die Partei, die sich *Kommunistische Partei* nennen sollte und sich zur Zeit „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, vereinigt durch das Zentralkomitee“ oder für gewöhnlich „Bolschewiki“ nennt.

2. *Welche Klasse vertreten diese Parteien?*

Den Standpunkt welcher Klasse bringen sie zum Ausdruck?

A. (rechts von den K.-D.). Den der fronherrlichen Gutsbesitzer und der rückständigsten Schichten der Bourgeoisie (der Kapitalisten).

B. (K.-D.). Den der Gesamtbourgeoisie, d. h. der Kapitalistenklasse und der verbürgerlichten, d. h. zu Kapitalisten gewordenen Gutsbesitzer.

C. (S.-D. und S.-R.). Den der Kleinbesitzer, der Klein- und Mittelbauern, des Kleinbürgertums und auch eines Teils der Arbeiterschaft, der dem Einfluß der Bourgeoisie erlegen ist.

D. („Bolschewiki“). Den der klassenbewußten Proletarier, der Lohnarbeiter und des sich ihm anschließenden ärmsten Teils der Bauernschaft (der Halbproletarier).

3. *Wie stellen sie sich zum Sozialismus?*

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Unbedingt feindlich, da er die Profite der Kapitalisten und Gutsbesitzer bedroht.

C. (S.-D. und S.-R.). Für den Sozialismus, es ist aber verfrüht, an ihn zu denken und sofortige praktische Schritte zu seiner Verwirklichung zu tun.

D. („Bolschewiki“). Für den Sozialismus. Die Sowjets der Arbeiter usw. Deputierten müssen sofort die praktisch möglichen Schritte zur Verwirklichung des Sozialismus tun.*

4. *Welche Staatsordnung erstreben sie gegenwärtig?*

A. (rechts von den K.-D.). Die konstitutionelle Monarchie, die Allmacht der Beamten und der Polizei.

B. (K.-D.). Die bürgerliche parlamentarische Republik, d. h. die Festigung der Kapitalistenherrschaft unter Beibehaltung des alten Beamtentums und der Polizei.

C. (S.-D. und S.-R.). Die bürgerliche parlamentarische Republik mit Reformen für die Arbeiter und Bauern.

D. („Bolschewiki“). Die Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten. Die Abschaffung des stehenden Heeres und der Polizei, dafür Bewaffnung des gesamten Volkes; nicht nur Wählbarkeit, sondern auch Absetzbarkeit der Beamten, ihre Entlohnung nicht über den Lohn eines guten Arbeiters hinaus.

5. *Wie stellen sie sich zur Wiederaufrichtung der Romanow-Monarchie?*

A. (rechts von den K.-D.). Sind dafür, handeln aber aus Furcht vor dem Volke heimlich und vorsichtig.

B. (K.-D.). Als die Gutschkow eine Macht schienen, waren die

* Was für Schritte das sind, darüber siehe die Fragen 20 und 22.

Kadetten dafür, den Bruder oder den Sohn Nikolaus' auf den Thron zu setzen; seitdem das Volk eine Macht zu sein scheint, sind sie dagegen.

C. (S.-D. und S.-R.), D. („Bolschewiki“). Sind unbedingt gegen jede Wiederaufrichtung der Monarchie.

6. *Wie stellen sie sich zur Machtergreifung?*

Was nennen sie Ordnung, was Anarchie?

A. (rechts von den K.-D.). Ergreift der Zar oder ein wackerer General die Macht, so ist das Gottes Wille, ist das Ordnung. Alles andere ist Anarchie.

B. (K.-D.). Ergreifen die Kapitalisten, sei es auch mit Gewalt, die Macht, so ist das Ordnung. Die Macht gegen die Kapitalisten zu ergreifen wäre Anarchie.

C. (S.-D. und S.-R.). Ergreifen die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- usw. Deputierten allein die gesamte Macht, so droht Anarchie. Mögen die Kapitalisten einstweilen die Macht behalten, die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten aber – die „Kontaktkommission“⁴⁸.

D. („Bolschewiki“). Die ganze Macht soll ausschließlich in den Händen der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern-, Landarbeiter- usw. Deputierten liegen. Die gesamte Propaganda, Agitation und Organisation von Millionen und aber Millionen Menschen ist sofort auf dieses Ziel einzustellen.*

7. *Soll man die Provisorische Regierung unterstützen?*

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Unbedingt, denn sie ist die im gegenwärtigen Augenblick einzig mögliche Regierung, die die Interessen der Kapitalisten schützt.

C. (S.-D. und S.-R.). Ja, jedoch unter der Bedingung, daß sie das Abkommen mit dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten erhält und die Sitzungen der „Kontaktkommission“ besucht.

D. („Bolschewiki“). Nein; mögen die Kapitalisten sie unterstützen. Wir müssen das ganze Volk *vorbereiten* auf die unbeschränkte und alleinige Herrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- usw. Deputierten.

* Anarchie nennt man die Ablehnung jeglicher Staatsmacht, der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten aber ist *auch* eine Staatsmacht.

8. Für Alleinherrschaft oder für Doppelherrschaft?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Für die Alleinherrschaft der Kapitalisten und Gutsbesitzer.

C. (S.-D. und S.-R.). Für die Doppelherrschaft: „Kontrolle“ der Provisorischen Regierung durch die Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten. – Darüber nachzudenken, ob Kontrolle ohne Macht wirksam sein kann, ist schädlich.

D. („Bolschewiki“). Für die Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.

9. Soll die Konstituierende Versammlung einberufen werden?

A. (rechts von den K.-D.). Nein, denn sie kann den Gutsbesitzern schaden. Die Bauern könnten am Ende in der Konstituierenden Versammlung beschließen, den Gutsbesitzern all ihre Ländereien wegzunehmen.

B. (K.-D.). Ja, aber keinen Termin festsetzen. Möglichst lange Beratungen mit den Juristen und Professoren; denn erstens hat doch schon Bebel gesagt, daß die Juristen die schlimmsten Reaktionäre der Welt sind, und zweitens lehrt die Erfahrung aller Revolutionen, daß die Freiheit des Volkes verloren ist, wenn man sie Professoren anvertraut.

C. (S.-D. und S.-R.). Ja, und möglichst schnell. Man muß den Termin festsetzen; wir haben schon zweihundertmal in der Kontaktkommission darüber gesprochen und werden es morgen zum zweihundertunderstenmal endgültig tun.

D. („Bolschewiki“). Ja, und möglichst schnell. Aber die Garantie für ihren Erfolg und überhaupt für ihre Einberufung ist allein: größere Zahl und *S t ä r k e* der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten; *O r g a n i s i e r u n g* und *B e w a f f n u n g* der Arbeitermassen – das ist die einzige Garantie.

10. Braucht der Staat eine Polizei des üblichen Typus
und ein stehendes Heer?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Dringend und unbedingt, denn sie sind die einzig sichere Garantie der Kapitalistenherrschaft, und nötigenfalls erleichtern sie – wie die Erfahrung aller Länder zeigt – die Rückkehr von der Republik zur Monarchie außerordentlich.

C. (S.-D. und S.-R.). Einerseits wohl nicht. Andererseits, sind radikale Veränderungen nicht verfrüht? Übrigens werden wir das in der Kontaktkommission besprechen.

D. („Bolschewiki“). Absolut nicht. Man muß sofort und unbedingt das gesamte Volk bewaffnen, es mit der Miliz und der Armee verschmelzen. Die Kapitalisten müssen den Arbeitern die Tage, an denen diese in der Miliz Dienst tun, bezahlen.

11. Braucht der Staat ein Beamtentum des üblichen Typus?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Unbedingt ja. Die Beamten stammen zu neun Zehnteln aus Gutsbesitzer- und Kapitalistenfamilien. Sie müssen eine privilegierte, praktisch unabsetzbare Personengruppe bleiben.

C. (S.-D. und S.-R.). Es ist kaum angebracht, diese Frage – eine Frage, die von der Pariser Kommune praktisch gestellt wurde – schon jetzt aufzurollen.

D. („Bolschewiki“). Absolut nicht. Notwendig ist nicht nur die Wählbarkeit aller Beamten wie aller Deputierten, sondern auch ihre jederzeitige Absetzbarkeit. Ihre Bezahlung darf nicht den Lohn eines guten Arbeiters übersteigen. Sie müssen (allmählich) durch die allgemeine Volksmiliz und ihre Abteilungen ersetzt werden.

12. Sollen die Offiziere von den Soldaten gewählt werden?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Nein, das schadet den Gutsbesitzern und den Kapitalisten. Falls man mit den Soldaten anders nicht fertig wird, muß man ihnen diese Reform einstweilen zusagen, sie aber dann möglichst rasch wieder zurücknehmen.

C. (S.-D. und S.-R.). Ja.

D. („Bolschewiki“). Nicht nur wählen muß man sie, sondern jeder Schritt eines Offiziers und Generals muß durch besondere Vertrauensleute der Soldaten kontrolliert werden.

13. Ist es von Nutzen, wenn die Soldaten ihre Vorgesetzten eigenmächtig absetzen?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Das ist unbedingt schädlich. Gutschkow hat es bereits verboten. Er hat bereits Gewalt angedroht. Man muß Gutschkow unterstützen.

C. (S.-D. und S.-R.). Das ist nützlich, unklar bleibt nur, soll man sie zuerst absetzen und dann zur Kontaktkommission gehen oder umgekehrt.

D. („Bolschewiki“). Das ist in jeder Beziehung nützlich und notwendig. Nur gewählten Vorgesetzten gehorchen die Soldaten, nur diese *a c h t e n* sie.

14. Für den jetzigen Krieg oder gegen ihn?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Unbedingt für ihn, denn er bringt den Kapitalisten unerhört große Profite und verspricht, ihre Herrschaft durch Entzweiung der Arbeiter, durch ihre gegenseitige Verhetzung zu festigen. Die Arbeiter können wir beschwindeln, indem wir den Krieg einen Verteidigungskrieg nennen, dessen Ziel eigentlich der Sturz Wilhelms ist.

C. (S.-D. und S.-R.). Wir sind überhaupt gegen den imperialistischen Krieg, sind aber bereit, uns betrügen zu lassen und die Unterstützung des von der imperialistischen Regierung Gutschkow-Miljukow und Co. geführten imperialistischen Krieges „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ zu nennen.

D. („Bolschewiki“). Unbedingt gegen den imperialistischen Krieg überhaupt; gegen *a l l e* bürgerlichen Regierungen, die ihn führen; auch gegen unsere Provisorische Regierung; unbedingt gegen die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ in Rußland.

15. Für oder gegen die vom Zaren mit England, Frankreich usw. geschlossenen internationalen Raubverträge (über die Erdrosselung Persiens, die Aufteilung Chinas, der Türkei, Österreichs usw.)?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Voll und ganz und bedingungslos *d a f ü r*. Dabei darf man diese Verträge nicht veröffentlichen, einerseits weil das englisch-französische imperialistische Kapital und seine Regierungen es nicht erlauben, anderseits auch, weil das russische Kapital seine schmutzigen Machenschaften nicht vor der ganzen Öffentlichkeit aufdecken kann.

C. (S.-D. und S.-R.). Dagegen, wir hoffen aber noch, mit Hilfe der Kontaktkommission und durch eine Reihe von „Kampagnen“ unter den Massen auf die Regierung der Kapitalisten „einwirken“ zu können.

D. („Bolschewiki“). Dagegen. Die ganze Aufgabe besteht darin, den Massen klarzumachen, daß es ganz aussichtslos ist, von kapitalistischen Regierungen irgend etwas in dieser Beziehung zu erwarten, und daß die Macht unbedingt auf das Proletariat und die armen Bauern übergehen muß.

16. Für oder gegen Annexionen?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Handelt es sich um Annexionen deutscher Kapitalisten und ihres räuberischen Führers Wilhelm, so sind wir dagegen. Handelt es sich um Annexionen englischer Kapitalisten, so sind wir nicht dagegen, denn es sind „unsere“ Verbündeten. Handelt es sich um Annexionen unserer Kapitalisten, die die vom Zaren ver-sklavten Völker mit Gewalt innerhalb der russischen Grenzen festhalten, so sind wir *dafür*, bezeichnen das *nicht* als Annexionen.

C. (S.-D. und S.-R.). Gegen Annexionen; wir hoffen aber noch, daß man auch von der Kapitalistenregierung das „Versprechen“ erhalten wird, sie werde auf sie verzichten.

D. („Bolschewiki“). Gegen Annexionen; alle Versprechungen der kapitalistischen Regierungen, auf Annexionen zu verzichten, sind nichts als Betrug. Ihn aufzudecken gibt es nur ein Mittel: die Befreiung der Völker fordern, die von den *eigenen* Kapitalisten unterdrückt werden.

17. Für oder gegen die „Freiheitsanleihe“?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Unbedingt dafür, denn sie erleichtert die Führung des imperialistischen Krieges, d. h. des Krieges *darum*, welche Kapitalistengruppe die Welt beherrschen soll.

C. (S.-D. und S.-R.). *Dafür*, denn die falsche Position der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ verurteilt uns zu diesem offenkundigen Abweichen vom Internationalismus.

D. („Bolschewiki“). Dagegen; denn der Krieg bleibt ein imperialistischer Krieg, er wird geführt von Kapitalisten im Bunde mit Kapitalisten, im Interesse von Kapitalisten.

18. Dafür oder dagegen, daß die kapitalistischen Regierungen den Friedenswillen der Völker kundtun?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). *Dafür*, denn die Erfahrungen der französischen republikanischen Sozialchauvinisten haben klar und

deutlich gezeigt, daß es möglich ist, auf diese Weise das Volk zu betrügen: sagen kann man, was man will, in Wirklichkeit aber werden wir die Beute, die wir den Deutschen geraubt haben (ihre Kolonien) behalten, zugleich jedoch diesen Räubern abnehmen, was sie geraubt haben.

C. (S.-D. und S.-R.). *Dafür*, denn wir halten überhaupt noch an vielen unbegründeten Hoffnungen fest, die das Kleinbürgertum auf die Kapitalisten setzt.

D. („Bolschewiki“). Dagegen, denn die klassenbewußten Arbeiter hegen *keinerlei* Hoffnungen in bezug auf die Kapitalisten, und unsere Aufgabe ist, den Massen klarzumachen, wie unbegründet diese Hoffnungen sind.

19. *Soll man alle Monarchen schlechthin stürzen?*

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Nein, den englischen, den italienischen und überhaupt die verbündeten Monarchen soll man nicht stürzen, man muß nur den deutschen, den österreichischen, den türkischen und den bulgarischen Monarchen stürzen, denn der Sieg über sie wird unsere Profite verzehnfachen.

C. (S.-D. und S.-R.). Man muß eine „Reihenfolge“ festsetzen und unbedingt mit dem Sturz Wilhelms beginnen; mit den verbündeten Monarchen kann man wohl noch warten.

D. („Bolschewiki“). Eine Reihenfolge für die Revolution kann man nicht festsetzen. Man darf *nur* den *wirklichen* Revolutionären helfen und muß in allen Ländern ohne Ausnahme *alle* Monarchen stürzen.

20. *Sollen sich die Bauern sofort aller Ländereien der Gutsbesitzer bemächtigen?*

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Auf keinen Fall. Man muß die Konstituierende Versammlung abwarten. Schingarjow hat bereits ausgemacht: wenn die Kapitalisten dem Zaren die Macht entreißen, so ist das eine große und glorreiche Revolution, wenn aber die Bauern den Gutsbesitzern das Land wegnehmen, so ist das „eigenmächtiges Vorgehen“.⁴⁹ Wir brauchen Schiedskommissionen, paritätisch zusammengesetzt aus Gutsbesitzern und Bauern, mit Beamten, d. h. den gleichen Kapitalisten und Gutsbesitzern, als Vorsitzenden.

C. (S.-D. und S.-R.). Es ist besser, die Bauern warten die Konstituierende Versammlung ab.

D. („Bolschewiki“). Man muß sich sofort des ganzen Bodens bemächtigen; hierbei gilt es, mit Hilfe der Sowjets der Bauerndeputierten die strengste Ordnung zu sichern. Die Produktion von Getreide und Fleisch muß gesteigert werden: es ist notwendig, die Soldaten besser zu ernähren. Schädigung des Viehbestands, Beschädigung der Geräte usw. ist absolut unzulässig.

21. Kann man sich allein auf Sowjets der Bauerndeputierten beschränken, die über den gesamten Grund und Boden und über sämtliche Dorfangelegenheiten überhaupt verfügen?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Die Gutsbesitzer und Kapitalisten sind überhaupt gegen die alleinige und unbeschränkte Herrschaft der Sowjets der Bauerndeputierten in den Dörfern. Sind aber diese Sowjets schon nicht zu vermeiden, so ist es natürlich besser, man beschränkt sich auf sie, denn die reichen Bauern sind gleichfalls Kapitalisten.

C. (S.-D. und S.-R.). Vorläufig kann man sich wohl auf sie beschränken, obgleich die Sozialdemokraten „im Prinzip“ die Notwendigkeit einer besonderen Organisation der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter nicht leugnen.

D. („Bolschewiki“). Man kann sich nicht auf die allgemeinen Sowjets der Bauerndeputierten allein beschränken, denn die reichen Bauern sind ebenfalls Kapitalisten, die stets geneigt sein werden, die Landarbeiter, die Tagelöhner und die armen Bauern zu übervorteilen und zu betrügen. Man muß sofort – sowohl innerhalb der Sowjets der Bauerndeputierten als auch in Gestalt besonderer Sowjets der Landarbeiterdeputierten – besondere Organisationen für diese letztgenannten Kategorien der ländlichen Bevölkerung schaffen.

22. Soll das Volk die größten und mächtigsten, die monopolistischen Organisationen der Kapitalisten, die Banken, die Unternehmersyndikate usw., in seine Hände nehmen?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Auf keinen Fall, denn das kann den Gutsbesitzern und Kapitalisten schaden.

C. (S.-D. und S.-R.). Allgemein gesprochen sind wir dafür, daß solche Organisationen in die Hände des gesamten Volkes übergehen, augen-

blicklich aber ist es noch zu früh, daran zu denken und etwas Derartiges vorzubereiten.

D. („Bolschewiki“). Man muß sofort alle *Vorbereitungen* treffen, damit die Sowjets der Arbeiterdeputierten, der Deputierten der Bankangestellten usw. die praktisch möglichen und absolut durchführbaren Schritte einleiten – zunächst zur Verschmelzung sämtlicher Banken zu einer einzigen Nationalbank, sodann zur Kontrolle der Banken und Syndikate durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten, schließlich zu ihrer Nationalisierung, d. h. ihrer Übereignung an das gesamte Volk.

23. *Was für eine sozialistische Internationale, die ein brüderliches Bündnis zwischen den Arbeitern aller Länder anstrebt und in der Praxis verwirklicht, brauchen jetzt die Völker?*

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Allgemein gesprochen, ist jede sozialistische Internationale für die Kapitalisten und Gutsbesitzer schädlich und gefährlich, wenn sich aber der deutsche Plechanow, d. h. Scheidemann, und der russische Scheidemann, d. h. Plechanow, zusammenfinden und verständigen, wenn sie aneinander Spuren sozialistischen Gewissens entdecken, dann müssen wir Kapitalisten wohl eine *solche* Internationale *solcher* Sozialisten, die sich auf die Seite *ihrer* Regierungen stellen, begrüßen.

C. (S.-D. und S.-R.). Nötig ist eine sozialistische Internationale, die alle vereinigt: sowohl die Scheidemänner und die Plechanows als auch die „Zentristen“, d. h. die zwischen Sozialchauvinismus und Internationalismus hin und her Schwankenden. Je größer der Brei, um so größer die „Einheit“: es lebe die große sozialistische Einheit!

D. („Bolschewiki“). Die Völker brauchen nur eine solche Internationale, die wirklich revolutionäre Arbeiter vereinigt, die fähig sind, dem schrecklichen und verbrecherischen Völkergemetzel ein Ende zu machen, eine Internationale, die fähig ist, die Menschheit vom Joch des Kapitals zu erlösen. Nur Menschen (Gruppen, Parteien usw.) wie der im Zuchthaus sitzende deutsche Sozialist Karl Liebknecht, nur Menschen, die rückhaltlos gegen die *eigene* Regierung, die *eigene* Bourgeoisie, die *eigenen* Sozialchauvinisten und das *eigene* „Zentrum“ kämpfen, nur sie können und sollen unverzüglich die Internationale bilden, die die Völker brauchen.

24. Ist es notwendig, die Verbrüderung zwischen den Soldaten der kriegführenden Länder an der Front zu fördern?

A. (rechts von den K.-D.), B. (K.-D.). Nein, das schädigt die Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten, denn es kann die Befreiung der Menschheit von ihrem Joch beschleunigen.

C. (S.-D. und S.-R.). Ja. Das ist nützlich. Doch sind wir nicht alle fest davon überzeugt, daß man mit dieser Unterstützung der Verbrüderung sofort in allen kriegführenden Ländern beginnen soll.

D. („Bolschewiki“). Ja. Das ist nützlich und notwendig. Es ist unbedingt notwendig, sofort in allen kriegführenden Ländern die Ansätze einer Verbrüderung zwischen den Soldaten *beider* kriegführenden Gruppen zu fördern.

25. Welche Fahnenfarbe entspräche der Natur und dem Charakter der verschiedenen politischen Parteien?

A. (rechts von den K.-D.). Schwarz, denn sie sind echte Schwarzhunderter.

B. (K.-D.). Gelb, denn das ist das internationale Banner derjenigen, die dem Kapital mit Leib und Seele dienen.

C. (S.-D. und S.-R.). Rosa, denn ihre ganze Politik ist wie eine rosafarbene Limonade.

D. („Bolschewiki“). Rot, denn das ist die Fahne der proletarischen Weltrevolution.

*

Diese Broschüre wurde Anfang April 1917 geschrieben. Auf die Frage, ob sie nicht jetzt, nach dem 6. Mai 1917, nach der Bildung der „neuen“ Regierung, der Koalitionsregierung, veraltet sei, möchte ich antworten:

Nein, denn eigentlich ist die Kontaktkommission nicht verschwunden, sie ist nur in ein anderes Zimmer übersiedelt, das sie jetzt mit den Herren Ministern teilt. Durch den Umzug der Tschernow und Zereteli in ein anderes Zimmer hat sich ihre Politik und die Politik ihrer Parteien nicht geändert.

REDE AN DIE SOLDATEN AUF
EINEM MEETING DES ISMAILOWO-REGIMENTS
10. (23.) APRIL 1917

Genossen Soldaten! Auf der Tagesordnung steht jetzt die Frage der Staatsordnung. Die Kapitalisten, die zur Zeit die Staatsmacht in Händen halten, wollen eine parlamentarische bürgerliche Republik, d. h. eine Staatsordnung, in der es keinen Zaren gibt, wo aber die Herrschaft in den Händen der Kapitalisten bleibt, die das Land mit Hilfe der alten Institutionen – der Polizei, des Beamtentums, des stehenden Heeres – regieren.

Wir wollen eine andere, den Interessen des Volkes mehr entsprechende, demokratischere Republik. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten von Petrograd haben den Zarismus gestürzt und die Hauptstadt gründlich von der Polizei gesäubert. Die Arbeiter der ganzen Welt blicken voller Begeisterung und Hoffnung auf die revolutionären Arbeiter und Soldaten Rußlands als die Avantgarde der internationalen Befreiungsarmee der Arbeiterklasse. Nachdem man die Revolution begonnen hat, muß man sie festigen und fortsetzen. Lassen wir nicht zu, daß die Polizei wiederhergestellt wird! Die ganze Macht im Staate, von unten bis oben, von dem entlegensten Dorfwinkel bis zur letzten Straße in Petrograd muß den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Landarbeiter-, Bauern- usw. Deputierten gehören. Die zentrale Staatsgewalt muß die alle diese lokalen Sowjets zusammenfassende Konstituierende Versammlung oder die Nationalversammlung oder der Sowjet der Sowjets sein – auf den Namen kommt es nicht an.

Nicht die Polizei, nicht die dem Volk nicht verantwortlichen und über dem Volk stehenden Beamten, nicht ein vom Volk getrenntes stehendes Heer, sondern das von den Sowjets zusammengefaßte, *bis zum letzten*

Mann bewaffnete Volk selber ist es, das den Staat regieren muß. Diese Regierung wird die notwendige Ordnung herstellen, dieser Regierung werden die Arbeiter und Bauern nicht nur gehorchen, sie werden sie auch achten.

Nur eine solche Regierung, nur die Sowjets der Soldaten- und Bauern-deputierten selber sind imstande, die große Frage des Grund und Bodens nicht im Interesse der Gutsbesitzer und in nicht bürokratischer Weise zu lösen. Der Grund und Boden darf nicht den Gutsbesitzern gehören. Die Bauernkomitees müssen sofort den Gutsbesitzern das Land wegnehmen, dabei streng darüber wachen, daß jedes Inventar vor Beschädigung bewahrt wird, und eine *Steigerung* der Getreideproduktion sicherstellen, damit die Soldaten an der Front besser versorgt werden. Der ganze Grund und Boden muß dem gesamten Volk gehören, und über ihn verfügen sollen die örtlichen Sowjets der Bauerndeputierten. Damit die reichen Bauern – ebenfalls Kapitalisten – die Landarbeiter und die armen Bauern nicht benachteiligen und betrügen können, müssen diese sich allein, getrennt beraten, zusammentun, vereinigen oder ihre eigenen Sowjets der Landarbeiterdeputierten schaffen.

Laßt nicht zu, daß die Polizei wiederhergestellt wird, gebt weder die Staatsgewalt noch die Staatsverwaltung in die Hände von nicht gewählten, nicht absetzbaren, bourgeoismäßig bezahlten Beamten; vereinigt euch, schließt euch zusammen, organisiert euch selber, vertraut keinem andern, verlaßt euch nur auf den eigenen Verstand, auf die eigene Erfahrung – dann wird Rußland festen, gemessenen und sicheren Schrittes vorwärtsmarschieren können zur Befreiung unseres Landes wie der gesamten Menschheit von den Schrecken des Krieges und vom Joch des Kapitals.

Unsere Regierung, die Regierung der Kapitalisten, setzt den Krieg um der Interessen der Kapitalisten willen fort. Wie die deutschen Kapitalisten mit ihrem gekrönten Räuber Wilhelm an der Spitze, so führen auch die Kapitalisten *aller* übrigen Länder den Krieg um die Teilung der kapitalistischen Profite, um die Herrschaft über die Welt. Hunderte Millionen von Menschen, fast alle Länder der Erde sind in diesen verbrecherischen Krieg hineingezogen worden. Kapitalien von Hunderten Milliarden sind in „einträglichen“ Unternehmungen angelegt, die den Völkern Tod, Hunger, Ruin, Barbarei, den Kapitalisten aber wahn-

sinnige, skandalös hohe Gewinne einbringen. Um herauszukommen aus diesem furchtbaren Krieg, um einen wirklich demokratischen, nicht auf Gewalt basierenden Frieden zu schließen, gibt es nur einen Weg: den Übergang der gesamten Staatsgewalt in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Arbeiter und die armen Bauern, die nicht daran interessiert sind, die Profite des Kapitals, die Ausraubung der schwachen Völker zu sichern, werden tatsächlich verwirklichen können, was die Kapitalisten nur versprechen, nämlich den Krieg durch einen dauerhaften Frieden beenden, der ausnahmslos allen Völkern die Freiheit gibt.

„Prawda“ Nr. 30,

12. April 1917.

Unterschrift: *N. L e n i n.*

Nach dem Text der „Prawda“.

EINE SCHAMLOSE LÜGE DER KAPITALISTEN

Nicht genug damit, daß die Zeitungen der Kapitalisten lügen und eine Pogromagitation gegen die „Prawda“ entfalten, daß die „Retsch“ in dieser Beziehung mit der gleichen „Russkaja Wolja“ wetteifert, die sie selbst nicht ohne Verachtung behandeln kann.

Jetzt fangen auch die Minister der Kapitalistenregierung an, die Sprache der „Russkaja Wolja“ zu sprechen. Die „Retsch“ zitiert heute die Worte des Ministers Nkrassow, der in der Moskauer Versammlung der Kadettenpartei am 9. April erklärt hat:

„Erschreckend ist die Propaganda der Gewalt, die man jetzt auf dem Kamennooostrowski-Prospekt zu hören bekommt.“

Der „Russkaja Wolja“ nacheifernd, lügt der Herr Minister gewissenlos, er betrügt das Volk und unterstützt die Pogromhetzer, versteckt sich hinter ihrem Rücken, ohne es jedoch zu wagen, auch nur einen einzigen Namen, eine Zeitung, einen Redner oder eine Partei offen zu nennen.

Der Herr Minister zieht es vor, dunkle Anspielungen zu machen – vielleicht wird der eine oder andere sie nicht durchschauen!

Wer aber nicht gerade ein politischer Analphabet ist, der wird begreifen: der Herr Minister meint das Organ des ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die „Prawda“, und ihre Gesinnungsgenossen.

Sie lügen, Herr Minister und Mitglied der Partei der „Volksfreiheit“. Gewaltpropaganda betreibt Herr Gutschkow, wenn er Soldaten, die ihre Vorgesetzten absetzen, Strafen androht, Gewaltpropaganda betreibt die Ihnen befreundete „Russkaja Wolja“, die Pogromzeitung der Pogrom-„republikaner“.

Die „Prawda“ und ihre Gesinnungsgenossen betreiben nicht nur keine Gewaltpropaganda, im Gegenteil, völlig klar, eindeutig und bestimmt

erklären sie, daß der Schwerpunkt unserer Arbeit jetzt ganz und gar in der *Aufklärung* der proletarischen Massen über ihre proletarischen Aufgaben liegt, die sie von dem vom chauvinistischen Taumel ergriffenen Kleinbürgertum unterscheiden.

Solange *ihr*, ihr Herren Kapitalisten, ihr Gutschkow und Co., euch nur auf die Drohung, Gewalt anzuwenden, beschränkt, solange *ihr* nicht zur Gewalt gegriffen habt, solange es Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gibt, *solange ihr* eure Drohungen gegen die Sowjets nicht wahr gemacht habt (solche Drohungen hat z. B. der Mitarbeiter des Herrn Miljukow, der Korrespondent der „Times“⁵⁰, Herr Wilson, in der Presse veröffentlicht), solange euerseits den Massen gegenüber nicht Gewalt angewandt wird, so lange werden wir Prawdisten erklären und wiederholen, daß für uns die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die *einzig mögliche* Regierungsform sind.

Kampf um Einfluß innerhalb der proletarischen Massen, Kampf um Einfluß innerhalb der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik, *Aufklärung* über die ganze Verlogenheit des chauvinistischen Taumels (= „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“) – das ist unsere Taktik, die Taktik aller Prawdisten, unserer ganzen Partei, jetzt und so lange, wie *ihr*, ihr Herren Kapitalisten, die *ihr* die Kommandostellen der Armee in der Hand habt, *nicht zur Gewalt greift*.

Der Herr Minister Nekrassow weiß das sehr gut – sei es auch nur aus den Zitaten, die die „Retsch“ selber zu bringen gezwungen war. Der Herr Minister eifert der „Russkaja Wolja“ nach, er will durch Lüge, Verleumdung, Hetze und Pogromandrohungen eine ruhige Darlegung der Wahrheit *verbindern*.

Das wird euch nicht gelingen, ihr Herren Nekrassow, das wird euch nicht gelingen!

Die Arbeiter und Soldaten wollen die Wahrheit wissen, sie wollen sich auskennen in den Fragen des Krieges, des Friedens, der Staatsordnung. Und sie werden sich auskennen!

Geschrieben am 11. (24.) April 1917.

*Veröffentlicht am 12. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 30.*

Nach dem Text der „Prawda“.

DER KRIEG UND DIE PROVISORISCHE REGIERUNG

...Wir haben nichtsdestoweniger die Provisorische Regierung gezwungen, auf Annexionen zu verzichten.

Aus der Rede J. Steklows am
4. April im Taurischen Palast,

...Wie man zur Losung „Frieden ohne Annexionen“ auch stehen mag, die von sämtlichen Verbündeten anerkannten Prinzipien... lassen sich nicht ignorieren...

Aus einer Rede P. Miljukows
(„Retsch“ vom 11. April).

Schritt für Schritt enthüllen die Führer der Provisorischen Regierung ihre wahre Politik in bezug auf den Krieg. Schon in der berüchtigten Deklaration der Provisorischen Regierung⁵¹ hieß es neben dem formalen „Verzicht“ auf Annexionen, „unsere“ Verträge mit der englischen und der französischen Regierung blieben in Kraft. Ein paar Wochen sind vergangen, und in der Zeitung „Retsch“, dem Organ des Außenministers, Herrn Miljukow, lesen wir:

ERKLÄRUNG MILJUKOWS

Während seines Aufenthalts in Moskau hat der Außenminister P. N. Miljukow in einer Mitgliederversammlung der Partei der Volksfreiheit folgende Erklärung abgegeben:

Die Deklaration der Provisorischen Regierung über die Kriegsziele enthält keine Friedensbedingungen, sondern nur allgemeine Prinzipien, die die Staatsmänner der mit uns verbündeten Länder schon früher mehrfach verkündet

haben. Die Friedensbedingungen können der Londoner Konvention gemäß nicht anders als im Einvernehmen mit unseren Verbündeten ausgearbeitet werden. Wie man zur Lösung „Frieden ohne Annexionen“ auch stehen mag, die von sämtlichen Verbündeten anerkannten Prinzipien der Wiedervereinigung Polens, Armeniens, die Befriedigung der nationalen Bestrebungen der österreichischen Slawen lassen sich nicht ignorieren. („*Retsch*“ vom 11. [24.] April 1917, Nr. 83.)

Diese Erklärung des Außenministers Miljukow wird zweifellos durch die ganze Auslandspresse gehen und die Kriegsstimmung in Deutschland verstärken. Miljukow hilft den deutschen Imperialisten, den Chauvinismus in Deutschland zu schüren. *Miljukow hilft Wilhelm II., den räuberischen Krieg „bis zum Ende“ zu führen.*

Analysieren wir die Erklärung des Herrn Miljukow. Die Deklaration der Provisorischen Regierung über die Kriegsziele (dieselbe Deklaration, die J. Steklow infolge eines traurigen Mißverständnisses einen Verzicht auf Annexionen nennt) enthält – sagt Miljukow – keine Friedensbedingungen, sondern „nur *allgemeine Prinzipien*, die die Staatsmänner der mit uns verbündeten Länder schon früher mehrfach verkündet haben“. In einfache Sprache übersetzt bedeutet das: der Verzicht auf Annexionen ist nur eine Paraphrase, es sind „allgemeine Prinzipien“, nichts als Worte, Worte, Worte. Solche Worte waren auch „unseren“ Verbündeten noch immer wohlfeil. Die wirklichen „Friedens“bedingungen aber – das ist etwas ganz anderes.

Ein Staatsmann, wenn wir nicht irren, war es Bismarck, hat gesagt: etwas „*im Prinzip*“ annehmen heißt in der Sprache der Diplomaten, es *in Wirklichkeit* ablehnen. So ist es auch bei Miljukow. „Im Prinzip“ ist er gegen, in der Praxis aber für Annexionen, und deshalb tritt er für den Krieg „bis zum Ende“ ein.

Paraphrasen sind noch keine Friedensbedingungen, erklärt uns Herr Miljukow.

Welches sind aber seine Friedensbedingungen?

Diese Bedingungen sind in der Londoner Konvention vorgesehen. Und auf sie verweist uns Miljukow.

Wer aber hat diese Konvention (Vertrag) geschlossen? Zar Nikolaus II. mit den englischen und französischen Kapitalisten! Das bedeutet also, daß die von der Zarenbande geschlossenen Verträge in Kraft blei-

ben. Das bedeutet, daß wir den Krieg führen für diese von der Zarenbande und den „verbündeten“ Bankiers geschlossenen Raubverträge.

Annexion Polens, Armeniens, Annexionen in Österreich (von Konstantinopel hat Herr Miljukow diesmal geschwiegen) – das ist es, worauf das Friedensprogramm des Herrn Miljukow hinausläuft.

Was werden zu dieser letzten Erklärung des Außenministers Miljukow die Führer der Mehrheit des Sowjets der Arbeiterdeputierten sagen? Sie werden sich darauf beschränken, Miljukow im Namen der „Kontakt“-kommission diese seine Worte „vorzuhalten“... Was ist aus jenem „Verzicht der Provisorischen Regierung auf Annexionen“ geworden, den J. Steklow und N. Tschcheidse „nichtsdestoweniger“ von dieser erreicht haben?

Es gibt in Rußland keine Doppelherrschaft. Der Sowjet der Arbeiterdeputierten übt nur eine wohlwollende Kontrolle über die Provisorische Regierung aus. So hat, wenn den Zeitungsberichten zu glauben ist, N. S. Tschcheidse auf dem Militärkongreß in Minsk⁵² gesprochen.

Dahin also haben wir es mit dieser wohlwollenden Kontrolle gebracht! Im Namen Rußlands sprechen immer noch Leute, die den Krieg schüren. Die Arbeiter und Soldaten werden mit allgemeinen Redensarten über einen Frieden ohne Annexionen abgespeist, während man im stillen eine Politik betreibt, die nur für ein kleines Häuflein sich am Kriege bereichernder Millionäre von Vorteil ist.

Genossen Arbeiter und Soldaten! Verlest und erläutert die oben angeführte Erklärung Miljukows in allen Versammlungen! Erklärt, daß ihr nicht für die Geheimkonventionen (Verträge) sterben wollt, die Zar Nikolaus II. abgeschlossen hat und die für Miljukow unantastbar bleiben!

„Prawda“ Nr. 37,
13. April 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

IN DEN FUSSTAPFEN DER „RUSSKAJA WOLJA“

Die Methoden der „Russkaja Wolja“, von der sich selbst die Kadetten mit Verachtung abwenden, finden immer mehr Nachahmer. Man sehe sich das „Jedinstwo“ des Herrn Plechanow an. Um die „Prawda“ zu „entlarven“, nimmt Herr Plechanow die erste These Lenins, zitiert die Worte, daß der Krieg von seiten Rußlands ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, und triumphierend stellt er die Frage:

„Und wie verhält es sich mit Deutschland? Darüber sagt Lenin nichts.“

Das, buchstäblich das steht da. Man liest und traut seinen Augen nicht. Ist Herr Plechanow wirklich schon ganz auf dem Niveau des „Nowoje Wremja“ und der „Russkaja Wolja“ angelangt? Man möchte es nicht glauben, aber es ist so.

Die Schamlosigkeit des Herrn Plechanow übersteigt alle Grenzen. Er kennt die im Ausland erschienene Literatur der Bolschewiki ausgezeichnet. Er weiß sehr wohl, daß alle Bolschewiki ohne Ausnahme unzählige Male in Reden, Artikeln, Resolutionen erklärt haben: der Krieg ist auf seiten Deutschlands *ebenso* räuberisch, imperialistisch wie auf seiten aller anderen kriegführenden „Groß“mächte. Die Kapitalisten Deutschlands und ihr gekrönter Räuber, ihr Oberhaupt Wilhelm, sind ebensolche imperialistische Räuber wie die Kapitalisten der übrigen Länder.

Wir wiederholen: wer nicht gerade ein Analphabet ist, und auch nur etwas von den Bolschewiki weiß, muß diese unsere Meinung kennen. Und Herr Plechanow kennt sie sehr gut. Er weiß, daß Sinowjews und Lenins im Ausland erschienene Broschüre „Sozialismus und Krieg“* in

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 267–307, russ. *Die Red.*

der Schweiz auch deutsch herausgegeben und heimlich nach Deutschland gebracht wurde. Und über Deutschland ist in dieser Broschüre mit aller Deutlichkeit gesagt, daß Deutschland einen räuberischen Krieg um die „Ausplünderung der konkurrierenden Länder“ führt, daß Deutschland „ein junger und kräftiger Räuber“ ist, daß „die deutschen Imperialisten die Neutralität Belgiens schamlos gebrochen haben, wie es die kriegführenden Staaten, die im Bedarfsfall alle Verträge und eingegangenen Verpflichtungen brechen, stets und überall getan haben“; – daß „Kautsky prinzipienlos den Grundgedanken des Sozialchauvinismus, die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in diesem Krieg, mit einer scheinbaren Konzession an die Linke versöhnt“; – daß „die chauvinistischen Opportunisten nirgends sonst auf eine so tiefe Stufe des Verfalls und des Renegatentums gesunken sind wie in Deutschland“.

Herr Plechanow weiß das sehr gut und – sinkt zu den Methoden des „Nowoje Wremja“ und der „Russkaja Wolja“ hinab, er ist bemüht, die Prawdisten als Deutschenfreunde hinzustellen.

Allem Marxismus zum Hohn verbeißt sich Herr Plechanow ferner in die Frage, wer wem den Krieg erklärt hat.

Herr Plechanow hat vergessen, daß für die Marxisten der Krieg die Fortsetzung der Politik ist, die von bestimmten Regierungen, als den Vertretern bestimmter Klassen, betrieben wurde.

Daß sowohl Nikolaus II. als auch Wilhelm II. die reaktionären und kapitalistischen Klassen ihrer Länder vertraten, daß beide in den letzten Jahrzehnten eine Politik der Ausplünderung fremder Länder betrieben, eine Politik der Ausplünderung Chinas, der Erdrosselung Persiens, der Zerstückelung und Aufteilung der Türkei – das ist eine Tatsache. Hätte sich Herr Plechanow die Geschichte der Diplomatie und der Außenpolitik der letzten Jahrzehnte – wenn auch nur oberflächlich – angesehen, so hätte er das bemerken müssen, so hätte er nicht wagen können, das zu leugnen.

Und gerade diese räuberische, imperialistische, mit dem Bankkapital beider Länder eng verknüpfte Politik ist es, die Nikolaus II. und Wilhelm II. mit diesem Kriege fortsetzten.

Wenn aber ein Krieg geführt wird zwischen zwei Gruppen von Räubern und Unterdrückern um die Teilung der Beute, darum, wer mehr Völker unterjochen, wer mehr rauben soll, so ist für einen solchen Krieg

die Frage, wer zuerst angefangen, wer den Krieg erklärt hat usw., sowohl ökonomisch als auch politisch ohne jede Bedeutung.

Herr Plechanow ist – genauso wie die deutschen Plechanows, die Scheidemann und Co. – auf das Niveau des vulgärsten, gewöhnlichsten bürgerlichen Chauvinisten hinabgesunken, der nicht wissen will (oder nie gewußt hat), daß der Krieg die Fortsetzung der Politik ist, daß Krieg und Politik mit den Interessen bestimmter Klassen verknüpft sind, daß man untersuchen muß, welche Klassen den Krieg führen, um welcher Ziele willen sie ihn führen.

Tolle, schamlose Lügen, Bemäntelung der räuberischen Politik Nikolaus' II., der Politik, der die Lwow und Co. treu geblieben sind (sie haben sogar die Verträge des Zaren bestätigt!) – das ist die ganze Weisheit des Herrn Plechanow.

Auf diese Lügen werden weder die klassenbewußten Arbeiter hereinfallen noch die aufgeklärten Soldaten.

„Prawda“ Nr. 31,
13. April 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DER LUGENBUND

Eine Methode der bürgerlichen Presse ist immer und in allen Ländern besonders verbreitet und „unfehlbar“ wirksam: lüge, lärme, schreie, wiederhole die Lüge – „etwas wird schon hängenbleiben“.

„Lenin lärmt im Palais der Krzesinska, er lärmt, so laut er kann“, schreibt die „Retsch“. „Lenin spricht auf der Versammlung im „Modern“* vom Dach aus“, schreibt eine Reihe von Zeitungen.

Und alles das ist Lüge. In der Versammlung im „Modern“ war Lenin gar nicht anwesend. Und Lenin hat überhaupt keinen Lärm gemacht, denn er hat nur *ein* Referat vor den Bolschewiki und den Menschewiki gehalten⁵³ und einige kleine Artikel in der kleinen Zeitung „Prawda“ geschrieben.

Den Lärm machen die Kapitalisten und die Presse der Kapitalisten, sie sind es, die „lärmen, so laut sie können“, die sich Mühe geben, die Wahrheit zu *überschreien*, sie nicht hören zu lassen, alles mit Geschimpfe und Geschrei zu übertönen, jede sachliche *Klarlegung* zu *verbindern*.

Das eben ist das Wesen der gegenwärtigen Bemühungen der Kapitalisten und ebenso jener Jammersozialisten, die, wie Herr Plechanow, völlig auf die Seite der Kapitalisten übergewechselt sind.

Heute zetert die „Retsch“ in einem besonders „staatswichtigen“ Leitartikel wieder einmal gegen die „Propagierung der Anarchie“, wobei sie sich besonders augenfällig – augenfällig für jeden, der über das Gelesene und Gehörte nachdenkt – selber ins Gesicht schlägt.

„Die große Revolution hat die ganze alte Organisation der Staatsmacht hinweggefegt...“ Das stimmt nicht. Bei weitem noch nicht die

* Zirkus in Petrograd. *Der Übers.*

ganze. „Sie kann nur durch einen Umschwung in der Geisteshaltung des Volkes (des Volkes im weiteren Sinne) wiederhergestellt werden – besser gesagt, durch eine neue Geisteshaltung, die die Notwendigkeit einer Staatsmacht und die Pflicht der Unterordnung anerkennt.“

Hier habt ihr die offene Lüge, den offenen Lügenbund der Kapitalisten mit den über die Anarchie zeternden Herren Plechanow, Tscherewanin und Co. klar vor Augen.

Sowohl in der Wissenschaft als auch im praktischen Sprachgebrauch steht unbestritten fest, daß unter Anarchismus die *Verneinung des Staates* für die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu verstehen ist.

Daß der Sozialismus zum „Absterben“ des Staates führt, das lehrt der Marxismus, das kann den Miljukow, Plechanow, Tscherewanin usw., die sich in der Lüge getroffen haben, nicht unbekannt sein.

Verneinen die Prawdisten oder Lenin die Notwendigkeit des Staates jetzt? – die Notwendigkeit einer „Organisation der Staatsmacht“? – die „Pflicht, sich ihr unterzuordnen“?

Jeder Kundige, wenn er nicht zum Lügenbund gehört, weiß sehr gut, daß dies nicht der Fall ist.

Klar und deutlich haben sowohl die „Prawda“ als auch Lenin immer wieder festgestellt, daß wir alle die Notwendigkeit des Staates und der Organisation der Staatsmacht durchaus bejahen, und zwar nicht nur im gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern auch für den späteren geschichtlichen Zeitabschnitt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Nur der Lügenbund kann das leugnen oder nicht sehen wollen.

Es handelt sich nur darum, *welche* „Organisation der Staatsmacht“ wir dem Volke vorschlagen.

Nicht die alte Machtorganisation, nicht die Polizei, nicht die Beamten-schaft, nicht das stehende Heer, sondern eine neue – die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten.

Solche Sowjets bestehen schon, die Revolution hat sie bereits hervorgebracht, und alle, selbst die Regierung der Kapitalisten, haben sie bereits als eine *halbe Staatsgewalt anerkannt*.

Und wir haben klar und deutlich gesagt, daß *solche* Sowjets die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung sind.

Was kann unzweideutiger sein als das?

Wenn sie die „einzig mögliche“ Form sind – so bedeutet das, daß man so lange *nur* durch Aufklärung zu wirken hat, bis irgend jemand zur Gewaltanwendung gegen die Massen übergeht.

„Die Notwendigkeit einer Staatsmacht und die Pflicht der Unterordnung“ wird von *allen* Prawdisten anerkannt und im Volke vertreten.

Die Miljukow, Plechanow, Tscherewanin und Co. lügen, um vor dem Volke die Wahrheit zu verbergen; sie lügen, um die *Hauptsache* zu verschweigen: die Frage nach dem Klassencharakter *der einen oder der anderen* Machorganisation.

Das ist der springende Punkt.

Der Kapitalist nennt die Sowjets der Arbeiter- usw. Deputierten „Anarchie“, denn eine *solche* Machorganisation zwingt das Volk nicht von vornherein und bedingungslos unter das Joch der Kapitalisten, sondern gibt ihm Freiheit und Ordnung zugleich mit der Möglichkeit eines friedlichen und allmählichen Übergangs zum Sozialismus.

Damit und nur damit sind die Kapitalisten unzufrieden, nur das empört und erbittert sie. Daher der Lügenbund. Daher die Flut von Verleumdungen und das Wutgeheul.

Daher die versteckte, sich hinter Anspielungen verbergende Pogrom-agitation der „Retsch“, die in dem genannten Leitartikel zur „Gegenwirkung“, zur Überwindung der „Gleichgültigkeit“, der „Passivität“ usw. aufruft.

Wenn die Mehrheit des Volkes, ihr Herren, für euch ist, wenn euer Bündnis mit dem Sowjet (in dem *wir* zur Zeit *nicht* die Mehrheit haben, das haben wir deutlich ausgesprochen) fest ist – was fürchtet ihr dann, ihr Herren, warum lügt ihr?

Wir wollen nur den Arbeitern und den armen Bauern die Fehler ihrer Taktik *erklären*. Wir erkennen die Sowjets als die einzig mögliche Staatsmacht an. Wir propagieren die Notwendigkeit einer Staatsmacht und die Pflicht, sich ihr unterzuordnen.

Was fürchtet ihr also, warum lügt ihr?

Ihr fürchtet eben die Wahrheit. Ihr lügt, um durch Pogromhetze, durch Verleumdung, Gewalt und Schmutz zu *verbindern*, daß die Wahrheit *klargelegt* werde.

Das erkennen auch schon manche unserer Gegner. Lest die heutige Nummer des „Delo Naroda“⁵⁴, des Organs der Sozialrevolutionäre, eines Organs, an dem Minister Kerenski mitarbeitet.

Dort lesen wir über Plechanow, den treuesten Verbündeten der „Russkaja Wolja“ und der „Retsch“: „...solche Worte, eine solche Kampfweise sind wir gewohnt, in den Spalten der ‚Russkaja Wolja‘ zu finden. Sie in Artikeln von Sozialisten zu finden, ist, offen gestanden, niederdrückend und schmerzlich...“

So schreiben unsere Gegner.

So schreiben Demokraten, in denen das demokratische Gewissen erwacht ist.

Die Miljukow, Plechanow, Tscherewanin beschämen zu wollen, ist ein hoffnungsloses Beginnen, aber wenn selbst eine Zeitung, an der Minister Kerenski mitarbeitet, sich von den wild-chauvinistischen, verleumderisch-schmutzigen, nach Pogromen riechenden Methoden Plechanows angewidert abwendet, dann können wir sagen:

Die Helden solcher Methoden sind erledigte Leute.

Geschrieben am 13. (26.) April 1917.

*Veröffentlicht am 14. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 32.*

Nach dem Text der „Prawda“.

BANKEN UND MINISTER

Der ehemalige Außenminister und jetzige Vizepräsident des zentralen Kriegsindustriekomitees, N. N. Pokrowski, ist Mitglied des Aufsichtsrates der Russischen Außenhandelsbank geworden. Aufsichtsratsmitglied der Bank wurde auch der ehemalige Vorsitzende des Ministerrats, Graf W. N. Kokowzow.

Mit dieser Mitteilung haben uns die gestrigen Abendzeitungen erfreut.

Heute Minister – morgen Bankier; heute Bankier – morgen Minister. Für den „Krieg bis zum Ende“ – heute wie morgen.

So ist es nicht nur in Rußland, sondern überall, wo das Kapital herrscht. Am Krieg bereichert sich ein Häuflein von Bankiers, das die ganze Welt in Händen hält.

Vielleicht wird man sagen: Pokrowski und Kokowzow waren doch Minister unter dem alten Regime, heute aber leben wir in einem erneuerten Rußland.

Wir wollen darauf mit einer Frage antworten:

Und an wieviel Banken sind (als Direktoren, Teilhaber, faktische Besitzer) die jetzigen Minister Gutschkow, Tereschtschenko, Konowalow beteiligt?

Die Genossen Bankangestellten (die sich, nebenbei gesagt, schnellstens in einem eigenen Verband organisieren sollten) werden gut tun, wenn sie hierzu Material sammeln und es in der Arbeiterpresse veröffentlichen.

„Prawda“ Nr. 32,
14. April 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EINE WICHTIGE ENTHÜLLUNG

Im heutigen Leitartikel des „Delo Naroda“, einer Zeitung, zu deren unmittelbaren Mitarbeitern Minister Kerenski gehört, lesen wir die unumwundene Erklärung, daß „Mitteilungen zufolge, die wir (das ‚Delo Naroda‘) von in dieser Frage, wie wir glauben, genügend kompetenten Persönlichkeiten erhalten haben, die erwähnte Note (über den Verzicht auf eine Politik der Annexionen und Kontributionen) einstweilen noch nicht abgesandt worden ist“.

Also irren jene Mitglieder und Anhänger des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die da sagen und glauben, sie hätten „die Regierung gezwungen, auf Annexionen zu verzichten“.

Genossen und Bürger! Lest, lest immer wieder die hier zitierte Erklärung des „Delo Naroda“, macht euch klar, was sie bedeutet!

In dem Leitartikel heißt es weiter:

„Unterdes aber stellt Herr Gutschkow, seinem kriegesischen Kollegen von der Dworzowaja Ploschtschad, dem es nach Konstantinopel und den Dardanellen gelüftet, sekundierend, in seinem Aufruf an die Armee der rumänischen Front die Losung der unerläßlichen völligen Zerschlagung Deutschlands und Österreichs auf...“

Wenn das „Delo Naroda“ weiß, daß es Miljukow nach Annexionen gelüftet, warum berichtet es nicht ausführlicher davon? Erheischt nicht die Sache des Volkes, daß das „Delo Naroda“* klarer und direkter spricht?

Der Leitartikel schließt mit einem Hinweis auf den „kriegslustigen Teil unserer Provisorischen Regierung“.

Wir wiederholen: erheischt nicht die Sache des Volkes, daß das „Delo Naroda“ Namen und Tatsachen, Tatsachen und Namen nennt?

Geschrieben am 13. (26.) April 1917.

*Veröffentlicht am 14. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 32.*

Nach dem Text der „Prawda“.

* Ein Wortspiel: „Delo Naroda“ = „Die Sache des Volkes“. Der Übers.

AN DIE SOLDATEN UND MATROSEN

Genossen Soldaten! Genossen Matrosen!

Die Zeitungen der Kapitalisten, von der „Retsch“ bis zur „Russkaja Wolja“, entfalten, weil ich zusammen mit dreißig anderen Emigranten durch Deutschland gereist bin, die allerschamloseste Lügen- und Verleumdungskampagne.

Die Zeitungen der Kapitalisten lügen schamlos, wenn sie behaupten oder andeuten, daß wir irgendein unzulässiges oder außergewöhnliches Entgegenkommen seitens der deutschen Regierung genossen hätten, einer Regierung, die wir für genauso räuberisch, genauso verbrecherisch halten wie alle anderen am gegenwärtigen Krieg beteiligten kapitalistischen Regierungen.

Reiche Leute mit „Beziehungen“ zu hochgestellten Beamten der Zarenmonarchie, wie z. B. der liberale Professor Kowalewski, ein Freund der Miljukow und Co., haben immer wieder unter Vermittlung der russischen zaristischen Regierung mit der deutschen Regierung Verhandlungen über den Austausch internierter Russen gegen internierte Deutsche angeknüpft.

Warum sollten also Emigranten, die wegen ihres Kampfes gegen den Zaren im Exil schmachteten, nicht das Recht haben, *ohne* die Regierung Vereinbarungen über den Austausch von Russen gegen Deutsche zu treffen?

Warum hat die Regierung Miljukow und Co. den mit uns reisenden schweizerischen Sozialisten Fritz Platten, der den Austauschvertrag mit der deutschen Regierung geschlossen hat, nicht nach Rußland hereingelassen?

Die Regierung lügt, wenn sie das Gerücht verbreitet, Platten sei ein Freund der Deutschen. Das ist eine Verleumdung. Platten ist ein Freund der Arbeiter und ein Feind der Kapitalisten *aller* Länder.

Die Kapitalisten lügen, wenn sie Gerüchte verbreiten, daß wir für einen Sonderfrieden (Separatfrieden) mit den Deutschen seien, daß wir in Stockholm mit deutschen Sozialisten, die auf der Seite *ihrer* Regierung stehen, verhandelt hätten oder verhandeln wollten.

Das ist Lüge und Verleumdung. An Beratungen mit solchen Sozialisten haben wir nicht teilgenommen und werden wir nicht teilnehmen. Wir betrachten die Sozialisten aller Länder, die ihren *eigenen* Kapitalisten helfen, diesen verbrecherischen Krieg zu führen, als Verräter am Sozialismus.

Unsere Freunde sind *nur* jene Sozialisten, die sich wie Karl Liebknecht, den die räuberische deutsche Regierung zu Zuchthaus verurteilt hat, gegen ihre *eigenen* Kapitalisten erheben.

Wir wollen keinen Sonderfrieden, keinen Separatfrieden mit Deutschland, wir wollen den Frieden für *alle* Völker, wir wollen den Sieg der Arbeiter *aller* Länder über die Kapitalisten *aller* Länder.

Die Kapitalisten Rußlands lügen und verleumden uns, wie die deutschen Kapitalisten Liebknecht verleumden. Die Kapitalisten lügen, wenn sie behaupten, wir wollten Zwist und Feindschaft zwischen den Arbeitern und den Soldaten.

Das ist nicht wahr! Wir wollen die *Vereinigung* der Arbeiter und Soldaten. Wir wollen den Mitgliedern der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten *klarmachen*, daß sich in den Händen *dieser* Sowjets die *gesamte* Staatsgewalt befinden muß.

Die Kapitalisten verleumden uns, und ihre Schamlosigkeit geht so weit, daß keine einzige bürgerliche Zeitung den Bericht über unsere Reise und die Beschlüsse des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten aus den „Iswestija Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“ nachgedruckt hat.

Jeder Arbeiter und jeder Soldat kennt *seinen* Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Dem Exekutivkomitee dieses Sowjets haben wir sofort am Tage nach unserer Ankunft Bericht erstattet. Der Bericht wurde in den „Iswestija“ veröffentlicht.* Warum hat *keine* einzige Zeitung der Kapitalisten diesen Bericht nachgedruckt?

* Siehe den vorliegenden Band, S. 9–11. *Die Red.*

Weil diese Zeitungen Lügen und Verleumdungen verbreiten und fürchten, daß unser Bericht an das Exekutivkomitee die Betrüger entlarven würde.

Warum hat keine Zeitung den *Beschluß* des Exekutivkomitees zu unserem Bericht gebracht, den Beschluß, der in derselben Nummer der „Iswestija“ veröffentlicht wurde?

Weil dieser Beschluß, der von der Regierung Maßnahmen zur Rückführung der Emigranten verlangt, den Betrug der Kapitalisten und ihrer Zeitungen entlarvt.

Die „Iswestija“ des Sowjets bringen einen Protest gegen die Verhaftung Trotzki durch die Engländer; ferner einen Brief Surabows, der die Lüge Miljukows entlarvt; ferner ein Telegramm Martows über den gleichen Gegenstand.

Soldaten und Matrosen! Glaubt der Lüge und den Verleumdungen der Kapitalisten nicht! Entlarvt die Betrüger, die die in den „Iswestija“ veröffentlichte Wahrheit verschweigen!

*Geschrieben zwischen dem 11. und 14.
(24. und 27.) April 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1925
im Lenin-Sammelband IV.*

Nach dem Manuskript.

GEGEN DIE POGROMHETZER⁵⁵

An die Arbeiter, die Soldaten und die gesamte Bevölkerung
Petrograds

Bürger! Die von dem Zarenminister Protopopow begründete und selbst von den Kadetten verachtete Zeitung „Russkaja Wolja“ entfaltet eine Pogromagitation gegen unsere Partei, gegen die „Prawda“, gegen unsere Genossen Lenin und Sinowjew, gegen das Petersburger Komitee unserer Partei im Palais der Krzesinska. Wir sind im Besitz einer ganzen Reihe nicht nur mündlicher, sondern auch schriftlicher Informationen, wonach man mit Gewaltakten, Bombenattentaten u. dgl. m. droht.

Schon seit den ersten Tagen der Revolution sind die Kapitalisten, die sich als „Republikaner“ verkleidet haben, bemüht, Feindschaft zwischen den Arbeitern und den Soldaten zu säen. Zunächst verleumdeten sie die Arbeiter und behaupteten, die Arbeiter wollten die Armee ohne Brot lassen. Jetzt unternehmen sie alles, um gegen die „Prawda“ zu hetzen.

Wir appellieren an die Ehre der revolutionären Arbeiter und Soldaten Petrograds und erklären:

Es hat von unserer Seite, weder direkt noch indirekt, keine einzige Gewaltandrohung gegen Einzelpersonen gegeben, ganz im Gegenteil, wir haben immer wieder erklärt, daß es unsere Aufgabe ist, das ganze Volk über unsere Ansichten *aufzuklären*, daß wir den *Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten*, der von allen Arbeitern und Soldaten gewählt ist, als die *einzig mögliche* revolutionäre Regierung betrachten.

Die Genossen, die durch Deutschland gereist sind und die *verschiedenen* Parteien angehören, haben gleich *am ersten* Tage ihrer Ankunft den Vertrauensleuten *aller* Arbeiter und Soldaten, d. h. dem *Exekutivkomitee* des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, *Bericht* erstattet. In

diesem Exekutivkomitee waren Tschcheidse, Zereteli, Skobelew, Steklow u. a.

Genossen! Diese Führer des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten teilen in vielem unsere Ansichten über die Fragen der Staatsordnung nicht. Sie konnten nicht aus Freundschaft für uns handeln.

Und was tat das Exekutivkomitee?

Es veröffentlichte in seinen „Iswestija“ vom 5. April 1917 (Nr. 32) den vollständigen Bericht über die Durchreise durch Deutschland.

In diesem Bericht sind alle Tatsachen sowie namentlich die ausländischen Sozialisten zweier neutraler Länder, der Schweiz und Schwedens, angeführt, die unsere Protokolle nachgeprüft haben.

Was beschloß nun das Exekutivkomitee? Hat es die Durchreise Lenins und der anderen durch Deutschland verurteilt oder auch nur seine Unzufriedenheit darüber geäußert?

Nein. Die Redaktion der „Iswestija“ hat in derselben Nummer den Beschluß des Exekutivkomitees folgendermaßen wiedergegeben:

„Das Exekutivkomitee hat nach Entgegennahme des Berichts der Genossen Surabow und Sinowjew beschlossen, sich sofort an die Provisorische Regierung zu wenden und Maßnahmen zu treffen, um allen Emigranten, unabhängig von ihren politischen Ansichten und ihrer Stellung zum Krieg, die sofortige Rückkehr nach Rußland zu ermöglichen. Über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung werden wir in den nächsten Tagen berichten. Die Red.“

Jeder sieht, daß hier gegen Lenin und seine Genossen kein Wort gesagt ist. Die *Warnung* richtet sich gegen die Provisorische Regierung, es wird beschlossen, *Maßnahmen zu treffen*, damit sie die Rückreise nach Rußland nicht erschwere.

Im weiteren Verlauf aber haben das Telegramm Martows und die Verhaftung Trotzki in England bewiesen, daß Miljukow England und Frankreich gegenüber, die ihre internationalistischen Sozialisten ins Gefängnis sperren, machtlos ist oder daß er keine ernststen Maßnahmen ergreifen will.

Ein Austausch von Russen und Deutschen fand während des Krieges Dutzende Male statt. Das Mitglied des Reichsrats Kowalewski ist gegen einen Österreicher ausgetauscht worden usw. Für reiche Leute hatten die Regierungen mehr als einmal den Austausch organisiert. Warum also

will die jetzige Regierung für die Emigranten keinen Austausch organisieren? Weil sie es einer Anzahl von Kämpfern unmöglich machen will, am revolutionären Kampf teilzunehmen.

Was tun die „Russkaja Wolja“ und die in ihren Fußstapfen schreitenden Zeitungen vom Schlage der „Retsch“ und des „Jedinstwo“?

Sie setzen ihre Hetze, durch die sie unaufgeklärte Menschen zu Gewalttätigkeiten gegen einzelne Personen aufstacheln, fort und *veröffentlichen weder den Bericht noch den Beschluß des Exekutivkomitees!*...

Dem Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten wurden die Namen einer Reihe von Sozialisten mitgeteilt, die jeden Schritt der Emigranten, den diese im Zusammenhang mit ihrer Reise unternahmen, nachgeprüft und gebilligt haben. Es sind das die *französischen* Sozialisten Lorient und Guilbeaux, der *schweizerische* Sozialist Platten, die *schwedischen* Sozialisten Lindhagen (Bürgermeister von Stockholm), Karlson, Ström, Nerman, der *deutsche* Sozialist Hartstein von der Gruppe *Karl Liebknechts*, der *polnische* Sozialist Bronski.

Das Verhalten der „Russkaja Wolja“, der „Retsch“, des „Jedinstwo“ begünstigt die dunklen Kräfte, die mit Gewalt, mit Pogromen, mit Bomben drohen.

Genossen Soldaten und Arbeiter!

Wir warnen euch vor den Herrschaften der „Russkaja Wolja“, der „Retsch“, des „Jedinstwo“ und erklären immer und immer wieder: Wir wollen, daß dem ganzen Volk die Ansichten *sämtlicher* Parteien *dargelegt* werden, wir wollen, daß man den Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten *achtet*.

Wenn die Provisorische Regierung, wenn die „Retsch“, wenn Herr Plechanow mit dem Verhalten des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten unzufrieden sind, warum *erklären sie das nicht offen? Warum verlangen sie keine Überprüfung?* Warum fürchten sie nachzudrucken, was in Nr. 32 der „Iswestija Sowjeta Rabotščich i Soldatskich Deputatow“ gesagt worden ist? Warum? – Weil sie Verwirrung stiften wollen!

Wenn es zu Gewalttätigkeiten in dieser oder jener Form kommt, so machen wir dafür die Redakteure und Mitarbeiter der „Russkaja Wolja“, der „Retsch“, des „Jedinstwo“ usw. verantwortlich, die es fertigbringen,

den Bericht und den Beschluß des Exekutivkomitees *nicht zu drucken* und eine heimtückische Hetze zu inszenieren.

Das „Delo Naroda“, zu dessen engsten Mitarbeitern Minister A. F. Kerenski gehört, hat schon darauf hingewiesen, daß die Methoden der genannten Zeitungen den Pogromhetzern Vorschub leisten („Delo Naroda“ Nr. 23).

Mögen die Miljukow, Amphiteatrow, Plechanow und Co. wissen: wenn es infolge ihrer Hetzkampagne zur Anwendung von Gewalt kommt, so wird sich diese vor allem gegen sie selbst kehren.

Nieder mit der Pogromagitation! Nieder mit den Helden der Hetzkampagne und des Betrugs, die die Beschlüsse des Exekutivkomitees unterschlagen!

Genossen Soldaten und Arbeiter! Ihr werdet nicht dulden, daß die Freiheit des Volkes durch Pogrome befleckt wird! Ihr werdet die *Beachtung* der Beschlüsse eures Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten erzwingen!

Zentralkomitee der SDAPR
Petersburger Komitee der SDAPR

Geschrieben vor dem 14. (27.) April 1917.

*Veröffentlicht am 15. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 33.*

Nach dem Text der „Prawda“.

BÜRGER! BEGREIFT, WORIN DIE METHODEN DER KAPITALISTEN ALLER LÄNDER BESTEHEN!

Heute schließt die „Retsch“ einen Artikel der Redaktion mit folgenden Worten:

„Die deutsche Regierung bemüht sich, die innere Einheit in Deutschland aufrechtzuerhalten und die Ententemächte zu entzweien. Unsere ‚Prawdisten‘ untergraben in jeder Weise die Einheit des revolutionären Rußlands und hetzen die russische Regierung gegen die verbündeten Regierungen Englands und Frankreichs. Sind wir nicht berechtigt zu sagen, daß die Leninschen ‚Helden‘ für Bethmann Hollweg und Wilhelm II. arbeiten?“

Nein, ihr Herren Kapitalisten, ihr seid nicht berechtigt, das zu sagen. Gerade wir Prawdisten, und nur wir, sind es, die die innere Einheit in Deutschland nicht nur nicht aufrechterhalten helfen, sondern *im Gegenteil zerstören*.

Das ist eine Tatsache, die die Herren russischen Kapitalisten mit keiner Lüge aus der Welt schaffen werden.

Es ist Tatsache, daß wir Prawdisten, und nur wir, den unbedingten und sofortigen Bruch der deutschen Sozialisten mit den deutschen Plechanows, d. h. den Scheidemännern, und mit dem deutschen „Zentrum“, d. h. mit den schwankenden Elementen fordern, die sich nicht zu einem prinzipiellen und unwiderruflichen Bruch mit den Scheidemännern entschließen können.

Es ist Tatsache, daß wir Prawdisten, und nur wir, für die Einheit *einzig und allein* mit zwei Gruppen von deutschen Sozialisten eintreten („Spartakus“ und „Arbeiterpolitik“), mit den Gruppen, die sich der Politik Karl Liebknechts, d. h. der *Politik der Zerstörung der inneren Einheit in Deutschland* anschließen. Die Politik Karl Liebknechts besteht

in der Tat, und nicht nur in Worten, in der Zerstörung der „inneren Einheit“ von Kapitalisten und Arbeitern in Deutschland.

Im vollen Bewußtsein dessen, daß die deutschen Kapitalisten und ihr Wilhelm Imperialisten, d. h. Räuber, sind, sandte Karl Liebknecht bereits an die Zimmerwalder Konferenz (September 1915) einen Brief, der allerdings nicht veröffentlicht wurde, da Liebknecht damals noch legal tätig war. Doch alle, die in Zimmerwald waren, kennen diesen Brief.

Dieser Brief enthielt die Parole: Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg.

So propagierte unser Gesinnungsgenosse Karl Liebknecht die „innere Einheit“ in Deutschland. Und das war es auch, was wir in der deutschen Ausgabe unserer prawdistischen (Sinowjews und Lenins) Broschüre „Sozialismus und Krieg“ propagierten.*

Und Karl Liebknecht redete nicht nur so, er handelte auch danach. Von der Tribüne des deutschen Parlaments rief er die deutschen Soldaten auf, die Waffen gegen die *eigene*, die deutsche Regierung zu kehren, und dann ging er mit revolutionären Flugblättern „Nieder mit der Regierung!“ zu einer Straßendemonstration.

So war Karl Liebknecht, der Anhänger unserer, der prawdistischen Politik, „bemüht, die innere Einheit in Deutschland aufrechtzuerhalten“. Und dafür schmachtet er heute im Zuchthaus.

Und Karl Liebknecht wird nicht nur von der gesamten Presse der deutschen Kapitalisten direkt als Verräter bezeichnet, auch alle Zeitungen der deutschen Plechanows beschuldigen ihn, mehr oder weniger offen, des Verrats oder des Anarchismus.

In allen Ländern werden jene Sozialisten, die so handeln wie Karl Liebknecht in Deutschland, wie die Prawdisten in Rußland, d. h. Sozialisten, die die „innere Einheit“ der Arbeiter mit den Kapitalisten eines jeden Landes, mit den Plechanows eines jeden Landes, mit den „Zentristen“ eines jeden Landes zerstören und die Einheit der Arbeiter aller Länder herstellen, um den räuberischen imperialistischen Eroberungskrieg zu beenden und die ganze Menschheit vom Joch des Kapitals zu befreien, von den Kapitalisten mit einer Flut von Lügen, Verleumdungen und Beschimpfungen überschüttet und des Verrats beschuldigt.

In Deutschland werden Karl Liebknecht und seine Freunde von den

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 283–286, russ. *Die Red.*

Kapitalisten als Verräter verfolgt. In Deutschland hat man unserm Genossen Karl Liebknecht ebenfalls wiederholt mit der Lynchjustiz der Menge gedroht. Davon sprach sogar der deutsche Plechanow, der Sozialchauvinist David. In Rußland werden die Prawdisten von den Kapitalisten als Verräter verfolgt. In England verfolgen die Kapitalisten als einen Verräter den schottischen Volksschullehrer Maclean, der ebenfalls wegen des gleichen Verbrechens, wegen des gleichen „Verrats“ im Zuchthaus schmachtet, dessen man auch Karl Liebknecht und uns Prawdisten beschuldigt.

In Frankreich hat die Regierung der republikanischen Kapitalisten den Franzosen Contant und den Russen Rajew eingekerkert, weil sie Flugblätter herausgegeben haben: „Mit Gewalt den Frieden erzwingen!“

Ihr Herren von der „Retsch“, ihr Herren Minister, ihr Herren Mitglieder der revolutionären Regierung! Sperrt uns Prawdisten in die Zuchthäuser oder schlagt dem russischen Volk vor, uns in die Zuchthäuser zu sperren! Dann werdet ihr in der Tat die Politik des „verbündeten“ (mit dem Zaren Nikolaus II. verbündeten, denn er hat den Bündnisvertrag abgeschlossen!) kapitalistischen Englands nachahmen, das die englischen Prawdisten in die Zuchthäuser steckt.

Nieder mit der „inneren Einheit“ von Arbeitern und Kapitalisten in allen Ländern, denn diese „Einheit“ verurteilte und verurteilt die Menschheit zu den Greueln des imperialistischen Raubkriegs im Interesse der Kapitalisten!

Es lebe die Einheit solcher Sozialisten und Arbeiter aller Länder, die nicht nur in Worten mit Karl Liebknecht sympathisieren, sondern die in der Tat die gleiche Politik gegen ihre eigenen Kapitalisten betreiben!

Geschrieben am 14. (27.) April 1917.

*Veröffentlicht am 15. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 33.*

Nach dem Text der „Prawda“.

„FREIWILLIGE VEREINBARUNG“ ZWISCHEN GUTSBESITZERN UND BAUERN?

Hier der heute im „Den“ veröffentlichte Text des Telegramms des Ministers Schingarjow, das gestern im Leitartikel unserer Zeitung erwähnt wurde⁵⁶:

„Nachdem ich von dem Beschluß des Ranenburger Komitees zur Frage der Bodenbestellung Kenntnis erlangt habe, halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß jede selbständige Lösung der Bodenfrage, ohne ein Reichsgesetz abzuwarten, unzulässig ist. Ein eigenmächtiges Vorgehen wird für den Staat ein Unglück sein, wird Zwistigkeiten hervorrufen und so die Sache der Freiheit gefährden. Die gesetzliche Lösung der Bodenfrage ist Sache der Konstituierenden Versammlung. Es werden jetzt allenthalben bei den Ernährungskomitees der Amtsbezirke landwirtschaftliche Schlichtungskammern gebildet werden, deren Aufgabe es ist, freiwillige Vereinbarungen zwischen Bauern und Grundbesitzern herbeizuführen. Auch die Frage der Verpachtung des brachliegenden Bodens wird beschleunigt bearbeitet werden. Im Interesse der allgemeinen Ordnung bitte ich, von den Beschlüssen der Provisorischen Regierung auszugehen und nicht eigenmächtig Gesetzesimitationen zu erlassen.“

Ist es etwa „Demokratie“ und „Volksfreiheit“, wenn die Bauern, die bekanntlich die unbedingte, gewaltige *Mehrheit* der Bevölkerung bilden, nicht das Recht haben, ihre eigenen Beschlüsse zu fassen und durchzuführen, sondern eine „freiwillige Vereinbarung“ zwischen Grundbesitzern und Bauern abwarten müssen?

Ein Grundbesitzer, der 2000 Desjatinen Land besitzt – und dreihundert Bauernfamilien, die 2000 Desjatinen Land besitzen. So ist es im allgemeinen in Rußland. Dreihundert Bauern sollen auf die „freiwillige“ Zustimmung eines Gutsbesitzers warten!!

Ist das richtig, Genossen Soldaten?

Geschrieben am 14. (27.) April 1917.

*Veröffentlicht am 15. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 33.*

Nach dem Text der „Prawda“.

EINE EHRliche STIMME IM CHOR DER VERLEUMDER

Die „Malenkaja Gaseta“⁵⁷ veröffentlicht heute einen an alle Kameraden der Armee gerichteten Aufruf einer Soldatengruppe der 4. Front-Sanitäts-Autokolonne, in dem die Untersuchung der Umstände verlangt wird, unter denen die Durchreise Lenins u. a. durch Deutschland erfolgt ist.

Das ist eine ehrliche Stimme inmitten der Flut schmutziger Lügen, trüber Verleumdungen und der Pogromagitation. In der Tat, jeder Bürger hat das Recht *und die Pflicht*, die Untersuchung jeder beliebigen Tatsache zu verlangen, die für die Allgemeinheit von Bedeutung ist.

Das ist der ehrliche Weg ehrlicher Menschen und nicht der von Pogromhetzern.

Und diesen Weg haben *sofort*, gleich am ersten Tage ihrer Ankunft, Lenin und *alle* mit ihm Angekommenen, *Anhänger verschiedener Parteien*, beschritten. Sie haben über ihre Reise dem Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten *Bericht* erstattet*, sie haben in diesem Bericht *namentlich* Sozialisten zweier neutraler Länder, der Schweiz und Schwedens, angeführt, die das Protokoll über die Reise unterzeichnet und *sämtliche* Dokumente geprüft haben. Im Exekutivkomitee waren Tschcheidse, Zereteli, Skobelew, Steklow u. a. Sie beschlossen, sowohl den Bericht als auch den Beschluß des Exekutivkomitees in den „*Iswestija*“ zu veröffentlichen.

Nach dem Bericht wurde beschlossen: „Das Exekutivkomitee hat nach Entgegennahme des Berichts der Genossen Surabow und Sinowjew beschlossen, sich sofort an die Provisorische Regierung zu wenden und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 9—11. *Die Red.*

Maßnahmen zu treffen, um allen Emigranten, unabhängig von ihren politischen Ansichten und ihrer Stellung zum Krieg, die sofortige Rückkehr nach Rußland zu ermöglichen."

Sowohl das eine wie das andere ist in den „Iswestija Sowjeta“ Nr. 32 vom 5. April 1917 veröffentlicht worden.

Ist es ehrlich, ist es vernünftig, diesen Bericht und den Beschluß *nicht* nachzudrucken und eine Pogromagitation zu entfalten?

Haben diejenigen Kameraden von der 4. Front-Sanitäts-Autokolonne richtig gehandelt, die sich beeilten, die Angekommenen zu „brandmarken“, sie „Verräter“ zu schimpfen, ihnen zu „fluchen“ und sie mit anderen Schimpfworten zu überschütten, *ohne* über das, was in den „Iswestija“ veröffentlicht ist, *diskutiert zu haben*?

Ist das nicht eben Anarchismus, eine *Aufforderung zur Mißachtung* der von den Arbeitern und Soldaten gewählten Mitglieder des Exekutivkomitees?

Geschrieben am 14. (27.) April 1917.

*Veröffentlicht am 15. April 1917
in der „Prawda“ Nr. 33.*

Nach dem Text der „Prawda“.

Unterschrift: N. Lenin.

DIE SOLDATEN UND DER GRUND UND BODEN

Die Mehrzahl der Soldaten sind Bauern. Jeder Bauer weiß, wie die Gutsbesitzer das Volk unterdrückt haben und unterdrücken. Worin aber besteht die Macht der Gutsbesitzer?

Im Grund und Boden.

Die Gutsbesitzer haben viele Millionen Desjatinen Land. Deshalb bleibt Millionen von Bauernfamilien nichts übrig, als sich in die Knechtschaft der Gutsbesitzer zu begeben.

Keinerlei „Freiheiten“ werden den Bauern helfen, solange die Gutsbesitzer viele Millionen Desjatinen Land besitzen.

Es ist notwendig, daß das ganze Land der Gutsbesitzer in die Hände des Volkes übergeht. Es ist notwendig, daß alles Land im Staate Eigentum des gesamten Volkes wird. Und die Verfügung über den Boden muß den örtlichen Sowjets der Bauern- und Landarbeiterdeputierten zustehen.

Wie erreicht man das? Unverzüglich müssen in ganz Rußland, in jedem Dorf ohne Ausnahme, Sowjets der Bauern- und Landarbeiterdeputierten nach dem Muster der Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten in den Städten geschaffen werden. Wenn die Bauern und Landarbeiter sich nicht *selber* zusammenschließen, wenn sie ihr eigenes Schicksal nicht *selber* in ihre eigenen Hände nehmen, dann wird niemand in der Welt ihnen helfen, niemand sie aus der Knechtschaft der Gutsbesitzer befreien.

Damit aber allenthalben die Bauern selber den Gutsbesitzern unverzüglich den ganzen Boden wegnehmen und darüber richtig verfügen können, dabei vollkommene Ordnung wahren und alles Inventar vor Beschädigung schützen, müssen die Soldaten den Bauern helfen.

Die Bauern, die Soldaten, die Arbeiter bilden die gewaltige Mehrheit im Staat. Diese Mehrheit *will*, daß der ganze Grund und Boden unverzüglich in die Hände der Sowjets der Bauerndeputierten übergehe. Niemand kann die Mehrheit hindern, *wenn* sie gut organisiert (zusammengeschlossen, vereinigt) ist, *wenn* sie bewußt handelt, *wenn* sie bewaffnet ist.

Soldaten! Unterstützt den Zusammenschluß und die Bewaffnung aller Arbeiter und aller Bauern!

Soldaten! Schließt euch selber fester zusammen, verbindet euch inniger mit den Arbeitern und Bauern! Laßt euch die bewaffnete Macht nicht aus den Händen nehmen!

Dann und nur dann wird das Volk den ganzen Boden erhalten, wird es sich aus der Knechtschaft der Gutsbesitzer befreien.

„Soldatskaja Prawda“ Nr. 1,

15. April 1917.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der
„Soldatskaja Prawda“.

PETROGRADER
STADTKONFERENZ DER SDAPR(B)⁵⁸

14.-22. April (27. April-5. Mai) 1917

1

REFERAT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE UND DIE
STELLUNG ZUR PROVISORISCHEN REGIERUNG

14. (27.) APRIL

Wir haben viel exakter als die anderen Parteien die politische Linie vorherbestimmt, sie in Resolutionen festgelegt. Das Leben hat eine ganz neue Situation geschaffen. Der Hauptfehler, den die Revolutionäre begehen, ist, daß sie nach rückwärts schauen, auf die alten Revolutionen. Das Leben aber gibt uns allzu viel Neues, das man in den allgemeinen Ablauf der Ereignisse einfügen muß.

Die treibenden Kräfte der Revolution haben wir durchaus richtig bestimmt. Die Ereignisse haben unsere alten bolschewistischen Grundsätze gerechtfertigt, unser Unglück aber ist, daß die Genossen „alte“ Bolschewiki bleiben wollten. Eine Massenbewegung gab es nur im Proletariat und in der Bauernschaft. Die westeuropäische Bourgeoisie war stets gegen die Revolution. Das war die Lage, an die wir uns gewöhnt hatten. Es ist anders gekommen. Der imperialistische Krieg hat die Bourgeoisie Europas gespalten, und das führte dazu, daß die englisch-französischen Kapitalisten um imperialistische Ziele willen zu Freunden der russischen Revolution wurden. Die englischen Kapitalisten sind mit Gutschkow, Miljukow und den Kommandospitzen der Armee eine förmliche Verschwörung eingegangen. Die englisch-französischen Kapitalisten stellten sich auf die Seite der Revolution. Die europäischen Zeitungen berichten über zahlreiche Reisen von Abgesandten Englands und Frankreichs zu Unterhandlungen mit „Revolutionären“ vom Schlage Gutschkows. Das war ein unvermuteter Bundesgenosse der Revolution. Das führte dazu, daß die Revolution in einer Weise zustande kam, wie es niemand erwartet hatte. Wir hatten nicht nur die russische Bourgeoisie, sondern auch die englisch-französischen Kapitalisten als Bundesgenossen

bekommen. Als ich denselben Gedanken in einem Referat im Ausland* zum Ausdruck brachte, sagte mir ein Menschewik, daß wir also im Unrecht gewesen seien, denn es hätte sich gezeigt, daß die Bourgeoisie für den Erfolg der Revolution notwendig war. Ich antwortete ihm, das sei nur „notwendig“ gewesen, damit die Revolution binnen acht Tagen siegen konnte. Hat doch Miljukow noch vor der Revolution erklärt, wenn der Weg zum Sieg über die Revolution führe, sei er gegen den Sieg. Man darf diese Worte Miljukows nicht vergessen.

In ihrer ersten Etappe entwickelte sich also die Revolution so, wie es niemand erwartet hatte. Die Bolschewiki haben auf die Frage, ob es zulässig sei, „das Vaterland zu verteidigen“, die Antwort gegeben: Wenn die bürgerlich-chauvinistische Revolution siegt (Nr. 47 des „Sozial-Demokrat“⁵⁹), so ist die Verteidigung des Vaterlands unzulässig.** Die Eigenart der Lage besteht in der Doppelherrschaft. Im Ausland, wohin keine Zeitung gelangt, die links von der „Retsch“ steht, und wo die englisch-französischen bürgerlichen Zeitungen von der unumschränkten Macht der Provisorischen Regierung sprechen und von dem „Chaos“, das der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten darstelle, hat niemand eine klare Vorstellung von der Doppelherrschaft. Erst hier an Ort und Stelle erfuhren wir, daß der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht an die Provisorische Regierung abgetreten hat. Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten ist die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und der Soldaten; die Mehrheit der Soldaten besteht aus Bauern. Das eben ist die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Diese „Diktatur“ aber hat mit der Bourgeoisie ein Überkommen getroffen. Hier eben ist eine Revision des „alten“ Bolschewismus nötig. Die entstandene Lage zeigt, daß die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sich mit der Macht der Bourgeoisie verflucht. Eine erstaunlich eigenartige Lage. Es hat noch keine Revolutionen gegeben, in denen die Vertreter des revolutionären Proletariats und der Bauernschaft, im Besitz der Waffen, ein Bündnis mit der Bourgeoisie geschlossen und, im Besitz der Macht, diese der Bourgeoisie abgetreten hätten. Die Bourgeoisie verfügt über die Macht des Kapitals und über die Macht der Organisation. Man muß sich sogar wundern, daß die Ar-

* Siehe Werke, Bd. 23, S. 368. *Die Red.*

** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 368, russ. *Die Red.*

beiter, wie sich gezeigt hat, dennoch hinreichend organisiert waren. Die bürgerliche Revolution in Rußland ist abgeschlossen, insofern die Macht in die Hände der Bourgeoisie übergegangen ist. Hier widersprechen die „alten Bolschewiki“: „Sie ist nicht abgeschlossen – es gibt keine Diktatur des Proletariats und der Bauern.“ Aber der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten ist eben diese Diktatur.

Die Agrarbewegung kann auf zweierlei Art verlaufen. Die Bauern nehmen den Grund und Boden, es kommt nicht zum Kampf zwischen dem Landproletariat und den wohlhabenden Bauern. Doch das ist wenig wahrscheinlich, denn der Klassenkampf wartet nicht. Jetzt wiederholen, was wir im Jahre 1905 gesagt haben, aber nicht vom Klassenkampf im Dorfe sprechen ist Verrat an der Sache des Proletariats.

Schon jetzt finden wir in den Beschlüssen einer Reihe von Bauernkongressen den Gedanken, man solle mit der Lösung der Agrarfrage bis zur Konstituierenden Versammlung warten – das ist ein Sieg der wohlhabenden Bauernschaft, die zu den Kadetten tendiert. Die Bauern bemächtigen sich bereits des Landes. Die Sozialrevolutionäre suchen sie zurückzuhalten und schlagen vor, bis zur Konstituierenden Versammlung zu warten. Es gilt, die Forderung, sofort vom Land Besitz zu ergreifen, mit der Propaganda für die Schaffung von Sowjets der Landarbeiterdeputierten zu verbinden. Die bürgerlich-demokratische Revolution ist abgeschlossen. Das Agrarprogramm muß auf neue Art durchgeführt werden. Der gleiche Kampf der großen Besitzer mit den kleinen um die Macht, den wir jetzt hier haben, wird auch im Dorf vor sich gehen. Der Boden allein genügt den Bauern noch nicht. Die Zahl der Bauern, die keine Pferde besitzen, ist sehr gestiegen. Wir allein entfachen jetzt die Agrarrevolution, indem wir den Bauern sagen, daß sie sofort das Land nehmen sollen. Die Übernahme des Grund und Bodens muß organisiert erfolgen. Das Inventar darf nicht beschädigt werden. Die Agrarbewegung ist folglich nur Perspektive und keine Tatsache. Die Aufgabe der Marxisten ist, den Bauern das Agrarprogramm klarzumachen; man muß das Schwergewicht des Programms auf den Sowjet der Landarbeiterdeputierten verlegen. Man muß aber mit der Möglichkeit rechnen, daß sich die Bauernschaft mit der Bourgeoisie verbündet, wie es der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten getan hat. Folglich muß die Agrarbewegung erst noch entfaltet werden. Die wohl-

habende Bauernschaft wird naturgemäß zur Bourgeoisie, zur Provisorischen Regierung tendieren. Es kann kommen, daß sie rechts von Gutschkow steht.

Vorläufig ist der Sieg der bürgerlichen Macht Tatsache. Die ökonomische Lage der Bauern trennt sie von den Gutsbesitzern. Was die Bauern brauchen, ist nicht das Recht auf Land. Was sie brauchen, sind Sowjets der Landarbeiterdeputierten. Wer den Bauern rät, auf die Konstituierende Versammlung zu warten, betrügt sie.

Unsere Aufgabe ist es, aus dem kleinbürgerlichen Sumpf die Klassenlinie herauszuheben; die Bourgeoisie macht ihre Sache ausgezeichnet, indem sie alle möglichen Versprechungen gibt, in Wirklichkeit aber ihre eigene Klassenpolitik betreibt.

In den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ist die Situation so, daß die Macht der Provisorischen Regierung überlassen wird, die Sozialisten selber aber sich mit „Kontaktkommissionen“ begnügen. Diese Regierung besteht zwar aus den besten Vertrauensmännern ihrer Klasse, aber dennoch eben einer bestimmten Klasse. Das Kleinbürgertum hat sich ihnen voll und ganz ergeben. Wenn wir die proletarische Linie nicht abgrenzen, so werden wir die Sache des Proletariats verraten. Die Bourgeoisie herrscht entweder durch Betrug oder durch Gewalt. Heute herrschen Schmeichelei und Betrug, und das schläfert die Revolution ein. Zugeständnisse machen sie in Nebensächlichem. Im Hauptsächlichen (in der Agrarumwälzung) tun sie nichts. Wer nicht sieht, daß in Rußland, abgesehen von den Bolschewiki, durchweg die revolutionäre Vaterlandsverteidigung herrscht, daß sie auf der ganzen Linie gesiegt hat, der sieht die Tatsachen nicht. Diese revolutionäre Vaterlandsverteidigung aber ist die Preisgabe aller sozialistischen Prinzipien zugunsten der mit der Phrase der „Verteidigung des Vaterlands“ bemäntelten räuberischen Interessen des Großkapitals, ist der Übergang zur Position des Kleinbürgertums. Als ich von der Masse der „ehrlichen“ revolutionären Vaterlandsverteidiger sprach, hatte ich nicht eine moralische Kategorie im Auge, sondern eine Klassendefinition. Die Klassen, die in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vertreten sind, sind an einem Raubkrieg nicht interessiert. In Europa ist es anders. Dort wird das Volk unterdrückt, gegen die opportunistischsten Pazifisten wird nicht selten eine stärkere Hetze getrieben als hier gegen uns, die Prawdisten. Bei uns

aber verwirklicht der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten seinen Standpunkt der revolutionären Vaterlandsverteidigung nicht mit Gewalt, sondern auf Grund des Vertrauens der Massen. Europa ist ein einziges Militärgefängnis. Das Kapital herrscht dort grausam. In ganz Europa muß man die Bourgeoisie stürzen, nicht aber sie zu überzeugen suchen. In Rußland sind die Soldaten bewaffnet: sie haben sich ruhig betrügen lassen, indem sie sich einreden ließen, es gehe nur darum, sich gegen Wilhelm zu „verteidigen“. Dort, in Europa, gibt es keine „ehrliche“ revolutionäre Vaterlandsverteidigung wie in Rußland, wo das Volk aus Unwissenheit, aus Trägheit, aus Tradition, weil es gewohnt ist, den Stock zu dulden, der Bourgeoisie die Macht ausgeliefert hat. Steklow, Tschcheidse sind dem Scheine nach Führer, in Wirklichkeit aber bilden sie den Nachtrab der Bourgeoisie, ungeachtet ihrer Tugenden, ihrer marxistischen Bildung usw., sie sind politisch tot. Bei uns ist die Macht in den Händen der Soldaten, die für die Vaterlandsverteidigung gestimmt sind. Die objektive Klassenlage der Kapitalisten – das ist eines. Sie führen den Krieg für ihre Interessen. Die Soldaten sind Proletarier und Bauern – das ist etwas anderes. Haben sie ein Interesse daran, Konstantinopel zu erobern? Nein, ihre Klasseninteressen sind gegen den Krieg! Aus diesem Grund ist es möglich, sie aufzuklären, sie eines anderen zu überzeugen. Der springende Punkt der politischen Situation ist heute, daß man es verstehen muß, den Massen die Wahrheit klarzumachen. Wir können nicht sagen, daß wir uns auf die revolutionären Massen „stützen“ usw., wir können das nicht, solange wir nicht den Soldaten oder den unaufgeklärten Massen die Bedeutung der Losung „Nieder mit dem Krieg“ klargemacht haben.

Was sind die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten? Ihre Klassenbedeutung ist die direkte Macht. Vollständige politische Freiheit haben wir natürlich nicht. Aber eine Freiheit wie in Rußland gibt es jetzt nirgends. „Nieder mit dem Krieg“ bedeutet nicht, daß man die Gewehre wegwirft. Es bedeutet den Übergang der Macht in die Hände einer anderen Klasse. Das klarzumachen, darin liegt das Schwergewicht der ganzen gegenwärtigen Situation. Der Blanquismus bestand darin, daß er die Machtergreifung, gestützt auf eine Minderheit, anstrebte. Bei uns liegt die Sache ganz anders. Wir sind noch in der Minderheit, wir sind uns der Notwendigkeit bewußt, die Mehrheit zu gewinnen. Wir brau-

chen, im Gegensatz zu den Anarchisten, den Staat für den Übergang zum Sozialismus. Die Pariser Kommune hat uns das Muster eines Staates vom Typus der Sowjets der Arbeiterdeputierten – der direkten Macht der organisierten und bewaffneten Arbeiter, der Diktatur der Arbeiter und Bauern – gegeben. Die Rolle der Sowjets, die Bedeutung einer solchen Diktatur – das ist die organisierte Gewalt gegen die Konterrevolution, der Schutz der Errungenschaften der Revolution im Interesse der Mehrheit, gestützt auf die Mehrheit. Eine Doppelherrschaft kann es im Staate nicht geben. Die Sowjets der Deputierten sind der Typus eines Staates, in dem die Polizei unmöglich ist. Hier regiert das Volk sich selbst, hier ist die Rückkehr zur Monarchie unmöglich. Die Armee und das Volk müssen miteinander verschmelzen – das ist der Sieg der Freiheit! Alle müssen die Waffen beherrschen. Um die Freiheit behaupten zu können, ist die Bewaffnung des gesamten Volkes notwendig – das eben ist das Wesen der Kommune. Wir sind keine Anarchisten, die die Organisation des Staates ablehnen, d. h. die Gewalt überhaupt und insbesondere die eines Staates der organisierten und bewaffneten Arbeiter selbst, die Organisation des Staates durch deren Sowjets. Das Leben hat die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft mit der Diktatur der Bourgeoisie verflochten. Die weitere Stufe ist die Diktatur des Proletariats, dieses ist aber noch nicht genügend organisiert und aufgeklärt, es muß aufgeklärt werden. Im ganzen Land müssen solche Sowjets der Arbeiter- usw. Deputierten geschaffen werden – das fordert das Leben. Einen anderen Weg gibt es nicht. Das eben ist die Pariser Kommune! Der Sowjet der Arbeiterdeputierten ist keine gewerkschaftliche Organisation, wie es die Bourgeoisie gern haben möchte. Das Volk sieht in ihm viel richtiger etwas anderes: es sieht in ihm ein Machtorgan. Es sieht, daß der Ausweg aus dem Krieg der Sieg der Sowjets der Arbeiterdeputierten ist. Das eben ist der Typus eines Staates, unter dem man zum Sozialismus voranschreiten kann. Wenn die Macht von einer Gruppe ergriffen wird – so bedeutet das noch nicht viel. Die russische Revolution hat eine höhere Stufe erreicht: eine andere Staatsgewalt als die der Sowjets kann es nicht geben, und das fürchtet die Bourgeoisie. Solange nicht die Sowjets die Macht ergriffen haben, werden wir sie nicht übernehmen. Die Sowjets aber müssen durch eine lebendige Kraft gedrängt werden, die Macht zu ergreifen. Anders kom-

men wir nicht aus dem Kriege heraus, den die Kapitalisten mit Hilfe des Volksbetrugs führen. Alle Länder stehen am Rande des Abgrunds; das muß man begreifen; es gibt keinen anderen Ausweg als die sozialistische Revolution. Die Regierung muß gestürzt werden – aber nicht alle begreifen das richtig. Wenn die Macht der Provisorischen Regierung sich auf den Sowjet der Arbeiterdeputierten stützt, kann man sie nicht „einfach“ stürzen. Man kann und muß sie stürzen, indem man die Mehrheit in den Sowjets erobert. Entweder vorwärts, zur unumschränkten Macht der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, oder rückwärts, zum imperialistischen Krieg – einen anderen Weg gibt es nicht. Kautsky leugnete die Möglichkeit einer Revolution während des Krieges. Das Leben hat ihn bereits widerlegt.

Was die Verstaatlichung der Banken und die Kontrolle über sie anbelangt, so ist das ökonomisch möglich, ökonomisch steht dem nichts im Wege, wenn die Macht in den Händen der Arbeiter ist. Es versteht sich von selbst, daß bei einer solchen Auffassung von den Aufgaben des Proletariats von einer Vereinigung mit den „Vaterlandsverteidigern“ keine Rede sein kann.

Was den neuen Namen der Partei anbelangt: das Wort „Sozialdemokratie“ ist nicht richtig, ist wissenschaftlich falsch. Marx und Engels haben das wiederholt erklärt. Wenn sie dieses Wort „passieren“ ließen, so deshalb, weil nach 1871 eine besondere Situation bestand: es war eine *langsame* Vorbereitung der Volksmassen erforderlich, die Revolution stand nicht auf der Tagesordnung. Die Demokratie ist auch ein Staat, aber schon die Pariser Kommune hatte eine höhere Stufe erklommen. Und jetzt ist die ganze Welt praktisch vor die Frage des Übergangs zum Sozialismus gestellt. Der Sozialdemokrat Plechanow und die übrigen Sozialchauvinisten der ganzen Welt haben den Sozialismus vertreten. Wir müssen uns „Kommunistische Partei“ nennen.

Ein kurzer Bericht wurde am
8. Mai (25. April) 1917 in der
„Prawda“ Nr. 40 veröffentlicht.

Zuerst vollständig veröffentlicht 1925
in dem Buch „Die Petrograder Stadt-
konferenz und die Gesamttrussische
Konferenz der SDAPR(B) im April 1917“.

Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.

2

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT
ÜBER DIE POLITISCHE LAGE
14. (27.) APRIL

Der Meinungs austausch hat Unstimmigkeiten gezeigt. Ich kann nicht auf alle Fragen antworten.

Was den alten Bolschewismus anbelangt: Kalinin hat den alten Bolschewismus verteidigt. Er ist zu dem Schluß gelangt, daß unsere jetzige Taktik richtig ist. Eine andere Meinung – am stärksten zeigt sich eine Abweichung zur Taktik des Kleinbürgertums.

Es ist ein alter Ausdruck: die Revolution zu Ende führen; aber welche Revolution? 1905 war die objektive Lage so: Das Proletariat und die Bauernschaft waren das einzige revolutionäre Element, während die Kadetten für die Monarchie eintraten. Jetzt offenbart die Vaterlandsverteidigung den Übergang der Bauern zur kleinbürgerlichen Taktik. Dabei verliert der Gedanke, die Revolution zu Ende zu führen, seinen Sinn. Die Revolution hat das Kleinbürgertum und andere revolutionäre Elemente in der Position der Vaterlandsverteidigung vereinigt.

Die Zukunft der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Die kleinbürgerliche Bauernschaft, die auf dem Standpunkt der Vaterlandsverteidigung steht, kann für die Monarchie eintreten.

Aus der Linie des Bolschewismus ergibt sich eine neue Linie. Das Kleinbürgertum und die Großbourgeoisie haben sich vereinigt. Wir gehen vom Unterschied der Klasseninteressen aus. Die Bauern, die Landarbeiter sind, müssen gegen den imperialistischen Krieg sein, die Bauern, die Besitzer sind, für die Vaterlandsverteidigung.

Die Vaterlandsverteidigung hat gezeigt, daß das Kleinbürgertum sich von der Arbeiterklasse abgekehrt hat und zur Großbourgeoisie übergegangen ist. Der arme Bauer, der zum Teil seinen Unterhalt durch

Arbeit in der Stadt verdient, braucht diesen Krieg nicht. Diese Klasse muß Gegner des Krieges sein.

Den alten Bolschewismus muß man aufgeben. Es ist notwendig, die Linie des Kleinbürgertums und die des Lohnproletariats auseinanderzuhalten. Phrasen über das revolutionäre Volk geziemen einem Kerenski, nicht aber dem revolutionären Proletariat. Es ist jetzt, wo Nikolaus beseitigt ist, kein großes Verdienst, Revolutionär und sei es revolutionärer Demokrat zu sein. Die revolutionäre Demokratie ist zu nichts nütze, sie ist eine Phrase. Sie verdeckt die Gegensätze der Klasseninteressen, anstatt sie aufzudecken. Ein Bolschewik muß den Arbeitern und Bauern über das Vorhandensein dieser Gegensätze die Augen öffnen, anstatt sie zu verschleiern. Wenn der imperialistische Krieg das Proletariat und die Bauern ökonomisch in seiner ganzen Schwere trifft, so müssen diese Klassen sich gegen diesen Krieg erheben.

Ein Netz von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten – das ist das Gebot der Stunde. Ganz Rußland ist bereits von einem Netz von örtlichen Selbstverwaltungsorganen überzogen. Die Kommune kann auch in Form von Selbstverwaltungsorganen bestehen. Abschaffung der Polizei, des stehenden Heeres, Bewaffnung der gesamten Bevölkerung – all das kann durch die örtliche Selbstverwaltung verwirklicht werden. Ich habe vom Sowjet der Arbeiterdeputierten einfach darum gesprochen, weil er bereits besteht.

Man sagt, man müsse das Proletariat „beschäftigen“. Das tun Tschcheidse, die Provisorische Regierung und andere, die klingende Worte über revolutionäre Demokratie im Munde führen. Ein Bolschewik muß auseinanderhalten: Proletariat und Kleinbürgertum. Worte aber wie „revolutionäre Demokratie“ und „revolutionäres Volk“ soll er Kerenski überlassen. Die Demokratie in Rußland ist imperialistisch. Man sagt: Wir beschränken unsere Tätigkeit auf die Kulturarbeit. Das stimmt nicht. Resolutionen über die Konstituierende Versammlung usw. annehmen – das nennt man das Proletariat „beschäftigen“.

Eine wirkliche Arbeit ist die Abschaffung des stehenden Heeres, des Beamtentums und der Polizei und die Bewaffnung des gesamten Volkes.

Die Konstituierende Versammlung wird die Revolution nicht erdrosseln, denn man hört von ihr jetzt nichts, und niemand trifft Anstalten, sie einzuberufen. Ihre Einberufung „fordern“ können Sozialrevolutionäre.

Der Krieg ist ein Weltkrieg. Der Krieg wird von bestimmten Klassen geführt und vom Bankkapital hervorgerufen. Ihm ein Ende machen kann man durch den Übergang der Macht in die Hände einer anderen Klasse. Ein Frieden, bei dem die Macht in den Händen der herrschenden Klassen verbleibt, kann nichts ändern.

Man muß dem Proletariat zeigen, wie es durch konkrete Maßnahmen die Revolution vorantreiben kann. Die Revolution vorantreiben heißt selbständig die Selbstverwaltung verwirklichen. Ein Erstarken der Demokratie stört die Selbstverwaltung nicht, trägt vielmehr zur Lösung unserer Aufgaben bei. Der Krieg kann nur durch den Übergang der Macht in die Hände einer anderen Klasse beendet werden – und Rußland ist dieser Aufgabe am nächsten gerückt –, keinesfalls aber durch einen Waffenstillstand der Kapitalisten aller Länder auf der Grundlage des gegenseitigen Austauschs der versklavten Völkerschaften. Die Kommune eignet sich für die Bauernschaft durchaus. Kommune bedeutet völlige Selbstverwaltung, keinerlei Beaufsichtigung von oben. Neun Zehntel der Bauernschaft dürften damit einverstanden sein.

Mit der Nationalisierung des Grund und Bodens kann sich die Bourgeoisie abfinden, wenn die Bauern vom Grund und Boden Besitz ergreifen. Wir als proletarische Partei müssen sagen, daß der Boden allein noch nicht satt macht. Um ihn bearbeiten zu können, wird man folglich die Kommune schaffen müssen. Wir müssen Zentralisten sein, es gibt jedoch Momente, wo diese Aufgabe an Ort und Stelle gelöst werden muß, wir müssen den einzelnen Orten das Maximum an Initiative lassen. Die Kadetten handeln bereits wie Beamte. Sie sagen der Bauernschaft: „Wartet auf die Konstituierende Versammlung.“ Nur unsere Partei stellt Losungen auf, die die Revolution wirklich vorantreiben. Die Sowjets der Arbeiterdeputierten können durchaus draußen im Lande Kommunen schaffen. Die Frage ist nur, ob das Proletariat genügend organisiert sein wird, das kann man aber nicht im voraus berechnen, man muß aus der Praxis lernen.

Der Trotzismus sagt: „Weg mit dem Zaren, her mit der Arbeiterregierung.“ Das ist falsch. Das Kleinbürgertum existiert, man darf es nicht ignorieren. Aber es besteht aus zwei Teilen. Sein ärmerer Teil geht mit der Arbeiterklasse.

Der Krieg. Den Krieg auf pazifistische Art beenden wollen ist Utopie.

Er kann mit einem imperialistischen Frieden beendet werden. Nicht diesen Frieden wollen die Massen. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik einer Klasse, den Charakter des Krieges ändern heißt an die Stelle der Klasse, die an der Macht ist, eine andere setzen.

Der Name Kommunistische Partei ist theoretisch richtig. Die linken Sozialisten der anderen Länder sind zu schwach. Wir müssen die Initiative ergreifen.

*Zuerst veröffentlicht 1925 in dem
Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz
und die Gesamtrussische Konferenz
der SDAPR(B) im April 1917“.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

3

ZWEI ENTGEGNUNGEN IN DER DISKUSSION
ZUR RESOLUTION ÜBER DIE STELLUNG ZUR
PROVISORISCHEN REGIERUNG

15. (28.) APRIL

I

Nach den gestrigen Debatten kann ich mich auf kurze Bemerkungen beschränken. Die Resolution zeigt, worin der Ausweg besteht. Die Lage wird nicht nur dadurch bestimmt, daß in der Provisorischen Regierung bestimmte Klassen vertreten sind, sondern auch dadurch, daß sie sich auf den Sowjet der Arbeiterdeputierten stützt. Daraus folgt mitnichten, daß wir uns diesem Kleinbürgertum unterordnen müssen, sondern vielmehr, daß man besondere Gruppen bilden muß, nicht um sich vom Kleinbürgertum zu trennen, sondern um es voranzutreiben. Besitzergreifung des gesamten Grund und Bodens bedeutet einen Vormarsch des revolutionären Volkes. Wird das stehende Heer durch die Miliz ersetzt, so bedeutet das einen Vormarsch.

II

Gen. Kamenew geht zur Politik Tschscheidses und Steklows über. Natürlich wird niemand sagen, daß die Provisorische Regierung die Einberufung der Konstituierenden Versammlung hinausschiebt, wenn wir es nicht sagen. Alle wollen die Fortführung des Krieges. Es handelt sich um die Organisation der Konterrevolution. Kontrolle in einer revolutionären Zeit ist Schwindel. Die Wahlen könnten in drei Tagen angesetzt werden. Durch die Aufzählung der „Sünden“ geben wir exaktes Material für

die Agitation. In der Kontaktkommission die Wahrheit zu suchen ist unmöglich. Ohne Macht kann man nicht kontrollieren. Durch Resolutionen usw. kontrollieren wollen ist reinster Unsinn. Kontrolle bedeutet nicht Überwindung der kleinbürgerlichen Illusion, ist Dunst.

*Zuerst veröffentlicht 1925 in dem
Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz
und die Gesamtrussische Konferenz
der SDAPR(B) im April 1917“.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

4

RESOLUTION ÜBER DIE STELLUNG
ZUR PROVISORISCHEN REGIERUNG

In der Erwägung:

1. daß die Provisorische Regierung ihrem Klassencharakter nach ein Organ der Herrschaft der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie ist;
2. daß diese Regierung und die durch sie vertretenen Klassen ökonomisch und politisch untrennbar mit dem russischen und dem englisch-französischen Imperialismus verbunden sind;
3. daß diese Regierung selbst das von ihr verkündete Programm nur unvollständig und nur unter dem Druck des revolutionären Proletariats und teilweise des Kleinbürgertums verwirklicht;
4. daß die sich organisierenden Kräfte der bürgerlichen und gutherrlichen Konterrevolution unter der Flagge der Provisorischen Regierung, unter offenkundiger Duldung seitens der letzteren bereits zum Angriff auf die revolutionäre Demokratie übergegangen sind;
5. daß die Provisorische Regierung die Ansetzung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung hinausschiebt, die allgemeine Bewaffnung des Volkes behindert, sich dem Übergang des gesamten Bodens in die Hände des Volkes widersetzt, ihm eine im Interesse der Gutsbesitzer liegende Methode zur Lösung der Agrarfrage aufzwingt, die Einführung des Achtsturentages sabotiert, der konterrevolutionären Agitation (Gutschkows und Co.) in der Armee Vorschub leistet, das höhere Offizierskorps gegen die Soldaten organisiert usw.;
6. daß diese Regierung sich zugleich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf das Vertrauen und, bis zu einem gewissen Grade, auf ein direktes Abkommen mit dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten

tierten stützt, der heute zweifellos die Mehrheit der Arbeiter und der Soldaten, d. h. der Bauernschaft, vereint;

7. daß jeder Schritt der Provisorischen Regierung sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik nicht nur den Proletariern und Halbproletariern in Stadt und Land, sondern auch breiten Schichten des Kleinbürgertums über den wahren Charakter dieser Regierung die Augen öffnen wird –

beschließt die Konferenz:

1. Damit die gesamte Staatsgewalt in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten oder anderer Organe übergehe, die unmittelbar den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, gilt es, eine langwierige Arbeit zur Hebung des proletarischen Klassenbewußtseins zu leisten und die Proletarier in Stadt und Land gegen die Schwankungen des Kleinbürgertums zu vereinen; nur eine solche Arbeit gibt eine wirkliche Gewähr für den erfolgreichen Vormarsch des gesamten revolutionären Volkes.

2. Um eine solche Arbeit leisten zu können, ist es notwendig, innerhalb der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten allseitig wirksam zu sein, ihre Zahl zu erhöhen, ihre Kraft zu verstärken, die proletarischen internationalistischen Gruppen unserer Partei innerhalb der Sowjets fest zusammenzuschließen.

3. Es ist notwendig, die eigenen sozialdemokratischen Kräfte in stärkerem Maße zu organisieren, damit der neue Aufstieg der revolutionären Bewegung sich unter dem Banner der revolutionären Sozialdemokratie vollzieht.

„Prawda“ Nr. 35,
1. Mai (18. April) 1917.

*Nach der maschinegeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift, verglichen mit dem
Text der „Prawda“.*

5

ZWEI ENTGEGNUNGEN IN DER DISKUSSION ÜBER
DIE FRAGE DER KOMMUNALWAHLEN
22. APRIL (5. MAD)

I

Wir haben Verhältniswahlen, wozu dann ein Block; die Minderheit ist nicht in Gefahr. Ich wende mich entschieden gegen Gen. Kalinin, denn ein Block mit dem Kleinbürgertum, mit den Chauvinisten, ist undenkbar. Der leiseste Gedanke an einen Block mit dem Kleinbürgertum, das von den Kapitalisten gestützt wird, ist Verrat am Sozialismus. Mit wem sollen wir einen Block schließen, mit den Herausgebern der „Internationale“? Aber diese Zeitung ist nicht erschienen, wir kennen sie also nicht. Tschcheidse – das ist die ärgste Tarnung der Vaterlandsverteidigung. Trotzki hat in seinem in Paris herausgegebenen Blatt nicht klar gesagt, ob er für oder gegen Tschcheidse ist. Wir haben immer gegen Tschcheidse gesprochen, denn was er tut, ist eine raffinierte Bemäntelung des Chauvinismus. Trotzki hat sich nicht klar ausgesprochen. Woher wissen wir denn, daß Larin (der Herausgeber der „Internationale“) nicht eine ebensolche Taktik verfolgt?

Wir müssen mit einem bestimmten Programm auftreten. Jetzt geht ein Kampf dreier Parteien vor sich: die erste – das ist die Partei der Räuber und Mörder; die zweite – das sind jene, die diese Räuber mit schönen Worten decken; und die dritte Partei endlich ist gegen jedwede Unterstützung der Räuber, ist für die Klarlegung aller Fehler, einschließlich der des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten.

Die Schuld des Sowjets besteht nicht darin, daß sie nicht die Macht ergriffen haben, sondern darin, daß sie dem Volke Ubles lehren, daß sie vom Sieg über die Regierung schreien.

II

Ich bin entschieden dafür, daß wir in unsere Listen die Kandidaten der Menschewiki aufnehmen, die mit dem Chauvinismus brechen. Das ist kein Block. Rußland ist parteimäßig ausgezeichnet organisiert. Was das Programm anbelangt: die Frage einer besoldeten Miliz, die Frage der Lebensmittelversorgung, die Steuerfrage – diese Fragen sind wichtig.

*Zuerst veröffentlicht 1925 in dem
Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz
und die Gesamtrussische Konferenz
der SDAPR(B) im April 1917“.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

6

RESOLUTION ÜBER DIE KOMMUNALFRAGE

Die Kommunalplattform darf sich, besonders in der gegenwärtigen revolutionären Zeit, keineswegs lediglich auf kommunale Fragen beschränken.

Sie muß auch eine bestimmte Antwort auf alle Grundfragen der heutigen Politik, insbesondere auf die Frage des Krieges und der Aufgaben des Proletariats gegenüber der Zentralgewalt enthalten.

Auch in den Kommunalfragen, wie in den Fragen der Miliz, der Lebensmittelversorgung, der Wohnungs- und Steuerfrage, können wir nicht warten, bis die kleinbürgerlichen Parteien den revolutionären Maßnahmen zustimmen, die der Kampf gegen den Krieg und seine Folgen erfordert.

Aus all diesen Gründen ist es notwendig, ohne Blocks, unter dem Banner des grundsätzlichen Programms der proletarischen Partei in die Wahl zu gehen und dem Volk den grundlegenden Unterschied zwischen den drei hauptsächlichsten Parteigruppen zu erklären: 1. die Kadetten und die rechts von ihnen stehenden Parteien; 2. die Parteien des Kleinbürgertums (Volkstümmler) und des dem Einfluß der Bourgeoisie erlegenen Teils der Arbeiter (auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung stehende Menschewiki) und 3. die Partei des revolutionären Proletariats (Bolschewiki).

Die technischen Bedingungen der Wahlen, die nach dem Verhältniswahlsystem vor sich gehen, machen Blocks technisch überflüssig.

Wir sollten uns in jeder Weise bemühen, zwischen uns und den Menschewiki, die mit der revolutionären Vaterlandsverteidigung und mit der Unterstützung der Provisorischen Regierung tatsächlich brechen, auf der

Grundlage der praktischen Arbeit eine Annäherung herbeizuführen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Gemeinsame Listen mit solchen Genossen sind zulässig, wenn in den Grundfragen hinreichend Übereinstimmung besteht. Es ist notwendig, konkrete Vorschläge für ein Kommunalprogramm auszuarbeiten, besonders in der Frage der proletarischen Miliz, die von den Kapitalisten bezahlt werden soll.

*„Prawda“ Nr. 46,
15. (2.) Mai 1917.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift, verglichen mit dem
Text der „Prawda“.*

7

ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE STELLUNG
ZU DEN PARTEIEN DER SOZIALREVOLUTIONÄRE,
DER SOZIALDEMOKRATEN (MENSCHEWIKI), ZUR
PARTEI DER SOGENANNTEN „FRAKTIONSLOSEN“
SOZIALDEMOKRATEN UND ZU ANDEREN
VERWANDTEN POLITISCHEN STRÖMUNGEN

In der Erwägung:

1. daß die Parteien der Sozialrevolutionäre, der menschewistischen Sozialdemokraten usw. in den allermeisten Fällen auf die Position der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ und der Stimmabgabe für die Anleihe übergegangen sind, d. h. in der Tat den von der Imperialistenregierung der Kapitalisten, der Regierung Gutschkow, Lwow und Co., geführten imperialistischen Krieg unterstützen; 2. daß diese Parteien die Provisorische Regierung *unterstützen*, die die Interessen des Kapitals vertritt und nicht nur in der Außen-, sondern auch in der Innenpolitik eine konterrevolutionäre Haltung eingenommen hat; 3. daß diese Parteien sich von den Kapitalisten haben betrügen lassen und ihrerseits das Volk mit der trügerischen Hoffnung irreführen, man könne, ohne die Staatsmacht in Händen zu haben, durch „Forderungen“ an die Provisorische Regierung, durch die Errichtung einer „Kontrolle“ über sie usw. die Klassennatur dieser Regierung der Kapitalisten ändern und sie dazu bewegen, von der für die Kapitalisten heute unentbehrlichen imperialistischen Politik und von den konterrevolutionären Anschlägen auf die Freiheit abzulassen; 4. daß die daraus entspringende und durch die genannten Parteien geförderte Verdunkelung des Klassenbewußtseins der Proletarier und Halbproletarier angesichts der ohnehin blinden Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber den heute vorwiegend mit Betrug und Schmeichelei operierenden Kapitalisten der Hauptgrund für die Stagnation der Revolution und ihre eventuelle Niederlage durch die Kräfte der gutsherrlichen und bürgerlichen Konterrevolution ist, stellt die Konferenz fest und beschließt:

1. Die Stimmabgabe für die Anleihe wie auch die Verteidigung der Position der revolutionären Vaterlandsverteidigung überhaupt bedeutet den vollständigen, unbedingten Verrat am Sozialismus, am proletarischen Klassenkampf und an den Prinzipien des Internationalismus, d. h. des brüderlichen Bündnisses der Arbeiter aller Länder gegen die Kapitalisten aller Länder;

2. die obengenannten Parteien sind Parteien, die die Interessen und den Standpunkt des Kleinbürgertums vertreten und das Proletariat durch bürgerliche Beeinflussung demoralisieren;

3. im Hinblick darauf, daß die Parteien, die eine Politik der Unterstützung der Provisorischen Regierung, der revolutionären Vaterlandsverteidigung usw. betreiben, vom proletarischen Klassenstandpunkt auf einen kleinbürgerlichen Standpunkt übergegangen sind, ist eine Vereinigung mit diesen Parteien als Ganzes absolut unmöglich;

4. in bezug auf einzelne örtliche Gruppen von Arbeitern, die sich an die Menschewiki usw. anlehnen, aber bestrebt sind, den Standpunkt des Internationalismus gegen die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“, gegen die Stimmabgabe für die Anleihe usw. zu vertreten, muß die Politik unserer Partei darin bestehen, solche Arbeiter und Gruppen zu unterstützen, mit ihnen Kontakt aufzunehmen, die Vereinigung mit ihnen unter der Voraussetzung des unbedingten Bruchs mit dem kleinbürgerlichen Verrat am Sozialismus zu fördern.

*Zuerst veröffentlicht 1925 in dem
Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz
und die Gesamtrussische Konferenz
der SDAPR(B) im April 1917“.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

8

ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DEN KRIEG

I

Der gegenwärtige Krieg ist auf seiten beider Gruppen der kriegführenden Mächte ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, den die Kapitalisten um die Weltherrschaft, um die Aufteilung ihrer Beute, um vorteilhafte Märkte für das Finanz- und Bankkapital, um der Versklavung schwacher Völker willen führen.

Der Übergang der Staatsgewalt in Rußland von Nikolaus II. an die Regierung Gutschkow, Lwow u. a., an die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, hat an diesem Klassencharakter und dieser Klassenbedeutung des Krieges auf seiten Rußlands nichts geändert und konnte daran nichts ändern.

Besonders anschaulich ist die Tatsache, daß die neue Regierung den gleichen imperialistischen, d. h. räuberischen Eroberungskrieg führt, in folgendem zum Ausdruck gekommen: Die neue Regierung hat nicht nur die Geheimverträge nicht veröffentlicht, die der Exzar Nikolaus II. mit den kapitalistischen Regierungen Englands, Frankreichs usw. abgeschlossen hat, sondern sie hat diese Verträge noch formell bestätigt. Das hat man getan, ohne nach dem Willen des Volkes zu fragen und in der offensichtlichen Absicht, es zu betrügen, denn es ist allgemein bekannt, daß diese Geheimverträge des Exzaren durch und durch räuberische Verträge sind, die den russischen Kapitalisten die Ausplünderung Chinas, Persiens, der Türkei, Österreichs usw. in Aussicht stellen.

Darum kann eine proletarische Partei, wenn sie nicht völlig mit dem Internationalismus, d. h. mit der brüderlichen Solidarität der Arbeiter aller Länder im Kampfe gegen das kapitalistische Joch brechen will, auf

keinen Fall den jetzigen Krieg oder die jetzige Regierung oder ihre Anleihen unterstützen, welche prunkvollen Namen diese Anleihen auch haben mögen.

Keinerlei Vertrauen verdient auch das Versprechen der jetzigen Regierung, auf Annexionen, d. h. auf die Eroberung fremder Länder oder das gewaltsame Festhalten irgendwelcher Völkerschaften innerhalb der Grenzen Rußlands zu verzichten. Denn erstens können die Kapitalisten, die durch Tausende von Fäden mit dem russischen und dem englisch-französischen Bankkapital verflochten sind, die die Interessen des Kapitals vertreten, auf Annexionen in diesem Kriege nicht verzichten, ohne aufzuhören, Kapitalisten zu sein, ohne auf die Profite aus den in Anleihen, Konzessionen, Rüstungsbetrieben usw. angelegten Milliarden zu verzichten. Zweitens hat die neue Regierung, nachdem sie, um das Volk zu betrügen, den Verzicht auf Annexionen aussprach, durch den Mund Miljukows am 9. April 1917 in Moskau erklärt, daß sie keineswegs auf Annexionen zu verzichten gedenkt. Drittens hat Miljukow, wie das „Delo Naroda“, eine Zeitung, an der Minister Kerenski mitarbeitet, enthüllt, seine Erklärung über den Verzicht auf Annexionen nicht einmal ins Ausland gesandt.

Die Konferenz warnt das Volk vor den leeren Versprechungen der Kapitalisten und erklärt daher, daß man streng unterscheiden muß zwischen einem Verzicht auf Annexionen in Worten und einem Verzicht auf Annexionen in der Tat, d. h. der sofortigen Veröffentlichung aller geheimen Raubverträge, aller Dokumente der Außenpolitik, der sofortigen Inangriffnahme der weitestgehenden Befreiung aller Völkerschaften, die die Kapitalistenklasse, indem sie die unser Volk schändende Politik des Exzaren Nikolaus II. fortsetzt, unterjocht oder gewaltsam an Rußland kettet oder im Zustand der Rechtsungleichheit hält.

II

Die Strömung der sogenannten „revolutionären Vaterlandsverteidigung“, die jetzt in Rußland fast alle volkstümlichen Parteien (Volkssozialisten, Trudowiki, Sozialrevolutionäre) und die opportunistische Partei der menschewistischen Sozialdemokraten (Organisationskomitee,

Tschcheidse, Zereteli u. a.) sowie die Mehrheit der parteilosen Revolutionäre erfaßt hat, verkörpert ihrer Klassenbedeutung nach einerseits die Interessen und den Standpunkt des Kleinbürgertums, der Kleinbesitzer, der wohlhabenden Bauern, die gleich den Kapitalisten aus der Vergewaltigung schwacher Völker Gewinne ziehen – anderseits ist sie das Resultat der Tatsache, daß es den Kapitalisten, die die Geheimverträge nicht veröffentlichen und sich auf Versprechungen und schöne Redensarten beschränken, gelungen ist, die Volksmassen zu betrügen.

Es muß anerkannt werden, daß sehr breite Massen der „revolutionären Vaterlandsverteidiger“ es ehrlich meinen, d. h. *tatsächlich* keine Annexionen, keine Eroberungen, keine Vergewaltigung schwacher Völker wünschen, *tatsächlich* einen demokratischen und keinen Gewaltfrieden zwischen *allen* kriegführenden Ländern anstreben. Das muß deshalb anerkannt werden, weil die Klassen der Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land (d. h. die Menschen, die ganz oder zum Teil vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten leben) infolge ihrer Klassenlage nicht am Profit der Kapitalisten interessiert sind.

Während die Konferenz daher feststellt, daß Zugeständnisse jeder Art an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ absolut unzulässig sind und in Wirklichkeit den völligen Bruch mit dem Internationalismus und Sozialismus bedeuten, erklärt sie gleichzeitig: Solange die russischen Kapitalisten und ihre Provisorische Regierung sich darauf beschränken, Gewaltanwendung gegen das Volk nur anzudrohen (z. B. der traurigberühmte Erlaß Gutschkows, der Strafen androht, falls die Soldaten eigenmächtig ihre Vorgesetzten absetzen), solange die Kapitalisten *nicht* zur Gewaltanwendung gegen die sich frei organisierenden und frei *alle* und jegliche Behörden absetzenden und wählenden Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern-, Landarbeiter- usw. Deputierten übergegangen sind, solange wird unsere Partei den Verzicht auf die Gewalt überhaupt propagieren und gegen den schweren und verhängnisvollen Fehler der „revolutionären Vaterlandsverteidiger“ ausschließlich mit den Methoden kameradschaftlicher Überzeugung ankämpfen, indem sie die Wahrheit klarlegt, daß die blinde Vertrauensseligkeit der breiten Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der schlimmsten Feinde des Friedens und des Sozialismus, im gegenwärtigen Zeitpunkt in Rußland das Haupthindernis für eine rasche Beendigung des Krieges ist.

III

Was die wichtigste Frage anbelangt, die Frage, wie man diesen verbrecherischen Raubkrieg der Kapitalisten, der die ganze Menschheit an den Rand des Ruins, des Hungers, des Verderbens gebracht hat, am raschesten – und dabei nicht durch einen Gewaltfrieden, sondern durch einen wahrhaft demokratischen Frieden – beenden kann, so stellt die Konferenz fest und beschließt:

Völlig unsinnig wäre es, anzunehmen, daß man diesen Krieg beenden könne vermittels der einseitigen Weigerung der Soldaten *irgendeines einzelnen Landes*, den Krieg fortzusetzen, vermittels der einseitigen Einstellung der Kriegshandlungen, dadurch, daß man einfach die „Bajonette in die Erde stößt“.

Unsere Partei wird geduldig, aber beharrlich dem Volke die Wahrheit erklären, daß Kriege von *Regierungen* geführt werden, daß Kriege immer untrennbar mit der Politik bestimmter Klassen verknüpft sind, daß darum der Krieg, der von gekrönten und ungekrönten Räubern – von Monarchen vom Schlage eines Nikolaus II. und von Kapitalisten – begonnen wurde, *nur* dann durch einen wirklich demokratischen und keinen Gewaltfrieden beendet werden kann, wenn die gesamte Staatsgewalt in die Hände der *Klasse* übergeht, die am Schutz der kapitalistischen Profiteure wirklich nicht interessiert ist, der Klasse, die wirklich imstande ist, dem kapitalistischen Joch ein Ende zu setzen, nämlich der Klasse der Proletarier und Halbproletarier.

Nur diese Klasse ist imstande, auf Annexionen *tatsächlich* zu verzichten, sich aus dem Netz des Finanz- und Bankkapitals zu befreien, unter bestimmten Bedingungen den Raubkrieg nicht nur in Worten, sondern *in der Tat* in einen revolutionär-proletarischen Krieg umzuwandeln, in einen Krieg nicht um die Versklavung schwacher Völker, sondern um die Befreiung der Arbeiter und Bauern *der ganzen Welt* vom Joch des Kapitals.

Die Konferenz protestiert erneut mit allem Nachdruck gegen die niederträchtige Verleumdung, die die Kapitalisten über unsere Partei verbreiten, gegen die Behauptung, wir sympathisierten mit einem Separatfrieden (Sonderfrieden) mit Deutschland. Wir halten die deutschen Kapitalisten für ebensolche Räuber wie die russischen, englischen, fran-

zösischen und übrigen Kapitalisten, den Kaiser Wilhelm für einen ebensolchen gekrönten Räuber wie Nikolaus II., wie die Monarchen Englands, Italiens, Rumäniens und alle anderen. Diese unsere Ansicht haben wir nicht nur in russischer, sondern auch in deutscher Sprache, in der deutschen Übersetzung der Broschüre Sinowjews und Lenins „Sozialismus und Krieg“*, vertreten.

Und mehr als das. Die genannten Genossen haben als Redakteure des Zentralorgans unserer Partei in Nr. 47 des „Sozial-Demokrat“ vom 13. Oktober 1915, der in Genf erschien, im Namen unserer Partei erklärt, daß wir, falls die Revolution die Partei noch während des Krieges an die Macht bringen sollte, sofort und in aller Öffentlichkeit Deutschland und *allen Völkern insgesamt* einen nicht auf Gewalt basierenden Frieden, d. h. einen demokratischen Frieden anbieten würden

– und daß wir, falls die deutschen, die englischen, die französischen usw. Kapitalisten einen solchen Frieden ablehnen, einen *r e v o l u t i o n ä r e n K r i e g* führen und die Arbeiter aller Länder zum Bündnis mit uns aufrufen würden.**

Die Konferenz bestätigt diese Erklärung Wort für Wort.

Die Konferenz stellt fest, daß es in keinem einzigen kriegführenden Land der Welt jetzt eine solche Freiheit gibt wie in Rußland und solche revolutionäre Massenorganisationen wie die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten;

– daß darum nirgends in der Welt der Übergang der gesamten Staatsgewalt in die Hände der *wirklichen* Mehrheit des Volkes, d. h. der Arbeiter und der armen Bauern so leicht und so *friedlich* vor sich gehen kann.

Die Konferenz erklärt, daß das Geld für den Unterhalt der Soldaten nicht durch Anleihen beschafft werden soll, an denen sich die Kapitalisten bereichern, sondern durch eine besonders hohe, den Kapitalisten auferlegte Einkommen- und Vermögenssteuer.

Die Konferenz erklärt, daß, solange die Mehrheit des Volkes – unter der Bedingung vollständiger Agitations- und Propagandafreiheit – den untrennbaren Zusammenhang zwischen diesem Krieg und den Interessen der Kapitalisten noch nicht begriffen hat, es nur *ein* praktisches Mittel gibt, die Einstellung des Völkergemetzels zu beschleunigen.

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 273–277, russ. *Die Red.*

** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 368, russ. *Die Red.*

Dieses Mittel ist die Verbrüderung der Soldaten an der Front.

Die Konferenz stellt die Tatsache fest, daß selbst ein Blatt, das bedingungslos die Interessen der Kapitalisten vertritt, das „Nowoje Wremja“, in einem Telegramm aus Kiew vom 12. April zugibt, daß die Verbrüderung an der Front begonnen hat. Eine ganze Reihe von Mitteilungen der Soldatendelegierten an den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Petrograd bestätigt diese Tatsache.

Durch den Beginn der Verbrüderung haben die Soldaten Rußlands und Deutschlands, die in den Soldatenrock gesteckten Proletarier und Bauern beider Länder, der ganzen Welt gezeigt, daß der sichere Instinkt der von den Kapitalisten unterdrückten Klassen den sicheren Weg zur Beendigung des Völkergemetzels gewiesen hat.

Unter Verbrüderung verstehen wir erstens, daß Aufrufe in russischer Sprache herausgegeben, ins Deutsche übersetzt und an der Front verbreitet werden; zweitens, daß mit Hilfe von Übersetzern Meetings russischer und deutscher Soldaten an der Front veranstaltet werden, und zwar so, daß die Kapitalisten und die größtenteils der Kapitalistenklasse angehörnden Generale und Offiziere *beider* Länder es nicht wagen, diese Meetings zu stören, ja nicht einmal wagen, ihnen ohne ausdrückliche besondere Erlaubnis der Soldaten beizuwohnen.

In solchen Aufrufen und in solchen Meetings müssen die oben dargelegten Ansichten über Krieg und Frieden auseinandergesetzt, muß gezeigt werden: wenn in beiden Ländern, in Deutschland wie in Rußland, die gesamte Staatsgewalt vollständig und ausschließlich in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht, so wird die ganze Menschheit sofort erleichtert aufatmen, denn dann wird tatsächlich das rascheste Ende des Krieges, der dauerhafteste, wahrhaft demokratische Frieden zwischen allen Völkern und damit auch der Übergang aller Länder zum Sozialismus gesichert sein.

*Geschrieben zwischen dem 15. und
22. April (28. April und 5. Mai) 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1927
in der 2.-3. Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band XX.*

*Nach dem maschinegeschriebenen
Exemplar mit Korrekturen
W. I. Lenins.*

DER KONGRESS DER BAUERNDÉPUTIERTEN⁶⁰

Im Taurischen Palast tagt seit dem 13. April der Kongress der Vertreter der Bauernorganisationen und der Sowjets der Bauerndeputierten, die zusammengekommen sind, um Richtlinien für die Einberufung eines Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten auszuarbeiten und über die Schaffung ebensolcher lokaler Sowjets zu beraten.

An dem Kongress nehmen, wie das „Delo Naroda“ mitteilt, Vertreter von mehr als 20 Gouvernements teil.

Es sind Resolutionen über die Notwendigkeit der raschesten Organisation der „Bauernschaft“ von unten „bis oben“ angenommen worden. Als „beste Organisationsform für die Bauernschaft“ wurden die „Sowjets der Bauerndeputierten der verschiedenen Wirkungsbereiche“ bezeichnet.

Das Mitglied des provisorischen Büros zur Einberufung des jetzt tagenden Kongresses, Bychowski, wies darauf hin, daß der Moskauer Genossenschaftskongress⁶¹, der 12 Millionen organisierte Mitglieder oder 50 Millionen der Bevölkerung vertritt, beschlossen hat, die Bauernschaft durch die Gründung eines Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten zu organisieren.

Es ist das eine Sache von ungeheurer Wichtigkeit, die es mit allen Kräften zu fördern gilt. Wenn sie ohne Verzug verwirklicht wird, wenn die Bauernschaft ungeachtet des Protestes Schingarjows, auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses und nicht einer „freiwilligen Vereinbarung“ mit den Gutsbesitzern, sofort vom ganzen Grund und Boden Besitz ergreift, so wird das nicht nur für die Soldaten, die mehr Brot und Fleisch be-

kommen werden, von Vorteil sein, sondern auch für die Sache der Freiheit.

Denn die Organisation der Bauern selbst, unbedingt von unten, unbedingt ohne Beamte, ohne „Kontrolle und Überwachung“ durch die Gutsbesitzer und ihre Lakaien, ist die sicherste und einzige Gewähr für den Erfolg der Revolution, für die Freiheit, für die Befreiung Rußlands vom Joch und von der Knechtschaft der Gutsbesitzer.

Zweifellos werden alle Mitglieder unserer Partei, alle klassenbewußten Arbeiter die Organisation der Sowjets der Bauerndeputierten mit allen Kräften unterstützen; sie werden bemüht sein, ihre Zahl zu erhöhen, sie zu stärken, und ihrerseits alle Anstrengungen machen, um innerhalb dieser Sowjets in konsequent und streng proletarischem Klassensinne zu arbeiten.

Um so arbeiten zu können, müssen die proletarischen Elemente (Landarbeiter, Tagelöhner usw.) *innerhalb* der allgemeinen Bauernsowjets gesondert zusammengefaßt oder (mitunter auch *und*) besondere Sowjets der Landarbeiterdeputierten organisiert werden.

Nicht eine Zersplitterung der Kräfte bezwecken wir damit; im Gegenteil: um die Bewegung zu stärken und auszudehnen, muß die nach der Terminologie der Gutsbesitzer und Kapitalisten „unterste“ Schicht – oder richtiger Klasse – mobilisiert werden.

Um die Bewegung voranzutreiben, muß man sie vom Einfluß der Bourgeoisie befreien, muß man sich bemühen, diese Bewegung von den unvermeidlichen Schwächen, Schwankungen, Fehlern des Kleinbürgertums zu säubern.

Das muß durch kameradschaftliche Überzeugung geschehen, ohne den Ereignissen vorauseilen, ohne übereilt organisatorisch zu „verankern“, was die Vertreter der Proletarier und der Halbproletarier auf dem Lande *selber* noch nicht hinlänglich erkannt, durchdacht, begriffen, empfunden haben. Aber das muß geschehen, es muß damit sofort und überall begonnen werden.

Die praktischen Forderungen und Lösungen – richtige Vorschläge –, die man aufstellen und auf die man die *Aufmerksamkeit* der Bauern lenken muß, müssen sich aus den aktuellen, brennenden Fragen, die das Leben selber stellt, ergeben.

Die erste Frage ist die Bodenfrage. Die Landproletarier werden für

den vollständigen und sofortigen Übergang des *gesamten* Grund und Bodens ohne Ausnahme an das ganze Volk sein und dafür, daß die örtlichen Komitees sofort die Verfügung über den Boden übernehmen. Aber den Boden kann man nicht essen. Viele Millionen Bauernhöfe ohne Pferd, ohne Geräte, ohne Saatgut werden durch den Übergang des Grund und Bodens an das „Volk“ nichts gewinnen.

Man muß sofort zur Diskussion stellen, daß die Großbetriebe, wenn nur die geringste Möglichkeit dazu vorhanden ist, unter der Leitung von Agronomen und der Sowjets der Landarbeiterdeputierten, ausgestattet mit den besten Maschinen und dem besten Saatgut, unter Anwendung der besten Methoden der landwirtschaftlichen Technik, als Großbetriebe weitergeführt werden sollen, und muß praktische Maßnahmen hierzu treffen.

Wir können es den Bauern und noch weniger den Proletariern und Halbproletariern des flachen Landes nicht verhehlen, daß der Kleinbetrieb, bei Aufrechterhaltung der Warenwirtschaft und des Kapitalismus, *nicht imstande ist*, die Menschheit von dem Elend der Massen zu erlösen – daß man an den Übergang zum Großbetrieb für Rechnung der Gesellschaft *denken und ihn sofort in Angriff nehmen* muß, indem man die Massen über die hierfür praktisch zweckmäßigen Maßnahmen belehrt und *zugleich von den Massen lernt*.

Eine zweite sehr wichtige, überaus aktuelle Frage ist die Frage des Staatsaufbaus und der Staatsverwaltung. Es genügt nicht, Demokratie zu predigen, es genügt nicht, sie zu verkünden und zu beschließen, es genügt nicht, ihre Verwirklichung den „Vertretern“ des Volkes in den Vertretungskörperschaften anzuvertrauen. Die Demokratie muß sofort *aufgebaut* werden, von unten her, durch die Initiative der Massen selber, durch ihre aktive Teilnahme am *gesamten* staatlichen Leben, ohne „Überwachung“ von oben, ohne Beamte.

Ersetzung der Polizei, des Beamtentums, des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des ganzen Volkes, durch die allgemeine, alle umfassende *Miliz*, unbedingt unter Beteiligung der Frauen – das ist die praktische Arbeit, die sofort in Angriff genommen werden kann und muß. Je mehr Initiative, Vielseitigkeit, Kühnheit, schöpferische Kraft die Massen hierbei an den Tag legen werden, um so besser. Nicht nur die Proletarier und die Halbproletarier des flachen Landes, neun Zehntel der

ganzen Bauernschaft werden sicherlich mit uns gehen, wenn wir es verstehen, klar, einfach, verständlich, an lebendigen Beispielen und an den Lehren des praktischen Lebens unseren Vorschlag zu erläutern:

- nicht zuzulassen, daß die Polizei wiederhergestellt wird;
- nicht zuzulassen, daß die Allmacht der Beamten, die faktisch unabsetzbar sind und der Klasse der Gutsbesitzer oder Kapitalisten angehören, wiederhergestellt wird;
- nicht zuzulassen, daß ein vom Volke getrenntes stehendes Heer, die sicherste Garantie für alle Versuche, die Freiheit zu rauben und zur Monarchie zurückzukehren, wiederhergestellt wird;
- das Volk bis in seine untersten Schichten die Kunst der Staatsverwaltung zu lehren, und zwar nicht nur durch Bücher, sondern durch den sofortigen, allgemeinen Übergang zur Praxis, zur Anwendung der Erfahrungen der Massen.

Demokratie von unten, Demokratie ohne Beamten, ohne Polizei, ohne stehendes Heer, öffentlicher Dienst in der ausnahmslos bewaffneten, aus dem ganzen Volk zusammengesetzten Miliz – das ist die Gewähr für eine Freiheit, die keine Zaren, keine wackeren Generale, keine Kapitalisten mehr zurücknehmen können.

„Prawda“ Nr. 34,
16. April 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

ZUR RÜCKKEHR DER EMIGRANTEN

Die heutigen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm mit der Unterschrift von P. B. Axelrod, L. Martow, Rjasanow, Lunatscharski, Natan-son, in dem es heißt: „*Wir konstatieren die absolute Unmöglichkeit, über England nach Rußland zurückzukehren.*“

Ein anderes Telegramm, gezeichnet von dem Mitglied der II. Duma Mandelberg, von Professor Reichesberg, Felix Kon, Ustinow, Balab-
nowa, Andronnikow und anderen, lautet:

„Den Ausweg sehen wir in einem Abkommen zwischen der russischen und der deutschen Regierung ... *über den Austausch* der Internierten ... gegen die Freilassung einer entsprechenden Anzahl *deutscher Zivilgefangener*, die in Rußland interniert sind.“

Sollten die Herrschaften von der „Russkaja Wolja“ und dem „Je-
dinstwo“ nicht auch diese Emigranten für deutsche Agenten erklären?

„Prawda“ Nr. 34,
16. April 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

UNSERE ANSICHTEN

Antwort auf eine Resolution der Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten

Die Zeitungen vom 16. April veröffentlichen folgende Resolution:

„Die Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten hat zu den Mitteilungen Stellung genommen, die ihr von Genossen über eine desorganisierende, sich unter revolutionärer, oft sogar sozialdemokratischer Flagge versteckende Propaganda gemacht wurden, wie sie insbesondere die sogenannten Leninisten betreiben; sie hält diese Propaganda für nicht minder schädlich als irgendeine konterrevolutionäre Propaganda von rechts, betrachtet es jedoch gleichzeitig als unmöglich, Unterdrückungsmaßnahmen gegen diese Propaganda anzuwenden, solange sie nur Propaganda bleibt. Die Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten hält es für dringend erforderlich, alle Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Propaganda unsere Propaganda und Agitation entgegenzusetzen. Wir müssen danach streben, daß unsere Organisationen genügend stark werden, um in jedem beliebigen Augenblick jeder konterrevolutionären Aktion, von welcher Seite sie auch kommen möge, unsere Aktionen entgegenstellen zu können. Wir sprechen den dringenden Wunsch aus, daß das Exekutivkomitee zur Bekämpfung der desorganisierenden Propaganda eine planmäßige Agitation sowohl in der Presse als auch insbesondere in den Truppenteilen eröffne.“

Wenn wir mit dieser Resolution die von uns angeführte, im redaktionellen Leitartikel der „Iswestija“ (vom 17. April) enthaltene Erklärung gegen die „schändliche und widerwärtige Hetze“ vergleichen, so wird uns sofort klarwerden, welche politische Gruppierung sich *tatsächlich* in dieser Frage herausgebildet hat:

Daß die „Russkaja Wolja“ ein Hetzorgan ist und das „Jedinstwo“ des Herrn Plechanow „eine solche Kampfmethode“ nachahmt, ist von einem Zeugen, dem „Delo Naroda“, anerkannt worden.

Eine *andere* Stellung nimmt die Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten ein, die ausdrücklich erklärt, es sei „unmöglich, Unterdrückungsmaßnahmen anzuwenden, solange diese Propaganda nur Propaganda bleibt“.

Aus diesem Grunde drucken wir die Resolution der Exekutivkommission vollständig ab und halten es für nützlich, sie sachlich zu analysieren.

Die Resolution erklärt die Propaganda Lenins für „nicht minder schädlich als irgendeine konterrevolutionäre Propaganda von rechts“.

Untersuchen wir, worin der wesentliche Unterschied besteht zwischen 1. der konterrevolutionären Propaganda von rechts, 2. der Propaganda für die Provisorische Regierung und ihre Unterstützung und 3. unserer Propaganda.

Die Rechten wollen den Sturz der Provisorischen Regierung und die Rückkehr zur Monarchie.

Die Provisorische Regierung hat *versprochen*, im Einvernehmen mit dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu handeln.

Unsere Propaganda lautet: Die ganze Macht im Staate muß *ausschließlich* in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten übergehen, denn diese Sowjets vertreten ganz offenkundig die erdrückende Mehrheit des Volkes. Daher wollen wir durch „Aufklärung“ erreichen (wie es Lenin gleich am ersten Tage klar und deutlich in seinen Thesen ausgesprochen hat)*, daß die Mehrheit des Volkes die Notwendigkeit eines solchen Übergangs der Staatsgewalt begreift.

Die Rechten sind also für die Macht des Monarchen. Die Kapitalisten sind für die Macht der Kapitalisten (denn die Provisorische Regierung ist eine Regierung der Kapitalisten); sie versprechen, im Einvernehmen mit dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu handeln.

Wir wollen die Mehrheit des Volkes davon überzeugen, daß die Macht *ausschließlich* in den Händen der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- usw. Deputierten liegen muß.

Es ist demnach völlig klar, daß es *sogar* vom Standpunkt der Anhänger einer Verständigung mit der Provisorischen Regierung unmöglich ist, un-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 5. Die Red.

sere Propaganda als „nicht minder schädlich als irgendeine konterrevolutionäre Propaganda von rechts“ zu bezeichnen. Denn die Anhänger einer Verständigung stützen sich jetzt auf die Mehrheit des Volkes! Wie können sie dann erklären, daß unsere Propaganda, die die Mehrheit davon überzeugen will, daß es notwendig ist, die gesamte Macht zu übernehmen, „ebenso schädlich ist wie die Propaganda von rechts“?

Das ist ein offenkundiger Unsinn.

Der Sowjet der Soldatendeputierten wird eine solche Ansicht seiner Exekutivkommission kaum lange verteidigen können.

Gehen wir weiter.

Worin bestehen dem Wesen nach unsere Meinungsverschiedenheiten?

Hauptsächlich in drei Punkten:

1. In der Frage des Grund und Bodens. Wir sind dafür, daß die Bauern, nach eigenem Beschluß der Mehrheit der Bauern der betreffenden Gegend selber, sofort vom *ganzen* Boden Besitz ergreifen und auf diese Weise die Produktion von Brot und Fleisch für die Soldaten steigern.

Die Provisorische Regierung tritt für eine „Vereinbarung“ der Bauern mit den Gutsbesitzern ein, d. h. für eine „Vereinbarung“ zwischen dreihundert Bauern und einem Gutsbesitzer.

Wir werden sehen, ob die Mehrheit des Volkes in dieser Frage für uns oder für die Provisorische Regierung sein wird.

2. Wir sind für eine Republik, in der es von unten bis oben keine Polizei gibt, kein stehendes Heer (an seine Stelle muß unserer Überzeugung nach die allgemeine Bewaffnung des ganzen Volkes treten), keine Beamtenschaft, die faktisch unabsetzbar ist und hinsichtlich ihrer Entlohnung eine privilegierte, bourgeoismäßige Stellung einnimmt. Wir sind für die ausnahmslose Wählbarkeit und jederzeitige Absetzbarkeit aller Beamten und für ihre proletarische Entlohnung.

Die Provisorische Regierung ist für die Wiederherstellung der Polizei des üblichen Typus, für das stehende Heer, für das übliche Beamtentum.

3. Die Provisorische Regierung ist für die Fortsetzung *desjenigen* Krieges, den Nikolaus der Blutige begonnen hat. Die Provisorische Regierung ist für die Bestätigung der *von ihm* abgeschlossenen geheimen Raubverträge, *ohne nach dem Willen des Volkes zu fragen*, ja ohne die Verträge zu veröffentlichen.

Wir sind gegen einen solchen Krieg, gegen die Bestätigung der Verträge, gegen ihre Nichtveröffentlichung.

Wir raten den Völkern, allen ohne Ausnahme, diesen Krieg mit einem nicht auf Gewalt basierenden, d. h. mit einem wahrhaft demokratischen Frieden zu beenden, der ausnahmslos allen Völkern und Völkerschaften die Freiheit gibt. Wir wollen dem Volke beweisen, daß der Übergang der Staatsmacht vollständig und ausschließlich in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten notwendig ist, damit der Krieg durch einen Frieden beendet wird, der wirklich kein Gewaltfrieden ist.

Denn solange die Macht sich in den Händen der Kapitalisten und Gutsbesitzer (der Gutschkow, Lwow, Miljukow) befindet, bleibt der Krieg in Wirklichkeit unter der Führung der Kapitalisten, bleiben alle Versprechungen eines Friedens ohne Annexionen nur Versprechungen, ist das Mißtrauen der Arbeitermassen der ganzen Welt gegen die Regierung der Kapitalisten unvermeidlich, wird sich also der Krieg immer mehr in die Länge ziehen.

Eine Frage: Was wird sein, wenn in Rußland die Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht, in Deutschland aber eine Revolution, die nicht nur Wilhelm II., sondern auch die deutschen Gutschkow und Miljukow stürzt (denn wenn an die Stelle des deutschen Nikolaus II. die deutschen Gutschkow und Miljukow treten, so wird sich hinsichtlich des Krieges rein gar nichts ändern), nicht ausbricht?

Unsere Antwort: Die Macht in den Händen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten wird die Macht der Mehrheit des Volkes sein, diese Mehrheit aber, das sind die Arbeiter und armen Bauern. Diese sind *tatsächlich* an Annexionen nicht interessiert, sie werden nicht in Worten, sondern *in der Tat* auf sie verzichten, sie werden *in der Tat* aufhören, Wächter der Kapitalistenprofite zu sein.

Unter solchen Bedingungen sind *auch wir bereit*, einen revolutionären Krieg gegen die Kapitalisten eines beliebigen Landes zu führen, denn das wird *tatsächlich* ein Krieg gegen die Interessen jedes Kapitals und nicht für die Interessen der Kapitalisten eines einzelnen Landes sein.

Eine Frage: Wie kann in der Praxis, sofort, unverzüglich die Sache des Friedens beschleunigt werden, wenn es unmöglich ist, den Krieg zu beenden, indem man einfach die Bajonette in die Erde stößt?

Unsere Antwort: Der Krieg kann weder dadurch beendet werden, daß man einfach die Bajonette in die Erde stößt, noch überhaupt durch die einseitige Weigerung eines der kriegführenden Länder. Es gibt und es kann nur ein praktisches, unverzüglich anwendbares Mittel geben, den Frieden zu beschleunigen (außer dem Sieg der Arbeiterrevolution über die Kapitalisten), nämlich: die Verbrüderung der Soldaten an der Front.

Sofortige, energischste, allseitige, bedingungslose Unterstützung der Verbrüderung der Soldaten *beider* kriegführenden Gruppen an der Front durch uns.

Eine solche Verbrüderung hat bereits begonnen. Unterstützen wir sie.

Das sind unsere Ansichten. Wir sind fest überzeugt, daß die Mehrheit des Volkes sie *nicht* als „nicht minder schädlich als irgendeine konterrevolutionäre Propaganda von rechts“ bezeichnen wird.

„Prawda“ Nr. 35,

1. Mai (18. April) 1917.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Prawda“.

WIE SIE SICH AN DIE KAPITALISTEN GEBUNDEN HABEN

Die Zeitung der Großkapitalisten und Banken, die „Finansowaja Gaseta“⁶², deckt im Leitartikel vom 17. April eine Tatsache von größter Wichtigkeit sehr anschaulich auf, nämlich: wie die Parteien der Sozialrevolutionäre, der menschewistischen Sozialdemokraten usw. sich an Händen und Füßen gefesselt, sich durch das berüchtigte „Abkommen“ mit der Provisorischen Regierung an die Kapitalisten gebunden haben.

Hier der volle Wortlaut des Leitartikels:

DIE LINKEN UND DIE ANLEIHE

Die von der Provisorischen Regierung ausgegebene Freiheitsanleihe hat in den linksstehenden Kreisen nicht jene Begeisterung ausgelöst, mit der die Mehrheit der Bevölkerung auf die Anleihe reagiert hat.

Die linke Presse hat sich in drei Gruppen geteilt. Die Leninsche „Prawda“ hat sich eindeutig gegen die Anleihe ausgesprochen: sie hat dabei den Standpunkt der Bolschewiki zum Ausdruck gebracht. Plechanows „Jedinstwo“ unterstützt entschieden die Anleihe. Die übrigen Organe der sozialistischen Presse endlich: „Rabotschaja Gaseta“, „Sewlja i Wolja“ [Land und Freiheit], „Wolja Naroda“ [Der Volkswille] haben eine „Mittelstellung“ eingenommen: weder das eine noch das andere; sie sind nicht für die Anleihe, aber auch nicht gegen sie. Das ist auch die Stellung des Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten, der im Prinzip beschlossen hatte, die Anleihe zu unterstützen, nun aber wieder Bedenken bekommen hat und schwankt. Der „Den“ hatte schon recht, als er kürzlich dieser zentralen, stärksten Gruppe, der die Menschewiki und Sozialrevolutionäre angehören, die Unentschiedenheit und Zweisplätigkeit ihrer Haltung zum Vorwurf machte.

Gleichsam als wollte er einen weiteren Beweis für die Richtigkeit dieses

Vorwurfs liefern, nahm der Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten gestern erneut zu der bereits einmal entschiedenen Anleihefrage Stellung, und es kam aus diesem Anlaß zu einer Aussprache. N. S. Tschcheidse teilte mit, daß in den nächsten Tagen eine neue Verlautbarung der Regierung zu erwarten sei, die ihre Stellung zu den Fragen der Außen- und Innenpolitik in erschöpfender Weise beleuchten werde. Bis dahin, schlug N. S. Tschcheidse vor, müsse man die Erörterung der Frage, ob man die Anleihe unterstützen soll, vertagen.

Diese Stellung der Linken ist befremdlich, um nicht mehr zu sagen. Irgend jemand muß doch den Staat regieren und die Reformen verwirklichen, die das leidgeprüfte Rußland herbeiseht.

Entweder — oder: entweder die gegenwärtige Regierung genießt das Vertrauen der Linken, d. h., sie hat bis heute, in der Vergangenheit, nichts getan, was die gegebene Verpflichtung verletzt hätte, oder sie genießt ein solches Vertrauen nicht. Im letzteren Fall müssen die Linken, wenn sie der Provisorischen Regierung ihre Unterstützung entziehen, nicht nur die „Kontrolle“ über ihre Tätigkeit auf sich nehmen, sondern auch die ganze Last der Regierung und die Verantwortung vor dem Volk und der Geschichte. Wenn sie der Provisorischen Regierung jedoch nichts, was sie getan hat, vorwerfen können, so haben sie natürlich kein Recht, ihre künftigen Verlautbarungen abzuwarten, und müssen ihr volle Unterstützung gewähren. Auf jeden Fall aber ist Zwispältigkeit, ausweichende Zurückhaltung, Sichausschweigen unzulässig, alles das, was einerseits die Verantwortung der Provisorischen Regierung, die sich nicht einmal vor der Geschichte auf ihre Isolierung berufen kann, um kein Jota erleichtert, sie andererseits aber faktisch um die Unterstützung der breiten demokratischen Massen bringt und in eine schwierige Lage versetzt.

Ein Vorzug der sozialistischen Strömungen war stets ihre Geradlinigkeit. Der Politik der sozialistischen Parteien war Ausweichen, spießbürgerliche Rückgratlosigkeit, dehnbarer Opportunismus fremd. Jetzt, in der Frage der Anleihe, sind die zentralen Gruppen des russischen Sozialismus diesen traditionellen Grundsätzen untreu geworden und haben den Weg der Oktobristenhalbheit betreten. Die öffentliche Meinung hat das Recht, sich an sie mit der Aufforderung zu wenden, sie mögen ihre Haltung zur Anleihe ohne Umschweife klarlegen, sie mögen ehrlich und offen ihre Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Anleihe erklären und damit ihre moralische Pflicht der Provisorischen Regierung gegenüber erfüllen: entweder geben sie ihr die Möglichkeit, sich auf die linken Strömungen zu stützen, oder sie stellen fest, daß sie mit ihr nicht übereinstimmen.

Die Bankherren sind Geschäftsleute. Sie betrachten die Politik nüchtern: du hast versprochen, die Regierung der Kapitalisten zu unter-

stützen (die den imperialistischen Krieg führt), also her mit der Anleihe.

Sehr richtig! Indem sie sich an Händen und Füßen gefesselt haben, haben die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki hilflos vor den Kapitalisten kapituliert. Das Versprechen, „in den nächsten Tagen“ eine „neue Verlautbarung der Regierung“ herauszugeben, die „ihre Stellung zu den Fragen der Außen- und Innenpolitik in erschöpfender Weise (!!??) beleuchten werde“ – sie ist schon mehr als genügend beleuchtet! –, ist ein leeres Versprechen.

Durch keinerlei „Verlautbarungen“, keinerlei Erklärungen, Versicherungen, Verkündigungen wird etwas am Wesen der Sache geändert. Das Wesen der Sache aber ist, daß die Regierung der Kapitalisten, der Lwow, Gutschkow, Miljukow und Co., die Interessen des Kapitals vertritt, durch diese Interessen gebunden ist, sich nicht (selbst wenn sie es wollte) von der imperialistischen, annexionistischen Raubpolitik losmachen kann.

Mit Hilfe nichtssagender und zu nichts verpflichtender Redensarten sich auf die „linken“ Strömungen „stützen“, d. h. durch die Autorität der Linken ihre imperialistische Politik stärken, ohne in Wirklichkeit irgendwie von ihr abzulassen – das ist es, was unsere imperialistische Regierung zu tun sich anschickt, und darin wird sie – objektiv – von Tschcheidse und seinen Freunden unterstützt.

Die „Oktobristenhalbheit“ – ein geflügeltes Wort! – ist nicht nur eine sachliche, sondern auch eine durchaus richtige Einschätzung der Linie der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki durch Politiker, die klar das Wesen der Dinge sehen.

„Prawda“ Nr. 36,
3. Mai (20. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

ÜBER DIE PROLETARISCHE MILIZ

Am 14. April berichtete unsere Zeitung in einer Korrespondenz aus Kanawino, Gouvernement Nishni-Nowgorod, daß dort *„in fast allen Betrieben eine von der Betriebsleitung bezahlte Arbeitermiliz geschaffen worden ist“*.

Im Bezirk Kanawino gibt es, wie der Berichterstatter mitteilt, 16 Betriebe mit etwa 30 000 Arbeitern, die Eisenbahner nicht mitgerechnet; die Einführung einer von den Kapitalisten bezahlten Arbeitermiliz hat also in dieser Gegend bereits eine erhebliche Anzahl von Großbetrieben erfaßt.

Die Schaffung einer von den Kapitalisten bezahlten Arbeitermiliz ist eine Maßnahme von größter – man kann ohne Übertreibung sagen: gigantischer, entscheidender – Bedeutung, praktisch sowohl wie grundsätzlich. Die Revolution und die erfolgreiche Durchsetzung ihrer Errungenschaften können nicht gesichert werden, ihre Weiterentwicklung ist *unmöglich*, wenn diese Maßnahme nicht überall ergriffen, wenn sie nicht mit aller Konsequenz und im ganzen Land durchgeführt wird.

Die bürgerlichen und gutsherrlichen Republikaner, die Republikaner geworden sind, nachdem sie sich überzeugen mußten, daß es *anders* unmöglich wäre, das Volk zu kommandieren, sind bemüht, eine möglichst monarchische Republik zu errichten: etwa in der Art der französischen, die Schtschedrin eine Republik ohne Republikaner genannt hat.⁶³

Für die Gutsbesitzer und Kapitalisten ist heute, nachdem sie sich von der Kraft der revolutionären Massen überzeugt haben, die Hauptsache

die Erhaltung der wichtigsten Einrichtungen des alten Regimes, die Erhaltung der alten Unterdrückungswerkzeuge: der Polizei, des Beamten­tums, des stehenden Heeres. Sie sind bestrebt, die „Bürgermiliz“ auf das Alte zurückzuführen, das heißt aus ihr kleine, vom Volke losgelöste, der Bourgeoisie möglichst nahestehende Abteilungen bewaffneter Menschen unter dem Kommando von Bourgeois zu machen.

Das Minimalprogramm der Sozialdemokratie fordert die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes. Aber die Mehrheit der offiziellen Sozialdemokraten in Europa und die Mehrheit der Führer unserer Menschewiki hat das Parteiprogramm „vergesen“ oder beiseite geschoben und den Internationalismus durch den Chauvinismus (die „Vaterlandsverteidigung“), die revolutionäre Taktik durch den Reformismus ersetzt.

Dabei ist aber gerade jetzt, in einer revolutionären Zeit, die allgemeine Bewaffnung des Volkes besonders dringend notwendig. Betrug und verlogene Ausflucht wäre es, sich darauf zu berufen, daß ein revolutionäres Heer die Bewaffnung des Proletariats überflüssig mache oder daß es an Waffen „mangeln“ würde. Es geht darum, sofort mit dem Aufbau einer allgemeinen, das ganze Volk umfassenden Miliz zu beginnen, die es lernen wird, mit den Waffen umzugehen, auch wenn sie nicht für alle „ausreichen“; denn das Volk braucht gar nicht unbedingt so viele Waffen, daß stets alle welche besitzen. Das ganze Volk muß lernen, mit der Waffe umzugehen, es muß Mann für Mann der Miliz angehören, die die Polizei und das stehende Heer ersetzt.

Was die Arbeiter brauchen, ist, daß das Heer nicht vom Volk losgelöst ist, daß die Arbeiter und Soldaten zu einer einheitlichen, allgemeinen Volksmiliz *verschmelzen*.

Geschieht das nicht, so bleibt der Unterdrückungsapparat bestehen, der heute bereit ist, Gutschkow und seinen Freunden, den konterrevolutionären Generalen, zu dienen, und morgen vielleicht einem Radko Dmित्रijew oder irgendeinem Prätendenten auf den Thron und auf die Gründung einer Plebiszitmonarchie.

Die Kapitalisten brauchen jetzt die Republik, denn anders ist mit dem Volke „nicht fertig zu werden“. Aber sie brauchen eine „parlamentarische“ Republik, das heißt die Beschränkung des Demokratismus auf demokratische *Wahlen*, auf das Recht, Leute ins Parlament zu schicken,

die – nach dem treffenden und zutiefst wahren Ausdruck von Marx – das Volk *ver-* und *zertreten*.⁶⁴

Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie, die Marx durch Scheidemann ersetzen, haben die Regel auswendig gelernt, daß man den Parlamentarismus „ausnützen müsse“ (was unbestreitbar ist), die Marx'schen Lehren von der Bedeutung der proletarischen Demokratie *im Unterschied* zum bürgerlichen Parlamentarismus aber vergessen.

Das Volk braucht die Republik, damit die Massen zur Demokratie erzogen werden. Notwendig ist *nicht nur* eine Vertretung nach dem Typus der Demokratie, sondern auch der Aufbau der gesamten Staatsverwaltung von unten her, durch die Massen selber, die tätige Anteilnahme der Massen an jedem Schritt des Lebens, ihre aktive Rolle in der Verwaltung. Die alten Unterdrückungsorgane, die Polizei, das Beamtentum, das stehende Heer *ersetzen* durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch eine wirklich allgemeine Miliz – das ist der einzige Weg, der dem Lande ein Höchstmaß von Sicherheit gegen die Wiederaufrichtung der Monarchie gewährt und die *Möglichkeit* gibt, planmäßig, unbeirrt und entschlossen zum Sozialismus zu schreiten, nicht, indem man ihn von oben „einführt“, sondern indem man die ungeheuren Massen der Proletarier und Halbproletarier lehrt, die Kunst der Staatsverwaltung zu meistern, über die *gesamte* Staatsgewalt zu verfügen.

Öffentlicher Dienst, ausgeübt durch eine über dem Volke stehende Polizei, durch Beamte, die treuesten Diener der Bourgeoisie, durch ein stehendes Heer unter dem Kommando der Gutsbesitzer und Kapitalisten – das ist das Ideal der bürgerlichen parlamentarischen Republik, die die Herrschaft des Kapitals verewigen will.

Öffentlicher Dienst, ausgeübt durch eine wirklich das ganze Volk umfassende, allgemeine männliche und weibliche Miliz, die imstande ist, zum Teil die Beamten zu ersetzen, verbunden nicht nur mit der Wählbarkeit aller Beamten, nicht nur mit ihrer jederzeitigen Absetzbarkeit, sondern auch mit der Entlohnung ihrer Arbeit nicht in „herrschaftlicher“, bourgeois, sondern in proletarischer Manier – das ist das Ideal der Arbeiterklasse.

Dieses Ideal ist nicht nur Bestandteil unseres Programms geworden, es hat nicht nur in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Westens, namentlich in der Erfahrung der Pariser Kommune, seinen Platz gefunden,

es ist nicht nur von Marx gewürdigt, hervorgehoben, auseinandergesetzt und anempfohlen worden – auch die Arbeiter Rußlands haben es in den Jahren 1905 und 1917 bereits praktisch vertreten.

Die Sowjets der Arbeiterdeputierten sind ihrer Bedeutung, dem Typus der Staatsmacht nach, den sie schaffen, eben Einrichtungen dieser Demokratie, die die alten Unterdrückungsorgane beseitigt, die den Weg der allgemeinen Volksmiliz beschreitet.

Aber wie kann man die Miliz zu einer allgemeinen Volksmiliz machen, wenn die Proletarier und Halbproletarier in die Fabrik getrieben, wenn sie von der Zuchthausarbeit für die Gutsbesitzer und Kapitalisten erdrückt werden?

Es gibt nur ein Mittel: die Arbeitermiliz muß von den Kapitalisten bezahlt werden.

Die Kapitalisten müssen den Arbeitern die Stunden oder Tage bezahlen, die die Proletarier im öffentlichen Dienst verbringen.

Diesen richtigen Weg betreten die Arbeitermassen selber. Das Beispiel der Nishni-Nowgoroder Arbeiter muß zum Vorbild für ganz Rußland werden.

Genossen Arbeiter! Überzeugt die Bauern und das ganze Volk von der Notwendigkeit der Schaffung einer allgemeinen Miliz an Stelle der Polizei und des alten Beamtentums! Schafft eine solche und nur eine solche Miliz. Schafft sie durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten, durch die Sowjets der Bauerndeputierten, durch die Organe der örtlichen Selbstverwaltung, die die Arbeiterklasse in ihre Hände bekommt. Gebt euch auf keinen Fall mit der bürgerlichen Miliz zufrieden. Zieht die Frauen zum öffentlichen Dienst heran wie die Männer. Setzt unbedingt durch, daß die Kapitalisten den Arbeitern die Tage bezahlen, die sie im öffentlichen Dienst bei der Miliz verbringen!

Erlernt die Demokratie in der Praxis, sofort, selbst, von unten auf, lehrt die Massen, aktiv, unmittelbar, ausnahmslos an der Verwaltung teilzunehmen – darin und nur darin liegt die Gewähr für den vollständigen Sieg der Revolution, für ihr unbeirrtes, wohlüberlegtes, planmäßiges Vorwärtsschreiten.

„Prawda“ Nr. 36,
3. Mai (20. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

ZUSAMMENBRUCH?

Wie man uns mitteilt, ist dem Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten soeben die Note zugestellt worden, die unsere Provisorische Regierung allen Auslandsvertretern übersandt hat.

Diese Note ist offenbar eben jene „Verlautbarung“, die nach der Vermutung N. S. Tschcheidses in drei Tagen erscheinen und bestimmte Erklärungen gegen Annexionen enthalten sollte.

Was hat sich nun herausgestellt?

Die Note enthält die unumwundene Erklärung der Provisorischen Regierung, daß Rußland bis zum Ende Krieg führen, daß Rußland seinen Verpflichtungen den Verbündeten gegenüber treu bleiben wird.

Diese Note schlug ein wie eine Bombe.

Die Mehrheit des Exekutivkomitees, Tschcheidse, Zereteli u. a., ist völlig kopflos. Der Bankrott der gesamten „Verständigungs“politik ist offensichtlich, und er ist viel früher eingetreten, als wir erwartet hatten.

Der imperialistische Krieg ist durch das Gerede in der Kontaktkommission nicht zu beenden . . .

„Prawda“ Nr. 36,
3. Mai (20. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

RESOLUTION DES ZK DER SDAPR(B)
VOM 20. APRIL (3. MAI) 1917 ÜBER DIE KRISE
ANLÄSSLICH DER NOTE DER PROVISORISCHEN
REGIERUNG VOM 18. APRIL (1. MAI) 1917

Die Note der Provisorischen Regierung hat die völlige Richtigkeit der von unserer Partei in der Resolution der Petrograder Stadtkonferenz eingenommenen Haltung gezeigt, und zwar: 1. Die Provisorische Regierung ist eine durch und durch imperialistische Regierung, an Händen und Füßen gebunden durch das englisch-französische und russische Kapital; 2. alle ihre Versprechungen, die sie gemacht hat oder machen könnte (sie wolle „den Friedenswillen des Volkes kundtun“ usw.), können nichts als Betrug enthalten; 3. die Provisorische Regierung *k a n n n i c h t* auf Annexionen verzichten, unabhängig davon, wie ihre personelle Zusammensetzung sein wird, weil im gegenwärtigen Krieg und insbesondere im jetzigen Augenblick die Klasse der Kapitalisten durch das Bankkapital gebunden ist; 4. die Politik des Kleinbürgertums, die von den Volkstümlern, den Menschewiki, der Mehrheit der Führer des jetzigen Sowjets der Arbeiterdeputierten betrieben wird und darin besteht, die trügerischen Hoffnungen zu nähren, es sei möglich, die Kapitalisten (d. h. die Provisorische Regierung) durch „Mittel der Beeinflussung“ zu „bessern“, ist durch diese Note wieder einmal entlarvt worden.

Im Hinblick darauf erklärt das ZK:

I. Alle wie immer gearteten Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung (Rücktritt Miljukows, Abberufung Kerenskis usw.) werden nur eine Nachahmung der schlimmsten Methoden des bürgerlichen parlamentarischen Republikanismus sein, der den Klassenkampf durch die Rivalität von Cliquen und durch personelle Umgruppierungen ersetzt.

II. Die einzige Rettung für die Masse der kleinbürgerlichen Bevölkerung, die zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse schwankt, ist ihr entschiedener Übertritt auf die Seite des revolutionären Proletariats, das einzig und allein imstande ist, die Fesseln des Finanzkapitals und der annexionistischen Politik wirklich zu sprengen. Nur wenn es – mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes – die gesamte Staatsmacht in seine Hände nimmt, wird das revolutionäre Proletariat gemeinsam mit den revolutionären Soldaten, verkörpert in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, eine Regierung schaffen, der die Arbeiter aller Länder Vertrauen schenken und die allein imstande ist, dem Krieg rasch durch einen wahrhaft demokratischen Frieden ein Ende zu machen.

„Prawda“ Nr. 37,
4. Mai (21. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

AUFRUF AN DIE SOLDATEN ALLER KRIEGFÜHRENDEN LÄNDER

Brüder Soldaten!

Wir alle sind bis aufs Blut gepeinigt durch den furchtbaren Krieg, der Millionen von Menschenleben hinweggerafft, Millionen Menschen zu Krüppeln gemacht und namenloses Elend, Ruin und Hunger mit sich gebracht hat.

Immer größer wird die Zahl der Menschen, die sich die Frage stellen: Wofür wurde dieser Krieg begonnen, wofür wird er geführt?

Mit jedem Tag wird es uns, den Arbeitern und Bauern, die die schwersten Lasten des Krieges zu tragen haben, klarer, daß er von den Kapitalisten aller Länder um der Interessen der Kapitalisten willen begonnen wurde und geführt wird, daß es dabei um die Weltherrschaft, um Märkte für die Fabrikanten, Unternehmer, Bankiers, um die Ausraubung der schwachen Völkerschaften geht. Sie teilen Kolonien auf, sie erobern Gebiete auf dem Balkan und in der Türkei, und dafür müssen die europäischen Völker zugrunde gehen, dafür müssen wir sterben und den Ruin, den Hunger und den Untergang unserer Familien mit ansehen.

Die Klasse der Kapitalisten heimst in allen Ländern durch Regierungsaufträge und Heereslieferungen, durch Konzessionen in den annektierten Ländern, durch Verteuerung der Lebensmittel gigantische, maßlose, skandalös hohe Profite ein. Die Kapitalistenklasse hat allen Völkern auf lange Jahrzehnte hinaus einen Tribut in Form hoher Zinsen der Milliardenanleihen für den Krieg auferlegt. Und wir, die Arbeiter und Bauern, sollen zugrunde gehen, verelenden, hungern und das alles geduldig ertragen, wir sollen unsere Unterdrücker, die Kapitalisten, dadurch stärken, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder einander ausrotten, sich gegenseitig hassen.

Werden wir wirklich unser Joch weiterhin ergeben dulden, uns weiterhin mit dem Krieg zwischen den Kapitalistenklassen abfinden? Werden

wir wirklich diesen Krieg dadurch in die Länge ziehen, daß wir uns auf die Seite unserer nationalen Regierungen, unserer nationalen Bourgeoisie, unserer nationalen Kapitalisten stellen und so die internationale Einheit der Arbeiter aller Länder, der ganzen Welt zerstören?

Nein, Brüder Soldaten, es ist an der Zeit, daß wir die Augen öffnen, es ist an der Zeit, daß wir unser Schicksal selbst in die Hände nehmen. In allen Ländern wächst, verbreitet und verstärkt sich die Volksempörung gegen die Kapitalistenklasse, die das Volk in diesen Krieg hineingezogen hat. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, das vor dem Krieg als besonders freies Land galt, schmachten Hunderte und aber Hunderte von wahren Freunden und Vertretern der Arbeiterklasse hinter Kerkermauern, weil sie ein ehrliches und wahres Wort gegen den Krieg und gegen die Kapitalisten wagten. Die Revolution in Rußland ist nur der erste Schritt der ersten Revolution, ihr müssen und werden weitere folgen.

Die neue Regierung in Rußland – die Nikolaus II. abgesetzt hat, einen ebensolchen gekrönten Räuber wie Wilhelm II. – ist eine Regierung der Kapitalisten. Sie führt einen ebenso räuberischen, imperialistischen Krieg wie die Kapitalisten Deutschlands, Englands und der anderen Länder. Sie hat die räuberischen Geheimverträge bestätigt, die Nikolaus II. mit den Kapitalisten Englands, Frankreichs usw. geschlossen hat, sie bringt diese Verträge nicht zur allgemeinen Kenntnis, wie auch die deutsche Regierung ihre geheimen, ebenso räuberischen Verträge mit Österreich, Bulgarien usw. nicht veröffentlicht.

Die russische Provisorische Regierung hat am 20. April eine Note veröffentlicht, in der sie nochmals die alten, vom Zaren abgeschlossenen, räuberischen Verträge bestätigt und ihrer Bereitschaft Ausdruck gibt, den Krieg bis zum vollen Siege weiterzuführen, womit sie die Empörung selbst derer hervorgerufen hat, die ihr bisher Vertrauen schenkten und Unterstützung erwiesen.

Die russische Revolution hat aber, außer der Regierung der Kapitalisten, selbständige revolutionäre Organisationen geschaffen, die die gewaltige Mehrheit der Arbeiter und Bauern vertreten: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Petrograd und in den meisten Städten Rußlands. Bis jetzt sind noch die Mehrheit der Soldaten und ein Teil der Arbeiter in Rußland – wie auch sehr viele Arbeiter und Soldaten in Deutschland – gegenüber der Regierung der Kapitalisten, gegenüber

ihrem leeren und verlogenen Gerede von einem Frieden ohne Annexionen, vom Verteidigungskrieg und dergleichen mehr blind vertrauensselig.

Aber die Arbeiter und armen Bauern sind zum Unterschied von den Kapitalisten weder an Annexionen noch an der Verteidigung der Profite der Kapitalisten interessiert. Deshalb wird jeder Tag, wird jeder Schritt der Regierung der Kapitalisten sowohl in Rußland wie auch in Deutschland den Betrug der Kapitalisten enthüllen, wird enthüllen, daß es, solange die Herrschaft der Kapitalisten andauert, keinen wirklich demokratischen, gewaltlosen Frieden geben kann, keinen Frieden, der auf wirklichem Verzicht auf alle Annexionen, d. h. auf der Befreiung ausnahmslos aller Kolonien, ausnahmslos aller unterdrückten, gewaltsam einverleibten oder nicht vollberechtigten Völkerschaften beruht – daß sich der Krieg solange aller Wahrscheinlichkeit nach immer mehr verschärfen und in die Länge ziehen wird.

Nur wenn die Staatsmacht in beiden jetzt einander feindlich gegenüberstehenden Staaten, zum Beispiel in Rußland wie in Deutschland, völlig und ausschließlich in die Hände der revolutionären Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht, die imstande sind, nicht in Worten, sondern in der Tat das ganze Netz der Beziehungen und Interessen des Kapitals zu zerreißen – nur in diesem Fall werden die Arbeiter beider kriegführenden Länder zueinander Vertrauen fassen und dem Krieg auf der Grundlage eines wirklich demokratischen, wirklich *alle* Völker und Völkerschaften befreienden Friedens rasch ein Ende machen können.

Brüder Soldaten!

Tun wir alles, was in unseren Kräften steht, um das zu beschleunigen, um dieses Ziel zu erreichen. Schrecken wir vor keinen Opfern zurück – alle Opfer für die Arbeiterrevolution werden weniger schwer sein als die Opfer des Krieges. Jeder siegreiche Schritt der Revolution wird Hunderttausende und Millionen Menschen vor Tod, Ruin und Hunger retten.

Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Friede den Arbeitern aller Länder! Es lebe die brüderliche Einheit der revolutionären Arbeiter aller Länder! Es lebe der Sozialismus!

Zentralkomitee der SDAPR
Petersburger Komitee der SDAPR
Redaktion der „Prawda“

„Prawda“ Nr. 37, 4. Mai (21. April) 1917. Nach dem Text der „Prawda“.

DIE NOTE DER PROVISORISCHEN REGIERUNG

Die Karten sind aufgedeckt. Wir haben allen Grund, den Herren Gutschkow und Miljukow für ihre Note, die heute in allen Zeitungen veröffentlicht ist, zu danken.

Die Mehrheit des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die Volkstümler, die Menschewiki, alle jene, die bisher dazu aufgefordert haben, der Provisorischen Regierung zu vertrauen, sind zur Genüge gestraft. Sie hofften, erwarteten und glaubten, die Provisorische Regierung würde unter dem Einfluß des wohlthätigen „Kontaktes“ mit Tschcheidse, Skobelew und Steklow für immer auf Annexionen verzichten. Es kam ein wenig anders . . .

In der Note vom 18. April spricht die Provisorische Regierung vom „Bestreben des ganzen Volkes (!), den Weltkrieg *bis zum endgültigen Sieg* weiterzuführen“.

„Selbstverständlich“, fügt die Note hinzu, „wird die Provisorische Regierung . . . die Verpflichtungen genau einhalten, die unseren Verbündeten gegenüber übernommen wurden.“

Kurz und bündig. Krieg bis zum endgültigen Sieg. Das Bündnis mit den englischen und französischen Bankiers ist heilig . . .

Wer hat dieses Bündnis mit „unseren“ Verbündeten, d. h. mit den englischen und französischen Milliardären geschlossen? Natürlich der Zar, Rasputin, die Zarenbande. Für Miljukow und Co. aber ist dieser Vertrag ein Heiligtum.

Warum?

Manche antworten: Weil Miljukow ein unaufrichtiger Mensch, weil er ein schlauer Fuchs ist usw.

Nicht darum handelt es sich. Es handelt sich darum, daß Gutschkow, Miljukow, Tereschtschenko, Konowalow Vertreter der *Kapitalisten* sind. Für die Kapitalisten aber ist die Eroberung fremder Länder eine Notwendigkeit. Sie bekommen dadurch neue Märkte, neue Gebiete für die Kapitalausfuhr, neue Möglichkeiten, Zehntausenden ihrer Söhnchen einträgliche Stellen zu beschaffen usw. Es handelt sich darum, daß heute die *Interessen* der russischen Kapitalisten die gleichen sind wie die der englischen und der französischen Kapitalisten. Darum und nur darum liegen die Verträge des Zaren mit den englisch-französischen Kapitalisten der Provisorischen Regierung der russischen Kapitalisten so sehr am Herzen.

Die neue Note der Provisorischen Regierung wird Öl ins Feuer gießen. Sie kann die kriegerrische Stimmung in Deutschland nur schüren. Sie hilft dem Räuber Wilhelm, „seine“ Arbeiter und Soldaten weiter zu betrügen und sie in den Krieg „bis zum Ende“ zu schicken.

Die neue Note der Provisorischen Regierung hat mit aller Schärfe die Frage aufgeworfen: Was weiter?

Vom ersten Augenblick unserer Revolution an versicherten die englischen und französischen Kapitalisten, die russische Revolution sei einzig und ausschließlich zu dem Zwecke gemacht worden, den Krieg „bis zum Ende“ fortzusetzen. Für die Kapitalisten ist es eine Notwendigkeit, die Türkei, Persien, China auszuplündern. Wenn deswegen weitere zehn Millionen irgendwelcher russischer Mushiks hingestreckt werden – was tut's? Wenn nur der „endgültige Sieg“ errungen wird... Und nun hat die Provisorische Regierung völlig unverhohlen denselben Weg beschritten.

– Führt Krieg, weil wir rauben wollen.

– Laßt tagtäglich zu Zehntausenden euer Leben, weil „wir“ uns noch nicht zu Ende gerauft, weil wir unseren Anteil an der Beute noch nicht erhalten haben!...

Kein klassenbewußter Arbeiter, kein aufgeklärter Soldat wird die Politik des „Vertrauens“ zur Provisorischen Regierung weiter unterstützen. Die Politik des Vertrauens hat Bankrott gemacht.

Unsere sozialdemokratische Stadtkonferenz hat in ihrer Resolution gesagt, daß jetzt jeder Tag die Richtigkeit *unseres* Standpunkts bestätigen wird.* Aber einen so raschen Gang der Ereignisse haben selbst wir nicht erwartet.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 140/141. *Die Red.*

Der jetzige Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten ist vor die Wahl gestellt: entweder die Pille schlucken, die ihm Gutschkow und Miljukow dargereicht haben, und das würde bedeuten, ein für allemal auf eine selbständige politische Rolle verzichten – morgen würde Miljukow „die Beine auf den Tisch“ legen und den Sowjet zu einer absoluten Null machen; oder der Note Miljukows energisch entgegenzutreten, das heißt mit der alten Politik des Vertrauens brechen und den Weg betreten, den die „Prawda“ vorschlägt.

Man kann natürlich auch einen faulen Mittelweg finden. Aber auf wie lange?...

Arbeiter, Soldaten! Erklärt jetzt, daß alle es hören: Wir fordern, daß bei uns eine einzige Staatsmacht bestehe – die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Provisorische Regierung, die Regierung einer Handvoll Kapitalisten, muß diesen Sowjets den Platz räumen.

Geschrieben am 20. April (3. Mai) 1917.

*Veröffentlicht am 4. Mai (21. April) 1917 Nach dem Text der „Prawda“.
in der „Prawda“ Nr. 37.*

EINE GRUNDFRAGE

(Wie Sozialisten urteilen, die auf die Seite der
Bourgeoisie übergegangen sind)

Herr Plechanow illustriert das vortrefflich. In seinem an die „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Studenten“ gerichteten Brief „zum 1. Mai“, den heute „Retsch“, „Delo Naroda“, „Jedinstwo“ abdrucken, schreibt er:

„... Er (der Internationale Sozialistenkongreß von 1889) begriff, daß die soziale, genauer die sozialistische Revolution eine lange aufklärende und organisatorische Arbeit in den Tiefen der Arbeiterklasse voraussetzt. Das vergessen jetzt bei uns die Leute, die die russische werktätige Masse aufrufen, die politische Macht zu ergreifen, was nur dann einen Sinn haben könnte, wenn die objektiven Bedingungen vorhanden wären, die für die soziale Revolution notwendig sind. Diese Bedingungen aber sind einstweilen noch nicht gegeben ...“

Und so weiter bis zu der Aufforderung, die Provisorische Regierung „einmütig zu unterstützen“.

Diese Ausführungen des Herrn Plechanow sind äußerst typisch für die Betrachtungsweise eines Häufleins „gewesener Leute“, die sich Sozialdemokraten nennen. Und eben, weil sie typisch sind, verlohnt es sich, ausführlich darauf einzugehen.

Erstens, ist es klug und ist es ehrlich, sich auf den ersten Kongreß der Zweiten Internationale zu berufen und nicht auf den letzten?

Der erste Kongreß der Zweiten Internationale (1889–1914) war im Jahre 1889, der letzte in Basel im Jahre 1912. Das Baseler Manifest, das einstimmig von allen angenommen wurde, spricht genau, bestimmt, unumwunden, klar (so daß selbst die Herren Plechanow es nicht entstellen können) von der *proletarischen Revolution*, und zwar gerade im *Zusammenhang* mit eben dem Krieg, der dann im Jahre 1914 ausbrach.

Es ist nicht schwer zu begreifen, warum die Sozialisten, die ins Lager der Bourgeoisie übergegangen sind, genötigt sind, entweder das ganze Baseler Manifest oder diese seine wichtigste Stelle zu „vergessen“.

Zweitens, die Ergreifung der politischen Macht durch „die russische werktätige Masse“, schreibt unser Verfasser, „könnte nur dann einen Sinn haben, wenn die Bedingungen vorhanden wären, die für die soziale Revolution notwendig sind“.

Das ist ein Brei an Stelle von Gedanken.

Nehmen wir *sogar* an, daß „sozial“ anstatt „sozialistisch“ ein Schreibfehler sei. Nicht nur darin besteht der Brei. Aus welchen Klassen besteht die russische werktätige Masse? Jeder weiß, daß sie aus Arbeitern und Bauern besteht. Wer von ihnen ist in der Mehrheit? Die Bauern. Was sind diese Bauern ihrer Klassenlage nach? Kleinbesitzer oder Zwergbesitzer. Es fragt sich nun: Wenn die Kleinbesitzer die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen und wenn für den Sozialismus die objektiven Bedingungen fehlen, wie *kann* sich dann die Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus aussprechen?! Wer *kann* von der Einführung des Sozialismus gegen den Willen der Mehrheit sprechen, und wer spricht davon?!

Herr Plechanow hat sich sogleich in der lächerlichsten Weise verhaspelt.

In eine lächerliche Lage zu geraten, das ist noch die geringste Strafe für denjenigen, der sich nach dem Vorbild der kapitalistischen Presse den „Feind“ selbst zurechtmacht, statt genau die Worte dieser oder jener politischen Gegner anzuführen.

Gehen wir weiter. In wessen Händen soll *selbst* vom Standpunkt eines vulgären bürgerlichen Demokraten von der „Retsch“ die „politische Macht“ liegen? In den Händen der Mehrheit der Bevölkerung. Bildet „die russische werktätige Masse“, die der in Verwirrung geratene Sozialchauvinist so wenig glücklich angeführt hat, die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands? Zweifellos, und zwar die erdrückende Mehrheit!

Wie *kann* man also, ohne der Demokratie, selbst der in Miljukowscher Weise aufgefaßten Demokratie, untreu zu werden, gegen die „Ergreifung der politischen Macht“ durch die „russische werktätige Masse“ sein?

Je tiefer in den Wald, um so dichter die Bäume. Jeder Schritt einer Analyse zeigt mehr, in welch heilloser Verwirrung Herr Plechanow geraten ist.

Der Sozialchauvinist ist gegen den Übergang der politischen Macht in die Hände der Mehrheit der Bevölkerung Rußlands!

Herr Plechanow hat etwas läuten hören, weiß aber nicht, wo die Glocken hängen. Er hat auch – obwohl Marx schon 1875 vor einer solchen Verwechslung ausdrücklich warnte⁶⁵ – die „werktätige Masse“ mit der Masse der Proletarier und Halbproletarier verwechselt. Wir wollen dem gewesenen Marxisten Herrn Plechanow diesen Unterschied klarmachen.

Kann die Mehrheit der Bauern in Rußland die Nationalisierung des Bodens fordern und in die Tat umsetzen? Zweifellos ja. Ist das eine sozialistische Revolution? Nein. Das ist *noch* eine bürgerliche Revolution, denn die Nationalisierung des Bodens ist eine Maßnahme, die mit dem Kapitalismus vereinbar ist. Es ist aber zugleich ein *Schlag* gegen das Privateigentum an einem äußerst wichtigen Produktionsmittel. Ein solcher Schlag *stärkt* die Proletarier und Halbproletarier unvergleichlich mehr, als das in den Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts der Fall war.

Weiter. Kann die Mehrheit der Bauern in Rußland für die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen eintreten? kann sie dafür eintreten, daß in jedem Dörfchen eine Filiale der einen gesamt nationalen Staatsbank errichtet wird?

Das kann sie, denn die Bequemlichkeiten und Vorteile einer solchen Maßnahme für das Volk sind nicht zu bezweifeln. *Selbst* die „Vaterlandsverteidiger“ können für eine solche Maßnahme eintreten, denn sie wird die „Verteidigungskraft“ Rußlands um ein Vielfaches steigern.

Ist es ökonomisch möglich, sofort eine solche Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen durchzuführen? Es ist zweifellos durchaus möglich.

Ist das eine sozialistische Maßnahme? Nein, das ist *noch kein* Sozialismus.

Weiter. Kann die Mehrheit der Bauern in Rußland dafür eintreten, daß das Syndikat der Zuckerfabrikanten in die Hände des Staates übergeht, der Kontrolle der Arbeiter und Bauern unterstellt wird und daß der Zuckerpreis herabgesetzt wird?

Das kann sie durchaus, denn das ist für die Mehrheit des Volkes vorteilhaft.

Ist das ökonomisch möglich? Es ist durchaus möglich, denn das Syndikat der Zuckerfabrikanten ist nicht nur faktisch in wirtschaftlicher Hin-

sicht bereits zu einem einzigen Produktionsorganismus im Landesmaßstab verschmolzen, es hat auch unter dem Zarismus *schon* unter der Kontrolle des „Staates“ (d. h. der Beamten, die den Kapitalisten dienen) *gestanden*.

Wird der Übergang des Syndikats in die Hände des demokratisch-bürgerlichen, bäuerlichen Staates eine sozialistische Maßnahme sein?

Nein, das ist noch kein Sozialismus. Herr Plechanow könnte sich davon leicht überzeugen, wenn er sich die allgemein bekannten Wahrheiten des Marxismus ins Gedächtnis rufen wollte.

Es fragt sich nun: Werden solche Maßnahmen wie die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen und der Übergang des Syndikats der Zuckerfabrikanten in die Hände des demokratischen, bäuerlichen Staates die Bedeutung, die Rolle, den Einfluß der Proletarier und Halbproletarier innerhalb der Gesamtmasse der ganzen Bevölkerung *stärken oder schwächen*?

Sie werden sie zweifellos stärken, denn das sind *keine* „Kleinbesitzer“-maßnahmen, und sie wurden gerade durch jene „objektiven Bedingungen“ möglich, die 1889 *noch* nicht vorhanden waren, jetzt aber *schon* vorhanden sind.

Solche Maßnahmen werden unvermeidlich die Bedeutung, die Rolle und den Einfluß besonders der städtischen Arbeiter, der Avantgarde der Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land, auf die gesamte Bevölkerung stärken.

Nach solchen Maßnahmen werden weitere Schritte zum Sozialismus in Rußland durchaus möglich werden, und wenn unseren Arbeitern die entwickelteren und besser vorbereiteten westeuropäischen Arbeiter, die sich von den westeuropäischen Plechanows getrennt haben, zu Hilfe kommen, wird der *wirkliche* Übergang Rußlands zum Sozialismus *unvermeidlich* sein und mit *Sicherheit* erfolgreich vollzogen werden können.

So muß jeder Marxist und jeder Sozialist urteilen, der nicht auf die Seite „seiner“ nationalen Bourgeoisie übergegangen ist.

Geschrieben am 20. April (3. Mai) 1917.

Veröffentlicht am 4. Mai (21. April) 1917 Nach dem Text der „Prawda“ in der „Prawda“ Nr. 37.

MIT HEILIGENBILDERN GEGEN KANONEN, MIT PHRASEN GEGEN DAS KAPITAL

Die Note der Provisorischen Regierung über den Krieg bis zum vollen Sieg hat sogar bei denen Entrüstung hervorgerufen, die hinsichtlich der Möglichkeit eines Verzichts der Kapitalistenregierung auf Annexionen trügerische Hoffnungen hegten. Die Zeitungen, die diese kleinbürgerliche Politik trügerischer Hoffnungen vertreten, stottern heute entweder verlegen, wie die „Rabotschaja Gaseta“, oder sie versuchen, die Empörung auf einzelne Personen abzulenken.

„Nowaja Shisn“⁶⁶ schreibt: „Für den Verteidiger der Interessen des internationalen Kapitals ist in den Reihen der Regierung des demokratischen Rußlands kein Platz! Wir sind überzeugt, daß der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten nicht zögern wird, die energischsten Maßnahmen zur sofortigen Unschädlichmachung des Herrn Miljukow zu ergreifen.“ „Delo Naroda“ drückt dieselbe spießbürgerliche Weisheit folgendermaßen aus: Die Note Miljukows „will eine vom gesamten Kabinett beschlossene Verlautbarung von größter internationaler Wichtigkeit rückgängig machen“.

Mit Heiligenbildern gegen Kanonen. Mit Phrasen gegen das Kapital. Die „Verlautbarung“ der Regierung über den Verzicht auf Annexionen war ein zu nichts verpflichtendes diplomatisches Manöver, das zwar unwissende Bauern irreführen konnte, die Führer der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, die Mitarbeiter der „Nowaja Shisn“ und des „Delo Naroda“ aber nur dann „verwirren“ konnte, wenn sie betrogen sein wollten. Was sind das für hohle Phrasen: „für den Verteidiger der Interessen des internationalen Kapitals ist in den Reihen der Regierung des demokratischen Rußlands kein

Platz!" Sollten sich gebildete Menschen nicht schämen, einen solchen Unsinn zu schreiben?

Die ganze Provisorische Regierung ist eine Regierung der Kapitalistenklasse. Es handelt sich um die Klasse und nicht um Personen. Miljukow persönlich angreifen, seine Absetzung fordern, sei es direkt oder indirekt, ist eine leere Komödie, denn *kein* Personenwechsel ist imstande, etwas zu ändern, solange nicht die *Klassen*, die an der Macht stehen, gewechselt haben.

Die „Demokratie“ Rußlands, Englands, Frankreichs usw. der Verteidigung des Kapitals *entgegenstellen* heißt auf die Stufe der ökonomischen und politischen Kenntnisse eines Gapon hinabsinken.

Bei unwissenden Bauern ist es entschuldbar, wenn sie vom Kapitalisten das „Versprechen“ verlangen, „nach Gottes Gebot“ und nicht als Kapitalist zu leben, *kein* „Verteidiger der Interessen des Kapitals“ zu sein. Wenn die Führer des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten und die Mitarbeiter der „Nowaja Shisn“ und des „Delo Naroda“ eine solche Politik treiben, so heißt das die schädlichsten, für die Sache der Freiheit, für die Sache der Revolution verhängnisvollsten trügerischen Hoffnungen des Volkes auf die Kapitalisten nähren.

„Prawda“ Nr. 37,
4. Mai (21. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE LOGIK DES BÜRGERS W. TSCHERNOW

Der Bürger W. Tschernow schreibt im „Delo Naroda“ vom 16. April:

„Er (Lenin) hat nicht einmal darüber nachgedacht, daß selbst von seinem Standpunkt aus die Genehmigung Englands zu seiner Reise schon darum besser gewesen wäre, weil der Druck der russischen Revolution sie erzwungen hätte, während die Genehmigung Deutschlands ihrer Beweggründe wegen verdächtiger erscheinen kann.“

Die Schlußfolgerung: Lenin ist eine Art Monoman.

Schön. Und wie steht es mit den anderen 30, die mit ihm zusammen gereist sind, den Mitgliedern *verschiedener* Parteien, darunter auch Bundisten? Sind sie alle Monomanen? Haben sie alle „nicht nachgedacht“?

Weiter. Wie steht es mit dem Telegramm Martows, Natansons (wohlgemerkt, eines Führers der Partei der Sozialrevolutionäre), Axelrods u. a., in dem es heißt: „Wir konstatieren die *absolute* Unmöglichkeit, über England nach Rußland zurückzukehren“? (Siehe „Rabotschaja Gaseta“ vom 15. April.)

Bedeutet das, daß Martow wie auch Natanson Monomanen sind, daß auch sie „nicht nachgedacht“ haben?

Aber diese Zeugen, die unserer Partei *nicht* angehören, Natanson, dieser Zeuge *aus der Partei W. Tschernows*, stellen als *Tatsache* fest, daß es *absolut* unmöglich ist, anders zu reisen!

Was ergibt sich nun? Eins von beiden: Entweder W. Tschernow ist ein etwas wunderlicher Mensch, der mit einer Phrase über *Tatsachen* hinweggeht, oder er hat sich durch die spießbürgerlich-chauvinistischen Klatschereien und Verleumdungen so sehr einschüchtern lassen, daß er ganz und gar den Kopf verloren hat.

„Prawda“ Nr. 37, 4. Mai (21. April) 1917. Nach dem Text der „Prawda“.

MISSGLÜCKTE VERSUCHE DES HERRN PLECHANOW, SICH AUS DER AFFÄRE ZU ZIEHEN

Herr Plechanow stürzt sich in Nr. 15 des „Jedinstwo“ mit einem selbst für diese mit Schimpfworten nicht geizende Zeitung ungewöhnlichen Geschimpfe auf die „Prawda“ und bemüht sich, zwei völlig einwandfrei festgestellte Tatsachen zu vertuschen.

Es wird euch nicht gelingen, sie zu vertuschen, ihr Herren!

Die erste Tatsache. Herr Plechanow hat weder unseren Bericht, der in Nr. 32 der „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschik i Soldatschik Deputatow“ vom 5. April 1917 veröffentlicht wurde, *noch den Beschluß* des Exekutivkomitees zum *Abdruck gebracht*.

Das ist nicht nur eine anarchistische Mißachtung der gewählten Vertreter der *Mehrheit* der Soldaten, es ist die schändliche Methode eines Pogromhelden.

Die zweite Tatsache. Die Hetze des Herrn Plechanow hat *nicht* unseren Protest, sondern den des „Delo Naroda“ hervorgerufen, dessen Mitarbeiter sogar Gutschkows und Miljukows Kollege, Kerenski, ist. Das „Delo Naroda“ vom 13. April 1917 schrieb über Herrn Plechanows „Jedinstwo“ schwarz auf weiß:

„...solche Worte, eine solche Kampfesweise sind wir gewohnt, in den Spalten der ‚Russkaja Wolja‘ zu finden. Sie in Artikeln von Sozialisten zu finden, ist, offen gestanden, niederdrückend und schmerzlich.“

Das ist die Zeugenaussage, eine Zeugenaussage von „Vaterlandsverteidigern“, die politisch Herrn Plechanow tausendmal näherstehen als uns.

Auf was für Leser rechnet Herr Plechanow, wenn er die Aussagen eines *Zeugen* dadurch zu *parieren* sucht, daß er von einer „ungeschickten Notiz“ des „Delo Naroda“ spricht?

Der Zeuge hat Herrn Plechanow der Pogrommethoden überführt.

Es gab eine Zeit, da Herr Plechanow Sozialist war. Jetzt ist er auf das Niveau der „Russkaja Wolja“ hinabgesunken.

Kein Geschimpfe wird die Tatsache aus der Welt schaffen, daß sogar das „Delo Naroda“ Herrn Plechanow überführt hat.

Die „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatschich Deputatow“ (Nr. 43 vom 17. April) bezeichnen in einem redaktionellen Leitartikel, den wir in unserer Nummer vom 18. April zum Abdruck brachten, die Hetze als „schändlich und widerwärtig“.

Dieser Zeuge erklärt unumwunden, daß die schändliche und widerwärtige Hetze, die von dunklen Kräften und ihren Zeitungen betrieben wird, eine Tatsache war und ist. Der auf das Niveau der „Russkaja Wolja“ hinabgesunkene Herr Plechanow ist zur Genüge gerichtet.

„Prawda“ Nr. 37,
4. Mai (21. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

RESOLUTION
DES ZENTRALKOMITEES DER SDAPR(B),
ANGENOMMEN AM 21. APRIL (4. MAI) 1917

Nach Erörterung der Lage, die in Petrograd nach der imperialistischen, annexionistisch-räuberischen Note der Provisorischen Regierung vom 18. April 1917 und nach einer Reihe von Willensäußerungen des Volkes in Massenversammlungen und bei Demonstrationen in Petrograd am 20. April entstanden ist, beschließt das ZK der SDAPR:

1. Die Agitatoren und Redner der Partei müssen die niederträchtige Lüge der kapitalistischen und kapitalistenfreundlichen Zeitungen entlarven, wonach wir angeblich mit dem *Bürgerkrieg* drohen. Das ist eine niederträchtige Lüge, denn gerade im gegenwärtigen Augenblick, solange die Kapitalisten und ihre Regierung nicht imstande sind und es nicht wagen, Gewalt gegen die Massen anzuwenden, solange die Soldaten- und Arbeitermasse ihren Willen frei kundtut und *alle* Behörden frei wählt und absetzt – *in einem solchen Augenblick* ist jeder Gedanke an einen Bürgerkrieg naiv, sinnlos, absurd, in einem solchen Augenblick ist die *Unterordnung unter den Willen der Mehrheit der Bevölkerung* und die freie Kritik an diesem Willen seitens der unzufriedenen Minderheit *notwendig*; wenn es zu Gewalttätigkeiten kommt, so fällt die Verantwortung auf die Provisorische Regierung und ihre Anhänger.

2. Die Regierung der Kapitalisten und ihre Zeitungen verhüllen durch ihr Geschrei gegen den Bürgerkrieg nur die Tatsache, daß sich die Kapitalisten, die bekanntlich eine verschwindende Minderheit des Volkes ausmachen, nicht dem Willen der Mehrheit unterordnen wollen.

3. Um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in Petrograd in Erfahrung zu bringen, wo sich zur Zeit besonders viele Soldaten aufhalten, die die Stimmung der Bauern kennen und richtig zum Ausdruck bringen,

ist es notwendig, sofort in allen Bezirken Petrograds und in seiner Umgebung eine Abstimmung zu organisieren, in der das Volk zur Regierungsnote Stellung bezieht, in der es kundtut, ob es diese oder jene Partei unterstützt, ob es diese oder jene Provisorische Regierung für erwünscht hält.

4. Alle Parteiagitatoren müssen diese Auffassungen und diesen Vorschlag in den Betrieben, in den Regimentern, auf den Straßen usw. vermittels *friedlicher* Diskussionen und friedlicher Demonstrationen sowie überall zu veranstaltender Zusammenkünfte propagieren; man muß danach trachten, eine planmäßige Abstimmung in den Betrieben und Regimentern zu organisieren, wobei vollständige Ordnung und kameradschaftliche Disziplin auf das strengste zu wahren sind.

5. Die Parteiagitatoren müssen immer und immer wieder gegen die von den Kapitalisten verbreitete niederträchtige Verleumdung protestieren, unsere Partei trete für einen Separatfrieden mit Deutschland ein; wir halten Wilhelm II. für einen ebensolchen gekrönten Räuber, der gehenkt zu werden verdient, wie Nikolaus II., und die deutschen Gutschkow, d. h. die deutschen Kapitalisten, für ebensolche Annexionisten, Räuber, Imperialisten wie die russischen, englischen und alle anderen Kapitalisten; wir sind *gegen* Verhandlungen mit den Kapitalisten, wir sind für Verhandlungen und für die Verbrüderung mit den *revolutionären Arbeitern und Soldaten aller Länder*; wir sind überzeugt, daß die Regierung Gutschkow-Miljukow eben darum bemüht ist, die Lage zu verschärfen, weil sie weiß: die Arbeiterrevolution in Deutschland beginnt, und diese Revolution wird ein Schlag gegen die Kapitalisten aller Länder sein.

6. Wenn die Provisorische Regierung Gerüchte über eine unabwendbare völlige Zerrüttung verbreitet, so schüchtert sie damit nicht nur das Volk ein, damit es die Macht in den Händen dieser Provisorischen Regierung belasse, sondern sie bringt auch nebelhaft, unklar, verworren die tiefe und unanfechtbare Wahrheit zum Ausdruck, daß *alle* Völker der Welt in eine Sackgasse geführt, durch den Krieg um der Interessen der Kapitalisten willen an den Rand des Abgrunds gebracht worden sind und daß es tatsächlich keinen anderen Ausweg gibt als den Übergang der Macht in die Hände der revolutionären Klasse, d. h. des revolutionären Proletariats, das zu revolutionären Maßnahmen fähig ist.

Wenn Getreidevorräte usw. im Lande vorhanden sind, so wird auch eine neue Regierung der Arbeiter und Soldaten es verstehen, über sie zu verfügen. Wenn aber durch den kapitalistischen Krieg die Zerrüttung so weit vorgeschritten ist, daß kein Getreide vorhanden ist, so wird die Kapitalistenregierung die Lage der Volksmassen nur verschlechtern und nicht verbessern.

7. Die Politik, die von der jetzigen Mehrheit der Führer des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, von den Parteien der Volkstümmler und der Menschewiki betrieben wird, halten wir für grundfalsch, denn das Vertrauen zur Provisorischen Regierung, die Versuche, sich mit ihr auszusöhnen, das Feilschen um Korrekturen usw. würden in der Praxis nur zu einer Vermehrung wertloser Papierfetzen, zu einer bloßen Verschleppung führen; außerdem aber droht infolge dieser Politik der Wille des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Widerspruch zu geraten zu dem Willen der Mehrheit der revolutionären Soldaten an der Front und in Petrograd und der Mehrheit der Arbeiter.

8. Die Arbeiter und Soldaten, die anerkennen, daß der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten seine Politik ändern und die Politik des Vertrauens und des Paktierens mit der Regierung der Kapitalisten aufgeben muß, rufen wir auf, ihre Delegierten zum Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten neu zu wählen und nur solche Leute dorthin zu entsenden, die unbeirrt eine völlig bestimmte, im Einklang mit dem wirklichen Willen der Mehrheit stehende Meinung vertreten werden.

„Prawda“ Nr. 38,
5. Mai (22. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE EHRLICHEN VATERLANDSVERTEIDIGER HEUTE

Die Ereignisse in Petrograd während der letzten Tage, insbesondere die gestrigen, zeigen anschaulich, wie recht wir hatten, als wir von der „ehrlichen“ Position der Vaterlandsverteidigung unter den *Massen* im Gegensatz zu der der Führer und Parteien sprachen.

Die Masse der Bevölkerung besteht aus Proletariern, Halbproletariern und armen Bauern. Das ist die übergroße Mehrheit des Volkes. Diese Klassen sind an Annexionen tatsächlich nicht interessiert; an der imperialistischen Politik, an den Profiten des Bankkapitals, an den Erträgen der Eisenbahnen in Persien, an einträglichen Pöstchen in Galizien oder Armenien, an der Beschränkung der Freiheit in Finnland, an alledem sind sie (diese Klassen) *nicht* interessiert.

Alles das zusammengekommen aber ist eben das, was man in der Wissenschaft und in der Presse als imperialistische, als Annexions- und Raubpolitik zu bezeichnen pflegt.

Das Wesen der Sache ist, daß die Gutschkow, Miljukow, Lwow – selbst wenn sie alle persönlich Muster an Tugend, Selbstlosigkeit und Menschenliebe wären – Vertreter, Führer, Vertrauensmänner der Kapitalistenklasse sind, und diese Klasse ist an der Annexions- und Raubpolitik interessiert. Diese Klasse hat „in den Krieg“ Milliarden hineingesteckt und verdient „am Kriege“ und an Annexionen (d. h. durch die gewaltsame Unterwerfung oder gewaltsame *Angliederung* fremder Völkerschaften) Hunderte von Millionen.

Die Hoffnung, die Klasse der Kapitalisten könne sich „bessern“, könne aufhören, eine kapitalistische Klasse zu sein, es sei möglich, daß sie auf ihre Gewinne verzichte, ist eine trügerische Hoffnung, ein leerer Wahn,

der sich in der Praxis in Volksbetrug verwandelt. Nur kleinbürgerliche Politiker, die zwischen kapitalistischer und proletarischer Politik hin- und herschwanken, können solche trügerischen Hoffnungen hegen oder unterstützen. Darin besteht eben der Fehler der heutigen Führer der Volkstümlerparteien und der Menschewiki, der Tschcheidse, Zereteli, Tschernow usw.

Die Vaterlandsverteidiger aus der Masse sind mit der Politik nicht vertraut; sie konnten die Politik weder aus Büchern noch aus der Beteiligung an der Reichsduma noch aus der unmittelbaren Beobachtung der Leute erlernen, die Politik treiben.

Die Vaterlandsverteidiger aus der Masse wissen noch nicht, daß Kriege von den *Regierungen* geführt werden, daß die Regierungen die Interessen dieser oder jener *Klassen* zum Ausdruck bringen, daß der gegenwärtige Krieg seitens beider Gruppen der kriegführenden Mächte von Kapitalisten um der räuberischen Interessen und Ziele der Kapitalisten willen geführt wird.

Weil sie das nicht wissen, urteilen die Vaterlandsverteidiger aus der Masse einfach: Wir wollen keine Annexionen, wir fordern einen demokratischen Frieden, wir wollen nicht um Konstantinopel, um die Versklavung Persiens, um die Ausplünderung der Türkei usw. Krieg führen; wir „fordern“, daß die Provisorische Regierung auf Annexionen verzichte.

Die Vaterlandsverteidiger aus der Masse wollen das, nicht im persönlichen, sondern im Klassensinne, *aufrichtig*, denn sie vertreten Klassen, die an Annexionen *nicht interessiert* sind. Aber diese Menschen aus der Masse wissen nicht, daß die Kapitalisten und die Regierung der Kapitalisten in Worten auf Annexionen verzichten, sich mit Versprechungen und schönen Redensarten „herausreden“ können, aber *in Wirklichkeit nicht* in der Lage sind, auf Annexionen zu verzichten.

Und eben deshalb waren die Vaterlandsverteidiger aus der Masse über die Note der Provisorischen Regierung vom 18. April so sehr und mit solchem Recht entrüstet.

Menschen, die mit der Politik vertraut sind, konnte diese Note nicht überraschen, denn sie wußten sehr wohl, daß alle „Verzichte auf Annexionen“ seitens der Kapitalisten nur leere Redensarten sind – nichts als die üblichen Ausflüchte und Phrasen von Diplomaten.

Aber die Vaterlandsverteidiger aus der Masse, die „ehrlichen“ Vaterlandsverteidiger waren überrascht, empört, voller Entrüstung. Sie haben *empfunden* – noch nicht völlig begriffen, aber empfunden –, daß sie betrogen worden sind.

Darin besteht das *Wesen* der Krise, das man von den Meinungen, Erwartungen, Vermutungen einzelner Personen und Parteien streng unterscheiden muß.

Diese Krise für kurze Zeit durch eine neue Deklaration, eine neue Note, eine neue Ausflucht zu „verkleistern“ (und darauf laufen der Ratsschlag des Herrn Plechanow im „Jedinstwo“ und die Bestrebungen der Miljukow und Co. einerseits, der Tschcheidse, Zereteli usw. anderseits hinaus), den entstandenen Riß durch eine „Ausflucht“ zu „verkleistern“, ist natürlich möglich, aber daraus wird nichts als Schaden entstehen. Denn bei einer neuen Ausflucht werden die Massen unvermeidlich die Betroffenen sein; ein neuer Ausbruch der Empörung ist unvermeidlich, und wenn dieser Ausbruch spontan sein wird, so kann er sich leicht als sehr schädlich erweisen.

Man muß den Massen die ganze Wahrheit sagen. Die Regierung der Kapitalisten kann auf Annexionen *nicht* verzichten; sie hat sich in ein Netz verstrickt, sie hat keinen Ausweg. Sie spürt, erkennt, sieht, daß es ohne revolutionäre Maßnahmen (zu denen nur die revolutionäre Klasse fähig ist) *keine Rettung* gibt, und sie windet sich hin und her, tobt, verspricht das eine und tut das andere; bald droht sie den Massen mit Gewalt (Gutschkow und Schingarjow), bald schlägt sie vor, ihr die Macht abzunehmen.

Wirtschaftliche Zerrüttung, Krise, Kriegsschrecken, eine Lage ohne Ausweg – dahin haben die Kapitalisten *alle* Völker gebracht.

Es gibt in der Tat keinen Ausweg – *außer* dem Übergang der Macht in die Hände der revolutionären Klasse, des revolutionären Proletariats, das allein, unter der Bedingung, daß die Mehrheit der Bevölkerung es unterstützt, fähig ist, der Revolution in *allen* kriegführenden Ländern zum Erfolg zu verhelfen und die Menschheit zu einem dauerhaften Frieden, zur Befreiung vom Joch des Kapitals zu führen.

„Prawda“ Nr. 38,
5. Mai (22. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

WAHNSINNIGE KAPITALISTEN ODER SCHWACHSINNIGE SOZIALDEMOKRATEN?

Die „Rabotschaja Gaseta“ schreibt heute:

„Wir haben uns immer entschieden gegen die Schürung des Bürgerkriegs durch die Anhänger Lenins gewandt. Jetzt sind es aber nicht mehr die Anhänger Lenins, die das Signal zum Bürgerkrieg geben, sondern es ist die Provisorische Regierung, die ein Dokument veröffentlicht, das ein Hohn ist auf die Bestrebungen der Demokratie. Es ist wahrlich ein wahnsinniger Schritt, und es sind sofortige entschlossene Maßnahmen seitens des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten erforderlich, um seine fürchterlichen Folgen abzuwenden.“

Was kann alberner und lächerlicher sein als das Märchen, wir hätten den Bürgerkrieg „geschürt“, wo wir doch klipp und klar, in aller Form und ganz unzweideutig erklärt haben, daß das Hauptgewicht unserer ganzen Arbeit auf der *geduldigen Aufklärung* über die proletarische Linie im Gegensatz zu dem kleinbürgerlichen Rausch der Vertrauensseligkeit gegenüber den Kapitalisten, dem die Vaterlandsverteidiger verfallen sind, liegen muß?

Versteht die „Rabotschaja Gaseta“ wirklich nicht, daß das Geschrei über Bürgerkrieg jetzt von den Kapitalisten angestimmt wird, die den Willen der Mehrheit des Volkes sabotieren wollen?

Steckt denn auch nur ein Quentchen Marxismus darin, wenn man das Verhalten der Kapitalisten, die in der eisernen Umklammerung des russischen und des englisch-französischen imperialistischen Kapitals gar nicht anders handeln können, für „Wahnsinn“ erklärt?

Herr Plechanow bringt im heutigen „Jedinstwo“ die Politik des ganzen kleinbürgerlichen Blocks der Vaterlandsverteidiger deutlicher zum Aus-

druck, indem er den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten „zum Übereinkommen“ mit der Provisorischen Regierung auffordert. Eine drollige Aufforderung, die an Mostrich nach dem Abendessen erinnert.

Das Übereinkommen ist doch längst getroffen! Es besteht doch seit Beginn der Revolution! Die ganze Frage der gegenwärtigen, der heutigen Krise besteht ja eben darin, daß dieses Übereinkommen sich als leerer Papierfetzen oder als leere Versprechung erwiesen hat! Auf die „verdammten Fragen“, vor die das Volk durch das *Fiasco* dieses Übereinkommens direkt, unmittelbar gestellt ist, zu antworten, indem man zum „Übereinkommen“ schlechthin aufruft, ohne von seinen Bedingungen, ohne von *realen* Garantien zu sprechen, oder aber mit Seufzern und Verwünschungen: „Oh, ihr Wahnsinnigen!“ – ist das nicht eine Tragikomödie kleinbürgerlicher Louis Blancs? (Louis Blanc war ein Führer der Arbeiter in Worten, ein Anhängsel der Bourgeoisie in Wirklichkeit.)

„Es sind sofortige entschlossene Maßnahmen erforderlich“, erklärt wichtigetuerisch die „Rabotschaja Gaseta“. Welche „Maßnahmen“, liebe Mitbürger? Das könnt ihr selber nicht sagen, das wißt ihr selber nicht, ihr *deklamiert* nur, denn ihr habt genau wie Louis Blanc in Wirklichkeit den Klassenkampf vergessen, ihr habt in Wirklichkeit den Klassenkampf gegen kleinbürgerliche Phraseologie und kleinbürgerliche Deklamationen vertauscht.

Geschrieben am 21. April (4. Mai) 1917.

*Veröffentlicht am 5. Mai (22. April) 1917 Nach dem Text der „Prawda“.
in der „Prawda“ Nr. 38.*

DER RATSCHLAG ODER BEFEHL SCHINGARJOWS UND DER RATSCHLAG EINES ÖRTLICHEN SOWJETES DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN

Die Petrograder „Gaseta-Kopejka“⁶⁷ vom 14. April bringt folgende Meldung:

„Requisition privaten Grundbesitzes

Kischinow, 13. April. Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Akkerman hat angesichts der im Landkreis vorhandenen riesigen Flächen unbebauten Landes, das des hohen Pachtzinses wegen nicht verpachtet ist, allen Dorf- und Amtsbezirkskomitees vorgeschlagen, falls freiwillige Vereinbarungen nicht erzielt werden können, alle brachliegenden Ländereien, die sich in Privatbesitz befinden, zum Zwecke der Bestellung durch einen Kommissar zu requirieren.“

Diese Meldung ist, wenn sie den Tatsachen entspricht, außerordentlich wichtig. Der Akkermaner Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten läßt sich offenbar von praktischen Erwägungen leiten; er ist zweifellos mit den örtlichen Verhältnissen eng und aus eigener Anschauung vertraut. Er geht ganz richtig davon aus, daß die Anbaufläche um jeden Preis und im größten Umfang erweitert werden muß. Wie aber kann das geschehen, wenn die Gutsbesitzer den Pachtzins unverschämt in die Höhe getrieben haben?

Durch freiwillige Vereinbarung mit den Gutsbesitzern?

Minister Schingarjow rät von Petrograd aus ganz entschieden, so zu verfahren, er droht den Bauern und zetert über eigenmächtiges Vorgehen. Schingarjow hat in Petrograd gut reden. Es fällt ihm nicht schwer, die Gutsbesitzer im Namen der Kapitalistenregierung zu „beschützen“.

Nun, und was sollen die Bauern im Lande tun? Ob der Akkermaner Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Lage nicht doch richtiger einschätzt, wenn er davon spricht, daß „freiwillige Vereinbarungen nicht erzielt werden können“?

„Prawda“ Nr. 38, 5. Mai (22. April) 1917. Nach dem Text der „Prawda“.

RESOLUTION DES ZENTRALKOMITEES
DER SDAPR(B), ANGENOMMEN AM MORGEN DES
22. APRIL (5. MAI) 1917

Die politische Krise, die zwischen dem 19. und 21. April ausgebrochen war, muß – zumindest in ihrem ersten Stadium – als abgeschlossen betrachtet werden.

Empört über die Kapitalisten, schwankte die kleinbürgerliche Masse – zunächst von den Kapitalisten zu den Arbeitern hin; einen Tag später aber folgte sie von neuem den menschwistischen und volkstümmlerischen Führern, die eine Politik des „Vertrauens“ zu den Kapitalisten und der „Verständigung“ mit ihnen betreiben.

Die genannten Führer ließen sich auf einen Kompromiß ein, sie gaben alle ihre Positionen restlos preis und begnügten sich mit den absolut hohlen und nichtssagenden Ausflüchten der Kapitalisten.

Die Ursachen der Krise sind nicht beseitigt, und eine Wiederholung ähnlicher Krisen ist unvermeidlich.

Das Wesen der Krise ist: Die kleinbürgerliche Masse schwankt hin und her zwischen dem alten, jahrhundertelangen Vertrauen zu den Kapitalisten und der Erbitterung über sie, dem Bestreben, sich dem revolutionären Proletariat anzuvertrauen.

Die Kapitalisten ziehen den Krieg in die Länge und verbergen diese Tatsache durch Phrasen. Das revolutionäre Proletariat allein kann und wird die Beendigung des Krieges durch die proletarische Weltrevolution herbeiführen, die bei uns zusehends heranreift, die auch bei den Deutschen immer mehr heranreift und in einer Reihe anderer Länder näherückt.

Die Losung „Nieder mit der Provisorischen Regierung“ ist im Augenblick deshalb falsch, weil eine solche Losung, wenn nicht eine feste (d. h.

bewußte und organisierte) Mehrheit des Volkes auf seiten des revolutionären Proletariats steht, entweder eine Phrase ist oder objektiv auf abenteuerliche Versuche hinausläuft.

Wir werden erst dann für den Übergang der Macht in die Hände der Proletarier und Halbproletarier sein, wenn die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sich zu unserer Politik bekannt haben und gewillt sind, diese Macht in ihre Hände zu nehmen.

Die Organisation unserer Partei, der Zusammenschluß der proletarischen Kräfte hat sich in den Tagen der Krise offenkundig als unzureichend erwiesen.

Die Losungen der Stunde sind: 1. *Aufklärung* über die proletarische Linie und den proletarischen Weg zur Beendigung des Krieges; 2. *Kritik* an der kleinbürgerlichen Politik des Vertrauens und des Paktierens mit der Kapitalistenregierung; 3. Propaganda und Agitation von Gruppe zu Gruppe in jedem Regiment, in jedem Betrieb, besonders unter der rückständigsten Masse, den Dienstboten, Hilfsarbeitern usw., denn besonders auf diese versuchte sich die Bourgeoisie in den Tagen der Krise zu stützen; 4. *Organisierung, Organisierung* und noch einmal *Organisierung* des Proletariats: in jedem Betrieb, in jedem Bezirk, in jedem Häuserblock.

Den Beschluß des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vom 21. April, wonach alle Straßenversammlungen und Kundgebungen für die Dauer von zwei Tagen untersagt werden, müssen sämtliche Mitglieder unserer Partei unbedingt befolgen. Das ZK hat bereits gestern früh eine Resolution, die es heute in der „Prawda“ abdruckt, verbreitet, in der es heißt, daß „in einem solchen Augenblick jeder Gedanke an einen Bürgerkrieg sinnlos und absurd ist“, daß die Demonstrationen nur friedlichen Charakter tragen dürfen und daß die Verantwortung für Gewalttätigkeiten auf die Provisorische Regierung und ihre Anhänger fällt.* Deshalb hält unsere Partei den ganzen obengenannten Beschluß des Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten (insbesondere gegen bewaffnete Demonstrationen und das In-die-Luft-Schießen) für einen durchaus richtigen Beschluß, der *unbedingt zu befolgen* ist.

Wir fordern alle Arbeiter und Soldaten auf, die Ergebnisse der Krise der letzten zwei Tage sorgfältig zu erörtern und in den Sowjet der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 189. Die Red.

Arbeiter- und Soldatendeputierten und in das Exekutivkomitee nur solche Genossen zu delegieren, die den Willen der Mehrheit zum Ausdruck bringen. In all den Fällen, wo der Delegierte nicht die Meinung der Mehrheit zum Ausdruck bringt, müssen in den Fabriken und Kasernen Neuwahlen vorgenommen werden.

„Prawda“ Nr. 39,
6. Mai (23. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE LEHREN DER KRISE

Petrograd und ganz Rußland haben eine ernste politische Krise durchgemacht, die erste politische Krise nach der Revolution.

Am 18. April nahm die Provisorische Regierung ihre zu trauriger Berühmtheit gelangte Note an, die die annexionistisch-räuberischen Kriegsziele so deutlich bestätigte, daß sie die Empörung der breiten Massen hervorrief, die an den Willen (und die Fähigkeit) der Kapitalisten, „auf Annexionen zu verzichten“, ehrlich geglaubt hatten. Am 20. und 21. April war Petrograd in Wallung. Die Straßen waren voller Menschen; überall, Tag und Nacht, bildeten sich Gruppen und Grüppchen, wurden größere und kleinere Versammlungen abgehalten; Massenkundgebungen und Demonstrationen folgten einander. Gestern, am 21. April abends, hat die Krise, oder zumindest ihre erste Etappe, anscheinend ihr Ende gefunden: das Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und dann auch der Sowjet selber haben die „Erläuterungen“, die Berichtigungen zur Note, die „Kommentare“ der Regierung (die nichts sind als absolut hohle, absolut nichtssagende, nichts ändernde und zu nichts verpflichtende Phrasen) für befriedigend und den „Zwischenfall“ für „erledigt“ erklärt.

Ob auch die breiten Massen den „Zwischenfall“ als „erledigt“ ansehen, wird die Zukunft zeigen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, die *Kräfte*, die Klassen, die in der Krise zutage traten, aufs aufmerksamste zu untersuchen und daraus Lehren für die Partei des Proletariats zu ziehen. Denn die große Bedeutung jeder Krise besteht darin, daß sie das Verborgene offenkundig macht, das Bedingte, Oberflächliche, Kleinliche beiseite schiebt, den politischen Schutt wegräumt, die wahren Triebfedern des wirklich vor sich gehenden *Klassenkampfes* aufdeckt.

Die Kapitalistenregierung hat mit ihrer Note vom 18. April eigentlich nur ihre früheren Noten wiederholt, in denen der imperialistische Krieg

durch diplomatische Floskeln verhüllt wurde. Die Soldatenmassen gerieten in Empörung, denn sie hatten an die Aufrichtigkeit und Friedensliebe der Kapitalisten ehrlich geglaubt. Die Demonstrationen begannen als *Soldatendemonstrationen* mit der widerspruchsvollen, nicht durchdachten, zu nichts führenden Losung „Nieder mit Miljukow“ (als ob ein Wechsel von Personen oder Gruppen etwas am *Wesen* der Politik ändern könnte!).

Das bedeutet, daß die breite, unbeständige, schwankende Masse, die der Bauernschaft am nächsten steht, nach der wissenschaftlich-klassenmäßigen Kennzeichnung die kleinbürgerliche Masse, von den Kapitalisten *hinweg* zu den revolutionären Arbeitern *hin* schwankte. Eben dieses Schwanken oder diese Bewegung der Masse, die stark genug ist, *alles* zu *entscheiden*, hat die Krise verursacht.

Daraufhin begannen sofort *nicht* die mittleren, sondern die extremen Elemente, *nicht* die kleinbürgerlichen Zwischenschichten, sondern die Bourgeoisie und das Proletariat in Bewegung zu geraten, auf die Straße zu gehen und sich zu organisieren.

Die Bourgeoisie besetzt den Newski-Prospekt – den „Miljukow“-Prospekt, wie eine Zeitung sich ausdrückte – und die benachbarten Stadtteile des reichen Petrograds, des Petrograds der Kapitalisten und Beamten. Die Offiziere, die Studenten, die „Mittelklassen“ demonstrieren für die Provisorische Regierung; eine der Losungen auf den Transparenten ist häufig: „Nieder mit Lenin“.

Das Proletariat, organisiert um die Parolen und Losungen des Zentralkomitees unserer Partei, erhebt sich in *seinen* Zentren, in den Arbeitervorstädten. Das ZK nimmt am 20. und 21. April Resolutionen an, die durch den Apparat der Organisation sofort den Massen des Proletariats übermittelt werden. Die Arbeiterkundgebungen überfluten die *nicht* reichen, weniger zentral gelegenen Stadtviertel, dringen dann teilweise zum Newski-Prospekt vor. Durch ihren Massencharakter und ihre größere Einmütigkeit unterscheiden sich die Demonstrationen der Proletarier beträchtlich von denen der Bourgeoisie. Die Transparente tragen u. a. die Aufschrift „Alle Macht dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten.“

Auf dem Newski-Prospekt kommt es zu einem Zusammenstoß. Die Transparente der „feindlichen“ Demonstrationen werden zerrissen. Das Exekutivkomitee wird von mehreren Stellen telefonisch davon unter-

richtet, daß von beiden Seiten geschossen worden sei, daß es Tote und Verwundete gegeben habe; die Meldungen hierüber sind äußerst widerspruchsvoll und nicht bestätigt.

Die Bourgeoisie zeigt ihren Schrecken davor, daß die wirklichen Massen, die wirkliche Mehrheit des Volkes, die Macht in die Hand nehmen könnten, indem sie ein Geschrei über das „Gespenst des Bürgerkriegs“ anstimmt. Die kleinbürgerlichen Führer des Sowjets, die Menschewiki und Volkstümler, die weder nach der Revolution überhaupt noch insbesondere in den Tagen der Krise eine parteimäßig klar bestimmte Linie gehabt haben, lassen sich einschüchtern. Im Exekutivkomitee, in dem am Vorabend die Zahl der Stimmen gegen die Provisorische Regierung fast die Hälfte erreicht hatte, werden 34 (gegen 19) Stimmen für die Rückkehr zur Politik des Vertrauens zu den Kapitalisten und des Paktierens mit ihnen abgegeben.

Der „Zwischenfall“ wird für „erledigt“ erklärt.

Worin liegt das *Wesen* des Klassenkampfes? Die Kapitalisten sind für die Verlängerung des Krieges, für die Verschleierung dieser Tatsache durch Phrasen und Versprechungen; sie haben sich in den Netzen des russischen, des englisch-französischen und des *amerikanischen* Bankkapitals verstrickt. Das Proletariat, in Gestalt seiner klassenbewußten Vorhut, ist für den Übergang der Macht in die Hände der revolutionären Klasse, der Arbeiterklasse und der Halbproletarier, für die Entfaltung der proletarischen Weltrevolution, die zusehends auch in Deutschland heranreift, für die Beendigung des Krieges durch eben eine *solche* Revolution.

Die breite, vorwiegend kleinbürgerliche Masse, die den menschwistischen und volkstümlerischen Führern noch glaubt, die von der Bourgeoisie völlig eingeschüchtert ist und mit gewissen Vorbehalten *deren* Linie durchführt, schwankt bald nach rechts, bald nach links.

Der Krieg ist grauenvoll; gerade die breite Masse empfindet das am schwersten; gerade in ihren Reihen reift die – bei weitem noch nicht klare – Erkenntnis heran, daß dieser Krieg ein Verbrechen ist, daß er geführt wird, weil die Kapitalisten miteinander rivalisieren und einander in den Haaren liegen, um der Aufteilung *ihrer* Beute willen. Die Weltlage wird immer verworrener. *Es gibt keinen anderen Ausweg* als die proletarische Weltrevolution, die zur Zeit in Rußland gegenüber anderen Ländern am weitesten vorgeschritten ist, aber auch in Deutschland

(Streiks, Verbrüderung) zusehends heranreift. Und die Masse schwankt: zwischen dem Vertrauen zu ihren alten Herren, den Kapitalisten, und der Erbitterung über sie; zwischen dem Vertrauen zu der neuen Klasse, die allen Werktätigen den Weg in eine lichte Zukunft eröffnet, zu der einzigen konsequent revolutionären Klasse, dem Proletariat, und der mangelhaften Erkenntnis seiner welthistorischen Rolle.

Es ist das nicht das erste *und nicht das letzte* Schwanken der kleinbürgerlichen und halbproletarischen Masse!

Die Lehre ist klar, Genossen Arbeiter! Die Zeit drängt. Der ersten Krise werden andere folgen. Setzt *alle* Kräfte ein, um die Rückständigen aufzuklären, um überall kameradschaftlich, unmittelbar (nicht nur in Meetings) mit jedem Regiment, mit jeder Gruppe der noch nicht sehend gewordenen werktätigen Schichten Verbindung aufzunehmen! Setzt *alle* Kräfte ein, um euch selber zusammenzuschließen, um die Arbeiter von unten bis oben, in jedem Bezirk, in jeder Fabrik, in jedem Häuserblock der Hauptstadt und ihrer Vororte zu organisieren! Laßt euch *nicht* beirren, weder durch die kleinbürgerlichen, sich mit den Kapitalisten „verständigenden“ Politiker, die Vaterlandsverteidiger, die Anhänger der Politik der „Unterstützung“, noch durch Einzelpersonen, die geneigt sind, sich zu übereilen und noch bevor sich die Mehrheit des Volkes fest zusammengeschlossen hat, auszurufen: „Nieder mit der Provisorischen Regierung!“ Die Krise läßt sich nicht durch Gewalttätigkeiten einzelner Personen gegen andere überwinden, nicht durch Teilaktionen kleiner Gruppen bewaffneter Leute, nicht durch blanquistische Versuche, „die Macht zu ergreifen“, nicht durch die „Verhaftung“ der Provisorischen Regierung usw.

Die Losung der Stunde ist: Erläutert exakter, klarer, in breiteren Kreisen die Linie des Proletariats, seinen Weg zur Beendigung des Krieges. Organisiert euch fester, in breiterem Maße, allerorts in proletarischen Reihen und Kolonnen! Schart euch um eure Sowjets, bemüht euch, innerhalb dieser Sowjets durch kameradschaftliche Überzeugung und durch Neuwahl einzelner Mitglieder die Mehrheit um euch zu sammeln!

Geschrieben am 22. April (5. Mai) 1917.

Veröffentlicht am 6. Mai (23. April) 1917 Nach dem Text der „Prawda“ in der „Prawda“ Nr. 39.

WIE VERWIRRT MAN EINE KLARE FRAGE?

Der „Den“ schreibt heute aus Anlaß der Resolution des ZK vom 20. April, in der von der Notwendigkeit des Übergangs der Macht in die Hände des revolutionären Proletariats *„mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes“* die Rede ist, folgendes:

„Sehr einfach, was aber hält euch noch? Anstatt Resolutionen abzufassen, kommt und übernehmt die Macht.“

Da haben wir ein typisches Muster der üblichen Methoden der bürgerlichen Presse! Man tut so, als verstünde man die klarsten Dinge nicht, und sichert sich – auf dem Papier – einen leichten Sieg. Wer da sagt: „Übernehmt die Macht“, der kann, wenn er nur ein klein wenig nachdenkt, erkennen, daß der Versuch, die Macht zu ergreifen, Abenteuerertum oder Blanquismus wäre (die „Prawda“ hat besonders, ausdrücklich, eindeutig, klar, unmißverständlich davor gewarnt), *solange* die Unterstützung durch die Mehrheit des Volkes *nicht* Tatsache ist.

In Rußland besteht jetzt eine solche Freiheit, daß der Wille der Mehrheit durch die Zusammensetzung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten festgestellt werden *kann*; also muß die proletarische Partei, will sie ernsthaft und nicht blanquistisch zur Macht gelangen, *um den Einfluß* innerhalb der Sowjets *kämpfen*.

Das alles ist in der „Prawda“ gesagt, immer wieder gesagt und durchgekaut worden, und nur Schwachsinn oder böser Wille kann das „nicht verstehen“. Mag der Leser selber urteilen, zu welcher dieser beiden wenig ehrbaren Kategorien die „Rabotschaja Gaseta“ gehört, die die „Aufforderung“ (an den Sowjet), „die Macht in seine Hände zu nehmen“, als „unverantwortliche Hetze“ bezeichnet, als „eine Demagogie,

bar jedes politischen Verantwortungsgefühls, die leichten Herzens die Demokratie zum Bürgerkrieg aufruft, die die Arbeiter und Soldaten schon nicht mehr allein gegen die Regierung, sondern auch gegen den Sowjet selber aufwiegelt“ usw.

Kann man sich eine größere Konfusion vorstellen, kann man in plumperer Weise die eigene Demagogie anderen vorwerfen?

Ministerpräsident Lwow hat nach dem Bericht der Abendausgabe der „Birshewyje Wedomosti“⁶⁸ vom 21. April wörtlich folgendes ausgeführt:

„Bisher fand die Provisorische Regierung stets die Unterstützung des leitenden Organs, des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. In den letzten zwei Wochen haben sich diese Beziehungen geändert. Die Provisorische Regierung wird verdächtigt. Unter solchen Bedingungen ist es ihr ganz und gar unmöglich, den Staat zu regieren, da es in einer Atmosphäre des Mißtrauens und der Unzufriedenheit schwer ist, irgend etwas zu tun. Unter solchen Bedingungen ist es am besten, die Provisorische Regierung dankt ab. Sie ist sich der auf ihr lastenden Verantwortung dem Vaterland gegenüber zu sehr bewußt, und zu seinem Wohle ist sie bereit, sofort zurückzutreten, falls dies erforderlich ist.“

Ist das nicht klar? Ist es möglich, nicht zu begreifen, weshalb unser ZK nach einer solchen Rede die Befragung der Bevölkerung vorschlug?

Was hat das mit „Bürgerkrieg“ zu tun, mit „Aufwiegelung“, „Demagogie“ und anderen schrecklichen Worten, wenn der Ministerpräsident erklärt, daß er bereit sei, „zurückzutreten“??? Wenn er den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten als das „leitende Organ“ anerkannt hat???

Entweder – oder. Entweder die „Rabotschaja Gaseta“ nimmt an, daß Lwow mit solchen oder ähnlichen Erklärungen das Volk betrügt – dann darf sie nicht zum Vertrauen und zur Unterstützung aufrufen, sondern muß *Mißtrauen und Verweigerung der Unterstützung* fordern. Oder die „Rabotschaja Gaseta“ nimmt an, daß Lwow tatsächlich „bereit ist zurückzutreten“ – warum dann aber das Geheul über den Bürgerkrieg?

Wenn die „Rabotschaja Gaseta“ die Sachlage richtig erfaßt, wenn sie begreift, daß die Kapitalisten mit ihrem Geschrei über Bürgerkrieg zu verbergen suchen, daß sie durch Gewaltanwendung den Willen der Mehrheit sabotieren wollen, warum dann das ganze Gezeter dieser Zeitung?

Lwow hat das Recht, dem Sowjet vorzuschlagen, seine, Lwows, Politik

zu billigen und zu akzeptieren. Unsere Partei hat das Recht, dem Sowjet vorzuschlagen, unsere, die proletarische Politik zu billigen und zu akzeptieren. Von „Aufwiegelung“ und ähnlichem zu reden heißt völliges Unverständnis für die Tatsachen an den Tag legen oder eben zu niederträchtiger Demagogie hinabsinken. Wir haben das Recht, um den Einfluß und um die Mehrheit im Sowjet und in den Sowjets zu kämpfen, und wir werden darum kämpfen. Und wir wiederholen:

*„Wir werden erst dann für den Übergang der Macht in die Hände der Proletarier und Halbproletarier sein, wenn die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sich zu unserer Politik bekannt haben und gewillt sind, diese Macht in ihre Hände zu nehmen.“**

Geschrieben am 22. April (5. Mai) 1917.

Veröffentlicht am 6. Mai (23. April) 1917 Nach dem Text der „Prawda“ in der „Prawda“ Nr. 39.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 199. Die Red.

WAS DIE KAPITALISTEN UND WAS DIE PROLETARIER UNTER „SCHMACH“ VERSTEHEN

Das heutige „Jedinstwo“ veröffentlicht an erster Stelle in Fettdruck einen Aufruf, der von den Herren Plechanow und Deutsch wie auch von Frau Sassulitsch unterzeichnet ist. In diesem Aufruf lesen wir:

„Jedes Volk hat das Recht, über sein Schicksal frei zu verfügen. Wilhelm von Deutschland und Karl von Österreich werden damit niemals einverstanden sein. Indem wir gegen sie Krieg führen, verteidigen wir sowohl unsere eigene als auch die fremde Freiheit. Rußland kann seine Verbündeten nicht verraten. Es würde sich mit Schmach bedecken ...“

So urteilen alle Kapitalisten. Als Schmach betrachten sie die Nichteinhaltung von Verträgen *zwischen* den Kapitalisten, wie die Monarchen die Nichterfüllung von Verträgen zwischen den Monarchen für eine Schmach halten.

Und die Arbeiter? Halten sie es auch für eine Schmach, wenn Verträge, die von Monarchen und Kapitalisten geschlossen wurden, nicht erfüllt werden?

Natürlich nicht! Die klassenbewußten Arbeiter sind für die Zerreißung *aller* derartigen Verträge, für die Anerkennung lediglich solcher Abkommen, die, *zwischen den Arbeitern und Soldaten aller* Länder getroffen, für das Volk – d. h. nicht für die Kapitalisten, sondern für die Arbeiter und armen Bauern – vorteilhaft sind.

Zwischen den Arbeitern aller Länder *besteht* ein anderer Vertrag, nämlich das Baseler Manifest von 1912 (das auch Plechanow unterzeichnet und ... verraten hat). Dieser „Vertrag“ der Arbeiter bezeichnet es als „Verbrechen“, wenn die Arbeiter der verschiedenen Länder um der Kapitalistenprofite willen aufeinander schießen.

Die Mitarbeiter des „Jedinstwo“ urteilen wie Kapitalisten („Retsch“ u. a. urteilen genauso), nicht aber wie Arbeiter.

Es ist völlig richtig, daß weder der deutsche noch der österreichische Monarch mit der Freiheit jedes Volkes einverstanden sein werden, denn sie beide sind gekrönte Räuber ebenso wie Nikolaus II. Aber erstens sind auch der englische und der italienische und die übrigen Monarchen (die „Verbündeten“ Nikolaus' II.) nicht um ein Haar besser. Das vergessen heißt Monarchist oder ein Anwalt der Monarchisten werden.

Zweitens haben sich die *nicht* gekrönten Räuber, d. h. die Kapitalisten, im gegenwärtigen Krieg keineswegs besser gezeigt als die Monarchen. Hat denn die amerikanische „Demokratie“ – d. h. die demokratischen Kapitalisten – nicht die Philippinen ausgeraubt, und plündert sie nicht Mexiko aus?

Die deutschen Gutschkow und Miljukow wären, falls sie Wilhelm II. ablösten, *auch* Räuber, sie wären auch nicht besser als die englischen und die russischen Kapitalisten.

Drittens, werden die russischen Kapitalisten „einverstanden“ sein mit der „Freiheit“ der von ihnen unterdrückten Völker: Armeniens, Chiwas, der Ukraine, Finnlands?

Indem sie diese Frage umgehen, werden die Mitarbeiter des „Jedinstwo“ in Wirklichkeit zu Verteidigern der „eigenen“ Kapitalisten in ihrem räuberischen Krieg gegen andere Kapitalisten.

Die internationalistischen Arbeiter der ganzen Welt sind für den Sturz *aller* kapitalistischen Regierungen, für die Ablehnung jedes Paktierens oder jeder Verständigung mit jeglichen Kapitalisten, für einen *allgemeinen*, von den *revolutionären Arbeitern aller Länder* zu schließenden *Frieden*, der wirklich geeignet ist, „jedem“ Volk die Freiheit zu sichern.

Geschrieben am 22. April (5. Mai) 1917.

Veröffentlicht am 6. Mai (23. April) 1917 Nach dem Text der „Prawda“.
in der „Prawda“ Nr. 39.

INTERVIEW MIT E. TORNIAINEN

AM 23. APRIL (6. MAI) 1917⁶⁹

Wir sind der Ansicht, daß der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gegenwärtig die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten vertritt. Wir (Bolschewiki) unsererseits kämpfen um den Einfluß und die Erringung der Mehrheit im Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und in allen örtlichen Sowjets. Wir schlagen den Arbeitern und Soldaten vor, in allen Fällen, wo die Delegierten dem Willen der Mehrheit nicht voll entsprechen, Neuwahlen vorzunehmen.

Einstweilen folgt die Mehrheit des Sowjets den Führern der Volkstümmler und Menschewiki.

Insofern hinter dem Sowjet eine erhebliche und starke Mehrheit der Arbeiter und Soldaten stehen wird, zweifeln wir nicht daran, daß er die Macht behaupten kann. Und das um so mehr, als diese Macht nicht zur Verlängerung des Krieges, sondern zu dessen schneller Beendigung unter den für die Volksmassen vorteilhaftesten Bedingungen führen würde. Wir sind auch der Ansicht, daß der Sowjet, der eine von den Arbeitern und Soldaten gewählte Institution darstellt, unbedingt die erdrückende Mehrheit der Arbeiter und Soldaten für sich gewinnen kann.

Ob die Regierung der Kapitalisten imstande sein wird, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung abzulehnen, wird von der Entwicklung und der Stärke der Konterrevolution abhängen; Elemente dieser Konterrevolution sind zweifellos bereits vorhanden.

Ob der Krieg durch einen wirklich demokratischen Frieden beendet werden wird, hängt vom Verlauf der internationalen proletarischen Revolution ab, die in Rußland bereits jetzt eine günstige Position hat und die zweifellos auch in Deutschland heranreift (Massenstreiks, Verbrüderung).

„Työmies“ Nr. 122, 8. Mai 1917.

*In russischer Sprache zuerst veröffentlicht
1926 in: N. Lenin (W. Ulljanow),
Gesammelte Werke, Band XX, 2. Halbband.*

*Nach dem Text der
Zeitung „Työmies“.*

UNKLUGE SCHADENFREUDE

Die „Rabotschaja Gaseta“ frohlockt über die letzte Resolution des ZK, die (im Zusammenhang übrigens mit der bereits veröffentlichten Erklärung der Vertreter der bolschewistischen Sowjetfraktion) gewisse Unstimmigkeiten innerhalb unserer Partei offenbart.

Mögen die Menschewiki frohlocken. Uns wird das nicht beirren. Haben doch die Menschewiki gar keine Organisation. Da sind erstens Tschcheidse und Zereteli, das sind Minister ohne Portefeuille; zweitens, das Organisationskomitee, das sind Sozialdemokraten ohne Linie; drittens, die „Vaterlandsverteidiger“, diese sind für Plechanow; viertens, Martow, er wird für die Anleihe nicht zu haben sein. Was Wunder, daß Leute ohne Organisation, ohne Partei, leichten Herzens Freudensprünge machen, weil sich in einer fremden Organisation ein Mangel gezeigt hat.

Wir brauchen die Wahrheit nicht zu fürchten. Jawohl, Genossen Arbeiter, die Krise hat Mängel unserer Organisation offenbart. An die Arbeit, um sie zu beseitigen!

Die Krise hat sehr schwache Versuche offenbart, „ein klein wenig linker“ als unser ZK zu steuern.⁷⁰ Unser ZK war damit nicht einverstanden, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß das Einvernehmen in unserer Partei bereits wiederhergestellt wird, und zwar ein freiwilliges, bewußtes, vollständiges Einvernehmen.

Die Richtigkeit unserer Linie wird mit jedem Tag von neuem bestätigt. Für ihre einmütige Durchführung brauchen wir eine *dreimal* bessere Organisation der proletarischen Massen als die jetzige. In jedem Bezirk, in jeder Straße, in jedem Betrieb, in jeder Kompanie muß eine starke, festgefügte Organisation bestehen, die *wie ein Mann* zu handeln vermag.

Von jeder solchen Organisation müssen direkte Fäden zum Zentrum, zum ZK führen, und diese Fäden müssen stark sein, damit der Feind sie nicht im ersten Ansturm zerreißen kann; diese Fäden müssen dauernd bestehen, müssen täglich, stündlich gefestigt und überprüft werden, *damit der Feind uns nicht überrumpeln kann.*

Genossen Arbeiter! Laßt uns sofort, von unten auf, überall eine starke proletarische Massenorganisation schaffen, sowohl unter den Arbeitermassen als auch unter den Truppen. Lassen wir uns nicht beirren durch die Schadenfreude der Feinde, fürchten wir uns nicht vor einzelnen Fehlern und Mängeln. Wir werden sie beseitigen. Die Zukunft ist unser.

„Prawda“ Nr. 40,
8. Mai (25. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

SIEBENTE GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ
DER SDAPR(B) (APRILKONFERENZ)⁷¹

24.-29. April (7.-12. Mai) 1917

1

ERÖFFNUNGSREDE

24. APRIL (7. MAI)

Genossen, unsere Konferenz tritt als erste Konferenz der proletarischen Partei zu einer Zeit zusammen, in der nicht nur die russische Revolution Tatsache ist, sondern auch die internationale Revolution heranreift. Es kommt jetzt die Zeit, wo die These der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus wie auch die einstimmige Voraussage der auf dem Baseler Kongreß versammelten Sozialisten, daß der Weltkrieg unvermeidlich zur Revolution führt, sich überall bewahrheitet.

Im 19. Jahrhundert haben Marx und Engels, die die proletarische Bewegung der verschiedenen Länder verfolgten und die möglichen Perspektiven der sozialen Revolution erforschten, wiederholt gesagt, daß die Rollen dieser Länder im allgemeinen proportional, entsprechend ihren jeweiligen nationalen geschichtlichen Besonderheiten verteilt sein werden. Diesen Gedanken drückten sie, kurz gefaßt, so aus: Der französische Arbeiter wird beginnen, der deutsche vollenden.

Dem russischen Proletariat wurde die große Ehre zuteil, zu beginnen, es darf aber nicht vergessen, daß seine Bewegung und seine Revolution nur ein Teil der internationalen revolutionären proletarischen Bewegung sind, die, wie zum Beispiel in Deutschland, von Tag zu Tag stärker und stärker wird. Nur unter diesem Gesichtswinkel können wir unsere Aufgaben bestimmen.

Ich erkläre die Gesamtrussische Konferenz für eröffnet und bitte, zur Wahl des Präsidiums zu schreiten.

*Ein kurzer Bericht wurde am 12. Mai
(29. April 1917) im „Sozial-Demokrat“
Nr. 43 veröffentlicht.*

*Zuerst vollständig veröffentlicht 1921 in:
N. Lenin (W. Uljanow), Gesammelte
Werke, Band XIV, 2. Halbband.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

2

REFERAT ZUR POLITISCHEN LAGE
24. APRIL (7. MAD)

Genossen, um klarzulegen, wie die gegenwärtige politische Lage zu beurteilen ist, werde ich ein außerordentlich umfangreiches Thema behandeln müssen, das, soweit ich sehen kann, in drei Teile zerfällt: erstens die Beurteilung der eigentlichen politischen Lage bei uns in Rußland, die Stellung zur Regierung und zur Doppelherrschaft, die sich herausgebildet hat; zweitens die Stellung zum Krieg, und drittens die gegenwärtige internationale Situation der Arbeiterbewegung, die sie, im Weltmaßstab gesprochen, unmittelbar vor die sozialistische Revolution stellt.

Ich glaube, auf einige Punkte werde ich nur kurz einzugehen brauchen. Anderseits habe ich Ihnen den Entwurf einer Resolution zu all diesen Fragen vorzulegen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß wir infolge unseres außerordentlichen Mangels an Kräften wie auch infolge der hier in Petrograd entstandenen politischen Krise die Resolution nicht diskutieren, ja nicht einmal rechtzeitig den örtlichen Organisationen übermitteln konnten. Ich wiederhole also, daß dies nur vorläufige Entwürfe sind, die die Arbeit in der Kommission erleichtern und es ihr ermöglichen sollen, sich auf einige besonders wesentliche Fragen zu konzentrieren.

Ich beginne mit der ersten Frage. Wenn ich nicht irre, so hat die Moskauer Konferenz dieselbe Resolution angenommen wie die Petrograder Stadtkonferenz. (Zwischenruf: „Mit Abänderungen“.) Ich habe diese Abänderungen nicht gesehen und kann darüber nicht urteilen. Da aber die Petrograder Resolution in der „Prawda“ veröffentlicht wurde, darf ich, wenn kein Widerspruch erfolgt, wohl annehmen, daß sie allen bekannt ist. Diese Resolution lege ich hiermit der Gesamtrussischen Konferenz als Entwurf vor.

Die Mehrheit der Parteien des kleinbürgerlichen Blocks, der den Petrograder Sowjet beherrscht, stellt unsere Politik, zum Unterschied von ihrer eigenen, als Politik der Überstürzung dar. Unsere Politik zeichnet sich dadurch aus, daß wir vor allem eine genaue Klassencharakteristik der Geschehnisse fordern. Die Hauptsünde des kleinbürgerlichen Blocks besteht darin, daß er die Wahrheit über den Klassencharakter der Regierung vor dem Volke mit Phrasen verschleiert.

Wenn die Moskauer Genossen Abänderungsanträge haben, könnten sie sie jetzt verlesen.

(Lenin verliest die Resolution der Petrograder Stadtkonferenz über die Stellung zur Provisorischen Regierung.)

„In der Erwägung:

1. daß die Provisorische Regierung ihrem Klassencharakter nach ein Organ der Herrschaft der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie ist;
2. daß diese Regierung und die durch sie vertretenen Klassen ökonomisch und politisch untrennbar mit dem russischen und dem englisch-französischen Imperialismus verbunden sind;
3. daß diese Regierung selbst das von ihr verkündete Programm nur unvollständig und nur unter dem Druck des revolutionären Proletariats und teilweise des Kleinbürgertums verwirklicht;
4. daß die sich organisierenden Kräfte der bürgerlichen und gutherrlichen Konterrevolution unter der Flagge der Provisorischen Regierung, unter offenkundiger Duldung seitens der letzteren bereits zum Angriff auf die revolutionäre Demokratie übergegangen sind;
5. daß die Provisorische Regierung die Ansetzung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung hinausschiebt, die allgemeine Bewaffnung des Volkes behindert, sich dem Übergang des gesamten Bodens in die Hände des Volkes widersetzt, ihm eine im Interesse der Gutsbesitzer liegende Methode zur Lösung der Agrarfrage aufzwingt, die Einführung des Achtstundentages sabotiert, der konterrevolutionären Agitation (Gutschkows und Co.) in der Armee Vorschub leistet, das höhere Offizierskorps gegen die Soldaten organisiert usw.“ ...

Ich habe den ersten Teil der Resolution verlesen, der eine Klassencharakteristik der Provisorischen Regierung enthält. Die Differenzen mit der Resolution der Moskauer sind, soweit man allein nach dem Wortlaut

der Resolution urteilen kann, kaum wesentlich, aber die allgemeine Charakterisierung der Regierung als konterrevolutionär scheint mir nicht richtig zu sein. Wenn man schon allgemein spricht, so muß man klarlegen, von welcher Revolution die Rede ist. Vom Standpunkt der bürgerlichen Revolution kann man das nicht sagen, da sie bereits beendet ist. Vom Standpunkt der proletarisch-bäuerlichen Revolution ist es verfrüht, das zu sagen, da man nicht sicher sein kann, daß die Bauern unbedingt weitergehen werden als die Bourgeoisie, und besonders jetzt, wo die Bauernschaft sich dem Imperialismus und der Vaterlandsverteidigung, d. h. der Unterstützung des Krieges, zugewandt hat, ist es meines Erachtens unbegründet, zu behaupten, daß man der Bauernschaft sicher sei. Sie ist jetzt auf eine ganze Reihe von Abmachungen mit den Kadetten eingegangen. Deshalb halte ich diesen Punkt der Resolution der Moskauer Genossen für politisch falsch. Wir wollen, daß die Bauernschaft weitergehe als die Bourgeoisie, daß sie den Gutsbesitzern das Land wegnehme, aber jetzt ist es noch unmöglich, über ihr zukünftiges Verhalten etwas Bestimmtes zu sagen.

Wir vermeiden sorgfältig die Worte „revolutionäre Demokratie“. Wenn es sich um einen Angriff der Regierung handelt, dann kann man davon sprechen, jetzt aber verdeckt diese Phrase den größten Betrug, da es sehr schwer ist, die Klassen, die sich in diesem Chaos vermengen, auseinanderzuhalten. Unsre Aufgabe ist, diejenigen zu befreien, die im Nachtrab einhertrotten. Für uns sind die Sowjets nicht als Form wichtig, uns ist wichtig, welche Klassen diese Sowjets vertreten. Deshalb gilt es, eine langwierige Arbeit zur Hebung des proletarischen Bewußtseins zu leisten...

(Führt im Lesender Resolution fort.)

„6. daß diese Regierung sich zugleich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf das Vertrauen und, bis zu einem gewissen Grade, auf ein direktes Abkommen mit dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten stützt, der heute zweifellos die Mehrheit der Arbeiter und der Soldaten, d. h. der Bauernschaft, vereint;

7. daß jeder Schritt der Provisorischen Regierung sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik nicht nur den Proletariern und Halbproletariern in Stadt und Land, sondern auch breiten Schichten des Kleinbürgertums über den wahren Charakter dieser Regierung die Augen öffnen wird –

beschließt die Konferenz:

1. Damit die gesamte Staatsgewalt in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten oder anderer Organe übergehe, die unmittelbar den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, gilt es, eine langwierige Arbeit zur Hebung des proletarischen Klassenbewußtseins zu leisten und die Proletarier in Stadt und Land gegen die Schwankungen des Kleinbürgertums zu vereinen; nur eine solche Arbeit gibt eine wirkliche Gewähr für den erfolgreichen Vormarsch des gesamten revolutionären Volkes.

2. Um eine solche Arbeit leisten zu können, ist es notwendig, innerhalb der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten allseitig wirksam zu sein, ihre Zahl zu erhöhen, ihre Kraft zu verstärken, die proletarischen internationalistischen Gruppen unserer Partei innerhalb der Sowjets fest zusammenzuschließen.

3. Es ist notwendig, die eigenen sozialdemokratischen Kräfte in stärkerem Maße zu organisieren, damit der neue Aufstieg der revolutionären Bewegung sich unter dem Banner der revolutionären Sozialdemokratie vollzieht.“

Hier ist der springende Punkt unserer ganzen Politik. Das gesamte Kleinbürgertum schwankt jetzt und verdeckt sein Schwanken mit der Phrase von der revolutionären Demokratie, diesen Schwankungen aber müssen wir die proletarische Linie entgegensetzen. Diese Linie durch vorzeitige Aktionen zum Scheitern zu bringen, das wünschen die Konterrevolutionäre. Unsere Aufgaben sind: Erhöhung der Zahl der Sowjets, Verstärkung ihrer Kräfte, Zusammenschluß innerhalb unserer Partei.

Die Moskauer fügen im dritten Punkt die Kontrolle hinzu. Diese Kontrolle wird von Tschcheidse, Steklow, Zereteli und anderen Führern des kleinbürgerlichen Blocks vertreten. Kontrolle ohne Macht ist eine völlig leere Phrase. Wie soll ich England kontrollieren? Um es kontrollieren zu können, müßte man seine Flotte erobern. Ich verstehe, daß die unentwickelte Masse der Arbeiter und Soldaten, naiv und unaufgeklärt, an die Kontrolle glauben kann, aber es genügt, über die grundlegenden Momente der Kontrolle nachzudenken, um zu begreifen, daß ein solcher Glaube ein Abweichen von den Grundprinzipien des Klassenkampfes ist. Was ist Kontrolle? Wenn ich ein Papierchen oder eine Resolution

schreibe, so schreiben sie eine Gegenresolution. Um kontrollieren zu können, muß man die Macht haben. Wenn das der breiten Masse des kleinbürgerlichen Blocks unverständlich ist, dann muß man die Geduld haben, ihr das auseinanderzusetzen, darf ihr aber auf keinen Fall die Unwahrheit sagen. Wenn ich aber diese Grundbedingung durch die Kontrolle verdecke, dann sage ich die Unwahrheit und arbeite den Kapitalisten und Imperialisten in die Hände. – „Bitte sehr, kontrolliere mich, ich aber werde die Kanonen haben. Werde du satt durch die Kontrolle“, sagen sie. Sie wissen, daß man heute das Volk nicht abweisen kann. Ohne Macht ist die Kontrolle eine kleinbürgerliche Phrase, die den Gang und die Entwicklung der russischen Revolution hemmt. Darum eben wende ich mich gegen den dritten Punkt der Moskauer Genossen.

Was die eigenartige Verflechtung zweier Regierungsgewalten anbelangt, wo die Provisorische Regierung, ohne über die Macht, die Kanonen, die Soldaten und die bewaffnete Masse zu verfügen, sich auf die Sowjets stützt, die, einstweilen auf die Versprechungen vertrauend, eine Politik der Unterstützung dieser Versprechungen betreiben, so würde man Schiffbruch erleiden, wenn man sich an diesem Spiel beteiligen wollte. Unsere Aufgabe ist, diesem Spiel fernzubleiben, wir werden nach wie vor dem Proletariat die ganze Unhaltbarkeit dieser Politik klar machen, und jeder Schritt des wirklichen Lebens wird zeigen, wie recht wir haben. Wir sind jetzt in der Minderheit, die Massen glauben uns einstweilen nicht. Wir können warten: sie werden zu uns kommen, wenn die Regierung sich ihnen zeigen wird, wie sie ist. Die Schwankungen der Regierung werden sie abstoßen, und sie werden zu uns kommen, und dann werden wir, dem Kräfteverhältnis Rechnung tragend, sagen: Unsere Zeit ist gekommen.

Ich komme jetzt zur Frage des Krieges, in der wir uns praktisch zusammenfanden, als wir uns gegen die Anleihe wandten; die Stellung zu dieser Anleihe hat sofort augenfällig gezeigt, wie sich die politischen Kräfte verteilen. Wie die „Retsch“ schrieb, schwanken alle mit Ausnahme des „Jedinstwo“, die ganze kleinbürgerliche Masse ist mit Vorbehalten für die Anleihe. Die Kapitalisten machen eine süßsaure Miene, stecken mit einem Lächeln die Resolution in die Tasche und sagen: „Redet ihr nur, wir aber werden handeln“. In der ganzen Welt werden alle jene, die jetzt für die Anleihe stimmen, als Sozialchauvinisten bezeichnet.

Ich will nun unmittelbar die Resolution über den Krieg verlesen. Sie zerfällt in drei Teile: 1. die Charakterisierung des Krieges vom Standpunkt seiner Klassenbedeutung, 2. die Position der revolutionären Vaterlandsverteidigung unter den Massen, die sonst in keinem Lande anzutreffen ist, 3. wie ist der Krieg zu beenden?

Viele von uns, auch ich persönlich, hatten Gelegenheit, vor den Massen, besonders vor Soldaten, zu sprechen, und ich glaube, wenn man ihnen alles vom Klassenstandpunkt aus erklärt, so ist ihnen an unserer Position am wenigsten klar, wie wir den Krieg beenden wollen, in welcher Weise, unserer Ansicht nach, der Krieg beendet werden kann. Unter den breiten Massen herrscht eine Unmenge von Mißverständnissen, sie verstehen sehr oft unsere Position überhaupt nicht, darum müssen wir uns in diesem Punkt besonders populär ausdrücken.

(Verliest den Entwurf der Resolution über den Krieg.)

„Der gegenwärtige Krieg ist auf seiten beider Gruppen der kriegführenden Mächte ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, den die Kapitalisten um die Weltherrschaft, um die Aufteilung ihrer Beute, um vorteilhafte Märkte für das Finanz- und Bankkapital, um der Versklavung schwacher Völker willen führen.

Der Übergang der Staatsgewalt in Rußland von Nikolaus II. an die Regierung Gutschkow, Lwow u. a., an die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, hat an diesem Klassencharakter und dieser Klassenbedeutung des Krieges auf seiten Rußlands nichts geändert und konnte daran nichts ändern.

Besonders anschaulich ist die Tatsache, daß die neue Regierung den gleichen imperialistischen, d. h. räuberischen Eroberungskrieg führt, in folgendem zum Ausdruck gekommen: die neue Regierung hat nicht nur die Geheimverträge nicht veröffentlicht, die der Exzar Nikolaus II. mit den kapitalistischen Regierungen Englands, Frankreichs usw. abgeschlossen hat, sondern sie hat diese Verträge noch formell bestätigt. Das hat man getan, ohne nach dem Willen des Volkes zu fragen und in der offensichtlichen Absicht, es zu betrügen, denn es ist allgemein bekannt, daß diese Geheimverträge des Exzaren durch und durch räuberische Verträge sind, die den russischen Kapitalisten die Ausplünderung Chinas, Persiens, der Türkei, Österreichs usw. in Aussicht stellen.

Darum kann eine proletarische Partei, wenn sie nicht völlig mit dem Internationalismus, d. h. mit der brüderlichen Solidarität der Arbeiter aller Länder im Kampfe gegen das kapitalistische Joch brechen will, auf keinen Fall den jetzigen Krieg oder die jetzige Regierung oder ihre Anleihen unterstützen, welche prunkvollen Namen diese Anleihen auch haben mögen.

Keinerlei Vertrauen verdient auch das Versprechen der jetzigen Regierung, auf Annexionen, d. h. auf die Eroberung fremder Länder oder das gewaltsame Festhalten irgendwelcher Völkerschaften innerhalb der Grenzen Rußlands zu verzichten. Denn erstens können die Kapitalisten, die durch Tausende von Fäden mit dem russischen und dem englisch-französischen Bankkapital verflochten sind, die die Interessen des Kapitals vertreten, auf Annexionen in diesem Kriege nicht verzichten, ohne aufzuhören, Kapitalisten zu sein, ohne auf die Profite aus den in Anleihen, Konzessionen, Rüstungsbetrieben usw. angelegten Milliarden zu verzichten. Zweitens hat die neue Regierung, nachdem sie, um das Volk zu betrügen, den Verzicht auf Annexionen aussprach, durch den Mund Miljukows am 9. April 1917 in Moskau erklärt, daß sie keineswegs auf Annexionen zu verzichten gedenkt. Drittens hat Miljukow, wie das *‘Delo Naroda‘*, eine Zeitung, an der Minister Kerenski mitarbeitet, enthüllt, seine Erklärung über den Verzicht auf Annexionen nicht einmal ins Ausland gesandt.

Die Konferenz warnt das Volk vor den leeren Versprechungen der Kapitalisten und erklärt daher, daß man streng unterscheiden muß zwischen einem Verzicht auf Annexionen in Worten und einem Verzicht auf Annexionen in der Tat, d. h. der sofortigen Veröffentlichung aller geheimen Raubverträge, aller Dokumente der Außenpolitik, der sofortigen Inangriffnahme der weitestgehenden Befreiung aller Völkerschaften, die die Kapitalistenklasse, indem sie die unser Volk schändende Politik des Exzaren Nikolaus II. fortsetzt, unterjocht oder gewaltsam an Rußland kettet oder im Zustand der Rechtsungleichheit hält.“

Die zweite Hälfte dieses Teils der Resolution handelt von den Versprechungen, die die Regierung macht. Für einen Marxisten wäre dieser Teil vielleicht überflüssig, aber für das Volk ist das wichtig. Deshalb muß hinzugefügt werden, warum wir an diese Versprechungen nicht glauben, warum wir der Regierung nicht trauen dürfen. Die Versprechungen

der jetzigen Regierung, auf die imperialistische Politik verzichten zu wollen, verdienen keinerlei Vertrauen. Hier kann unsere Linie nicht darin bestehen, daß wir erklären, wir forderten von der Regierung die Veröffentlichung der Verträge. Das wäre eine Illusion. Derartiges von einer Regierung der Kapitalisten zu fordern, ist dasselbe, wie wenn wir von ihnen die Aufdeckung ihrer geschäftlichen Betrugereien forderten. Wenn wir sagen, man muß auf Annexionen und Kontributionen verzichten, so müssen wir auch erklären, wie das zu verwirklichen ist; und wenn man uns fragt, wer das tun soll, so werden wir sagen, daß dies, dem Wesen nach, ein revolutionärer Schritt ist; einen solchen Schritt kann nur das revolutionäre Proletariat tun. Sonst werden es nur leere Versprechungen, leere Wünsche bleiben, mit denen die Kapitalisten das Volk am Gängelband führen.

(Verliest den Resolutionsentwurf weiter.)

„Die Strömung der sogenannten ‚revolutionären Vaterlandsverteidigung‘, die jetzt in Rußland fast alle volkstümlicheren Parteien (Volkssozialisten, Trudowiki, Sozialrevolutionäre) und die opportunistische Partei der menschowistischen Sozialdemokraten (Organisationskomitee, Tschcheidse, Zereteli u. a.) sowie die Mehrheit der parteilosen Revolutionäre erfaßt hat, verkörpert ihrer Klassenbedeutung nach einerseits die Interessen und den Standpunkt des Kleinbürgertums, der Kleinbesitzer, der wohlhabenden Bauern, die gleich den Kapitalisten aus der Vergewaltigung schwacher Völker Gewinne ziehen – andererseits ist sie das Resultat der Tatsache, daß es den Kapitalisten, die die Geheimverträge nicht veröffentlichen und sich auf Versprechungen und schöne Redensarten beschränken, gelungen ist, die Volksmassen zu betrügen.

Es muß anerkannt werden, daß sehr breite Massen der ‚revolutionären Vaterlandsverteidiger‘ es ehrlich meinen, d. h. *tatsächlich* keine Annexionen, keine Eroberungen, keine Vergewaltigung schwacher Völker wünschen, *tatsächlich* einen demokratischen und keinen Gewaltfrieden zwischen *allen* kriegführenden Ländern anstreben. Das muß deshalb anerkannt werden, weil die Klassen der Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land (d. h. die Menschen, die ganz oder zum Teil vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten leben) infolge ihrer Klassensituation nicht am Profit der Kapitalisten interessiert sind.

Während die Konferenz daher feststellt, daß Zugeständnisse jeder Art

an die ‚revolutionäre Vaterlandsverteidigung‘ absolut unzulässig sind und in Wirklichkeit den völligen Bruch mit dem Internationalismus und Sozialismus bedeuten, erklärt sie gleichzeitig: Solange die russischen Kapitalisten und ihre Provisorische Regierung sich darauf beschränken, Gewaltanwendung gegen das Volk nur anzudrohen (z. B. der traurig-berühmte Erlaß Gutschkows, der Strafen androht, falls die Soldaten eigenmächtig ihre Vorgesetzten absetzen), solange die Kapitalisten *nicht* zur Gewaltanwendung gegen die sich frei organisierenden und frei *alle* und jegliche Behörden absetzenden und wählenden Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern-, Landarbeiter- usw. Deputierten übergegangen sind, solange wird unsere Partei den Verzicht auf die Gewalt überhaupt propagieren und gegen den schweren und verhängnisvollen Fehler der ‚revolutionären Vaterlandsverteidiger‘ ausschließlich mit den Methoden kameradschaftlicher Überzeugung ankämpfen, indem sie die Wahrheit klarlegt, daß die blinde Vertrauensseligkeit der breiten Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der schlimmsten Feinde des Friedens und des Sozialismus, im gegenwärtigen Zeitpunkt in Rußland das Haupthindernis für eine rasche Beendigung des Krieges ist.“

Ein Teil des Kleinbürgertums ist an dieser Politik der Kapitalisten interessiert, daran kann man nicht zweifeln, und darum darf die proletarische Partei jetzt nicht ihre Hoffnungen auf die Gemeinsamkeit der Interessen mit der Bauernschaft setzen. Wir kämpfen dafür, daß die Bauernschaft auf unsere Seite tritt, aber sie steht bis zu einem gewissen Grade bewußt auf der Seite der Kapitalisten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Proletariat und das Halbproletariat als Klasse kein Interesse am Kriege haben. Sie machen mit unter dem Einfluß der Traditionen und des Betrugs. Sie haben noch keine politische Erfahrung. Daraus folgt unsere Aufgabe – beharrliche Aufklärung. Wir machen ihnen nicht die geringsten grundsätzlichen Konzessionen, aber wir können an sie nicht herangehen wie an die Sozialchauvinisten. Diese Elemente der Bevölkerung waren nie sozialistisch, haben vom Sozialismus keine Ahnung, sie erwachen erst zum politischen Leben. Aber ihr Bewußtsein wächst und erweitert sich mit außergewöhnlicher Schnelligkeit. Man muß es verstehen, unsere Argumentation an sie heranzubringen, und das ist die schwierigste Aufgabe, besonders für eine Partei, die sich noch gestern in der Illegalität befand.

Manchem wird der Gedanke kommen, ob wir denn nicht uns selber verleugnen: haben wir doch die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg propagiert, und jetzt sprechen wir gegen uns selber. Aber in Rußland ist der erste Bürgerkrieg beendet, wir gehen jetzt zum zweiten Krieg über, dem Krieg zwischen dem Imperialismus und dem bewaffneten Volk, und in dieser Übergangsperiode, solange die bewaffnete Macht bei den Soldaten liegt, solange Miljukow und Gutschkow noch nicht Gewalt angewandt haben, verwandelt sich dieser Bürgerkrieg für uns in die friedliche, langwierige und geduldige Klassenpropaganda. Wenn wir vom Bürgerkrieg reden, noch ehe die Menschen seine Notwendigkeit begriffen haben, verfallen wir unzweifelhaft in Blanquismus. Wir sind für den Bürgerkrieg, aber nur dann, wenn er von einer sich ihrer selbst bewußt gewordenen Klasse geführt wird. Man kann den stürzen, der dem Volke als Gewalttäter bekannt ist. Jetzt sind aber keine Gewalttäter da, die Kanonen und Gewehre haben die Soldaten und nicht die Kapitalisten, die Kapitalisten suchen sich jetzt nicht mit Gewalt, sondern mit Betrug durchzusetzen, und jetzt schreien, daß man Gewalt anwenden müsse, ist unmöglich, ist Unsinn. Man muß verstehen, auf dem Standpunkt des Marxismus zu bleiben, der besagt, daß die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg auf objektiven und nicht subjektiven Bedingungen beruht. Wir verzichten vorläufig auf diese Lösung, aber nur vorläufig. Die Waffen haben jetzt die Soldaten und Arbeiter und nicht die Kapitalisten. Solange die Regierung den Krieg nicht begonnen hat, treiben wir eine friedliche Propaganda.

Für die Regierung wäre es vorteilhaft, wenn wir den ersten unbedachten Schritt zu einer Aktion machten, für sie wäre es vorteilhaft. Sie ist wütend, weil unsere Partei die Losung einer friedlichen Manifestation ausgegeben hat. Wir dürfen dem Kleinbürgertum, das sich jetzt abwartend verhält, kein Jota unserer Grundsätze opfern. Für eine proletarische Partei gibt es keinen gefährlicheren Fehler, als ihre Taktik auf subjektiven Wünschen aufzubauen, dort, wo Organisiertheit not tut. Zu sagen, daß die Mehrheit für uns ist, ist unmöglich; was wir im gegebenen Fall brauchen, ist Mißtrauen, Mißtrauen und nochmals Mißtrauen. Auf Wünsche die proletarische Taktik begründen heißt sie zum Mißerfolg verurteilen.

Der dritte Punkt bezieht sich auf die Frage, wie man den Krieg be-

enden kann. Der Standpunkt der Marxisten ist bekannt, aber die Schwierigkeit besteht darin, wie man ihn den Massen in der klarsten Form vermitteln soll. Wir sind keine Pazifisten und können einen revolutionären Krieg nicht ablehnen. Wodurch unterscheidet sich ein solcher von einem kapitalistischen Krieg? Vor allem dadurch, welche Klasse an ihm interessiert ist und welche Politik die interessierte Klasse in diesem Krieg betreibt... Wenn man vor die Massen hintritt, muß man ihnen konkrete Antworten geben. Also die erste Frage: wie soll man einen revolutionären Krieg von einem kapitalistischen unterscheiden? Der Mensch aus der Masse versteht nicht, worin hier der Unterschied besteht, daß hier von verschiedenen Klassen die Rede ist. Wir dürfen nicht nur theoretisch sprechen, sondern wir müssen praktisch zeigen, daß wir erst dann einen wirklich revolutionären Krieg führen, wenn das Proletariat die Macht hat. Mir scheint, daß eine solche Fragestellung eine anschaulichere Antwort auf die Frage gibt, was dies für ein Krieg ist und wer ihn führt.

In der „Prawda“ ist der Entwurf eines Aufrufs an die Soldaten aller kriegführenden Länder veröffentlicht worden.* Uns sind Mitteilungen über Verbrüderungen an der Front zugegangen, aber sie gehen noch halb spontan vor sich. Was der Verbrüderung fehlt, ist klares politisches Denken. Die Soldaten haben instinktiv empfunden, daß man von unten handeln muß, ihr Klasseninstinkt, der Klasseninstinkt revolutionär gestimmter Menschen, hat ihnen gesagt, daß nur hier der richtige Weg ist. Das genügt aber für die Revolution nicht. Wir wollen eine klare politische Antwort geben. Damit der Krieg beendet werden kann, muß die Macht in die Hände der revolutionären Klasse übergehen. Ich möchte vorschlagen, im Namen der Konferenz einen Aufruf an die Soldaten aller kriegführenden Länder zu richten und diesen Aufruf in allen Sprachen zu veröffentlichen. Wenn wir statt all der Gemeinplätze über Friedenskonferenzen, auf denen die Hälfte der Teilnehmer verkappte oder offene Agenten der imperialistischen Regierungen sind, einen solchen Aufruf verschicken, so wird uns das tausendmal rascher als alle Friedenskonferenzen zum Ziele führen. Wir wollen mit den deutschen Plechanows nichts zu tun haben. Als wir im Zug durch Deutschland fuhren, da wollten diese Herren Sozialchauvinisten, die deutschen Plechanows, zu uns in den Wagen steigen, wir aber antworteten ihnen, daß kein einziger

* Siehe den vorliegenden Band, S. 174–176. *Die Red.*

Sozialist ihrer Art zu uns hereinkommen würde, sollte das aber doch geschehen, so würden sie nicht ohne großen Skandal davonkommen. Hätte man z. B. Karl Liebknecht zu uns gelassen, so hätten wir mit ihm gesprochen. Wenn wir einen Aufruf an die Werktätigen aller Länder verbreiten und darin unsere Antwort auf die Frage geben, wie der Krieg zu beenden sei, und wenn die Soldaten unsere Antwort, die einen politischen Ausweg aus dem Krieg zeigt, lesen, dann wird die Verbrüderung mit Riesenschritten vorwärtsschreiten. Das ist notwendig, damit die Verbrüderung über die Stufe des instinktiven Abscheus vor dem Krieg hinausgelangt und übergeht in die klare politische Erkenntnis, wie man aus diesem Krieg herauskommen kann.

Ich komme zur dritten Frage, zur Einschätzung der gegenwärtigen Lage vom Standpunkt der Situation in der internationalen Arbeiterbewegung und des Zustands des internationalen Kapitalismus. Vom marxistischen Standpunkt aus ist es unsinnig, vom Imperialismus zu sprechen und dabei die Lage nur eines Landes zu sehen, während doch die kapitalistischen Länder aufs engste miteinander verknüpft sind. Und jetzt, während des Krieges, ist diese Verknüpfung noch unvergleichlich stärker. Die ganze Menschheit ist zu einem einzigen blutigen Knäuel verschlungen, und ein isoliertes Sichherauswinden ist nicht möglich. Wenn es auch mehr und weniger entwickelte Länder gibt, so hat doch der gegenwärtige Krieg sie alle derart miteinander verkettet, daß die Herauslösung eines einzelnen Landes unmöglich und unsinnig erscheint.

Wir sind alle darin einig, daß die Macht in den Händen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten liegen muß. Aber was können und sollen sie tun, wenn die Macht auf sie übergeht, d. h. wenn die Proletarier und Halbproletarier die Macht haben werden? Es entsteht eine komplizierte und schwierige Lage. Und wenn wir von der Übernahme der Macht sprechen, taucht da eine Gefahr auf, die schon in früheren Revolutionen eine große Rolle spielte: die revolutionäre Klasse nimmt die Staatsmacht in ihre Hände und weiß nicht, was sie damit anfangen soll. Beispiele von Revolutionen, die gerade hieran gescheitert sind, finden sich in der Geschichte der Revolutionen. Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die jetzt wie ein Netz ganz Rußland überziehen, stehen gegenwärtig im Mittelpunkt der ganzen Revolution; es scheint mir jedoch, daß wir sie noch nicht genügend begriffen und studiert haben.

Wenn sie die Macht in ihre Hände nehmen, dann wird das kein Staat im gewöhnlichen Sinne des Wortes mehr sein. Eine solche Staatsmacht – die sich längere Zeit gehalten hätte – hat es in der Welt noch nie gegeben, aber die ganze Arbeiterbewegung der Welt drängt zu ihr hin. Das wird eben ein Staat vom Typus der Pariser Kommune sein. Eine solche Macht ist eine Diktatur, d. h., sie stützt sich nicht auf das Gesetz, nicht auf den formalen Willen der Mehrheit, sondern direkt, unmittelbar auf die Gewalt. Die Gewalt ist ein Werkzeug der Macht. Auf welche Weise werden die Sowjets diese Macht anwenden? Werden sie wieder vermittels der Polizei, vermittels der alten Machtorgane regieren? Meines Erachtens können sie das nicht, und jedenfalls steht vor ihnen die unmittelbare Aufgabe, einen nichtbürgerlichen Staat zu errichten. Ich verglich unter Bolshewiki diesen Staat mit der Pariser Kommune in dem Sinne, daß sie die alten Verwaltungsorgane zerschlagen und sie durch völlig neue, direkte, unmittelbare Organe der Arbeiter ersetzt hat. Man wirft mir vor, im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Wort gebraucht zu haben, das die Kapitalisten ganz besonders erschreckt, da sie es als die Absicht auslegen, unmittelbar den Sozialismus einzuführen. Aber ich gebrauchte es lediglich im Sinne der Ersetzung der alten Organe durch neue, proletarische. Marx sagte, daß dies den größten Schritt der gesamten proletarischen Weltbewegung nach vorwärts bedeute.⁷² Die Frage der sozialen Aufgaben des Proletariats ist für uns von gewaltiger praktischer Bedeutung, einerseits, weil wir jetzt mit allen übrigen Ländern verkettet sind und aus diesem Knäuel nicht herauskönnen: entweder wird sich das Proletariat in seiner Gesamtheit losmachen, oder es wird erdrosselt werden; andererseits sind die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine Tatsache. Niemand wird bezweifeln, daß sie ganz Rußland erfaßt haben, sie sind eine Macht, und eine andere Macht kann es nicht geben. Wenn dem aber so ist, so müssen wir uns darüber klar werden, wie sie diese Macht gebrauchen können. Man sagt, diese Macht sei dieselbe wie in Frankreich und Amerika, aber dort ist nichts Derartiges vorhanden, eine solche unmittelbare Macht existiert dort nicht.

Die Resolution über die gegenwärtige Lage zerfällt in drei Teile. Im ersten wird die objektive Lage, wie sie durch den imperialistischen Krieg geschaffen wurde, die Lage, in die der Weltkapitalismus geraten ist, gekennzeichnet; im zweiten – die Situation der internationalen proletari-

schen Bewegung; und im dritten – die Aufgaben der russischen Arbeiterklasse bei der Machtübernahme. Im ersten Teil stelle ich fest, daß der Kapitalismus sich während des Krieges noch mehr entwickelte als vor dem Krieg. Er monopolisiert bereits ganze Industriezweige. Schon im Jahre 1891, vor 27 Jahren, als die Deutschen ihr Erfurter Programm annahmen, sagte Engels, daß man den Kapitalismus nicht mehr wie bisher als Planlosigkeit auslegen könne.⁷³ Das sei bereits veraltet: beim Bestehen von Trusts hört die Planlosigkeit auf. Besonders im 20. Jahrhundert schritt die Entwicklung des Kapitalismus mit Riesenschritten voran, und der Krieg bewirkte, was 25 Jahre nicht bewirkten. Die Verstaatlichung der Industrie ist nicht nur in Deutschland fortgeschritten, sondern auch in England. Vom Monopol schlechthin ist man zum Staatsmonopol gekommen. Die objektive Lage der Dinge hat gezeigt, daß der Krieg die Entwicklung des Kapitalismus beschleunigt hat, sie ist vom Kapitalismus zum Imperialismus, vom Monopol zur Verstaatlichung fortgeschritten. Das alles hat die sozialistische Revolution näher gebracht und für sie die objektiven Voraussetzungen geschaffen. Die sozialistische Revolution ist somit durch den Verlauf des Krieges näher gerückt.

England war vor dem Krieg, worauf Politiker vom Schlage der Kadettenpartei stets hinweisen, das Land der weitestgehenden Freiheit. Dort gab es deshalb Freiheit, weil es keine revolutionäre Bewegung gab. Der Krieg hat dies alles mit einem Schlag verändert. Das Land, in dem man sich seit Jahrzehnten keines Anschlags auf die Freiheit der sozialistischen Presse erinnern kann, ist mit einem Schlag zu einer rein zaristischen Zensur übergegangen, und sämtliche Gefängnisse sind mit Sozialisten gefüllt. Die Kapitalisten haben dort seit Jahrhunderten gelernt, das Volk ohne Gewalt zu regieren, und wenn sie zur Gewalt gegriffen haben, so heißt das, sie fühlten, daß die revolutionäre Bewegung anwächst, daß man nicht anders vorgehen kann. Als wir darauf hinwiesen, daß Liebknecht die Masse vertritt, obgleich er allein steht und gegen ihn hundert deutsche Plechanows sind, sagte man uns, das sei Utopie, Illusion. Wer indessen nur einmal im Ausland in Arbeiterversammlungen war, der hat gesehen, daß die Sympathie der Massen für Liebknecht eine unzweifelhafte Tatsache ist. Seine wütendsten Gegner mußten vor der Masse Winkelzüge machen; und wenn man sich nicht gar als Anhänger Liebknechts ausgab, so wagte es jedenfalls niemand, gegen ihn aufzutreten.

Jetzt ist die Sache noch viel weiter gediehen. Jetzt haben wir Massenstreiks und die Verbrüderung an der Front. Sich in dieser Hinsicht auf Prophezeiungen einzulassen, wäre der größte Fehler, daß aber die Sympathie für die Internationale im Wachsen ist und daß eine revolutionäre Gärung in der deutschen Armee beginnt, ist dennoch eine Tatsache, die beweist, daß dort die Revolution heranreift.

Welches sind nun die Aufgaben des revolutionären Proletariats? Der Hauptmangel, der Hauptfehler aller Betrachtungen der Sozialisten ist der, daß die Frage zu allgemein gestellt wird – Übergang zum Sozialismus. Indessen muß man über die konkreten Schritte und Maßnahmen sprechen. Die einen sind schon herangereift, andere noch nicht. Wir durchleben jetzt eine Übergangszeit. Wir haben ganz offensichtlich Formen hervorgebracht, die den bürgerlichen Staatsformen nicht ähnlich sind: Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten – eine Staatsform, die es in keinem Staat gibt oder gegeben hat. Das ist eine Form, die die ersten Schritte zum Sozialismus verkörpert und am Beginn der sozialistischen Gesellschaft unvermeidlich ist. Das ist eine entscheidende Tatsache. Die russische Revolution hat die Sowjets geschaffen. In keinem bürgerlichen Land der Welt gibt es Staatseinrichtungen dieser Art oder kann es sie geben, und keine einzige sozialistische Revolution kann mit einer anderen Macht außer dieser operieren. Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten müssen die Macht übernehmen, nicht um eine gewöhnliche bürgerliche Republik zu schaffen oder um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen. Das ist unmöglich. Also wozu denn? Sie müssen die Macht übernehmen, um die ersten konkreten Schritte für diesen Übergang zu tun, die man tun kann und muß. Angst ist dabei der schlimmste Feind. Man muß den Massen klarmachen, daß diese Schritte sofort getan werden müssen, sonst wird die Macht der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sinnlos sein und dem Volke nichts geben.

Ich will versuchen, die Frage zu beantworten, welche konkreten Schritte wir dem Volke vorschlagen können, ohne in Widerspruch zu unseren marxistischen Überzeugungen zu geraten.

Wozu wollen wir, daß die Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht?

Die erste Maßnahme, die sie durchführen müssen, ist die Nationalisierung des Grund und Bodens. Von ihr sprechen alle Völker. Man sagt,

diese Maßnahme sei die utopischste, und dennoch gelangen alle dazu, gerade deswegen, weil der russische Grundbesitz so verworren ist, daß es einen anderen Ausweg als den, alle alten Schranken niederzureißen und den gesamten Grund und Boden in Staatseigentum zu verwandeln, nicht gibt. Das Privateigentum am Grund und Boden muß aufgehoben werden. Das ist die Aufgabe, die vor uns steht, weil die Mehrheit des Volkes dafür eintritt. Dazu brauchen wir die Sowjets. Diese Maßnahme mit den alten Staatsbeamten durchzuführen ist unmöglich.

Die zweite Maßnahme. Wir können nicht dafür eintreten, den Sozialismus „einzuführen“ – das wäre der größte Unsinn. Wir müssen den Sozialismus propagieren. Die Mehrheit der Bevölkerung in Rußland besteht aus Bauern, Kleinbesitzern, die an den Sozialismus nicht einmal denken können. Was aber können sie dagegen sagen, daß in jedem Dorf eine Bank bestehen soll, die ihnen die Möglichkeit geben würde, ihre Wirtschaft zu verbessern? Dagegen können sie nichts sagen. Wir müssen diese praktischen Maßnahmen unter den Bauern propagieren und in ihnen das Bewußtsein festigen, daß sie notwendig sind.

Anders steht es mit dem Syndikat der Zuckerfabrikanten, das ist eine Tatsache. Hier muß unser Vorschlag ein unmittelbar praktischer sein: diese bereits reifen Syndikate müssen in Staatseigentum übergeführt werden. Wenn die Sowjets die Macht ergreifen wollen, so nur zu solchen Zwecken. Sonst hat es keinen Sinn, die Macht zu ergreifen. Die Frage steht so: Entweder diese Sowjets entwickeln sich weiter, oder sie werden untergehen wie die Pariser Kommune. Wenn man eine bürgerliche Republik braucht, so können das auch die Kadetten machen.

Ich will schließen mit dem Hinweis auf eine Rede, die auf mich den größten Eindruck gemacht hat. Ein Bergmann hat eine ausgezeichnete Rede gehalten, in der er, ohne auch nur ein einziges gelehrtes Wort zu gebrauchen, berichtete, wie sie die Revolution gemacht haben. Ihnen ging es nicht darum, ob sie einen Präsidenten haben werden, sie interessierte die folgende Frage: als sie die Gruben übernahmen, mußte man die Seile schützen, damit die Produktion nicht zum Stillstand kam. Eine weitere Frage war die des Brotes, das sie nicht hatten, und sie sind auch übereingekommen, wie sie es auftreiben können. Das ist ein wirkliches Programm der Revolution, kein aus den Büchern herausgelesenes. Das ist die wirkliche Eroberung der Macht in der Provinz.

Die Bourgeoisie ist nirgends so fest zusammengeschlossen wie in Petrograd, und die Kapitalisten halten hier die Macht in ihren Händen, während in der Provinz die Bauern, ohne sich mit sozialistischen Plänen abzugeben, rein praktische Maßnahmen ergreifen. Ich glaube, daß dieses Programm der revolutionären Bewegung allein den richtigen Weg der Revolution zeigt. Wir sind dafür, daß man diese Maßnahmen mit der größten Umsicht und Vorsicht in Angriff nimmt, aber nur diese Maßnahmen soll man durchführen, nur in dieser Richtung muß man vorwärtsschauen, einen anderen Ausweg gibt es nicht. Sonst werden die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auseinandergejagt werden und eines ruhmlosen Todes sterben; wenn die Macht tatsächlich in den Händen des revolutionären Proletariats sein wird, so nur, damit man vorwärtsschreite. Vorwärtsschreiten aber heißt konkrete Schritte unternehmen und nicht nur in Worten den Krieg beenden wollen. Der volle Erfolg dieser Schritte ist nur im Falle der Weltrevolution möglich, nur wenn die Revolution den Krieg erwürgt und die Arbeiter in allen Ländern sie unterstützen. Deshalb ist die Machtergreifung die einzige konkrete Maßnahme, der einzige Ausweg.

*Ein kurzer Bericht wurde am
8. Mai (25. April) 1917 in der
„Prawda“ Nr. 40 veröffentlicht.*

*Zuerst vollständig veröffentlicht 1921
in: N. Lenin (W. Uljanow),
Gesammelte Werke, Band XIV,
2. Halbband.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

3

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT
ÜBER DIE POLITISCHE LAGE
24. APRIL (7. MAI)

Gen. Kamenew hat das Steckenpferd der Abenteuerpolitik geschickt geritten. Man muß dabei verweilen. Gen. Kamenew ist überzeugt, und er behauptet, daß wir in unserem Auftreten gegen die Losung „Nieder mit der Provisorischen Regierung“ geschwankt hätten. Ich bin mit ihm einverstanden: Schwankungen von der Linie der revolutionären Politik hinweg hat es natürlich gegeben, und solche Schwankungen müssen vermieden werden. Ich glaube, daß unsere Meinungsverschiedenheiten mit Gen. Kamenew nicht allzu groß sind, denn da, wo er mit uns übereinstimmt, bezieht er eine andere Position. Worin bestand unsere Abenteuerpolitik? In dem Versuch, zu Gewaltmaßnahmen zu greifen. Wir wußten nicht, ob die Masse in diesem bewegten Augenblick stark nach unserer Seite hinneigte, und die Frage stünde anders, wenn das der Fall gewesen wäre. Wir haben die Losung friedlicher Demonstrationen ausgegeben, einige Genossen vom Petersburger Komitee aber gaben eine andere Losung aus, die wir zwar für ungültig erklärten, aber nicht verhindern konnten: die Masse folgte der Losung des Petersburger Komitees. Wir sagen, daß die Losung „Nieder mit der Provisorischen Regierung“ eine abenteuerliche Losung ist, daß man jetzt die Regierung nicht stürzen kann, und deshalb haben wir die Losung friedlicher Demonstrationen ausgegeben. Wir wollten nur eine friedliche Erkundung der feindlichen Kräfte vornehmen, aber keine Schlacht liefern, während das Petersburger Komitee ein klein wenig linker steuerte, was in diesem Fall natürlich ein außerordentliches Vergehen bedeutete. Der Organisationsapparat hat sich als schwach erwiesen: nicht alle führen unsere Beschlüsse durch. Zugleich mit der rich-

tigen Losung „Hoch die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten!“ wurde die falsche Losung „Nieder mit der Provisorischen Regierung“ ausgegeben. Im Augenblick der Aktion war es unangebracht, „ein klein wenig linker“ zu steuern. Wir betrachten das als ein großes Vergehen, als Desorganisation. Wir wären auch nicht eine Minute im ZK geblieben, wenn wir diesen Schritt bewußt zugelassen hätten. Das geschah infolge der Unvollkommenheit des Organisationsapparates. Jawohl, in unserer Organisation hat es Mängel gegeben. Die Frage der Verbesserung der Organisation steht auf der Tagesordnung.

Die Menschewiki und Co. reiten auf dem Wort „Abenteurerpolitik“ herum, aber gerade sie hatten doch wirklich weder eine Organisation noch irgendeine Linie. Wir haben eine Organisation, und wir haben eine Linie.

In diesem Augenblick mobilisierte die Bourgeoisie alle Kräfte, die Mitte versteckte sich, wir organisierten eine friedliche Demonstration. Eine politische Linie hatten nur wir. Sind Fehler gemacht worden? Jawohl. Nur der macht keine Fehler, der nichts tut. Sich gut organisieren – das ist eine schwierige Sache.

Nun zur Kontrolle.

Wir gehen mit Gen. Kamenew konform, mit Ausnahme der Frage der Kontrolle. Er sieht in ihr einen politischen Akt. Aber er versteht subjektiv dieses Wort besser als Tschcheidse und die anderen. Wir werden uns auf die Kontrolle nicht einlassen. Man sagt uns: Ihr habt euch isoliert, ihr habt viel schreckliche Worte über Kommunismus geredet, habt den Bourgeois einen bösen Schreck eingejagt... Nun gut!... Aber nicht das hat uns isoliert. Uns hat die Frage der Anleihe isoliert – das ist es, was unsere Isolierung herbeiführte. In dieser Frage sind wir in der Minderheit geblieben. Jawohl, wir sind in der Minderheit. Nun, was ist dabei! In dieser Zeit des chauvinistischen Taumels Sozialist sein heißt in der Minderheit sein, in der Mehrheit sein aber heißt Chauvinist sein. Jetzt schlägt der Bauer gemeinsam mit Miljukow durch die Anleihe den Sozialismus. Der Bauer folgt Miljukow und Gutschkow. Das ist eine Tatsache. Die bürgerlich-demokratische Diktatur der Bauernschaft – das ist eine alte Formel.

Um die Bauernschaft zur Revolution zu drängen, muß man das Proletariat loslösen, die proletarische Partei herausheben, denn die Bauern-

schaft ist chauvinistisch. Den Bauern jetzt hinzuziehen heißt sich der Gnade Miljukows ausliefern.

Die Provisorische Regierung muß man stürzen, aber nicht jetzt und nicht auf dem gewöhnlichen Wege. Wir sind mit Gen. Kamenew einverstanden. Aber man muß aufklären. Eben auf diesem Wort reitet Gen. Kamenew herum. Nichtsdestoweniger ist es das einzige, was wir tun können.

Gen. Rykow meint, der Sozialismus müsse aus anderen Ländern mit einer entwickelteren Industrie kommen. Aber das ist nicht richtig. Man kann nicht sagen, wer anfangen und wer vollenden wird. Das ist nicht Marxismus, sondern eine Parodie auf den Marxismus.

Marx hat gesagt, Frankreich würde beginnen und der Deutsche vollenden. Das russische Proletariat hat aber mehr erreicht als irgendwer.

Hätten wir gesagt: „Weg mit dem Zaren, her mit der Diktatur des Proletariats!“ – nun, das wäre ein Sprung über das Kleinbürgertum hinweg. Aber wir sagen: Hilf der Revolution durch den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Man darf nicht in Reformismus abrutschen. Wir führen den Kampf nicht, um besiegt zu werden, sondern um als Sieger hervorzugehen, zumindest rechnen wir mit einem Teilerfolg. Wenn wir eine Niederlage erleiden, so werden wir doch einen Teilerfolg erzielen. Das werden Reformen sein. Reformen sind ein Hilfsmittel für den Klassenkampf.

Ferner sagt Gen. Rykow, daß es eine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht gebe. Das stimmt nicht. Das heißt mit dem Marxismus brechen.

Die von uns vorgezeichnete Linie ist richtig, und wir werden in Zukunft alle Maßnahmen treffen, um eine Organisation zu haben, in der Mitglieder des Petersburger Komitees, die dem ZK keine Folge leisten, unmöglich sind. Wir wachsen, wie es sich für eine wirkliche Partei gehört.

*Zuerst veröffentlicht 1921
in: N. Lenin (W. Uljanow),
Gesammelte Werke, Band XIV,
2. Halbband.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

4

REDE ÜBER DEN PLAN DER EINBERUFUNG EINER
INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN KONFERENZ
25. APRIL (8. MAI)⁷⁴

Ich kann mich mit Gen. Nogin nicht einverstanden erklären. Ich bin der Meinung, daß wir es mit einer politischen Tatsache von außerordentlicher Bedeutung zu tun haben, die uns verpflichtet, eine energische Kampagne gegen die russischen und die englisch-französischen Chauvinisten zu eröffnen, die den Vorschlag dieses Borgbjerg, an der Konferenz teilzunehmen, abgelehnt haben. Man darf das Wesen und den Hintergrund dieser ganzen Geschichte nicht vergessen. Ich will den Vorschlag Borgbjergs, wie ihn die „Rabotschaja Gaseta“ ausführlich schildert, verlesen, wobei ich bemerke, daß sich hinter dieser ganzen Komödie eines angeblich sozialistischen Kongresses ein durchaus realer politischer Schritt des deutschen Imperialismus verbirgt. Die deutschen Kapitalisten schlugen durch die Vermittlung der deutschen Sozialchauvinisten den Sozialchauvinisten aller Länder vor, zu einer Konferenz zusammenzukommen. Deshalb eben muß eine große Kampagne entfaltet werden.

Warum machen sie das durch Vermittlung der Sozialisten? Weil sie die Arbeitermasse prellen wollen. Die Herren Diplomaten sind raffinierte Leute: so etwas kann man nicht direkt sagen, man muß einen dänischen Plechanow schicken. Wir haben im Ausland hundertmal deutsche Sozialchauvinisten gesehen, man muß sie entlarven.

(Verliest einen Auszug aus der „Rabotschaja Gaseta“ Nr. 39 vom 8. Mai [25. April] 1917.)

„Borgbjerg, Redakteur des Zentralorgans der dänischen Sozialdemokratie, „Social-Demokraten“, übergab im Namen des Vereinigten Komitees der drei skandinavischen Arbeiterparteien (Dänemarks, Norwegens, Schwedens) dem Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine an

alle sozialistischen Parteien Rußlands gerichtete Einladung zu einer internationalen sozialistischen Konferenz. Gen. Borgbjerg, der dank der nahen Nachbarschaft Dänemarks mit Deutschland die Möglichkeit hatte, mit deutschen Sozialdemokraten, hauptsächlich aus der Fraktion der ‚Mehrheit‘, in Verbindung zu treten, teilte der Versammlung die Bedingungen mit, unter denen die deutsche offizielle Sozialdemokratie einen Friedensschluß für möglich hält und die ihre Vertreter der Konferenz unterbreiten werden.

Diese Bedingungen sind:

Vor allem erklären sie sich einverstanden mit den Grundsätzen, die die skandinavischen und holländischen Sozialisten auf der Konferenz des Jahres 1915 angenommen haben, d. h. mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, der Einführung einer obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der Forderung einer allmählichen Abrüstung. Von sich aus fügen sie hinzu, die deutsche Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß:

1. alle von Deutschland und seinen Verbündeten okkupierten Gebiete zurückgegeben werden;
2. Russisch-Polen die volle Freiheit eingeräumt wird, sich als unabhängigen Staat zu erklären oder sich Rußland anzuschließen;
3. Belgien als völlig unabhängiger Staat wiederhergestellt wird;
4. ebenso Serbien, Montenegro, Rumänien als unabhängige Staaten wiederhergestellt werden;
5. Bulgarien die bulgarischen Gebiete Mazedoniens und Serbien freien Zugang zum Adriatischen Meer erhält.

Was Elsaß-Lothringen anbelangt, so wäre hier eine friedliche Vereinbarung über die Korrektur der lothringischen Grenze denkbar; hinsichtlich der Polen in Posen werden die Deutschen dafür eintreten, daß ihnen national-kulturelle Autonomie gewährt wird.“

Es kann auch nicht den geringsten Zweifel darüber geben, daß dies ein Vorschlag der deutschen Regierung ist, die solche Schritte nicht direkt unternimmt und die Dienste der dänischen Plechanows braucht, weil deutsche Agenten für solche Dienste nicht taugen. Um solche Dienste zu übernehmen, dafür sind eben die Sozialchauvinisten da. Es ist unsere Aufgabe, diese Hintergründe, die sie zu verheimlichen suchen, vor aller Welt, im Namen der 70 000 Arbeiter der proletarischen Partei, die zu dieser Konferenz zusammengetreten ist, aufzuzeigen. Man muß eine ausführliche Resolution veröffentlichen, sie in andere Sprachen übersetzen und diesen Herrschaften eine gebührende Antwort erteilen, damit sie es

nicht wagen, sich in Angelegenheiten einer sozialistischen Partei zu mischen. (Verliest den Entwurf einer Resolution.)

Die sozialistischen Zeitungen von heute morgen schweigen. Sie wissen sehr gut, wo der Hund begraben liegt. Sie wissen, daß Schweigen Gold ist. Nur die „Rabotschaja Gaseta“ bringt einen Artikel, ohne aber Stellung zu beziehen: einerseits könne man nicht leugnen, anderseits müsse man aber zugeben...

Die russische Regierung kann, wie niemand sonst, davon überzeugt sein, daß es sich in der Tat um einen Agenten der deutschen Regierung handelt.

Wenn man uns fortwährend damit in den Ohren liegt, es gelte die Befreiung Elsaß-Lothringens, so müssen diese Herren daran erinnert werden, daß es hier ganz einfach um den Geldsack geht, denn dort gibt es gewaltige Reichtümer, und die deutschen Kapitalisten raufen sich mit den französischen darum, wer mehr einsacken soll. Für sie ist es von Vorteil, wenn die Plechanows sagen, es sei eine heilige Sache, Elsaß-Lothringen zu befreien. Sprechen daher die deutschen Sozialchauvinisten von friedlicher Korrektur der Grenzen Elsaß-Lothringens, so heißt das: friedliche Aufteilung der geraubten Beute zwischen den französischen und den deutschen Imperialisten.

Ich muß noch hinzufügen: Ich habe vergessen, darauf hinzuweisen, daß die deutschen Vertreter des „Zentrums“, Kautsky, Haase, Ledebour, sich mit der Einberufung dieser Konferenz einverstanden erklärt haben. Das ist eine für sie außerordentlich schmachvolle Tatsache. Die englischen und die französischen Sozialisten werden auf dieser Konferenz nicht vertreten sein. Das zeigt, daß die englisch-französischen Chauvinisten, diese angeblichen Sozialisten, in Wirklichkeit Agenten der Bourgeoisie sind, denn sie helfen den imperialistischen Krieg fortzusetzen, ungeachtet der gewaltigen Anstrengungen, die die deutsche sozialistische Mehrheit durch Vermittlung Borgbjergs macht. Und es besteht kein Zweifel, daß die deutsche Regierung durch Borgbjerg sagen läßt: Die Lage ist so, daß ich euch eure Beute (die deutschen Kolonien in Afrika) überlassen muß. Das wird dadurch bestätigt, daß die Lage Deutschlands völlig verzweifelt ist, daß es hoffnungslos ist, diesen Krieg jetzt weiterzuführen, daß das Land am Rande des Abgrunds steht. So erklären sie ihre Bereitschaft, fast die ganze Beute zurückzugeben, da sie dabei immerhin noch irgend

etwas für sich zu ergattern hoffen. Die Diplomaten verstehen einander ausgezeichnet, die bürgerlichen Zeitungen aber, wenn sie über auswärtige Dinge schreiben, führen mit Redensarten das Volk an der Nase herum.

Es besteht kein Zweifel, daß die englischen und die französischen Sozialchauvinisten, als sie erklärten, daß sie an der Konferenz nicht teilnehmen würden, bereits alles wußten: sie gingen in ihr Außenministerium, und dort wurde ihnen gesagt: So und so liegen die Dinge, und wir wünschen nicht, daß ihr zur Konferenz geht. So und nur so hat es sich verhalten.

Wir werden sehen, wenn die russischen Soldaten diese Resolution in die Hände bekommen – und das, scheint mir, muß im Namen der 70 000 Mitglieder unserer Partei geschehen –, dann werden sie wirklich die ganze Geschichte, die man ihnen verheimlichte, zu verstehen beginnen. Sie werden dann begreifen, daß Deutschland den Eroberungskrieg nicht weiterführen kann und daß es nur darum geht, Deutschland zu erdrosseln, es vollends auszuplündern. Daß Borgbjerg ein Agent der deutschen Regierung ist, läßt sich nicht leugnen.

Aus diesem Grunde, Genossen, meine ich, daß wir diese Komödie eines sozialistischen Kongresses entlarven müssen. All diese Kongresse sind nur Komödien, die den Schacher der Diplomaten hinter dem Rücken der Volksmassen verbergen sollen. Man muß ein für allemal die Wahrheit so sagen, daß sie die Soldaten an der Front und die Arbeiter aller Länder vernehmen. Und unsere Kampagne bei solchen Vorschlägen wird einerseits eben in der Aufklärung über unsere proletarische Linie bestehen, anderseits in Massenaktionen, wie sie noch nicht dagewesen sind. Darum möchte ich Sie bitten, nach Möglichkeit dieses Manifest anzunehmen, es dem Exekutivkomitee zu übermitteln, in andere Sprachen übersetzen zu lassen und morgen in der „Prawda“ zu veröffentlichen.

*Ein kurzer Bericht wurde am
9. Mai (26. April) 1917 in der
„Prawda“ Nr. 41 veröffentlicht.*

*Zuerst vollständig veröffentlicht 1921
in: N. Lenin (W. Uljanow),
Gesammelte Werke, Band XIV,
2. Halbband.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

5

RESOLUTION ZU DEM VORSCHLAG VON BORGBJERG

Zu der Ankunft des dänischen „Sozialisten“ Borgbjerg und zu seinem Vorschlag, an einem Sozialistenkongreß zur Unterstützung des Friedens teilzunehmen, der von den deutschen Sozialisten Scheidemannscher und Plechanowscher Richtung unter der Voraussetzung vorgeschlagen wird, daß Deutschland auf einen großen Teil seiner Annexionen verzichtet, stellt die Konferenz fest:

Borgbjerg tritt im Namen der drei skandinavischen Parteien auf, d. h. der schwedischen, der dänischen und der norwegischen. Dabei wurde ihm von jener schwedischen Partei Vollmacht erteilt, an deren Spitze Branting steht, d. h. ein auf die Seite „seiner“ Bourgeoisie übergegangener Sozialist, der das revolutionäre Bündnis der Arbeiter aller Länder verraten hat. Diese schwedische Partei kann von uns nicht als sozialistisch anerkannt werden. Als sozialistische Partei in Schweden betrachten wir nur die Partei der Jungen, an deren Spitze Höglund, Lindhagen, Ström, Karlson u. a. stehen.

Ebensowenig halten wir die dänische Partei, von der Borgbjerg eine Vollmacht besitzt, für eine sozialistische, denn an ihrer Spitze steht Stauning, Mitglied eines bürgerlichen Kabinetts. Der Eintritt Staunings in das bürgerliche Kabinett stieß auf den Protest der Gruppe um Gen. Trier und führte zu ihrem Austritt aus dieser Partei, wobei sie erklärte, die sozialistische dänische Partei sei eine bürgerliche Partei geworden.

Borgbjerg handelt, wie er selber sagt, im Einverständnis mit Scheidemann und anderen deutschen Sozialisten, die auf die Seite der deutschen Regierung und der deutschen Bourgeoisie übergegangen sind.

Es unterliegt daher nicht dem geringsten Zweifel, daß Borgbjerg im Grunde genommen unmittelbar oder mittelbar ein Agent der deutschen imperialistischen Regierung ist.

In Anbetracht dessen hält die Konferenz eine Beteiligung unserer Partei an einer Konferenz, an der Borgbjerg und Scheidemann teilnehmen, für prinzipiell unzulässig, denn unsere Aufgabe ist die Vereinigung nicht der unmittelbaren oder mittelbaren Agenten der verschiedenen imperialistischen Regierungen, sondern der Arbeiter aller Länder, die schon während des Krieges ihre eigenen imperialistischen Regierungen in revolutionärer Weise bekämpfen.

Nur eine Beratung und engere Fühlungnahme mit solchen Parteien und Gruppen vermag den Abschluß des Friedens wirklich voranzubringen.

Wir warnen die Arbeiter davor, einer von Borgbjerg organisierten Konferenz Vertrauen zu schenken, denn in Wirklichkeit würde diese Konferenz von Quasisozialisten eine Komödie zur Tarnung des sich hinter ihrem Rücken abspielenden Kuhhandels von Diplomaten sein, die Annexionen gegen Annexionen auszutauschen suchen, die beispielsweise den russischen Kapitalisten Armenien, England die von ihm geraubten deutschen Kolonien „geben“ und im Austausch dafür den deutschen Kapitalisten vielleicht einen Teil des lothringischen Erzreservoirs „abtreten“, das unerhört reich an ausgezeichneten Eisenerzen ist, usw.

Wenn sie die proletarische Sache nicht verraten wollen, können die Sozialisten sich weder direkt noch indirekt an diesem schmutzigen und eigennützigen Schacher zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder um die Teilung der von ihnen zusammengeraubten Beute beteiligen.

Gleichzeitig stellt die Konferenz fest, daß die deutschen Kapitalisten nicht einmal durch den Mund Borgbjergs auf alle ihre Annexionen verzichten, ganz zu schweigen von einem sofortigen Abzug der Truppen aus den von ihnen gewaltsam okkupierten Gebieten. Denn die dänischen Gebiete Deutschlands, seine polnischen Gebiete, seine französischen Teile des Elsaß sind genauso Annexionen der deutschen Kapitalisten, wie Kurland, Finnland, Polen, die Ukraine usw. Annexionen der russischen Zaren und der russischen Kapitalisten sind.

Was aber die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens betrifft, so ist sie ein Betrug sowohl seitens der deutsch-österreichischen Kapitalisten als auch seitens der russischen Provisorischen Regierung, die von

einem angeblich „freien“ Militärbündnis zwischen Polen und Rußland spricht. Um wirklich den Willen des Volkes in allen annektierten Gebieten festzustellen, wäre der Abzug der Truppen und die freie Befragung der Bevölkerung notwendig. Nur die Ausdehnung dieser Maßnahme auf ganz Polen (d. h. nicht nur auf den von den Russen okkupierten Teil, sondern auch auf den, den die Deutschen und die Österreicher an sich gerissen haben) und auf ganz Armenien usw. wäre ein Schritt zur tatsächlichen Verwirklichung der Regierungsversprechungen.

Die Konferenz stellt weiter die Tatsache fest, daß die auf die Seite ihrer kapitalistischen Regierungen übergegangenen englischen und französischen Sozialisten es abgelehnt haben, an einer von Borgbjerg organisierten Konferenz teilzunehmen. Diese Tatsache zeigt klar, daß die englisch-französische imperialistische Bourgeoisie, deren Agenten diese Quasizözialisten sind, *diesen imperialistischen Krieg fortsetzen will, in die Länge ziehen will* und nicht gewillt ist, die Frage der Zugeständnisse auch nur zu erörtern, die die deutsche imperialistische Bourgeoisie infolge der wachsenden Erschöpfung, des Hungers, der Zerrüttung und – was die Hauptsache ist – der heraufziehenden Arbeiterrevolution in Deutschland durch Vermittlung Borgbjergs versprechen muß.

Die Konferenz beschließt, alle diese Tatsachen der breitesten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und insbesondere die russischen Soldaten an der Front darüber möglichst eingehend zu informieren; mögen die russischen Soldaten wissen, daß die englisch-französischen und in ihrem Gefolge die russischen Kapitalisten *den Krieg in die Länge ziehen wollen* und nicht gewillt sind, selbst eine solche Beratung über die Friedensbedingungen zuzulassen.

Mögen die russischen Soldaten wissen, daß heute die Losung „Krieg bis zum Siege“ nur ein Deckmantel ist für die Bestrebungen Englands, seine Herrschaft in Bagdad und in den deutschen Kolonien Afrikas zu festigen, für die Bestrebungen der russischen Kapitalisten, Armenien und Persien usw. auszuplündern und zu versklaven, für die Bestrebungen, Deutschland völlig zu zerschlagen.

Mögen die russischen Soldaten an der Front in jedem Truppenteil, in jedem Regiment, in jeder Kompanie darüber abstimmen, ob sie eine solche Verlängerung des Krieges durch die Kapitalisten wollen oder ob sie wollen, daß zwecks schnellster Beendigung des Krieges die ganze

Macht im Staate restlos und ausschließlich in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergehe.

Die Partei des russischen Proletariats wird sich nur mit solchen Arbeiterparteien anderer Länder auf eine Beratung einlassen, wird nur mit solchen Parteien ein brüderliches Bündnis schließen, die auch in ihrem eigenen Lande revolutionär für den Übergang der ganzen Staatsmacht in die Hände des Proletariats kämpfen.

*„Prawda“ Nr. 41,
9. Mai (26. April) 1917.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

6

REDE ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN SOWJETS
DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN
25. APRIL (8. MAI)

Kurzer Zeitungsbericht

Gen. Lenin wies darauf hin, daß die französische Revolution eine Periode der munizipalen Revolution durchmachte, daß sie in den örtlichen Selbstverwaltungen festen Fuß faßte, die zu ihrem Stützpunkt wurden. In der russischen Revolution ist in den Hauptstädten ein gewisser Bürokratismus zu beobachten, während in der Provinz eine größere Ausnutzung der sich in den Händen der Sowjets befindlichen Macht zu verzeichnen ist. Die Sowjets der Hauptstädte befinden sich politisch in größerer Abhängigkeit von der bürgerlichen Zentralgewalt als die der Provinz. In den Hauptstädten können sie nicht so leicht die Verfügung über die Produktion übernehmen, in der Provinz ist das zum Teil bereits verwirklicht. Die Schlußfolgerung hieraus lautet: Festigung der örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Eine Vorwärtsentwicklung in dieser Hinsicht ist vor allem von der Provinz aus möglich.

„Prawda“ Nr. 42,
10. Mai (27. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

7

ENTWURF ZU DEN THESEN DER RESOLUTION
ÜBER DIE SOWJETS

In einer Reihe von größeren Städten der Provinz, besonders in Arbeiterzentren, spielen die Sowjets eine besonders große Rolle. Es besteht die Alleinherrschaft; die Bourgeoisie ist vollständig entwaffnet, völlig unterworfen; der Arbeitslohn ist erhöht, der Arbeitstag bei unverminderter Produktion verkürzt; die Lebensmittelversorgung ist gesichert; die Kontrolle der Produktion und Verteilung ist in Angriff genommen; alle alten Behörden sind abgesetzt; die revolutionäre Initiative der Bauern sowohl in der Frage der Macht (Absetzung aller alten Behörden und Schaffung neuer Machtorgane) als auch in der Bodenfrage wird gefördert.

In der Hauptstadt und in einigen Großstädten ist die umgekehrte Erscheinung zu beobachten: die Zusammensetzung der Sowjets ist weniger proletarisch; in den Exekutivkomitees ist der Einfluß kleinbürgerlicher Elemente sowie auch – insbesondere in den Kommissionen – die „Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie“ unvergleichlich stärker entwickelt, was die revolutionäre Initiative der Massen hemmt, die revolutionäre Bewegung der Massen und ihre revolutionären Aufgaben *bürokratisiert* und alle revolutionären Maßnahmen abbremst, die geeignet sind, die Kapitalisten zu „berühren“.

Es ist durchaus natürlich und unvermeidlich, daß nach der größten Entfaltung revolutionärer Energie sich in der Hauptstadt, wo das Volk und besonders die Arbeiter für den Sturz des Zarismus die meisten Opfer gebracht haben – in der Hauptstadt, wo die zentrale Staatsmacht gestürzt wurde und die am höchsten zentralisierte Macht des Kapitals den Kapitalisten die größte Macht gab –, die Macht der Sowjets (und die

Macht des Proletariats) als schwach erwies, daß hier die Aufgabe der Weiterentwicklung der Revolution besonders schwer zu lösen und der Übergang zu einer neuen Etappe der Revolution besonders schwierig zu vollziehen ist, daß hier der Widerstand der Bourgeoisie am stärksten ist.

Daraus folgt: Vorläufig müssen in den Hauptstädten und den größten Zentren die Hauptanstrengungen darauf gerichtet werden, die Kräfte für die *Vollendung* der zweiten Etappe der Revolution vorzubereiten; in der Provinz kann und muß man die Revolution *unmittelbar* weitertreiben – die Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiterdeputierten herstellen, die revolutionäre Energie der Arbeiter- und Bauernmassen entwickeln, zur Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte übergehen usw.

Es zeichnet sich folgender Verlauf der Entwicklung der Revolution ab: 1. Beseitigung der alten Macht im Zentrum; 2. Machtergreifung durch die Bourgeoisie, da das Proletariat auf die *gigantischen* gesamtstaatlichen Aufgaben nicht vorbereitet ist; 3. Übergreifen der Revolution auf die Provinz; 4. in der Provinz sehr häufig, besonders in den proletarischen Zentren, Kommunen und Entwicklung revolutionärer Energie der Massen; 5. der Boden wird in Besitz genommen etc.; 6. die Betriebe; Kontrolle über sie; 7. Alleinherrschaft; 8. die lokale, municipale Revolution schreitet voran; 9. Bürokratisierung, Unterordnung unter die Bourgeoisie im Zentrum.

Schlußfolgerungen: (α) 1: Vorbereitung im Zentrum (Vorbereitung der Kräfte für die neue Revolution); (β) 2: Vorantreiben der Revolution (Macht? Boden? Betriebe?) in der Provinz; (γ) 3: Kommunen in der Provinz, d. h. ($\alpha\alpha$) völlige örtliche Autonomie; eigenmächtig; ($\beta\beta$) ohne Polizei, ohne Beamte, alleinige Gewalt der bewaffneten Arbeiter- und Bauernmassen; (δ) 4: Kampf gegen den bürokratisierenden und bürgerlich-beruhigenden Einfluß der kleinbürgerlichen Elemente; (ϵ) 5: Sammlung der Erfahrungen aus der Provinz, um das Zentrum **voranzutreiben**: die „**Provinz**“ wird zum *Vorbild*.

(ζ) 6: den Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten klarmachen, daß Ursache des Erfolgs der Revolution in der Provinz die Alleinherrschaft und die Diktatur des Proletariats ist.

(η) 7: natürlich ist es im Zentrum **schwerer**, erfordert es mehr Zeit.
+ (ι) 8: Entwicklung der Revolution über *Kommunen*, gebildet aus den Vorstädten und Vierteln der Großstädte...

(κ) 9: Verwandlung (in den Hauptstädten usw.) in „Lakaien der Bourgeoisie“.

*Geschrieben am 25./26. April
(8./9. Mai) 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1925
im Lenin-Sammelband IV.*

Nach dem Manuskript.

8

REDE ZUR RESOLUTION ÜBER DEN KRIEG
27. APRIL (10. MAI)

Genossen! Den ursprünglichen Entwurf der Resolution über den Krieg habe ich auf der Stadtkonferenz verlesen. Infolge der Krise, die in Petrograd die Aufmerksamkeit und die Kräfte aller Genossen in Anspruch nahm, war es uns nicht möglich, diesen Entwurf zu korrigieren. Gestern und heute aber hat die Kommission erfolgreich gearbeitet, der Entwurf wurde abgeändert, stark gekürzt und ist unserer Ansicht nach besser geworden.

Ich will einige Worte über den Aufbau dieser Resolution sagen. Sie zerfällt in drei Teile: Der erste Teil enthält eine Klassenanalyse des Krieges, ergänzt durch eine prinzipielle Stellungnahme, in der wir erklären, warum die Partei davor warnt, den Regierungsversprechungen irgendwelchen Glauben zu schenken und die Provisorische Regierung in irgendeiner Weise zu unterstützen. Der zweite Teil der Resolution beschäftigt sich mit der revolutionären Vaterlandsverteidigung als einer ungewöhnlich breiten Massenströmung, die zur Zeit die übergroße Mehrheit des Volkes gegen uns vereinigt hat. Die Aufgabe besteht darin, die Klassenbedeutung dieser revolutionären Vaterlandsverteidigung, ihr Wesen, das reale Kräfteverhältnis zu bestimmen und festzustellen, wie wir diese Strömung bekämpfen können. Der dritte Teil der Resolution behandelt die Frage, wie man den Krieg beenden kann. Auf diese praktische Frage, die von größter Wichtigkeit für die Partei ist, war es notwendig, ausführlich zu antworten, und wir sind der Ansicht, daß es uns gelungen ist, eine befriedigende Antwort zu geben. In einer Reihe von Artikeln der „Prawda“ und der Provinzblätter (die wir sehr unregelmäßig erhalten:

die Post funktioniert nicht, und man ist, wenn man lokale Blätter für das ZK beschaffen will, auf Zufälle angewiesen), die eine große Anzahl von Artikeln über den Krieg veröffentlichten, ist die ablehnende Stellung zum Krieg und zur Anleihefrage klar zum Ausdruck gekommen. Ich denke, daß mit der Stimmabgabe gegen die Anleihe unsere ablehnende Stellung gegenüber der revolutionären Vaterlandsverteidigung entschieden ist. Es ist mir nicht möglich, ausführlicher darauf einzugehen.

„Der gegenwärtige Krieg ist auf seiten beider Gruppen der kriegführenden Mächte ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, den die Kapitalisten um die Aufteilung der Vorteile aus der Weltherrschaft, um die Märkte für das Finanzkapital (Bankkapital), um die Unterwerfung schwacher Völker usw. führen.“

Diese erste und grundlegende These behandelt die Frage nach dem Inhalt des Krieges, eine Frage allgemeinen und politischen Charakters, eine strittige Frage, die die Kapitalisten und Sozialchauvinisten sorgfältig umgehen. Deshalb müssen wir sie an die erste Stelle setzen und wie folgt ergänzen:

„Jeder Tag des Krieges bereichert die Finanz- und Industriebourgeoisie und ruiniert und erschöpft die Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft aller kriegführenden und schließlich auch der neutralen Länder. In Rußland aber bringt die Verlängerung des Krieges überdies größte Gefahren für die Errungenschaften der Revolution, für ihre weitere Entwicklung mit sich.

Der Übergang der Staatsgewalt in Rußland an die Provisorische Regierung, die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, hat an diesem Charakter und an dieser Bedeutung des Krieges auf seiten Rußlands nichts geändert und konnte daran nichts ändern.“

Dieser von mir soeben verlesene Satz ist für unsere gesamte Propaganda und Agitation von großer Bedeutung. Hat sich jetzt der Klassencharakter des Krieges geändert und kann er sich ändern? Unsere Antwort gründet sich darauf, daß die Macht in die Hände der Gutsbesitzer und Kapitalisten übergegangen ist, in die Hände derselben herrschenden Kreise, die diesen Krieg vorbereitet haben. Weiter kommen wir zu einer Tatsache, die den Charakter des Krieges besonders anschaulich zeigt. Eine Sache ist der Klassencharakter, wie er in der gesamten Politik zum Ausdruck kommt, die bestimmte Klassen im Laufe von Jahrzehnten ver-

folgt haben, eine andere Sache aber ist der offen zutage tretende Klassencharakter des Krieges.

„Diese Tatsache kam besonders anschaulich darin zum Ausdruck, daß die neue Regierung die Geheimverträge, die der Zar Nikolaus II. mit den kapitalistischen Regierungen Englands, Frankreichs usw. abgeschlossen hat, nicht nur nicht veröffentlichte, sondern diese Geheimverträge, die den russischen Kapitalisten die Ausplünderung Chinas, Persiens, der Türkei, Österreichs usw. in Aussicht stellen, ohne Befragung des Volkes noch formell bestätigte. Durch die Verheimlichung dieser Verträge wird das russische Volk über den wahren Charakter des Krieges getäuscht.“

Also, ich betone nochmals, daß wir auf die besonders anschauliche Bestätigung des Charakters des Krieges hinweisen. Selbst wenn es gar keine Verträge gäbe, würde sich der Charakter des Krieges nicht im geringsten ändern, denn eine Übereinkunft zwischen Kapitalistengruppen kann sehr häufig ohne jeden Vertrag erzielt werden. Aber diese Verträge existieren, ihre Bedeutung tritt besonders anschaulich zutage, und wir erachten es im Interesse einer einheitlichen agitatorischen und propagandistischen Arbeit für besonders notwendig, diese Tatsache zu unterstreichen, weshalb wir beschlossen haben, diesen Punkt getrennt zu behandeln. Die Aufmerksamkeit des Volkes gilt dieser Tatsache, und sie muß ihr gelten, um so mehr, als diese Verträge bei uns vom Zaren geschlossen wurden, der gestürzt ist, so daß die Aufmerksamkeit des Volkes darauf gerichtet sein muß, daß die Regierungen den Krieg auf Grund von Verträgen führen, die von den alten Regierungen geschlossen wurden. Ich glaube, daß hier die Gegensätze zwischen den Interessen der Kapitalisten und dem Willen des Volkes in der plastischsten Form zum Vorschein kommen, und die Aufgabe der Agitatoren ist es, durch die Aufdeckung dieser Gegensätze die Aufmerksamkeit des Volkes darauf zu lenken, sich zu bemühen, das Bewußtsein der Massen zu heben, indem sie an ihr Klassenbewußtsein appellieren. Der Inhalt der Verträge ist dabei derart, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß sie den Kapitalisten gewaltige Gewinne durch die Ausplünderung anderer Länder in Aussicht stellen, zumal diese Verträge stets und in allen Ländern geheim bleiben. Es gibt keine einzige Republik in der Welt, die ihre Außenpolitik offen betreibt. Solange die kapitalistische Ordnung besteht, ist nicht zu erwarten, daß die Kapitalisten ihre Geschäftsbücher öffnen. Gibt es einmal

das Privateigentum an den Produktionsmitteln, so schließt es auch das Privateigentum an Aktien und Finanzoperationen ein. Die Hauptgrundlage der heutigen Diplomatie sind eben Finanzoperationen, die auf die Ausplünderung und Versklavung der schwachen Völkerschaften hinauslaufen. Das sind, von unserem Standpunkt aus, die Grundsätze, aus denen sich die gesamte Beurteilung des Krieges ergibt. Aus ihnen ziehen wir die Schlußfolgerung:

„Darum kann eine proletarische Partei, wenn sie nicht völlig mit dem Internationalismus, d. h. mit der brüderlichen Solidarität der Arbeiter aller Länder im Kampfe gegen das kapitalistische Joch brechen will, weder den jetzigen Krieg noch die jetzige Regierung noch ihre Anleihen unterstützen.“

Das ist unsere wichtigste, grundlegende Schlußfolgerung, die unsere ganze Taktik bestimmt und uns von allen anderen Parteien trennt, wie sehr sie sich auch sozialistisch nennen mögen. Durch diesen Grundsatz, der für uns alle unbestreitbar ist, ist die Frage unserer Stellung zu allen anderen politischen Parteien im voraus entschieden.

Im weiteren ist die Rede davon, daß unsere Regierung sich ganz besonders in Versprechungen ergeht. Um diese Versprechungen dreht sich die fortwährende Kampagne der Sowjets, die sich in diese Versprechungen verstrickt haben und das Volk auf die Probe stellen. Darum halten wir es für unerläßlich, der rein objektiven Analyse der Klassenlage eine Einschätzung der Versprechungen hinzuzufügen – der Versprechungen, die natürlich an und für sich für einen Marxisten keinerlei Bedeutung haben. Aber für die breiten Massen bedeuten sie viel und für die Politik noch mehr. Der Petrograder Sowjet hat sich in diese Versprechungen verstrickt und verleiht ihnen Gewicht, indem er seine Unterstützung verspricht. Aus diesem Grunde fügen wir diesem Punkt folgende Formulierung hinzu:

„Keinerlei Vertrauen verdienen die Versprechungen der jetzigen Regierung, auf Annexionen, d. h. auf die Eroberung fremder Länder oder das gewaltsame Festhalten irgendwelcher Völkerschaften innerhalb der Grenzen Rußlands zu verzichten.“

Da das Wort „Annexion“ ein Fremdwort ist, geben wir ihm eine genaue politische Definition, wie sie weder die Partei der Kadetten noch die Parteien der kleinbürgerlichen Demokraten (Volkstümler und Mensche-

wiki) geben können. Es gibt keine Worte, die ähnlich sinnlos und leichtfertig gebraucht würden.

„Denn erstens können die Kapitalisten, die durch Tausende von Fäden mit dem Bankkapital verflochten sind, auf Annexionen in diesem Krieg nicht verzichten, ohne auf die Profite aus den in Anleihen, Konzessionen, Rüstungsbetrieben usw. angelegten Milliarden zu verzichten; zweitens hat die neue Regierung, nachdem sie, um das Volk zu betrügen, den Verzicht auf Annexionen aussprach, durch den Mund Miljukows am 9. April 1917 in Moskau erklärt, daß sie keineswegs auf Annexionen zu verzichten gedenkt; durch die Note vom 18. April sowie deren Erläuterung vom 22. April hat sie den annexionistischen Charakter ihrer Politik bestätigt.

Die Konferenz warnt das Volk vor den leeren Versprechungen der Kapitalisten und erklärt daher, daß man streng unterscheiden muß zwischen einem Verzicht auf Annexionen in Worten und einem Verzicht auf Annexionen in der Tat, d. h. der sofortigen Veröffentlichung und Annullierung aller geheimen Raubverträge, der sofortigen Einräumung des Rechtes an alle Völkerschaften, durch freie Abstimmung darüber zu entscheiden, ob sie unabhängige Staaten sein oder sich irgendeinem Staat anschließen wollen.“

Das zu erklären hielten wir für notwendig, weil die Frage eines Friedens ohne Annexionen die Hauptfrage in all diesen Diskussionen über die Friedensbedingungen ist. Alle Parteien geben zu, daß der Frieden zu einer Alternative wird und daß ein mit Annexionen verbundener Frieden eine unerhörte Katastrophe für alle Länder bedeuten würde. Und angesichts eines Volkes, in dessen Lande politische Freiheit herrscht, kann die Frage des Friedens nicht anders gestellt werden als die eines Friedens ohne Annexionen. Deshalb spricht man sich wohl oder übel für den Frieden ohne Annexionen aus, im übrigen aber lügt man, indem man den Begriff der Annexion verdunkelt, oder man umgeht die Frage überhaupt. Die „Retsch“ zum Beispiel verkündet, daß die Rückgabe Kurlands eben ein Verzicht auf Annexionen sei. Als ich vor dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten sprach, überreichte mir ein Soldat einen Zettel mit der Frage: „Wir müssen uns schlagen, um Kurland zurückzuerobern. Wenn man Kurland zurückerobert, heißt das für Annexionen sein?“ Ich mußte bejahen. Wir sind dagegen, daß Deutschland

sich mit Gewalt Kurland einverleibt, aber wir sind auch dagegen, daß Rußland mit Gewalt Kurland festhält. Zum Beispiel hat unsere Regierung ein Manifest über die Unabhängigkeit Polens erlassen und es mit nichts-sagenden Redensarten vollgestopft. Sie schrieb da, Polen müsse sich in einem freien militärischen Bündnis mit Rußland befinden. Allein in diesen drei Worten steckt die Wahrheit. Das freie militärische Bündnis des kleinen Polens mit dem gewaltigen Rußland ist in Wirklichkeit die völlige militärische Versklavung Polens. Politisch kann es Polen die Freiheit geben, ihre Grenzen werden ohnehin durch das militärische Bündnis bestimmt.

Wollten wir dafür kämpfen, daß die russischen Kapitalisten sich Kurlands und Polens in den früheren Grenzen bemächtigen, so gäbe das den deutschen Kapitalisten das Recht, Kurland zu rauben. Sie könnten einwenden: Wir haben gemeinsam Polen geraubt. Als wir damit Ende des 18. Jahrhunderts begannen, war Preußen ein sehr kleiner und schwacher Staat, während Rußland groß war, und Rußland hat mehr rauben können. Jetzt sind wir stärker geworden, gestattet uns also, einen größeren Teil zu nehmen. Gegen diese Logik der Kapitalisten läßt sich nichts sagen. Japan war 1863, verglichen mit Rußland, eine Null, 1905 aber hat es Rußland verprügelt. Deutschland war in den Jahren 1863–1873, verglichen mit England, eine Null, jetzt ist es stärker als dieses. Sie könnten einwenden: wir waren schwach, als man uns Kurland wegnahm, jetzt sind wir stärker als ihr und wollen es zurückhaben. Auf Annexionen nicht verzichten heißt endlose Kriege um die Versklavung schwacher Völkerschaften rechtfertigen. Verzicht auf Annexionen bedeutet, es jedem Volk überlassen, frei zu entscheiden, ob es allein oder zusammen mit einem andern leben will. Natürlich muß man dazu die Truppen abziehen. Die geringsten Schwankungen in der Frage der Annexionen zu lassen heißt endlose Kriege rechtfertigen. Folglich konnten wir in dieser Hinsicht keinerlei Schwankungen erlauben. Unsere Antwort in der Frage der Annexionen lautet: freie Entscheidung der Völker. Was ist zu tun, damit diese politische Freiheit auch zu einer ökonomischen wird? Das erfordert den Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und die Abschüttelung des kapitalistischen Jochs.

Nunmehr komme ich zum zweiten Teil der Resolution.

„Die Strömung der sogenannten ‚revolutionären Vaterlandsverteidi-

gung', die jetzt in Rußland alle volkstümlicherischen Parteien (Volkssozialisten, Trudowiki, Sozialrevolutionäre) und die opportunistische Partei der menschowistischen Sozialdemokraten (Organisationskomitee, Tschcheidse, Zereteli u. a.) sowie die Mehrheit der parteilosen Revolutionäre erfaßt hat, verkörpert ihrer Klassenbedeutung nach einerseits die Interessen und den Standpunkt der wohlhabenden Bauern und eines Teils der Kleinbesitzer, die gleich den Kapitalisten aus der Vergewaltigung schwacher Völker Gewinne ziehen. Andererseits ist die 'revolutionäre Vaterlandsverteidigung' das Resultat der Tatsache, daß es den Kapitalisten gelungen ist, einen Teil der Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land zu betrügen, die ihrer Klassenlage nach an den Profiten der Kapitalisten und am imperialistischen Krieg nicht interessiert sind."

Hier ist es also unsere Aufgabe, festzustellen, aus welchen Schichten die Stimmungen hervorgehen konnten und hervorgegangen sind, die sich in der „Vaterlandsverteidigung“ ausdrücken. Rußland ist das kleinbürgerlichste Land, und die oberen Schichten des Kleinbürgertums sind an der Fortsetzung dieses Krieges direkt interessiert. Die wohlhabende Bauernschaft zieht, ebenso wie die Kapitalisten, Profite aus dem Krieg. Andererseits ist die Masse der Proletarier und Halbproletarier an Annexionen nicht interessiert, da sie vom Bankkapital keine Profite erhalten. Wie konnten diese Klassen sich auf den Standpunkt der revolutionären Vaterlandsverteidigung stellen? Eine solche Haltung dieser Klassen zur revolutionären Vaterlandsverteidigung ist das Resultat des Einflusses der Ideologie der Kapitalisten, der in der Resolution mit dem Wort „Betrug“ gekennzeichnet ist. Sie können die Interessen der Kapitalisten nicht von denen des Landes unterscheiden. Daraus ergibt sich für uns die Schlußfolgerung:

„Die Konferenz stellt fest, daß Zugeständnisse jeder Art an die 'revolutionäre Vaterlandsverteidigung' absolut unzulässig sind und in Wirklichkeit den völligen Bruch mit dem Internationalismus und Sozialismus bedeuten. Was die Tatsache anbelangt, daß breite Volksmassen für die 'Vaterlandsverteidigung' sind, so wird unsere Partei gegen diese Stimmungen ankämpfen, indem sie unermüdlich die Wahrheit klarlegt, daß die blinde Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung der Kapitalisten im gegenwärtigen Zeitpunkt eines der Haupthindernisse für eine rasche Beendigung des Krieges ist.“

Hier, in diesen letzten Worten, ist ausgedrückt, was Rußland von allen übrigen kapitalistischen Ländern des Westens und von allen kapitalistisch-demokratischen Republiken deutlich unterscheidet. Denn dort kann man nicht sagen, daß die Vertrauensseligkeit der unaufgeklärten Massen die Hauptursache für die Fortsetzung des Krieges sei. Dort sind die Massen jetzt in die eiserne Klammer der militärischen Disziplin eingezwängt, und die Disziplin ist um so größer, je demokratischer die Republik ist, denn in dieser stützt sich das Recht auf den „Willen des Volkes“. In Rußland gibt es infolge der Revolution diese Disziplin nicht. Die Massen wählen frei ihre Vertreter in die Sowjets – eine Erscheinung, die jetzt nirgends in der Welt zu beobachten ist. Aber sie sind blind vertrauensselig, und darum werden sie in bestimmter Weise für den Krieg ausgenützt. Hier kann man nur durch Aufklärung wirken. Diese Aufklärung muß sich auf die direkten revolutionären Aufgaben und Aktionsmethoden beziehen. Sind die Massen frei, so wäre es alberner Blanquismus, bloßes Abenteuerium, wollte man versuchen, irgend etwas im Namen der Minderheit zu unternehmen, ohne die Massen aufzuklären. Nur durch die Gewinnung der Masse – wenn man sie gewinnen kann – nur so schaffen wir einen festen Stützpunkt für den Sieg des proletarischen Klassenkampfes.

Ich komme zum dritten Teil der Resolution:

„Was die wichtigste Frage anbelangt, die Frage, wie man diesen Krieg der Kapitalisten am raschesten – und dabei nicht durch einen Gewaltfrieden, sondern durch einen wahrhaft demokratischen Frieden – beenden kann, so stellt die Konferenz fest und beschließt:

Es ist unmöglich, diesen Krieg zu beenden vermittels der Weigerung der Soldaten nur einer Seite, den Krieg fortzusetzen, vermittels der einfachen Einstellung der Kriegshandlungen durch eine einzelne kriegführende Seite.“

Der Gedanke, den Krieg derart beenden zu können, wird uns sehr häufig von Leuten unterschoben, die sich den Kampf mit dem Gegner leicht machen wollen, indem sie seine Ansichten entstellen – die übliche Methode der Kapitalisten, die uns den sinnlosen Gedanken unterschoben, dem Krieg durch eine einseitige Weigerung ein Ende setzen zu wollen. Und sie erwidern: „Der Krieg läßt sich nicht dadurch beenden, daß man die Bajonette in die Erde stößt“, wie ein Soldat, ein typischer Anhänger

der revolutionären Vaterlandsverteidigung, es formuliert hat. Das ist kein Argument, sage ich. Daß man den Krieg ohne Wechsel der regierenden Klassen beenden könne, ist eine anarchistische Idee; das ist eine anarchistische Idee, die keine Bedeutung, keinen politischen Sinn hat, oder aber eine nebelhaft-pazifistische, die rein gar nichts vom Zusammenhang zwischen Politik und unterdrückter Klasse erfaßt. Der Krieg ist ein Übel, der Friede eine Wohltat... Natürlich muß man diesen Gedanken den Massen klarmachen, unter ihnen verbreiten. Allgemein gesprochen, werden alle unsere Resolutionen für die führenden Schichten, für die Marxisten, geschrieben, sie eignen sich keineswegs als Lektüre für die Massen, doch müssen sie jedem Propagandisten und Agitator einen zusammenfassenden Leitfaden der gesamten Politik geben. Zu diesem Zweck ist ein weiterer Absatz hinzugefügt worden:

„Die Konferenz protestiert erneut mit allem Nachdruck gegen die niederträchtige Verleumdung, die die Kapitalisten über unsere Partei verbreiten, gegen die Behauptung, wir sympathisierten mit einem Separatfrieden (Sonderfrieden) mit Deutschland. Wir halten die deutschen Kapitalisten für ebensolche Räuber wie die russischen, englischen, französischen und übrigen Kapitalisten, den Kaiser Wilhelm für einen ebensolchen gekrönten Räuber wie Nikolaus II., wie die Monarchen Englands, Italiens, Rumäniens und alle anderen.“

Über diesen Punkt kam es in der Kommission zu gewissen Meinungsverschiedenheiten, einerseits sollen wir uns an dieser Stelle einer zu populären Sprache bedient haben, andererseits sollen die Monarchen Englands, Italiens, Rumäniens nicht die Ehre verdient haben, hier aufgeführt zu werden. Aber nach eingehender Diskussion kamen wir zu dem einmütigen Beschluß, daß wir in diesem Augenblick, wo wir uns das Ziel setzen, die Verleumdungen zu widerlegen, die die „Birshowka“ meist in grober Form, die „Retsch“ raffiniert und das „Jedinstwo“ durch direkte Anspielungen über uns zu verbreiten suchen, in einer solchen Frage, mit Rücksicht auf die breitesten Massen, die krasseste und allerschärfste Kritik an diesen Begriffen üben müssen. Und da man uns sagt: wenn ihr Wilhelm für einen Räuber haltet, so helft uns, ihn stürzen, so können wir doch antworten, daß alle anderen ebenfalls Räuber sind, die man genauso bekämpfen muß, daß man also auch die Könige von Italien und Rumänien nicht vergessen darf, daß auch in den Reihen unserer Verbündeten solche

zu finden sind. Diese beiden Absätze enthalten eine Widerlegung der Verleumdungen, die auf einen Pogrom und auf leeres Gezänk abzielen. Deshalb müssen wir im weiteren zu der ernststen praktischen Frage übergehen, wie dieser Krieg zu beenden ist.

„Unsere Partei wird geduldig, aber beharrlich dem Volke die Wahrheit erklären, daß Kriege von *Regierungen* geführt werden, daß Kriege immer untrennbar mit der Politik bestimmter *Klassen* verknüpft sind, daß dieser Krieg *nur* dann durch einen demokratischen Frieden beendet werden kann, wenn die gesamte Staatsgewalt wenigstens in einigen kriegführenden Ländern in die Hände der Klasse der Proletarier und Halbproletarier übergeht, die wirklich imstande ist, dem kapitalistischen Joch ein Ende zu setzen.“

Für einen Marxisten sind diese Wahrheiten, daß Kriege von Kapitalisten geführt werden und daß sie mit ihren Klasseninteressen verknüpft sind, absolute Wahrheiten. Der Marxist braucht sich bei solchen Dingen nicht aufzuhalten. Aber den breiten Massen müssen alle geschickten Propagandisten und Agitatoren diese Wahrheit ohne Fremdwörter erklären können, weil bei uns die Auseinandersetzungen gewöhnlich in leere Zänkerei ausarten, bei der nichts herauskommt. Und die Klärlegung dieser Wahrheit erstreben wir in allen Teilen der Resolution. Wir sagen: Um den Krieg zu begreifen, muß man fragen, für wen ist er von Vorteil? Um zu begreifen, in welcher Weise der Krieg beendet werden kann, muß man fragen, welchen Klassen bringt er keine Vorteile? Der Zusammenhang dabei ist klar, und daraus ergibt sich weiter der Schluß:

„Die revolutionäre Klasse würde, nachdem sie die Staatsgewalt in Rußland in die Hände genommen hat, eine Reihe von Maßnahmen treffen, die zur Beseitigung der ökonomischen Herrschaft der Kapitalisten und zur völligen politischen Unschädlichmachung der Kapitalisten führen würden; die revolutionäre Klasse würde allen Völkern unverzüglich und offen einen demokratischen Frieden auf der Grundlage des völligen Verzichtes auf irgendwelche Annexionen anbieten.“

Wenn wir im Namen der revolutionären Klasse sprechen, so hat das Volk das Recht zu fragen: Nun, und ihr, was würdet ihr an ihrer Stelle tun, um den Krieg zu beenden? Das ist eine unausbleibliche Frage. Das Volk wählt uns jetzt als seine Vertreter, und wir müssen eine durchaus präzise Antwort geben. Die revolutionäre Klasse würde, nachdem sie die

Macht ergriffen hat, damit beginnen, die Herrschaft der Kapitalisten zu untergraben, und würde allen Völkern genau formulierte Friedensbedingungen vorlegen, denn wenn die ökonomische Herrschaft der Kapitalisten nicht untergraben wird, wird alles nur auf dem Papier bleiben. Nur die siegreiche Klasse kann das tun, kann eine Änderung der Politik herbeiführen.

Ich wiederhole noch einmal: Für die unaufgeklärten Volksmassen bedarf diese Wahrheit der Zwischenglieder, die ungeschulte Menschen in die Frage einführen. Der ganze Fehler und der ganze Schwindel der populären Literatur über den Krieg besteht darin, daß diese Frage umgangen wird, daß man sich darüber ausschweigt und die Sache so darstellt, als gäbe es keinen Klassenkampf, als hätten zwei Länder freundschaftlich miteinander gelebt, dann habe das eine das andere überfallen, und dieses verteidige sich nun. Das ist eine vulgäre Betrachtungsweise, in der es keine Spur von Objektivität gibt – ein bewußter Betrug des Volkes durch die Gebildeten. Wenn wir es verstehen, an diese Frage richtig heranzugehen, so wird jeder aus dem Volke das Wesentliche erfassen; denn die Interessen der herrschenden Klassen und die Interessen der unterdrückten Klassen sind zweierlei.

Was wäre, wenn die revolutionäre Klasse die Macht eroberte?

„Diese Maßnahmen und dieses offene Friedensangebot würden das völlige Vertrauen der Arbeiter der kriegführenden Länder zueinander herstellen...“

Jetzt kann dieses Vertrauen nicht bestehen, mit Manifesten werden wir dieses Vertrauen nicht schaffen. Wenn ein Denker gesagt hat, daß dem Menschen die Sprache gegeben sei, damit er seine Gedanken verbergen könne, so sagen die Diplomaten stets: „Konferenzen treten zusammen, um die Volksmassen übers Ohr zu hauen.“ Nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Sozialisten urteilen so. Insbesondere kann man das von der Konferenz sagen, die Borgbjerg einberufen will.

„... und unvermeidlich zu Erhebungen des Proletariats gegen jene imperialistischen Regierungen führen, die sich dem vorgeschlagenen Frieden widersetzen sollten.“

Wenn heute eine kapitalistische Regierung sagt: „Wir sind für einen Frieden ohne Annexionen“, so glaubt das niemand. Die Volksmassen haben den Instinkt der unterdrückten Klassen, der ihnen sagt, daß sich

nichts geändert hat. Erst wenn sich in *einem* Lande die Politik tatsächlich geändert hätte, würde Vertrauen entstehen und käme es zu Versuchen einer Erhebung. Wir sprechen von „Erhebungen“, weil hier von allen Ländern die Rede ist. „In *einem* Lande ist es zur Revolution gekommen, jetzt muß das gleiche in Deutschland geschehen“ – diese Betrachtungsweise ist falsch. Man versucht, eine Reihenfolge festzulegen, das aber kann man nicht. Wir alle haben die Revolution von 1905 erlebt, wir alle konnten hören oder haben gesehen, wie sie einen Aufschwung der revolutionären Ideen in der ganzen Welt verursachte, wie Marx das immer gesagt hat: Die Revolution kann weder gemacht noch kann eine Reihenfolge festgelegt werden. Man kann keine Revolution auf Bestellung machen, die Revolution wächst heran. Das tun zu wollen ist pure Scharlatanerie, die jetzt in Rußland besonders häufig getrieben wird. Man sagt dem Volke: Ihr in Rußland habt die Revolution gemacht, jetzt sind die Deutschen an der Reihe. Wenn sich die objektiven Verhältnisse ändern, ist eine Erhebung unvermeidlich. In welcher Reihenfolge aber, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Erfolg, das wissen wir nicht. Man sagt uns: Wenn die revolutionäre Klasse in Rußland die Macht in ihre Hände nimmt, es aber in den anderen Ländern zu keiner Erhebung kommt, was soll dann die revolutionäre Partei machen? Was soll dann geschehen? Auf diese Frage gibt der letzte Punkt unserer Resolution die Antwort.

„Solange aber die revolutionäre Klasse in Rußland nicht die ganze Staatsgewalt in ihre Hände genommen hat, wird unsere Partei jene proletarischen Parteien und Gruppen im Ausland in jeder Weise unterstützen, die wirklich schon während des Krieges einen revolutionären Kampf gegen ihre imperialistischen Regierungen und gegen ihre Bourgeoisie führen.“

Das ist alles, was wir sofort versprechen können und tun müssen. Die Revolution reift in allen Ländern heran, aber wann und in welchem Maße sie reif sein wird, das weiß niemand. In allen Ländern gibt es Menschen, die einen revolutionären Kampf gegen ihre Regierungen führen. Sie und nur sie müssen wir unterstützen. Das ist eine ernste Sache, alles übrige ist Lug und Trug. Und wir fügen hinzu:

„Insbesondere aber wird die Partei die beginnende Massenverbrüderung der Soldaten aller kriegführenden Länder an der Front unterstützen...“

Das bezieht sich auf den Einwand Plechanows. „Was wird dabei herauskommen?“ sagt Plechanow. „Nun, ihr werdet euch verbrüdernd, und was weiter? Das bedeutet doch die Möglichkeit eines Separatfriedens an der Front.“ Das ist Hokuspokus, aber kein ernsthaftes Argument. Wir wollen die Verbrüderung an allen Fronten, und dafür setzen wir uns ein. Als wir in der Schweiz arbeiteten, haben wir einen zweisprachigen Aufruf herausgegeben: auf der einen Seite französisch, auf der anderen deutsch, und wir haben zu dem aufgerufen, wozu wir jetzt die russischen Soldaten aufrufen. Wir beschränken uns nicht auf die Verbrüderung allein zwischen Rußland und Deutschland, wir rufen alle zur Verbrüderung auf. Wie soll nun die Verbrüderung aufgefaßt werden?

„... wobei sie danach strebt, diese spontane Äußerung der Solidarität der Unterdrückten in eine bewußte und möglichst organisierte Bewegung umzuwandeln, die auf den Übergang der gesamten Staatsgewalt in allen kriegführenden Ländern in die Hände des revolutionären Proletariats gerichtet ist.“

Heute ist die Verbrüderung spontan, und man darf sich in dieser Hinsicht keiner Täuschung hingeben. Man muß das zugeben, um das Volk nicht irrezuführen. Klare politische Vorstellungen haben die sich verbrüdernden Soldaten nicht. Aus ihnen spricht der Instinkt unterdrückter Menschen, die müde und erschöpft sind und den Kapitalisten nicht mehr glauben: „Während ihr dort vom Frieden redet – das hören wir bereits seit zweieinhalb Jahren –, machen wir selber den Anfang.“ Das ist der sichere Klasseninstinkt. Ohne diesen Instinkt wäre die Sache der Revolution aussichtslos. Denn ihr wißt, niemand würde die Arbeiter befreien, wenn sie sich nicht selbst befreien. Genügt aber dieser Instinkt? Mit dem Instinkt allein kommt man nicht weit. Darum ist notwendig, daß aus dem Instinkt Bewußtsein wird.

In dem Aufruf „An die Soldaten aller kriegführenden Länder“ geben wir Antwort auf die Frage: Was soll aus dieser Verbrüderung werden? Der Übergang der politischen Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.* Natürlich werden die deutschen Arbeiter ihre Sowjets anders nennen, das ist nicht wichtig. Das Wesentliche aber ist, daß wir uns völlig darüber klar sind, daß diese Verbrüderung spontan ist, daß wir uns nicht darauf beschränken, die Verbrüderung zu fördern,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 176. *Die Red.*

sondern uns die Aufgabe stellen, diese spontane Annäherung der in den Soldatenrock gesteckten Arbeiter und Bauern aller Länder in eine bewußte Bewegung zu verwandeln, deren Ziel der Übergang der Macht in allen kriegführenden Ländern in die Hände des revolutionären Proletariats ist. Diese Aufgabe ist sehr schwierig, aber auch die Lage, in die die Menschheit durch die Herrschaft der Kapitalisten gebracht worden ist, ist unerhört schwierig und führt sie geradewegs in den Untergang. Darum wird diese Lage zum Ausbruch der Empörung führen, die eine Gewähr ist für die proletarische Revolution.

Das ist unsere Resolution, die wir der Aufmerksamkeit der Konferenz empfehlen.

*Ein kurzer Bericht wurde am
12. Mai (29. April) 1917 in der
„Prawda“ Nr. 44 veröffentlicht.*

*Zuerst vollständig veröffentlicht 1921
in: N. Lenin (W. Uljanow),
Gesammelte Werke, Band XIV,
2. Halbband.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

9

RESOLUTION ÜBER DEN KRIEG

I

Der gegenwärtige Krieg ist auf seiten beider Gruppen der kriegführenden Mächte ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, den die Kapitalisten um die Aufteilung der Vorteile aus der Weltherrschaft, um die Märkte für das Finanzkapital (Bankkapital), um die Unterwerfung schwacher Völker usw. führen. Jeder Tag des Krieges bereichert die Finanz- und Industriebourgeoisie und ruiniert und erschöpft die Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft aller kriegführenden und schließlich auch der neutralen Länder. In Rußland aber bringt die Verlängerung des Krieges überdies größte Gefahren für die Errungenschaften der Revolution und für ihre weitere Entwicklung mit sich.

Der Übergang der Staatsgewalt in Rußland an die Provisorische Regierung, die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, hat an diesem Charakter und an dieser Bedeutung des Krieges auf seiten Rußlands nichts geändert und konnte daran nichts ändern.

Diese Tatsache kam besonders anschaulich darin zum Ausdruck, daß die neue Regierung die Geheimverträge, die der Zar Nikolaus II. mit den kapitalistischen Regierungen Englands, Frankreichs usw. abgeschlossen hat, nicht nur nicht veröffentlichte, sondern diese Geheimverträge, die den russischen Kapitalisten die Ausplünderung Chinas, Persiens, der Türkei, Österreichs usw. in Aussicht stellen, ohne Befragung des Volkes noch formell bestätigte. Durch die Verheimlichung dieser Verträge wird das russische Volk über den wahren Charakter des Krieges getäuscht.

Darum kann eine proletarische Partei, wenn sie nicht völlig mit dem

Internationalismus, d. h. mit der brüderlichen Solidarität der Arbeiter aller Länder im Kampfe gegen das kapitalistische Joch brechen will, weder den jetzigen Krieg noch die jetzige Regierung noch ihre Anleihen unterstützen.

Keinerlei Vertrauen verdienen die Versprechungen der jetzigen Regierung, auf Annexionen, d. h. auf die Eroberung fremder Länder oder das gewaltsame Festhalten irgendwelcher Völkerschaften innerhalb der Grenzen Rußlands, zu verzichten. Denn erstens können die Kapitalisten, die durch Tausende von Fäden mit dem Bankkapital verflochten sind, auf Annexionen in diesem Kriege nicht verzichten, ohne auf die Profite aus den in Anleihen, Konzessionen, Rüstungsbetrieben usw. angelegten Milliarden zu verzichten. Zweitens hat die neue Regierung, nachdem sie, um das Volk zu betrügen, den Verzicht auf Annexionen aussprach, durch den Mund Miljukows am 9. April 1917 in Moskau erklärt, daß sie keineswegs auf Annexionen zu verzichten gedenkt; durch die Note vom 18. April sowie deren Erläuterung vom 22. April hat sie den annexionistischen Charakter ihrer Politik bestätigt. Die Konferenz warnt das Volk vor den leeren Versprechungen der Kapitalisten und erklärt daher, daß man streng unterscheiden muß zwischen einem Verzicht auf Annexionen in Worten und einem Verzicht auf Annexionen in der Tat, d. h. der sofortigen Veröffentlichung und Annullierung aller geheimen Raubverträge, der sofortigen Einräumung des Rechtes an alle Völkerschaften, durch freie Abstimmung darüber zu entscheiden, ob sie unabhängige Staaten sein oder sich irgendeinem Staat anschließen wollen.

II

Die Strömung der sogenannten „revolutionären Vaterlandsverteidigung“, die jetzt in Rußland alle volkstümlicheren Parteien (Volkssozialisten, Trudowiki, Sozialrevolutionäre) und die opportunistische Partei der menschewistischen Sozialdemokraten (Organisationskomitee, Tschcheidse, Zereteli u. a.) sowie die Mehrheit der parteilosen Revolutionäre erfaßt hat, verkörpert ihrer Klassenbedeutung nach einerseits die Interessen und den Standpunkt der wohlhabenden Bauern und eines Teils der Kleinbesitzer, die gleich den Kapitalisten aus der Vergewaltigung

schwacher Völker Gewinne ziehen. Andererseits ist die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ das Resultat der Tatsache, daß es den Kapitalisten gelungen ist, einen Teil der Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land zu betrügen, die ihrer Klassenlage nach an den Profiten der Kapitalisten und am imperialistischen Krieg nicht interessiert sind.

Die Konferenz stellt fest, daß Zugeständnisse jeder Art an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ absolut unzulässig sind und in Wirklichkeit den völligen Bruch mit dem Internationalismus und Sozialismus bedeuten. Was die Tatsache anbelangt, daß breite Volksmassen für die „Vaterlandsverteidigung“ sind, so wird unsere Partei gegen diese Stimmungen ankämpfen, indem sie unermüdlich die Wahrheit klarlegt, daß die blinde Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung der Kapitalisten im gegenwärtigen Augenblick eines der Haupthindernisse für eine rasche Beendigung des Krieges ist.

III

Was die wichtigste Frage anbelangt, die Frage, wie man diesen Krieg der Kapitalisten am raschesten – und dabei nicht durch einen Gewaltfrieden, sondern durch einen wahrhaft demokratischen Frieden – beenden kann, so stellt die Konferenz fest und beschließt:

Es ist unmöglich, diesen Krieg zu beenden vermittels der Weigerung der Soldaten nur einer Seite, den Krieg fortzusetzen, vermittels der einfachen Einstellung der Kriegshandlungen durch eine einzelne kriegführende Seite.

Die Konferenz protestiert erneut mit allem Nachdruck gegen die niederträchtige Verleumdung, die die Kapitalisten über unsere Partei verbreiten, gegen die Behauptung, wir sympathisierten mit einem Separatfrieden (Sonderfrieden) mit Deutschland. Wir halten die deutschen Kapitalisten für ebensolche Räuber wie die russischen, englischen, französischen und übrigen Kapitalisten, den Kaiser Wilhelm für einen ebensolchen gekrönten Räuber wie Nikolaus II., wie die Monarchen Englands, Italiens, Rumäniens und alle anderen.

Unsere Partei wird geduldig, aber beharrlich dem Volke die Wahrheit erklären, daß Kriege von *Regierungen* geführt werden, daß Kriege immer untrennbar mit der Politik bestimmter *Klassen* verknüpft sind, daß dieser

Krieg *nur* dann durch einen demokratischen Frieden beendet werden kann, wenn die gesamte Staatsgewalt wenigstens in einigen kriegführenden Ländern in die Hände der Klasse der Proletarier und Halbproletarier übergeht, die wirklich imstande ist, dem kapitalistischen Joch ein Ende zu setzen.

Die revolutionäre Klasse, die die Staatsgewalt in Rußland in die Hand nähme, würde eine Reihe von Maßnahmen treffen, die die ökonomische Herrschaft der Kapitalisten untergraben und zur völligen politischen Unschädlichmachung der Kapitalisten führen würden; die revolutionäre Klasse würde allen Völkern unverzüglich und offen einen demokratischen Frieden auf der Grundlage des völligen Verzichts auf irgendwelche Annexionen und Kontributionen anbieten. Diese Maßnahmen und dieses offene Friedensangebot würden das völlige Vertrauen der Arbeiter der kriegführenden Länder zueinander herstellen und unvermeidlich zu Erhebungen des Proletariats gegen jene imperialistischen Regierungen führen, die sich dem vorgeschlagenen Frieden widersetzen sollten.

Solange aber die revolutionäre Klasse in Rußland nicht die ganze Staatsgewalt in ihre Hände genommen hat, wird unsere Partei jene proletarischen Parteien und Gruppen im Ausland in jeder Weise unterstützen, die wirklich schon während des Krieges einen revolutionären Kampf gegen ihre imperialistischen Regierungen und gegen ihre Bourgeoisie führen. Insbesondere aber wird die Partei die beginnende Massenverbrüderung der Soldaten aller kriegführenden Länder an der Front unterstützen, wobei sie danach strebt, diese spontane Äußerung der Solidarität der Unterdrückten in eine bewußte und möglichst organisierte Bewegung umzuwandeln, die auf den Übergang der gesamten Staatsgewalt in allen kriegführenden Ländern in die Hände des revolutionären Proletariats gerichtet ist.

„Prawda“ Nr. 44,
12. Mai (29. April) 1917.

*Nach der maschinegeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift, verglichen mit dem
Text der „Prawda“.*

RESOLUTION ÜBER DIE STELLUNG ZUR PROVISORISCHEN REGIERUNG

Die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR erklärt:

1. Die Provisorische Regierung ist ihrem Charakter nach ein Organ der Herrschaft der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie;

2. diese Regierung und die durch sie vertretenen Klassen sind ökonomisch und politisch untrennbar mit dem russischen und dem englisch-französischen Imperialismus verbunden;

3. selbst das von ihr verkündete Programm verwirklicht diese Regierung nur unvollständig und nur unter dem Druck des revolutionären Proletariats und teilweise des Kleinbürgertums;

4. die sich organisierenden Kräfte der bürgerlichen und gutsherrlichen Konterrevolution sind unter der Flagge der Provisorischen Regierung, unter offenkundiger Mitwirkung seitens der letzteren bereits zum Angriff auf die revolutionäre Demokratie übergegangen: so schiebt die Provisorische Regierung die Ansetzung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung hinaus und behindert die allgemeine Bewaffnung des Volkes, sie widersetzt sich dem Übergang des gesamten Bodens in die Hände des Volkes, indem sie ihm eine im Interesse der Gutsbesitzer liegende Methode zur Lösung der Agrarfrage aufzwingt, sabotiert die Einführung des Achtstundentags, leistet der konterrevolutionären Agitation (Gutschkows und Co.) in der Armee Vorschub, organisiert das höhere Offizierskorps gegen die Soldaten usw.;

5. da sie die Profite der Kapitalisten und der Gutsbesitzer schützt, ist die Provisorische Regierung unfähig, eine Reihe revolutionärer Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet (Lebensmittelversorgung usw.) zu

treffen, die angesichts der unmittelbar drohenden Wirtschaftskatastrophe unbedingt notwendig und unaufschiebbar sind;

6. zugleich stützt sich diese Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt auf das Vertrauen und auf ein direktes Abkommen mit dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der bis jetzt für die Mehrheit der Arbeiter und der Soldaten, d. h. der Bauernschaft, die führende Organisation ist;

7. jeder Schritt der Provisorischen Regierung sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik wird den Proletariern und Halbproletariern in Stadt und Land die Augen öffnen und die verschiedenen Schichten des Kleinbürgertums nötigen, sich für diese oder jene politische Position zu entscheiden.

Ausgehend von den oben dargelegten Thesen beschließt die Konferenz:

1. Es gilt, eine langwierige Arbeit zur Hebung des proletarischen Klassenbewußtseins zu leisten und die Proletarier in Stadt und Land gegen die Schwankungen des Kleinbürgertums zu vereinen; nur eine solche Arbeit gewährleistet den erfolgreichen Übergang der ganzen Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten oder anderer Organe, die unmittelbar den Willen der Mehrheit des Volkes zum Ausdruck bringen (Organe der örtlichen Selbstverwaltung, die Konstituierende Versammlung usw.).

2. Um eine solche Arbeit leisten zu können, ist es notwendig, innerhalb der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten allseitig wirksam zu sein, ihre Zahl zu erhöhen, ihre Kraft zu verstärken, die proletarischen, internationalistischen Gruppen unserer Partei innerhalb der Sowjets fest zusammenzuschließen.

3. Um die Errungenschaften der Revolution in der Provinz unverzüglich zu festigen und zu erweitern, ist es notwendig, gestützt auf eine feste Mehrheit der örtlichen Bevölkerung, selbständige Aktionen, die auf die Realisierung der Freiheiten, auf die Absetzung konterrevolutionärer Behörden, auf die Durchführung von Maßnahmen ökonomischen Charakters – Kontrolle über Produktion und Verteilung usw. – gerichtet sind, allseitig zu entfalten, zu organisieren und zu verstärken.

4. Die durch die Note der Provisorischen Regierung entstandene politische Krise vom 19.–21. April hat gezeigt, daß die regierende Kadettenpartei, die in der Praxis die konterrevolutionären Elemente sowohl in der

Armee als auch auf der Straße organisiert, nunmehr auf die Arbeiter schießen lassen will. Infolge der sich aus der Doppelherrschaft ergebenden labilen Lage ist die Wiederholung solcher Versuche unvermeidlich, und die Partei des Proletariats ist verpflichtet, dem Volk mit allem Nachdruck zu sagen, daß es der Organisation und Bewaffnung des Proletariats, seines engsten Bündnisses mit der revolutionären Armee, des Bruchs mit der Politik des Vertrauens zur Provisorischen Regierung bedarf, um die ernsthaft drohende Gefahr solcher Massenerschießungen von Proletariern, wie der in den Junitagen 1848 in Paris, abzuwenden.

„Prawda“ Nr. 42,
10. Mai (27. April) 1917.

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

11

REFERAT ZUR FRAGE
DER REVISION DES PARTEIPROGRAMMS
28. APRIL (11. MAI)⁷⁵

Genossen! Was die Revision des Parteiprogramms anbelangt, so ist der Kommission ein erster Entwurf zur Abänderung des grundsätzlichen Programnteils und einiger Hauptpunkte des politischen Teils übergeben worden. Man muß das gesamte Programm einer Revision unterziehen, zumal in Parteikreisen schon lange vor dem Kriege darauf hingewiesen wurde, daß es völlig veraltet ist. Es stellte sich jedoch heraus, daß gar nicht daran zu denken war, einen Entwurf zur Abänderung des gesamten Programms zu erörtern. Andererseits wurde in der Kommission von allen zugegeben, daß die Revision des Programms absolut notwendig sei und daß man in einer ganzen Reihe von Fragen aufzeigen könne und müsse, in welcher Richtung diese Revision vorzunehmen ist. Wir haben darum folgenden Entwurf einer Resolution verfaßt, die ich Ihnen mit kurzen Erläuterungen verlesen werde. Wir verzichten darauf, schon jetzt genau formulierte Thesen aufzustellen, und erklären lediglich, in welcher Richtung eine Revision vorgenommen werden muß.

(Verliest die Resolution.)

„Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit an, das Parteiprogramm in folgender Richtung einer Revision zu unterziehen:

1. Charakterisierung des Imperialismus und der Epoche imperialistischer Kriege im Zusammenhang mit der herannahenden sozialistischen Revolution; Kampf gegen die Entstellung des Marxismus durch die sogenannten Vaterlandsverteidiger, die die Marxsche Losung „Die Arbeiter haben kein Vaterland“⁷⁶ vergessen haben.“

Das ist so klar, daß es keiner Erläuterungen bedarf. In der Tat, die Politik unserer Partei ist weit voraus und hat bereits praktisch die Stellung eingenommen, die diese Formulierung vorschlägt.

„2. Korrektur der Thesen und Paragraphen über den Staat im Sinne der Forderung nicht einer bürgerlich-parlamentarischen Republik, sondern einer demokratischen proletarisch-bäuerlichen Republik (d. h. eines Staatstypus ohne Polizei, ohne stehendes Heer, ohne privilegiertes Beamtentum).“

Zu diesem Punkt sind auch andere Formulierungen vorgeschlagen worden. Eine bezog sich auf die Erfahrungen der Pariser Kommune und auf die Erfahrungen der siebziger und achtziger Jahre, aber eine solche Formulierung ist unbefriedigend und zu allgemein; eine andere sprach von der Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, aber auch diese Formulierung wurde von der Mehrheit der Genossen als unbefriedigend bezeichnet. Die hier gegebene Formulierung ist notwendig, da es nicht darum geht, wie eine Institution heißt, sondern darum, welchen politischen Charakter und welche Struktur diese Institutionen haben. Wenn wir von einer proletarisch-bäuerlichen Republik sprechen, so weisen wir auf ihren sozialen Inhalt und ihren politischen Charakter hin.

„3. Entfernung oder Korrektur der veralteten Teile des politischen Programms.“

Unsere allgemeine politische Tätigkeit in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat praktisch bereits diesen Weg eingeschlagen, es ist also wohl kaum daran zu zweifeln, daß es keine Meinungsverschiedenheiten hervorrufen kann, wenn das Programm in diesem Punkt geändert und eine genaue Formulierung über den Zeitabschnitt gegeben wird, in dem die Revolution unsere Partei angetroffen hat.

„4. Umarbeitung einer Reihe von Punkten des politischen Minimalprogramms im Sinne eines exakteren Hinweises auf konsequentere demokratische Forderungen.“

5. Völlige Umarbeitung des an sehr vielen Stellen veralteten ökonomischen Teils des Minimalprogramms und der das Volksbildungswesen betreffenden Punkte.“

Die Hauptursache dafür, daß diese Punkte veraltet sind: die Gewerkschaftsbewegung hat sie überholt.

„6. Umarbeitung des Agrarprogramms entsprechend der angenommenen Resolution zur Agrarfrage.

7. Einfügung der Forderung nach Nationalisierung einer Reihe der hierfür reifsten Syndikate usw.“

Hier ist eine vorsichtige Formulierung gewählt worden, die, je nachdem, welche Entwürfe veröffentlicht werden, enger oder weiter gefaßt werden kann.

„8. Ergänzung durch eine Charakteristik der Hauptströmungen des modernen Sozialismus.“

Im Kommunistischen Manifest ist eine solche Ergänzung gegeben.

„Die Konferenz beauftragt das ZK, auf dieser Grundlage den Entwurf eines Parteiprogramms binnen zwei Monaten auszuarbeiten und diesen Entwurf dem Parteitag zur Bestätigung zu unterbreiten. Die Konferenz fordert alle Organisationen und alle Mitglieder der Partei auf, die Programmentwürfe zu ergänzen, Korrekturen vorzunehmen und Gegenentwürfe auszuarbeiten.“

Es ist darauf hingewiesen worden, daß es wünschenswert wäre, Schriften über diese Frage herauszugeben und ein wissenschaftliches Organ zu schaffen, jedoch fehlen uns dazu die Leute und Mittel. Das ist die Resolution, die zu einer schnellen Revision des Programms verhelfen wird. Wir werden sie auch ins Ausland schicken, damit sich dort unsere internationalistischen Genossen an der Revision des Programms, die unsere Partei auf Grund der Erfahrungen des Weltkriegs in Angriff genommen hat, beteiligen können.

Ein kurzer Bericht wurde am
13. Mai (30. April) 1917 in der
„Prawda“ Nr. 45 veröffentlicht.

Zuerst vollständig veröffentlicht 1921
in: N. Lenin (W. Ulljanow),
Gesammelte Werke, Band XIV,
2. Halbband.

Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.

12

RESOLUTION ÜBER EINE
REVISION DES PARTEIPROGRAMMS

Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit an, das Parteiprogramm in folgender Richtung einer Revision zu unterziehen:

1. Charakterisierung des Imperialismus und der Epoche imperialistischer Kriege im Zusammenhang mit der herannahenden sozialistischen Revolution; Kampf gegen die Entstellung des Marxismus durch die sogenannten „Vaterlandsverteidiger“, die die Marxsche Losung „Die Arbeiter haben kein Vaterland“ vergessen haben;
2. Korrektur der Thesen und Paragraphen über den Staat im Sinne der Forderung nicht einer bürgerlich-parlamentarischen Republik, sondern einer demokratischen proletarisch-bäuerlichen Republik (d. h. eines Staatstypus ohne Polizei, ohne stehendes Heer, ohne privilegiertes Beamtentum);
3. Entfernung oder Korrektur der veralteten Teile des politischen Programms;
4. Umarbeitung einer Reihe von Punkten des politischen Minimalprogramms im Sinne eines exakteren Hinweises auf konsequentere demokratische Forderungen;
5. völlige Umarbeitung des an sehr vielen Stellen veralteten ökonomischen Teils des Minimalprogramms und der das Volksbildungswesen betreffenden Punkte;
6. Umarbeitung des Agrarprogramms entsprechend der angenommenen Resolution zur Agrarfrage;
7. Einfügung der Forderung nach Nationalisierung einer Reihe der hierfür reifsten Syndikate usw.;

8. Ergänzung durch eine Charakteristik der Hauptströmungen des modernen Sozialismus.

Die Konferenz beauftragt das ZK, auf dieser Grundlage den Entwurf eines Parteiprogramms binnen zwei Monaten auszuarbeiten und diesen Entwurf dem Parteitag zur Bestätigung zu unterbreiten. Die Konferenz fordert alle Organisationen und alle Mitglieder der Partei auf, die Programmentwürfe zu erörtern, Korrekturen vorzunehmen und Gegenentwürfe auszuarbeiten.

*Beilage zu Nr. 13 der
„Soldatskaja Prawda“,
16. (3. Mai) 1917.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

13

REFERAT ZUR AGRARFRAGE
28. APRIL (11. MAI)

Genossen! Die Agrarfrage wurde von unserer Partei schon zur Zeit der ersten Revolution so eingehend behandelt, daß sie gegenwärtig, wie ich glaube, hinlänglich klargestellt ist; das wird indirekt auch dadurch bestätigt, daß die Kommission der Konferenz, die aus Genossen gebildet wurde, die sich in dieser Frage auskennen und sich mit ihr näher befaßt haben, ohne grundlegende Änderungen dem vorgeschlagenen Resolutionsentwurf zustimmte. Ich beschränke mich daher auf ganz kurze Bemerkungen. Da alle Delegierten den Entwurf, der im Korrekturabzug verteilt wurde, besitzen, ist es nicht notwendig, ihn vollständig zu verlesen.

Das Anwachsen der Agrarbewegung in ganz Rußland ist heute eine für alle offensichtliche und absolut unbestreitbare Tatsache. Das auf dem Stockholmer Parteitag im Jahre 1906 angenommene, von den Menschewiki vorgeschlagene Programm unserer Partei wurde bereits durch den Verlauf der ersten russischen Revolution widerlegt. Auf diesem Parteitag setzten die Menschewiki ihren Plan der Munizipalisierung durch, dessen Wesen auf folgendes hinausläuft: Das Land der Bauern, das der Gemeinden wie der Einzelhöfe, bleibt Eigentum der Bauern. Die gutsherrlichen Ländereien gehen aus den Händen ihrer Besitzer in die der örtlichen Selbstverwaltungsorgane über. Eines der Hauptargumente der Menschewiki zugunsten eines solchen Programms war, daß die Bauern den Übergang des bäuerlichen Bodens in irgendwelche anderen Hände als die der Bauernschaft niemals begreifen würden. Wer die Protokolle des Stockholmer Parteitags studiert hat, wird sich erinnern, daß sowohl der Referent Maslow als auch Kostrow dieses Argument besonders her-

vorhoben. Man darf nicht vergessen – wie es jetzt häufig geschieht –, daß dies vor der ersten Duma war, als es objektives Material über den Charakter der Bauernbewegung und ihre Stärke nicht gab. Alle wußten, daß Rußland im Feuer der Agrarrevolution steht, wie aber die Agrarbewegung organisiert werden, wie der Fortgang der Bauernrevolution sein wird, wußte niemand. Es war unmöglich, nachzuprüfen, inwieweit auf dem Parteitag die wirkliche, fundierte Meinung der Bauern selbst zum Ausdruck kam. Darum spielten denn auch diese Argumente der Menschewiki eine so große Rolle. Bald nach unserem Stockholmer Parteitag erhielten wir erstmalig eine eindrucksvolle Bestätigung, wie die Bauernmasse über diese Frage denkt. Sowohl in der I. als auch in der II. Duma wurde von den Bauern selbst der trudowikische „Entwurf der 104“ eingebracht. Ich habe die Unterschriften unter diesem Entwurf eigens studiert, habe mich eingehend mit den Meinungen der Deputierten sowie mit der Frage befaßt, welcher Klasse sie angehören und inwieweit man sie als Bauern bezeichnen kann. Ich habe in der Schrift, die von der zaristischen Zensur verbrannt wurde, die ich aber wieder herausgeben werde⁷⁷, mit der größten Entschiedenheit erklärt, daß diese 104 Unterschriften zum größten Teil Unterschriften von Bauern selbst waren. Dieser Entwurf forderte die Nationalisierung des Bodens. Die Bauern sagten, der gesamte Boden müsse in die Hände des Staates übergehen.

Die Frage besteht also darin: Wie ist es zu erklären, daß in den beiden Dumas die Vertreter der Bauern ganz Rußlands die Nationalisierung jener Maßnahme vorzogen, die die Menschewiki in beiden Dumas vom Standpunkt der Bauerninteressen aus vorschlugen? Nach dem Vorschlag der Menschewiki sollten die Bauern ihren Boden als Eigentum behalten, und nur der gutsherrliche Boden sollte in die Hände des Volkes übergehen; die Bauern dagegen sagten, daß sie den gesamten Boden in die Hände des Volkes legen. Wie ist das zu erklären? Die Sozialrevolutionäre erklären es damit, daß die russischen Bauern infolge des Lebens in der Dorfgemeinde mit der Sozialisierung, mit dem Arbeitsprinzip sympathisieren. In diesem ganzen Gerede steckt nicht der geringste vernünftige Gedanke, das sind lediglich Phrasen. Aber wie ist das nun zu erklären? Ich denke, die Bauern sind zu diesem Schluß gelangt, weil die alten halbleibeigenschaftlichen Verhältnisse den gesamten russischen Grundbesitz, den bäuerlichen und den gutsherrlichen, den der Gemeinden und den Ein-

zellohofbesitz durchdringen, so daß die Bauern vom Standpunkt der Marktverhältnisse aus den Übergang des Bodens in die Hände des gesamten Volkes fordern mußten. Die Bauern sagen, daß die Verworrenheit der bisherigen Agrarverhältnisse nur durch die Nationalisierung entwirrt werden könne. Ihre Auffassung ist bürgerlich: unter ausgleichender Bodennutzung verstehen sie, daß den Gutsbesitzern das Land weggenommen wird, nicht aber den Ausgleich zwischen den einzelnen Landwirten. Nationalisierung heißt: alle Ländereien sollen unter die Bauern aufgeteilt werden. Es ist das ein gewaltiges bürgerliches Projekt. Kein einziger Bauer hat von Ausgleichung und von Sozialisierung gesprochen, alle aber haben gesagt, daß man nicht länger warten könne, daß man den gesamten Grund und Boden von den alten Schranken befreien müsse, d. h., daß es unmöglich ist, unter den Verhältnissen des 20. Jahrhunderts in alter Weise weiter zu wirtschaften. Die Stolypinsche Reform hat seitdem die Bodenfrage noch mehr verwirrt. Das ist es, was die Bauern mit der Forderung nach Nationalisierung ausdrücken wollen. Das heißt, alle Ländereien überhaupt sollen neu aufgeteilt werden. Es darf keinerlei verschiedenartige Formen des Bodenbesitzes geben. Hier ist von Sozialisierung keine Spur. Diese Forderung der Bauern nennt sich deshalb Forderung nach Ausgleich, weil, wie das Gesamtergebnis der Statistik der Bodenbesitzverhältnisse im Jahre 1905 zeigt, 2000 Desjatinen Boden jeweils auf 300 Bauernfamilien und eine Gutsbesitzerfamilie entfallen; in diesem Sinne beinhaltet die Forderung natürlich den Ausgleich, daraus folgt aber nicht, daß alle Kleinwirtschaften untereinander ausgeglichen werden sollen. Der Entwurf der 104 besagt das Gegenteil.

Das ist das Grundlegende, was gesagt werden muß, um wissenschaftlich die Auffassung zu begründen, daß die Nationalisierung in Rußland vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt notwendig ist. Sie ist aber auch darum notwendig, weil sie ein gewaltiger Schlag gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist. Es wäre einfach unsinnig anzunehmen, daß nach der Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden in Rußland alles beim alten bleiben werde.

Ferner werden im Resolutionsentwurf praktische Schlußfolgerungen gezogen und Forderungen aufgestellt. Von den kleinen Abänderungen möchte ich folgende hervorheben: In Punkt 1 heißt es: „Die Partei des Proletariats unterstützt mit allen Kräften die sofortige und vollständige

Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien..." – statt „unterstützt“ soll es heißen „kämpft für...“. Wir sehen das Wesentliche nicht darin, daß die Bauern wenig Land haben und mehr Land brauchen. Das ist die allgemein verbreitete Auffassung. Wir sagen, daß der gutherrliche Grundbesitz die Grundlage der Unterdrückung ist, die die Bauernschaft würgt und zur Rückständigkeit verurteilt. Es geht nicht darum, ob die Bauern wenig Land haben oder nicht; nieder mit der Leibeigenschaft – das ist die Fragestellung vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes und nicht vom Standpunkt jener Bürokraten, die nur überlegen, über wieviel Land sie verfügen und nach welchen Normen es verteilt werden soll. Punkt 2 und 3 schlage ich vor umzustellen, denn für uns ist die revolutionäre Initiative wichtig, während das Gesetz ihr Resultat sein muß. *Wenn man wartet, bis das Gesetz geschrieben ist, selbst aber keine revolutionäre Energie entfaltet, wird man weder ein Gesetz noch Land erhalten.*

Sehr häufig wird gegen die Nationalisierung eingewendet, daß sie einen riesigen Beamtenapparat voraussetze. Das ist richtig, aber Eigentum des Staates bedeutet doch, daß jeder Bauer beim Staat den Boden pachtet. Weiterverpachtung ist verboten. Wieviel der Bauer pachtet, welches Land er bekommt – darüber entscheidet allein das entsprechende demokratische Organ, nicht aber ein bürokratisches.

Anstatt „Knechte“ wird „Landarbeiter“ gesetzt. Einige Genossen haben erklärt, daß das Wort „Knecht“ verletzend sei, und haben gegen das Wort Einwendungen erhoben. Es muß entfernt werden.

Jetzt bei der Entscheidung der Bodenfrage von proletarisch-bäuerlichen Komitees oder Sowjets zu sprechen wäre unangebracht, denn die Bauern haben, wie wir sehen, die Sowjets der Soldatendeputierten geschaffen, und somit ist die Scheidung von Proletariat und Bauernschaft bereits erfolgt.

Bekanntlich treten die kleinbürgerlichen, auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung stehenden Parteien dafür ein, daß man mit der Agrarfrage bis zur Konstituierenden Versammlung warten solle. Wir sind für den sofortigen Übergang des Bodens an die Bauern bei maximaler Organisiertheit. Wir sind absolut gegen eine anarchische Besitzergreifung. Man schlägt den Bauern vor, sich mit den Gutsbesitzern zu verständigen. Wir sagen, daß man den Boden sofort in Besitz nehmen und bestellen muß,

um die Lebensmittelnöte zu bekämpfen und so das Land vor dem Zusammenbruch zu bewahren, der mit rasender Schnelligkeit heranrückt. Man kann jetzt nicht die Rezepte Schingarjows und der Kadetten annehmen, die vorschlagen, bis zur Konstituierenden Versammlung zu warten, von der man nicht weiß, wann sie zusammentreten wird, oder sich mit den Gutsbesitzern über die Pachten zu einigen. Die Bauern ergreifen bereits vom Boden Besitz, ohne Entschädigung zu leisten, oder aber sie zahlen ein Viertel der Pacht.

Ein Genosse brachte eine Resolution mit aus der Provinz, aus dem Gouvernement Pensa, in der es heißt, daß die Bauern sich des gutherrlichen Inventars bemächtigen, es aber nicht nach Höfen verteilen, sondern in Gemeinbesitz überführen. Sie setzen eine gewisse Reihenfolge, eine gewisse Ordnung fest, um mit diesem Inventar alle Ländereien zu bestellen. Bei diesen Maßnahmen gehen sie davon aus, was zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion getan werden muß. Diese Tatsache ist, trotz des Geschreis der Gutsbesitzer und Kapitalisten, das sei Anarchie, von gewaltiger grundsätzlicher Bedeutung. Wenn die Herrschaften schwatzen und schreien, daß das Anarchie sei, und die Bauern würden warten, ja, so wäre das wirklich Anarchie. Die Bauern zeigen, daß sie von den wirtschaftlichen Verhältnissen und der öffentlichen Kontrolle mehr verstehen als die Beamten, daß sie diese Kontrolle hundertmal besser realisieren. Eine solche Maßnahme, die natürlich für ein kleines Dorf leicht durchführbar ist, treibt unvermeidlich zu umfassenderen Maßnahmen. Wenn die Bauern das gelernt haben werden – und sie haben begonnen, es zu lernen, dazu braucht man nicht die Kenntnisse bürgerlicher Professoren –, werden sie selber zu dem Schluß gelangen, daß es notwendig ist, das Inventar nicht nur für die kleinen Wirtschaften, sondern für die Bearbeitung des gesamten Bodens auszunutzen. Wie sie das tun, das ist nicht wichtig: ob sie die Bodenstücke zum gemeinsamen Ackern und zur gemeinsamen Aussaat zusammenlegen, wissen wir nicht, und es ist ohne Belang, wenn sie das auf verschiedene Art und Weise tun. Wichtig ist nur, daß sie glücklicherweise nicht jene große Zahl kleinbürgerlicher Intellektueller vor sich haben, die sich Marxisten, Sozialdemokraten nennen und mit wichtiger Miene das Volk darüber belehren, daß für die sozialistische Revolution die Zeit noch nicht gekommen sei und daß die Bauern daher jetzt das Land nicht in Besitz nehmen dürf-

ten. Zum Glück gibt es in den russischen Dörfern nur wenige solcher Herren. Wenn die Bauern sich darauf beschränkten, das Land auf Grund einer Vereinbarung mit den Gutsbesitzern in Besitz zu nehmen, nicht aber kollektiv ihre eigenen Erfahrungen anwendeten, dann wäre der Zusammenbruch unvermeidlich, dann würden sich die Bauernkomitees als bloßes Spielzeug erweisen, würde nichts dabei herauskommen. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, dem Resolutionsentwurf den Punkt 8* hinzuzufügen.

Da wir wissen, daß die Bauern selbst an Ort und Stelle diese Initiative ergriffen haben, so ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, zu sagen, daß wir eine solche Initiative unterstützen und empfehlen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Revolution sich nicht auf Maßnahmen formaler Natur beschränkt, daß der Kampf gegen die Krise nicht Gegenstand von Kanzleiberatungen und Schingarjowschen Schreibereien bleibt, sondern daß die Bauern tatsächlich in organisierter Weise vorwärtsschreiten werden im Kampf gegen die Lebensmittelnot und für die Steigerung der Produktion.

*Ein kurzer Bericht wurde am
13. Mai (30. April) 1917 in der
„Prawda“ Nr. 45 veröffentlicht.*

*Zuerst vollständig veröffentlicht 1921
in: N. Lenin (W. Uljanow),
Gesammelte Werke, Band XIV,
2. Halbband.*

*Nach der maschinegeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 285. Die Red.

ERWIDERUNG AN N. S. ANGARSKI WÄHREND DER
DISKUSSION ÜBER DIE AGRARFRAGE
28. APRIL (11. MAI)

Genossen! Mir scheint, daß es bei Genossen Angarski eine Reihe von Widersprüchen gibt. Ich spreche von der *materiellen* Grundlage der Nationalisierungsbestrebungen. Irgendeine ideelle Vorstellung von der Nationalisierung haben die Bauern nicht. Ich sage, es bestehen die Bedingungen des gesamtrussischen und des internationalen Marktes, und das findet seinen Ausdruck in den hohen Getreidepreisen. Das Schwanken dieser Preise sieht, kennt und verspürt jeder Bauer. Und mit diesen Bedingungen, mit diesen Preisen muß er die Wirtschaft in Einklang bringen. Ich spreche davon, daß die alten Bodenbesitzverhältnisse und die neue Wirtschaftsordnung absolut nicht mehr zueinander passen, und diese Divergenz erklärt, warum die Bauern vorwärtsstürmen. Der Bauer ist ein Eigentümer, sagt Genosse Angarski. Er hat durchaus recht. Darauf wollte Stolypin die Änderung der Agrarverhältnisse aufbauen, jedoch ist ihm das, obwohl er alles mögliche getan hat, nicht gelungen, weil eine Änderung dieser Verhältnisse ohne revolutionäre Umwälzung unmöglich ist. Das ist die materielle Grundlage für das Streben der Bauern nach Nationalisierung des Bodens, obgleich sie nicht wissen, was Nationalisierung ist. Der Bauer als Eigentümer ist, weil er unter den alten Bodenbesitzverhältnissen nicht leben kann, instinktiv bestrebt zu sagen, daß die Erde Gottes Eigentum sei. Was Gen. Angarski vorschlägt, ist nichts als ein Mißverständnis. Der zweite Absatz besagt, daß der bäuerliche Bodenbesitz von unten bis oben, ganz und gar durchdrungen ist von alten, halb-leibeigenschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen. Ist aber darin vom gutsherrlichen Boden die Rede? Nein. Der Abänderungsantrag des Gen. Angarski beruht auf einem Mißverständnis. Er hat mir etwas angedichtet,

was es hier nicht gibt, Dinge, von denen die Bauern nicht einmal eine Ahnung haben. Die Weltlage kennen die Bauern aus den Getreidepreisen und den Preisen für Güter des Massenbedarfs, und wenn eine Eisenbahn durch sein Dorf geht, so spürt es der Bauer an seiner eigenen Wirtschaft. In alter Weise kann man nicht mehr leben, das ist es, was er fühlt, und dieses Gefühl bringt er zum Ausdruck in der radikalen Forderung: Weg mit dem ganzen alten Grundbesitz! Der Bauer will Eigentümer sein, aber auf einem neuaufgeteilten Boden, damit er auf einem Boden wirtschaften kann, dessen Besitz bestimmt würde durch seine heutigen Bedürfnisse und nicht durch jene, die ihm irgendwelche Beamte vorschreiben. Das weiß der Bauer sehr gut, aber er drückt es natürlich anders aus; und das eben bildet die materielle Grundlage der Bestrebungen nach Nationalisierung des Bodens.

Zuerst veröffentlicht 1921
in: *N. Lenin (W. Uljanow),
Gesammelte Werke, Band XIV,
2. Halbband.*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

RESOLUTION ZUR AGRARFRAGE

Das Bestehen des gutherrlichen Grundbesitzes in Rußland bildet die materielle Stütze der Macht der Gutsbesitzer, der Fronherren, es bietet die Gewähr für die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Monarchie. Dieser Grundbesitz verurteilt unabwendbar die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung Rußlands, die Bauernschaft, zu Elend, Knechtschaft und Unwissenheit, das ganze Land zu Rückständigkeit auf allen Gebieten des Lebens.

Der bäuerliche Grundbesitz in Rußland, sowohl das Anteilland (der Dorfgemeinden und der Einzelhöfe) als auch der Privatbesitz (gepachteter und gekaufter Boden), ist von unten bis oben, ganz und gar von alten, halbleibeigenschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen durchdrungen, ist gekennzeichnet durch die Teilung der Bauern in Kategorien, dieses Erbe aus der Zeit der Leibeigenschaft, die Streuländereien usw. usf. Die Notwendigkeit, all diese veralteten und schädlichen Schranken niederzureißen, die Notwendigkeit, den Grund und Boden „neu abzustecken“, alle den Grundbesitz und die Landwirtschaft betreffenden Verhältnisse entsprechend den neuen Bedingungen der gesamtrussischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft neu zu gestalten, bildet die materielle Grundlage für das Streben der Bauernschaft nach Nationalisierung aller Ländereien im Staat.

Welches auch die kleinbürgerlichen Utopien sein mögen, mit denen alle volkstümelerischen Parteien und Gruppen den Kampf der Bauernmassen gegen den gutherrlichen Grundbesitz und gegen alle leibeigenschaftlichen Fesseln des gesamten Grundbesitzes und der Bodennutzung in Rußland überhaupt umgeben – dieser Kampf selbst bringt das durch-

aus bürgerlich-demokratische, unbedingt fortschrittliche und ökonomisch notwendige Streben nach entschiedener Sprengung all dieser Fesseln zum Ausdruck.

Die Nationalisierung des Grund und Bodens, die eine bürgerliche Maßnahme ist, bedeutet die größte in der kapitalistischen Gesellschaft mögliche und denkbare Freiheit des Klassenkampfes und die Befreiung der Bodennutzung von allen nichtbürgerlichen Anhängseln. Außerdem würde die Nationalisierung des Bodens als Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden in der Praxis einen so mächtigen Schlag gegen das Privateigentum an allen Produktionsmitteln überhaupt bedeuten, daß die Partei des Proletariats einer solchen Umgestaltung jedwede Unterstützung angedeihen lassen muß.

Andererseits hat die wohlhabende Bauernschaft Rußlands bereits seit langem Elemente einer bäuerlichen Bourgeoisie hervorgebracht, und die Stolypinsche Agrarreform hat diese Elemente zweifellos gestärkt, vermehrt und gefestigt. Auf dem entgegengesetzten Pol des Dorfes sind die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die Proletarier und die ihnen nahestehende Masse der halbproletarischen Bauernschaft ebenso erstarkt und gewachsen.

Je entschiedener und konsequenter der gutherrliche Grundbesitz zer schlagen und beseitigt wird, je entschiedener und konsequenter die bürgerlich-demokratische Agrarumgestaltung in Rußland überhaupt ist, um so stärker und schneller wird sich der Klassenkampf des landwirtschaftlichen Proletariats gegen die wohlhabende Bauernschaft (die bäuerliche Bourgeoisie) entfalten.

Je nachdem, ob es dem Stadtproletariat gelingen wird, das Landproletariat mit sich fortzureißen und diesem die Masse der ländlichen Halbproletarier anzugliedern, oder ob diese Masse der bäuerlichen Bourgeoisie folgen wird, die zu einem Bündnis mit Gutschkow und Miljukow, mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern und zur Konterrevolution überhaupt hinneigt – je nachdem wird sich das Schicksal und der Ausgang der russischen Revolution entscheiden, sofern die beginnende proletarische Revolution in Europa nicht ihren unmittelbaren, machtvollen Einfluß auf unser Land ausüben wird.

Von dieser Klassenlage und diesem Kräfteverhältnis ausgehend, beschließt die Konferenz:

1. Die Partei des Proletariats kämpft mit allen Kräften für die sofortige und vollständige Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien in Rußland (sowie der Apanage-, Kirchen-, Kabinettsländereien usw. usf.).

2. Die Partei verfährt entschieden den sofortigen Übergang aller Ländereien in die Hände der Bauernschaft, die in den Sowjets der Bauerndeputierten oder in anderen, wirklich völlig demokratisch gewählten und von den Gutsbesitzern und Beamten völlig unabhängigen Organen der örtlichen Selbstverwaltung organisiert ist.

3. Die Partei des Proletariats fordert die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens im Staate; die Nationalisierung, die die Übergabe des Eigentumsrechts am gesamten Grund und Boden an den Staat bedeutet, legt das Verfügungsrecht über den Boden in die Hände der örtlichen demokratischen Institutionen.

4. Die Partei muß entschieden sowohl gegen die Provisorische Regierung kämpfen, die durch den Mund Schingarjows wie durch ihre gemeinsam beschlossenen Äußerungen den Bauern eine „freiwillige Vereinbarung mit den Gutsbesitzern“, d. h. in Wirklichkeit eine von den Interessen der Gutsbesitzer bestimmte Reform, aufzwingen will und ein „eigenmächtiges Vorgehen“ der Bauern unter Strafe stellt, die also droht, daß die Minderheit der Bevölkerung (die Gutsbesitzer und Kapitalisten) zur Gewaltanwendung gegen die Mehrheit übergehen werde – als auch gegen die kleinbürgerlichen Schwankungen der Mehrheit der Volkstümmer und menschewistischen Sozialdemokraten, die den Bauern raten, mit der Besitzergreifung des gesamten Grund und Bodens bis zur Konstituierenden Versammlung zu warten.

5. Die Partei rät den Bauern, vom Boden in organisierter Weise Besitz zu ergreifen, dabei nicht die geringste Beschädigung des Inventars zuzulassen und für die Steigerung der Produktion Sorge zu tragen.

6. Alle Agrarumgestaltungen überhaupt können nur bei völliger Demokratisierung des gesamten Staates erfolgreich und von Dauer sein, d. h. einerseits bei Beseitigung der Polizei, des stehenden Heeres und des faktisch privilegierten Beamtentums, andererseits bei weitestgehender, von Beaufsichtigung und Bevormundung von oben völlig freier örtlicher Selbstverwaltung.

7. Es ist notwendig, sofort und überall die gesonderte und selbständige Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats in die Wege zu lei-

ten, sowohl in Form von Deputiertensowjets der Landarbeiter (und auch von besonderen Deputiertensowjets der halbproletarischen Bauernschaft) als auch durch die Schaffung proletarischer Gruppen oder Fraktionen in den gemeinsamen Sowjets der Bauerndeputierten, in allen Organen der örtlichen und der städtischen Verwaltung usw. usf.

8. Die Partei muß die Initiative der Bauernkomitees unterstützen, die in verschiedenen Gegenden Rußlands das lebende und tote Inventar der Güter in die Hände der in diesen Komitees organisierten Bauernschaft legen, damit es auf Grund gesellschaftlicher Regelung zur Bestellung aller Ländereien Verwendung finde.

9. Die Partei des Proletariats muß den Proletariern und Halbproletariern des Dorfes raten, sich dafür einzusetzen, daß aus jedem Gutsbesitz eine genügend große Musterwirtschaft geschaffen werde, die für Rechnung der Gesellschaft von den Sowjets der Landarbeiterdeputierten unter der Leitung von Agronomen und mit Hilfe der besten technischen Mittel zu betreiben wäre.

„Prawda“ Nr. 45,
13. Mai (30. April) 1917.

*Nach dem Text des von W. I. Lenin
korrigierten Korrekturabzuges.*

RESOLUTION ÜBER DIE VEREINIGUNG DER INTERNATIONALISTEN GEGEN DEN KLEINBÜRGER- LICHEN BLOCK DER VATERLANDSVERTEIDIGER

In der Erwägung:

1. daß die Parteien der Sozialrevolutionäre, der menschowistischen Sozialdemokraten usw. in den allermeisten Fällen zur Position der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“, d. h. der Unterstützung des imperialistischen Krieges (Stimmabgabe für die Anleihe und Unterstützung der Provisorischen Regierung, die die Interessen des Kapitals vertritt), übergegangen sind;

2. daß diese Parteien in ihrer ganzen Politik die Interessen und den Standpunkt des Kleinbürgertums vertreten und das Proletariat durch bürgerlichen Einfluß demoralisieren, indem sie ihm einflüstern, man könne durch Übereinkommen, durch „Kontrolle“, durch Eintritt in das Kabinett usw. die imperialistische Politik der Regierung ändern und vom Wege konterrevolutionärer Anschläge auf die Freiheit abbringen;

3. daß diese Politik die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber den Kapitalisten nährt und verstärkt; daß indessen eine solche Vertrauensseligkeit das Haupthindernis für die weitere Entfaltung der Revolution ist und die Möglichkeit schafft, daß die Kräfte der gutsherrlichen und bürgerlichen Konterrevolution ihr eine Niederlage bereiten –

beschließt die Konferenz:

1. eine Vereinigung mit den Parteien und Gruppen, die diese Politik betreiben, für absolut unmöglich zu erklären;

2. die Annäherung und Vereinigung mit den Gruppen und Strömungen, die wirklich auf dem Boden des Internationalismus stehen, auf der Basis des Bruchs mit der Politik des kleinbürgerlichen Verrats am Sozialismus für notwendig zu erklären.

„Prawda“ Nr. 46,
15. (2.) Mai 1917.

*Nach der maschinengeschriebenen Abschrift
der protokollarischen Niederschrift.*

RESOLUTION ÜBER DIE SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN

Nach der Erörterung der Berichte und Mitteilungen der in Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten verschiedener Gegenden Rußlands arbeitenden Genossen stellt die Konferenz fest:

In einer ganzen Reihe von Provinzorten schreitet die Revolution voran auf dem Wege der selbständigen organisatorischen Zusammenfassung des Proletariats und der Bauernschaft in Sowjets, der eigenmächtigen Beseitigung der alten Behörden, der Schaffung einer proletarischen und bäuerlichen Miliz, des Übergangs des gesamten Grund und Bodens in die Hände der Bauernschaft, der Errichtung der Arbeiterkontrolle über die Fabriken, der Einführung des Achtstundentags, der Erhöhung des Arbeitslohns, der Gewährleistung einer unverminderten Produktion, der Organisierung der Aufsicht der Arbeiter über die Verteilung der Lebensmittel usw.

Dieses in die Breite und in die Tiefe gehende Wachstum der Revolution in der Provinz bedeutet einerseits ein Wachstum der auf den Übergang der ganzen Macht an die Sowjets und auf die Errichtung der Kontrolle über die Produktion durch die Arbeiter und Bauern selbst gerichteten Bewegung und bietet anderseits die Gewähr dafür, daß sich im gesamtrussischen Maßstab die Kräfte für die zweite Etappe der Revolution herausbilden, die die ganze Staatsmacht in die Hände der Sowjets oder anderer Organe legen muß, die unmittelbarer Ausdruck des Willens der Mehrheit des Volkes sind (örtliche Selbstverwaltungsorgane, die Konstituierende Versammlung usw.).

In den Hauptstädten und in einigen Großstädten bietet die Aufgabe, den Übergang der Staatsgewalt in die Hände der Sowjets zu gewähr-

leisten, besonders große Schwierigkeiten und erfordert eine besonders lange Vorbereitung der Kräfte des Proletariats. Hier sind die größten Kräfte der Bourgeoisie konzentriert. Hier ist die Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie besonders ausgeprägt, eine Politik, die nicht selten die revolutionäre Initiative der Massen hemmt und ihre Selbständigkeit vermindert, was angesichts der führenden Rolle dieser Sowjets gegenüber der Provinz ganz besonders gefährlich ist.

Die Aufgabe der proletarischen Partei ist es darum, einerseits die aufgezeigte Entwicklung der Revolution in der Provinz allseitig zu unterstützen, anderseits innerhalb der Sowjets systematisch (durch Propaganda und Neuwahl der Sowjets) für den Triumph der proletarischen Linie zu kämpfen; alle Anstrengungen und die ganze Aufmerksamkeit sind auf die Arbeiter- und Soldatenmasse zu richten, auf die Abgrenzung der proletarischen Linie von der kleinbürgerlichen, der Linie der Internationalisten von der der Vaterlandsverteidiger, der revolutionären Linie von der opportunistischen, auf die Organisation und Bewaffnung der Arbeiter, auf die Heranbildung ihrer Kräfte für die nächste Etappe der Revolution.

Die Konferenz erklärt noch einmal, daß es notwendig ist, innerhalb der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten allseitig wirksam zu sein, ihre Zahl zu erhöhen, ihre Kraft zu verstärken, die proletarischen, internationalistischen Gruppen unserer Partei innerhalb der Sowjets fest zusammenzuschließen.

„Prawda“ Nr. 46,
15. (2.) Mai 1917.

*Nach der maschinegeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

18

REDE ÜBER DIE NATIONALE FRAGE

29. APRIL (12. MAD)

Seit dem Jahre 1903, als unsere Partei ihr Programm angenommen hat, sind wir immer wieder auf die erbitterte Opposition der polnischen Genossen gestoßen. Wenn Sie die Protokolle des II. Parteitags studieren, so werden Sie sehen, daß die polnischen Sozialdemokraten schon damals dieselben Argumente ins Feld führten, mit denen wir es jetzt zu tun haben; sie verließen diesen Parteitag, weil sie fanden, daß die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen für sie unannehmbar sei. Und seither stoßen wir immer wieder auf ein und dieselbe Frage. Im Jahre 1903 gab es den Imperialismus bereits, jedoch figurierte er damals nicht unter den Argumenten; heute wie damals ist die Stellung der polnischen Sozialdemokratie ein merkwürdiger, ungeheuerlicher Fehler: diese Leute wollen die Position unserer Partei auf die Position von Chauvinisten hinabzerren.

Die Politik Polens ist infolge der langjährigen Knechtung durch Rußland eine durchaus nationale, und das ganze polnische Volk ist von dem einzigen Gedanken durchdrungen, sich an den Moskowitern zu rächen. Niemand hat die Polen so unterdrückt wie das russische Volk. Die Zaren machten das russische Volk zu Henkern der polnischen Freiheit. Es gibt kein Volk, das Rußland so sehr haßt, es gibt kein Volk, das Rußland so wenig liebt wie die Polen, und das führt zu einer seltsamen Erscheinung. Polen ist wegen der polnischen Bourgeoisie ein Hemmschuh für die sozialistische Bewegung. Mag die ganze Welt in Flammen aufgehen – wenn nur Polen frei wäre. Natürlich ist eine solche Fragestellung ein Hohn auf den Internationalismus. Wohl herrscht über Polen jetzt die Gewalt; daß jedoch die polnischen Nationalisten auf die Befreiung Polens durch Ruß-

land rechnen könnten – das ist Verrat an der Internationale. Die polnischen Nationalisten aber haben das polnische Volk so mit ihren Ansichten infiziert, daß man die Dinge dort eben so betrachtet.

Das gewaltige geschichtliche Verdienst der polnischen sozialdemokratischen Genossen ist, daß sie die Losung des Internationalismus aufstellten und sagten: Das Wichtigste für uns ist das brüderliche Bündnis mit dem Proletariat aller anderen Länder, und wir werden uns nie auf einen Krieg für die Befreiung Polens einlassen. Das ist ihr Verdienst, und darum haben wir immer nur diese Genossen von der polnischen Sozialdemokratie für Sozialisten gehalten. Die anderen sind Patrioten, polnische Plechanows. Aber infolge dieser eigentümlichen Lage, wo man, um den Sozialismus zu retten, gegen einen tollen, krankhaften Nationalismus kämpfen mußte, kam es zu einer seltsamen Erscheinung: die Genossen kommen zu uns und sagen uns, daß wir auf die Freiheit Polens, auf seine Lostrennung verzichten sollen.

Warum sollen wir Großrussen, die wir mehr Nationen unterdrücken als irgendein anderes Volk, darauf verzichten, das Recht Polens, der Ukraine, Finnlands auf Lostrennung anzuerkennen? Man empfiehlt uns, Chauvinisten zu werden, weil wir dadurch die Stellung der Sozialdemokraten in Polen erleichtern würden. Wir erheben keinen Anspruch auf die Befreiung Polens, weil das polnische Volk zwischen zwei kampffähigen Staaten lebt. Anstatt aber zu sagen, daß die polnischen Arbeiter folgendermaßen urteilen müssen: Nur jene Sozialdemokraten bleiben Demokraten, die der Auffassung sind, daß das polnische Volk frei sein muß, denn für Chauvinisten ist in den Reihen einer sozialistischen Partei kein Platz, sagen die polnischen Sozialdemokraten: Gerade weil wir ein Bündnis mit den russischen Arbeitern für vorteilhaft halten, sind wir gegen die Lostrennung Polens. Das ist ihr gutes Recht. Aber diese Leute wollen nicht verstehen, daß man, um den Internationalismus zu stärken, nicht überall ein und dasselbe sagen darf, daß man vielmehr in Rußland für das Recht der unterdrückten Nationen auf Lostrennung eintreten, in Polen dagegen das Recht auf Vereinigung betonen muß. Die Freiheit der Vereinigung setzt die Freiheit der Lostrennung voraus. Wir Russen müssen die Freiheit der Lostrennung betonen, in Polen aber muß man die Freiheit der Vereinigung betonen.

Wir haben es hier mit einer Reihe von Sophismen zu tun, die zur völ-

ligen Preisgabe des Marxismus führen. Der Standpunkt des Gen. Pjatakow ist eine Neuauflage des Standpunkts von Rosa Luxemburg...* (das Beispiel Hollands). So urteilt Gen. Pjatakow, und damit schlägt er sich selbst, denn in der Theorie ist er für die Verneinung der Freiheit der Lostrennung, während er dem Volke sagt: Wer die Freiheit der Lostrennung verneint, ist kein Sozialist. Was Gen. Pjatakow hier gesagt hat, ist eine unglaubliche Konfusion. In Westeuropa überwiegen die Länder, in denen die nationale Frage längst gelöst ist. Wenn davon die Rede ist, daß die nationale Frage gelöst sei, so ist damit Westeuropa gemeint. Gen. Pjatakow überträgt das auf etwas, auf das es sich nicht bezieht, auf Osteuropa, und wir geraten in eine lächerliche Lage.

Man bedenke, was für ein furchtbarer Brei dabei herauskommt! Finnland ist doch unser direkter Nachbar. Gen. Pjatakow gibt in bezug auf Finnland keine konkrete Antwort, er hat sich völlig verrannt. In der „Rabotschaja Gaseta“ haben Sie gestern gelesen, daß in Finnland der Separatismus wächst. Die Finnen kommen hierher und sagen, daß der Separatismus bei ihnen wachse, weil die Kadetten Finnland keine volle Autonomie gewähren. Dort reift eine Krise heran, es wächst die Unzufriedenheit mit dem Generalgouverneur Roditschew, die „Rabotschaja Gaseta“ aber schreibt, die Finnen sollen auf die Konstituierende Versammlung warten, da dort eine Verständigung zwischen Finnland und Rußland erzielt werden würde. Was heißt Verständigung? Die Finnen müssen sagen, daß ihnen das Recht zusteht, nach eigenem Ermessen eine bestimmte Entscheidung über ihr Schicksal zu treffen, und der Großrusse, der dieses Recht leugnen wollte, wäre ein Chauvinist. Etwas anderes ist es, wenn wir dem finnischen Arbeiter sagten: Welche Entscheidung ist für dich vorteilhaft...**

Gen. Pjatakow lehnt unsere Losung lediglich ab und sagt, dies bedeute, daß man keine Losung für die sozialistische Revolution gebe, selbst aber hat er eine entsprechende Losung nicht aufgestellt. Die Methode der sozialistischen Revolution unter der Losung „Fort mit den Grenzen“ ist völlige Konfusion. Es ist uns nicht gelungen, den Artikel zu veröffentlichen, in dem ich diese Auffassung als „imperialistischen Ökonomis-

* Lücke in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

** Lücke in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

mus"* bezeichnete. Was bedeutet die „Methode“ der sozialistischen Revolution unter der Losung „Nieder mit den Grenzen“? Wir vertreten die Notwendigkeit des Staates, der Staat aber setzt Grenzen voraus. Zum Staat kann natürlich eine bürgerliche Regierung gehören, während wir Sowjets brauchen. Aber auch für diese besteht die Frage der Grenzen. Was heißt „Fort mit den Grenzen“? Hier beginnt die Anarchie... Die „Methode“ der sozialistischen Revolution unter der Losung „Fort mit den Grenzen“ ist einfach Konfusion. Wenn die sozialistische Revolution herangereift ist, wenn sie ausbricht, wird sie auf andere Länder übergreifen, und wir werden ihr helfen, aber wie, das wissen wir nicht. Die „Methode der sozialistischen Revolution“ ist eine Phrase, die jeden Inhalts bar ist. Soweit es noch von der bürgerlichen Revolution nicht gelöste Fragen gibt, sind wir für ihre Lösung. Wir stehen der separatistischen Bewegung gleichgültig, neutral gegenüber. Wenn Finnland, wenn Polen, wenn die Ukraine sich von Rußland lostrennen, so ist daran nichts Schlimmes. Was ist daran Schlimmes? Wer das sagt, ist ein Chauvinist. Man muß den Verstand verloren haben, will man die Politik des Zaren Nikolaus fortsetzen. Hat sich doch Norwegen von Schweden getrennt... Einst tauschten Alexander I. und Napoleon Völker miteinander aus, einst tauschten die Zaren Polen aus. Und wir sollen diese Taktik der Zaren fortsetzen? Das wäre Verzicht auf die Taktik des Internationalismus, das wäre Chauvinismus schlimmster Sorte. Was ist denn daran Schlechtes, wenn Finnland sich lostrennt? Bei beiden Völkern, beim Proletariat Norwegens und Schwedens, ist nach der Trennung das Vertrauen zueinander stärker geworden. Die schwedischen Gutsbesitzer wollten einen Krieg beginnen, aber die schwedischen Arbeiter widersetzten sich und sagten: Diesen Krieg machen wir nicht mit.

Die Finnen wollen jetzt nur Autonomie. Wir sind dafür, daß Finnland völlige Freiheit erhält, dann wird das Vertrauen zur russischen Demokratie erstarken, gerade dann, wenn das in die Tat umgesetzt wird, werden sie sich nicht lostrennen. Während Herr Roditschew zu den Finnen reist und mit ihnen um die Autonomie feilscht, kommen zu uns finnische Genossen und sagen: Wir brauchen die Autonomie. Gegen sie aber eröffnet man aus allen Geschützen das Feuer, ihnen sagt man: „Wartet auf die Konstituierende Versammlung.“ Wir aber sagen: „Ein

* Siehe Werke, Bd. 23, S. 18—71. Die Red.

russischer Sozialist, der die Freiheit Finnlands verneint, ist ein Chauvinist."

Wir sagen, daß die Grenzen durch den Willen der Bevölkerung bestimmt werden. Rußland, wage es nicht, um Kurland Krieg zu führen! Deutschland, weg mit den Truppen aus Kurland! So lösen wir die Frage der Lostrennung. Das Proletariat kann nicht zur Gewalt greifen, denn es darf die Freiheit der Völker nicht behindern. Die Losung „Fort mit den Grenzen“ wird dann richtig sein, wenn die sozialistische Revolution eine Realität sein wird und nicht eine Methode; dann werden wir sagen: Genossen, kommt zu uns...

Etwas ganz anderes ist die Frage des Krieges. Wenn nötig, werden wir einen revolutionären Krieg nicht ablehnen. Wir sind keine Pazifisten... Wenn bei uns Miljukow sitzt und Roditschew nach Finnland schickt, der dort schamlos mit dem finnischen Volk feilscht, so sagen wir: Nein, russisches Volk, wage es nicht, Finnland zu vergewaltigen: ein Volk, das selbst andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein. In der Resolution über Borgbjerg sagen wir: Zieht die Truppen ab und überlaßt es der Nation, die Frage selbständig zu entscheiden. Wenn nun morgen der Sowjet die Macht in seine Hände nimmt, so wird das nicht eine „Methode der sozialistischen Revolution“ sein, wir werden dann sagen: Deutschland, weg mit den Truppen aus Polen; Rußland, weg mit den Truppen aus Armenien – andernfalls wäre das Betrug.

Von seinem unterdrückten Polen sagt uns Gen. Dzierzynski, daß dort alle Chauvinisten seien. Warum aber sagt niemand von den Polen ein Wort darüber, was mit Finnland, was mit der Ukraine werden soll? Wir debattieren darüber seit 1903 so viel, daß es einem schwerfällt, darüber zu sprechen. Gehe dahin, wohin du willst... Wer nicht auf diesem Standpunkt steht, ist ein Annexionist, ist ein Chauvinist. Wir wollen das brüderliche Bündnis aller Völker. Wenn es eine Ukrainische Republik und eine Russische Republik geben wird, so wird es zwischen ihnen mehr Bindungen, mehr Vertrauen geben. Wenn die Ukrainer sehen, daß wir eine Sowjetrepublik haben, werden sie sich nicht lostrennen, wenn wir aber eine Miljukowrepublik haben werden, werden sie sich lostrennen. Wenn Gen. Pjatakow, in völligem Widerspruch zu seinen Ansichten, gesagt hat: Wir sind dagegen, daß man jemanden gewaltsam innerhalb der Grenzen festhält, so ist das eben die Anerkennung des Selbstbestim-

mungsrechtes der Nation. Wir wollen durchaus nicht, daß der Bauer in Chiwa unter dem Joch des Chans von Chiwa leben soll. Durch die Entwicklung unserer Revolution werden wir die unterdrückten Massen beeinflussen. Die Agitation innerhalb der unterdrückten Masse kann nur in dieser Weise betrieben werden.

Aber jeder russische Sozialist, der die Freiheit Finnlands und der Ukraine nicht anerkennt, wird zum Chauvinismus hinabsinken. Und durch keinerlei Sophismen oder Hinweise auf seine „Methode“ wird er sich je rechtfertigen können.

Ein kurzer Bericht wurde am

15. (2.) Mai 1917 in der

„Prawda“ Nr. 46 veröffentlicht.

Zuerst vollständig veröffentlicht 1921

in: N. Lenin (W. Uljanow),

Gesammelte Werke, Band XIV,

2. Halbband.

Nach der maschinengeschriebenen

Abschrift der protokollarischen

Niederschrift.

RESOLUTION ZUR NATIONALEN FRAGE

Die Politik der nationalen Unterdrückung, ein Erbstück der Selbstherrschaft und der Monarchie, wird von den Gutsbesitzern, den Kapitalisten und dem Kleinbürgertum aufrechterhalten, um ihre Klassenprivilegien zu wahren und die Arbeiter der verschiedenen Völkerschaften zu entzweien. Der moderne Imperialismus, der die Bestrebungen zur Unterwerfung schwacher Völker verstärkt, ist ein neuer Faktor der Verschärfung der nationalen Unterdrückung.

Soweit die Beseitigung der nationalen Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft erreichbar ist, ist sie nur möglich bei einer konsequent-demokratischen republikanischen Staatsordnung und Staatsverwaltung, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen sichert.

Allen Nationen, die zu Rußland gehören, muß das Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates zuerkannt werden. Die Verneinung dieses Rechtes und die Unterlassung von Maßnahmen, die seine praktische Durchführbarkeit verbürgen, ist gleichbedeutend mit der Unterstützung der Eroberungs- oder Annexionspolitik. Nur die Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Lostrennung seitens des Proletariats sichert die volle Solidarität der Arbeiter der verschiedenen Nationen und fördert die wirklich demokratische Annäherung der Nationen.

Der gegenwärtig zwischen Finnland und der russischen Provisorischen Regierung ausgebrochene Konflikt zeigt besonders anschaulich, daß die Verneinung des Rechtes auf freie Lostrennung zur direkten Fortsetzung der Politik des Zarismus führt.

Die Frage des Rechtes der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Augenblick. Diese letztere Frage muß von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Fall voll-

kommen selbständig gelöst werden, und zwar vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus.

Die Partei fordert eine weitgehende Gebietsautonomie, die Beseitigung der Überwachung von oben, die Abschaffung der obligatorischen Staatssprache und die Festlegung der Grenzen der Selbstverwaltungsgebiete und der autonomen Gebiete auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.

Die Partei des Proletariats lehnt die sogenannte „national-kulturelle Autonomie“ entschieden ab, bei der das Schulwesen usw. der Zuständigkeit des Staates entzogen und in die Hände einer Art nationaler Landtage gelegt wird. Die Arbeiter, die an ein und demselben Ort wohnen und sogar in ein und denselben Betrieben arbeiten, werden durch die national-kulturelle Autonomie* künstlich nach ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener „nationalen Kultur“ abgesondert, das heißt, die Verbindung der Arbeiter mit der bürgerlichen Kultur der einzelnen Nationen wird gestärkt, während doch die Aufgabe der Sozialdemokratie darin besteht, die internationale Kultur des Weltproletariats zu stärken.

Die Partei fordert die Aufnahme eines grundlegenden Gesetzes in die Verfassung, wonach alle wie immer gearteten Privilegien einer oder der anderen Nation, alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte der nationalen Minderheiten für ungültig erklärt werden.

Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands in einheitlichen proletarischen Organisationen: politischen, gewerkschaftlichen Organisationen, genossenschaftlichen Bildungsorganisationen usw. Nur ein solcher Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in einheitlichen Organisationen gibt dem Proletariat die Möglichkeit, einen siegreichen Kampf gegen das internationale Kapital und gegen den bürgerlichen Nationalismus zu führen.

Beilage zu Nr. 13 der „Soldatskaja Prawda“, 16. (3.) Mai 1917.

Nach dem Manuskript.

* Die Worte „die national-kulturelle Autonomie“ wurden von J. W. Stalin für die Worte „diesen Plan“ eingesetzt. Die Red.

20

REDE ÜBER DIE LAGE IN DER INTERNATIONALE
UND DIE AUFGABEN DER SDAPR(B), 29. APRIL (12. MAI)

Gen. Sinowjew selbst hat zugegeben, daß unser Besuch in Stockholm der letzte sein wird und daß wir dort zu Informationszwecken anwesend sein werden.⁷⁸

Als Grimm zur Konferenz rief, bin ich nicht hingegangen, weil ich sah, daß man nicht mit Leuten reden kann, die für den Sozialchauvinismus sind. Wir sagen: „Keine Zusammenarbeit mit Sozialchauvinisten.“ Wir kommen und wenden uns an die Zimmerwalder Linke. Grimm hatte das moralische wie das formale Recht, die heutige Resolution zu schreiben. Sein Recht stützt sich auf Kautsky in Deutschland, auf Longuet in Frankreich. Formell steht die Sache so: Grimm hat in der Presse erklärt: „Wir werden unser Büro auflösen, sobald Huysmans sein Büro einberuft.“ Als wir sagten, in Zimmerwald sei ein solcher Beschluß nicht angenommen worden, gab er das zu, erklärte aber, das sei „die Ansicht der Mehrheit“ – und das stimmte.

Was den Besuch anbelangt: „Wir werden uns informieren, wir werden mit der Zimmerwalder Linken in Verbindung treten.“ Es besteht wenig Hoffnung, daß wir noch jemand für uns gewinnen. Man darf sich keine Illusionen machen: erstens dürfte der Besuch nicht zustande kommen, zweitens wird er der letzte sein; drittens haben wir technisch keine Möglichkeit, die Elemente, die mit den Sozialchauvinisten brechen wollen, zu gewinnen. Aber mag Gen. Nogin den ersten und Gen. Sinowjew den letzten Besuch in Stockholm machen. Ich habe meinerseits den berechtigten Wunsch, daß das Experiment mit dem letzten Besuch möglichst rasch und erfolgreich gemacht werde.

Ein kurzer Bericht wurde am 15. (2.) Mai 1917
in der „Prawda“ Nr. 46 veröffentlicht.

Zuerst vollständig veröffentlicht 1925
in dem Buch „Die Petrograder Stadt-
konferenz und die Gesamtrussische
Konferenz der SDAPR(B) im April 1917“.

Nach dem handschriftlichen
Exemplar der protokollarischen
Niederschrift.

21

REDE ZUR RESOLUTION ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE
29. APRIL (12. MAI)

In der Resolution über die gegenwärtige Lage nur von den russischen Verhältnissen zu sprechen wäre ein Fehler. Der Krieg hat uns so untrennbar miteinander verbunden, daß es ein großer Fehler wäre, wollten wir die Gesamtheit der internationalen Beziehungen ignorieren.

Welche Aufgaben werden dem russischen Proletariat erstehen, wenn die Weltbewegung uns vor die Tatsache der sozialen Revolution stellt – das ist die Hauptfrage, die in dieser Resolution behandelt wird.

„Die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution, die zweifellos in den am stärksten entwickelten fortgeschrittenen Ländern schon vor dem Kriege gegeben waren, sind noch mehr herangereift und entwickeln sich infolge des Krieges mit rasender Schnelligkeit weiter. Die Verdrängung und der Ruin der Klein- und Mittelbetriebe wird noch mehr beschleunigt. Die Konzentration und Internationalisierung des Kapitals wächst ins riesenhafte. Der monopolistische Kapitalismus verwandelt sich in staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Reihe von Ländern gehen unter dem Druck der Verhältnisse zur öffentlichen Regulierung der Produktion und der Verteilung über, einige von ihnen führen die allgemeine Arbeitspflicht ein.“

Vor dem Kriege gab es das Monopol der Trusts und Syndikate, während des Krieges – das Staatsmonopol. Und die allgemeine Arbeitspflicht, das ist schon etwas Neues, etwas, was einen Teil des sozialistischen Ganzen ausmacht – das vergessen oft jene, die sich fürchten, die entstandenen Verhältnisse konkret zu betrachten.

Den Schwerpunkt des ersten Teils der Resolution bildet die Charakterisierung der Verhältnisse der kapitalistischen Weltwirtschaft. Interessant ist, daß Engels vor 27 Jahren auf die Unzulänglichkeit einer Betrachtung

des Kapitalismus hinwies, bei der man die Rolle der Trusts übersieht und sagt, das Merkmal des Kapitalismus sei die Planlosigkeit. Engels bemerkt dazu: „Und wenn wir zu den Trusts übergehen..., so hört da auch die Planlosigkeit auf“⁷⁹, und doch ist das Kapitalismus. Darauf hinzuweisen ist jetzt um so angebrachter, als wir einen Militärstaat, einen staatsmonopolistischen Kapitalismus haben. Die Einführung der Planmäßigkeit befreit die Arbeiter nicht davon, Sklaven zu sein, die Kapitalisten aber streichen ihre Profite „planmäßiger“ ein. Was wir jetzt haben, ist ein direktes Hinüberwachsen des Kapitalismus in seine höchste planmäßige Form.

Der zweite Teil der Resolution bedarf keiner Erläuterungen.

Auf den dritten Teil der Resolution muß ausführlicher eingegangen werden. (Verliest die Resolution.)

„Das Proletariat Rußlands, das in einem der rückständigsten Länder Europas, inmitten einer kleinbäuerlichen Bevölkerungsmasse wirkt, kann sich nicht die sofortige Durchführung der sozialistischen Umgestaltung zum Ziel setzen.

Es wäre jedoch der größte Fehler, und in der Praxis würde es sogar den vollständigen Übertritt auf die Seite der Bourgeoisie bedeuten, wollte man daraus schließen, daß die Arbeiterklasse die Bourgeoisie unterstützen oder ihre Tätigkeit auf den Rahmen des für das Kleinbürgertum Annehmbaren beschränken müsse, daß das Proletariat auf seine führende Rolle bei der Aufklärung des Volkes über die Dringlichkeit einer Reihe praktisch bereits herangereifter Schritte zum Sozialismus verzichten solle.“

Gewöhnlich wird aus der ersten These folgender Schluß gezogen: „Rußland ist ein rückständiges, bäuerliches, kleinbürgerliches Land, darum kann von einer sozialen Revolution keine Rede sein.“ Doch vergißt man, daß wir durch den Krieg in ungewöhnliche Verhältnisse gestellt worden sind und daß es neben dem Kleinbürgertum das Großkapital gibt. Was aber sollen die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten tun, wenn die Macht in ihre Hände übergeht? Sollen sie auf die Seite der Bourgeoisie treten? Die Arbeiterklasse setzt ihren Klassenkampf fort – das ist die Antwort.

Was ist möglich und was ist notwendig, wenn die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht haben?

Vor allem die Nationalisierung des Bodens. Die Nationalisierung des

Bodens ist eine bürgerliche Maßnahme, sie schließt den Kapitalismus nicht aus, und das Kapital schließt sie nicht aus, aber es ist ein schwerer Schlag, der dadurch dem Privateigentum versetzt wird. Ferner (lies t):

„...die Errichtung einer staatlichen Kontrolle über alle Banken und deren Vereinigung zu einer einheitlichen Zentralbank sowie über die Versicherungsanstalten und die größten kapitalistischen Syndikate (z. B. über das Syndikat der Zuckerfabrikanten, das Kohlensyndikat, das Eisensyndikat usw.) bei allmählichem Übergang zu einer gerechteren, progressiven Besteuerung der Einkommen und Vermögen. Solche Maßnahmen sind ökonomisch vollkommen herangereift und technisch unbedingt sofort durchführbar, sie können politisch die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bauern finden, die durch diese Umgestaltungen in jeder Hinsicht gewinnen würden.“

Über diesen Punkt gab es eine Diskussion. Ich hatte schon in der „Prawda“, anlässlich der Artikel Plechanows, Gelegenheit zu sagen: „Wenn sie von der Unmöglichkeit des Sozialismus sprechen, so suchen sie diesen so darzustellen, wie es ihnen in den Kram paßt, nebelhaft, unklar, als einen Sprung.“ Kautsky selbst schreibt: „Kein einziger Sozialist spricht von der Aufhebung des Privateigentums für die Bauern.“ Bedeutet das aber, daß uns die Existenz des Großkapitals der Pflicht entheben kann, die Kontrolle der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Produktion, über die Syndikate der Zuckerfabrikanten usw. zu errichten? Diese Maßnahme ist kein Sozialismus, sie ist eine Übergangsmaßnahme, aber die Verwirklichung solcher Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Bestehen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten wird bewirken, daß Rußland mit einem Fuß im Sozialismus stehen wird, mit einem deswegen, weil die bäuerliche Mehrheit die andere Seite des wirtschaftlichen Lebens des Landes beherrscht. Daß eine Änderung ökonomisch herangereift ist, kann nicht bestritten werden. Um sie politisch zu verwirklichen, muß man die Mehrheit haben, die Mehrheit aber besteht aus Bauern, die an solchen Umgestaltungen selbstverständlich interessiert sind. Ob sie dazu genügend organisiert sind, das ist eine andere Frage, dafür sind wir nicht verantwortlich.

Ein alter landläufiger Einwand gegen den Sozialismus ist, daß er eine „Massenkaserne“, ein „Massenbeamtentum“ darstelle. Wir müssen jetzt die Frage des Sozialismus anders stellen, als sie bisher gestellt wurde, aus

dem Reiche des Nebelhaften müssen wir sie auf ein ganz konkretes Gebiet bringen: Nationalisierung des Bodens, Kontrolle der Syndikate usw. (Verliest die Resolution.)

„Alle erwähnten und ähnliche Maßnahmen können und müssen nicht nur diskutiert und vorbereitet werden, um sie, nachdem die gesamte Macht an die Proletarier und Halbproletarier übergegangen ist, im gesamtstaatlichen Maßstab durchzuführen, sondern sie müssen auch von den lokalen revolutionären Organen der Volksmacht verwirklicht werden, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet.

Bei der Durchführung der genannten Maßnahmen ist die größte Umsicht und Vorsicht, die Gewinnung einer festen Mehrheit der Bevölkerung und deren klare Überzeugung notwendig, daß für diese oder jene Maßnahme die praktischen Voraussetzungen bestehen, aber eben in diese Richtung müssen die Aufmerksamkeit und die Anstrengungen der klassenbewußten Vorhut der Arbeitermassen gelenkt werden, die verpflichtet sind, den Bauernmassen zu helfen, einen Ausweg aus der entstandenen Zerrüttung zu finden.“

Die letzten Worte enthalten den Kern der ganzen Resolution: wir betrachten den Sozialismus nicht als Sprung, sondern als praktischen Ausweg aus der entstandenen Zerrüttung.

„Die Revolution ist eine bürgerliche, und deshalb soll man nicht von Sozialismus sprechen“ – sagen die Gegner. Wir aber sagen umgekehrt: „Da die Bourgeoisie aus der entstandenen Lage keinen Ausweg findet, so marschirt die Revolution eben vorwärts.“ Wir dürfen uns nicht auf demokratische Redensarten beschränken, wir müssen vielmehr den Massen die Lage klarmachen und sie auf eine Reihe praktischer Maßnahmen verweisen: die Syndikate in ihre Hände zu nehmen, sie durch die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu kontrollieren usw. Und alle diese Maßnahmen werden, wenn sie durchgeführt sind, eben bewirken, daß Rußland mit einem Fuß im Sozialismus stehen wird. Unser Wirtschaftsprogramm muß zeigen, wie man aus der Zerrüttung herauskommt, das ist es, wovon wir uns leiten lassen müssen.

Zuerst veröffentlicht 1925 in dem Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz und die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) im April 1917“.

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

22

RESOLUTION ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE

Der Weltkrieg, das Produkt des Kampfes der Welttrusts und des Bankkapitals um die Herrschaft über den Weltmarkt, hat bereits zur massenhaften Zerstörung von materiellen Werten geführt, zur Erschöpfung der Produktivkräfte, zu einer solchen Ausdehnung der Kriegsindustrie, daß selbst die Herstellung des unbedingt notwendigen Minimums von Gebrauchsgütern und Produktionsmitteln sich als unmöglich erweist.

Dergestalt hat dieser Krieg die Menschheit in eine ausweglose Lage und an den Rand des Abgrunds gebracht.

Die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution, die zweifellos in den am stärksten entwickelten fortgeschrittenen Ländern schon vor dem Kriege gegeben waren, sind noch mehr herangereift und entwickeln sich infolge des Krieges mit rasender Schnelligkeit weiter. Die Verdrängung und der Ruin der Klein- und Mittelbetriebe wird noch mehr beschleunigt. Die Konzentration und Internationalisierung des Kapitals wächst ins riesenhafte. Der monopolistische Kapitalismus verwandelt sich in staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Reihe von Ländern gehen unter dem Druck der Verhältnisse zur öffentlichen Regulierung der Produktion und der Verteilung über, einige von ihnen führen die allgemeine Arbeitspflicht ein.

Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gehen alle diese Schritte in Richtung einer größeren Monopolisierung und größeren Verstaatlichung der Produktion unweigerlich Hand in Hand mit einer immer stärkeren Ausbeutung der werktätigen Massen, mit der Verstärkung der Unterdrückung, der Erschwerung des Widerstands gegen die Ausbeuter, dem Erstarken der Reaktion und des Militärdespo-

tismus, und zugleich führen sie unweigerlich zu einem ungeheuren Anwachsen der Profite der Großkapitalisten auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsschichten, zur Versklavung der werktätigen Massen auf viele Jahrzehnte durch Tribute, die sie in Form von Milliardenzinsen für die Anleihen den Kapitalisten entrichten müssen. Die gleichen Bedingungen aber bieten bei Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, bei vollständigem Übergang der Staatsmacht in die Hände des Proletariats die Gewähr für eine erfolgreiche Umgestaltung der Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt und den Wohlstand aller wie jedes einzelnen sichert.

*

Anderseits wird die Richtigkeit der Prophezeiung der Sozialisten der ganzen Welt, die gerade im Zusammenhang mit dem damals herannahenden und heute wütenden imperialistischen Krieg im Baseler Manifest von 1912 einstimmig die Unvermeidlichkeit der *proletarischen Revolution* verkündet haben, durch den Verlauf der Ereignisse vollauf bestätigt.

Die russische Revolution ist nur die erste Etappe der ersten unter den proletarischen Revolutionen, die der Krieg unausbleiblich erzeugt.

In allen Ländern wächst die Empörung der breiten Volksmassen gegen die Kapitalistenklasse und die Erkenntnis des Proletariats, daß nur der Übergang der Staatsmacht in seine Hände und die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Menschheit vor dem Untergang retten wird.

In allen Ländern, insbesondere in den fortgeschrittensten, in England und Deutschland, wurden Hunderte von Sozialisten, die nicht auf die Seite „ihrer“ nationalen Bourgeoisie übergegangen sind, von den Kapitalistenregierungen ins Gefängnis geworfen, die durch diese Verfolgungen anschaulich offenbaren, wie sehr sie sich vor der in den Tiefen der Volksmassen heranreifenden proletarischen Revolution fürchten. Daß in Deutschland die Revolution heranreift, zeigen auch die Massenstreiks, die in den letzten Wochen besonders zugenommen haben, ebenso die zunehmende Verbrüderung zwischen den deutschen und russischen Soldaten an der Front.

Das brüderliche Vertrauen und das brüderliche Bündnis zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder, den Arbeitern, die sich heute um

der Interessen der Kapitalisten willen gegenseitig ausrotten, wird auf diese Weise allmählich wiederhergestellt, wodurch wiederum die Voraussetzungen für einmütige revolutionäre Aktionen der Arbeiter der verschiedenen Länder geschaffen werden. Solche Aktionen allein sind imstande, die möglichst planmäßige Entwicklung und den möglichst sicheren Erfolg der sozialistischen Weltrevolution zu gewährleisten.

*

Das Proletariat Rußlands, das in einem der rückständigsten Länder Europas, inmitten einer kleinbäuerlichen Bevölkerungsmasse wirkt, kann sich nicht die sofortige Durchführung der sozialistischen Umgestaltung zum Ziel setzen.

Es wäre jedoch der größte Fehler, und in der Praxis würde es sogar den vollständigen Übertritt auf die Seite der Bourgeoisie bedeuten, wollte man daraus schließen, daß die Arbeiterklasse die Bourgeoisie unterstützen oder ihre Tätigkeit auf den Rahmen des für das Kleinbürgertum Annehmbaren beschränken müsse, daß das Proletariat auf seine führende Rolle bei der Aufklärung des Volkes über die Dringlichkeit einer Reihe praktisch bereits herangereifter Schritte zum Sozialismus verzichten solle.

Zu diesen Schritten gehört erstens die Nationalisierung des Grund und Bodens. Diese Maßnahme, die unmittelbar nicht über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausgeht, wäre gleichzeitig ein starker Schlag gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln und würde insofern den Einfluß des sozialistischen Proletariats auf die Halbproletarier des Dorfes stärken.

Solche Maßnahmen sind ferner die Errichtung einer staatlichen Kontrolle über alle Banken und deren Vereinigung zu einer einheitlichen Zentralbank sowie über die Versicherungsanstalten und die größten kapitalistischen Syndikate (z. B. über das Syndikat der Zuckerfabrikanten, das Kohlensyndikat, das Eisensyndikat usw.) bei allmählichem Übergang zu einer gerechteren, progressiven Besteuerung der Einkommen und Vermögen. Solche Maßnahmen sind ökonomisch vollkommen herangereift und technisch unbedingt sofort durchführbar, sie können politisch die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bauern finden, die durch diese Umgestaltungen in jeder Hinsicht gewinnen würden.

Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten, die heute Rußland mit einem immer dichteren Netz überziehen, könnten zugleich mit den erwähnten Maßnahmen an die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht schreiten, denn der Charakter dieser Institutionen garantiert einerseits den Übergang zu allen diesen neuen Umgestaltungen nur in dem Maße, wie der überwiegenden Mehrheit des Volkes ihre praktische Notwendigkeit wirklich klar und bewußt geworden ist, anderseits schließt der Charakter dieser Institutionen eine polizeilich-behördliche Durchführung der Umgestaltungen aus und garantiert die freiwillige Teilnahme der organisierten und bewaffneten Massen des Proletariats und der Bauernschaft an der Regulierung ihrer eigenen Wirtschaft.

Alle erwähnten und ähnliche Maßnahmen können und müssen nicht nur diskutiert und vorbereitet werden, um sie, nachdem die gesamte Macht an die Proletarier und Halbproletarier übergegangen ist, im gesamtstaatlichen Maßstab durchzuführen, sondern sie müssen auch von den lokalen revolutionären Organen der Volksmacht verwirklicht werden, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet.

Bei der Durchführung der genannten Maßnahmen ist die größte Umsicht und Vorsicht, die Gewinnung einer festen Mehrheit der Bevölkerung und deren klare Überzeugung notwendig, daß für diese oder jene Maßnahme die praktischen Voraussetzungen bestehen, aber eben in diese Richtung müssen die Aufmerksamkeit und die Anstrengungen der klassenbewußten Vorhut der Arbeitermassen gelenkt werden, die verpflichtet sind, den Bauernmassen zu helfen, einen Ausweg aus der entstandenen Zerrüttung zu finden.

Beilage zu Nr. 13 der
„Soldatskaja Prawda“,
16. (3.) Mai 1917.

Nach dem Text der Beilage, verglichen mit dem Wortlaut eines maschinengeschriebenen Exemplars der protokollarischen Niederschrift mit Korrekturen W. I. Lenins.

SCHLUSSREDE BEI BEENDIGUNG DER KONFERENZ
29. APRIL (12. MAI)

Lenin verzichtet aus Zeitmangel darauf, zur Frage der Namensänderung der Partei zu sprechen, verweist aber auf seine neue Broschüre „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“*, die als Material für die Diskussion in den Parteiorganisationen dienen wird.

Einige Worte über die Konferenz.

Wir hatten wenig Zeit und viel Arbeit. Die Verhältnisse, in die unsere Partei gestellt ist, sind schwierig. Die Parteien der Vaterlandsverteidiger sind groß, aber die proletarischen Massen lehnen die Vaterlandsverteidigung und den imperialistischen Krieg ab. Unsere Resolutionen sind nicht auf die breiten Massen zugeschnitten, doch werden sie die Tätigkeit unserer Agitatoren und Propagandisten vereinheitlichen, und die Leser werden einen Leitfaden für ihre Arbeit finden. Wir müssen zu Millionen sprechen, müssen aus der Masse neue Kräfte gewinnen, fortgeschrittenere klassenbewußte Arbeiter müssen unsere Thesen entsprechend dem Niveau der Massen erläutern. Wir werden uns bemühen, in unseren Broschüren den Inhalt unserer Resolutionen populärer darzustellen, und wir hoffen, daß die Genossen in den einzelnen Organisationen das gleiche tun werden. Das Proletariat wird in unseren Resolutionen das Material finden, das ihm als Richtschnur dienen wird für den Vormarsch zur zweiten Etappe unserer Revolution.

Zuerst veröffentlicht 1925 in dem
Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz
und die Gesamtrussische Konferenz
der SDAPR(B) im April 1917“.

Nach dem handschriftlichen
Exemplar der protokollarischen
Niederschrift.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 70—74. Die Red.

EINLEITUNG ZU DEN RESOLUTIONEN DER SIEBENTEN GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER SDAPR(B) (APRILKONFERENZ)

Genossen Arbeiter!

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, vereinigt durch das Zentralkomitee, die im Volksmund als Partei der „Bolschewiki“ bezeichnet wird, hat ihre Gesamtrussische Konferenz beendet.

Die Konferenz hat zu allen Grundfragen der Revolution außerordentlich wichtige Beschlüsse gefaßt, und wir veröffentlichen im folgenden diese Beschlüsse im vollen Wortlaut.

Die Revolution macht eine Krise durch. Das war vom 19.–21. April in den Straßen Petrograds und Moskaus zu sehen. Das hat die Provisorische Regierung zugegeben. Das hat das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zugegeben. Und das ist ein übriges Mal in dem Augenblick, da wir diese Zeilen niederschreiben, durch den Rücktritt Gutschkows bestätigt worden.

Die Krise der Staatsmacht, die Krise der Revolution ist kein Zufall. Die Provisorische Regierung ist eine Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, die mit dem russischen wie mit dem englisch-französischen Kapital verbunden und gezwungen sind, den imperialistischen Krieg weiterzuführen. Die Soldaten aber sind durch den Krieg erschöpft, sie erkennen immer klarer, daß der Krieg um der Interessen der Kapitalisten willen geführt wird, sie wollen den Krieg nicht. Zugleich droht Rußland, ebenso wie anderen Ländern, das unheilvolle Gespenst eines schrecklichen Zusammenbruchs, der Hungersnot, der völligen wirtschaftlichen Zerrüttung.

Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der mit der Provisorischen Regierung ein Abkommen getroffen hat und sie unter-

stützt, der die Anleihe und somit auch den Krieg unterstützt, ist ebenfalls in eine Sackgasse geraten. Der Sowjet trägt die Verantwortung für die Provisorische Regierung, er sieht die Ausweglosigkeit der Lage, hat sich aber durch dieses sein Abkommen mit der Kapitalistenregierung verannt.

In diesem großen historischen Augenblick, da die ganze Zukunft der Revolution auf dem Spiel steht, da die Kapitalisten zwischen Verzweiflung und der Absicht, auf die Arbeiter schießen zu lassen, hin und her schwanken, tritt unsere Partei vor das Volk hin und sagt ihm in den Beschlüssen ihrer Konferenz:

Es gilt zu verstehen, welche *Klassen* die Triebkräfte der Revolution sind. Es gilt, nüchtern die verschiedenen Bestrebungen dieser Klassen in Rechnung zu stellen. Der Kapitalist kann nicht denselben Weg gehen wie der Arbeiter. Die Kleinbesitzer können sich weder den Kapitalisten ganz anvertrauen, noch können sie sich alle sofort zu einem brüderlich engen Bündnis mit den Arbeitern entschließen. Nur wenn man den Unterschied zwischen diesen Klassen erkannt hat, kann man den richtigen Weg für die Revolution finden.

Die Beschlüsse, die unsere Konferenz zu allen Grundfragen faßte, die das Leben des Volkes betreffen, machen denn auch einen genauen Unterschied zwischen den Interessen der verschiedenen Klassen, sie zeigen auf, daß es ganz und gar unmöglich ist, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, solange man eine Politik des Vertrauens zur Regierung der Kapitalisten betreibt oder diese Regierung unterstützt.

Die Lage ist unerhört schwer. Es gibt nur einen einzigen Ausweg: Das ist der Übergang der ganzen Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten in ganz Rußland, von unten bis oben. Nur wenn die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergeht und diese von der Mehrheit der Bauern unterstützt wird, kann man auf eine rasche Wiederherstellung des Vertrauens der Arbeiter der anderen Länder, auf eine machtvolle europäische Revolution rechnen, die das Joch des Kapitals brechen und die eisernen Fesseln des verbrecherischen Völkergemetzels zerschlagen wird. Nur wenn die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergeht und diese von der Mehrheit der Bauern unterstützt wird, kann man die feste Hoffnung hegen, daß die gesamten werktätigen Massen dieser Staatsmacht vollstes Vertrauen ent-

gegenbringen und alle sich einmütig, wie ein Mann, erheben werden, um selbstlos an der Umgestaltung des ganzen Volkslebens im Interesse der werktätigen Massen und nicht im Interesse der Kapitalisten und Gutsbesitzer zu arbeiten. Ohne eine solche selbstlose Arbeit, ohne die gigantische Kraftanspannung aller und jedes einzelnen, ohne feste Entschlossenheit, das Leben auf neue Art zu gestalten, ohne strengste Organisation und kameradschaftliche Disziplin aller Arbeiter und aller armen Bauern, *ohne all das gibt es keinen Ausweg.*

Der Krieg hat die ganze Menschheit an den Rand des Abgrunds gebracht. Die Kapitalisten haben sich so tief in den Krieg verstrickt, daß sie nicht vermögen, aus ihm herauszukommen. Die ganze Welt steht vor einer Katastrophe.

Genossen Arbeiter! Die Zeit rückt heran, wo die Ereignisse ein neues und noch größeres Heldentum – das Heldentum von Millionen und aber Millionen – von euch fordern werden als in den ruhmvollen Tagen der Februar- und Märzrevolution. Rüstet euch!

Rüstet euch und wisset: Wenn ihr zusammen mit den Kapitalisten in wenigen Tagen, durch den einfachen Ausbruch der Volksempörung, siegen konntet, so ist für den Sieg gegen die Kapitalisten und über die Kapitalisten nicht nur dies notwendig. Ein solcher Sieg, die Machtergreifung durch die Arbeiter und armen Bauern, die Behauptung der Macht, die geschickte Ausnutzung der Macht bedarf der Organisation, der Organisation und nochmals der Organisation.

Unsere Partei hilft euch, wie sie nur kann und vor allem, indem sie Klarheit über die unterschiedliche Stellung der verschiedenen Klassen und ihre verschiedene Stärke schafft. Dem dienen die Beschlüsse unserer Konferenz. Ohne diese Klarheit ist die Organisation ein Nichts. Ohne Organisation aber ist eine Aktion von Millionen unmöglich, ist jedweder Erfolg unmöglich.

Glaubt nicht an Worte. Laßt euch nicht von Versprechungen ködern. Überschätzt eure Kräfte nicht. Organisiert euch in jedem Betrieb, in jedem Regiment, in jeder Kompanie, in jedem Häuserblock. Arbeitet täglich und stündlich an der Organisation, arbeitet daran selber, diese Arbeit darf man niemandem anderen anvertrauen. Sucht durch diese Arbeit zu erreichen, daß die Massen allmählich unerschütterliches, unzerstörbares, volles Vertrauen zu den fortgeschrittenen Arbeitern fassen. Das ist der

grundlegende Inhalt aller Beschlüsse unserer Konferenz. Das ist die Hauptlehre aus dem ganzen Verlauf der Revolution. Das ist die einzige Gewähr für den Erfolg.

Genossen Arbeiter! Wir rufen euch zu schwerer, ernster, unermüdlicher Arbeit auf, die das klassenbewußte, revolutionäre Proletariat aller Länder zusammenschweißt. Dieser und nur dieser Weg ist der Ausweg aus der Sackgasse, nur er führt zur Erlösung der Menschheit von den Schrecken des Krieges, von dem Joch des Kapitals.

Beilage zu Nr. 13 der
„Soldatskaja Prawda“,
16. (3.) Mai 1917.

Nach dem Text der Beilage.

DIE BEDEUTUNG DER VERBRÜDERUNG

Die Kapitalisten spotten entweder über die Verbrüderung der Soldaten an der Front, oder sie fallen mit rasender Wut darüber her, lügen und verleumden, stellen die Verbrüderung als „Betrug“ der Deutschen an den Russen hin und drohen – durch *ihre* Generale und Offiziere –, mit Strafen gegen die Verbrüderung vorzugehen.

Vom Standpunkt der Verteidigung des „heiligen Eigentums“ am Kapital und am Kapitalprofit ist eine solche Politik der Kapitalisten durchaus richtig: in der Tat, will man die proletarische sozialistische Revolution im Keime *ersticken*, so *muß* man sich der Verbrüderung gegenüber gerade so verhalten, wie es die Kapitalisten tun.

Die klassenbewußten Arbeiter und, aus dem sicheren Instinkt der unterdrückten Klassen heraus, mit ihnen auch die Masse der Halbproletarier, die Masse der armen Bauern, bringen der Verbrüderung die stärksten Sympathien entgegen. Es ist klar, daß die Verbrüderung der Weg zum Frieden ist. Es ist klar, daß dieser Weg nicht über die kapitalistischen Regierungen führt, daß *man ihn nicht im Bunde mit ihnen, sondern nur gegen sie* gehen kann. Es ist klar, daß dieser Weg das brüderliche Vertrauen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder fördert, stärkt und festigt. Es ist klar, daß dieser Weg die verdammte Zuchthausdisziplin des Kasernenhofes zu *brechen beginnt*, die Disziplin des Kadavergehorsams der Soldaten gegenüber „ihren“ Offizieren und Generalen, gegenüber ihren Kapitalisten (denn die Offiziere und Generale gehören größtenteils zur Kapitalistenklasse, oder aber sie vertreten deren Interessen). Es ist klar, daß die Verbrüderung die revolutionäre Initiative der *Massen* verkörpert, das Erwachen des Gewissens, der Vernunft, der Kühnheit

der unterdrückten Klassen, daß sie, mit anderen Worten, ein Glied ist in der Kette der Schritte zur sozialistischen, proletarischen Revolution.

Es lebe die Verbrüderung! Es lebe die *beginnende* sozialistische Weltrevolution des Proletariats!

Damit die Verbrüderung möglichst leicht, sicher und schnell zu unserem Ziele führe, sind wir verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß sie möglichst organisiert und unter einem klaren politischen Programm erfolge.

Mag die geifernde Presse der Kapitalisten und ihrer Freunde uns noch so sehr verleumden, indem sie uns als Anarchisten bezeichnet, wir werden nicht müde werden, zu wiederholen: Wir sind keine Anarchisten, wir sind glühende Verfechter der besten Organisation der Massen und der allerfestesten „Staats“macht, nur wollen wir keinen Staat wie die bürgerlich-parlamentarische Republik, sondern einen solchen wie die Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Wir haben stets geraten und raten auch jetzt, der Verbrüderung eine möglichst organisierte Form zu geben, darüber zu wachen – auf Grund der Schlüsse, Erfahrungen und Beobachtungen der Soldaten selbst –, daß es dabei keinen Betrug gibt, Sorge zu tragen, daß die Offiziere und Generale, die zum größten Teil böswillige Verleumdungen über die Verbrüderung austreuen, von den Versammlungen ferngehalten werden.

Wir wollen erreichen, daß die Verbrüderung sich nicht auf Gespräche über den Frieden überhaupt beschränkt, sondern daß sie zur Erörterung eines klaren politischen Programms führt, zur Erörterung der Frage, wie der Krieg beendet werden soll, wie das Joch der Kapitalisten, die den Krieg angezettelt haben und ihn jetzt in die Länge ziehen, abgeschüttelt werden kann.

Darum hat unsere Partei einen Aufruf an die Soldaten aller kriegführenden Länder gerichtet (siehe Nr. 37 der „Prawda“)*, der unsere klar umrissene, exakte Antwort auf diese Fragen enthält und ein klares politisches Programm entwickelt.

Es ist gut, daß die Soldaten den Krieg verwünschen. Es ist gut, daß sie den Frieden fordern. Es ist gut, daß sie wahrzunehmen beginnen, daß der Krieg vorteilhaft für die Kapitalisten ist. Es ist gut, daß sie die Zucht-hausdisziplin durchbrechen und selbst an allen Fronten zur Verbrüderung schreiten. Das alles ist gut.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 174–176. *Die Red.*

Aber das genügt noch nicht.

Es ist notwendig, daß die Soldaten jetzt zu einer Verbrüderung übergehen, bei der ein klares politisches Programm besprochen wird. Wir sind keine Anarchisten. Wir sind nicht der Ansicht, daß der Krieg durch bloße „Dienstverweigerung“, durch die Weigerung von Personen, Gruppen oder zufälligen „Haufen“ beendet werden könne. Wir sind der Meinung, daß die *Revolution* in einer Reihe von Ländern, d. h. die Eroberung der *Staatsmacht* durch eine neue Klasse, nämlich durch die Proletarier und Halbproletarier, und nicht durch die Kapitalisten, nicht durch die Kleinbesitzer (die stets zur Hälfte von den Kapitalisten abhängig sind), den Krieg beenden soll und beenden wird.

In unserem Aufruf an die Soldaten aller kriegführenden Länder haben wir denn auch unser Programm der Arbeiterrevolution in allen Ländern dargelegt: Übergang der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Genossen Soldaten! Besprecht dieses Programm in eurem Kreis und zusammen mit den deutschen Soldaten! Eine solche Besprechung wird euch helfen, den richtigen, organisiertesten, kürzesten Weg zur Beendigung des Krieges und zur Abschüttelung des kapitalistischen Jochs zu finden.

*

Ein paar Worte über einen der Lakaien des Kapitals, über Plechanow. Es ist ein Jammer zu sehen, wie tief dieser ehemalige Sozialist gesunken ist! Er stellt die Verbrüderung dem „Verrat“ gleich!! Er meint: Wird denn die Verbrüderung, im Falle ihres Gelingens, nicht zum Separatfrieden führen?

Nein, Herr ehemaliger Sozialist, die Verbrüderung, die wir an *allen* Fronten unterstützt haben, führt nicht zu einem „Separat“frieden zwischen den Kapitalisten einiger Länder, sondern zum allgemeinen Frieden zwischen den revolutionären Arbeitern aller Länder, *trotz* der Kapitalisten aller Länder, *gegen* die Kapitalisten, mit dem Ziel der Abschüttelung des kapitalistischen Jochs.

„Prawda“ Nr. 43,
11. Mai (28. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

WOHIN DIE KONTERREVOLUTIONÄREN SCHRITTE DER PROVISORISCHEN REGIERUNG FÜHREN

Wir erhielten folgendes Telegramm:

„Jenissejsk. Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat von dem Telegramm des Ministers Lwow an den neuernannten Kommissar des Gouv. Jenissejsk, Krutowski, der nach Jenissejsk geschickt wurde, um hier die Leitung auszuüben, Kenntnis genommen.

Wir protestieren gegen die Absicht der Wiedereinführung des Beamtentums und erklären erstens, daß wir uns nicht von ernannten Beamten verwalten lassen werden, zweitens, daß für die verjagten Bauernvögte kein Platz mehr ist, drittens, daß wir nur die vom Volke selbst im Kreis Jenissejsk geschaffenen Organe anerkennen, viertens, daß die ernannten Beamten nur über unsere Leichen hinweg werden kommandieren können.

Deputiertensowjet von Jenissejsk“

Die Provisorische Regierung ernennt also von Petrograd aus „Kommissare“ zur „Leitung“ des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Jenissejsk oder der örtlichen Selbstverwaltungsorgane von Jenissejsk überhaupt. Diese Ernennung wurde überdies von der Provisorischen Regierung in einer Form vorgenommen, daß der Jenissejsker Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gegen die „Absicht der Wiedereinführung des Beamtentums“ protestiert.

Noch mehr. Der Jenissejsker Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten erklärt, daß „die ernannten Beamten nur über unsere Leichen hinweg werden kommandieren können“. Die Haltung der Provisorischen Regierung hat es zuwege gebracht, daß ein entlegener sibirischer Kreis in Gestalt seiner vom Volk gewählten leitenden Körperschaft der Regierung direkt mit *bewaffnetem Widerstand* droht.

Weit haben sie es gebracht, die Herren von der Provisorischen Regierung!

Und eben sie werden nun, wie auch bisher, gegen die Bösewichte zetern, die den „Bürgerkrieg“ „propagieren“!

Wozu war es nötig, von Petrograd oder irgendeinem anderen Zentrum aus „Kommissare“ zur „Leitung“ einer *gewählten* örtlichen Körperschaft zu ernennen? Ist etwa ein Zugereister eher in der Lage, die örtlichen Bedürfnisse zu kennen, die einheimische Bevölkerung zu „leiten“? Womit haben die Einwohner von Jenissejsk zu dieser unsinnigen Maßregel Anlaß gegeben? Warum begnügte man sich nicht, *wenn* die Einwohner von Jenissejsk in irgendeiner Hinsicht mit Mehrheitsbeschlüssen der Bürger anderer Orte in Konflikt geraten waren, zunächst mit dem Versuch, sich zu *informieren*, ohne ihnen Anlaß zu bieten, von „Beamtentum“ zu sprechen, ohne die berechtigte Unzufriedenheit und die Empörung der örtlichen Bevölkerung hervorzurufen?

Auf alle diese Fragen kann es nur *eine* Antwort geben. Die Herren Vertreter der Gutsbesitzer und Kapitalisten, die in der Provisorischen Regierung sitzen, wollen um jeden Preis den alten zaristischen Verwaltungsapparat, d. h. ein von oben „ernanntes“ Beamtentum *erhalten*. So handelten fast immer, abgesehen von kurzen Revolutionsperioden in einigen Ländern, alle bürgerlich-parlamentarischen Republiken der Welt. So handelten sie, indem sie damit die Rückkehr *von* der Republik zur Monarchie, zu den Napoleons, zu den Militärdiktatoren erleichterten und vorbereiteten. So handelten sie – und die Herren Kadetten wollen unbedingt diese traurigen Beispiele nachahmen.

Es ist das eine außerordentlich ernste Frage. Man soll sich nicht täuschen. Durch solche Schritte, gerade durch sie *bereitet* die Provisorische Regierung – gleichviel, ob bewußt oder unbewußt – die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland *vor*.

Die ganze Verantwortung für eventuelle – und bis zu einem gewissen Grade unvermeidliche – Versuche, die Monarchie in Rußland wiederherzustellen, fällt auf die Provisorische Regierung, die solche konterrevolutionären Schritte unternimmt. Denn ein – zur „Leitung“ der örtlichen Bevölkerung – von oben „ernanntes“ Beamtentum war immer ebenso wie das stehende Heer und die Polizei die sicherste Gewähr für die Wiederherstellung der Monarchie und wird es immer sein.

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Jenissejsk hat tausendmal recht, praktisch sowohl wie grundsätzlich. Die Rückkehr der davongejagten Bauernvögte darf nicht zugelassen werden. Die Wiedereinführung eines „ernannten“ Beamtentums darf nicht geduldet werden. „Nur die vom Volke selbst geschaffenen Organe“ in dem betreffenden Gebiet dürfen anerkannt werden.

Der Gedanke, daß eine „Leitung“ durch von oben „ernannte“ Beamte notwendig sei, ist grundfalsch, undemokratisch, ist ein cäsaristisches oder blanquistisches Abenteuer. Engels hatte durchaus recht, als er im Jahre 1891 den Programmentwurf der vom Bürokratismus erheblich angekränkelten deutschen Sozialdemokraten kritisierte und dabei auf der Forderung bestand: keine Kontrolle von oben über die örtliche Selbstverwaltung; Engels hatte recht, wenn er an die Erfahrungen Frankreichs erinnerte, das von 1792 bis 1798 ohne jede solche Kontrolle von gewählten örtlichen Organen verwaltet wurde, jedoch keineswegs „zerfiel“ oder sich „auflöste“, sondern sich konsolidierte, sich auf demokratischer Grundlage fester zusammenschloß und organisierte.⁸⁰

Dumme Beamtenvorurteile, bürokratische zaristische Gewohnheiten, reaktionärer Professorenglaube, daß der Bürokratismus notwendig sei, konterrevolutionäre Allüren und Bestrebungen der Gutsbesitzer und Kapitalisten – das ist der Boden, auf dem Maßnahmen der Provisorischen Regierung wie die von uns behandelten entstanden und entstehen.

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Jenissejsk hat den gesunden demokratischen Instinkt der Arbeiter und Bauern offenbart, die empört sind über den unverschämten Versuch, erwachsenen, ortsansässigen Menschen, der übergroßen Mehrheit, die ihre Vertreter gewählt hatte, durch „Ernennung“ von oben Beamte vor die Nase zu setzen, die sie „leiten“ sollen.

Das Volk braucht eine wirklich demokratische Arbeiter- und Bauernrepublik, die keine anderen Behörden kennt als gewählte und auf Verlangen der Bevölkerung jederzeit absetzbare. Und für eine solche Republik müssen alle Arbeiter und Bauern kämpfen, gegen die Machenschaften der Provisorischen Regierung, die die monarchistischen, zaristischen Verwaltungsmethoden und Verwaltungsapparate wiederherstellen will.

„Prawda“ Nr. 43,

Nach dem Text der „Prawda“.

11. Mai (28. April) 1917.

SOZIALCHAUVINISTEN UND INTERNATIONALISTEN

Die Sozialchauvinisten, die den Sozialismus verraten haben und auf die Seite „ihrer“ Kapitalisten übergegangen sind, haben sich naturgemäß entsprechend der Gruppenbildung der Kapitalisten im Kriege gespalten. Ebenso natürlich ist es, daß dies eine zeitweilige Spaltung ist. Plechanow will keine Beratung mit Scheidemann, aber derselbe Plechanow verteidigt die „Internationale“ der Sozialchauvinisten, die den Sozialismus verraten hat. Mit anderen Worten: Plechanow ist für den Bruch mit den Scheidemännern, *solange* die Kapitalisten, deren Agenten sowohl Plechanow als auch Scheidemann sind, untereinander gespalten bleiben. Plechanow ist für die Einheit mit den Scheidemännern, wenn sich die „Herrschaft“ (d. h. die Kapitalisten beider Länder) versöhnt haben wird. Es läßt sich nicht leugnen, daß in der Position Plechanows Konsequenz liegt – Konsequenz im *Verrat* am Sozialismus, Konsequenz in dem Bestreben, den Kapitalisten mit Leib und Seele zu dienen.

Es nimmt auch nicht wunder, daß die Vertreter der internationalen sozialistischen Strömung des „Zentrums“ (Kautsky u. a.), die für die „Einheit“ mit den Sozialchauvinisten schlechthin sind, einer Konferenz zustimmen, die von Borgbjerg, dem Agenten Scheidemanns, organisiert wird, oder selber (wie das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) eine internationale „sozialistische“ Konferenz *zusammen* mit den Scheidemännern und Plechanows organisieren.⁸¹ Was Wunder, daß unsere russischen Repräsentanten des „Zentrums“ in Gestalt der „Rabotschaja Gaseta“ über unsere Partei sehr erbost sind, weil sie es ablehnt, an der Konferenz Borgbjergs teilzunehmen.

Gestern abend ging folgendes Telegramm unseres Stockholmer Korrespondenten bei uns ein:

„Haase, Longuet nehmen an Konferenz teil. ‚Spartakus‘ hat abgelehnt.“

„Spartakusgruppe“ oder Gruppe „Internationale“ heißt die Gruppe in Deutschland, der Karl Liebknecht angehört. In letzter Zeit haben gewisse Leute, besonders solche, die ein Interesse daran haben, Verwirrung zu stiften, ein großes Geschrei erhoben, die Gruppe Liebknechts habe sich mit den Kautskyanern in der neugegründeten „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ vereinigt. In Wirklichkeit hat sich die Gruppe Liebknechts nicht völlig mit den Kautskyanern vereinigt, sie hat ihre organisatorische Selbständigkeit gewahrt und ist lediglich einen zeitweiligen und bedingten Block gegen die Sozialchauvinisten eingegangen.

Das oben angeführte Telegramm bestätigt das noch ein übriges Mal. Als eine praktische Frage auf die Tagesordnung trat, als es hieß, unverzüglich eine präzise und klare Antwort auf die Frage zu geben, ob man mit den Scheidemännern und ihren Agenten zusammengehen sollte, da zerfiel das Bündnis von Karl Liebknecht und seiner Gruppe mit Kautsky und Co. mit einem Schlag.

Unsere Resolution über Borgbjerg wird uns „isolieren“ – befürchteten manche Genossen.

Nein, Genossen! Sie isoliert uns von den *Schwankenden*. Es gibt kein anderes Mittel, den Schwankenden zu helfen, als daß man aufhört, selbst zu schwanken.

Die Richtigkeit unserer Resolution gegen Borgbjerg ist durch die Ereignisse bemerkenswert vollständig und bemerkenswert schnell bestätigt worden. Die deutschen Kautskyaner (Haase) und die französischen (Longuet) schwanken nach wie vor, sie lassen sich auf Beratungen mit den Sozialchauvinisten ein und können sich nicht entschließen, sich endgültig von ihnen abzugrenzen.

Unsere Partei hat die Initiative zu einer solchen endgültigen Abgrenzung ergriffen und *bereits begonnen*, die Elemente einer III. Internationale zusammenzuschließen. Die Übereinstimmung unserer Taktik mit der Taktik der Gruppe Karl Liebknechts ist kein Zufall, sondern ein Schritt auf dem Wege zu der im Entstehen begriffenen III. Internationale.

*„Prawda“ Nr. 44,
12. Mai (29. April) 1917.*

Nach dem Text der „Prawda“.

I. G. ZERETELI UND DER KLASSENKAMPF

Alle Zeitungen bringen, vollständig oder in Auszügen, die Rede, die I. G. Zereteli am 27. April in der feierlichen Sitzung der Deputierten der Reichsduma aller Legislaturperioden gehalten hat.

Es war eine Ministerrede, zweifellos. Es sprach ein Minister ohne Portefeuille. Wir glauben aber, daß *sogar* wenn Minister ohne Portefeuille Ministerreden halten, es nicht schaden würde, sich des Sozialismus, des Marxismus, des Klassenkampfes zu erinnern. Jedem das Seine: der Bourgeoisie ziemt es, Auseinandersetzungen über den Klassenkampf, der Analyse, dem Studium dieses Kampfes, einer Begründung der Politik vom Standpunkt dieses Kampfes aus dem Wege zu gehen. Der Bourgeoisie ziemt es, diese „unangenehmen“ oder, wie es in der Sprache der Salons heißt, „taktlosen“ Themen zu meiden und die „Einheit“ „aller Freunde der Freiheit“ zu preisen. Der proletarischen Partei ziemt es, den Klassenkampf nicht zu vergessen.

Jedem das Seine.

Zwei politische Hauptgedanken liegen der Rede I. G. Zeretelis zugrunde: der erste, man könne und müsse zwei „Teile“ der Bourgeoisie unterscheiden. Der eine Teil sei „ein Übereinkommen mit der Demokratie eingegangen“, die Lage dieser Bourgeoisie sei „fest“. Der andere Teil, das seien die „verantwortungslosen Kreise der Bourgeoisie, die den Bürgerkrieg provozieren“; Zereteli charakterisierte diesen Teil noch folgendermaßen: „viele aus der Reihe der sogenannten gemäßigten Zensus-elemente“.

Der zweite politische Gedanke des Redners ist: „Der Versuch, jetzt die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu verkünden“ (!!), wäre ein „Verzweiflungs“ schritt, und er, Zereteli, würde diesem verzwei-

felten Versuch nur dann zustimmen, wenn er auch nur einen Augenblick lang glauben müßte, daß die Ideen Schulgins „die Ideen der gesamten Zensusbourgeoisie“ seien.

Untersuchen wir die beiden politischen Gedanken I. G. Zeretelis, der, wie es einem Minister ohne Portefeuille oder einem Ministerkandidaten auch geziemt, eine „Mittelstellung“ eingenommen hat: weder Reaktion noch Revolution! weder mit Schulgin noch mit den Anhängern von „Verzweiflungsschritten“!

Welche Klassenunterschiede zwischen den beiden von ihm genannten Teilen der Bourgeoisie hat Zereteli festgestellt? Gar keine. Es ist Zereteli nicht einmal in den Sinn gekommen, daß es nicht schaden würde, die Politik vom Standpunkt des Klassenkampfes zu begründen. Beide „Teile“ der Bourgeoisie sind ihrer Klassenlage nach Gutsbesitzer und Kapitalisten. Daß Schulgin *nicht* dieselben Klassen oder Untergruppen von Klassen vertrete wie Gutschkow (Mitglied der Provisorischen Regierung, und zwar eines der maßgebendsten...), davon sagt Zereteli kein Wort. Zereteli macht einen Unterschied zwischen den Ideen Schulgins und den Ideen der „gesamten“ Zensusbourgeoisie, führt aber *keinen einzigen* Grund dafür an. Und das konnte er auch nicht. Die „Ideen“ Schulgins sind: für die Alleinherrschaft der Provisorischen Regierung, gegen ihre Kontrolle durch die bewaffneten Soldaten, gegen die „englandfeindliche Propaganda“, gegen die „Aufhetzung“ der Soldaten gegen den „Offiziersstand“, gegen die Propaganda der „Petrograder Seite“⁸² usw. – diesen Ideen begegnet der Leser tagtäglich in den Spalten der „Retsch“, in den Reden und Kundgebungen der Minister mit Portefeuilles usw.

Der Unterschied besteht nur darin, daß Schulgin etwas „forscher“ spricht, während die Provisorische Regierung als Regierung etwas bescheidener *spricht*: Schulgin im Baß, Miljukow im Fistelton. Miljukow ist für eine Ubereinkunft mit dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, Schulgin ist auch *nicht gegen* eine Ubereinkunft. Schulgin und Miljukow sind beide für „andere Mittel der Kontrolle“ (nicht etwa, daß die bewaffneten Soldaten kontrollierten).

Zereteli hat jeden Gedanken an den Klassenkampf über Bord geworfen! Er hat *weder* Klassenunterschiede zwischen den „beiden Teilen“ der Bourgeoisie *noch* sonst irgendwie ernsthafte politische Unterschiede festgestellt, ja nicht einmal daran gedacht, das zu tun!

Unter „Demokratie“ versteht Zereteli in dem einen Teil seiner Rede „das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft“. Halten wir uns an diese Klassendefinition. Die Bourgeoisie ist ein Übereinkommen mit dieser Demokratie eingegangen. Es fragt sich, *worauf* beruht dieses Übereinkommen? auf welchem *Klasseninteresse*?

Bei Zereteli finden wir darüber kein Wort! Er spricht nur von der „gemeinsamen demokratischen Plattform, die sich im gegenwärtigen Augenblick für das ganze Land als annehmbar erwiesen“ habe, d. h. offenbar für die Proletarier und Bauern, denn das „Land“ ohne die „Zensusbourgeoisie“, das sind eben die Arbeiter und Bauern.

Schafft diese Plattform, sagen wir, die Frage des Bodens aus der Welt? Nein. Die Plattform schweigt sich darüber aus. Verschwinden aber die Klasseninteressen und ihre Gegensätzlichkeit deswegen, weil man sie in diplomatischen Dokumenten, in „Verständigungs“verlautbarungen, in den Reden und Erklärungen der Minister verschweigt?

Zereteli „vergaß“ diese Frage zu stellen, er vergaß eine „Kleinigkeit“: er vergaß „nur“ die Klasseninteressen und den Klassenkampf...

„Alle Aufgaben der russischen Revolution“, so flötet I. G. Zereteli, „ihr ganzes Wesen (!??) hängt davon ab, ob die besitzenden Zensusklassen“ (d. h. die Gutsbesitzer und Kapitalisten) „begreifen werden, daß diese Plattform des ganzen Volkes keine spezifisch-proletarische ist...“

Arme Gutsbesitzer und Kapitalisten! Sie sind „schwer von Begriff“ Sie „begreifen nicht“. Ein besonderer Minister aus den Reihen der Demokratie tut not, um sie zu belehren...

Oder ist es nicht vielmehr dieser Vertreter der „Demokratie“, der den Klassenkampf vergessen, den Standpunkt eines Louis Blanc eingenommen hat, und der sich mit Phrasen über die Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen hinwegsetzen will?

Sind es die Schulgin, die Gutschkow und Miljukow, die „nicht begreifen“, daß es *möglich* sei, den Bauern mit dem Gutsbesitzer auf der Grundlage einer Plattform, die die Bodenfrage totschweigt, zu versöhnen? Oder ist es I. G. Zereteli, der „nicht begreift“, daß das *unmöglich* ist?

Arbeiter und Bauern, begnügt euch mit dem, was für die Gutsbesitzer und Kapitalisten „annehmbar“ ist – das ist das wahre *Wesen* (das Klas-

senwesen, und nicht das formale) der Stellung Schulgins, Miljukows, Plechanows. Und sie „begreifen“ das besser als I. G. Zereteli.

Hier kommen wir zum zweiten politischen Gedanken Zeretelis: die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (nebenbei bemerkt, die Diktatur wird nicht „verkündet“, sondern erkämpft...) wäre ein Verzweigungsschritt. Erstens: so einfach soll man diese Diktatur heute nicht abtun: I. G. Zereteli könnte da leicht in das Archiv „alter Bolschewiki“* geraten... Zweitens – und das ist die Hauptsache – sind etwa die Arbeiter und Bauern nicht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung? heißt denn „Demokratie“ nicht Verwirklichung des Willens der Mehrheit?

Wie kann man also, wenn man Demokrat bleiben will, *gegen* die „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ sein? wie kann man fürchten, daß sie den „Bürgerkrieg“ bedeute? (Was für einen Bürgerkrieg? Den einer Handvoll von Gutsbesitzern und Kapitalisten *gegen* die Arbeiter und Bauern? Einer verschwindenden Minderheit *gegen* die erdrückende Mehrheit?)

I. G. Zereteli ist endgültig durcheinandergeraten. Er hat sogar vergessen, daß, wenn die Lwow und Co. ihr Versprechen, die Konstituierende Versammlung einzuberufen, erfüllen, diese eben die „Diktatur“ der Mehrheit sein wird! Oder sollen sich die Arbeiter und Bauern auch in der Konstituierenden Versammlung mit dem begnügen, was für die Gutsbesitzer und Kapitalisten „annehmbar“ ist?

Die Arbeiter und Bauern sind die übergroße Mehrheit. Alle Macht dieser Mehrheit – das ist, man sehe, ein „Verzweigungsschritt“...

Zereteli ist durcheinandergeraten, denn er hat den Klassenkampf völlig vergessen. Er hat den Standpunkt des Marxismus voll und ganz mit dem Louis Blancs vertauscht, der mit Redensarten über den Klassenkampf „hinwegzukommen“ suchte.

Die Aufgabe eines proletarischen Führers ist: den Unterschied der Klasseninteressen klarzustellen und gewisse Schichten des Kleinbürgertums (nämlich die armen Bauern) zu bewegen, zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten zu wählen, sich auf die Seite der Arbeiter zu stellen.

Die Aufgabe der kleinbürgerlichen Louis Blancs ist: den Unterschied der Klasseninteressen zu vertuschen und gewisse Schichten der Bourgeoisie

* Siehe meine „Briefe über die Taktik“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 27. *Die Red.*)

(vornehmlich die Intellektuellen und Parlamentarier) zu bewegen, sich mit den Arbeitern zu „verständigen“, die Arbeiter zu bewegen, sich mit den Kapitalisten zu „verständigen“, die Bauern zu bewegen, sich mit den Gutsbesitzern zu „verständigen“.

Louis Blanc hat sich eifrig bemüht, die Pariser Bourgeoisie zu überzeugen, und bekanntlich ist es ihm „beinahe“ gelungen, sie zu bewegen, von den Massenerschießungen in den Jahren 1848 und 1871 Abstand zu nehmen...

„Prawda“ Nr. 44,
12. Mai (29. April) 1917.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Prawda“.

UNRUHE

Anlässlich der Meldung, daß einige ehemalige Minister Direktoren von Großbanken wurden, fragte die „Prawda“:

„Und an wieviel Banken sind (als Direktoren, Teilhaber, faktische Besitzer) die jetzigen Minister Gutschkow, Tereschtschenko, Konowalow beteiligt?“

Und sie fügte hinzu:

„Die Genossen Bankangestellten (die sich, nebenbei gesagt, schnellstens in einem eigenen Verband organisieren sollten) werden gut tun, wenn sie hierzu Material sammeln und es in der Arbeiterpresse veröffentlichen.“*

Hierzu schreiben die beunruhigten „Birshewyje Wedomosti“, eine Zeitung, in der es bekanntlich ziemlich stark nach Banken „riecht“:

„Die ‚Genossen Angestellten‘ werden aufgefordert, einen Spitzeldienst zu organisieren und in den Kassen der bürgerlichen Minister zwecks Feststellung ihrer Guthaben herumzustöbern. Mit der gleichen Ungeniertheit durchschnüffeln die Bolschewiki auch fremde Überzeugungen. Werden wir nicht bald in der ‚Prawda‘ die Aufforderung an die Genossen finden, eine eigene Sicherheitsabteilung einzurichten? Platz würde sich in der Villa der Krzesinska schon finden...“

Warum sind Sie so beunruhigt, meine Herren von den „Birshewyje Wedomosti“?

Was soll hier der „Spitzeldienst“, meine Herren?

Wir hätten entschieden nichts dagegen, wenn die Genossen Bankangestellten eine Liste der Bankmagnaten *aller Parteien* veröffentlichten. War-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 108. *Die Red.*

um, meine Herren, hat das Volk kein Recht zu wissen, wer eben die ausschlaggebenden Herren solcher Institutionen wie der Banken sind – dieser allmächtigen Institutionen, von denen das ganze Wirtschaftsleben des Landes abhängt, von denen die Entscheidung über Krieg und Frieden abhängt?

Was fürchten Sie, meine Herren?

„Prawda“ Nr. 44,
12. Mai (29. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

„KRISE DER MACHT“

Ganz Rußland erinnert sich noch der Tage vom 19. bis zum 21. April, als auf den Straßen Petrograds der Bürgerkrieg zu entbrennen drohte.

Am 21. April verfaßte die Provisorische Regierung ein neues Beruhigungspapierchen⁸³, in dem sie ihre annexionistische Note vom 18. April „erläuterte“.

Darauf beschloß die Mehrheit des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, den „Zwischenfall“ als „erledigt“ zu betrachten.

Es vergingen wieder ein paar Tage, und es tauchte die Frage eines Koalitionskabinetts auf. Das Exekutivkomitee spaltete sich in zwei fast gleiche Teile: 23 waren gegen ein Koalitionskabinett, 22 dafür. Wie sich zeigte, war der Zwischenfall nur auf dem Papier „erledigt“.

Nun sind weitere zwei Tage vergangen, und wir haben einen neuen „Zwischenfall“. Der Kriegsminister Gutschkow, einer der Anführer der Provisorischen Regierung, ist zurückgetreten. Es heißt, der Rücktritt der ganzen Provisorischen Regierung sei beschlossen (im Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, wissen wir noch nicht, ob es stimmt, daß die ganze Regierung abgetreten ist). Wiederum ist es zu einem „Zwischenfall“ gekommen, und überdies zu einem solchen, demgegenüber alle vorangegangenen verblassen.

Woher rührt nun diese Vielzahl von „Zwischenfällen“? Gibt es nicht irgendeine grundlegende Ursache, die unvermeidlich einen „Zwischenfall“ nach dem anderen erzeugt?

Eine solche Ursache *gibt es*. Es ist das die sogenannte Doppelherrschaft, es ist das jenes labile Gleichgewicht, das sich auf Grund des Über-

einkommens zwischen dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und der Provisorischen Regierung herausgebildet hat.

Die Provisorische Regierung ist eine Regierung der Kapitalisten. Sie kann nicht auf ihr Streben nach Eroberungen (Annexionen) verzichten, sie kann den Raubkrieg nicht durch einen demokratischen Frieden beenden, sie kann nicht anders als die Profite ihrer Klasse (d. h. der Kapitalistenklasse), die Ländereien der Gutsbesitzer schützen.

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten vertritt andere Klassen. Die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten, die dem Sowjet angehören, will keinen Raubkrieg, ist an den Profiten der Kapitalisten und der Erhaltung der Privilegien der Gutsbesitzer nicht interessiert. Aber gleichzeitig vertraut sie noch der Provisorischen Regierung der Kapitalisten, will sich mit ihr verständigen, will mit ihr in Kontakt bleiben.

Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sind selbst der Keim einer Staatsmacht. Neben der Provisorischen Regierung versuchen auch die Sowjets in einigen Fragen ihre Macht auszuüben. Es entsteht ein Durcheinander der Staatsgewalten oder das, was man jetzt „Krise der Macht“ nennt.

Lange kann das nicht so weitergehen. Bei einer solchen Lage der Dinge wird jeder Tag einen neuen „Zwischenfall“ bringen und neue Komplikationen schaffen. Einen Wisch mit der Aufschrift: der Zwischenfall ist erledigt, kann man schreiben. Aber im lebendigen Leben werden diese Zwischenfälle nicht verschwinden. Und das aus dem einfachen Grunde, weil es sich keineswegs um „Zwischenfälle“, Zufälligkeiten, Kleinigkeiten handelt. Es handelt sich um die äußeren Erscheinungsformen einer tiefgehenden inneren Krise. Es handelt sich darum, daß die ganze Menschheit in eine Sackgasse geraten ist. Aus dem Raubkrieg gibt es keinen Ausweg und kann es keinen geben, wenn man sich nicht zu den Maßnahmen entschließt, die die internationalistischen Sozialisten vorschlagen.

Drei Wege werden jetzt dem russischen Volk vorgeschlagen, um die „Krise der Macht“ zu lösen. Die einen sagen: Laßt alles beim alten, vertraut euch noch mehr der Provisorischen Regierung an. Es ist möglich, daß man nur deswegen mit dem Rücktritt droht, um den Sowjet zu der Erklärung zu zwingen: Wir vertrauen euch noch mehr. Die Provisorische Regierung möchte, daß man sie bitte: Kommet und herrschet über uns, wer wird sich denn unser annehmen, wenn nicht ihr...

Der andere Weg: Koalitionskabinet. Laßt uns die Ministerportefeuilles mit Miljukow und Co. teilen, laßt einige unserer Leute in das Kabinet eintreten, dann wird die Sache schon anders aussehen.

Den dritten Weg schlagen wir vor: Änderung der ganzen Politik der Sowjets, Schluß mit dem Vertrauen zu den Kapitalisten und *Übergang der ganzen Macht an die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten*. Ein Wechsel der *Personen* führt zu nichts, geändert werden muß die *Politik*. Es ist notwendig, daß eine andere Klasse an die Macht kommt. Einer Regierung der Arbeiter und Soldaten wird die ganze Welt Glauben schenken, denn jeder begreift, daß der Arbeiter und der arme Bauer niemanden ausplündern will. Nur das kann das Kriegsende beschleunigen, nur das kann uns helfen, die wirtschaftliche Zerrüttung zu überstehen.

Alle Macht den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten! Keinerlei Vertrauen zur Regierung der Kapitalisten!

Jeder „Zwischenfall“, jeder Tag, jede Stunde wird die Richtigkeit dieser Parole bestätigen.

„Prawda“ Nr. 46,
15. (2.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

FINNLAND UND RUSSLAND

Die Frage des Verhältnisses Finnlands zu Rußland ist zu einer brennenden Frage geworden. Die Provisorische Regierung hat es *nicht verstanden*, das finnische Volk, das *einstweilen noch* nicht die Lostrennung, sondern lediglich weitgehende Autonomie fordert, zufriedenzustellen.

Die undemokratische, annexionistische Politik der Provisorischen Regierung wurde dieser Tage von der „Rabotschaja Gaseta“ formuliert und „verteidigt“. Sie hat das in einer Art und Weise getan, daß sie ihren Schützling gar nicht besser hätte „hereinlegen“ können. Diese Frage ist wirklich eine Grundfrage, eine Frage, die für den ganzen Staat von Bedeutung ist, und es ist daher notwendig, mit größter Aufmerksamkeit auf sie einzugehen.

„Das Organisationskomitee ist der Ansicht“, schreibt die „Rabotschaja Gaseta“ Nr. 42, „daß die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen Finnland und dem Russischen Staat als Ganzes nur durch ein Übereinkommen zwischen dem Landtag Finnlands und der Konstituierenden Versammlung gelöst werden kann und soll. Bis dahin aber müssen die finnischen Genossen“ (das Organisationskomitee hat mit den finnischen Sozialdemokraten eine Besprechung gehabt) „dessen eingedenk sein, daß ein Erstarken der separaten Tendenzen in Finnland die zentralistischen Bestrebungen der russischen Bourgeoisie stärken könnte.“

Das ist der Standpunkt der Kapitalisten, der Bourgeoisie, der Kadetten, aber keinesfalls des Proletariats. Das Programm der Sozialdemokratischen Partei, namentlich seinen § 9, der allen dem Staate angehörenden Nationen das Selbstbestimmungsrecht zuerkennt, haben die menschwitischen Sozialdemokraten über Bord geworfen. Sie haben sich in Wirklichkeit von diesem Programm losgesagt und sind faktisch genauso wie in der Frage der Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung usw. auf die Seite der Bourgeoisie übergetreten.

Die Kapitalisten, die Bourgeoisie, und darunter auch die Partei der

Kadetten, haben die politische Selbstbestimmung der Nationen, d. h. ihr *Recht auf Lostrennung* von Rußland, niemals anerkannt.

Die Sozialdemokratische Partei hat in § 9 ihres im Jahre 1903 angenommenen Programms dieses Recht *anerkannt*.

Wenn das Organisationskomitee die finnischen Sozialdemokraten auf ein „Übereinkommen“ zwischen dem Landtag Finnlands und der Konstituierenden Versammlung „vertröstet“, so heißt das eben, daß es in dieser Frage auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen ist. Um sich davon restlos zu überzeugen, genügt es, sich die Stellung *aller* Hauptklassen und -parteien deutlich vor Augen zu führen.

Der Zar, die Rechten, die Monarchisten sind nicht für ein Übereinkommen zwischen dem Landtag und der Konstituierenden Versammlung, sondern für die direkte Unterwerfung Finnlands unter die russische Nation. Die republikanische Bourgeoisie ist für ein Übereinkommen zwischen dem Landtag Finnlands und der Konstituierenden Versammlung. Das klassenbewußte Proletariat und die ihrem Programm *treu gebliebenen* Sozialdemokraten sind für das *Recht der Lostrennung* Finnlands wie aller anderen nicht vollberechtigten Völkerschaften von Rußland. Das ist das unbestreitbare, klare, präzise Bild der Lage. Unter der Losung eines „Übereinkommens“, die rein gar nichts entscheidet – denn was soll geschehen, wenn ein Übereinkommen *nicht* zustande kommt? – betreibt die Bourgeoisie dieselbe zaristische Unterwerfungspolitik, dieselbe Annexionspolitik.

Schließlich wurde doch Finnland von den russischen Zaren annektiert auf Grund von Abmachungen mit Napoleon, dem Würger der französischen Revolution usw. Wenn wir wirklich gegen Annexionen sind, müssen wir sagen: *Recht auf Lostrennung für Finnland!* Wenn wir das gesagt und verwirklicht haben, *dann* – und nur dann! – wird ein „Übereinkommen“ mit Finnland ein wirklich freiwilliges, freies Übereinkommen, d. h. wirklich ein Übereinkommen und kein Betrug sein.

Übereinkommen treffen können nur Gleiche. Damit ein Übereinkommen ein wirkliches Übereinkommen sei und nicht eine durch Worte getarnte Unterwerfung, ist die wirkliche Gleichberechtigung *beider* Seiten notwendig, d. h., sowohl Rußland *als auch* Finnland müssen das Recht haben, *nicht* einverstanden zu sein. Das ist sonnenklar.

Nur das „Recht auf Lostrennung“ bringt dies zum Ausdruck: nur ein

Finnland, das die Freiheit hat, sich loszutrennen, ist wirklich imstande, mit Rußland darüber „übereinzukommen“, ob es sich lostrennen soll. Wer ohne diese Voraussetzung, ohne Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung, über ein „Übereinkommen“ Phrasen drischt, der betrügt sich und das Volk.

Das Organisationskomitee hätte den Finnen klipp und klar sagen müssen, ob es das Recht auf Lostrennung anerkennt oder nicht. Es hat diese Frage nach Art der Kadetten verwischt und sich damit von dem Recht auf Lostrennung losgesagt. Es hätte die russische Bourgeoisie angreifen müssen, weil sie den unterdrückten Nationen das Recht auf Lostrennung verweigert, was *gleichbedeutend ist mit Annexionismus*. Das Organisationskomitee greift aber statt dessen die Finnen an, indem es sie warnt, daß „separate“ (es müßte heißen: separatistische) Tendenzen die zentralistischen Bestrebungen stärken würden!! Mit anderen Worten, das Organisationskomitee droht den Finnen mit einem Erstarken der annexionistischen großrussischen Bourgeoisie – gerade das haben die Kadetten stets getan, gerade unter dieser Flagge betreiben die Roditschew und Co. ihren Annexionismus.

Da haben wir eine anschauliche praktische Erläuterung zur Frage der Annexionen, von denen heute „alle“ reden, wobei sie sich aber fürchten, die Frage unumwunden und präzise zu stellen. *Wer gegen das Recht auf Lostrennung ist, der ist für Annexionen.*

Die Zaren betrieben die Annexionspolitik plump und ungeschminkt, indem sie im Einvernehmen mit anderen Monarchen ein Volk gegen ein anderes austauschten (die Teilung Polens, das Abkommen mit Napoleon über Finnland usw.), genauso wie die Gutsbesitzer untereinander die leibeigenen Bauern austauschten. Die republikanisch gewordene Bourgeoisie betreibt *genau dieselbe* Annexionspolitik, aber raffinierter und versteckter, indem sie ein „Übereinkommen“ *verspricht*, jedoch die einzige reale Garantie wirklicher Gleichberechtigung bei einem Übereinkommen, nämlich das Recht auf Lostrennung, *vorenthält*. Das Organisationskomitee trottet im Schlepptau der Bourgeoisie einher und stellt sich praktisch auf ihre Seite. (Die „Birshowka“, die alles Wesentliche aus dem Artikel der „Rabotschaja Gaseta“ nachdruckte und die Antwort des Organisationskomitees an die Finnen lobte, hat daher vollkommen recht, wenn sie diese Antwort als eine den Finnen erteilte „Lektion in russischer

Demokratie“ bezeichnet. Die „Rabotschaja Gaseta“ hat diesen Bruderkuß der „Birshowka“ verdient.)

Die Partei des Proletariats („Bolschewiki“) hat auf ihrer Konferenz – in der Resolution zur nationalen Frage – erneut das Recht auf Lostrennung bestätigt.

Die Gruppierung der Klassen und Parteien ist klar.

Die Kleinbürger lassen sich durch das Schreckgespenst der erschrockenen Bourgeoisie ins Bockshorn jagen – darin liegt der ganze Kern der Politik der menschowistischen Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre. Sie „fürchten“ die Lostrennung. Die klassenbewußten Proletarier fürchten sie *nicht*. Sowohl Norwegen wie Schweden haben gewonnen, als Norwegen sich 1905 auf Grund freier Entscheidung von Schweden lostrennte: gewachsen ist das Vertrauen beider Nationen zueinander, sie haben sich freiwillig einander genähert, verschwunden sind die unsinnigen und schädlichen Reibungen, erstarkt ist die *Anziehungskraft* zwischen beiden Nationen in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung wie im täglichen Leben, fester geworden ist das brüderliche Bündnis der Arbeiter beider Länder.

Genossen Arbeiter und Bauern! Findet euch nicht ab mit der Annexionspolitik der russischen Kapitalisten, der Gutschkow, Miljukow, der Provisorischen Regierung gegenüber Finnland, Kurland, der Ukraine usw.! Fürchtet euch nicht, das Recht auf Lostrennung für alle diese Nationen anzuerkennen. Nicht durch Gewalt soll man die anderen Völker für einen Bund mit den Großrussen gewinnen, sondern nur durch ein wirklich freiwilliges, wirklich freies Übereinkommen, das ohne das Recht auf Lostrennung *unmöglich* ist.

Je freier Rußland sein wird, je entschiedener unsere Republik das Recht auf Lostrennung für die nicht großrussischen Nationen anerkennt, desto stärker werden die anderen Nationen nach einem Bündnis mit uns *streben*, desto weniger Reibungen wird es geben, desto seltener wird es zu einer tatsächlichen Lostrennung kommen, desto kürzer wird die Zeitspanne sein, für die sich einige Nationen lostrennen werden, desto enger und fester wird im Endergebnis das brüderliche Bündnis der proletarisch-bäuerlichen Republik Rußland mit den Republiken beliebiger anderer Nationen sein.

„Prawda“ Nr. 46, 15. (2.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

BRIEF AN DIE REDAKTION

Gestern brachten die bürgerlichen Zeitungen wiederum unzutreffende Meldungen, wonach ich versprochen hätte, am Sonntag, dem 30. April, vor Frontdelegierten zu sprechen. Ich habe derartige Versprechungen *nicht* gegeben. Krankheitshalber *kann* ich *nicht* sprechen. Ich bitte, *nur* den Mitteilungen der „Prawda“ und nur von mir unterzeichneten Erklärungen Glauben zu schenken: andernfalls bin ich außerstande, gegen Unwahrheit, Ungenauigkeit und Leichtfertigkeit anzukämpfen.

N. Lenin

„Prawda“ Nr. 46,
15. (2.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

VERTEIDIGUNG DES IMPERIALISMUS, BEMÄNTELT MIT SÜSSLICHEN PHRASEN

Eben das ist der in den heutigen Zeitungen veröffentlichte Aufruf des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten an die Sozialisten aller Länder. Redensarten gegen den Imperialismus gibt es hier in Hülle und Fülle, aber sie alle werden durch einen kleinen Satz aufgehoben, der da lautet:

„Die Provisorische Regierung des revolutionären Rußlands hat sich diese Plattform zu eigen gemacht“ (nämlich die Plattform eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker).

In diesem Satz steckt alles. Dieser Satz bedeutet, daß man den *russischen* Imperialismus verteidigt, ihn bemäntelt und beschönigt. Denn in Wirklichkeit hat sich unsere Provisorische Regierung die Plattform eines Friedens ohne Annexionen durchaus nicht „zu eigen gemacht“, im Gegenteil, sie tritt sie täglich und stündlich mit Füßen.

Unsere Provisorische Regierung hat „diplomatisch“ erklärt, daß sie auf Annexionen verzichtet – genauso wie die Regierung der deutschen Kapitalisten, die Räuber Wilhelm und Bethmann Hollweg. In Worten haben *beide* Regierungen auf Annexionen verzichtet. In Wirklichkeit setzen *beide* die Annexionspolitik fort: die deutsche kapitalistische Regierung hält gewaltsam Belgien, einen Teil Frankreichs, Serbien, Montenegro, Rumänien, Polen, die dänischen Bezirke, das Elsaß usw. fest; die russische kapitalistische Regierung einen Teil von Galizien, das türkische Armenien, Finnland, die Ukraine usw. Die englische kapitalistische Regierung ist die annexionistischste Regierung der Welt; sie hält die größte Anzahl von Völkern zwangsweise innerhalb des englischen Imperiums

fest: Indien (300 Millionen), Irland usw., das türkische Mesopotamien, die deutschen Kolonien in Afrika usw.

Der Aufruf des Exekutivkomitees fügt der Sache der Revolution und des Proletariats den größten Schaden zu, denn er sagt über die Annexionen eine mit süßlichen Worten bemäntelte Unwahrheit. Erstens unterscheidet der Aufruf nicht den Verzicht auf Annexionen in Worten (in diesem Sinn haben sich *alle* kapitalistischen Regierungen der Welt ohne Ausnahme die „Plattform eines Friedens ohne Annexionen“ „zu eigen gemacht“) *von dem Verzicht auf Annexionen in der Praxis* (in diesem Sinn hat *keine einzige* kapitalistische Regierung der Welt auf Annexionen verzichtet). Zweitens beschönigt der Aufruf – unberechtigt, unbegründet, der Wahrheit zuwider – die *russische* kapitalistische Provisorische Regierung, während sie nicht im geringsten besser (und wahrscheinlich nicht schlechter) ist als die anderen kapitalistischen Regierungen.

Die unangenehme Wahrheit mit süßlichen Worten bemänteln – das ist das Schädlichste und Gefährlichste für die Sache des Proletariats, für die Sache der werktätigen Massen. Man muß der Wahrheit, so bitter sie auch sein mag, gerade ins Gesicht sehen. Eine Politik, die dieser Bedingung nicht gerecht wird, ist eine verderbliche Politik.

Die Wahrheit in der Frage der Annexionen besteht gerade darin, daß *alle* kapitalistischen Regierungen, die russische Provisorische Regierung nicht ausgenommen, das Volk betrügen, indem sie den Verzicht auf Annexionen *versprechen*, während sie *in der Praxis* die Annexionspolitik fortsetzen. Jeder denkende Mensch wird diese Wahrheit leicht erkennen, wenn er sich die Mühe nimmt, eine *vollständige Liste* der Annexionen auch nur der *drei* Länder Deutschland, Rußland und England aufzustellen.

Versucht es mal, ihr Herren!

Wer das nicht tut, wer zu Unrecht die *eigene* Regierung reinwäscht und die anderen anschwärzt, der wird in Wirklichkeit zum Verteidiger des Imperialismus.

Zum Schluß sei bemerkt, daß auch der Schlußteil des Aufrufs einen „Löffel Teer“ enthält, nämlich die Versicherung, daß, „so groß auch die Meinungsverschiedenheiten, die den Sozialismus während der drei Kriegsjahre zerfleischt haben, sein mögen, keine einzige Fraktion des

Proletariats auf die Teilnahme am gemeinsamen Kampf für den Frieden verzichten darf“.

Auch das ist leider eine ganz leere, ganz inhaltlose, süßliche Phrase. Sowohl Plechanow wie auch Scheidemann beteuern beide, daß sie „für den Frieden kämpfen“, und obendrein für einen „Frieden ohne Annexionen“. Wer sieht aber nicht, daß in Wirklichkeit der eine wie der andere seine imperialistische Kapitalistenregierung verteidigt? Was nützt es der Arbeiterklasse, wenn wir ihr die süßliche Unwahrheit sagen und diesen Übergang der Plechanow und der Scheidemänner auf die Seite *ihrer* Kapitalisten vertuschen? Ist es nicht offensichtlich, daß eine derartige Vertuschung der Wahrheit gleichbedeutend ist mit der Beschönigung des Imperialismus und seiner Verteidiger?

„Prawda“ Nr. 47,
16. (3.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EIN TRAURIGES DOKUMENT

Der Aufruf des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten an die Armee, der gestern in den Zeitungen erschienen ist, bedeutet ein neuerliches Überlaufen der Führer des Sowjets, der Volkstümler und der Menschewiki, in das Lager der russischen imperialistischen Bourgeoisie.

Die Verworrenheit in diesem Aufruf ist geradezu verblüffend. Nur Leute, deren Gehirn von der „revolutionären“ Phrase völlig verkleistert ist, sind imstande, das nicht zu bemerken.

„... das werktätige Volk brauchte den Krieg nicht. Nicht das Volk hat ihn begonnen. Die Zaren und die Kapitalisten aller Länder haben ihn angezettelt...“

Richtig. Eben so ist es. Und wenn der Aufruf „die Arbeiter und Bauern Deutschlands und Österreich-Ungarns zum Aufstand, zur Revolution“ aufruft, so begrüßen wir das ebenfalls von ganzem Herzen, denn das ist eine richtige Lösung.

Wie kann man aber neben dieser unbestreitbaren Wahrheit folgende *hanebüchene* Unwahrheit sagen:

„... Ihr (die russischen Soldaten) verteidigt mit euren Leibern nicht den Zaren, nicht die Protopopow und Rasputin, *nicht die reichen Gutsbesitzer und Kapitalisten...*“

Die von uns unterstrichenen Worte sind eine offenkundige, *hanebüchene* Unwahrheit.

Denn wenn das werktätige Volk den Krieg „nicht braucht“, wenn *nicht nur* die Zaren, sondern auch die „Kapitalisten aller Länder“ diesen

Krieg angezettelt haben (was im Aufruf des Sowjets ganz eindeutig festgestellt wird), dann ist es doch offensichtlich, daß, solange irgendein Volk in diesem Krieg die eigene Kapitalistenregierung duldet, es *eben* die Kapitalisten „verteidigt“.

Eins von beiden: *Entweder* tragen am gegenwärtigen Krieg nur die österreichisch-deutschen Kapitalisten die „Schuld“. Wenn das die Auffassung der volkstümlichen und menschwistischen Führer des Petrograder Sowjets ist, dann gleiten sie gänzlich zu Plechanow, dem russischen Scheidemann, ab. Dann müßte man die Worte, daß der Krieg von den „Kapitalisten aller Länder“ „angezettelt“ wurde, als unwahr streichen. Dann müßte man die Losung „Frieden ohne Annexionen“ als unwahr über Bord werfen, denn die richtige Losung für eine solche Politik wäre: den Deutschen ihre deutschen Annexionen wegnehmen, den Engländern und Russen aber ihre englisch-russischen Annexionen lassen (und sie noch vermehren).

Oder diesen Krieg haben wirklich die „Kapitalisten aller Länder“ angezettelt. Wollen die volkstümlichen und menschwistischen Führer des Sowjets diese unbestreitbare Wahrheit *nicht* verleugnen, so darf man nicht die empörende Unwahrheit dulden, als verteidigten die russischen Soldaten, solange sie die Kapitalistenregierung dulden, „nicht“ die Kapitalisten.

Dann muß man *auch* den russischen (und nicht nur den österreichisch-deutschen) Soldaten die Wahrheit sagen: Genossen Soldaten! Solange wir in unserem Land die Regierung der Kapitalisten dulden, solange die Geheimverträge des Zaren als Heiligtum angesehen werden, führen wir eben einen imperialistischen Krieg, einen Eroberungskrieg, „verteidigen“ wir die Raubverträge, die der Exzar Nikolaus mit den englisch-französischen Kapitalisten geschlossen hat.

Das ist eine bittere Wahrheit, aber es ist die Wahrheit. Dem Volke muß man die Wahrheit sagen. Nur dann werden ihm die Augen aufgehen, und es wird *lernen*, die Unwahrheit zu bekämpfen.

Man betrachte die Frage von einer anderen Seite – und wiederum wird man sich von der völligen Unwahrhaftigkeit des Aufrufs des Sowjets überzeugen. Er ruft die Arbeiter und Bauern Deutschlands „zum Aufstand“ auf. Ausgezeichnet. Zum Aufstand *gegen* wen? Etwa nur gegen Wilhelm?

Wenn aber an die Stelle Wilhelms die deutschen Gutschkow und Miljukow, d. h. die Vertreter der deutschen Kapitalistenklasse treten würden, könnte sich dadurch etwa der annexionistische Charakter des Krieges deutscherseits ändern? Selbstverständlich nicht. Denn alle wissen, und der Aufruf des Sowjets gibt es zu, daß den Krieg „die Zaren und die Kapitalisten aller Länder angezettelt haben“. Der Sturz der Zaren ändert also rein gar nichts am Charakter des Krieges, wenn die Macht an die Kapitalisten übergeht. Die Annexion Belgiens, Serbiens usw. hört dadurch nicht auf, Annexion zu sein, wenn an die Stelle Wilhelms die deutschen Kadetten treten – genauso wie die Annexionen von Chiwa, Buchara, Armenien, Finnland, der Ukraine usw. nicht aufgehört haben, Annexionen zu sein, weil Nikolaus von den russischen Kadetten, den russischen Kapitalisten abgelöst wurde.

Und nun eine andere, die letzte mögliche Annahme, nämlich, daß der Aufruf des Sowjets die deutschen Arbeiter und Bauern zum Aufstand nicht nur gegen Wilhelm, sondern auch gegen die deutschen Kapitalisten auffordert. In diesem Fall antworten wir: Das ist eine richtige Aufforderung. Wir sind damit vollkommen einverstanden. Nur eines, ihr lieben Bürger Tschernow, Tschcheidse, Zereteli, ist es denn gerecht, vernünftig, anständig, die Deutschen zum Aufstand gegen die Kapitalisten aufzufordern, während *man selber bei sich zu Hause die Kapitalistenregierung unterstützt?*

Fürchtet ihr nicht, ihr lieben Mitbürger, daß die deutschen Arbeiter euch der Unwahrhaftigkeit und sogar (was Gott verhüte) der Heuchelei zeihen werden?

Fürchtet ihr nicht, daß die deutschen Arbeiter sagen werden: Bei uns ist die Revolution noch nicht ausgebrochen, wir sind noch nicht soweit, daß unsere Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten offen mit den Kapitalisten über die Macht verhandeln. Wenn ihr, russische Brüder, schon soweit seid, warum predigt ihr uns den „Aufstand“ (eine schwere, blutige, mühevollle Sache), nehmt aber selber den Lwow und Co., die sich bereit erklärt haben, zurückzutreten, *nicht auf friedlichem Wege die Macht?* Ihr beruft euch auf die Revolution in Rußland, aber ihr, Bürger Tschernow, Tschcheidse, Zereteli, habt doch den Sozialismus studiert und wißt sehr wohl, daß eure Revolution *einstweilen* die Kapitalisten an die Macht gebracht hat. Ist es nicht eine dreifache Unwahrheit, wenn ihr

im Namen der russischen Revolution, die die russischen imperialistischen Kapitalisten an die Macht gebracht hat, von uns Deutschen eine Revolution gegen die imperialistischen Kapitalisten verlangt? Oder ist bei euch der Internationalismus, die revolutionäre Gesinnung ein „Ausfuhrartikel“: für die Deutschen die Revolution gegen die Kapitalisten, für die Russen aber (ungeachtet der über Rußland dahinbrausenden Revolution) die *Übereinkunft* mit den Kapitalisten?

Tschernow, Tschcheidse, Zereteli sind endgültig zur Verteidigung des russischen Imperialismus hinabgesunken.

Das ist eine traurige Tatsache, aber eine Tatsache.

„Prawda“ Nr. 47,
16. (3.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

WIE DEM VOLKE MIT DEM BÜRGERSCHRECK ANGST GEMACHT WIRD

Die Zeitungen der Kapitalisten, die „Retsch“ an der Spitze, tun ihr möglichstes, um dem Volke mit dem Gespenst der „Anarchie“ Angst einzujagen. Es vergeht kein Tag, an dem die „Retsch“ nicht über Anarchie zetert, an dem sie nicht Meldungen und Gerüchte über völlig belanglose vereinzelte Ordnungsstörungen maßlos übertreibt und dem Volk mit dem Schreckgespenst des erschrockenen Bourgeois Angst zu machen sucht.

In das Geschrei der „Retsch“ und der übrigen kapitalistischen Zeitungen stimmen auch die Zeitungen der Volkstümpler (darunter auch der Sozialrevolutionäre) und der Menschewiki ein, die sich haben einschüchtern lassen. Die „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“, deren gegenwärtige Leiter diesen Parteien angehören, stellen sich in ihrem heutigen Leitartikel endgültig auf die Seite derjenigen, die den „Bürgerschreck“ verbreiten, indem sie sich zu folgender... gelinde gesagt... offenkundig übertriebenen Erklärung versteigen:

„Die Armee zersetzt sich. Stellenweise kommt es zu regelloser Besitzergreifung des Bodens, zur Vernichtung und Entwendung von Vieh und Inventar. Immer häufiger ist ein eigenmächtiges Vorgehen zu beobachten...“

Eigenmächtiges Vorgehen nennen es die Volkstümpler und die Menschewiki, d. h. die Parteien des Kleinbürgertums, unter anderem, wenn die Bauern an Ort und Stelle vom gesamten Boden Besitz ergreifen, ohne die Konstituierende Versammlung abzuwarten. Eben dieses Popanz („eigenmächtiges Vorgehen“) hat bekanntlich Minister Schingarjow in seinem berühmten Telegramm, das seinerzeit die Runde durch die Presse machte, aufgebracht (siehe „Prawda“ Nr. 33).*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 120. *Die Red.*

Eigenmächtiges Vorgehen, Anarchie... was für schreckliche Worte! Aber möge der Volkstümler oder der Menschewik, der *denken* will, doch ein wenig über folgende Frage nachdenken:

Vor der Revolution gehörte das Land den Gutsbesitzern. Das nannte man *nicht* Anarchie. Und wozu hat *das* geführt? Zum Zusammenbruch auf der ganzen Linie, zur „Anarchie“ im wahrsten Sinne des Wortes, d. h. zum völligen Ruin des Landes, zum Ruin und Verderb der Mehrheit der Bevölkerung.

Ist hier ein *anderer* Ausweg denkbar als die größte Energie, Initiative, Entschlossenheit der *Mehrheit* der Bevölkerung? Selbstverständlich nicht.

Was also ist die Schlußfolgerung?

1. Die Anhänger des Zaren sind dafür, daß die Gutsbesitzer die unbeschränkte Herrschaft auf dem Lande ausüben und daß ihnen ihr gesamter Grundbesitz belassen wird. Die daraus tatsächlich entstandene „Anarchie“ fürchten sie *nicht*.

2. Der Kadett Schingarjow als Vertreter aller Kapitalisten und Gutsbesitzer (mit Ausnahme einer Handvoll Zaristen) ist für „landwirtschaftliche Schlichtungskammern bei den Ernährungskomitees der Amtsbezirke, deren Aufgabe es ist, freiwillige Vereinbarungen zwischen Bauern und Grundbesitzern herbeizuführen“ (siehe sein Telegramm). Die kleinbürgerlichen Politiker, die Volkstümler und die Menschewiki, leisten in Wirklichkeit Schingarjow Gefolgschaft, indem sie den Bauern anraten, die Konstituierende Versammlung „abzuwarten“, und es als „Anarchie“ bezeichnen, wenn die Bauern selber an Ort und Stelle den Grund und Boden konfiszieren.

3. Die Partei des Proletariats („Bolschewiki“) tritt für die sofortige Besitzergreifung des Bodens durch die Bauern an Ort und Stelle ein, wobei sie möglichst organisiertes Vorgehen empfiehlt. Wir sehen darin keine „Anarchie“, denn gerade eine solche Entscheidung und nur eine solche Entscheidung ist eine Entscheidung *nach dem Willen der Mehrheit* der örtlichen Bevölkerung.

Seit wann nennt man eine Entscheidung nach dem Willen der Mehrheit „Anarchie“?? Ist es nicht richtiger, eine Entscheidung *nach dem Willen der Minderheit*, wie sie in verschiedenen Formen sowohl die Zaristen als auch Schingarjow vorschlagen, als Anarchie zu bezeichnen?

Denn wenn Schingarjow die Bauern veranlassen will, sich „freiwillig“

mit den Gutsbesitzern zu „verständigen“, so ist das eine Entscheidung nach dem Willen der Minderheit, da im Durchschnitt auf 300 Bauernfamilien in Rußland 1 Großgrundbesitzerfamilie entfällt. Wenn ich den dreihundert Familien vorschlage, sich „freiwillig“ mit einer Familie eines Großausbeuters zu „vereinbaren“, so schlage ich eine Entscheidung zugunsten der Minderheit, eine anarchistische Entscheidung vor.

Ihr Herren Kapitalisten verhüllt mit dem Geschrei über „Anarchie“ die Tatsache, daß ihr die Interessen eines einzigen gegen die von dreihundert vertreten. Das ist der springende Punkt.

Man könnte einwenden: Aber ihr wollt ja, daß die örtliche Bevölkerung die Frage allein entscheide, ohne die Konstituierende Versammlung abzuwarten! Darin eben besteht die Anarchie!

Wir antworten: Und was will Schingarjow? Doch auch, daß die örtliche Bevölkerung die Frage entscheide (durch eine „freiwillige Vereinbarung“ zwischen Bauern und Gutsbesitzern), gleichfalls ohne die Konstituierende Versammlung abzuwarten!

In diesem Punkt unterscheiden wir uns nicht von Schingarjow: wir sind beide für die endgültige Entscheidung durch die Konstituierende Versammlung und für die vorläufige Entscheidung – und ihre Verwirklichung – durch die örtliche Bevölkerung. Der Unterschied zwischen Schingarjow und uns ist nur der, daß wir sagen: Die dreihundert sollen entscheiden, der eine hat sich zu fügen. Schingarjow aber sagt: Wenn die dreihundert entscheiden, so ist das „eigenmächtiges Vorgehen“, die dreihundert sollen sich mit dem einen „vereinbaren“.

Wie tief müssen die Volkstümler und die Menschewiki gesunken sein, um den Schingarjow und Co. den Bürgerschreck verbreiten zu helfen.

Angst vor dem Volke ist es, was sie veranlaßt, Schreckgespenste an die Wand zu malen.

Man braucht das Volk nicht zu fürchten. Die Entscheidung der Mehrheit der Arbeiter und Bauern ist keine Anarchie. Eine solche Entscheidung ist die einzig mögliche Gewähr für die Demokratie überhaupt und im besonderen dafür, daß mit Erfolg Maßnahmen getroffen werden, um die wirtschaftliche Zerrüttung zu überwinden.

Geschrieben am 3. (16.) Mai 1917.

*Veröffentlicht am 17. (4.) Mai 1917
in der „Prawda“ Nr. 48.*

Nach dem Text der „Prawda“.

AM VORABEND

Die „Vereinbarungs“maschine arbeitet mit Volldampf. Die Volkstüm-ler und Mënschewiki bemühen sich im Schweiß ihres Angesichts um die Zusammenstellung der Ministerliste. Wir sind am Vorabend eines „neuen“ Kabinetts...

Aber ach! Neu wird daran wenig sein. Die Regierung der Kapitalisten wird ein Anhängsel von kleinbürgerlichen Ministern, Volkstümlern und Menschewiki, erhalten, die sich verleiten ließen, den imperialistischen Krieg zu unterstützen.

Noch mehr Phrasen, neuer Flitter, üppige Verheißungen, ein noch bunterer Lärm über „Frieden ohne Annexionen“ – und nicht die Spur von Willen, die *wirklichen* Annexionen, sagen wir der drei Länder: Deutschland, Rußland und England, präzis, offen, wahrheitsgemäß auch nur aufzuzählen.

Sich selbst täuschen durch die Utopie einer Unterstützung der Kapitalisten durch die Bauernschaft (die wohlhabenden Bauern sind noch nicht die Bauernschaft...), durch die Utopie einer „Offensive“ an der Front (im Namen des „Friedens ohne Annexionen“...) – wie lange wird das gut gehen, Bürger aus dem alten und Bürger aus dem neuen Kabinett?

„Prawda“ Nr. 49,
18. (5.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“

DIE HAUPTSACHE VERGESSEN

(Die Kommunalplattform der Partei des Proletariats)

Anläßlich der bevorstehenden Wahlen zu den Bezirksdumas sind die beiden kleinbürgerlichen demokratischen Parteien, die Volkstümmer und die Menschewiki, mit bombastischen Plattformen hervorgetreten. Diese Plattformen sind von genau derselben Art wie die der europäischen bürgerlichen Parteien, die es auf den Fang der leichtgläubigen und unentwickelten Wählermassen aus den Reihen der Kleinbesitzer usw. abgesehen haben, wie z. B. der „radikalen und radikalsozialistischen“ Partei in Frankreich⁸⁴. Dieselben bombastischen Phrasen, dieselben großartigen Versprechungen, dieselben verschwommenen Formulierungen, dasselbe Verschweigen oder Vergessen der Hauptsache, nämlich der *realen Bedingungen* für die Verwirklichung dieser Versprechungen.

Diese realen Bedingungen sind heute folgende: 1. der imperialistische Krieg; 2. das Bestehen einer Kapitalistenregierung; 3. die Unmöglichkeit ernsthafter Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und aller werktätigen Massen ohne revolutionären Eingriff in das „heilige Privateigentum der Kapitalisten“; 4. die Unmöglichkeit der Verwirklichung des von diesen Parteien versprochenen Reformsystems bei Fortbestehen des alten Verwaltungsapparats und seiner Organe, bei Fortbestehen der Polizei, die immer den Kapitalisten Vorschub leisten, immer der Verwirklichung dieser Reformen tausenderlei Hindernisse in den Weg legen wird.

Nehmen wir ein Beispiel: ... „Festlegung einer Norm der Wohnungsmieten für die Dauer des Krieges“, ... „Requirierung solcher Vorräte“ (nämlich der Lebensmittelvorräte sowohl in den Handelshäusern als auch bei Privatpersonen) „für Bedürfnisse der Allgemeinheit“, ... „Organisation gesellschaftlich betriebener Verkaufsstellen, Bäckereien, Speise-

hallen und Küchen" – schreiben die Menschewiki; ... „gebührende Sorge für sanitäre Maßnahmen und Hygiene" – sekundieren die Volkstümpler (Sozialrevolutionäre).

Sicherlich ausgezeichnete Wünsche, der Haken ist nur, daß man sie nicht verwirklichen kann, wenn man *nicht Schluß macht* mit der Unterstützung des imperialistischen Krieges, mit der Unterstützung der Anleihe (die für die Kapitalisten vorteilhaft ist), mit der Unterstützung der Kapitalistenregierung, die die Kapitalsprofite schützt, wenn man nicht die Polizei abschafft, die jede dieser Reformen hemmen, sabotieren und zunichte machen wird, selbst wenn die Regierung und die Kapitalisten den Reformatoren kein Ultimatum stellten (sie werden aber unbedingt ein Ultimatum stellen, sobald es um die Profite des Kapitals geht).

Das ist es ja eben, daß alle derartigen Plattformen, alle derartigen Aufzählungen bombastischer Reformen, wenn man die harten und grausamen Bedingungen der Kapitalsherrschaft außer acht läßt, leere Worte sind, die in der Praxis entweder auf harmlose „fromme Wünsche" oder auf den bloßen Betrug der Massen durch bürgerliche Dutzendpolitikaster hinauslaufen.

Man muß der Wahrheit ins Gesicht sehen. Man darf sie nicht vertuschen, sondern muß dem Volke reinen Wein einschenken. Man darf den Klassenkampf nicht verschleiern, sondern muß seinen Zusammenhang mit den wohlklingenden, netten, entzückenden, „radikalen" Reformen aufdecken.

Genossen Arbeiter und Bürger Petrograds! Um die für das Volk notwendigen, aktuellen, unaufschiebbaren Reformen, von denen die Volkstümpler und die Menschewiki sprechen, durchzuführen, muß man Schluß machen mit der Unterstützung des imperialistischen Krieges und der Anleihen, mit der Unterstützung der Kapitalistenregierung, mit dem Grundsatz der Unantastbarkeit der Profite des Kapitals. Um diese Reformen durchzuführen, muß man die *Wiederherstellung der Polizei*, die gegenwärtig von den Kadetten betrieben wird, *verhindern* und sie durch eine allgemeine Volksmiliz ersetzen. Das muß die Partei des Proletariats dem Volke bei den Wahlen sagen, sie muß es sagen *gegen* die kleinbürgerlichen Parteien der Volkstümpler und Menschewiki. Darin besteht das von diesen vertuschte Wesen der proletarischen „Kommunalplattform".

An der Spitze dieser ganzen Plattform, an der Spitze der Liste der

Reformen müssen, wenn sie wirklich durchführbar sein sollen, als Grundbedingungen drei fundamentale Hauptpunkte stehen:

1. Keine Unterstützung des imperialistischen Krieges (weder in Form einer Unterstützung der Anleihe noch überhaupt in irgendeiner Form).
2. Keine Unterstützung der Regierung der Kapitalisten.
3. Verhinderung der Wiederherstellung der Polizei. Ihre Ersetzung durch eine allgemeine Volksmiliz.

Konzentriert man nicht die Aufmerksamkeit in erster Linie auf diese Kardinalfragen, stellt man nicht klar, daß sie die Voraussetzung aller kommunalen Reformen bilden, so wird das Kommunalprogramm unvermeidlich (bestenfalls) ein frommer Wunsch sein.

Verweilen wir beim dritten Punkt.

In allen bürgerlichen Republiken, selbst in den allerdemokratischsten, ist die Polizei (ebenso wie das stehende Heer) das Hauptwerkzeug zur Unterdrückung der Massen, bietet sie die Gewähr für eine stets mögliche Umkehr zur Monarchie. Die Polizei prügelt das „gemeine Volk“ in den Revieren sowohl von New York als auch von Genf und Paris; sie übt Nachsicht gegenüber den Kapitalisten entweder, weil sie sich direkt bestechen läßt (wie in Amerika usw.), oder dank einem System der „Protektion“ und „Fürsprache“ reicher Leute (Schweiz) oder dank beider Systeme (Frankreich). Da die Polizei vom Volke getrennt ist, eine besondere Berufskaste bildet, sich aus Leuten rekrutiert, die zur Gewaltanwendung gegen die ärmere Bevölkerung „abgerichtet“ sind, die einen etwas höheren Lohn erhalten und die Vorrechte der „Macht“ genießen (von den „legalen Sporteln“ ganz abgesehen), so bleibt sie unter der Herrschaft der Bourgeoisie in jeder demokratischen Republik unvermeidlich ihr zuverlässigstes Werkzeug, ihre Stütze, ihre Schutztruppe. Ernsthafte und radikale Reformen zugunsten der werktätigen Massen können nicht mit Hilfe der Polizei durchgeführt werden. Das ist objektiv unmöglich.

Eine allgemeine Volksmiliz an Stelle der Polizei und des stehenden Heeres – das ist die *Bedingung* für erfolgreiche Kommunalreformen zugunsten der Werktätigen. In revolutionären Zeiten läßt sich diese Bedingung verwirklichen. Hierauf muß sich die gesamte Kommunalplattform in erster Linie konzentrieren, denn die anderen zwei Grundbedingungen betreffen nicht nur die kommunale, sondern auch die allgemein staatliche Sphäre.

Wie man an die Schaffung einer allgemeinen Volksmiliz herangeht,

das ist Sache der Praxis. Damit die Proletarier und Halbproletarier an ihr teilnehmen können, müssen die Unternehmer veranlaßt werden, ihnen den Arbeitslohn für all die Tage und Stunden weiterzuzahlen, die sie in der Miliz Dienst tun. Das ist durchführbar. Eine weitere Frage ist: Soll man *zunächst*, gestützt auf die Arbeiter der Großbetriebe, d. h. auf die am besten organisierten und für diese Aufgabe geeignetsten Arbeiter, eine Arbeitermiliz organisieren, oder soll man *sofort* bei ein- oder zweiwöchiger Dienstzeit im Jahr die allgemeine Dienstpflicht in der Miliz für alle erwachsenen Männer und Frauen einführen usw. Diese Frage ist nicht von prinzipieller Bedeutung. Wenn die verschiedenen Bezirke in verschiedener Weise an die Sache herangehen, so ist das kein Schade: man wird um so reichere Erfahrungen sammeln, die Bildung der Miliz wird um so reibungsloser verlaufen und den praktischen Bedürfnissen besser angepaßt sein.

Allgemeine Volksmiliz – das bedeutet die Erziehung wirklich der Massen der Bevölkerung zur Demokratie.

Allgemeine Volksmiliz – das bedeutet, daß *nicht allein* die Reichen und *ihre* Polizei über die Armen regieren, sondern daß sich das Volk selbst verwaltet, bei überwiegendem Einfluß der Armen.

Allgemeine Volksmiliz – das bedeutet, daß die Aufsicht (über die Fabriken, die Wohnungen, die Verteilung der Produkte usw.) nicht auf dem Papier zu bleiben *braucht*.

Allgemeine Volksmiliz – das bedeutet, daß die Brotverteilung ohne „Schlangen“, *ohne irgendwelche* Vorrechte für die Reichen vor sich gehen wird.

Allgemeine Volksmiliz – das bedeutet, daß eine ganze Reihe von ernsthaften und radikalen Reformen, die auch von den Volkstümlern und Menschewiki aufgezehrt werden, *kein* frommer Wunsch bleiben wird.

Genossen Arbeiter und Arbeiterinnen von Petrograd! Geht alle zur Wahl zu den Bezirksdumas! Tretet ein für die Interessen der armen Bevölkerung! Gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Unterstützung der Regierung der Kapitalisten, gegen die Wiederherstellung der Polizei, für ihre sofortige und unbedingte Ersetzung durch die allgemeine Volksmiliz!

AUFTRAG FÜR DIE IN DEN BETRIEBEN
UND REGIMENTERN ZU WÄHLENDEN
DEPUTIERTEN ZUM SOWJET DER
ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN

1. Unser Deputierter muß unbedingter Gegner des jetzigen imperialistischen Eroberungskrieges sein. Diesen Krieg führen die Kapitalisten aller Länder – sowohl Rußlands wie Deutschlands, Englands usw. – um ihrer Profite, um der Versklavung schwacher Völker willen.

2. Solange an der Spitze des russischen Volkes eine Kapitalistenregierung steht – keine Unterstützung, keine Kopeke dieser Regierung, die einen Eroberungskrieg führt!

3. Unser Deputierter muß für die sofortige Veröffentlichung der geheimen Raubverträge eintreten (über die Versklavung Persiens, die Aufteilung der Türkei, Österreichs usw.), die der Exzar Nikolaus mit den Kapitalisten Englands, Frankreichs usw. abgeschlossen hat.

4. Unser Deputierter muß für die sofortige Annullierung aller dieser Verträge eintreten. Das russische Volk, die Arbeiter und Bauern, wollen und werden kein einziges Volk unterdrücken; sie wollen und werden kein einziges nicht russisches (nicht großrussisches) Volk gewaltsam in den Grenzen Rußlands festhalten. Freiheit allen Völkern, brüderliches Bündnis der Arbeiter und Bauern aller Völkerschaften!

5. Unser Deputierter muß dafür eintreten, daß die russische Regierung sofort und unbedingt, ohne irgendwelche Ausflüchte und ohne die geringste Verzögerung, *allen* kriegführenden Ländern offen den Frieden auf der Grundlage der Befreiung *a u s n a h m s l o s a l l e r* unterdrückten oder nicht vollberechtigten Völkerschaften anbietet.

Das bedeutet: die Großrussen werden weder Polen noch Kurland noch die Ukraine noch Finnland noch Armenien noch überhaupt irgendein Volk gewaltsam festhalten. Die Großrussen schlagen allen Völkern ein

brüderliches Bündnis vor und die Bildung eines gemeinsamen Staates auf Grund freiwilligen Einverständnisses eines jeden einzelnen Volkes, auf keinen Fall aber mit Hilfe direkter oder indirekter Gewaltanwendung. Die Großrussen verpflichten sich, auf Grund der Bedingungen eines solchen Friedens, sofort die Truppen aus Galizien, Armenien und Persien abzuziehen, wobei sie es sowohl diesen Völkern als auch überhaupt *allen* Völkern ohne Ausnahme überlassen, vollkommen frei zu entscheiden, ob sie in einem separaten Staat oder mit irgend jemand in einem Bundesstaat leben wollen.

Deutschland muß, auf Grund der Bedingungen eines solchen Friedens, nicht nur auf ausnahmslos *sämtliche* seit Beginn des Krieges von ihm eroberten Gebiete verzichten, sondern auch auf die gewaltsam innerhalb der Grenzen Deutschlands festgehaltenen Völker: die Dänen (die nördlichen Provinzen Schleswigs), die Franzosen (ein Teil Elsaß-Lothringens), die Polen (Posen) usw. Deutschland muß sich verpflichten, sofort, gleichzeitig mit Rußland, seine Truppen aus allen von ihm besetzten und aus allen aufgezählten Gebieten abzuziehen, und es jedem Volke überlassen, frei durch allgemeine Volksabstimmung zu entscheiden, ob es in einem separaten Staat oder mit *irgend jemand* in einem Bundesstaat leben will. Deutschland muß unbedingt und vorbehaltlos auf alle seine Kolonien verzichten, denn Kolonien, das sind unterdrückte Völker.

England muß, auf Grund der Bedingungen eines solchen Friedens, sofort und unbedingt nicht nur auf alle von ihm seit Beginn des Krieges eroberten fremden Gebiete verzichten (die deutschen Kolonien in Afrika usw.; die türkischen Gebiete, Mesopotamien usw.), sondern auch auf *alle seine Kolonien*. England muß sofort, ebenso wie Rußland und ebenso wie Deutschland, seine Truppen aus allen von ihm besetzten Gebieten, aus allen seinen Kolonien und aus Irland abziehen und es jedem Volke überlassen, durch freie Abstimmung zu entscheiden, ob es in einem separaten Staat oder mit irgend jemand in einem Bundesstaat leben will.

Und so weiter: An alle kriegführenden Länder, ohne Ausnahme, muß der Vorschlag ergehen, sofort zu solchen genau definierten Bedingungen Frieden zu schließen. Die Kapitalisten *aller* Länder dürfen das Volk nicht länger betrügen, indem sie in Worten einen „Frieden ohne Annexionen“ (d. h. ohne Eroberungen) versprechen, in Wirklichkeit aber

an ihren *eigenen* Annexionen festhalten und den Krieg fortsetzen, um dem Gegner „*seine*“ Annexionen wegzunehmen.

6. Unser Deputierter darf *keine einzige* Regierung unterstützen, für keine Anleihe stimmen, keiner Regierung auch nur eine Kopeke vom Gelde des Volkes geben, wenn diese sich nicht feierlich verpflichtet, sofort allen Völkern solche Bedingungen für einen sofortigen Frieden vorzuschlagen, und ihren Vorschlag nicht binnen *zwei Tagen* zur Kenntnis aller veröffentlicht.

Geschrieben vor dem 7. (20.) Mai 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1925
im Lenin-Sammelband IV.*

Nach dem Manuskript.

KLASSENZUSAMMENARBEIT MIT DEM KAPITAL ODER KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL?

Eben so ist die Frage von der Geschichte gestellt, und zwar nicht von der Geschichte schlechthin, sondern von der ökonomischen und politischen Geschichte des *heutigen* Rußlands.

Die Volkstümpler und die Menschewiki, Tschernow und Zereteli, haben die Kontaktkommission aus dem Nebenzimmer (neben dem Sitzungszimmer der Minister) in das Ministerzimmer selbst verlegt. Das und nur das ist die rein politische Bedeutung des Ereignisses: das „neue“ Kabinet.

Seine ökonomische oder klassenmäßige Bedeutung besteht im günstigsten (für die Stabilität des Kabinetts und die Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft günstigsten) Fall darin, daß die Oberschicht der bäuerlichen Bourgeoisie, die seit 1906 von Peschechonow geführt wird, und die kleinbürgerlichen „Führer“ der menschewistischen Arbeiter den Kapitalisten die Klassenzusammenarbeit *versprochen* haben. (Im für die Kapitalisten ungünstigsten Fall hat der ganze Wechsel nur eine personelle oder cliquenmäßige, keinerlei klassenmäßige Bedeutung.)

Nehmen wir an, dieser günstigste Fall sei Tatsache. Selbst bei einer solchen Annahme kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß diejenigen, die die Versprechungen gemacht haben, nicht imstande sind, sie zu erfüllen. „Wir werden – im Bunde mit den Kapitalisten – dazu beitragen, das Land aus der Krise herauszuführen, es vor dem Zusammenbruch zu retten und vom Kriege zu erlösen“ – das ist der reale Sinn des Eintritts der Führer des Kleinbürgertums, der Tschernow und Zereteli, in das Kabinet. Unsere Antwort lautet: Euer Beitrag genügt nicht. Die Krise ist sehr viel weiter fortgeschritten, als ihr es euch vorstellt. Das Land retten – und dabei nicht nur unser Land allein –, das kann nur

die revolutionäre Klasse, indem sie revolutionäre Maßnahmen gegen das Kapital ergreift.

Die Krise ist so tiefgehend, so weit verzweigt, so weltumspannend, ist so eng mit dem Kapital verknüpft, daß der Klassenkampf gegen das Kapital unvermeidlich die Form der politischen Herrschaft des Proletariats und der Halbproletarier annehmen muß. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Ihr wollt revolutionären Enthusiasmus im Heer, Bürger Tschernow und Zereteli? Den könnt ihr nicht erzeugen, denn der revolutionäre Enthusiasmus der Volksmassen wird nicht durch einen „Führer“-wechsel in den Kabinetten geweckt, nicht durch tönende Worte in Deklarationen, nicht durch Versprechungen, Schritte zur Revision des Vertrags mit den englischen Kapitalisten zu unternehmen, sondern nur durch die all und jedem erkennbare, tagtägliche, umfassende Verwirklichung einer revolutionären Politik *gegen* die Allmacht des Kapitals, gegen seine Kriegsgewinne, einer Politik, die wirklich die Lebensbedingungen der Masse der Armen von Grund aus verbessert.

Selbst wenn ihr dem Volke sofort den ganzen Grund und Boden gebt, so ist das ohne revolutionäre Maßnahmen gegen das Kapital noch kein Ausweg aus der Krise.

Ihr wollt eine Offensive, Bürger Tschernow und Zereteli? Ihr seid nicht imstande, die Armee zu einer Offensive zu bewegen, denn es ist jetzt unmöglich, *gegen* das Volk Gewalt anzuwenden. Ohne Gewaltanwendung aber wird das Volk einen Offensivkrieg nur um der großen Aufgaben der großen Revolution gegen das Kapital aller Länder willen führen, und dabei einer Revolution, die nicht nur versprochen, nicht nur verkündet, sondern bereits praktisch durchgeführt, bereits für jedermann sichtbar, für jedermann fühlbar in die Tat umgesetzt wird.

Ihr wollt eine geregelte Versorgung, Bürger Peschechonow und Skobelew, ihr wollt, daß die Bauern mit Waren, das Heer mit Brot und Fleisch, die Industrie mit Rohstoffen usw. versorgt werden? Ihr wollt die Kontrolle, teilweise sogar die Organisation der Produktion?

Das könnt ihr nicht erreichen ohne den revolutionären Enthusiasmus der proletarischen und halbproletarischen Massen, der nur durch revolutionäre Maßnahmen gegen die Vorrechte und Profite des Kapitals geweckt werden kann. Ohne diesen Enthusiasmus wird die von euch ver-

sprochene Kontrolle eine tote, bürokratisch-kapitalistische halbe Maßnahme bleiben.

Das Experiment der Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital wird jetzt von den Bürgern Tschernow und Zereteli, von gewissen Schichten des Kleinbürgertums in einem neuen, gewaltigen, ganz Rußland, den ganzen Staat umfassenden Maßstab durchgeführt.

Um so nützlicher werden die Lehren für das Volk sein, wenn es sich – und das wird allem Anschein nach bald sein – davon überzeugen wird, daß eine solche Zusammenarbeit ein unhaltbares, hoffnungsloses Beginnen ist.

„Prawda“ Nr. 50,
19. (6.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EINE FESTE REVOLUTIONÄRE STAATSMACHT

Wir sind für eine feste revolutionäre Staatsmacht. Mögen die Kapitalisten und ihr Gefolge noch so sehr schreien und von uns das Gegenteil behaupten, ihre Lüge bleibt eine Lüge.

Man muß nur angesichts der Phrasen klaren Kopf behalten, sich nicht verwirren lassen. Wenn von der „Revolution“, vom „revolutionären Volk“, von der „revolutionären Demokratie“ usw. die Rede ist, so ist das *in neun von zehn Fällen* Lüge oder Selbstbetrug. Man muß fragen, um die Revolution *welcher Klasse* handelt es sich? um die Revolution *gegen wen*?

Gegen den Zarismus? In diesem Sinne sind heute in Rußland sowohl die Gutsbesitzer als auch die Kapitalisten in ihrer Mehrheit Revolutionäre. Nachdem das Werk getan ist, stellen sich auch die Reaktionäre auf den Boden der Errungenschaften der Revolution. Der häufigste, niederträchtigste und gefährlichste Betrug an den Massen besteht heute in den Lobeshymnen auf die Revolution *in diesem* Sinne.

Gegen die Gutsbesitzer? In diesem Sinne sind die meisten Bauern und sogar die meisten wohlhabenden Bauern, d. h. insgesamt sicherlich neun Zehntel der Bevölkerung Rußlands, Revolutionäre. Auch ein Teil der Kapitalisten dürfte bereit sein, zu Revolutionären zu werden, indem sie folgendermaßen kalkulieren: die Gutsbesitzer sind jetzt sowieso nicht zu retten, stellen wir uns also lieber auf die Seite der Revolution, um die Unantastbarkeit des Kapitals zu bewahren.

Gegen die Kapitalisten? Das eben ist die Hauptfrage. Das ist der springende Punkt, denn ohne die Revolution gegen die Kapitalisten ist das ganze Geschwätz über einen „Frieden ohne Annexionen“ und über

eine rasche Beendigung des Krieges durch einen solchen Frieden entweder Naivität und Unwissenheit oder Stumpfsinn und Betrug. Wäre nicht der Krieg, so könnte Rußland noch Jahre und sogar Jahrzehnte ohne eine Revolution gegen die Kapitalisten weiterbestehen. Angesichts des Krieges ist das objektiv unmöglich: entweder Untergang oder Revolution gegen die Kapitalisten. Das ist die Frage. So ist sie durch das Leben gestellt.

Mit der Revolution gegen die Kapitalisten sympathisiert instinktiv, gefühlsmäßig, aus innerem Trieb die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands, sympathisieren die Proletarier und Halbproletarier, d. h. die Arbeiter und die armen Bauern. Doch fehlt ihnen noch die klare Erkenntnis und deshalb auch die Entschlossenheit. Diese zu entwickeln, ist unsere Hauptaufgabe.

Die Führer des Kleinbürgertums – die Intelligenz, die wohlhabende Bauernschaft, die heutigen Parteien der Volkstümmler (darunter die Sozialrevolutionäre) und Menschewiki – sind gegenwärtig *nicht* für die Revolution gegen die Kapitalisten, zum Teil sind sie sogar die für das Volk gefährlichsten Gegner dieser Revolution. Das „Experiment“ mit dem Koalitionskabinett wird dem ganzen Volk helfen, die Illusionen der kleinbürgerlichen Politik des Paktierens mit den Kapitalisten besonders rasch zu *überwinden*.

Die Schlußfolgerung ist klar: nur wenn das Proletariat, unterstützt von den Halbproletariern, die Macht übernimmt, wird das Land eine wirklich feste und wirklich revolutionäre Staatsmacht haben. Sie wird wirklich fest sein, denn hinter ihr wird die sichere und bewußte Mehrheit des Volkes stehen. Sie wird fest sein, denn sie wird nicht auf dem notwendigerweise unsicheren Boden einer „Verständigung“ der Kapitalisten mit den Kleinbesitzern, der Millionäre mit dem Kleinbürgertum, der Konowalow und Schingarjow mit den Tschernow und Zereteli beruhen.

Nur sie allein wird wirklich revolutionär sein, denn sie allein ist imstande, dem Volke zu zeigen, daß die Staatsmacht nicht furchtsam vor den Profiten des Kapitals haltmacht, während die Massen die entsetzlichsten Leiden erdulden. Sie wird wirklich revolutionär sein, denn sie allein wird den revolutionären Enthusiasmus der Massen entfachen, steigern, verzehnfachen, wenn die Massen täglich und stündlich sehen, füh-

len, empfinden werden, daß die Staatsmacht dem Volk vertraut und es nicht fürchtet, daß sie den Armen hilft, ihre Lebenslage sofort zu verbessern, daß sie die Reichen zwingt, den *gleichen* Anteil an der schweren Last des Volkes zu tragen.

Wir sind für eine feste revolutionäre Staatsmacht.

Wir sind für eine feste revolutionäre Staatsmacht als die einzig mögliche und einzig zuverlässige Macht.

„Prawda“ Nr. 50,
19. (6.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DER NEUGEBORENEN... DER „NEUEN“ REGIERUNG ZUM ANGEBINDE

Die „Retsch“ schreibt in einem seriösen (wie man so sagt) Leitartikel:

„Wir wollen hoffen, daß es keiner erheblichen Erschütterungen in unseren Beziehungen zu den Verbündeten bedürfen wird, um den Anhängern der Formel ‚Ohne Annexionen und Kontributionen‘“ (lies: der neuen Regierung) „zu beweisen, daß sie praktisch undurchführbar ist.“

Sie haben eigentlich recht, die Kapitalisten, deren Sprachrohr die „Retsch“ ist. Diese Formel ist tatsächlich „praktisch undurchführbar“ ...ohne die praktische Durchführung der Revolution gegen das Kapital!

*

Aus der Rede Miljukows, der nicht gegangen ist, sondern gegangen wurde:

„Mögen wir noch so schöne Formeln finden, um unsere Freundschaft mit den Verbündeten auszudrücken, wenn die Armee untätig bleibt, wird das faktisch Verrat an unseren Verpflichtungen sein. Und umgekehrt: mögen wir noch so furchtbare, gegen die Loyalität verstoßende Formeln aufstellen, wenn die Armee wirklich kämpft, werden wir natürlich faktisch unsere Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten erfüllen.“

Ganz richtig! Manchmal versteht er, worauf es ankommt, dieser Bürger Miljukow... Bürger Tschernow und Zereteli, begreifen Sie wirklich nicht, welcher Schluß sich daraus hinsichtlich Ihrer *tatsächlichen* Stellung zum imperialistischen Krieg ergibt?

*

Aus der Rede Schulgins in der Sitzung der sich organisierenden Konterrevolution⁸⁵:

„Wir ziehen es vor, Bettler zu sein, aber Bettler im eigenen Lande. Könnt ihr uns dieses Land erhalten und retten, so zieht uns aus bis aufs Hemd, wir werden nicht darüber weinen.“

Bange machen gilt nicht, Herr Schulgin! Selbst wenn *wir* an die Macht kommen, werden wir Sie nicht „ausziehen“, sondern Ihnen gute Kleidung und gutes Essen garantieren unter der Bedingung, daß Sie eine Arbeit leisten, die Ihren Kräften und Gewohnheiten durchaus entspricht! Auf die Tschernow und Zereteli mag das wirken, uns werden Sie nicht „bange machen“!

*

Aus der Rede Maklakows in der gleichen Sitzung (der „Mitglieder der Reichsduma“):

„Rußland hat gezeigt, daß es der Freiheit, die es erobert hat, unwürdig ist.“

Das soll heißen: die Bauern und Arbeiter haben es den Herren Maklakow nicht recht gemacht. Die Herren möchten, daß die Tschernow und Zereteli die Massen mit den Maklakow „versöhnen“. Es wird ihnen nicht gelingen!

*

Aus derselben Rede:

„Man kann vielen Vorwürfe machen, doch können wir in Rußland weder die Bourgeoisie noch das Proletariat, weder einzelne Strömungen noch einzelne Personen entbehren.“

Verzeihung, Bürger Maklakow, aber „wir“ (die Partei des Proletariats) können in Rußland „die Bourgeoisie entbehren“. Warten Sie ab – und Sie werden sehen und zugeben müssen, daß es einen anderen Ausweg aus dem imperialistischen Krieg nicht gab.

*

Aus derselben Rede:

„Wir sehen eine Unmenge schlechter Instinkte zutage treten: wir sehen Arbeitsunlust, Mangel an Pflichtbewußtsein gegenüber dem Vaterland. Wir

sehen, daß angesichts des grausamen Krieges Rußland ein Land der Feste, der Versammlungen und Diskussionen ist, ein Land, das die Staatsgewalt verneint und ihr den Gehorsam verweigert."

Richtig! Eine Unmenge „schlechter Instinkte“, besonders bei den Gutsbesitzern und Kapitalisten. Schlechte Instinkte sehen wir auch bei den Kleinbürgern, z. B. die Neigung, ein Koalitionskabinett mit den Kapitalisten zu bilden. Schlechte Instinkte gibt es auch bei den Proletariern und Halbproletariern, z. B., daß sie sich nur langsam von Illusionen kleinbürgerlicher Art frei machen, daß sie nur langsam zu der Überzeugung kommen, daß die *ganze* „Staatsgewalt“ von ihrer und nur von ihrer Klasse übernommen werden muß.

*

Aus derselben Rede:

„Die Staatsgewalt wird sich immer weiter nach links entwickeln, während das Land immer weiter nach rechts gehen wird.“

Unter „Land“ versteht Maklakow die Kapitalisten. Insofern hat er recht. Doch das „Land“ der Arbeiter und der armen Bauern steht, Sie dürfen dessen versichert sein, verehrter Bürger, tausendmal weiter links als die Tschernow und Zereteli und hundertmal weiter links als wir. Nur Geduld, Sie werden es sehen!

„Prawda“ Nr. 50,
19. (6.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE „NEUE“ REGIERUNG BLEIBT BEREITS NICHT
NUR HINTER DEN REVOLUTIONÄREN ARBEITERN,
SONDERN AUCH HINTER DER MASSE
DER BAUERNSCHAFT ZURÜCK

Hier der Beweis:

Die Abendausgabe der „Russkaja Wolja“ – der Russkaja Wolja! – vom 4. Mai berichtet über die Stimmung der Delegierten des jetzt zusammengetretenen Bauernkongresses:

„Die größte Kränkung, die nach Ansicht der Delegierten den Bauern zugefügt worden ist, besteht darin, daß alle Klassen bereits die Früchte der Revolution ernten, während die Bauern noch immer auf ihren Teil warten. Nur den Bauern schlägt man vor, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung abzuwarten, die über die Bodenfrage entscheiden soll.

– Nein, das darf nicht sein, wir wollen nicht warten, wie auch die anderen nicht gewartet haben. Wir wollen jetzt, sofort, den Grund und Boden haben.“

Es steht außer Zweifel, daß der Berichterstatter der „Russkaja Wolja“, einer Zeitung, die den schlimmsten Kapitalisten dient, in diesem Fall die Bauern nicht verleumdet (es hätte keinen Sinn zu lügen), sondern die Wahrheit sagt, um die Kapitalisten zu warnen. Diese Wahrheit wird durch alle Nachrichten bestätigt, die vom Kongreß kommen.

Man vergleiche mit dieser Wahrheit den Paragraph 5 im Deklarationsentwurf der „neuen“ Regierung:

„Der Konstituierenden Versammlung die Entscheidung über die Überleitung des Bodens in die Hände der Werktätigen überlassend, wird die Provisorische Regierung... Maßnahmen ergreifen“ usw. (Die „alte“ Provisorische Regierung hat auch immer „Maßnahmen ergriffen“...)

Die „neue“ Regierung ist bereits hoffnungslos sogar hinter dem Bauernkongreß zurückgeblieben!!

Eine für viele überraschende Tatsache, aber eine Tatsache. Tatsachen aber sind hartnäckige Dinge, wie ein englisches Sprichwort sagt.

„Prawda“ Nr. 50, 19. (6.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

SIE WOLLEN UNS ZUVORKOMMEN

Gestern, am 5. Mai, brachten zwei große Morgenzeitungen, das „Delo Naroda“ und die „Retsch“, auf der ersten Seite eine Bekanntmachung, die am Abend vom Gutschkow-Suworinschen „Wetscherneje Wremja“⁸⁸ nachgedruckt wurde und die die größte Beachtung verdient.

In dieser Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß in Petrograd „auf Grund einer Vereinbarung des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten mit dem Verband der Ingenieure und mit Ermächtigung der Provisorischen Regierung“ ein „Zentralkomitee zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des normalen Arbeitsganges in den industriellen Unternehmungen“ gebildet worden ist.

„Als seine Hauptaufgabe“, lesen wir in dieser Bekanntmachung, „wird das Zentralkomitee es ansehen, die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des normalen Arbeitsganges in den industriellen Unternehmungen auszuarbeiten und zu vereinheitlichen sowie eine ständige und aktive *öffentliche Kontrolle* über diese Unternehmungen zu organisieren.“

Die Worte „*öffentliche Kontrolle*“ sind in der Bekanntmachung unterstrichen.

Sie erinnern an die Senatskommissionen und all die anderen bürokratischen Kommissionen der „guten alten“ Zeit, der zaristischen Zeit. Wenn irgendein Halunke von Zarenminister, Gouverneur, Adelsmarschall usw. bei einem Diebstahl ertappt wurde, wenn irgendeine mittelbar oder unmittelbar von der Zarenregierung abhängige Institution sich vor ganz Rußland und ganz Europa besonders stark blamiert hatte, dann wurde zur „Beschwichtigung der *öffentlichen Meinung*“ sofort eine Kom-

mission aus Vertretern des hohen und höchsten Adels, aus hohen und höchsten Würdenträgern, aus dem Kreise der reichen und reichsten „Persönlichkeiten“ eingesetzt.

Und diese Persönlichkeiten „beschwichtigten“ die öffentliche Meinung stets mit bestem Erfolg. Sie bereiteten jeglicher „öffentlichen Kontrolle“ stets ein Begräbnis erster Klasse, und sie besorgten das um so gründlicher, je schwungvollere Redensarten man darüber machte, daß unser weiser Zar das „öffentliche Gewissen“ beruhigt habe...

So war es, so wird es bleiben, möchte man ausrufen, wenn man die hochtrabende Bekanntmachung über das neue Zentralkomitee liest.

Die Herren Kapitalisten wollen uns zuvorkommen. In den Kreisen der Arbeiter wächst die Erkenntnis, daß eine *proletarische* Kontrolle der Fabriken und Syndikate notwendig ist. Und die „genialen“ Führer der Geschäftswelt aus den Kreisen des Ministeriums und seiner Umgebung verfielen auf den „genialen“ Gedanken: kommen wir ihnen zuvor. Nehmen wir den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten ins Schlepptau. Das wird nicht schwerfallen, solange die Volkstümmler und Menschewiki dort die Führung haben. Richten wir eine „öffentliche Kontrolle“ ein: das wird so wichtig, so staatsmännisch weise, so ministeriabel, so solide aussehen... und das wird jede wirkliche Kontrolle, jede *proletarische* Kontrolle sicher und geräuschlos begraben... Ein genialer Gedanke! Eine vollständige „Beschwichtigung“ des „öffentlichen Gewissens“!

– Wie soll das neue „Zentralkomitee“ zusammengesetzt sein?

Oh, selbstverständlich demokratisch. Sind wir doch *alle* „revolutionäre Demokraten“. Wenn jemand annehmen wollte, die Demokratie erfordere, daß 200 000 Arbeiter zwanzig Vertreter entsenden, und 10 000 Ingenieure, Kapitalisten usw. einen Vertreter, so wäre das natürlich eine „anarchistische“ Verirrung. Nein, die wahre Demokratie besteht darin, daß man ähnlich vorgeht wie die „revolutionäre Demokratie“ bei der Bildung ihrer „neuen“ Regierung: die Arbeiter und Bauern mögen durch sechs Menschewiki und Volkstümmler „vertreten“ sein, während acht Kadetten und Oktobristen die Gutsbesitzer und Kapitalisten vertreten: beweisen denn nicht die neuesten statistischen Erhebungen, die von dem neuen Ministerium für Arbeit im Einvernehmen mit dem alten Ministerium für Industrie zum Abschluß gebracht werden, daß die

Mehrheit der Bevölkerung Rußlands aus Gutsbesitzern und Kapitalisten besteht?

Man sehe sich nur einmal die *vollständige* Liste der „Vertreter“ jener Institutionen an, die sich auf Grund der Vereinbarung zwischen der „revolutionären Demokratie“ und der Regierung in dem neuen Zentralkomitee vereinigt haben:

Das Zentralkomitee besteht aus Vertretern 1. des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten; 2. des Provisorischen Komitees der Reichsduma; 3. des Gesamtrussischen Semstwverbandes; 4. des Gesamtrussischen Städtetages; 5. der Petrograder Stadtverwaltung; 6. des Verbandes der Ingenieure; 7. des Sowjets der Offiziersdeputierten; 8. des Kongreßrates der Vertreter von Industrie und Handel; 9. des Petrograder Fabrikantenvereins; 10. des zentralen Kriegsindustriekomitees; 11. des Semstwo- und Städteverbandes; 12. des Komitees für militärisch-technische Hilfe; 13. der Freien Ökonomischen Gesellschaft...

– Ist das alles?

– Alles.

Genügt das etwa nicht, um das öffentliche Gewissen gründlich zu beschwichtigen?

– Wenn nun aber ein und dieselbe Großbank oder ein und dasselbe kapitalistische Syndikat durch seine Aktionäre fünf- oder zehnmal unter diesen zehn oder zwölf Institutionen vertreten ist?

– Oh, man darf nicht an „Einzelheiten“ herumnörgeln, wo es doch darauf ankommt, eine „ständige und aktive öffentliche Kontrolle“ sicherzustellen!

Geschrieben am 6. (19.) Mai 1917.

*Veröffentlicht am 20. (7.) Mai 1917
in der „Prawda“ Nr. 51.*

Nach dem Text der „Prawda“.

OFFENER BRIEF AN DIE DELEGIERTEN DES GESAMTRUSSISCHEN KONGRESSES DER BAUERNDPUTIERTEN

Genossen Bauerndeputierte!

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki), dem anzugehören ich die Ehre habe, wollte mir die Vollmacht erteilen, unsere Partei auf dem Bauernkongreß zu vertreten. Da ich bis jetzt krankheitshalber nicht die Möglichkeit hatte, diesen Auftrag auszuführen, erlaube ich mir, mich mit diesem offenen Brief an Sie zu wenden, um die gesamtrussische Vereinigung der Bauernschaft zu begrüßen und kurz auf die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten hinzuweisen, die unsere Partei von der der „Sozialrevolutionäre“ und der der „menschewistischen Sozialdemokraten“ trennen.

Diese prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten betreffen die drei wichtigsten Fragen: die des Bodens, des Krieges und der Staatsordnung.

Der ganze Boden muß dem Volke gehören. Alle Ländereien der Gutsbesitzer müssen ohne Ablösung in die Hände der Bauern übergehen. Das ist klar. Der Streit geht darum: sollen die Bauern an Ort und Stelle sofort den ganzen Boden in Besitz nehmen, ohne den Gutsbesitzern irgendwelchen Pachtzins zu zahlen und ohne die Konstituierende Versammlung abzuwarten, oder sollen sie das nicht?

Unsere Partei ist der Ansicht, daß sie es tun sollen, und rät den Bauern, sofort an Ort und Stelle vom ganzen Boden Besitz zu ergreifen und dies so organisiert wie möglich zu tun, unter allen Umständen eine Beschädigung des Inventars zu verhindern und alle Anstrengungen darauf zu richten, daß die Produktion von Getreide und Fleisch gesteigert wird, da die Soldaten an der Front schreckliche Not leiden. Die Konstituierende Versammlung wird endgültig festsetzen, wie über den Boden ver-

fügt werden soll, indes vorläufig, jetzt, sofort, zum Zwecke der Frühlingsaussaat, über den Boden zu verfügen ist ohnehin nicht anders möglich als durch die örtlichen Institutionen, denn unsere Provisorische Regierung, die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, verschleppt die Einberufung der Konstituierenden Versammlung und hat bis jetzt noch nicht einmal deren Einberufungstermin festgesetzt.

Vorläufig über den Boden verfügen können nur die örtlichen Institutionen. Die Bestellung der Felder ist unerlässlich. Die Mehrheit der Bauern an Ort und Stelle wird es durchaus zuwege bringen, organisiert über den Boden zu verfügen und den ganzen Boden zu pflügen und zu bestellen. Das ist notwendig, um die Ernährung der Soldaten an der Front zu verbessern. Deshalb geht es nicht an, auf die Konstituierende Versammlung zu warten. Das Recht der Konstituierenden Versammlung, endgültig das allgemeine Volkseigentum am Grund und Boden einzuführen und festzulegen, in welcher Weise über ihn verfügt werden soll, bestreiten wir keineswegs. Aber vorläufig, jetzt gleich, in diesem Frühjahr, müssen die Bauern an Ort und Stelle selber über den Boden verfügen. Die Soldaten können und müssen von der Front Delegierte in die Dörfer entsenden.

Weiter. Damit der ganze Boden in die Hände der Werktätigen gelange, bedarf es eines engen Bündnisses zwischen den städtischen Arbeitern und den armen Bauern (den Halbproletariern). Ohne ein solches Bündnis können die Kapitalisten nicht besiegt werden. Wenn sie aber nicht besiegt werden, wird kein Übergang des Bodens in die Hände des Volkes dieses vom Elend erlösen. Den Grund und Boden kann man nicht essen, und ohne Geld, ohne Kapital kann man keine Arbeitsgeräte, kein Vieh, kein Saatgut beschaffen. Nicht den Kapitalisten und nicht den reichen Bauern (sie sind auch Kapitalisten) dürfen die Bauern vertrauen, sondern nur den städtischen Arbeitern. Nur im Bündnis mit ihnen werden die armen Bauern es erreichen, daß der Boden wie auch die Eisenbahnen, die Banken und die Fabriken in das Eigentum aller Werktätigen übergehen; ohne diese Bedingung aber, allein durch den Übergang des Bodens in die Hände des Volkes, können Not und Elend nicht bezwungen werden.

In manchen Gegenden Rußlands gehen die Arbeiter bereits daran, eine Arbeiteraufsicht (Kontrolle) über die Fabriken einzuführen. Eine solche

Aufsicht seitens der Arbeiter ist für die Bauern vorteilhaft, sie wird eine Steigerung der Produktion und eine Verbilligung der Erzeugnisse mit sich bringen. Die Bauern müssen eine solche Initiative der Arbeiter mit allen Kräften unterstützen und dürfen den Verleumdungen der Kapitalisten gegen die Arbeiter keinen Glauben schenken.

Die zweite Frage betrifft den Krieg.

Dieser Krieg ist ein Eroberungskrieg. Die Kapitalisten aller Länder führen ihn für ihre Eroberungsziele, zur Erhöhung ihrer Profite. Dem werktätigen Volk bringt dieser Krieg nichts als Untergang, Schrecken, Verwüstung und Barbarei, und er kann ihm nichts anderes bringen. Deshalb verurteilt unsere Partei, die Partei der klassenbewußten Arbeiter, die Partei der armen Bauern, diesen Krieg entschieden und unbedingt, deshalb lehnt sie es ab, die Kapitalisten des einen Landes gegenüber den Kapitalisten eines anderen Landes zu rechtfertigen, deshalb lehnt sie es ab, die Kapitalisten irgendeines Landes zu unterstützen, deshalb erstrebt sie die rascheste Beendigung des Krieges durch den Sturz der Kapitalisten in allen Ländern, durch die Arbeiterrevolution in allen Ländern.

In unserer jetzigen, neuen Provisorischen Regierung gehören zehn Minister den Parteien der Gutsbesitzer und Kapitalisten an, sechs den Parteien der „Volkstümpler“ („Sozialrevolutionäre“) und „menschewistischen Sozialdemokraten“. Unserer Überzeugung nach begehen die Volkstümpler und Menschewiki durch ihren Eintritt in die Regierung der Kapitalisten und überhaupt durch ihre Bereitwilligkeit, diese Regierung zu unterstützen, einen schweren und verhängnisvollen Fehler. Männer wie Zereteli und Tschernow hoffen, die Kapitalisten bewegen zu können, diesen Eroberungskrieg möglichst rasch und ehrlich zu beenden. Aber diese Führer der Parteien der Volkstümpler und Menschewiki irren sich: in Wirklichkeit helfen sie den Kapitalisten, eine Offensive der russischen Truppen gegen Deutschland vorzubereiten, das heißt, den Krieg in die Länge zu ziehen und die unerhört schweren Opfer, die das russische Volk in diesem Krieg gebracht hat, zu vergrößern.

Wir sind überzeugt, daß die Kapitalisten aller Länder das Volk betrügen, indem sie einen baldigen und gerechten Frieden versprechen, in Wirklichkeit aber den Eroberungskrieg in die Länge ziehen. Die russischen Kapitalisten, die die alte Provisorische Regierung in der Hand hat-

ten und heute auch die neue Regierung in der Hand haben, wollten nicht einmal die geheimen Raubverträge veröffentlichen, die der Exzar, Nikolaus Romanow, mit den Kapitalisten Englands, Frankreichs und anderer Länder schloß, um den Türken Konstantinopel, den Österreichern Galizien, den Türken Armenien usw. usf. abzunehmen. Die Provisorische Regierung hat diese Verträge anerkannt und erkennt sie weiterhin an.

Unsere Partei ist der Ansicht, daß diese Verträge genauso verbrecherische Raubverträge sind wie die Verträge der deutschen kapitalistischen Räuber und ihres räuberischen Kaisers Wilhelm mit ihren Verbündeten.

Das Blut der Arbeiter und Bauern darf nicht für solche Raubziele der Kapitalisten vergossen werden.

Es gilt, diesen verbrecherischen Krieg möglichst schnell zu beenden, und zwar *nicht* durch einen Separatfrieden (Sonderfrieden) mit Deutschland, *sondern durch einen allgemeinen Frieden*, nicht durch einen Frieden der Kapitalisten, sondern durch einen Frieden der werktätigen Massen *gegen* die Kapitalisten. Dazu gibt es nur *einen* Weg: den Übergang der *gesamten* Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sowohl in Rußland als auch in anderen Ländern. Nur solche Sowjets sind imstande, den Betrug der Kapitalisten an den Völkern, die Verlängerung des Krieges durch die Kapitalisten tatsächlich zu verhindern.

Und hier bin ich bei der dritten und letzten Frage angelangt, die von mir aufgeworfen wurde: bei der Frage der Staatsordnung.

Rußland muß eine demokratische Republik sein. Damit ist selbst die Mehrheit der Gutsbesitzer und Kapitalisten einverstanden, die immer für die Monarchie waren, sich jetzt aber überzeugt haben, daß das Volk in Rußland die Wiederherstellung der Monarchie um keinen Preis zulassen wird. Die Kapitalisten machen jetzt die größten Anstrengungen, damit die Republik in Rußland möglichst der Monarchie gleiche und möglichst leicht wieder in eine Monarchie umgewandelt werden könne (Beispiele hierfür hat es in vielen Ländern wiederholt gegeben). Darum wünschen die Kapitalisten die Erhaltung einer *über* dem Volke stehenden Beamtenschaft, der Polizei und eines stehenden Heeres, das vom Volk isoliert ist und dem Kommando von nicht wählbaren Generalen und Offizieren untersteht. Die Generale und Offiziere aber stammen, wenn sie nicht gewählt werden, fast immer aus den Kreisen der

Gutsbesitzer und Kapitalisten. Das weiß man aus der Erfahrung sogar aller Republiken der Welt.

Unsere Partei, die Partei der klassenbewußten Arbeiter und der armen Bauern, strebt deshalb eine demokratische Republik anderer Art an. Wir wollen eine Republik, in der es keine das Volk verhöhnende Polizei gibt, in der alle Beamten, von unten bis oben, ausnahmslos gewählt werden müssen und jederzeit auf Verlangen des Volkes abgesetzt werden können, in der das Gehalt dieser Beamten den Lohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt, in der ebenso in der Armee alle Vorgesetzten gewählt werden müssen und in der das vom Volk isolierte stehende Heer, das der Befehlsgewalt volksfremder Klassen untersteht, ersetzt wird durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Volksmiliz.

Wir wollen eine Republik, in der die ganze Macht im Staate von unten bis oben ausschließlich und restlos den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten gehört.

Die Arbeiter und Bauern sind die Mehrheit der Bevölkerung. Die Macht muß ihnen, nicht aber den Gutsbesitzern und Kapitalisten gehören.

Die Arbeiter und Bauern sind die Mehrheit der Bevölkerung. Die Staatsgewalt und die Verwaltung müssen in den Händen ihrer Sowjets liegen, nicht aber in den Händen der Beamten.

Das sind unsere Ansichten, Genossen Bauerndeputierte! Wir sind fest überzeugt, daß die Erfahrung bald den breitesten Massen des Volkes zeigen wird, wie falsch die Politik der Volkstümler und der Menschewiki ist. Die Erfahrung wird den Massen bald zeigen, daß die Rettung Rußlands, das ebenso wie Deutschland und die anderen Länder am Rande des Abgrunds steht, daß die Rettung der durch den Krieg gepeinigten Völker nicht durch Paktieren mit den Kapitalisten erreicht werden kann. Die Rettung aller Völker ist nur möglich durch den direkten Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Mehrheit der Bevölkerung.

Petrograd, den 7. Mai 1917

N. Lenin

Veröffentlicht am 24. (11.) Mai 1917
in der „Soldatskaja Prawda“ Nr. 19.

Nach dem Text der
„Soldatskaja Prawda“.

„FAKTISCHER WAFFENSTILLSTAND“

Die „Nowaja Shisn“ vom 7. Mai bringt Interviews mit den Ministern der „neuen“ Regierung. Der Ministerpräsident Lwow erklärt: „Das Land muß ein Machtwort sprechen und seine Armee in den Kampf schicken.“

Das ist der Kern des „Programms“ der neuen Regierung. Offensive, Offensive, Offensive!

Und Minister Lwow, der dieses imperialistische Programm vertritt, das sich heute auch die Tschernow und Zereteli zu eigen gemacht haben, donnert im Tone der höchsten sittlichen Entrüstung gegen den „an der Front entstandenen faktischen Waffenstillstand“!

Über dieses Programm der Offensive, über diese Donnerreden der Minister gegen den „faktischen Waffenstillstand“ möge jeder russische Arbeiter, jeder Bauer gründlich nachdenken.

Millionen Menschen sind im Kriege niedergemetzelt oder zu Krüppeln gemacht worden. Grenzenlos ist das Elend, das der Krieg über die Menschheit und besonders über die werktätigen Massen gebracht hat. Die Kapitalisten ziehen aus dem Krieg skandalös hohe Gewinne. Die Qualen und die Erschöpfung der Soldaten haben ihren Höhepunkt erreicht.

Was ist denn an einem faktischen Waffenstillstand Schlechtes? Was ist daran Schlechtes, daß das Gemetzel eingestellt wurde? Was ist daran Schlechtes, daß die Soldaten wenigstens eine kleine Atempause bekommen haben?

Man entgegnet uns, der Waffenstillstand sei nur an einer Front zustande gekommen, und es bestehe daher die Gefahr, daß es zu einem

Separatfrieden kommt. Aber dieser Einwand ist offenkundig nicht stichhaltig. Denn wenn *weder* die russische Regierung *noch* die russischen Arbeiter und Bauern einen Separatfrieden mit den deutschen Kapitalisten *wollen* (gegen einen solchen Frieden hat bekanntlich auch unsere Partei wiederholt protestiert, und das nicht nur in Artikeln der „Prawda“, sondern auch in einer Resolution unserer Konferenz*, die im Namen der ganzen Partei sprach), wenn niemand in Rußland einen Separatfrieden mit den Kapitalisten eines einzelnen Landes will, wie, woher, durch welches Wunder soll es dann zu einem solchen Frieden kommen?? Wer kann ihn uns aufzwingen??

Dieser Einwand ist ganz offensichtlich nicht stichhaltig, ist eine offenkundige Erfindung, ein Versuch, Sand in die Augen zu streuen.

Weiter. Warum soll der faktische Waffenstillstand an einer Front die „Gefahr“ eines Separatfriedens an dieser Front in sich bergen, *und nicht* die Gefahr, daß der faktische Waffenstillstand sich auf alle Fronten ausdehnt?

Der faktische Waffenstillstand ist ein labiler Zustand, ein Übergangszustand. Das unterliegt keinem Zweifel. Ein Übergangszustand wozu? Zu einem Separatfrieden kann er nicht führen, da hierfür das wechselseitige Einverständnis zweier Regierungen oder zweier Völker fehlt. Warum aber sollte ein solcher Waffenstillstand nicht ein Übergang zum faktischen Waffenstillstand an *allen* Fronten sein? Würden dem doch sicher *alle* Völker im Gegensatz zu allen oder den meisten Regierungen zustimmen.

Die Verbrüderung an *einer* Front kann und muß der Übergang zur Verbrüderung an allen Fronten sein. Der faktische Waffenstillstand an *einer* Front kann und muß der Übergang zum faktischen Waffenstillstand an allen Fronten sein.

Die Völker würden sich von dem Gemetzel erholen. Die revolutionären Arbeiter *aller* Länder würden sich noch mehr ihrer Kraft bewußt werden, ihr Einfluß würde zunehmen, der Glaube an die Möglichkeit und Notwendigkeit der Arbeiterrevolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern würde gestärkt.

Was ist denn an einer solchen Entwicklung Schlechtes? Warum sollen wir nicht nach Kräften eine *solche* Entwicklung fördern?

* Siehe den vorliegenden Band, S. 264/265. Die Red.

Man wird entgegnen, daß der faktische Waffenstillstand an allen Fronten jetzt den deutschen Kapitalisten zugute käme, denn zur Zeit seien sie es, die die meiste Beute gemacht haben. Das stimmt nicht, denn die englischen Kapitalisten haben noch mehr zusammengeraubt (die deutschen Kolonien in Afrika, die deutschen Inseln im Stillen Ozean, Mesopotamien, einen Teil Syriens usw.) und – im Gegensatz zu den deutschen Kapitalisten – rein gar nichts verloren. Das erstens. Zweitens, sollten die deutschen Kapitalisten eine noch größere Unnachgiebigkeit als die englischen an den Tag legen, so würde das die revolutionäre Entwicklung in Deutschland noch mehr verstärken. Die Revolution in Deutschland wächst ganz offensichtlich. Eine Offensive der russischen Truppen würde diese Entwicklung hemmen. Der „faktische Waffenstillstand“ beschleunigt die Entwicklung dieser Revolution.

Drittens, die Lage Deutschlands ist angesichts der wachsenden Hungersnot, des allgemeinen Zusammenbruchs, der wirtschaftlichen Zerrüttung geradezu verzweifelt und ausweglos, sie ist schlimmer als in irgendeinem anderen Land, besonders seitdem Amerika in den Krieg eingetreten ist. Der „faktische Waffenstillstand“ wird *diese* Ursache, die Hauptursache der Schwäche Deutschlands nicht beseitigen, sondern im Gegenteil eher die Lage der anderen Länder verbessern (freie Zufuhr) und die Lage der deutschen Kapitalisten verschlechtern (alle Zufuhren sind gesperrt, es wird schwerer sein, dem Volke die Wahrheit zu verbergen).

Das russische Volk hat die Wahl zwischen zwei Programmen. Das eine ist das Programm der Kapitalisten, das die Tschernow und Zereteli übernommen haben. Es ist das Programm der Offensive, das Programm der Verlängerung des imperialistischen Krieges, der Verlängerung des Gemetzels.

Das andere ist das Programm der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt, das in Rußland von unserer Partei vertreten wird. Dieses Programm heißt: die Verbrüderung fördern (ohne den Deutschen zu gestatten, die Russen zu betrügen), sich verbrüdern durch Austausch von Aufrufen, die Verbrüderung und den faktischen Waffenstillstand auf alle Fronten ausdehnen, diese Ausdehnung mit allen Mitteln fördern, um das Heranreifen der Arbeiterrevolution in allen Ländern zu beschleunigen, um den Soldaten aller kriegführenden Länder wenigstens eine zeit-

weilige Atempause zu verschaffen, den Übergang der Macht in Rußland an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten beschleunigen und damit den Abschluß eines wirklich gerechten, wirklich allgemeinen Friedens im Interesse der Werktätigen, nicht aber im Interesse der Kapitalisten beschleunigen.

Unsere Regierung mit den Tschernow und Zereteli, mit den Volkstümlern und Menschewiki ist für das erste Programm.

Die Mehrheit des russischen Volkes und aller Völker Rußlands (und nicht allein Rußlands), d. h. die Mehrheit der Arbeiter und der armen Bauern, ist zweifellos für das zweite Programm.

Jeder Tag wird uns dem Siege *dieses* Programms näherbringen.

„Prawda“ Nr. 52,
22. (9.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

GEHEIMNISSE DER AUSSENPOLITIK

Wie schade, daß die Volksmassen weder Bücher über die Geschichte der Diplomatie noch die Leitartikel der kapitalistischen Zeitungen lesen können! Und noch bedauerlicher ist es – dieses Wort ist übrigens in diesem Fall zu milde –, daß die Minister aus den Parteien der Sozialrevolutionäre und menschowistischen Sozialdemokraten nebst ihren ministeriellen Kollegen die ihnen aus dieser Geschichte wohlbekannten Tatsachen wie auch die ihnen wohlbekannten Artikel der „großen Männer“ der diplomatischen Welt mit Schweigen übergehen.

Die „Retsch“ bringt eine ihrer Meinung nach glaubwürdige Mitteilung der „Birshowka“, deren wahrer Sinn darin besteht, daß England gar nicht abgeneigt sei, auf die „Zerstückelung der Türkei und die Aufteilung Österreich-Ungarns“ zu verzichten; d. h., England sei bereit, sich damit einverstanden zu erklären, daß Rußland die ihm auf Grund früherer Verträge versprochenen Annexionen (Konstantinopel, Armenien, Galizien) *nicht* erhält. In *diesem* Sinne – und nur in diesem Sinne – sei England bereit, die Verträge einer Revision zu unterziehen.

Und die „Retsch“ entrüstet sich:

„Das ist also das erste Resultat des Sieges der neuen Losung“ (d. h. der Losung: Frieden ohne Annexionen und Kontributionen). „Eine Revision der Verträge wird wahrscheinlich zustande kommen: die ‚vorbereitenden Schritte‘ dazu werden jetzt nicht einmal von uns, sondern von unseren Verbündeten getan. Aber das Ergebnis dieser Revision wird nicht der gleichmäßige“ (hört! hört!) „Verzicht auf alle Ziele von Bedeutung sein, die sich alle Verbündeten gesetzt haben, sondern ein einseitiger“ (nun, ist das nicht eine Perle?) „Verzicht auf die Ziele im Südosten Europas“ (lies: in Österreich und in der

Türkei, d. h. der Raub Armeniens, Konstantinopels, Galiziens) „um der Ziele willen, die schon nicht mehr wir, sondern unsere Verbündeten an anderen Stellen und in den Kolonien verfolgen.

Insbesondere war in der Presse bereits die Rede von der Möglichkeit eines Verzichts unserer Verbündeten auf die in Kleinasien gesteckten Ziele. Allerdings sind die angeblich von Albert Thomas im Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten hierüber abgegebenen und von der Moskauer Presse verbreiteten Erklärungen bisher offiziell nicht bestätigt worden. Was aber England anbelangt, so wäre ein solcher Verzicht schwerlich zu erwarten. England vertritt den richtigen Standpunkt, daß man das, was man bekommen will, vorher besetzen müsse“ (hört! hört!) – „und es besetzt bereits jetzt mit seinen Truppen die Gebiete Mesopotamiens und Palästinas, die für seine Lebensinteressen“ (lies: für seine Kapitalisten) „wichtig sind. Unter diesen Umständen würde natürlich auch der Verzicht Englands, für die Befriedigung der Lebensinteressen der *anderen*“ (hervorgehoben von der „Retsch“) „Verbündeten in diesem Gebiet zu kämpfen, einen einseitigen Charakter tragen und nur für England selbst von Vorteil sein.“

Wahrhaftig, Miljukow, oder wer diese Zeilen sonst verfaßt haben mag, sollte bei Lebzeiten ein Denkmal für seine... Offenherzigkeit erhalten. Bravo, bravo, ihr offenherzigen Diplomaten aus der „Retsch“! (Warum aber sind sie offenherzig? weil sie erbost darüber sind, daß Miljukow seinen Ministerposten verloren hat...)

Alles, was in dem angeführten Zitat gesagt ist, ist eine Wahrheit, die bestätigt wird durch die ganze Geschichte der Diplomatie – und die *Geschichte der Kapitalsinvestierungen im Ausland* – in den letzten Jahren. England wird auf keinen Fall auf den Raub (die Annexion) Palästinas und Mesopotamiens verzichten, aber es ist bereit, die Russen (für den „faktischen Waffenstillstand“ an der deutsch-russischen Front) durch den Verlust Galiziens, Konstantinopels, Armeniens usw. zu bestrafen – das ist der einfache und klare, nicht in diplomatischer, sondern in russischer Sprache dargelegte Sinn der angeführten Stellen aus der „Retsch“.

Und die russischen Kapitalisten, deren Sprachrohr die „Retsch“ ist, können ihren Zorn nur schwer verbergen, sie plaudern Geheimnisse der Außenpolitik aus, geifern und poltern und sagen den englischen Kapitalisten Anzüglichkeiten: es sei „einseitig“, für sie sei es „vorteilhaft“, für *andere* aber nicht.

Genossen Arbeiter, Genossen Soldaten! Denkt nach über diese selten offenherzigen, selten wahrheitsgemäßen Erklärungen der *vielen* wissenden Diplomaten und ehemaligen Minister von der „Retsch“. Denkt nach über diese vortreffliche Enthüllung der *wahren* Ziele, die nicht nur die russischen, sondern auch die englischen Kapitalisten in diesem Krieg verfolgen.

Genossen! Russische Soldaten! Wollt ihr dafür kämpfen, daß die englischen Kapitalisten Mesopotamien und Palästina rauben? Wollt ihr die russische Regierung der Lwow, Tschernow, Tereschtschenko, Zereteli unterstützen, die an die Interessen der Kapitalisten gekettet ist und sich *fürchtet*, offen die Wahrheit zu sagen, die die „Retsch“ ausplaudert?

„Prawda“ Nr. 53,
23. (10.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EINER DER GEHEIMVERTRÄGE

Bekanntlich war das erste Wort der „revolutionären“ Provisorischen Regierung zur Außenpolitik die Erklärung: Alle Geheimverträge, die der Exzar Nikolaus II. mit den „verbündeten“ Kapitalisten abgeschlossen hat, bleiben weiter in Kraft, und das neue Rußland wird sie als heilig und unantastbar erfüllen.

Ferner ist bekannt, daß unsere „Vaterlandsverteidiger“ die Weigerung der Miljukows, die Geheimverträge zu veröffentlichen, aufs eifrigste unterstützen. Diese Jammersozialisten sind so weit heruntergekommen, daß sie die Geheimdiplomatie, und noch dazu die Geheimdiplomatie des Exzaren, in Schutz nehmen.

Warum hüten die Verteidiger des imperialistischen Krieges so eifrig das Geheimnis der Verträge?

Wollt ihr wissen, warum, Genossen Arbeiter und Soldaten?

Schaut euch nur einen dieser edlen Verträge an: wir meinen „unseren“ Vertrag mit Italien (d. h. mit den italienischen Kapitalisten) vom Anfang des Jahres 1915.

Der bürgerliche Demokrat Herr W. Wodowosow teilt in der Zeitung „Den“ (vom 6. Mai 1917), gestützt auf im „Nowoje Wremja“ veröffentlichte Materialien, über den Inhalt dieses Vertrags folgendes mit:

„Die alliierten Mächte haben Italien Südtirol mit Trient, die ganze Küste und den nördlichen Teil von Dalmatien mit den Städten Zara und Spalato, den mittleren Teil von Albanien mit Valona, die Inseln im Ägäischen Meer an der kleinasiatischen Küste und außerdem eine vorteilhafte Eisenbahnkonzession in Türkisch-Kleinasien garantiert – das ist der Blutpreis, den sich Italien ausbedungen hat. Ein derartiger Landzuwachs übertrifft um vieles alle

nationalen Ansprüche, die Italien jemals gestellt hat. Außer den Gebieten mit italienischer Bevölkerung (Südtirol und Triest), ungefähr 600 000 Menschen, erhält Italien nach dem Vertrag Gebiete mit mehr als einer Million Bewohnern, die ihm in ethnographischer und religiöser Hinsicht völlig fremd sind. So zum Beispiel Dalmatien, von dessen Bevölkerung 97 Prozent serbischen Stammes sind, während die Italiener dort wenig mehr als 2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wie nicht anders zu erwarten, hat der Vertrag mit Italien, der nicht nur ohne Einverständnis, sondern auch ohne Wissen Serbiens abgeschlossen worden ist, dort die größte Erbitterung und Aufregung hervorgerufen. Paschitsch hat in der Skupschtina die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Gerüchte über den Vertrag als falsch erweisen würden, da die Einigung Italiens selbst auf Grund des nationalen Prinzips erfolgte und Italien also keiner Handlung fähig sei, die die Grundpfeiler dieses Prinzips zerschlägt. Aber Paschitsch hat sich geirrt: der Vertrag ist geschlossen worden.

Es ist dies der einzige den gegenwärtigen Krieg betreffende Vertrag, dessen Inhalt wir kennen, und dieser Vertrag ist ein brutaler Raubvertrag. Ob sich in den übrigen Verträgen dieselben Raubgelüste äußern, wissen wir nicht. Jedenfalls wäre es für eine Demokratie, die ‚Frieden ohne Annexionen‘ auf ihr Banner geschrieben hat, äußerst wichtig, dies zu erfahren.“

„Wir wissen nicht“, inwieweit die übrigen Geheimverträge Raubverträge sind? Nein, Herr Wodowosow, wir wissen das sehr wohl: die Geheimverträge über die Aufteilung Persiens, der Türkei, die Eroberung Galiziens, Armeniens sind ebenso schmutzige Raubverträge wie der Raubvertrag mit Italien.

Genossen Soldaten und Arbeiter! Man sagt euch, ihr verteidigt die „Freiheit“ und die „Revolution“? In Wirklichkeit verteidigt ihr die dunklen Verträge des Zaren, die man euch verheimlicht wie eine gewisse Krankheit, über die man nicht spricht.

„Prawda“ Nr. 53,
23. (10.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

MINISTERIELLER TON

Die Redakteure der „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“ eignen sich einen ministeriellen Ton an. Die „Prawda“ gefällt ihnen nicht; sie verurteilen ihre „scharfen Ausfälle gegen die Provisorische Regierung“.

Kritisieren, was einem nicht gefällt, ist das heilige Recht jedes Publizisten. Aber warum sich lächerlich machen, indem man nach Ministerart „Ausfälle“ verurteilt, anstatt sachlich Kritik zu üben? Wäre es nicht besser, man versuchte, sich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen? mit wenigstens einer unserer Resolutionen? mit wenigstens einem unserer Hinweise auf den Klassenkampf?

„Das Land geht heute zugrunde“ – heißt es im Leitartikel der „Iswestija“. Richtig. Und eben darum ist es unvernünftig, heute auf die Verständigung des Kleinbürgertums, der Volkstümler und der Menschewiki mit den Kapitalisten zu setzen. Auf diese Weise kann man das Land nicht vor dem Untergang retten.

„Prawda“ Nr. 53,
23. (10.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EIN NAPOLEON WIRD GESUCHT

Die Zeitung des Exministers Miljukow schäumt vor Wut über die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die einen gewissen Jemand aus dem Kabinett verdrängt haben, und läßt sich darum zu nicht ganz ... „vorsichtigen“ Erklärungen verleiten.

„Kann man die verbrecherische Propaganda dulden?...“ lesen wir in einem nicht gezeichneten Artikel vom 9. Mai, der sich mit der Verbrüderung befaßt. „Wird dem denn kein Ende gemacht werden? Sollte es wirklich ohne einen Napoleon nicht gehen? Werden wir uns wirklich mit bloßen Gesprächen über eine eiserne Disziplin zufriedengeben?!!“

Eine feine, sehr feine Anspielung auf die zu trauriger Berühmtheit gelangten Worte Kerenskis über eine eiserne Disziplin.

Die „Retsch“ gibt den Lesern ein wahrheitsgetreues, genaues Bild dessen, was in „unserer“ „neuen“ Regierung vor sich geht. Danken wir der „Retsch“ von ganzem Herzen für diese in einer solchen Zeitung außerordentlich seltene, durch außerordentliche Umstände veranlaßte Wahrhaftigkeit.

In der „neuen“ Regierung verkündet Kerenski, gestützt auf Tschernow und Zereteli, die „eiserne Disziplin“ im Heer (für die Verwirklichung des imperialistischen Programms der Offensive).

Die Gutsbesitzer und Kapitalisten aber, die von 16 Ministersesseln 10 innehaben, geifern wütend gegen Kerenski: „Werden wir uns wirklich mit bloßen Gesprächen über eine eiserne Disziplin zufriedengeben?“

Ist es nicht klar, daß dieser Satz Kerenski oder die „entsprechenden“ Generale anfeuern soll, die Rolle Napoleons zu übernehmen? die Rolle des Würgers der Freiheit? die Rolle des Arbeitermörders?

ES HAT SICH NICHTS GEÄNDERT

Jetzt, wo in die Regierung „sozialistische“ Minister eingetreten sind⁸⁷, wird alles ganz anders werden – so versicherten und versichern uns die Vaterlandsverteidiger. Es sind kaum einige Tage vergangen, und schon zeigt sich, wie unwahr diese Versicherungen waren.

Es ist bekannt, welche Empörung bei den Soldaten und Arbeitern die Erklärung des früheren Ministers Miljukow hervorgerufen hat, daß er die vom Exzaren Nikolaus mit den englischen und französischen Kapitalisten geschlossenen Geheimverträge nicht veröffentlichen wolle und werde. Und nun? Was sagt jetzt der *neue* Außenminister, Herr Tereschtschenko, der Kabinettskollege Skobelevs und Zeretelis, zu dieser Frage?

Tereschtschenko gibt zu, daß „diese Frage (d. h. der Geheimverträge) die Leidenschaften aufwühlt“. Doch was tut er, um diese Leidenschaften zu besänftigen? Er *wiederholt* ganz einfach das, was der eben erst gestürzte Miljukow gesagt hat:

„Die sofortige Veröffentlichung der Verträge würde einem Bruch mit den Verbündeten gleichkommen“, erklärte Tereschtschenko in einer Unterredung mit Journalisten.

Die „sozialistischen“ Minister aber schweigen und decken das System der Geheimdiplomatie.

Das Koalitionskabinet hat nichts geändert. Die Geheimverträge des Zaren bleiben für das Kabinet ein Heiligtum.

Und ihr, meine Herren, wollt, daß das die „Leidenschaften“ nicht „aufwühlen“ soll? Wofür haltet ihr denn die klassenbewußten Arbeiter und Soldaten? Oder haltet ihr sie tatsächlich für „meuternde Sklaven“?

EIN TRAURIGES ABWEICHEN VOM DEMOKRATISMUS

Die „Iswestija“ bringen heute einen Bericht über eine Sitzung der Soldatensektion des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. In dieser Sitzung wurde unter anderem

„... die Frage behandelt, ob Soldaten in der Miliz Dienst tun können. Die Exekutivkommission schlägt der Versammlung folgende Resolution vor:

In Anbetracht dessen, daß die Soldaten ihre *unmittelbaren* Aufgaben zu erfüllen haben, spricht sich die Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten *gegen die Teilnahme der Soldaten* an der Miliz aus und empfiehlt, alle Soldaten, die der Miliz angehören, *sofort zu ihren Truppenteilen zurückzusetzen*.

Nach kurzer Debatte wurde die Resolution *mit einer Abänderung* angenommen, wonach *Soldaten, die vom Frontdienst befreit sind, und Verwundete* in der Miliz verwendet werden können.“

Es ist außerordentlich schade, daß der genaue Wortlaut der vorgenommenen Abänderung und der Resolution nicht mitgeteilt wird. Noch bedauerlicher ist es, daß die Exekutivkommission eine Resolution, die ein völliges Abweichen von den Grundprinzipien des Demokratismus darstellt, vorgeschlagen und die Versammlung sie angenommen hat.

Es gibt wohl kaum eine demokratische Partei in Rußland, die die Programmforderung nach Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung nicht anerkennt. Es gibt wohl kaum einen Sozialrevolutionär oder einen menschewistischen Sozialdemokraten, der es wagen würde, gegen diese Forderung aufzutreten. Aber das ganze Unglück besteht darin, daß es „heutzutage“ „üblich“ geworden ist – unter einem Phrasenschwall über „revolutionäre Demokratie“ –, die

demokratischen Programme (vom Sozialismus schon gar nicht zu reden) „im Prinzip“ anzuerkennen und sie in der Praxis zu verleugnen.

Sich gegen die Teilnahme der Soldaten an der Miliz mit der Begründung wenden, daß „die Soldaten ihre unmittelbaren Aufgaben zu erfüllen haben“, heißt die Grundsätze der Demokratie völlig vergessen und – vielleicht ungewollt, unbewußt – für das stehende Heer eintreten. Der Soldat ist Berufssoldat; seine unmittelbare Aufgabe ist *nicht* der öffentliche Dienst. Das ist die Auffassung der Anhänger des stehenden Heeres. Das ist keine demokratische Auffassung. Das ist die Auffassung der Napoleons. Das ist die Auffassung der Anhänger des alten Regimes und der Kapitalisten, die von einer leichten Rückkehr von der Republik zur konstitutionellen Monarchie träumen.

Ein Demokrat ist grundsätzlich gegen eine solche Auffassung. Die Frage der Teilnahme der Soldaten an der Miliz, das ist die Frage der Niederreißung der Mauer zwischen Heer und Volk. Das ist die Frage des Bruchs mit der verfluchten Vergangenheit der „Kaserne“, in der man, getrennt vom Volke, gegen das Volk, eine besondere Schicht von Menschen „abrichtete“, dressierte, drillte, deren „unmittelbare Aufgabe“ es war, lediglich den Soldatenberuf auszuüben. Die Frage der Teilnahme der Soldaten an der Miliz ist die Grundfrage der Umerziehung der „Soldaten“ zu Staatsbürgern und Milizionären, der Umerziehung der Bevölkerung aus Spießern zu bewaffneten Bürgern. Die Demokratie bleibt eine leere und verlogene Phrase oder eine halbe Maßregel, wenn nicht das *ganze* Volk sofort und unbedingt die Möglichkeit erhält, den Waffengebrauch zu erlernen. Ohne systematische, ständige, weitgehende Teilnahme der Soldaten an der Miliz ist das nicht zu erreichen.

Man wird vielleicht einwenden, daß man die Soldaten nicht von ihren *unmittelbaren* Pflichten *abhalten* dürfe. Aber davon ist keine Rede. Es ist lächerlich, davon besonders zu sprechen, so wie man nicht besonders davon spricht, daß der Arzt, der am Bett eines Schwerkranken tätig ist, nicht fortgehen darf, um seinen Stimmzettel abzugeben, oder daß ein Arbeiter, der eine Arbeit ausübt, die nach der Ansicht aller keine Unterbrechung verträgt, seinen Arbeitsplatz nicht bevor er durch einen anderen Arbeiter abgelöst ist verlassen darf, um seine politischen Rechte auszuüben. Solche Einwände wären entweder nicht ernst zu nehmen oder sogar unehrlich.

Die Teilnahme an der Miliz ist eine der wichtigsten und grundlegendsten Forderungen der Demokratie, ist eine der wesentlichsten Garantien der Freiheit. (In Parenthese sei hinzugefügt, daß es keinen sichereren Weg zur Hebung der rein militärischen Qualität und der Kampfkraft der Armee gibt als die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung, als die Ausbildung des Volkes durch Soldaten. So wurde in jedem wahrhaft revolutionären Krieg verfahren, und so wird in einem solchen Krieg immer verfahren werden.) Daß sofort, unbedingt und allerorts mit der Organisierung einer allgemeinen Volksmiliz begonnen wird und daß die Soldaten in weitestem Umfang zur Teilnahme an der Miliz herangezogen werden, das erfordert das unmittelbarste Interesse sowohl der Arbeiter als auch der Bauern und Soldaten, der gesamten ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung, der Mehrheit, die nicht interessiert ist an der Verteidigung der Profite der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Geschrieben am 10. (23.) Mai 1917.

*Veröffentlicht am 25. (12.) Mai 1917
in der „Prawda“ Nr. 55.*

Nach dem Text der „Prawda“.

ÜBER DIE EINBERUFUNG EINER INTERNATIONALEN „SOZIALISTISCHEN“ KONFERENZ UNTER TEILNAHME DER SOZIALCHAUVINISTEN

Die „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“ veröffentlichen heute einen „Beschuß“ des Exekutivkomitees über die Bildung einer Kommission zur Einberufung einer internationalen Konferenz. Unter anderem wird auch unsere Partei eingeladen, einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Es versteht sich von selbst, daß unsere Partei weder an der Kommission noch überhaupt an der geplanten Konferenz, an der auf die Seite ihrer Bourgeoisie übergegangene „sozialistische“ Minister teilnehmen, mitwirken wird. Jeder, der sich für unsere Partei interessiert und ihre Resolution über die Lage in der Internationale gelesen hat, mußte das wissen.

Das ZK unserer Partei hat bereits vor einigen Tagen einstimmig beschlossen, zu der vorgesehenen Konferenz der Zimmerwalder einen Vertreter zu entsenden, der beauftragt ist, diese Konferenz sofort zu verlassen und den Austritt aus der Zimmerwalder Vereinigung zu erklären, falls die Konferenz sich für irgendeine Annäherung oder gemeinsame Beratung mit den Sozialchauvinisten aussprechen sollte.

Geschrieben am 10. (23.) Mai 1917.

*Veröffentlicht am 25. (12.) Mai 1917
in der „Prawda“ Nr. 55.*

Nach dem Text der „Prawda“.

REDE AUF EINER KUNDGEBUNG
DER PUTILOW-WERKE

12. (25.) MAI 1917

Kurzer Zeitungsbericht

Lenin legte die prinzipiellen Ansichten der Bolschewiki über den Krieg, den Frieden und die Koalitionsregierung dar.

Im ersten Teil seiner Rede sprach Lenin kurz über die Gründe für seine Reise durch Deutschland, um dann zum Krieg überzugehen und dessen räuberisches Wesen klarzulegen. Er ging dann auf die Frage ein, wie der Krieg zu beenden sei, und entwickelte den Gedanken, daß das einzige Mittel ein Bündnis der Arbeiter aller kriegführenden Länder ist.

Weiter ging Lenin auf die Frage ein, was dieses Bündnis der Arbeiter aller Länder behindere, er schilderte die Wege, die man beschreiten kann und muß, um zu einem solchen Bündnis zu gelangen.

Dieser Weg ist nicht das Übereinkommen der Arbeiter mit den Kapitalisten und der bäuerlichen Soldaten mit den Gutsbesitzern, sondern der Kampf der Arbeiter und Bauern gegen ihre Unterdrücker.

Die Koalitionsregierung – das ist das Übereinkommen der Sozialisten mit den Kapitalisten, das ist das Abwürgen der Revolution.

Die Machtergreifung durch die Arbeiter und Bauern vermag unserem Land die Lösung der Fragen zu bringen, die keinen weiteren Aufschub mehr dulden: der Bodenfrage, der Frage der Übergabe des Bodens in die Hände der Bauern, und der anderen mit dem Krieg verbundenen Fragen: der Lebensmittelversorgung, der Verbesserung der Lage der Arbeiter usw.

„Soldatskaja Prawda“ Nr. 26,
1. Juni (19. Mai) 1917

Nach dem Text der
„Soldatskaja Prawda“.

DIE PARTEI DES PROLETARIATS BEI DEN WAHLEN ZU DEN BEZIRKSDUMAS

Unsere Partei geht mit selbständigen Listen in die Wahl. Nach den im Sekretariat des ZK vorliegenden vorläufigen Meldungen sind in vier Bezirken von zwölf (Moskauer Bezirk, Roshdestwenski-, Kolpinski- und Porochowskoi-Bezirk) diese Listen ohne irgendwelche Blocks aufgestellt worden. In allen übrigen Bezirken haben wir *nur* mit den Internationalisten einen Block geschlossen: in sechs Bezirken (2. Stadtbezirk, Narwaer Bezirk, Petrograder Seite, Moskauer Bezirk, im 1. Stadtbezirk und im Bezirk Wassiljewski-Ostrow) mit den Mitgliedern der „Zwischengruppe“⁸⁸ (die bekanntlich den Eintritt der Volkstümler und der Menschewiki in das Kapitalistenkabinett aufs entschiedenste verurteilt haben); dann in vier Bezirken (Wiborger Bezirk, Newski-Bezirk, 1. Stadtbezirk und Bezirk Wassiljewski-Ostrow) mit den internationalistischen Menschewiki, den Gegnern des „sozialistischen“ Ministerialismus, und in einem Bezirk (Newski) auch mit den den „Ministerialismus“ ihrer Partei verurteilenden Internationalisten aus der Partei der Sozialrevolutionäre.

Eine solche Vereinigung mit Internationalisten aus anderen Parteien entspricht vollkommen sowohl den Beschlüssen unserer Konferenzen (der Petrograder und der gesamtrussischen) als auch der grundsätzlichen Linie der proletarischen Partei gegen die kleinbürgerliche Vaterlandsverteidigung und den Ministerialismus der Menschewiki und Volkstümler.

Die Propagierung eines „linken Blocks“, die unter anderem auch die „Nowaja Shisn“ betreibt, konnte natürlich die Beschlüsse unserer Partei nicht erschüttern. Falsch, grundfalsch ist die Ansicht, daß Kommunalwahlen „keinen so stark ausgeprägten politischen Charakter tragen“ (wie die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung). Ebenso falsch ist, daß

die „Kommunalprogramme der einzelnen sozialistischen (??) Parteien sich nur wenig voneinander unterscheiden“. Immer wieder solch merkwürdige Redensarten von sich geben, ohne sachlich auf die Argumente der „Prawda“ einzugehen, heißt sich um die Erörterung der wichtigsten Frage drücken oder aber überhaupt mit seinem Latein am Ende sein.

Die Wahlen in der Hauptstadt mitten in der Revolution reduzieren wollen auf ein rein (oder auch nur vorwiegend) „kommunales“ Programm – das ist ungeheuer albern. Das ist ein Hohn auf die Erfahrungen aller Revolutionen. Das ist ein Hohn auf den gesunden Menschenverstand der Arbeiter, die sehr gut wissen, daß die Rolle Petrograds eine führende und manchmal *auch eine entscheidende* ist.

Die Kadetten vereinigen alle Rechten, die gesamte Konterrevolution, alle Gutsbesitzer und Kapitalisten. Sie sind für die Regierung, sie wollen das revolutionäre Petrograd zum Handlanger der Regierung der Kapitalisten erniedrigen, die gegenüber 6 Volkstümlern und Menschewiki über 10 Minister verfügen.

Den Kadetten, den Chauvinisten, den Anhängern des Krieges um die Meerengen steht die Partei des Proletariats gegenüber, die der unbedingte Feind des Imperialismus ist, die allein fähig ist, mit den Interessen des Kapitals zu brechen und ernsthafte revolutionäre Maßnahmen zu ergreifen, ohne die man im Augenblick der heranrückenden, bereits unmittelbar drohenden Katastrophe von unermeßlichem Ausmaß den werktätigen Massen *unmöglich* helfen kann. Ohne revolutionäre Maßnahmen gibt es *keine* Rettung. Ohne die Arbeitermiliz als Vorstufe zur sofortigen Bildung einer allgemeinen Volksmiliz ist es *unmöglich*, selbst bei bestem Willen unmöglich, solche Maßnahmen durchzuführen, ist es im besonderen unmöglich, die „Schlangen“ und die Desorganisation der Lebensmittelversorgung zu beseitigen.

Die „Mittellinie“ aber, die Linie des Kleinbürgertums, der Menschewiki und Volkstümler, die fromme Wünsche verkünden und sich durch das Übereinkommen mit den Kapitalisten und die Unterordnung unter die Kapitalisten (6 Minister gegen 10!!) entmannen, diese Linie ist nicht lebensfähig. Die Massen werden sich bald durch die Erfahrung davon überzeugen, selbst wenn sie vorübergehend an die „Verständigung“ mit den Kapitalisten glauben.

Wer für die tatsächliche Verwirklichung der Interessen der werktäti-

gen Massen ist, für die Beseitigung der Polizei, für ihre Ersetzung durch eine allgemeine Volksmiliz, für ernste, revolutionäre Maßnahmen, um das Land aus der unerhörten Krise, aus der unerhörten Zerrüttung zu befreien, der muß für die Listen der proletarischen Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) stimmen.

„Prawda“ Nr. 56,
26. (13.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

WAS UNSERE PARTEI VOR DER REVOLUTION ÜBER DEN KRIEG ERKLÄRT HAT

Von besonderem Interesse dürften jene Erklärungen sein, die gerade einen Sieg der Revolution unter dem Banner des Chauvinismus (der „Vaterlandsverteidigung“) ins Auge faßten. Im „Sozial-Demokrat“, der in Genf als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands unter der Redaktion von Sinowjew und Lenin erschien, ist in Nr. 47 vom 13. Oktober 1915 im Namen der Redaktion folgendes veröffentlicht worden:

„...8. Als revolutionäre Chauvinisten bezeichnen wir diejenigen, die den Sieg über den Zarismus zu dem Zweck wollen, Deutschland zu besiegen, andere Länder zu rauben, die Herrschaft der Großrussen über die übrigen Völker Rußlands zu festigen usw. Die Grundlage des revolutionären Chauvinismus ist die Klassenlage des Kleinbürgertums. Es schwankt stets zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Gegenwärtig schwankt es zwischen dem Chauvinismus (der es hindert, konsequent revolutionär selbst im Sinne der demokratischen Revolution zu sein) und dem proletarischen Internationalismus. Die politischen Wortführer dieses Kleinbürgertums sind gegenwärtig in Rußland die Trudowiki, die Sozialrevolutionäre, die Gruppe ‚Nascha Sarja‘, die Fraktion Tschcheidse, das OK, Herr Plechanow usw. 9. Wenn die revolutionären Chauvinisten in Rußland siegten, so würden wir gegen eine Verteidigung ihres ‚Vaterlandes‘ im gegenwärtigen Krieg sein. Unsere Losung: Gegen die Chauvinisten, auch wenn sie Revolutionäre und Republikaner sind, *gegen sie und für* das Bündnis des internationalen Proletariats zur Durchführung der sozialistischen Revolution. 10. Auf die Frage, ob es möglich ist, daß das Proletariat in der bürgerlichen russischen Revolution die Führung

innehat, antworten wir: Jawohl, das ist möglich, wenn das Kleinbürgertum an den entscheidenden Wendepunkten nach links schwankt; es wird aber nach links getrieben nicht nur durch unsere Propaganda, sondern auch durch eine Reihe von objektiven Faktoren ökonomischer, finanzieller (die Kriegslasten), militärischer, politischer u. a. Natur. 11. Auf die Frage, was die Partei des Proletariats tun würde, wenn die Revolution sie im gegenwärtigen Krieg an die Macht bringen sollte, antworten wir: Wir würden *allen* Kriegführenden den Frieden anbieten unter der Bedingung, daß die Kolonien und *alle* abhängigen, unterdrückten und nicht gleichberechtigten Völker die Freiheit erhalten. Weder Deutschland noch England oder Frankreich würden unter ihren jetzigen Regierungen diese Bedingungen annehmen. Dann müßten wir den revolutionären Krieg vorbereiten und führen, d. h., wir würden nicht nur die entschiedensten Maßnahmen ergreifen, um unser ganzes Minimalprogramm vollständig durchzuführen, sondern auch alle jetzt von den Großrussen unterdrückten Völker, alle Kolonien und abhängigen Länder Asiens (Indien, China, Persien usw.) systematisch zum Aufstand aufrütteln, und ebenso – ja in erster Linie – würden wir das sozialistische Proletariat Europas seinen Sozialchauvinisten zum Trotz zum Aufstand gegen seine Regierung aufrufen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Sieg des Proletariats in Rußland außergewöhnlich günstige Bedingungen für die Entwicklung der Revolution in Asien wie in Europa schaffen würde. Das hat sogar das Jahr 1905 bewiesen. Die internationale Solidarität des revolutionären Proletariats ist *eine Tatsache* – trotz des schmutzigen Abschaums des Opportunismus und Sozialchauvinismus.“*

„Prawda“ Nr. 56,
26. (13.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 367/368, russ. Die Red.

DER WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENBRUCH DROHT

Der Nachrichten, Betrachtungen, Befürchtungen und Gerüchte über die drohende Katastrophe werden es immer mehr. Die Zeitungen der Kapitalisten suchen Schrecken zu verbreiten, sie zetern wutschnaubend über die Bolschewiki und paradieren mit anonymen Andeutungen Kutlers über „eine“ Fabrik, über „gewisse“ Fabriken, über „einen“ Betrieb usw. Das sind merkwürdige Methoden und sonderbare „Beweise“... Warum nennt man nicht eine bestimmte Fabrik *beim Namen*? Warum gibt man der Öffentlichkeit *und den Arbeitern* nicht die Möglichkeit, diese Gerüchte nachzuprüfen, die nur Beunruhigung schaffen sollen?

Es kann doch für die Herren Kapitalisten nicht schwer sein, zu begreifen, daß sie sich nur selber lächerlich machen, wenn sie keine genauen Angaben über bestimmte, genau bezeichnete Betriebe machen. Ihr seid ja die Regierung, ihr Herren Kapitalisten, ihr habt 10 von 16 Ministern, ihr tragt die Verantwortung, und ihr habt die Verfügungsgewalt. Ist es etwa nicht lächerlich, wenn Leute, die die Mehrheit in der Regierung und die Verfügungsgewalt haben, sich auf die anonymen Andeutungen Kutlers beschränken, weil sie Angst haben, offen und geradeheraus aufzutreten, weil sie die Verantwortung auf andere Parteien abwälzen wollen, die nicht das Ruder des Staates in der Hand haben?

Die Zeitungen der kleinbürgerlichen Parteien, der Volkstümmler und Menschewiki, jammern gleichfalls, wenn auch in einer etwas anderen Tonart, sie beschuldigen nicht so sehr die schrecklichen Bolschewiki (obwohl es ohne das natürlich nicht abgeht), sondern häufen einen frommen Wunsch auf den anderen. Besonders charakteristisch ist in dieser Beziehung die Haltung der „Iswestija“, deren Redaktion sich in den Händen des Blocks der beiden genannten Parteien befindet. Nr. 63 vom 11. Mai bringt zwei Artikel zum Thema des Kampfes gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, zwei Artikel gleichen Inhalts. Der eine Artikel ist äußerst... wie könnte man das recht milde ausdrücken? ...äußerst unvorsichtig (wie überhaupt der Eintritt der Volkstümmler und Menschewiki in das

Kabinett der Imperialisten „unvorsichtig“ war) überschrieben: „Was will die Provisorische Regierung?“ Richtiger wäre die Überschrift „Was will die Provisorische Regierung *nicht* und was verspricht sie?“

Der andere Artikel ist eine „Resolution der Ökonomischen Abteilung des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“. Hier einige Zitate, die den Inhalt dieser Resolution am getreuesten wiedergeben:

„Für viele Industriezweige ist die Zeit für ein staatliches Handelsmonopol (Getreide, Fleisch, Salz, Leder) gekommen, für andere wieder sind nunmehr die Voraussetzungen für die Schaffung staatlich regulierter Trusts gegeben (Kohle- und Erdölgewinnung, Erzeugung von Metallen, Zucker, Papier), und endlich machen die gegenwärtigen Verhältnisse für fast alle Industriezweige die regulierende Mitwirkung des Staates bei der Verteilung der Rohstoffe und der erzeugten Produkte sowie die Fixierung der Preise notwendig... Gleichzeitig müssen alle Kreditinstitutionen der Kontrolle der Öffentlichkeit und der Staatsmacht unterstellt werden, um die Spekulation mit Waren, die der staatlichen Regulierung unterliegen, zu bekämpfen... Ferner müssen ... zur Bekämpfung des Schmarotzertums die energischsten Maßregeln, einschließlich der Einführung der Arbeitspflicht, getroffen werden... Das Land ist bereits mitten in der Katastrophe, und aus ihr herausführen kann nur die schöpferische Kraftanspannung des gesamten Volkes *mit einer Staatsmacht an der Spitze*, die sich bewußt die grandiose Aufgabe gestellt hat“ (hm... hm...!?), „das durch den Krieg und das zaristische Regime verwüstete Land zu retten.“

Abgesehen von dem letzten Satz, von den von uns hervorgehobenen Worten ab, wo den Kapitalisten mit echt kleinbürgerlicher Vertrauensseligkeit Aufgaben „gestellt“ werden, die sie nicht lösen können, abgesehen davon ist das Programm ausgezeichnet. Sowohl die Kontrolle wie die Verstaatlichung der Trusts, sowohl die Bekämpfung der Spekulation wie die Arbeitspflicht – wodurch, meine Herren, unterscheidet sich das eigentlich von dem „schrecklichen“ Bolschewismus? Was wollten denn die „schrecklichen“ Bolschewiki mehr?

Das eben ist der Kernpunkt, das eben ist das Wesentliche, das eben ist es, was die Spießbürger und Philister aller Färbungen hartnäckig nicht verstehen wollen: man ist *genötigt*, das Programm des „schrecklichen“ Bolschewismus anzuerkennen, denn ein anderes Programm, das einen Ausweg aus dem in der Tat drohenden, in der Tat schrecklichen Zusammenbruch weisen würde, kann es nicht geben, *aber* ... aber die Kapitali-

sten „anerkennen“ dieses Programm (siehe den berühmten § 3 der Erklärung der „neuen“ Provisorischen Regierung)⁸⁹, um es nicht durchzuführen. Und die Volkstümpler und Menschewiki „vertrauen“ den Kapitalisten und suchen dem Volk dieses verhängnisvolle Vertrauen beizubringen. Das ist der Kernpunkt der ganzen politischen Lage.

Die Kontrolle über die Trusts einführen – einschließlich der Veröffentlichung ihrer vollständigen Geschäftsberichte, einschließlich sofort einzuberufender Kongresse ihrer Angestellten, einschließlich der unbedingten Mitwirkung der *Arbeiter selbst*, einschließlich der Zulassung von Vertretern jeder großen politischen Partei, die selbständig eine Kontrolle ausüben können – das kann man durch ein Dekret, zu dessen Abfassung ein Tag genügt.

Warum zaudert ihr, Bürger Schingarjow, Tereschtschenko, Konowalow? Warum zaudert ihr, Bürger Tschernow, Zereteli, ihr beinahe-sozialistischen Minister? Warum zaudert ihr, volkstümplerische und menschwistische Führer des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten?

Nichts anderes als die *sofortige* Einführung einer derartigen Kontrolle über die Trusts, die Banken, den Handel, über die „Schmarotzer“ (den Redakteuren der „Iswestija“ ist – ausnahmsweise – ein erstaunlich treffendes Wort unter die Feder gekommen...), über die Lebensmittel haben wir vorgeschlagen, und nichts anderes konnte sonst jemand vorschlagen. Auf nichts anderes kommt es an als auf die „schöpferische Kraftanspannung des gesamten Volkes“...

Nur darf man den Worten der Kapitalisten, darf man der naiven (bestenfalls naiven) Hoffnung der Menschewiki und Volkstümpler nicht glauben, als könnten die Kapitalisten eine derartige Kontrolle durchführen.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch droht. Die Katastrophe naht. Die Kapitalisten stürzten und stürzen alle Länder ins Verderben. Es gibt nur eine Rettung: revolutionäre Disziplin, revolutionäre Maßnahmen der *revolutionären Klasse*, der Proletarier und Halbproletarier, Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände dieser Klasse, die eben eine solche Kontrolle wirklich einführen, die den siegreichen „Kampf gegen das Schmarotzertum“ wirklich zur Tat werden lassen kann.

„Prawda“ Nr. 57, 27. (14.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

KRIEG UND REVOLUTION

Lektion am 14. (27.) Mai 1917

Die Frage Krieg und Revolution wird in der letzten Zeit sowohl in der gesamten Presse als auch in jeder Volksversammlung so häufig gestellt, daß sehr wahrscheinlich viele Seiten dieser Frage vielen von Ihnen wohl bekannt sind, ja manchen bereits langweilen werden. Ich hatte noch nicht Gelegenheit, in Partei- oder überhaupt in Volksversammlungen des hiesigen Bezirks das Wort zu ergreifen oder auch nur anwesend zu sein, und laufe darum vielleicht Gefahr, in Wiederholungen zu verfallen oder nicht ausführlich genug auf die Seiten dieser Frage einzugehen, die Sie besonders interessieren.

Mir scheint, das Wichtigste, das in der Frage des Krieges gewöhnlich unbeachtet bleibt, dem man nicht genügend Aufmerksamkeit widmet, die Hauptursache dafür, daß so viele Debatten – und ich möchte sagen, leere, aussichtslose und nutzlose Debatten – geführt werden, das ist die Tatsache, daß man die Grundfrage vergißt, die Frage nämlich, welchen Klassencharakter der Krieg hat, weswegen dieser Krieg ausgebrochen ist, welche Klassen ihn führen, welche historischen und historisch-ökonomischen Bedingungen ihn hervorgerufen haben. Soweit ich Gelegenheit hatte, in Volksversammlungen und Parteiversammlungen zu verfolgen, wie bei uns die Frage des Krieges gestellt wird, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß eine Menge Mißverständnisse in dieser Frage eben darum entstehen, weil wir immer wieder bei der Behandlung der Frage des Krieges völlig verschiedene Sprachen sprechen.

Vom Standpunkt des Marxismus, d. h. des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, ist, wenn Sozialisten erörtern, wie der Krieg einzuschätzen ist und wie man sich zu ihm stellen soll, die grundlegende Frage

die, um welcher Ziele willen dieser Krieg geführt wird, welche Klassen ihn vorbereitet und seine Richtung bestimmt haben. Wir Marxisten sind nicht unbedingte Gegner eines jeden Krieges. Wir sagen: Unser Ziel ist es, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, die nach Aufhebung der Teilung der Menschheit in Klassen, nach Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und einer Nation durch andere Nationen unbedingt jede Möglichkeit von Kriegen überhaupt beseitigen wird. Aber im Krieg um diese sozialistische Gesellschaftsordnung werden wir unabwendbar Verhältnisse antreffen, wo der Klassenkampf innerhalb einer jeden einzelnen Nation mit einem durch eben ihn, diesen Klassenkampf, erzeugten Krieg zwischen verschiedenen Nationen zusammentreffen kann, und wir können darum die Möglichkeit revolutionärer Kriege, d. h. solcher Kriege, die aus dem Klassenkampf entstanden sind, von revolutionären Klassen geführt werden und direkte, unmittelbare revolutionäre Bedeutung haben, nicht leugnen. Wir können das um so weniger leugnen, als in der Geschichte der europäischen Revolutionen des letzten Jahrhunderts, während 125–135 Jahren, neben einer Mehrheit von reaktionären Kriegen auch revolutionäre Kriege stattgefunden haben, zum Beispiel der Krieg der französischen revolutionären Volksmassen gegen das vereinigte monarchistische, rückständige, feudale und halbfeudale Europa. Und gegenwärtig gibt es keine Methode zur Täuschung der Massen, die in Westeuropa und in letzter Zeit auch bei uns, in Rußland, weiter verbreitet wäre, als ihre Irreführung durch Hinweise auf das Beispiel revolutionärer Kriege. Es gibt Kriege und Kriege. Man muß untersuchen, aus welchen historischen Bedingungen heraus der betreffende Krieg entstanden ist, welche Klassen ihn führen und mit welchem Ziel sie ihn führen. Tun wir das nicht, so werden alle unsere Erörterungen über den Krieg nichts als Strohdrescherei, nichts als fruchtlose Wortklauberei sein. Darum eben werde ich mir erlauben, da Sie ja als Thema die Frage nach dem Verhältnis von Krieg und Revolution gewählt haben, ausführlich auf diese Seite der Sache einzugehen.

Bekannt ist der Ausspruch von Clausewitz, einem der berühmtesten Schriftsteller über die Philosophie des Krieges und die Geschichte des Krieges, der lautet: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln.“⁹⁰ Dieser Ausspruch stammt von einem Schriftsteller, der kurz nach der Epoche der Napoleonischen Kriege die Geschichte der

Kriege erforscht und die philosophischen Lehren aus dieser Geschichte gezogen hat. Dieser Schriftsteller, dessen Grundgedanken heute von jedem denkenden Menschen unbedingt geteilt werden, hat schon vor rund 80 Jahren das bei Philistern und bei Ignoranten gängige Vorurteil bekämpft, daß man den Krieg von der Politik der entsprechenden Regierungen, der entsprechenden Klassen loslösen könne, daß man den Krieg irgendwann als einen einfachen Überfall, der den Frieden stört, mit darauffolgender Wiederherstellung dieses gestörten Friedens betrachten könne. Sich schlagen und sich vertragen! Das ist eine primitive, von Ignorantentum zeugende Auffassung, die schon vor Jahrzehnten widerlegt worden ist und durch jede halbwegs sorgfältige Analyse einer beliebigen geschichtlichen Epoche von Kriegen widerlegt wird.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Jeder Krieg ist unlösbar mit der politischen Ordnung verbunden, der er entspringt. Dieselbe Politik, die eine bestimmte Großmacht, eine bestimmte Klasse innerhalb dieser Großmacht lange Zeit hindurch vor dem Krieg verfolgte, setzt diese selbe Klasse unvermeidlich und unausbleiblich während des Krieges fort, wobei sie nur die Form des Handelns ändert.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Wenn die französischen revolutionären Städter und die revolutionären Bauern Ende des 18. Jahrhunderts, nachdem sie in ihrem Lande die Monarchie auf revolutionärem Wege gestürzt hatten, die demokratische Republik errichteten, wenn sie, nachdem sie mit ihrem Monarchen abgerechnet hatten, auf revolutionäre Weise auch mit ihren Gutsbesitzern abrechneten, dann mußte diese Politik der revolutionären Klasse das ganze übrige autokratische, zaristische, königliche, halbfeudale Europa bis in die Grundfesten erschüttern. Und die unvermeidliche Fortsetzung dieser Politik der revolutionären Klasse, die in Frankreich gesiegt hatte, waren die Kriege, in denen sich gegen das revolutionäre Frankreich alle monarchistischen Nationen Europas stellten, die ihre berühmte Koalition bildeten und Frankreich mit einem konterrevolutionären Krieg überzogen. So wie damals innerhalb des Landes das französische revolutionäre Volk erstmalig ein in Jahrhunderten ungekanntes Höchstmaß an revolutionärer Energie an den Tag legte, so offenbarte es auch im Krieg am Ende des 18. Jahrhunderts eine gigantische revolutionäre Schöpferkraft, als es das

ganze System der Strategie umgestaltete, mit allen alten Kriegsgesetzen und -bräuchen brach und an Stelle der alten Truppen ein neues, revolutionäres Volksheer und eine neue Kriegführung schuf. Dieses Beispiel verdient, wie mir scheint, besondere Beachtung, da es uns anschaulich eben das zeigt, was die Publizisten der bürgerlichen Zeitungen augenblicklich auf Schritt und Tritt vergessen, wobei sie auf die Vorurteile und die spießbürgerische Unwissenheit der völlig unentwickelten Volksmassen spekulieren, die nicht begreifen, daß ein unlösbarer ökonomischer und historischer Zusammenhang zwischen einem jeden Krieg und der ihm vorangegangenen Politik eines jeden Landes, einer jeden Klasse besteht, die vor dem Krieg die Herrschaft innehatte und die Erreichung ihrer Ziele mit sogenannten „friedlichen“ Mitteln sicherzustellen suchte. Mit sogenannten, denn die Gewaltakte, die beispielsweise nötig zu sein pflegen, um eine „friedliche“ Herrschaft über die Kolonien zu ermöglichen, können schwerlich als friedlich bezeichnet werden.

In Europa herrschte Frieden, aber er wurde erhalten, weil die Herrschaft der europäischen Nationen über Hunderte Millionen Bewohner der Kolonien nur vermittels ständiger, ununterbrochener, niemals abreißender Kriege ausgeübt wurde, die wir Europäer nicht als Kriege betrachten, weil sie allzu häufig nicht Kriegen, sondern eher einem bestialischen Gemetzel, der bestialischen Ausrottung wehrloser Völker ähnelten. Aber die Sache ist die, daß wir, um den gegenwärtigen Krieg zu verstehen, in erster Linie die Politik der europäischen Mächte als Ganzes betrachten müssen. Man darf keine Einzelbeispiele, keine Einzelfälle wählen, die stets leicht aus dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Erscheinungen zu reißen sind und keinerlei Wert haben, weil man ebenso leicht ein entgegengesetztes Beispiel anführen kann. Nein, man muß die gesamte Politik des ganzen Systems der europäischen Staaten in ihren ökonomischen und politischen Wechselbeziehungen betrachten, um zu verstehen, auf welche Weise aus diesem System folgerichtig und unvermeidbar der gegenwärtige Krieg entstanden ist.

Wir sehen ständig Versuche, besonders seitens der kapitalistischen Zeitungen – ganz gleich, ob monarchistische oder republikanische –, dem jetzigen Krieg einen geschichtlichen Inhalt beizumessen, den er nicht hat. Beispielsweise ist in der französischen Republik nichts so verbreitet wie die Versuche, diesen Krieg von seiten Frankreichs als Fortsetzung

und Ebenbild der Kriege der großen französischen Revolution von 1792 darzustellen. Es gibt kein verbreiteteres Verfahren zur Täuschung der französischen Volksmassen, der französischen Arbeiter und der Arbeiter aller Länder, als den „Jargon“ jener Epoche, ihre einzelnen Losungen auf unsere Epoche zu übertragen, als den Versuch, die Dinge so darzustellen, als verteidige das republikanische Frankreich auch heute seine Freiheit gegen die Monarchie. Man vergißt jenen „kleinen“ Umstand, daß damals, im Jahre 1792, der Krieg in Frankreich von einer revolutionären Klasse geführt wurde, die eine Revolution sondergleichen vollzogen, die mit unerhörtem Heroismus der Massen die französische Monarchie bis auf den Grund zerstört hatte und sich gegen das vereinigte monarchistische Europa einzig und allein deshalb erhob, um ihren revolutionären Kampf fortzusetzen.

Der Krieg in Frankreich war die Fortsetzung der Politik jener revolutionären Klasse, die die Revolution gemacht, die Republik erkämpft, mit einer bis dahin ungekannten Energie mit den französischen Kapitalisten und Gutsbesitzern abgerechnet hatte und nunmehr um dieser Politik, um ihrer Fortsetzung willen einen revolutionären Krieg gegen das vereinigte monarchistische Europa führte.

Heute aber haben wir es vor allem mit dem Bündnissystem zweier kapitalistischer Mächtegruppen zu tun. Wir haben es zu tun mit den größten kapitalistischen Weltmächten, mit England, Frankreich, Amerika und Deutschland, deren ganze Politik jahrzehntelang in dem ununterbrochenen ökonomischen Wettstreit bestand, in dem Wettstreit um die Beherrschung der ganzen Welt, um die Versklavung der kleinen Völkerschaften, um die Sicherung eines dreifachen und zehnfachen Profits des Bankkapitals, das die ganze Welt in die Fesseln seines Einflusses geschlagen hat. Darin besteht die wirkliche Politik Englands und Deutschlands. Das betone ich besonders. Und man darf niemals müde werden, das zu betonen, denn wenn wir das vergessen, werden wir nichts vom gegenwärtigen Krieg verstehen und hilflos der Macht jedes beliebigen bürgerlichen Publizisten ausgeliefert sein, der uns betrügerische Phrasen aufischt.

Die wirkliche Politik der beiden Gruppen der größten kapitalistischen Giganten – Englands und Deutschlands, die mit ihren Verbündeten gegeneinander ins Feld gezogen sind –, diese Politik während langer

Jahrzehnte vor dem Krieg muß in ihrer Gesamtheit studiert und verstanden werden. Täten wir das nicht, würden wir nicht nur die Grundforderung des wissenschaftlichen Sozialismus und jeder Gesellschaftswissenschaft überhaupt vergessen – wir würden uns auch der Möglichkeit berauben, überhaupt irgend etwas vom gegenwärtigen Krieg zu verstehen. Wir würden uns Miljukow ausliefern, einem Betrüger, der den Chauvinismus und den Haß des einen Volkes gegen ein anderes mit Methoden schürt, die ausnahmslos überall angewendet werden, mit Methoden, von denen der zu Beginn von mir genannte Clausewitz vor achtzig Jahren schrieb, Clausewitz, der schon damals die Ansicht verspottete, als lebten die Völker in Frieden und schlugen dann plötzlich aufeinander los! Als ob das die Wahrheit wäre! Kann man denn den Krieg erklären, ohne ihn in Zusammenhang zu bringen mit der vorausgegangenen Politik des betreffenden Staates, des betreffenden Staatssystems, der betreffenden Klassen? Ich wiederhole noch einmal: das ist die Grundfrage, die man ständig vergißt, aus deren Nichtverstehen heraus neun Zehntel der Gespräche über den Krieg zu leerem Gezänk bzw. zu einem Austausch von Redensarten werden. Wir sagen: Wenn man nicht die Politik beider Gruppen der kriegführenden Mächte im Laufe der Jahrzehnte studiert hat – um Zufälligkeiten zu vermeiden und nicht Einzelbeispiele herauszugreifen –, wenn man nicht den Zusammenhang dieses Krieges mit der vorausgegangenen Politik aufgezeigt hat, dann hat man nichts von diesem Krieg begriffen!

Diese Politik aber zeigt uns überall das eine: die ununterbrochene ökonomische Rivalität der beiden größten Weltgiganten, der beiden größten kapitalistischen Wirtschaftsgruppen. Einerseits ist das England, ein Staat, in dessen Besitz der größte Teil des Erdballs ist, ein Staat, der seinem Reichtum nach an erster Stelle steht, der diesen Reichtum nicht so sehr durch die Arbeit seiner Arbeiter geschaffen hat als vielmehr in erster Linie durch die Ausbeutung einer unermesslichen Zahl von Kolonien, durch die unermessliche Macht der englischen Banken, die sich an der Spitze aller übrigen Banken zu einer zahlenmäßig überaus kleinen Gruppe von Riesenbanken – drei, vier, fünf – zusammengeschlossen haben und über Hunderte Milliarden Rubel verfügen, und das so, daß man ohne jede Übertreibung sagen kann: es gibt auf dem ganzen Erdball kein Stückchen Land, worauf dieses Kapital nicht seine schwere Hand

gelegt hätte, kein Stückchen Land, das nicht von Tausenden Fäden des englischen Kapitals umstrickt wäre. Dieses Kapital war Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem solchen Umfang angewachsen, daß es seine Tätigkeit weit über die Grenzen einzelner Staaten hinaus ausdehnte und eine Gruppe von Riesenbanken mit unerhörtem Reichtum schuf. Nachdem es diese winzige Zahl von Banken hervorgebracht hatte, umgarnte es mit Hilfe des hierdurch geschaffenen Netzes mit Hunderten Milliarden Rubeln die ganze Welt. Das ist das Grundlegende in der ökonomischen Politik Englands und in der ökonomischen Politik Frankreichs, von der die französischen Publizisten selber, beispielsweise Mitarbeiter der augenblicklich von ehemaligen Sozialisten geleiteten „Humanité“⁹¹ (und zwar niemand anderes als der bekannte Publizist in Finanzfragen, Lysis), schon einige Jahre vor dem Krieg geschrieben haben: „Frankreich ist eine Finanzmonarchie, Frankreich ist eine Finanzoligarchie, Frankreich ist der Wucherer der ganzen Welt.“

Andererseits hat sich gegen diese hauptsächlich englisch-französische Gruppe eine andere, noch beutegierigere, noch räuberischere Gruppe in Bewegung gesetzt, eine Gruppe von Kapitalisten, die an den Tisch des kapitalistischen Schmauses herantraten, als die Plätze schon besetzt waren, dabei aber neue Verfahren zur Entwicklung der kapitalistischen Produktion, eine bessere Technik und eine unvergleichliche Organisation in den Kampf führten, die den alten Kapitalismus, den Kapitalismus der Epoche der freien Konkurrenz in den Kapitalismus der riesigen Trusts, der Syndikate und Kartelle verwandelte. Diese Gruppe entwickelte die Grundlagen für die Verstaatlichung der kapitalistischen Produktion, für die Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus, der viele Millionen Menschen in einer einzigen Organisation des Staatskapitalismus erfaßt. Das eben ist die Geschichte der Ökonomie, die Geschichte der Diplomatie während mehrerer Jahrzehnte, woran niemand vorbeigehen kann. Sie allein weist den Weg zu einer richtigen Lösung der Frage des Krieges und zeigt, daß auch der gegenwärtige Krieg ein Produkt der Politik jener Klassen ist, die in diesem Krieg aneinandergeraten sind, der beiden großen Giganten, die lange vor dem Kriege über die ganze Welt, über alle Länder die Netze ihrer finanziellen Ausbeutung gespannt, die vor dem Kriege die ganze Welt ökonomisch unter sich aufgeteilt hatten. Sie muß-

ten aufeinanderstoßen, weil vom Standpunkt des Kapitalismus die Neu-aufteilung dieser Herrschaft unvermeidlich geworden war.

Die alte Aufteilung beruhte darauf, daß England im Verlauf einiger Jahrhunderte seine früheren Konkurrenten ruiniert hatte. Sein früherer Konkurrent war Holland, das seinerzeit die ganze Welt beherrschte, sein früherer Konkurrent war Frankreich, das um die Herrschaft rund hundert Jahre Krieg führte. Durch lange Kriege hatte England auf Grund seiner ökonomischen Macht, der Macht seines Handelskapitals, seine nirgendwo mehr bestrittene Weltherrschaft errichtet. Da tauchte ein neuer Räuber auf, 1871 entstand eine neue kapitalistische Großmacht, die sich unermesslich schneller entwickelte als England. Das ist die grundlegende Tatsache. Sie werden kein einziges Buch über die Geschichte der Ökonomie finden, das diese unbestreitbare Tatsache, die schnellere Entwicklung Deutschlands, nicht zugeben würde. Diese schnelle Entwicklung des deutschen Kapitalismus war die Entwicklung eines jungen und starken Räubers, der im Verband der europäischen Mächte erschien und erklärte: „Ihr habt Holland ruiniert, ihr habt Frankreich zerschlagen, ihr habt die halbe Welt in Besitz genommen – gebt uns gefälligst einen entsprechenden Anteil.“ Was aber heißt „entsprechender Anteil“? Auf welche Weise wird er in der kapitalistischen Welt, in der Welt der Banken bestimmt? Dort wird die Macht durch die Zahl der Banken bestimmt, dort wird die Macht so bestimmt, wie das ein Organ der amerikanischen Milliardäre mit echt amerikanischer Offenheit und echt amerikanischem Zynismus tat. Es erklärt: „In Europa geht der Krieg um die Weltherrschaft. Um die Welt zu beherrschen, braucht man zwei Dinge: Dollars und Banken. Dollars haben wir, Banken werden wir gründen, und wir werden die Welt beherrschen.“ Das ist die Erklärung einer führenden Zeitung der amerikanischen Milliardäre. Ich muß sagen: in diesem zynischen amerikanischen Ausspruch eines eingebildeten und frech gewordenen Milliardärs steckt tausendmal mehr Wahrheit als in den Tausenden Artikeln bürgerlicher Lügner, die diesen Krieg als Krieg wegen irgendwelcher nationaler Interessen, nationaler Fragen hinstellen und dergleichen mehr ganz offensichtliche Lügen von sich geben, die sich über die Geschichte in ihrer Gesamtheit hinwegsetzen und ein Einzelbeispiel wie den Überfall des deutschen Räubers auf Belgien herausgreifen. Dieses Beispiel entspricht zweifellos der Wahrheit. Jawohl, diese Gruppe von Räufern hat

mit unerhörter Bestialität Belgien überfallen, aber sie hat das gleiche getan, was die andere Gruppe von Räubern mit anderen Methoden gestern getan hat und heute mit anderen Völkern tut.

Wenn wir über die Frage der Annexionen diskutieren – und das ist eine Frage, die zu dem gehört, was ich Ihnen kürz als die Geschichte der ökonomischen und diplomatischen Beziehungen darzulegen versuchte, die den gegenwärtigen Krieg hervorgerufen haben –, wenn wir über Annexionen diskutieren, dann vergessen wir stets, daß das gewöhnlich eben das ist, worum dieser Krieg geführt wird: um die Aufteilung der Eroberungen oder, populärer gesagt, um die Aufteilung der von den beiden Räuberhaufen zusammen geraubten Beute. Wenn wir über Annexionen diskutieren, begegnen wir ständig Methoden, die wissenschaftlich gesehen keinerlei Kritik standhalten und die gesellschaftlich-publizistisch gesehen nicht anders denn als grober Betrug bezeichnet werden können. Fragen Sie einen russischen Chauvinisten oder Sozialchauvinisten, und er wird Ihnen ausgezeichnet klarmachen, was eine Annexion von seiten Deutschlands ist – er versteht das vortrefflich. Aber auf die Bitte, eine allgemeine Definition der Annexion zu geben, die sowohl für Deutschland wie auch für England und Rußland anwendbar wäre, wird er Ihnen niemals eine Antwort geben. Niemals wird er sie geben! Und als die „Retsch“ (um von der Theorie zur Praxis zu kommen), sich über unsere „Prawda“ lustig machend, sagte: „Diese Prawdisten halten Kurland für eine Annexion! Wie kann man mit solchen Leuten diskutieren?“, und als wir antworteten: „Seien Sie so gut und geben Sie eine Definition der Annexion, die sowohl für die Deutschen wie auch für die Engländer und die Russen anwendbar ist, und wir fügen hinzu, entweder werden Sie ausweichen oder wir werden Sie sofort entlarven“*, da hüllte sich die „Retsch“ in Schweigen. Wir behaupten, niemals hat auch nur eine einzige Zeitung, weder der Chauvinisten schlechthin, die einfach sagen, man müsse das Vaterland verteidigen, noch der Sozialchauvinisten, eine Definition der Annexion gegeben, die sich sowohl auf Deutschland wie auch auf Rußland bezöge, eine Definition, die auf eine beliebige Seite anwendbar wäre. Und sie kann sie nicht geben, weil dieser ganze Krieg die Fortsetzung der Politik der Annexionen, d. h. der Eroberungen, des kapitalistischen Raubes ist, die beide Seiten, beide kriegführende Gruppen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 17/18. *Die Red.*

praktizieren. Und darum ist es verständlich, daß die Frage, wer von diesen beiden Räubern als erster das Messer gezogen hat, für uns keinerlei Bedeutung hat. Nehmen Sie die Geschichte der Marine- und Militärausgaben beider Gruppen im Verlauf von Jahrzehnten, nehmen Sie die Geschichte der kleinen Kriege, die sie vor dem großen führten – „kleinen“ Kriege, weil in diesen Kriegen wenig Europäer, dafür aber Hunderttausende aus jenen Völkern umkamen, die sie versklavten, die von ihrem Standpunkt nicht einmal als Völker angesehen werden (irgendwelche Asiaten, Afrikaner – sind das etwa Völker?); mit diesen Völkern wurden Kriege folgender Art geführt: sie waren waffenlos, und man mordete sie mit Maschinengewehren. Sind denn das Kriege? Das sind doch eigentlich gar keine Kriege, das kann man der Vergessenheit anheimfallen lassen. So also gehen sie an diesen kompletten Betrug der Volksmassen heran.

Dieser Krieg ist die Fortsetzung jener Politik der Eroberungen, der Ausrottung ganzer Völkerschaften, der unerhörten Bestialitäten, die die Deutschen und Engländer in Afrika, die Engländer und Russen in Persien – ich weiß nicht, wer von ihnen wohl mehr – begangen haben, und derentwegen die deutschen Kapitalisten sie als Feinde betrachteten. Ah, ihr seid stark, weil ihr reich seid? Aber wir sind stärker als ihr, darum haben wir das gleiche „heilige“ Recht zu rauben. Darauf eben läuft die wirkliche Geschichte des englischen und des deutschen Finanzkapitals während langer Jahrzehnte vor dem Krieg hinaus. Darauf eben läuft die Geschichte der russisch-deutschen, russisch-englischen und deutsch-englischen Beziehungen hinaus. Das eben ist der Schlüssel zum Verständnis dafür, weswegen der Krieg geführt wird. Eben darum ist die weitverbreitete Version, weswegen der Krieg entbrannt sei, Scharlatanerie und Betrug. Man vergißt die Geschichte des Finanzkapitals, die Geschichte dessen, wie dieser Krieg um die Neuaufteilung heranreifte, und stellt die Sache so dar: Friedlich lebten zwei Völker, dann griffen die einen an, und die anderen verteidigten sich. Vergessen ist die ganze Wissenschaft, vergessen sind die Banken, die Völker werden zu den Waffen gerufen, zu den Waffen gerufen wird der Bauer, der nicht weiß, was Politik ist. Man muß sich verteidigen, und damit basta! Wenn man so argumentiert, dann wäre es folgerichtig, alle Zeitungen einzustellen, alle Bücher zu verbrennen und Erörterungen über Annexionen in der Presse zu verbieten – auf diesem Weg kann man zur Rechtfertigung einer solchen Auffassung von

den Annexionen kommen. Sie können die Wahrheit über die Annexionen nicht sagen, weil die ganze Geschichte sowohl Rußlands wie Englands und Deutschlands ein ununterbrochener schonungsloser, blutiger Krieg um Annexionen ist. In Persien, in Afrika wurden erbarmungslose Kriege von den Liberalen geführt, von den Liberalen, die in Indien Menschen als politische Verbrecher auspeitschen ließen, weil sie es gewagt hatten, Forderungen zu stellen, für die auch bei uns in Rußland gekämpft wurde. Die französischen Kolonialtruppen unterjochten ebenfalls die Völker. Das eben ist die Vorgeschichte, das ist die wirkliche Geschichte des beispiellosen Raubes! Das eben ist die Politik dieser Klassen, die der gegenwärtige Krieg fortsetzt. Das ist es, warum sie hinsichtlich der Annexionen nicht die Antwort geben können, die wir geben, wenn wir sagen: Jedes Volk, das einem anderen Volk nicht auf Grund des freiwilligen Wunsches seiner Mehrheit angegliedert ist, sondern auf Grund eines Beschlusses des Zaren oder der Regierung, ist ein annektiertes Volk, ein erobertes Volk. Verzicht auf Annexionen bedeutet, jedem Volk das Recht zuzugestehen, einen separaten Staat zu bilden oder in einem Bund mit wem immer es will zu leben. Eine solche Antwort ist für jeden halbwegs denkenden Arbeiter völlig klar.

In jeder beliebigen Resolution, wie sie zu Dutzenden beschlossen und – beispielsweise in der „Semlja i Wolja“⁹² – veröffentlicht werden, finden Sie die schlecht formulierte Antwort: Wir wollen keinen Krieg, um über andere Völker zu herrschen, wir kämpfen für unsere Freiheit. Das sagen alle Arbeiter und Bauern, und sie bringen damit die Ansicht des Arbeiters, die Ansicht des werktätigen Menschen zum Ausdruck, wie er den Krieg versteht. Sie sagen damit: Wäre das ein Krieg im Interesse der Werktätigen gegen die Ausbeuter, so wären wir für den Krieg. Auch wir wären dann für den Krieg, und es gibt keine revolutionäre Partei, die gegen einen solchen Krieg sein könnte. Sie haben nicht recht, diese Verfasser der zahlreichen Resolutionen, weil sie sich die Sache so vorstellen, als ob der Krieg von ihnen geführt werde. Wir Soldaten, wir Arbeiter, wir Bauern führen Krieg für unsere Freiheit. Ich werde niemals jene Frage vergessen, die mir nach einer Versammlung ein Arbeiter stellte: „Was reden Sie fortwährend gegen die Kapitalisten? Bin ich etwa ein Kapitalist? Wir sind Arbeiter, wir verteidigen unsere Freiheit.“ Das ist nicht wahr, ihr führt Krieg, weil ihr eurer Regierung von Kapitalisten

gehört, den Krieg führen nicht die Völker, sondern die Regierungen. Ich wundere mich nicht, wenn ein Arbeiter oder ein Bauer, der die Politik nicht studiert hat, der nicht das Glück oder das Unglück hatte, sich mit den Geheimnissen der Diplomatie, mit dem Bild dieser finanziellen Ausplünderung (etwa der Unterjochung Persiens durch Rußland und England) zu befassen, ich wundere mich nicht, wenn er das vergißt, wenn er naiv fragt: Was habe ich mit den Kapitalisten zu tun, wenn ich Krieg führe? Er versteht nicht den Zusammenhang des Krieges mit der Regierung, er versteht nicht, daß der Krieg von der Regierung geführt wird, während er das Werkzeug ist, mit dem die Regierung hantiert. Er kann sich als das revolutionäre Volk bezeichnen, kann schöne Resolutionen schreiben – für die Russen ist das viel, da das erst kürzlich in Gebrauch gekommen ist. Unlängst ist eine „revolutionäre“ Deklaration der Provisorischen Regierung herausgekommen. Dadurch ändert sich an der Sache nichts, und andere Nationen, die – was das Schreiben „revolutionärer“ Manifeste anbelangt – in der Kunst der Kapitalisten, die Massen zu prellen, erfahrener sind als wir, haben darin längst alle Rekorde der Welt geschlagen. Nehmen Sie die Parlamentsgeschichte der französischen Republik seit der Zeit, da sie zu einer Republik wurde, die den Zarismus unterstützte, und wir haben in dieser sich durch Jahrzehnte ziehenden französischen Parlamentsgeschichte Dutzende von Beispielen, wo Manifeste voll der schönsten Worte eine Politik der schmutzigsten kolonialen und finanziellen Ausplünderung bemäntelten. Die ganze Geschichte der Dritten Französischen Republik ist die Geschichte dieser Ausplünderung. Aus diesen Quellen ist der jetzige Krieg entstanden. Es handelt sich nicht um das Ergebnis des bösen Willens der Kapitalisten, um irgendeine fehlerhafte Politik der Monarchen. Die Sache so zu betrachten wäre falsch. Nein, dieser Krieg ist unvermeidlich durch die Entwicklung eines riesenhaften Kapitalismus, besonders des Bankkapitalismus, hervorgerufen worden, die dazu geführt hat, daß ganze vier Banken in Berlin und fünf oder sechs in London die gesamte Welt beherrschen, alle Mittel zusammenraffen, ihre Finanzpolitik mit der gesamten bewaffneten Macht untermauern, woraufhin sie schließlich in einem unerhört bestialischen Zusammenstoß aneinandergerieten, weil kein Platz mehr war, um ungehindert weiter erobern zu können. Entweder der eine oder der andere muß auf den Besitz seiner Kolonien verzichten. Solche Fragen werden in die-

ser Welt der Kapitalisten nicht durch freiwillige Vereinbarung gelöst. Das kann nur durch einen Krieg entschieden werden. Darum ist es auch lächerlich, hier diesen oder jenen gekrönten Räuber zu beschuldigen. Sie sind alle gleich – diese gekrönten Räuber. Und darum ist es auch absurd, die Kapitalisten dieses oder jenes Landes zu beschuldigen. Sie haben sich nur dessen schuldig gemacht, daß sie ein solches System eingeführt haben. Aber das geschieht ganz nach den Gesetzen, die mit allen Kräften des zivilisierten Staates geschützt werden. „Ich bin in meinem vollen Recht, ich kaufe Aktien. Alle Gerichte, die gesamte Polizei, das ganze stehende Heer und alle Flotten der Welt schützen dieses mein heiliges Recht auf Aktien.“ Wenn Banken gegründet werden, die mit Hunderten Millionen Rubeln operieren, wenn sie die Netze der Ausplünderung über die ganze Welt gespannt haben, wenn diese Banken in einem Zusammenstoß auf Leben und Tod aneinandergeraten sind – wer ist dann schuld? Man suche den Schuldigen! Schuld daran ist die ganze Entwicklung des Kapitalismus in einem halben Jahrhundert, und es gibt daraus keinen anderen Ausweg als den Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und die Arbeiterrevolution. Das ist die Antwort, zu der unsere Partei auf Grund der Analyse des Krieges gekommen ist, und darum eben sagen wir: Die höchst einfache Frage der Annexionen ist so sehr verwirrt worden, die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben sich so sehr ans Lügen gewöhnt, daß sie die Sache so darstellen können, als sei Kurland nicht eine Annexion Rußlands. Kurland und Polen haben sie, diese drei gekrönten Räuber, gemeinsam geteilt. Sie haben es hundert Jahre lang geteilt, sie haben es bei lebendigem Leibe zerrissen, und der russische Räuber hat mehr rauben können, weil er damals stärker war. Und als aus dem jungen Räuber, der damals an der Teilung teilnahm, eine starke kapitalistische Macht, Deutschland, geworden war, erklärte diese: Laßt uns von neuem teilen! Ihr wollt das Alte behalten? Ihr glaubt, ihr wäret stärker? Messen wir uns!

Das ist es, worauf dieser Krieg hinausläuft. Natürlich ist diese Herausforderung – „Messen wir uns!“ – nur Ausdruck der jahrzehntelangen Politik des Raubes, der Politik der Großbanken. Eben darum ist niemand instande, die einfache, jedem Arbeiter und Bauern verständliche Wahrheit über die Annexionen so zu sagen wie wir. Eben darum wird eine so einfache Frage wie die der Verträge von der ganzen Presse so schamlos

verwirrt. Ihr sagt, wir hätten eine revolutionäre Regierung, in diese revolutionäre Regierung wären Minister eingetreten, die fast gänzlich Sozialisten sind, Volkstümpler und Menschewiki. Aber wenn sie Erklärungen über einen Frieden ohne Annexionen nur unter der Bedingung abgeben, nicht bestimmen zu müssen, was das ist, Frieden ohne Annexionen (das heißt: die deutschen Annexionen nimm weg, die eigenen aber behalte), dann sagen wir: Welchen Wert hat euer „revolutionäres“ Kabinett, welchen Wert haben eure Deklarationen, eure Erklärungen, daß ihr keinen Eroberungskrieg wollt – zugleich mit der Aufforderung an die Armee, zur Offensive überzugehen? Wißt ihr denn nicht, daß ihr Verträge habt, daß Nikolaus der Blutige sie auf echte Räuberart abgeschlossen hat? Ihr wißt das nicht? Es ist verzeihlich, wenn die Arbeiter und Bauern das nicht wissen, die nicht geraubt, die keine klugen Bücher gelesen haben, aber wenn das die gebildeten Kadetten predigen, dann wissen sie ausgezeichnet, was diese Verträge enthalten. Diese Verträge sind „geheim“, aber die gesamte diplomatische Presse aller Länder spricht von ihnen: „Du erhältst die Meerengen, du Armenien, du Galizien, du Elsaß-Lothringen, du Triest, und wir teilen endgültig Persien.“ Und der deutsche Kapitalist sagt: „Ich werde Ägypten besetzen, ich werde die europäischen Völker erdrosseln, wenn ihr nicht meine Kolonien zurückgebt, und zwar mit Prozenten.“ Eine Aktie ist ein Ding, bei dem es ohne Prozente nicht geht. Das ist es, warum eine so einfache und klare Frage wie die der Verträge zu einer solchen Menge himmelschreiender, unerhörter, frecher Lügen geführt hat, wie sie uns aus den Spalten aller kapitalistischen Zeitungen entgegenschallen.

Man nehme die heutige Nummer des „Den“. Dort erklärt Wodowsow, ein Mann, den man keinesfalls des Bolschewismus bezichtigen kann, aber ein ehrlicher Demokrat: Ich bin ein Gegner der Geheimverträge, es sei mir gestattet, den Vertrag mit Rumänien zu erwähnen. Einen Geheimvertrag mit Rumänien gibt es, und er besteht darin, daß man Rumänien eine ganze Reihe fremder Völker ausliefern wird, wenn es auf der Seite der Alliierten kämpft. Durchweg gleichartig sind alle Verträge der anderen Alliierten. Ohne Vertrag wären sie nicht darangegangen, alle zu erwürgen. Um den Inhalt dieser Verträge kennenzulernen, braucht man nicht in Fachzeitschriften zu wühlen. Es genügt, sich die grundlegenden Tatsachen der Geschichte der Ökonomie und der Diplomatie ins Ge-

dächtnis zu rufen, um sie zu kennen. Zog doch Österreich jahrzehntelang nach dem Balkan, um dort die Völker zu unterjochen... Und wenn sie in einem Krieg aneinandergeraten sind, so mußten sie aneinandergeraten. Und eben darum erklären die Minister, der ehemalige, Miljukow, und der gegenwärtige, Tereschtschenko (der eine in einer Regierung ohne sozialistische Minister, der andere in einer Regierung mit einer ganzen Reihe beinahe-sozialistischer Minister), auf alle Forderungen der Volksmassen, die Verträge zu veröffentlichen, Forderungen, die immer beharrlicher werden, die Veröffentlichung der Verträge bedeute den Bruch mit den Verbündeten.

Ja, es ist unmöglich, die Verträge zu veröffentlichen, weil sie alle zu ein und derselben Räuberbande gehören. Wir sind mit Miljukow und Tereschtschenko einverstanden, daß es unmöglich ist, die Verträge zu veröffentlichen. Daraus kann man zwei verschiedene Schlußfolgerungen ziehen. Wenn wir mit Miljukow und Tereschtschenko einverstanden sind, daß es unmöglich ist, die Verträge zu veröffentlichen, was folgt dann daraus? Wenn eine Veröffentlichung der Verträge unmöglich ist, dann muß man den kapitalistischen Ministern helfen, den Krieg fortzusetzen. Die andere Schlußfolgerung aber ist folgende: da es für die Kapitalisten unmöglich ist, selber die Verträge zu veröffentlichen, muß man die Kapitalisten stürzen. Welche dieser Schlußfolgerungen ihr für die richtigere haltet, empfehle ich euch, selber zu entscheiden, aber ich empfehle, unbedingt die Folgen zu bedenken. Wenn man solche Erwägungen anstellt wie die volkstümmlerischen und menschwistischen Minister, dann kommt es so heraus: da die Regierung sagt, es sei unmöglich, die Verträge zu veröffentlichen, muß man ein neues Manifest herausgeben. Das Papier ist noch nicht so teuer, daß man nicht neue Manifeste schreiben könnte. Schreiben wir ein neues Manifest und führen wir die Offensive durch. Wofür? Mit welchen Zielen? Wer wird diese Ziele bestimmen? Die Soldaten werden aufgefordert, die räuberischen Verträge mit Rumänien und Frankreich zu realisieren. Man schicke diesen Artikel Wodowosows an die Front und stimme dann ein Klagegeschrei an: das sind alles die Bolschewiki, gewiß sind es die Bolschewiki, die diesen Vertrag mit Rumänien ausgedacht haben. Aber dann muß man nicht nur mit der „Prawda“ kurzen Prozeß machen, man muß sogar Wodowosow verjagen, weil er die Geschichte studiert hat, dann muß man alle Bücher

Miljukows als unerhört gefährliche Bücher verbrennen. Man mache die Probe und schlage ein beliebiges Buch des Führers der Partei der „Volksfreiheit“, des ehemaligen Außenministers, auf. Die Bücher sind gut. Wovon sprechen sie? Davon, daß Rußland ein „Recht“ hat auf die Meereengen, auf Armenien, auf Galizien, auf Ostpreußen. Er hat alles aufgeteilt, er hat sogar eine Karte beigelegt. Man muß nicht nur die Bolschewiki und Wodowosow nach Sibirien schicken, weil sie solche revolutionären Artikel schreiben – man muß die Bücher Miljukows verbrennen, denn wenn man heute einfache Zitate aus diesen Büchern Miljukows zusammenstellte und an die Front schickte, so könnte keine einzige zündende Proklamation eine so zündende Wirkung haben.

Ich hätte jetzt nach dem kurzen Plan, den ich für den heutigen Vortrag entworfen habe, noch auf die Frage der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ einzugehen. Ich glaube, daß ich mich nach dem, was ich Ihnen vorzutragen die Ehre hatte, schon kurz fassen kann, wenn ich über diese Frage spreche.

Als „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ bezeichnet man eine Bemäntelung des Krieges, die sich darauf stützt, daß wir doch die Revolution gemacht hätten, daß wir doch ein revolutionäres Volk, eine revolutionäre Demokratie seien. Aber wie beantworten wir diese Frage? Was für eine Revolution haben wir gemacht? Wir haben Nikolaus gestürzt. Die Revolution war nicht sehr schwer im Vergleich zu einer Revolution, die die ganze Klasse der Gutsbesitzer und Kapitalisten gestürzt hätte. Wer ist nun nach unserer Revolution an der Macht? Die Gutsbesitzer und die Kapitalisten – dieselben, die in Europa schon längst die Macht innehaben. Dort haben sich solche Revolutionen vor hundert Jahren vollzogen, dort sind die Tereschtschenko, Miljukow und Konowalow längst an der Macht, und es spielt keine Rolle, ob sie ihrem Zaren eine Ziviliste⁹³ zahlen oder ob sie ohne diesen Luxusgegenstand auskommen. Eine Bank bleibt eine Bank, auch wenn man Hunderte von Kapitalien in Konzessionen anlegt, Profit bleibt Profit, gleichgültig ob in einer Republik oder in einer Monarchie. Und wenn irgendein wildes Land es wagt, sich unserem zivilisierten Kapital, das so herrliche Banken in den Kolonien, in Afrika, in Persien errichtet, zu widersetzen, wenn irgendwelche wilden Völker sich unseren zivilisierten Banken widersetzen, dann schicken wir Truppen, und sie führen Kultur, Ordnung und Zivilisation ein

wie seinerzeit Ljachow in Persien, wie die französischen „republikanischen“ Truppen, die mit der gleichen Bestialität die afrikanischen Völker ausrotteten. Ist es nicht ganz dasselbe: es ist die gleiche „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“, nur daß deren Träger die wenig entwickelten breiten Volksmassen sind, die den Zusammenhang zwischen Krieg und Regierung nicht sehen, die nicht wissen, daß diese Politik durch Verträge untermauert ist. Die Verträge sind geblieben, die Banken sind geblieben, die Konzessionen sind geblieben. In Rußland sitzen in der Regierung die besten Leute ihrer Klasse, aber dadurch hat sich am Charakter des Weltkriegs nicht das geringste geändert. Die neue „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ bedeutet nichts anderes, als den schmutzigen und blutigen Krieg um der schmutzigen und abscheulichen Verträge willen mit dem hehren Begriff der Revolution bemänteln.

Den Krieg hat die russische Revolution nicht verändert, aber sie hat Organisationen geschaffen, die es in keinem einzigen Land gibt und die es in den Revolutionen des Westens kaum jemals gegeben hat. Die meisten Revolutionen beschränkten sich darauf, daß eine neue Regierung nach Art unserer Tereschtschenko und Konowalow gebildet wurde, während das Land im Zustand der Passivität und Desorganisation verblieb. Die russische Revolution ging weiter. In dieser Tatsache liegt der Keim dafür, daß sie den Krieg besiegen kann. Diese Tatsache besteht darin, daß wir außer der Regierung der „beinahe-sozialistischen“ Minister, der Regierung des imperialistischen Krieges, der Regierung der Offensive, der mit dem englisch-französischen Kapital liierten Regierung, daß wir außer ihr und unabhängig von ihr über ganz Rußland hin das Netz der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten haben. Das eben ist sie, die Revolution, die ihr letztes Wort noch nicht gesprochen hat. Das eben ist die Revolution, die es in Westeuropa unter solchen Bedingungen nicht gegeben hat. Das eben sind die Organisationen jener Klassen, die in der Tat keine Annexionen brauchen, die keine Millionen in den Banken deponiert haben, die wohl kaum daran interessiert sind, ob der russische Oberst Ljachow und der englische liberale Botschafter Persien richtig aufgeteilt haben. Und darin eben liegt die Gewähr dafür, daß diese Revolution weiter gehen kann. Darin, daß die Klassen, die wirklich keinerlei Interesse an Annexionen haben, ungeachtet ihrer grenzenlosen Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung der Kapitalisten, ungeachtet

der furchterlichen Konfusion, des schrecklichen Betrugs, der schon in dem Begriff „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ selbst enthalten ist, ungeachtet der Tatsache, daß sie die Anleihe unterstützen, daß sie die Regierung des imperialistischen Krieges unterstützen – daß diese Klassen ungeachtet alles dessen Organisationen zu schaffen verstanden, in denen die Massen der unterdrückten Klassen vertreten sind. Das sind die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, die in zahlreichen Gegenden Rußlands in ihrer revolutionären Arbeit sehr viel weiter gegangen sind als in Petrograd. Und das ist ganz natürlich, weil wir in Petrograd das zentrale Organ der Kapitalisten haben.

Wenn nun Skobelew gestern in seiner Rede erklärte: Wir werden den ganzen Profit einziehen, 100% werden wir nehmen, so hat er den Mund zu voll genommen, ganz nach Ministerart. Wenn Sie die heutige „Retsch“ zur Hand nehmen, dann werden Sie sehen, wie die Reaktion auf diese Stelle in der Rede Skobelews ist. Dort steht geschrieben: „Das ist ja Hunger, Tod, 100% – das bedeutet – alles!“ Minister Skobelew geht weiter als der extremste Bolschewik. Es ist eine Verleumdung, die Bolschewiki wären die Linksten. Minister Skobelew ist weitaus „linker“. Man hat mich in der übelsten Weise beschimpft – ich hätte vorgeschlagen, die Kapitalisten beinahe bis aufs Hemd auszuziehen. Zumindest hat Schulgin gesagt: „Mögen sie uns ausziehen bis aufs Hemd!“ Man stelle sich einen Bolschewik vor, der zu dem Bürger Schulgin kommt und sich anschickt, ihn auszuziehen. Schulgin könnte dessen weit eher den Minister Skobelew beschuldigen. Wir sind niemals so weit gegangen. Wir haben niemals vorgeschlagen, 100% des Profits wegzunehmen. Ein solches Versprechen ist dennoch wertvoll. Nehmen Sie die Resolution unserer Partei, und Sie werden sehen, daß wir darin in einer ausführlicher begründeten Form dasselbe vorschlagen, was ich vorgeschlagen habe. Die Kontrolle über die Banken muß eingeführt werden und dann eine gerechte Einkommensteuer.* Und das ist alles! Skobelew schlägt vor, hundert Kopeken von einem Rubel zu nehmen. Nichts dergleichen haben wir vorgeschlagen, und nichts dergleichen schlagen wir vor. Skobelew hat einfach den Mund zu voll genommen. Er macht keine Anstalten, das im Ernst zu verwirklichen, wollte er es aber, so würde er es schon allein deshalb nicht können, weil es ziemlich lächerlich ist, das alles zu ver-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 304. *Die Red.*

sprechen, nachdem man mit Tereschtschenko und Konowalow Freundschaft geschlossen hat. Den Millionären 80–90 Prozent der Einkünfte wegnehmen, das kann man – aber nicht Arm in Arm mit solchen Ministern. Hätten die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht, so würden sie in der Tat nicht zögern, aber auch dann nicht alles nehmen – sie brauchten das nicht. Sie würden einen großen Teil der Einkünfte nehmen. Eine andere Staatsmacht kann das nicht. Und dabei kann Minister Skobelew die besten Absichten haben. Ich habe einige Jahrzehnte diese Parteien gesehen, ich stehe schon 30 Jahre in der revolutionären Bewegung. Darum bin ich am wenigsten geneigt, an ihren guten Vorsätzen zu zweifeln. Aber nicht darum geht es, es geht nicht um die guten Vorsätze. Mit guten Vorsätzen ist der Weg zur Hölle gepflastert. Mit Schriftstücken, die die Unterschrift der Bürger Minister tragen, sind alle Kanzleien angefüllt, dadurch hat sich aber nichts an der Sache geändert. Man fange an, wenn man die Kontrolle einführen will, man fange an! Unser Programm ist so, daß wir, wenn wir die Rede Skobelews lesen, sagen können: Mehr fordern wir nicht. Wir sind viel gemäßigter als Minister Skobelew. Er schlägt sowohl die Kontrolle als auch 100% vor. Wir wollen keine 100%, aber wir erklären: „Solange Sie nicht begonnen haben, irgend etwas zu tun, glauben wir Ihnen nicht.“ Eben darin besteht der Unterschied zwischen uns: darin, daß wir Worten und Versprechungen keinen Glauben schenken und auch den anderen raten, das nicht zu tun. Die Erfahrungen der parlamentarischen Republiken lehren uns, daß man papiernen Erklärungen keinen Glauben schenken darf. Will man die Kontrolle, soll man damit beginnen. Ein einziger Tag genügt, um ein Gesetz über eine solche Kontrolle zu erlassen. Der Sowjet der Angestellten einer jeden Bank, der Sowjet der Arbeiter eines jeden Betriebs, eine jede Partei erhält das Recht der Kontrolle. Das ist unstatthaft, wird man uns sagen, das ist Geschäftsgeheimnis, das ist heiliges Privateigentum! Nun, wie man will, man wähle eins von beiden. Wenn man all die Bücher, all die Konten, alle Operationen der Trusts hüten will, soll man nicht von Kontrolle schwatzen, soll man nicht davon sprechen, daß das Land zugrunde geht.

- In Deutschland ist die Lage noch schlechter. In Rußland kann man Getreide auftreiben, in Deutschland ist das unmöglich. In Rußland kann man durch Organisation vieles machen. In Deutschland kann man über-

haupt nichts mehr machen. Es gibt kein Getreide mehr, und der Untergang des ganzen Volkes ist unvermeidlich. Jetzt schreibt man, Rußland stehe am Rande des Abgrunds. Wenn dem so ist, dann ist die Wahrung des „heiligen“ Privateigentums ein Verbrechen. Und was bedeuten darum die Worte von der Kontrolle? Habt ihr denn vergessen, daß Nikolaus Romanow ebenfalls viel über Kontrolle geschrieben hat? Bei ihm findet ihr tausendmal die Worte: staatliche Kontrolle, öffentliche Kontrolle, Ernennung von Senatoren. Die Industriellen haben in den zwei Monaten nach der Revolution ganz Rußland ausgeplündert. Das Kapital hat Hunderte von Prozents Profit eingeheimst, jeder Geschäftsbericht spricht davon. Als aber die Arbeiter in den zwei Monaten der Revolution die „Freiheit“ hatten zu erklären, sie wollten menschenwürdig leben, da erhob die ganze kapitalistische Presse des Landes ein Geheul. Jede Nummer der „Retsch“ ist ein wüstes Geheul: die Arbeiter plündern das Land aus, während wir doch nur eine Kontrolle gegen die Kapitalisten versprechen. Könnte man nicht weniger Versprechungen machen, wären nicht mehr Taten möglich? Wenn ihr eine Kontrolle durch Beamte wollt, eine Kontrolle durch die gleichen Organe wie früher, so gibt unsere Partei ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß es unmöglich ist, euch dabei zu unterstützen, auch wenn es dort, in der Regierung, anstatt eines halben Dutzend ein ganzes Dutzend volkstümlicher und menschwistischer Minister gäbe. Die Kontrolle kann nur das Volk selber verwirklichen. Man muß die Kontrolle – die Sowjets der Bankangestellten, die Sowjets der Ingenieure, die Sowjets der Arbeiter – organisieren und gleich morgen mit der Kontrolle beginnen. Jeder Beamte muß strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn er in einer beliebigen dieser Institutionen falsche Angaben macht. Es geht um den Bestand des Landes. Wir wollen wissen, wieviel Getreide, wieviel Rohstoffe, wieviel Arbeitskräfte es gibt, wo sie eingesetzt werden müssen.

Hiermit komme ich zur letzten Frage. Das ist die Frage, wie der Krieg zu beenden ist. Man unterschiebt uns die absurde Ansicht, wir wollten einen Separatfrieden. Die deutschen Kapitalisten und Räuber unternehmen Friedensschritte, indem sie erklären: Ich gebe dir ein Stück der Türkei und Armeniens, wenn du mir erzhaltige Böden gibst. Darüber sprechen doch die Diplomaten in jeder neutralen Stadt! Jedermann weiß das. Getarnt wird das nur durch die konventionelle diplomatische Phrase. Da-

für eben sind sie Diplomaten, um in der Diplomatensprache zu sprechen. Welcher Unsinn, wir wären für eine Beendigung des Krieges durch einen Separatfrieden! Den Krieg, den die Kapitalisten der reichsten Mächte führen, den Krieg, der durch die jahrzehntelange Geschichte der ökonomischen Entwicklung hervorgerufen ist, durch einen einseitigen Verzicht auf Kriegshandlungen beenden zu wollen, das ist eine solche Dummheit, daß es uns sogar lächerlich scheint, sie zu widerlegen. Wenn wir dennoch eigens eine Resolution verfaßt haben, um das zu widerlegen, so deshalb, weil wir es mit den breiten Massen zu tun haben, unter denen man Verleumdungen über uns austreut. Aber es ist unmöglich, ernsthaft davon auch nur zu reden. Den Krieg, den die Kapitalisten aller Länder führen, kann man nicht ohne die Arbeiterrevolution gegen diese Kapitalisten beenden. Solange die Kontrolle nicht aus dem Bereich der Phrase in den Bereich der Taten übergegangen ist, solange an die Stelle der Regierung der Kapitalisten nicht eine Regierung des revolutionären Proletariats getreten ist, solange ist die Regierung dazu verurteilt, nur zu sagen: Wir gehen zugrunde, wir gehen zugrunde, wir gehen zugrunde. Heute sperrt man im „freien“ England Sozialisten ein, weil sie dasselbe sagen wie ich. In Deutschland sitzt Liebknecht, der dasselbe gesagt hat wie ich, in Österreich sitzt Friedrich Adler (ihn hat man vielleicht schon hingerichtet), der mit dem Revolver das gleiche gesagt hat. Die Sympathie der Arbeitermassen ist in allen Ländern auf der Seite dieser Sozialisten und nicht derer, die auf die Seite ihrer Kapitalisten übergegangen sind. Die Arbeiterrevolution reift in der ganzen Welt heran. Natürlich ist sie in den anderen Ländern schwieriger. Dort gibt es nicht solche Halbverrückte wie Nikolaus und Rasputin. Dort stehen die besten Leute ihrer Klasse an der Spitze der Staatsverwaltung. Dort geht es nicht um die Revolution gegen die Selbstherrschaft, dort gibt es bereits die Regierung der kapitalistischen Klasse. Dort regieren schon längst die talentiertesten Vertreter dieser Klasse. Eben darum ist die Revolution dort, wenn auch noch nicht gekommen, so doch unvermeidlich, wie viele Revolutionäre auch zugrunde gehen mögen, so wie Friedrich Adler, so wie Karl Liebknecht zugrunde gehen. Die Zukunft gehört ihnen, und die Arbeiter aller Länder sind für sie. Und die Arbeiter aller Länder werden siegen.

Was den Eintritt Amerikas in den Krieg anbelangt, möchte ich folgendes sagen. Man verweist darauf, daß in Amerika die Demokratie herrsche,

daß dort das Weiße Haus ist. Ich sage: Die Sklaverei wurde vor einem halben Jahrhundert aufgehoben. Der Krieg gegen die Sklavenhalter ging 1865 zu Ende. Seitdem aber sind dort die Milliardäre herangewachsen. Sie haben ganz Amerika finanziell in ihrer Gewalt, sie bereiten die Versklavung Mexikos vor und werden unvermeidlich um die Aufteilung des Stillen Ozeans in den Krieg gegen Japan ziehen. Dieser Krieg wird schon einige Jahrzehnte vorbereitet. Von ihm sprechen alle Publikationen. Und der wirkliche Zweck des Eintritts Amerikas in den Krieg ist die Vorbereitung auf den künftigen Krieg gegen Japan. Das amerikanische Volk genießt immerhin eine beträchtliche Freiheit, und man kann kaum annehmen, daß es die allgemeine Militärdienstpflicht und die Aufstellung einer Armee für irgendwelche Eroberungsziele, beispielsweise für einen Kampf gegen Japan, ruhig hinnehmen würde. Die Amerikaner sehen am Beispiel Europas, wohin das führt. Und da mußten sich die amerikanischen Kapitalisten in diesen Krieg einmischen, um unter dem Vorwand, für hohe Ideale, für die Rechte der kleinen Völker, zu kämpfen, ein starkes stehendes Heer zu schaffen.

Die Bauern weigern sich, Getreide gegen Geld zu liefern, und verlangen Geräte, Schuhwerk und Bekleidung. In dieser Entscheidung liegt ein großes Stück einer außerordentlich tiefen Wahrheit. In der Tat, das Land ist so sehr zerrüttet, daß in Rußland, wenn auch in weniger starkem Maße, das zu beobachten ist, was in anderen Ländern schon längst festzustellen ist: das Geld hat seine Macht verloren. Die Herrschaft des Kapitalismus wird durch den ganzen Gang der Ereignisse so sehr untergraben, daß beispielsweise die Bauern kein Geld annehmen. Sie sagen: „Was sollen wir mit Geld?“ Und sie haben recht. Die Herrschaft des Kapitalismus wird nicht deshalb untergraben, weil irgend jemand die Macht ergreifen will. Eine „Machtergreifung“ wäre Unsinn. Der Herrschaft des Kapitalismus ein Ende zu machen wäre unmöglich, wenn nicht die ganze ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Länder dazu führte. Der Krieg hat diesen Prozeß beschleunigt, und das hat den Kapitalismus unmöglich gemacht. Keine Kraft könnte den Kapitalismus vernichten, wenn die Geschichte ihn nicht unterspült und untergraben hätte.

Und das ist ein sehr anschauliches Beispiel. Dieser Bauer bringt das zum Ausdruck, was alle beobachten: die Macht des Geldes ist untergraben. Hier gibt es einen einzigen Ausweg – Vereinbarungen der

Sowjets der Arbeiterdeputierten mit den Sowjets der Bauerndeputierten, Geräte, Schuhwerk und Bekleidung gegen Getreide zu liefern. Das ist es, wohin die Dinge treiben, das ist die Antwort, die das Leben diktiert. Wenn das nicht geschieht, müßten viele Millionen Menschen Hunger leiden, müßten sie ohne Schuhwerk und ohne Kleidung bleiben. Viele Millionen Menschen stehen unmittelbar vor dem Untergang, und es ist jetzt nicht die Zeit, die Interessen der Kapitalisten zu wahren. Der Ausweg besteht nur darin, daß alle Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergeht, die die Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Es ist möglich, daß dabei Fehler unterlaufen werden. Niemand behauptet, daß ein so schweres Werk auf Anhieb organisiert werden kann. Nichts dergleichen sagen wir. Man sagt uns: Wir wollen, daß die Sowjets die Macht haben, aber sie wollen nicht. Wir sagen, die Erfahrungen des Lebens werden es ihnen diktieren, und das ganze Volk wird sehen, daß es keinen anderen Ausweg gibt. Eine „Machtergreifung“ wollen wir nicht, da alle Erfahrungen der Revolutionen lehren, daß nur die Macht von Dauer ist, die sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt. Deshalb würde eine „Machtergreifung“ ein Abenteuer sein, auf das sich unsere Partei nicht einlassen könnte. Wenn die Regierung eine Regierung der Mehrheit sein wird, dann wird sie vielleicht eine Politik betreiben, die in der ersten Zeit fehlerhaft sein wird, aber es gibt keinen anderen Ausweg. Es wird dann innerhalb der gleichen Organisationen einen friedlichen Wechsel in der Richtung der Politik geben. Man kann keine anderen Organisationen erfinden. Deshalb sagen wir, daß man sich eine andere Lösung der Frage nicht vorstellen kann.

Wie ist der Krieg zu beenden? Wenn der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht übernehme und die Deutschen den Krieg fortsetzten, was würden wir tun? Wer sich für die Ansichten unserer Partei interessiert, hätte darüber dieser Tage in unserer Zeitung „Prawda“ nachlesen können, wo wir ausführlich zitierten, was wir schon 1915 im Ausland gesagt haben: Wenn die revolutionäre Klasse Rußlands, die Arbeiterklasse, an der Macht sein wird, dann muß sie den Frieden anbieten. Und wenn die deutschen Kapitalisten oder die eines beliebigen anderen Landes unsere Bedingungen ablehnen, dann wird sie ganz für den Krieg sein.* Wir schlagen nicht vor, den Krieg mit einem Schlag zu

* Siehe den vorliegenden Band, S. 391. *Die Red.*

beenden. Wir versprechen das nicht. Wir propagieren nicht eine so unmögliche und unerfüllbare Sache wie die Beendigung des Krieges auf Grund des Willens *einer* Seite. Solche Versprechungen sind leicht zu geben, aber unmöglich zu halten. Leicht wird man aus diesem entsetzlichen Krieg nicht herauskommen können. Drei Jahre führt man Krieg. Man wird zehn Jahre Krieg führen müssen, oder aber man darf vor einer schwierigen, harten Revolution nicht zurückschrecken. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Wir sagen: Der durch die Regierungen der Kapitalisten begonnene Krieg kann nur durch die Arbeiterrevolution beendet werden. Wer Interesse für die sozialistische Bewegung hat, der sollte das Baseler Manifest vom Jahre 1912 lesen, das von allen sozialistischen Parteien der ganzen Welt einstimmig angenommen wurde, ein Manifest, das wir in unserer „Prawda“ abgedruckt haben, ein Manifest, das augenblicklich in keinem einzigen kriegführenden Land, weder im „freien“ England noch im republikanischen Frankreich, veröffentlicht werden darf, weil darin schon vor dem Krieg die Wahrheit über den Krieg gesagt worden ist. Dort heißt es: Die Rivalität der Kapitalisten wird zum Krieg zwischen England und Deutschland führen. Dort wird gesagt: Pulver hat sich so viel angehäuft, daß die Gewehre von selbst losgehen werden. Dort steht geschrieben, weswegen es zum Krieg kommen wird, und es wird erklärt, daß der Krieg zur proletarischen Revolution führen werde. Darum sagen wir jenen Sozialisten, die, nachdem sie dieses Manifest unterzeichnet haben, auf die Seite ihrer kapitalistischen Regierungen übergelaufen sind, daß sie den Sozialismus verraten haben. In der ganzen Welt haben sich die Sozialisten gespalten. Die einen sind Minister, die anderen sitzen in den Gefängnissen. In der ganzen Welt propagiert der eine Teil der Sozialisten die Rüstung zum Kriege, während der andere – wie der amerikanische Bebel, Eugene Debs, der die größte Achtung der amerikanischen Arbeiter genießt – erklärt: „Eher soll man mich erschießen, aber ich gebe keinen Cent für diesen Krieg. Ich bin bereit zu kämpfen, aber nur für den Krieg des Proletariats gegen die Kapitalisten der ganzen Welt.“ So haben sich die Sozialisten in der ganzen Welt gespalten. Die Sozialpatrioten der ganzen Welt glauben, sie verteidigten ihr Vaterland. Sie irren sich – sie verteidigen die Interessen des einen Häufleins Kapitalisten gegen ein anderes. Wir propagieren die proletarische Revolution, jene einzig richtige Sache, für die viele das Schafott

bestiegen haben, für die Hunderte und Tausende in den Gefängnissen sitzen. Diese Sozialisten in den Gefängnissen sind eine Minderheit, aber für sie ist die Arbeiterklasse, für sie ist die ganze ökonomische Entwicklung. Alles das sagt uns, daß es einen anderen Ausweg nicht gibt. Diesen Krieg kann man nur durch die Arbeiterrevolution in einigen Ländern beenden. Einstweilen aber müssen wir diese Revolution vorbereiten, sie fördern. Bei all seinem Haß gegen den Krieg, bei all seinem Willen, den Frieden zu erreichen, konnte das russische Volk, solange der Zar den Krieg führte, gegen den Krieg nichts anderes tun als die Revolution gegen den Zaren und den Sturz des Zaren vorzubereiten. Und so kam es denn auch. Das hat die Geschichte gestern bestätigt, und das wird sie morgen bestätigen. Wir haben schon seit langem gesagt: Man muß die heranreifende russische Revolution fördern. Wir haben das Ende 1914 gesagt. Dafür wurden unsere Dumadeputierten nach Sibirien verschickt, während man uns sagte: „Ihr gebt keine Antwort. Ihr verweist auf die Revolution, wo die Streiks eingestellt, wo die Deputierten zur Zwangsarbeit verschickt sind, wo es keine einzige Zeitung mehr gibt!“ Und man beschuldigte uns, wir wichen einer Antwort aus. Diese Beschuldigungen, Genossen, hörten wir eine ganze Reihe von Jahren. Wir antworteten: Ihr mögt entrüstet sein, aber solange der Zar nicht gestürzt ist, ist es unmöglich, etwas gegen den Krieg zu tun. Und unsere Vorhersage fand ihre Bestätigung. Sie ist noch nicht restlos bestätigt worden, aber der Anfang dazu ist gemacht. Die Revolution beginnt, den Krieg seitens Rußlands zu verändern. Die Kapitalisten setzen den Krieg noch fort, und wir sagen: Solange nicht die Arbeiterrevolution in einigen Ländern beginnt, kann der Krieg nicht beendet werden, weil diejenigen an der Macht bleiben, die diesen Krieg wollen. Man sagt uns: „In einer Reihe von Ländern scheint alles zu schlafen. In Deutschland sind alle Sozialisten durch die Bank für den Krieg, allein Liebknecht ist dagegen.“ Ich antworte darauf: Dieser eine Liebknecht vertritt die Arbeiterklasse, er allein, seine Anhänger, das deutsche Proletariat sind die Hoffnung aller. Ihr glaubt das nicht? So setzt den Krieg fort! Einen anderen Weg gibt es nicht. Wenn ihr nicht an Liebknecht glaubt, wenn ihr nicht an die Revolution der Arbeiter glaubt, an die Revolution, die heranreift, wenn ihr nicht daran glaubt, dann glaubt den Kapitalisten!

In diesem Krieg siegen wird einzig und allein die Arbeiterrevolution in

einigen Ländern. Der Krieg ist kein Kinderspiel, der Krieg ist eine unerhörte Sache, der Krieg kostet Millionen Opfer, und es ist nicht so leicht, ihn zu beenden.

Die Soldaten an der Front können die Front nicht vom Staat trennen und selbständig entscheiden. Die Soldaten an der Front – das ist ein Teil des Landes. Solange der Staat Krieg führt, wird auch die Front leiden. Da ist nichts zu machen. Der Krieg ist durch die herrschenden Klassen verursacht worden, und nur die Revolution der Arbeiterklasse wird ihn beenden. Ob ihr einen baldigen Frieden erhaltet, hängt nur davon ab, wie die Entwicklung der Revolution verlaufen wird. Was für gefühlvolle Dinge auch immer gesagt werden sollten, wie häufig man euch auch sagen sollte, laßt uns unverzüglich mit dem Kriege Schluß machen – man kann das nicht erreichen ohne die Entwicklung der Revolution. Wenn die Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergeht, dann werden sich die Kapitalisten gegen uns aussprechen: Japan wird gegen uns sein, Frankreich gegen uns, England gegen uns; gegen uns werden die Regierungen aller Länder sein. Gegen uns werden die Kapitalisten sein, für uns die Arbeiter. Dann ist Schluß mit dem Krieg, den die Kapitalisten angefangen haben. Das ist die Antwort auf die Frage, wie der Krieg zu beenden ist.

Zuerst veröffentlicht am
23. April 1929 in der
„Prawda“ Nr. 93.

Nach dem Stenogramm.

VERACHTENSWERTE METHODEN

Der ganze Kongreß der Frontdelegierten⁹⁴ hat am 13. Mai in einer einstimmig angenommenen Resolution die niederträchtigen Methoden der „Retsch“ gebrandmarkt, die, um Zwietracht zwischen dem Heer und den Bolschewiki zu säen, Lügen über unseren Genossen Sinowjew austreute. Den Ehrenmännern der „Retsch“ ist es selbstverständlich nicht eingefallen, diese Resolution des Frontkongresses abzudrucken, obwohl der Kongreß sie auch der „Retsch“ zugesandt hat. Dafür aber setzt die wenig ehrenwerte Zeitung ihren provokatorischen Feldzug gegen unsere Zeitung und unseren Genossen Sinowjew fort, sie hetzt direkt zu einem kleinen Pogrom.

„Die ‚Prawda‘ bringt systematisch Nachrichten über Deutschland, die man in keiner anderen Zeitung findet. Woher und wie erhält die ‚Prawda‘ ihre speziellen (!) Nachrichten?“ fragt die „Retsch“ mit gewichtiger Miene in einem Artikel mit der vielsagenden Überschrift „Eine sonderbare Informiertheit“.

Woher, ihr Herren Verleumder?

– Aus den Telegrammen und Briefen unseres Korrespondenten, des Genossen Radek, eines polnischen Sozialdemokraten, der eine Reihe von Jahren in den zaristischen Gefängnissen zugebracht hat, der, über 10 Jahre in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie tätig, wegen revolutionärer Agitation gegen Wilhelm und gegen den Krieg aus Deutschland ausgewiesen wurde und eigens nach Stockholm übersiedelt ist, um uns von dort aus zu informieren. Aus Briefen und Telegrammen, ihr Herren Kadetten, die eure Agenten, die an der russisch-schwedischen Grenze ihr Unwesen treiben, nicht immer abfangen können; aus Zei-

tungsausschnitten und aus illegalen deutschen Zeitungen und Flugblättern, die uns unsere Freunde, die Anhänger Karl Liebknechts, liefern – genauso wie uns das entsprechende Material über Frankreich der französische internationalistische Sozialist Henri Guilbeaux liefert, ein Freund Romain Rollands und Gesinnungsgenosse des bekannten französischen Internationalisten Gen. Lorient.

„Der deutsche Generalstab hat die Verbrüderung verboten“, so schreiben wir in der „Prawda“, gestützt auf eine Nachricht, die in diesen Tagen in allen russischen Zeitungen erschienen ist. Die Verleumder aus der „Retsch“ tun darüber sehr verwundert und suchen dieser Nachricht die Erklärung des russischen Kriegsministers „entgegenzustellen“, wonach „alle Frontabschnitte, an denen es zu einer Verbrüderung kam, bereits durch die feindliche Artillerie zerstört worden sind“.

Wir wissen natürlich nicht, ob diese Nachricht über die Zerstörung der betreffenden Frontabschnitte wahr ist. Ist sie aber wahr, so *bestätigt* sie die Meldung, daß der deutsche Generalstab gegen die Verbrüderung ist, und widerlegt sie nicht. Denn jeder begreift: der deutsche Generalstab will mit der Zerstörung der Abschnitte, an denen Verbrüderungen stattgefunden haben, sowohl den russischen Soldaten als auch den ehrlichen deutschen Soldaten, die die Verbrüderung nicht zur Falle machen wollen, das Verbrüdern *austreiben*.

Ihr habt euch verheddert, ihr Herren kadettischen Falschmünzer!

Zum Schluß sei noch eine Lüge vermerkt: „Wie bekannt, ist es Sinowjew auf dem Bauernkongreß nicht gelungen, seine Rede zu beenden“, schreibt das Organ Miljukows. „Wie bekannt“, lügt ihr wieder einmal, ihr Herren Kadetten, ebenso wie ihr über den Frontkongreß gelogen habt. Schlecht muß es um eure Sache bestellt sein, ihr Herren, wenn ihr gezwungen seid, sie mit solch schamlosen, verachtenswerten Methoden zu verfechten.

„Prawda“ Nr. 58,
29. (16.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE UNVERMEIDLICHE KATASTROPHE UND DIE MASSLOSEN VERSPRECHUNGEN

(ERSTER ARTIKEL)

Die Gefahr einer unvermeidlichen Zerrüttung und Katastrophe von unerhörtem Ausmaß ist eine so wichtige Frage, daß man, um sie restlos zu klären, immer wieder darauf eingehen muß. In der letzten Nummer der „Prawda“ haben wir bereits erklärt, daß sich das *Programm* des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten schon in nichts mehr vom Programm des „schrecklichen“ Bolschewismus unterscheidet.*

Heute müssen wir erklären, daß das Programm des menschewistischen Ministers Skobelew *weiter* geht als der Bolschewismus. Hier dieses Programm, wie es die ministerielle „Retsch“ wiedergibt:

„Der Minister (Skobelew) erklärt: ... die Wirtschaft des Staates steht am Rande des Abgrunds. Es ist ein Eingriff in das wirtschaftliche Leben in allen seinen Gebieten notwendig, da die Staatskasse kein Geld hat. Die Lage der werktätigen Massen muß verbessert werden, und dazu müssen die Gewinne aus den Kassen der Unternehmer und der Banken herausgeholt werden. (Zwischenruf: „Auf welche Weise?“) Durch eine schonungslose Besteuerung der Vermögen – antwortet der Arbeitsminister Skobelew. Die Finanzwissenschaft kennt dieses Mittel. Man muß die Steuersätze für die besitzenden Klassen bis auf 100 Prozent des Gewinns erhöhen (Zwischenruf: „Das bedeutet alles!“). Leider, erklärt Skobelew, haben verschiedene Aktiengesellschaften bereits die Dividenden an die Aktionäre verteilt, wir müssen deshalb eine progressive individuelle Besteuerung der besitzenden

* Siehe den vorliegenden Band, S. 393. *Die Red.*

Klassen durchführen. Wir werden noch weiter gehen, und wenn das Kapital die bürgerliche Wirtschaftsweise bewahren will, so mag es ohne Prozente arbeiten, um nicht die Kunden zu verlieren... Wir müssen die Arbeitspflicht für die Herren Aktionäre, Bankiers und Fabrikanten einführen, die apathisch geworden sind, weil ihnen der Anreiz fehlt, der sie früher zum Arbeiten veranlaßte... Wir müssen die Herren Aktionäre nötigen, sich dem Staate unterzuordnen, es muß auch für sie eine Pflicht, die Arbeitspflicht, geben."

Wir raten den Arbeitern, dieses Programm immer wieder von neuem zu lesen und zu diskutieren und über die Bedingungen nachzudenken, unter denen es verwirklicht werden kann.

Alles kommt auf diese Bedingungen an, darauf, daß sofort darangegangen wird, es zu verwirklichen.

Das Programm an sich ist nicht nur ausgezeichnet, es stimmt nicht nur mit dem bolschewistischen Programm überein, es geht in einem Punkt noch *weiter* als das unsere, und zwar da, wo versprochen wird, „die Gewinne aus den Kassen der Banken“ in einem Umfang von „100 Prozent des Gewinns“ herauszuholen.

Unsere Partei ist viel bescheidener. Sie fordert in ihrer Resolution weniger, nämlich nur die Kontrolle der Banken und den „allmählichen“ (hört! hört! Die Bolschewiki sind für das Allmähliche!) „Übergang zu einer gerechteren, progressiven Besteuerung der Einkommen und Vermögen“.

Unsere Partei ist gemäßigter als Skobelew.

Skobelew wirft mit übertriebenen, ja sogar maßlosen Versprechungen um sich, *ohne die Bedingungen zu begreifen, unter denen ihre tatsächliche Verwirklichung möglich ist.*

Das ist der springende Punkt.

Arm in Arm mit den zehn Ministern aus den Parteien der Gutsbesitzer und Kapitalisten respektive mit Hilfe jenes bürokratischen Beamtenapparats, auf den sich die Regierung der Kapitalisten (mit ihrem Anhängsel von Menschewiki und Volkstümlern) beschränken muß, *kann* man das Skobelewische Programm *nicht* durchführen, ja, kann man nicht einmal irgendwelche einigermmaßen ernsthafte Schritte zu seiner Verwirklichung tun.

Weniger Versprechungen, Bürger Skobelew, mehr Sachlichkeit! Weniger schwungvolle Phrasen, mehr Verständnis dafür, *wie man handeln muß.*

Handeln, um das Land vor der unvermeidlichen furchtbaren Katastrophe zu retten, kann und muß man sofort, ohne auch nur einen Tag zu verlieren. Es geht jedoch darum, daß die „neue“ Provisorische Regierung *nicht* handeln *will*, und selbst wenn sie es wollte, *könnte* sie es *nicht*: da sie die Interessen des Kapitals schützt, ist sie mit tausend Ketten gefesselt.

Man kann und muß innerhalb eines Tages das ganze Volk auffordern zu handeln, innerhalb eines Tages eine Verordnung erlassen, durch die *sofort* einberufen werden:

1. Sowjets und Kongresse der Bankangestellten, sowohl der einzelnen Banken als auch für ganz Rußland, mit dem Auftrag, sofort praktische Maßregeln zur Verschmelzung aller Banken und Kreditinstitute zu einer einzigen Staatsbank und zur genauesten Kontrolle aller Bankoperationen auszuarbeiten; die Ergebnisse der Kontrolle sind sofort zu veröffentlichen.

2. Sowjets und Kongresse der Angestellten aller Syndikate und Trusts, mit dem Auftrag, Maßnahmen zur Kontrolle und Rechnungslegung auszuarbeiten; die Ergebnisse der Kontrolle sind sofort zu veröffentlichen.

3. Diese Verordnung muß das Kontrollrecht nicht nur allen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, sondern auch den Sowjets der Arbeiter jeder großen Fabrik sowie den Vertretern jeder großen politischen Partei einräumen (wobei als große Parteien beispielsweise solche gelten sollen, die am 12. Mai in Petrograd in mindestens zwei Bezirken selbständige Listen aufgestellt haben); sämtliche Geschäftsbücher, sämtliche Unterlagen müssen einer solchen Kontrolle zugänglich sein.

4. Die Verordnung muß die Aktionäre, Direktoren und Vorstandsmitglieder aller Gesellschaften auffordern, Listen der Inhaber von Aktien im Betrage von 10 000 (oder 5000) Rubel und darüber zu veröffentlichen, mit Angabe der Aktien und der Gesellschaften, an denen diese Personen „interessiert“ sind; falsche Angaben (gegenüber der Kontrolle durch die Bank- und anderen Angestellten) sind mit Konfiszierung des gesamten Vermögens und Gefängnis nicht unter fünf Jahren zu bestrafen.

5. Die Verordnung muß das ganze Volk aufrufen, sofort durch die örtlichen Selbstverwaltungsorgane die allgemeine Arbeitspflicht einzuführen; zu ihrer Kontrolle und Verwirklichung ist eine allgemeine, jeden

Bürger erfassende Volksmiliz zu organisieren (in den Dörfern sofort, in den Städten auf dem Wege über die Arbeitermiliz usw.).

Ohne die allgemeine Arbeitspflicht kann man das Land *nicht* vor dem Untergang *retten*. Ohne die allgemeine Volksmiliz aber läßt sich die allgemeine Arbeitspflicht nicht durchführen. Das wird jeder begreifen, der noch nicht von ministeriellem Schwachsinn befallen ist oder dem das Vertrauen zur ministeriellen Schönrederei noch nicht den Geist verwirrt hat.

Wer wirklich viele Millionen Menschen vor der Katastrophe retten will, der wird sich für solche Maßnahmen einsetzen *müssen*.

Im nächsten Artikel werden wir den allmählichen Übergang zu einer gerechteren Besteuerung behandeln und zeigen, wie man jene wirklich begabten Organisatoren (aus den Reihen der Arbeiter sowohl wie der Kapitalisten), die sich bei einer Tätigkeit der genannten Art hervortun werden, aus dem Volke herausheben und allmählich an die Stelle der Minister setzen sollte.

(ZWEITER ARTIKEL)

Als Skobelew sich in seiner Rede mit ministeriellem Schwung zur hundertprozentigen Wegsteuerung der Kapitalistengewinne verstieg, war das ein Musterbeispiel von Effekthascherei. Mit derartigen Phrasen wird in den bürgerlichen parlamentarischen Republiken das Volk ständig betrogen.

Aber hier handelt es sich um etwas noch Schlimmeres als um eine Phrase. „Wenn das Kapital die bürgerliche Wirtschaftsweise bewahren will, so mag es ohne Prozente arbeiten, um nicht die Kunden zu verlieren“, sagte Skobelew. Das klingt wie eine „schreckliche“ Drohung gegen die Kapitalisten, in Wirklichkeit aber ist es ein Versuch (seitens Skobelews wahrscheinlich ein unbewußter, seitens der Kapitalisten aber sicher ein bewußter), die *Allmacht* des Kapitals zu *erhalten*, indem man für kurze Zeit den Profit opfert.

Die Arbeiter nehmen „zuviel“ – sagen sich die Kapitalisten –,bürden wir ihnen die Verantwortung auf, wobei wir ihnen weder die Macht noch die Möglichkeit geben, wirklich über die ganze Produktion zu verfügen.

Mögen wir Kapitalisten vorübergehend ohne Profite bleiben, während wir aber „die bürgerliche Wirtschaftsweise bewahren, um nicht die Kunden zu verlieren“, werden wir den Zusammenbruch dieses Zwischenstadiums der Industrie beschleunigen, werden wir es mit allen Mitteln sabotieren und den Arbeitern die Schuld in die Schuhe schieben!

Daß die Kapitalisten so rechnen, wird durch die Tatsachen bewiesen. Die Bergbauindustriellen im Süden tun nichts anderes als die Produktion zu sabotieren, sie „vernachlässigen und desorganisieren sie bewußt“ (siehe „Nowaja Shisn“ vom 16. Mai, Wiedergabe der Erklärungen einer *Arbeiterdelegation*). Das Bild ist klar: die „Retsch“ lügt für zwei und schiebt die Schuld auf die Arbeiter. Die Bergbauindustriellen „desorganisieren bewußt die Produktion“. Skobelew aber flötet: „Wenn das Kapital die bürgerliche Wirtschaftsweise bewahren will, so mag es ohne Prozente arbeiten.“ Das Bild ist klar!

Für die Kapitalisten und die Beamten ist es *vorteilhaft*, „maßlose Versprechungen“ zu machen, um die Aufmerksamkeit des Volkes von der *Hauptsache*, nämlich vom Übergang der wirklichen Kontrolle wirklich in die Hände der Arbeiter, abzulenken.

Das Phrasengedresch, die Versprechungen, Erklärungen, die Projektenschmäherei der hauptstädtischen Bürokraten, die immer bereit sind, effektvolle Pläne, Verfügungen, Vorschriften, Reglements zu verfassen – all das müssen die Arbeiter hinwegfegen. Weg mit diesem ganzen Schwindel! Weg mit dieser lärmenden bürokratischen und bürgerlichen Projektenschmäherei, die überall ein klägliches Fiasko erlitten hat! Weg mit dieser Manier, die Dinge auf die lange Bank zu schieben! Die Arbeiter müssen die *sofortige* Verwirklichung einer *wirklichen* Kontrolle fordern, und zwar unbedingt *durch die Arbeiter selbst*.

Das ist die Hauptvoraussetzung für den Erfolg der Sache, für die Rettung vor der Katastrophe. Wenn diese Voraussetzung fehlt, ist alles andere Schwindel. Ist sie aber einmal da, so werden wir uns gar nicht beeilen, „100 Prozent des Gewinns wegzunehmen“. Wir können und müssen gemäßigt sein, müssen *allmählich* zu einer gerechteren Besteuerung übergehen, wir werden einen Unterschied machen zwischen den kleinen Aktionären und den reichen, wir werden den ersteren *ganz wenig* und *nur* den letzteren sehr viel (doch *nicht* unbedingt alles) wegnehmen. Die Zahl der Großaktionäre ist winzig; ihre Rolle sowie die Gesamtsumme ihres

Reichtums ist enorm. Mit Sicherheit kann man sagen, wenn man eine Liste der fünf- oder auch nur dreitausend (vielleicht auch nur tausend) reichsten Leute Rußlands aufstellt, oder wenn man (vermittels der Kontrolle von unten, durch die Bank-, Syndikats- und anderen Angestellten) alle Fäden und Verknüpfungen ihres Finanzkapitals, ihrer Bankverbindungen verfolgt, dann werden sich die ganze Verknötung der Kapitalsherrschaft, die ganze Hauptmasse des auf Kosten fremder Arbeit angehäuften Reichtums, alle wirklich wichtigen Wurzeln der „Kontrolle“ über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Produkte offenbaren.

Eben diese Kontrolle muß in die Hände der Arbeiter gelegt werden. Das Interesse des Kapitals hingegen erheischt, daß diese Verknötung, diese Wurzeln dem Volke verborgen bleiben. Lieber stimmen wir zu, vorübergehend auf den „ganzen“ Profit oder auf 99 Prozent der Einkünfte zu verzichten, als daß wir dem Volke diese Wurzeln unserer Macht bloßlegen – so denkt die Klasse der Kapitalisten und ihr ergebener Diener, der Beamte.

In keinem Fall werden wir auf unser Recht und auf unsere Forderung verzichten: dem Volk gerade die Hauptfestung des Finanzkapitals zu öffnen, gerade sie unter die Kontrolle der Arbeiter zu stellen – so denkt der klassenbewußte Arbeiter, und so wird er denken. Und jeder Tag wird eine immer größere Masse der Armen, eine immer bedeutendere Mehrheit des Volkes, eine immer größere Zahl aufrichtiger Menschen überhaupt, die ehrlich nach einer Rettung vor der Katastrophe suchen, von der Richtigkeit eben dieses Gedankens überzeugen.

Man muß gerade die Hauptfestung des Finanzkapitals nehmen, anders sind alle Phrasen und alle Projekte zur Rettung vor der Katastrophe nichts als Schwindel. Die einzelnen Kapitalisten aber und selbst die Mehrzahl der Kapitalisten beabsichtigt das Proletariat nicht „bis aufs Hemd auszuziehen“ (womit Schulgin sich und die Seinen „schreckte“), es hat nicht die Absicht, ihnen „alles“ zu nehmen, sondern im Gegenteil, es beabsichtigt, ihnen eine nützliche und ehrenvolle Arbeit – unter der Kontrolle der Arbeiter selbst – zuzuweisen.

Was in diesem Augenblick der unvermeidlich herannahenden Katastrophe dem Volke am meisten nutzt, was es am meisten braucht, ist Organisation. Wunder an proletarischer Organisiertheit, das ist heute

unsere Losung, und das wird in noch höherem Maße unsere Losung und Forderung sein, wenn das Proletariat an der Macht sein wird. Weder die unbedingt notwendige allgemeine Arbeitspflicht noch eine einigermaßen ernsthafte Kontrolle der Banken und Syndikate, der Produktion und Verteilung der Produkte läßt sich verwirklichen ohne die Organisiertheit der Massen.

Deshalb muß man mit der Arbeitermiliz beginnen, und zwar sofort beginnen, um dann entschlossen und umsichtig, allmählich, zur Bildung der allgemeinen Volksmiliz, zur Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung fortzuschreiten. Deshalb muß man aus *allen* Volksschichten, aus *allen* Klassen, die Kapitalisten, die *zur Zeit* die größere Erfahrung in diesen Dingen haben, keineswegs ausgenommen, begabte Organisatoren gewinnen. An solchen Talenten ist im Volke kein Mangel. In der Bauernschaft und im Proletariat schlummern solche Kräfte, ohne Verwendung zu finden. Man muß sie von unten her entwickeln, durch die Praxis, indem man ihnen die Aufgabe stellt, in diesem oder jenem Bezirk die „Schlangen“ zu beseitigen, geschickt Hauskomitees zu organisieren, die Dienstboten zusammenzufassen, Musterwirtschaften auf dem Lande einzurichten, diese oder jene Fabriken, die in die Hände der Arbeiter übergegangen sind, richtig in Gang zu bringen usw. usf. Diese Kräfte, die man von unten her, durch die Praxis, entwickelt und deren Begabung in der praktischen Arbeit geprüft wird, soll man alle zu „Ministern“ machen – nicht im alten Sinne, indem man sie mit einem Portefeuille auszeichnet, sondern indem man ihnen die Funktionen von Volksinstruktoren, von Wanderorganisatoren überträgt, die *überall* dazu beitragen, die strengste Ordnung, die größte Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft, die strengste kameradschaftliche Disziplin zu gewährleisten.

Das muß die Partei des Proletariats, um das Land vor der Katastrophe zu retten, dem Volke klarmachen. Das muß sie teilweise schon jetzt durchführen, wo sie in einzelnen Gegenden zur Macht gelangt. Das wird sie in vollem Umfang durchführen müssen, wenn sie die Staatsmacht innehat.

ZUR FRAGE DER VEREINIGUNG DER INTERNATIONALISTEN

Die Gesamtrussische Konferenz unserer Partei hat beschlossen, die Annäherung und Vereinigung mit den Gruppen und Strömungen, die wirklich auf dem Boden des Internationalismus stehen, auf der Basis des Bruchs mit der Politik des kleinbürgerlichen Verrats am Sozialismus für notwendig zu erklären.*

Die Frage der Vereinigung wurde dieser Tage auch auf der Konferenz der zwischenbezirklichen Organisation vereinigter Sozialdemokraten [„Zwischengruppe“] in Petrograd behandelt.

In Ausführung des Beschlusses der Gesamtrussischen Konferenz unterbreitete das ZK unserer Partei, das die Vereinigung mit der „Zwischengruppe“ für sehr wünschenswert hält, folgende Vorschläge (diese Vorschläge wurden der Zwischengruppe zunächst nur im Namen des Gen. Lenin und einiger Mitglieder des ZK gemacht, später jedoch fanden sie auch die Billigung der Mehrheit des ZK):

„Eine unverzügliche Vereinigung ist wünschenswert.

Dem Zentralkomitee der SDAPR wird vorgeschlagen, unverzüglich in die Redaktionen beider Zeitungen (der jetzigen ‚Prawda‘, die zu einer gesamtrussischen *populären* Zeitung ausgebaut werden soll, und des Zentralorgans, das in der nächsten Zeit geschaffen werden wird) je einen Vertreter der Zwischengruppe aufzunehmen.

Dem Zentralkomitee wird vorgeschlagen, eine spezielle Organisationskommission zur Einberufung eines Parteitags (in 1½ Monaten) zu bilden. Die Konferenz der Zwischengruppe erhält das Recht, zwei Delegierte in diese Kommission zu entsenden. Wenn die Menschewiki, die Anhänger Martows, mit den ‚Vaterlandsverteidigern‘ brechen, ist es wünschenswert und notwendig, auch ihre Delegierten in die erwähnte Kommission aufzunehmen.

Die Freiheit der Diskussion über strittige Fragen wird durch die Her-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 286. *Die Red.*

ausgabe von Diskussionsblättern im Verlag „Priboi“ und durch die freie Diskussion in der wiederherauszugebenden Zeitschrift „Prosweschtschennije“ („Kommunist“)⁹⁵ gewährleistet.“

(Entwurf, am 10. Mai 1917 von N. Lenin in eigenem Namen und im Namen einiger Mitglieder des ZK verlesen.)

Die Zwischengruppe ihrerseits faßte einen anderen Beschluß. Er lautet:

„Über die Einheit. In der Erwägung, daß nur der engste Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte des Proletariats

1. es zu dem Vorkämpfer machen wird, der den Weg zum Sozialismus bahnt;

2. ihm die Möglichkeit geben wird, zum Führer der russischen Demokratie in ihrem Kampf gegen alle Überreste des halbleibeigenschaftlichen Regimes und gegen die Erbschaft des Zarismus zu werden;

3. es ermöglichen wird, die Revolution bis zum entscheidenden Ende zu führen und die Fragen Krieg und Frieden, Konfiskation des Grund und Bodens, Achtstundentag usw. vollständig zu lösen;

stellt die Konferenz fest:

a) daß der für das Proletariat so dringend notwendige Zusammenschluß der Kräfte nur unter dem Banner von Zimmerwald und Kienthal, nur auf Grund des Parteiprogramms und der Parteibeschlüsse von 1908 und 1910, 1912 und 1913 erreicht werden kann;

b) daß es keine Arbeiterorganisation, ob Gewerkschaft, Bildungsverein oder Konsumgenossenschaft, keine Arbeiterzeitung oder -zeitschrift geben darf, die sich nicht unter dieses Banner stellte.

c) Die Konferenz erklärt zugleich, daß sie auf das entschiedenste und eifrigste für die Einheit auf dem Boden der genannten Beschlüsse eintritt.“

Welcher Beschluß schneller zur Einheit führt, diese Frage haben jetzt alle internationalistisch gesinnten Arbeiter zu diskutieren und zu entscheiden.

Die politischen Resolutionen der Zwischengruppe bewegen sich heute im wesentlichen auf der richtigen Linie des Bruchs mit den Vaterlandsverteidigern.

Unter diesen Umständen wäre unserer Meinung nach eine Zersplitterung der Kräfte, welcher Art auch immer, durch nichts zu rechtfertigen.

„Prawda“ Nr. 60,
31. (18.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“,
verglichen mit dem Manuskript.

KONFUSION

(Noch einmal über Annexionen)

Die Redaktion der „Iswestija“, die sich in den Händen des Blocks der Volkstümpler und Menschewiki befindet, schlägt alle Rekorde an Konfusion. In Nr. 67 vom 16. Mai versucht sie, gegen die „Prawda“ zu polemisieren, ohne sie natürlich, nach üblicher „Minister“manier, zu nennen. Die „Prawda“, bitte sehr, habe eine nebelhafte, irreführende *Auffassung* von Annexionen.

Entschuldigt, Bürger Minister und ministeriable Redakteure, aber die Tatsache bleibt eine Tatsache, nämlich, daß *nur* unsere Partei in exakt formulierten, offiziellen Resolutionen eine Definition des Begriffs Annexion gegeben hat. Annexion (Eroberung) ist gewaltsames Festhalten eines fremden Volkes in den Grenzen eines gegebenen Staates. Jeder, der lesen kann und russisch versteht, *muß* das begreifen, wenn er die Beilage zu Nr. 13 der „Soldatskaja Prawda“ (Resolutionen der Gesamtrussischen Konferenz vom 24.–29. IV. 1917)* gelesen hat.

Worin besteht der Einwand der volkstümplerischen und menschewistischen Redakteure der „Iswestija“? Nur darin, daß man bei unserer Auffassung „so lange Krieg führen müßte, bis sich Deutschland in das Kurfürstentum Brandenburg... und Rußland in das Großfürstentum Moskau verwandelt hat“!! Eine Annexion, belehrt die Redaktion ihre Leser, „das bedeutet die gewaltsame Eroberung eines Gebiets, das am Tag der Kriegserklärung im Besitz eines anderen Staates war“ (kurz: ohne Annexion = status quo, d. h. Wiederherstellung des Zustands, wie er vor dem Kriege war).

Es ist unvorsichtig, daß die volkstümplerischen und menschewistischen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 263. *Die Red.*

Führer des Exekutivkomitees die Redaktion so konfusen Leuten anvertrauen, es ist wirklich unvorsichtig.

Man wende einmal *ihren* Einwand gegen uns auf *ihre* Definition an: soll man „solange Krieg führen, bis Rußland Polen, Deutschland Togo und die Kolonien in Afrika zurückerobert haben“?? Ein offenkundiger Unsinn, und nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch: die Soldaten jedes beliebigen Landes werden Redakteure, die solche Betrachtungen anstellen, zum Teufel jagen.

Ihre Argumentation ist aus folgenden Gründen falsch:

1. Zur theoretischen Definition der Annexion gehört der Begriff „fremdes“ Volk, d. h. ein Volk, das seine Eigenart und den Willen zur selbstständigen Existenz bewahrt hat. Denkt darüber nach, Mitbürger; lest, wenn euch das noch immer unklar ist, die Ausführungen von Engels und Marx über Irland, über die dänischen Teile Deutschlands, über die Kolonien, und ihr werdet sehen, wie sehr ihr euch verrannt habt. Weder das Kurfürstentum Brandenburg noch das Fürstentum Moskau haben hier etwas zu suchen. 2. Es ist unsinnig, die Frage des *Begriffs* der Annexion mit der Frage zu vermengen, „wie lange man Krieg führen soll“. Das heißt den Zusammenhang des Krieges mit den Interessen und der Herrschaft bestimmter Klassen nicht begreifen, das heißt den Standpunkt des *Klassenkampfes* aufgeben und sich auf den kleinbürgerlichen, „klassenlosen“ Standpunkt stellen. *Solange* die Kapitalistenklasse an der Macht ist, werden die Völker unvermeidlich „solange“ Krieg führen müssen, wie es dieser Klasse beliebt. Es ist eine kleinbürgerliche Illusion, zu glauben, durch Wünsche, Forderungen, Beratungen darüber hinwegkommen zu können. 3. *Solange* die Kapitalistenklasse an der Macht ist, wird *ihr* Frieden *unvermeidlich* ein „Austausch von Annexionen“ sein, Armenien gegen Lothringen, Kolonien gegen Kolonien, Galizien gegen Kurland usw. usf. Einem unaufgeklärten Menschen kann man verzeihen, wenn er darüber hinwegsieht, den Redakteuren der „Iswestija“ nicht. 4. Wenn das Proletariat die Macht ergreift, wozu der Krieg überall führt und führen wird, ist wirklich ein „Frieden ohne Annexionen“ *möglich*; anders ist er *unmöglich*.

Wenn unsere Partei sagt: „Frieden ohne Annexionen“, so weist sie stets, zur Warnung für konfuse Leute, darauf hin, daß diese Losung in ihrem *untrennbaren* Zusammenhang mit der proletarischen Revolution

betrachtet werden muß. Nur im Zusammenhang mit der proletarischen Revolution ist sie richtig und notwendig, sie zeichnet nur *ihre* Linie vor, fördert nur ihre Entwicklung und Ausbreitung. Wer hilflos zwischen der Hoffnung auf die Kapitalisten und der Hoffnung auf die Arbeiterrevolution hin- und herschwankt, der verurteilt sich zur Hilflosigkeit und Konfusion in der Frage der Annexionen überhaupt.

PS. „Delo Naroda“ vom 17. Mai ist mit den „Iswestija“ einverstanden, daß „ohne Annexionen“ gleichbedeutend sei mit dem Begriff „status quo“. Versucht einmal, ihr Herren Sozialrevolutionäre oder Herren Menschewiki, das klar, genau, ohne Umschweife im Namen eurer Partei, eures Petrograder Komitees, eures Parteitags zu sagen!

„Prawda“ Nr. 60,
31. (18.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

KAMPF GEGEN DIE ZERRÜTTUNG DURCH VERMEHRUNG VON KOMMISSIONEN

Die „Iswestija“ vom 17. Mai bringen eine überaus langatmige, überaus langweilige, überaus unkluge Resolution der Ökonomischen Abteilung über den Kampf gegen die Zerrüttung.

Fürwahr, ein schöner Kampf! Ausgezeichnete Gedanken, wunderbare Pläne werden in einem Netz von bürokratisch leblosen Institutionen erstickt. „Die Ökonomische Abteilung wird umgestaltet“ ... hört, hört! – „zu einer Abteilung für Organisation der Volkswirtschaft ...“

Vorzüglich! Wir sind auf dem richtigen Wege! Rußland, beruhige dich! Die Abteilung wird *um-be-nannt*!

Kann man denn überhaupt „die Volkswirtschaft organisieren“, ohne die Staatsmacht in den Händen zu haben? Darüber nachzudenken hat man im Exekutivkomitee vergessen.

... Die Abteilung umfaßt *sechs* „Unterabteilungen“ ... Das ist der 1. Paragraph der Resolution; der 2.: „eine enge organisatorische Verbindung“ muß hergestellt werden; der 3.: die „Grundprinzipien“ der Regulierung müssen ausgearbeitet werden; der 4.: mit den Ministern müssen „enge organisatorische Beziehungen“ hergestellt werden (das ist wahrhaftig nicht aus einer Fabel von Mushik Wredny⁹⁶, sondern aus den „Iswestija“ Nr. 68 vom 17. Mai, S. 3, Spalte 3, § 4...); der 5.: „die Regierung bildet Kommissionen“; der 6.: „in den nächsten Tagen muß ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werden“; der 7.: es muß sofort „an die Ausarbeitung der Grundsätze für die Gesetzentwürfe“ nach fünf Unterpunkten herangegangen werden ...

Oh, ihr Weisen! Oh, ihr Gesetzgeber! Oh, ihr Louis Blancs!

„Prawda“ Nr. 60,
31. (18.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

NOCH EINE ABWEICHUNG VOM DEMOKRATISMUS

Die Volkstümpler und Menschewiki, die die „Iswestija“ redigieren, möchten für Sozialisten gehalten werden, bringen es aber nicht einmal fertig, Demokraten zu sein. In Nr. 68 vom 17. Mai mahnen sie zur „Vorsicht“ gegenüber der „Lösung teilweiser Neuwahlen“. „Die Deputierten sollen“, belehren sie die Arbeiter, „für einen bestimmten Zeitraum gewählt werden, zum Beispiel für zwei bis drei Monate, aber keinesfalls (!!) für eine Woche – von einer Versammlung bis zur nächsten.“

Steht es einem offiziellen Organ an, sich über Neuwahlen aufzuregen und zur „Vorsicht“ zu mahnen? Wovor? Davor, daß die Massen *diesem Organ* ihr Mißtrauen ausdrücken?

Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Verpflichtet nicht ein bewußter Demokratismus, von Vorsicht bei Neuwahlen (wenn man schon überhaupt davon spricht) einzig und allein vom Standpunkt der *Parteilichkeit* aus zu sprechen? Wir, der Block der Volkstümpler und Menschewiki, halten unsere Linie, die Linie des Blocks, aus dem und dem Grunde für richtig und die bolschewistische aus dem und dem Grunde für falsch. Warum berufen sich also die Redakteure, indem sie vom Demokratismus abweichen, nicht auf die Parteilichkeit, sondern auf das sonderbare Argument, daß ein Fehler bei den Wahlen nur „ausnahmsweise“ vorkommen könne? Wissen sie wirklich nicht, daß die Arbeiter überall der Ansicht sind und sie aussprechen, daß der „Fehler“ des Eintritts der Skobelew und Tschernow in das Kabinett der Kapitalisten *keineswegs* eine „Ausnahme“ ist?

Die dritte Frage: Müßte nicht ein Demokrat, wenn er die Frage der Neuwahlen aufwerfen will, den Grundsatz der Demokratie anerkennen

und unterstreichen, nämlich das Recht der Bevölkerung, einen jeden gewählten Beauftragten, eine jede Amtsperson jederzeit abzufragen?

Sollten sich die Redakteure der „Iswestija“, wenn sie auf die Meinung der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, etwas geben, nicht erinnern, was diese wirklichen Sozialisten über dieses Recht geschrieben haben?

„Prawda“ Nr. 60,
31. (18.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

WIE SCHUCHTERN DIE KAPITALISTEN DAS VOLK EIN?

Die „Finansowaja Gaseta“ schreibt in ihrem Leitartikel vom 17. Mai:

„Die von allen so sehr herbeigewünschte und erwartete politische Umwälzung nimmt die Gestalt einer sozialen Revolution an, wie sie in der Welt beispiellos ist. Der in einem freien Lande gesetzmäßige und natürliche ‚Klassenkampf‘ hat bei uns den Charakter eines Klassenkrieges angenommen. Der finanzielle Bankrott rückt immer näher. Der Zusammenbruch der Industrie ist unvermeidlich...

Um die politische Revolution durchzuführen, genügte es, Nikolaus II. zur Abdankung zu veranlassen und ein Dutzend seiner Minister zu verhaften. Das ließ sich leicht an einem Tage machen. Um aber die soziale Revolution durchzuführen, muß man Dutzende Millionen Bürger veranlassen, auf alle ihre Besitzrechte zu verzichten, und alle Nichtsozialisten verhaften. Das läßt sich auch in Jahrzehnten nicht machen.“

Das ist nicht wahr, liebe Mitbürger, das ist eine hanebüchene Unwahrheit! Sie belieben den Übergang der *Kontrolle* der Industrie in die Hände der Arbeiter „soziale Revolution“ zu nennen. Sie machen dabei drei ungeheuerliche Fehler:

Erstens, eine soziale Revolution war auch die Revolution vom 27. Februar. Jede politische Umwälzung, wenn es sich nicht um einen Cliquenwechsel handelt, ist eine soziale Revolution – die Frage ist nur, die soziale Revolution *welcher Klasse*? Die Revolution vom 27. Februar 1917 bedeutete den Übergang der Macht aus den Händen der fronherrlichen Gutsbesitzer, an deren Spitze Nikolaus II. stand, in die Hände der Bourgeoisie. Es war die soziale Revolution der *Bourgeoisie*.

Durch eine plumpe und wissenschaftlich falsche Terminologie, indem

sie die „soziale“ mit der „sozialistischen“ Revolution verwechselt, will die „Finansowaja Gaseta“ dem Volke die offenkundige Tatsache *verbergen*, daß sich die Arbeiter und Bauern mit der bloßen Besitzergreifung der Macht durch die Bourgeoisie nicht zufriedengeben können.

Diese einfache und klare Tatsache verschweigen die Herren Kapitalisten und betrügen so sich selbst und das Volk.

Zweitens, als „in der Welt beispiellos“ muß man auch den großen imperialistischen Krieg von 1914–1917 bezeichnen. „In der Welt beispiellos“ sind solche Verwüstung, solch blutige Greuel, solches Elend, solcher *Zusammenbruch der gesamten Kultur*. Nicht irgend jemandes Ungeduld, nicht irgend jemandes Propaganda, sondern die objektiven Verhältnisse, die Beispiellosigkeit dieses Zusammenbruchs der gesamten Kultur – das erzwingt den Übergang zur Kontrolle der Produktion und Verteilung, der Banken, der Fabriken usw.

Anders ist, und das ist keine Übertreibung, der Untergang von Dutzenden Millionen Menschen unausbleiblich.

Angesichts der Freiheit aber, die die „politische Umwälzung“ vom 27. Februar gebracht hat, angesichts des Bestehens von Sowjets der Arbeiter-, Bauern- usw. Deputierten *kann* eine derartige Kontrolle nur so aussehen, daß die Arbeiter und Bauern den überwiegenden Einfluß haben, daß die Minderheit der Bevölkerung sich der Mehrheit unterordnet. Wie man sich auch entrüsten mag, daran ist nichts zu ändern.

Drittens, und das ist die Hauptsache, selbst die sozialistische Revolution setzt *keinesfalls* voraus, daß „Dutzende Millionen Bürger auf alle ihre Besitzrechte verzichten“. Selbst der Sozialismus (und die Kontrolle über die Banken und Fabriken ist *noch kein Sozialismus*) erfordert nichts Derartiges.

Das ist eine niederträchtige Verleumdung des Sozialismus. Kein Sozialist hat jemals vorgeschlagen, „Dutzenden Millionen Bürgern“, d. h. den kleinen und mittleren Bauern, ihr Eigentum zu nehmen (= sie „zu veranlassen, auf alle ihre Besitzrechte zu verzichten“).

Nichts dergleichen!

Alle Sozialisten haben stets einen solchen Unsinn zurückgewiesen.

Die Sozialisten wollen den „Verzicht“ *nur* der Gutsbesitzer und Kapitalisten erreichen. Um einen entscheidenden Schlag gegen jene Verhöhnung des Volkes zu führen, die sich z. B. die Bergbauindustriellen leisten,

indem sie die Produktion desorganisieren und schädigen, genügt es, daß *einige hundert* – höchstens ein- bis zweitausend – Millionäre, die die Banken, den Handel und die Industrie beherrschen, „verzichteten“.

Das reicht vollkommen aus, um den Widerstand des Kapitals zu brechen. Und selbst dieser *Handvoll von Reichen braucht man nicht „alle“* ihre Besitzrechte zu nehmen, man kann ihnen das Eigentumsrecht an vielen Gegenständen des persönlichen Gebrauchs und ein gewisses bescheidenes Einkommen lassen.

Den Widerstand einiger hundert Millionäre zu brechen – das und nur das ist die Aufgabe. Unter dieser und nur unter dieser Bedingung *kann* der Zusammenbruch verhütet werden.

„Prawda“ Nr. 61,
1. Juni (19. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

NOCH EIN VERBRECHEN DER KAPITALISTEN

Vor kurzem deckte in Petrograd der Bericht einer Arbeiterdelegation aus dem Donezgebiet die Machenschaften der Herren Bergbauindustriellen dieses Gebiets auf, die in verbrecherischer Weise die Produktion *desorganisieren*, sie stilllegen, die Arbeiter (zum Schutz des „heiligen“ Rechtes auf wahnsinnige Profite) der Arbeitslosigkeit, das Land dem Hunger und die Industrie infolge des Kohlenmangels der Krise überantworten.

Heute erhielten wir ein Telegramm mit der Nachricht über ebenso freche und verbrecherische Handlungen der Bergbauindustriellen an einem anderen Ende Rußlands. Hier dieses an den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und an drei Minister gerichtete Telegramm (in Klammern unsere Korrekturen des Textes):

„(Der Sowjet) der Soldatendeputierten und der Verband der Angestellten der Sudshensker Gruben Michelsons haben infolge der verbrecherischen provokatorischen Geschäftsführung, die die Gefahr der Stilllegung der Gruben heraufbeschwor, am 29. April 9 Mitglieder der Grubenverwaltung ihrer Funktionen enthoben. Die Verwaltung ist (einem) Ingenieurrat und einer technischen Kommission unter unmittelbarer Kontrolle des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übertragen worden. Eine Kommission der leitenden Organisationen von Tomsk hat nach Prüfung der Sachlage unseren Beschluß bestätigt.

Michelson hat am 11. Mai telegrafisch den Arbeitern die Lohnauszahlung verweigert; wir fordern völlige Restaurierung. Restaurierung unmöglich*; den Gruben droht Anarchie, den Arbeitern Elend. Veranlaßt die schnellste

* Der Sinn ist unklar: bedeutet das, daß bei Stilllegung des Betriebs die Wiederaufnahme der Arbeit später schwer und fast unmöglich sein wird?

Zuweisung einer halben Million Rubel, entscheidet über das Schicksal der Gruben, konfisziert sie. Die Gruben arbeiten für die Landesverteidigung, Tagesförderung 135 000 Pud, Stilllegung bedroht den Verkehr, (den Betrieb) der Fabriken. Vorläufig wird normal gearbeitet. Die Auszahlungen für März/April sind nicht abgeschlossen. Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, Angestelltenverband."

Es kann kein treffenderer Ausdruck gefunden werden als der, den die Absender, der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und der Angestelltenverband, in diesem Telegramm gebraucht haben: „Verbrecherische provokatorische Geschäftsführung“ der Kapitalisten.

Und alle Mitglieder der Provisorischen Regierung, die „sozialistischen“ Minister nicht ausgenommen, werden sich zu Mitschuldigen an diesem Verbrechen machen, wenn sie fortfahren, gegen den nahenden Zusammenbruch allein mit Resolutionen, Kommissionen, Beratungen mit den Unternehmern „kämpfen“ zu wollen, wenn sie fortfahren, zu „predigen, wo Taten (gegen die Kapitalisten) nur noch sind am Platz“*.

„Prawda“ Nr. 61,
1. Juni (19. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

* Aus der Krylowschen Fabel „Der Kater und der Koch“. Der Übers.

LÜGEN, NICHTS ALS LÜGEN

Das „Jedinstwo“* (eine Einheit mit der Bourgeoisie) behauptet heute, daß angeblich „die Leninhänger behaupten, Kurland sei eine deutsche Provinz“.

Das ist eine Lüge. Das ist ganz im Geist der „Russkaja Wolja“ und der „Retsch“ und eben eine Lüge.

Die „Prawda“ hat die „Retsch“ und andere Zeitungen aufgefordert: Geben Sie eine Definition der Annexion, die sowohl für die deutschen als auch für die englischen und russischen Annexionen anwendbar ist.

Die bürgerlichen Zeitungen (darunter auch das „Jedinstwo“) sind außerstande, auf diese Frage zu antworten, und suchen darum, sich mit einer Wiederholung von Lügen aus der Affäre zu ziehen. Sie sollen sich schämen!

Geschrieben am 18. (31.) Mai 1917.

Veröffentlicht am 1. Juni (19. Mai) 1917 Nach dem Text der „Prawda“ in der „Prawda“ Nr. 61.

* Jedinstwo = Einheit. Der Übers.

BRIEF AN DIE REDAKTION

Die Zeitungen haben wiederum gelogen, ich sei aus unaufgeklärten Gründen nicht auf dem Bauernkongreß erschienen, wäre ausgewichen usw. In Wirklichkeit sollte ich am Mittwoch sprechen und war bereit zu kommen, als ich die Mitteilung erhielt, daß am Mittwoch die Organisationsfrage behandelt würde, die Behandlung der Agrarfrage aber zeitweilig unterbrochen sei; das gleiche war heute, d. h. Donnerstag, der Fall. Ich bitte nochmals, den Zeitungen, mit Ausnahme der „Prawda“, nicht zu glauben.

N. Lenin

Geschrieben am 18. (31.) Mai 1917.

*Veröffentlicht am 1. Juni (19. Mai) 1917 Nach dem Text der „Prawda“.
in der „Prawda“ Nr. 61.*

IST DIE DOPPELHERRSCHAFT VERSCHWUNDEN?

Nein. Die Doppelherrschaft besteht weiter. Die Kardinalfrage jeder Revolution, die Frage der Macht im Staate, ist nach wie vor in der Schwebe, befindet sich nach wie vor in einem offensichtlich labilen Übergangszustand.

Man vergleiche die Regierungspresse, z. B. die „Retsch“ einerseits, die „Iswestija“, das „Delo Naroda“, die „Rabotschaja Gaseta“ anderseits. Man lese die spärlichen, leider nur allzu spärlichen offiziellen Mitteilungen darüber nach, was in den Sitzungen der Provisorischen Regierung geschieht, wie sie die Behandlung der wichtigsten Fragen immer wieder „zurückstellt“, weil sie nicht die Kraft aufbringt, irgendeinen bestimmten Kurs einzuschlagen. Man lese aufmerksam die Resolution des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vom 16. Mai über die wesentlichste, die wichtigste Frage, über die Maßnahmen zum Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, gegen die unaufhaltsam näherrückende Katastrophe – und man wird sich davon überzeugen, daß die Doppelherrschaft ganz unverändert weiterbesteht.

Alle geben zu, daß sich das Land mit Riesenschritten der Katastrophe nähert, und sie suchen davonzukommen mit faulem Zauber.

Ist es nicht fauler Zauber, wenn eine Resolution über eine solche Frage wie die Katastrophe, in einem Augenblick wie dem jetzigen, Kommissionen auf Kommissionen häuft, Abteilungen auf Abteilungen, Unterabteilungen auf Unterabteilungen? Wenn dasselbe Exekutivkomitee zu der skandalösen Affäre der Bergbauindustriellen des Donezbeckens, die der bewußten Desorganisation der Produktion überführt sind, eine Resolution annimmt, die wiederum nichts als fromme Wünsche enthält? Die

Preise festsetzen, die Profite regulieren, Mindestlöhne festsetzen, die Bildung von staatlich regulierten Trusts in Angriff nehmen – durch wen? Wie? „Durch zentrale und lokale Institutionen des Donez-Kriwoirog-Beckens. Diese Institutionen müssen demokratischen Charakter haben und unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer, der Regierung und der demokratischen revolutionären Organisationen gebildet werden“!

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

Ist es doch aller Welt bekannt, daß derlei „demokratische“ Institutionen sowohl in der Provinz als auch in Petrograd (dasselbe Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) existierten und existieren, ohne irgend etwas ausrichten zu können. Seit Ende März – März! – finden Beratungen der Arbeiter und Unternehmer des Donezbeckens statt. Mehr als anderthalb Monate sind vergangen. Das Ergebnis ist, daß die Arbeiter des Donezbeckens gezwungen sind, die bewußte Desorganisierung der Produktion durch die Unternehmer festzustellen!

Und das Volk wird wieder mit Versprechungen, Kommissionen, Konferenzen von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer (vielleicht gar paritätisch?) abgespeist. Die alte Manier: Und wenn man nicht mehr weiter kann, dann fängt man wieder von vorne an!

Die Wurzel des Übels liegt in der Doppelherrschaft. Der Fehler der Volkstümler und Menschewiki wurzelt darin, daß sie den Klassenkampf nicht verstehen, den sie ersetzen oder vertuschen, beilegen wollen durch Phrasen, Versprechungen, faulen Zauber, Kommissionen „unter Mitwirkung“ von Vertretern... derselben Doppelregierung!

Die Kapitalisten haben sich während des Krieges in unerhörter, skandalöser Weise bereichert. Sie haben auf ihrer Seite die Mehrheit der Regierung. Sie wollen die unbeschränkte Herrschaft, sie *müssen* vom Standpunkt ihrer Klassenlage aus die unbeschränkte Herrschaft anstreben, sich für sie einsetzen.

Die arbeitenden Massen, die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung bilden, die die Sowjets in ihren Händen haben, die ihre Kraft als Mehrheit fühlen, denen von allen Seiten die „Demokratisierung“ des Lebens versprochen wird, die wissen, daß Demokratie Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit ist (*und nicht umgekehrt*, wie es die Kapitalisten wollen), die erst seit der Revolution (und auch das nicht überall) und nicht

seit Beginn des Krieges darangegangen sind, ihre Lebenslage zu verbessern, die arbeitenden Massen *müssen* die unbeschränkte Herrschaft des Volkes, d. h. der Mehrheit der Bevölkerung, anstreben, d. h. eine Entscheidung nach dem Willen der Mehrheit der Arbeitenden gegen die Minderheit der Kapitalisten, und nicht auf Grund eines „Übereinkommens“ zwischen der Mehrheit und der Minderheit.

Die Doppelherrschaft bleibt bestehen. Die Regierung der Kapitalisten bleibt eine Regierung der Kapitalisten, trotz ihres Anhängsels einer Minderheit von Volkstümlern und Menschewiki. Die Sowjets bleiben die Organisation der Mehrheit. Die volkstümelerischen und menschewistischen Führer aber pendeln hilflos hin und her, sie möchten gleichzeitig auf zwei Stühlen sitzen.

Die Krise dehnt sich aus. Wie weit wir gekommen sind, zeigen die unerhört frechen *Verbrechen* der kapitalistischen Bergbauindustriellen, die Tatsache, daß sie die Produktion *sabotieren und stüllegen*. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Man spricht von Aussperrungen. Eigentlich haben die Aussperrungen damit, daß die Kapitalisten die Produktion desorganisieren (ist doch die Kohle das *Brot der Industrie!!*), damit, daß die Arbeitslosigkeit zunimmt, bereits *begonnen*.

Die gesamte Verantwortung für diese Krise, für die herannahende Katastrophe fällt auf die Führer der Volkstümeler und Menschewiki. Denn eben sie sind gegenwärtig die Führer der Sowjets, d. h. der Mehrheit. Es ist unvermeidlich, daß die Minderheit (die Kapitalisten) sich der Mehrheit nicht fügen will. Wer nicht alles vergessen hat, was die Wissenschaft sowohl wie die Erfahrung aller Länder lehrt, wer den Klassenkampf nicht vergessen hat, der wird in einer so grundlegenden und brennenden Frage nicht vertrauensselig auf ein „Übereinkommen“ mit den Kapitalisten warten.

Die Mehrheit der Bevölkerung, d. h. die Sowjets, d. h. die Arbeiter und Bauern, hätten durchaus die Möglichkeit, die Situation zu retten, die Kapitalisten an der Desorganisation und Stillegung der Produktion zu hindern, die Produktion unverzüglich wirklich unter *ihre* Kontrolle zu nehmen, wäre nicht die „Verständigungs“politik der volkstümelerischen und menschewistischen Führer. Diese tragen die ganze Verantwortung für die Krise und für die Katastrophe.

Aber anders als durch die Entscheidung der Mehrheit der Arbeiter und

Bauern gegen die Minderheit der Kapitalisten gibt es *keinen* Ausweg. Kein Aufschub wird hier helfen, er wird die Krankheit nur verschlimmern.

Vom Standpunkt des Marxismus ist die „Verständigung“ der Führer der Volkstümpler und Menschewiki ein Ausdruck der Schwankungen des Kleinbürgertums, das fürchtet, sich den Arbeitern anzuvertrauen, das fürchtet, mit den Kapitalisten zu brechen. Diese Schwankungen sind unvermeidlich, ebenso unvermeidlich wie unser Kampf, der Kampf der proletarischen Partei, für die Überwindung der Schwankungen, für die Aufklärung des Volkes über die Notwendigkeit, gegen die Kapitalisten die Produktion wieder aufzubauen, zu organisieren, zu steigern.

Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Entweder zurück zur unbeschränkten Herrschaft der Kapitalisten oder vorwärts zur wirklichen Demokratie, zur Entscheidung durch die Mehrheit. Die gegenwärtige Doppelherrschaft kann sich nicht lange halten.

„Prawda“ Nr. 62,
2. Juni (20. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

ÜBER DIE „EIGENMÄCHTIGE BESITZERGREIFUNG“ DES BODENS

(Schlechte Argumente der „Sozialrevolutionäre“)

In Nr. 10 der „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow“⁹⁷ vom 19. Mai ist ein Referat S. Maslows mit einer Betrachtung über die „Besitzergreifung des Bodens“ abgedruckt. „In einigen Gegenden“, sagte S. Maslow, „ist die Bauernschaft bestrebt, ihr Recht auf Land durch eigenmächtige Besitzergreifung der benachbarten Gutsbesitzersländereien zu verwirklichen. Es entsteht die Frage, inwieweit das zweckmäßig ist.“

S. Maslow hält das für unzumutbar und führt vier Argumente an. Prüfen wir sie aufmerksam.

Das erste Argument. Die Bodenreserven sind in Rußland nach Gebieten und Gouvernements ungleichmäßig verteilt. Auf diese unbestrittene Tatsache hinweisend, sagt S. Maslow:

„Man kann sich unschwer vorstellen, welche Komplikationen sich für eine richtige Lösung der Bodenfrage ergeben werden, wenn jedes Gouvernement oder jedes Gebiet lediglich auf die eigenen Ländereien Anspruch erhebt und sie sich aneignet. Das ist insbesondere unschwer vorauszusehen, wenn einzelne Bauerndörfer sich die Ländereien der benachbarten Gutsbesitzer aneignen, die andern Bauern aber ohne Land lassen.“

Diese Betrachtungsweise steht in offenkundigem, himmelschreiendem Widerspruch zur Wahrheit. Sie trifft diejenigen, denen es eingefallen wäre, den Bauern zu raten, sich das Land – und noch dazu in unorganisierter Weise – *als Eigentum* anzueignen. Sich aneignen, aufteilen – und basta.

Das wäre in der Tat der Gipfel des Anarchismus, der Gipfel der Sinnlosigkeit.

Wer einen solchen Unsinn vorgeschlagen hat, welche Partei, wissen

wir nicht. Wenn S. Maslow das im Auge hatte, so kämpft er mit Windmühlen. Das ist lächerlich.

Unsere Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki), hat in einer exakt formulierten Resolution vorgeschlagen, daß das *Eigentum* am Grund und Boden in die Hände des ganzen Volkes übergehen solle. Folglich *lehnen wir jede* Aneignung des Bodens als *Eigentum ab*.

Aber es handelt sich nicht darum, und S. Maslow hat sich selbst ver-raten, als er das Wichtigste und Wesentlichste erwähnte: die Besitz-ergreifung der *Gutsbesitzerländereien*. Das ist das Wesentliche. Das ist der springende Punkt. Eben um diese Frage geht S. Maslow herum wie die Katze um den heißen Brei.

Die Ländereien der Gutsbesitzer müssen *sofort* konfisziert, d. h., das *Eigentum* an ihnen muß *sofort*, und zwar *ohne Loskauf* aufgehoben werden.

Wie steht es aber mit dem *Besitz* an diesen Ländereien? Wer soll sie sofort in Besitz nehmen, sie bestellen? Die Bauern an Ort und Stelle, und zwar in organisierter Weise, d. h. nach dem Beschluß der Mehrheit. Das ist der Rat, den unsere Partei erteilt. Die Gutsbesitzerländereien werden *sofort* an Ort und Stelle den Bauern übergeben, bleiben aber *Eigentum* des Volkes. Das *endgültige* Besitzrecht wird von der Konstituierenden Versammlung (oder vom Gesamtrussischen Sowjet der Sowjets, wenn das Volk ihn zur Konstituierenden Versammlung macht) festgelegt werden.

Was hat also damit die Ungleichmäßigkeit der Bodenreserven in den verschiedenen Gebieten zu tun? Natürlich gar nichts. Diese Ungleich-mäßigkeit wird ohnehin bis zur Konstituierenden Versammlung bestehen-bleiben, bei *allen* Plänen, beim Plan der Gutsbesitzer, beim Plan S. Maslows und auch bei unserem.

S. Maslow hat nur die Aufmerksamkeit der Bauern von der eigent-lichen Frage abgelenkt. Er hat das Wesen der Sache durch leere Worte, die nichts mit ihr zu tun haben, verschleiert.

Dieses Wesen der Sache ist die Frage der Gutsbesitzerländereien. Die Gutsbesitzer wollen sie behalten. Wir wollen sie *sofort, ohne Loskauf, ohne jede Bezahlung*, den Bauern übergeben. Maslow will eine Verzö-gerung durch „Schlichtungskammern“.

Das ist schädlich. Verzögerungen sind schädlich. Die Gutsbesitzer müssen sich sofort dem Willen der Mehrheit der Bauern fügen, nicht aber gilt es, zwischen der Mehrheit (den Bauern) und der Minderheit (den Gutsbesitzern) zu „schlichten“. Eine solche Schlichtung wäre eine unrechtmäßige, ungerechte, undemokratische Begünstigung der Gutsbesitzer.

Das zweite Argument S. Maslows:

„Die Bauern drängen danach, vom Land Besitz zu ergreifen, denn sie hoffen, wenn es ihnen gelingt, ein Stück Boden zu bestellen, so werden sie es auch behalten. Dazu sind aber nur die Bauernhöfe imstande, die über genügend Arbeitskräfte und Pferde verfügen. Familien ohne Pferde, Familien, die einen großen Teil ihrer Arbeitskräfte an die Armee abgegeben haben, werden nicht imstande sein, die Methode der Besitzergreifung anzuwenden, um sich Land zu sichern. Es ist darum klar, daß diese Methode vorteilhaft sein kann für die stärkeren, ja für die an Land reicheren Bauern, nicht aber für diejenigen, die am dringendsten Land brauchen.“

Dieses Argument ist wiederum eine himmelschreiende Unwahrheit. S. Maslow lenkt die Aufmerksamkeit der Bauern wiederum vom Kern der Frage, von der Frage der Gutsbesitzerländereien ab. Denn wenn die Bauern von den Gutsbesitzerländereien nicht „Besitz ergreifen“ (d. h. ohne Bezahlung, wie wir vorschlagen), sondern sie *gegen Pacht*, d. h. *gegen Bezahlung* übernehmen (wie die Gutsbesitzer und S. Maslow vorschlagen) – wird sich damit etwas ändern? Sind etwa für die Bestellung der bei den Gutsbesitzern gepachteten Ländereien nicht Pferde und Arbeitskräfte notwendig? Können denn Familien, die ihre Arbeitskräfte an die Armee abgegeben haben, in gleicher Weise Land pachten wie Familien mit zahlreichen Arbeitskräften?

Der ganze Unterschied zwischen unserer Partei, den Bolschewiki, und Maslow besteht in diesem Punkt darin, daß er vorschlägt, den Gutsbesitzern den Boden gegen Bezahlung und nach einer durch „Schlichtung“ erzielten Vereinbarung abzunehmen, während wir vorschlagen, ihnen den Boden sofort und entschädigungslos abzunehmen.

Die Frage der Reichen *innerhalb* der Bauernschaft hat damit nichts zu tun. Ja noch mehr: den Boden entschädigungslos zu übernehmen ist für die *armen Bauern* vorteilhafter, ihn gegen Bezahlung übernehmen können die reichen Bauern leichter.

Welche Maßnahmen sind möglich und notwendig, damit der reiche Bauer den armen nicht benachteiligt?

1. Ein Mehrheitsbeschluß (es gibt mehr arme als reiche Bauern). Das eben schlagen wir vor;

2. eine besondere Organisation der armen Bauern, damit sie ihre *besonderen Interessen gesondert* behandeln. Das eben schlagen wir vor;

3. die gemeinsame Bestellung der Gutsbesitzerländereien mit gemeinsamem Vieh und gemeinsamen Geräten unter Leitung der Sowjets der Landarbeiterdeputierten. Das eben schlagen wir vor.

Gerade für die letzten beiden Maßnahmen, die die wichtigsten sind, setzt sich die Partei der „Sozialrevolutionäre“ *nicht* ein. Das ist sehr bedauerlich.

Das dritte Argument:

„In der ersten Zeit, in den ersten Tagen der Revolution, als sich in der Armee unter den Soldaten das Gerücht verbreitete, daß in der Heimat das Land aufgeteilt werde, sind viele, aus Furcht, nicht bedacht zu werden, nach Hause geeilt, wodurch die Zahl der Deserteure stieg.“

Dieses Argument gilt für eine sofortige *Aufteilung* des Bodens *als Eigentum*. Das hat niemand vorgeschlagen. S. Maslow schießt wiederum am Ziel vorbei.

Das vierte Argument:

„Schließlich bringt die Besitzergreifung des Bodens sogar die Gefahr eines Rückgangs der Anbaufläche mit sich. Es sind Fälle bekannt, wo Bauern, die sich der Gutsbesitzerländereien bemächtigt haben, sie schlecht bestellen, zu dünn säen oder aber ihre eigenen Ländereien unbestellt lassen. Jetzt, wo unser Land so dringend Nahrungsmittel braucht, ist eine solche Lage entschieden unzulässig.“

Nun, das ist schon ein ganz schlechtes Argument, über das man nur lachen wird! Das würde heißen, daß die Gutsbesitzerländereien, wenn man sie gegen Bezahlung übernimmt, besser bestellt werden!!

Blamieren Sie sich nicht, lieber Bürger S. Maslow, mit solchen Argumenten!

Wenn die Bauern die Felder schlecht bestellen, so muß man den Bauern helfen, und zwar *gerade den armen*, indem man zur gemeinsamen Bearbeitung der großen Güter übergeht. Ein anderes Mittel, den armen

Bauern zu helfen, *gibt es nicht*. Und gerade dieses Mittel empfiehlt S. Maslow leider *nicht*...

Die Gerechtigkeit verlangt hinzuzufügen, daß S. Maslow offenbar selbst die Schwäche seiner Argumente empfunden hat, denn gleich nach dem Gesagten ergänzt er:

„Jetzt, nach dem Gesagten, fühle ich, daß manche von Ihnen widersprechen werden, Sie werden sagen: Wie, man empfiehlt uns, alles beim alten zu lassen, wo wir doch unter dem gutsherrlichen Eigentum so sehr gelitten haben? Ich nehme es nicht auf mich, Ihnen irgend etwas vorzuschlagen.“

Das ist es eben! Bei S. Maslow sieht es so aus, als wollte er alles beim alten lassen (obwohl er das *nicht* will). Folglich waren die Argumente sehr schlecht.

Entscheiden müssen die Bauern selbst. Vorschläge machen müssen die Parteien. Unsere Partei schlägt vor, was ich oben gesagt habe und was ausführlich und genau in unseren Resolutionen* dargelegt ist (Beilage zu Nr. 13 der „Soldatskaja Prawda“, Preis 5 Kopeken).

„Prawda“ Nr. 62,

2. Juni (20. Mai) 1917.

Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda“.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 284/285 und 304. Die Red.

MATERIALIEN ZUR REVISION
DES PARTEIPROGRAMMS

Geschrieben April–Mai 1917.

*Veröffentlicht im Juni 1917 in der
Broschüre „Materialien zur Revision
des Parteiprogramms“.*

Verlag „Priboi“, Petrograd.

Nach dem Text der Broschüre.

VORWORT ZU DER BROSCHÜRE
„MATERIALIEN ZUR REVISION
DES PARTEIPROGRAMMS“

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands („Bolschewiki“) hat den Unterzeichneten beauftragt, unverzüglich das dem ZK bereits vorliegende Material zur Revision des Parteiprogramms herauszugeben.

Dieses Material besteht aus folgendem:

- a) einem ersten Entwurf zur Abänderung des theoretischen und des politischen Teils des Programms, den der Verfasser dieser Zeilen auf der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom 24.–29. April 1917 eingebracht hat und der nur in der von der Konferenz zur Bearbeitung dieser Frage gebildeten Kommission behandelt worden ist;
- b) den Bemerkungen der Kommission und ihrer einzelnen Mitglieder sowohl zu diesem Entwurf wie im Zusammenhang mit ihm;
- c) meiner Antwort auf diese Bemerkungen;
- d) dem vollständigen Entwurf zur Abänderung des wirtschaftlichen Minimalprogramms, der auf der Konferenz vom 24.–29. April 1917 von der Unterkommission für Arbeiterschutz ausgearbeitet wurde;
- e) dem mit kurzen Erläuterungen versehenen Entwurf zur Abänderung der Punkte des Parteiprogramms, die das Volksbildungswesen betreffen. Dieser Entwurf wurde erst nach der Konferenz von N. K. Krupskaja verfaßt.

Bei der Herausgabe dieses Materials beschränke ich mich auf ganz kurze Bemerkungen, da es meines Erachtens im gegenwärtigen Zeitpunkt die Hauptaufgabe der Partei ist, durch Veröffentlichung des Materials eine möglichst große Zahl von Genossen zur aktiven Mitarbeit an der Ausarbeitung des Parteiprogramms heranzuziehen.

Da alle oben aufgezählten Abänderungsentwürfe in ihrer Gesamtheit den Entwurf des vollständigen Textes des neuen Programms ergeben, veröffentliche ich am Ende dieser Broschüre *sowohl* den alten *als auch* den neuen Text, und zwar so, daß die Leser das gesamte Material in der für einen Vergleich und für das Eintragen von Korrekturen bequemsten Form vor Augen haben.

Im Auftrag des ZK wende ich mich an alle Parteigenossen sowie an alle mit der Partei Sympathisierenden mit der Bitte, das vorliegende Material möglichst weitgehend in den Parteipublikationen nachzudrucken, mit diesem Material die *ganze* Parteimitgliedschaft bekannt zu machen und alle Bemerkungen und Entwürfe an die Redaktion der „Prawda“ (Moika 32, Petrograd, mit dem Vermerk: Für das ZK, Materialien zur Revision des Programms) zu senden.

20. Mai 1917

N. Lenin

2

ENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES THEORETISCHEN,
DES POLITISCHEN TEILS UND EINIGER ANDERER
TEILE DES PROGRAMMS

Am Schluß des grundsätzlichen Teils des Programms (nach den Worten „sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen“) einfügen:

Der Weltkapitalismus hat jetzt, ungefähr seit Beginn des 20. Jahrhunderts, die Stufe des Imperialismus erreicht. Der Imperialismus oder die Epoche des Finanzkapitals ist die Epoche einer so hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, daß die Monopolverbände der Kapitalisten – Syndikate, Kartelle, Trusts – entscheidende Bedeutung erlangt haben, das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen, der Kapitalexport nach fremden Ländern hat sehr große Ausmaße angenommen, die ganze Welt ist territorial bereits unter die reichsten Länder aufgeteilt, und die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts hat begonnen.

Imperialistische Kriege, d. h. Kriege um die Weltherrschaft, um Märkte für das Bankkapital, um die Versklavung der kleinen und schwachen Völkerschaften, sind bei einer solchen Lage der Dinge unvermeidlich. Und gerade ein solcher Krieg ist der erste große imperialistische Krieg 1914–1917.

Die außerordentlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus überhaupt, die Ablösung der freien Konkurrenz durch den monopolistischen Kapitalismus, die Entwicklung eines Apparats für die gesellschaftliche Regulierung des Produktionsprozesses und der Verteilung der Produkte durch die Banken sowie durch die Kapitalistenverbände, die mit dem Wachstum der kapitalistischen Monopole verbundene Teuerung und die Zunahme des Drucks der Syndikate auf die Arbeiterklasse,

die gewaltige Erschwerung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, die Schrecken, das Elend, der Ruin, die Verwilderung, die der imperialistische Krieg erzeugt – alles das macht die jetzt erreichte Entwicklungsstufe des Kapitalismus zur Ära der proletarischen, sozialistischen Revolution.

Diese Ära hat begonnen.

Nur die proletarische, sozialistische Revolution vermag die Menschheit aus der Sackgasse herauszuführen, die der Imperialismus und die imperialistischen Kriege geschaffen haben. Wie groß auch immer die Schwierigkeiten der Revolution, ihre eventuellen zeitweiligen Mißerfolge oder die Wellen der Konterrevolution sein mögen, der endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich.

Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Epoche tritt daher, kraft der objektiven Verhältnisse, die allseitige unmittelbare Vorbereitung des Proletariats für die Eroberung der politischen Macht, um die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden.

Die Erfüllung dieser Aufgabe, die das vollste Vertrauen, das engste brüderliche Bündnis und die unmittelbare Einheit der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse aller fortgeschrittenen Länder erfordert, ist nicht zu verwirklichen, wenn man nicht sofort und grundsätzlich mit der bürgerlichen Entstellung des Sozialismus bricht, die in den Oberschichten der allermeisten offiziellen sozialdemokratischen Parteien den Sieg davongetragen hat. Eine solche Entstellung ist einerseits die Strömung des Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten, des Chauvinismus in Wirklichkeit, wobei man die Verteidigung der räuberischen Interessen „seiner“ nationalen Bourgeoisie durch die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ bemäntelt, und anderseits die ebenso verbreitete und internationale Strömung des sogenannten „Zentrums“, die für die Einheit mit den Sozialchauvinisten, für die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der bankrotten II. Internationale eintritt – eine Strömung, die zwischen dem Sozialchauvinismus und dem revolutionär-internationalistischen Kampf des Proletariats um die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung schwankt.

Im Minimalprogramm den ganzen Anfang (von den Worten: „Auf dem Wege“ bis zum § 1) streichen und durch folgendes ersetzen:

Im gegenwärtigen Augenblick, wo in Rußland die Provisorische Regierung, die der Kapitalistenklasse angehört und das Vertrauen – notwendigerweise ein schwankendes Vertrauen – der breiten Massen der kleinbürgerlichen Bevölkerung genießt, sich verpflichtet hat, die Konstituierende Versammlung einzuberufen, steht die Partei des Proletariats nunmehr vor der unmittelbaren Aufgabe, um eine Staatsordnung zu kämpfen, die am besten sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte des Volkes im allgemeinen sichert als auch im besonderen die Möglichkeit, den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen.

Die Partei des Proletariats kann sich nicht auf die bürgerlich-parlamentarische demokratische Republik beschränken, die überall in der Welt die monarchistischen Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen – die Polizei, das stehende Heer, das privilegierte Beamtentum – aufrechterhält und zu verewigen sucht.

Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer ist, für eine proletarisch-bäuerliche Republik, in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Miliz; alle beamteten Personen sind nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt; die parlamentarischen Vertretungskörperschaften werden nach und nach durch Sowjets der Vertreter des Volkes (der verschiedenen Klassen und Berufe oder der verschiedenen Orte) ersetzt, die gleichzeitig gesetzgebend sind und ihre Gesetze vollziehen.

Die Verfassung der demokratischen Republik Rußland muß gewährleisten:

§ 1. Die Selbstherrschaft des Volkes; die gesamte oberste Gewalt im Staate muß den Vertretern des Volkes gehören, die vom Volke gewählt und jederzeit absetzbar sind und eine Versammlung der Volksdeputierten, eine Kammer bilden.

§ 2 – hinzufügen:

Proportionale Vertretung bei allen Wahlen; jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller Delegierten und gewählten Beauftragten auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

§ 3 – hinzufügen:

Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.*

Im § 8 den letzten Satz wie folgt formulieren:

Einführung der Muttersprache in allen lokalen öffentlichen und staatlichen Institutionen; Abschaffung der obligatorischen Staatssprache.

§ 9 folgendermaßen ändern:

Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates für alle Nationen, die zum Staate gehören. Die Republik des russischen Volkes soll andere Völker oder Völkerschaften nicht durch Gewalt an sich ziehen, sondern ausschließlich durch freiwillige Verständigung über die Schaffung eines gemeinsamen Staates. Die Einheit und das brüderliche Bündnis der Arbeiter aller Länder vertragen sich weder mit einer direkten noch mit einer indirekten Vergewaltigung anderer Völkerschaften.

§ 11 folgendermaßen ändern:

Wahl der Richter und der beamteten Personen sowohl im Zivildienst als auch im Heer durch das Volk; ihre jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

§ 12 folgendermaßen ändern:

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie im öffentlichen Dienst in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, den üblichen Lohn erhalten.

Nach dem Programmpunkt über die Finanzen (nach den Worten: „Einkommen- und Erbschaftssteuer“) einfügen:

Die hohe Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die im Bankwesen und in den vertrautesten Industriezweigen bereits erreicht ist, einerseits, und

* Siehe „Prawda“ Nr. 68 vom 28. Mai 1917, die Betrachtungen von Fr. Engels über den Standpunkt des Marxismus – und der konsequenten Demokratie überhaupt – zur Frage der Einsetzung oder Bestätigung der von der örtlichen Bevölkerung gewählten Behörden.⁹⁸

andererseits die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene Zerrüttung, die überall die Forderung nach staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion und der Verteilung der wichtigsten Produkte aufkommen läßt, veranlassen die Partei, die Nationalisierung der Banken, der Syndikate (Trusts) usw. zu fordern.

Das Agrarprogramm wie folgt formulieren:

Den alten Anfang belassen (von den Worten: „Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung“ bis zu den Worten: „fordert die... Partei“), und die Fortsetzung folgendermaßen ändern:

1. kämpft die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands mit allen Kräften für die sofortige und vollständige Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien in Rußland (sowie der Apanage-, Kirchen-, Kabinettsländereien usw. usf.);

2. verfißt sie den sofortigen Übergang aller Ländereien in die Hände der Bauernschaft, die in den Sowjets der Bauerndeputierten oder in anderen, wirklich völlig demokratisch gewählten und von den Gutsbesitzern und Beamten völlig unabhängigen Organen der örtlichen Selbstverwaltung organisiert ist;

3. fordert sie die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens im Staate; die Nationalisierung, die die Übergabe des Eigentumsrechts am gesamten Grund und Boden an den Staat bedeutet, legt das Verfügungsrecht über den Boden in die Hände der örtlichen demokratischen Institutionen;

4. unterstützt sie die Initiative der Bauernkomitees, die in verschiedenen Gegenden Rußlands das lebende und tote Inventar der Güter in die Hände der in diesen Komitees organisierten Bauernschaft legen, damit es auf Grund gesellschaftlicher Regelung zur Bestellung aller Ländereien Verwendung finde;

5. rät sie den Proletariern und Halbproletariern des Dorfes, sich dafür einzusetzen, daß aus jedem Gutsbesitz eine genügend große Musterwirtschaft geschaffen werde, die für Rechnung der Gesellschaft von den Sowjets der Landarbeiterdeputierten unter der Leitung von Agronomen und mit Hilfe der besten technischen Mittel zu betreiben wäre.

Die Partei macht es sich in allen Fällen und bei jedem Stand... usw. bis zum Ende des Absatzes („Ausbeutung zu beseitigen“).

Den Schluß des Agrarprogramms, von den Worten: „Die Partei macht es sich in allen Fällen und bei jedem Stand der demokratischen Agrarumgestaltungen zu ihrer Aufgabe“ bis zu den Worten: „jede Ausbeutung zu beseitigen“ unverändert belassen.

Den ganzen Schluß des Programms, die beiden letzten Absätze, von den Worten: „In dem Bestreben, ihre nächsten Ziele zu verwirklichen“ bis zum Schluß völlig streichen.

3

EINIGE ERWÄGUNGEN
ZU DEN BEMERKUNGEN DER KOMMISSION
DER GESAMTRUSSISCHEN APRILKONFERENZ

Zu diesen Bemerkungen über den allgemeinen Teil des Programms muß ich folgendes sagen:

Eine Umarbeitung des ganzen allgemeinen Programnteils ist meines Erachtens nicht notwendig. Der von der Kommission entworfene Plan für eine solche Umarbeitung scheint mir theoretisch unrichtig zu sein.

In seiner jetzigen Fassung enthält der allgemeine Teil des Programms eine Beschreibung und Analyse der wichtigsten und wesentlichsten Besonderheiten des Kapitalismus als einer ökonomischen Gesellschaftsordnung. Diese Besonderheiten haben sich durch den Imperialismus, die Epoche des Finanzkapitals, *nicht* grundsätzlich verändert. Der Imperialismus ist die Fortsetzung der Entwicklung des Kapitalismus, sein höchstes Stadium, in gewisser Hinsicht das Übergangsstadium zum Sozialismus.

Ich kann daher nichts „Mechanisches“ darin sehen, wenn man die Analyse der grundlegenden Besonderheiten des Kapitalismus überhaupt durch die Analyse des Imperialismus ergänzt. Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund aus um, *und er kann es auch nicht*. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er „verknötet“ die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. *beseitigen kann* der Imperialismus *nicht*.

Der Imperialismus ist der im Ableben begriffene, aber noch nicht abgelebte, der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus. Nicht reine Monopole, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, der Konkurrenz, den Krisen – das ist überhaupt die wesentlichste Eigenart des Imperialismus.

Darum ist es theoretisch falsch, die Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. überhaupt zu streichen und sie durch die Analyse des Imperialismus *als eines Ganzen* zu „ersetzen“. Denn ein solches Ganzes gibt es nicht. Es gibt einen *Übergang* von der Konkurrenz zum Monopol, und daher wird ein Programm, das die allgemeine Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. beibehält und eine Charakteristik der *heranwachsenden* Monopole hinzufügt, viel richtiger sein, die Wirklichkeit viel exakter wiedergeben. Gerade diese Verkoppelung der einander widersprechenden „Prinzipien“ – Konkurrenz und Monopol – ist für den Imperialismus wesentlich, gerade sie bereitet den Zusammenbruch, d. h. die sozialistische Revolution vor.

In Rußland wäre es überdies auch darum falsch, den Imperialismus als ein einheitliches Ganzes darzustellen (der Imperialismus ist überhaupt kein einheitliches Ganzes), weil es in Rußland noch sehr viele Gebiete und Arbeitszweige gibt, die von der Natural- und Halbnaturalwirtschaft erst zum Kapitalismus übergehen. Das ist etwas Rückständiges, das ist etwas Schwaches, aber es ist dennoch da und kann unter bestimmten Bedingungen zu einem Element der Verzögerung des kapitalistischen Zusammenbruchs werden.

Das Programm beginnt – und muß beginnen – mit den einfachsten Erscheinungen des Kapitalismus, um überzugehen zu den komplizierteren und „höheren“, vom Tausch zur Warenproduktion, zur Verdrängung der Kleinbetriebe durch die großen, zu den Krisen usw. bis zum Imperialismus als dem erst jetzt in den fortgeschrittenen Ländern heranwachsenden und herangewachsenen höchsten Stadium. Gerade so verhält es sich im Leben. Mit der Nebeneinanderstellung von „Tausch“ überhaupt und Kapitalexport beginnen ist sowohl geschichtlich wie theoretisch falsch.

Das ist mein Einwand gegen die Bemerkungen der Kommission.

4

ZUM ENTWURF
DER UMARBEITUNG DES PROGRAMMS*Der alte und der neue Text des Programms*

Um dem Leser den Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Text des Programms möglichst leicht und bequem zu machen, drucken wir beide Texte gemeinsam in folgender Weise:

Mit gewöhnlicher Schrift sind jene Teile des alten Programms gesetzt, die auch im neuen Text unverändert bleiben;

kursiv sind jene Teile des Programms gesetzt, die im neuen Text ganz wegfallen,

fett sind jene Teile des neuen Programms gesetzt, die im alten Programm überhaupt nicht enthalten waren.

Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

Die Entwicklung des Warenaustauschs hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt hergestellt, daß die große Freiheitsbewegung des Proletariats international werden mußte und schon seit langem international geworden ist.

Die russische Sozialdemokratie, die sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats betrachtet, verfolgt dasselbe Endziel, das die Sozialdemokraten aller anderen Länder anstreben. Dieses Endziel wird bestimmt durch den Charakter der modernen bürgerlichen Gesellschaft und den Verlauf ihrer Entwicklung. Die wichtigste Eigenart einer solchen Gesellschaft ist die Warenproduktion auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse, bei denen der wichtigste und bedeutendste Teil der Mittel für die Produktion und Zirkulation der Waren einer ihrer

Zahl nach kleinen Klasse von Menschen gehört, während die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung aus Proletariern und Halbproletariern besteht, die durch ihre ökonomische Lage gezwungen sind, ständig oder periodisch ihre Arbeitskraft zu verkaufen, d. h. sich den Kapitalisten als Lohnarbeiter zu verdingen und durch ihre Arbeit das Einkommen der oberen Gesellschaftsklassen zu schaffen.

Der Herrschaftsbereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dehnt sich immer mehr aus, in dem Maße, wie die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik, welche die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe erhöht, zur Verdrängung der selbständigen Kleinproduzenten führt, einen Teil von ihnen in Proletarier verwandelt, die Rolle der übrigen im gesellschaftlich-ökonomischen Leben beschränkt und sie mancherorts in eine mehr oder minder vollständige, mehr oder minder offene, mehr oder minder drückende Abhängigkeit vom Kapital bringt.

Derselbe technische Fortschritt gibt außerdem den Unternehmern die Möglichkeit, im Prozeß der Warenproduktion und -zirkulation in immer größerem Umfang Frauen- und Kinderarbeit zu verwenden. Und da er andererseits zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Unternehmer an lebendiger Arbeitskraft führt, so bleibt notgedrungen die Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Angebot von Arbeitskraft zurück, und infolgedessen steigt die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital und der Grad ihrer Ausbeutung.

Eine solche Lage der Dinge innerhalb der bürgerlichen Länder und ihre sich ständig verschärfende Konkurrenz auf dem Weltmarkt gestalten den Absatz der Waren, die in stets wachsenden Mengen erzeugt werden, immer schwieriger und schwieriger. Die Überproduktion, die sich in mehr oder minder akuten industriellen Krisen äußert, denen mehr oder minder lange Perioden industrieller Stagnation folgen, ist die unvermeidliche Folge der Entwicklung der Produktivkräfte in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Krisen und die Perioden industrieller Stagnation ruinieren ihrerseits die Kleinproduzenten noch mehr, vergrößern noch mehr die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital, führen noch rascher zur relativen und mitunter auch zur absoluten Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse.

Die Vervollkommnung der Technik, die eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums be-

deutet, bedingt somit in der bürgerlichen Gesellschaft ein Anwachsen der sozialen Ungleichheit, eine Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen und eine Zunahme der Unsicherheit der Existenz, der Arbeitslosigkeit und der Entbehrungen aller Art für immer breitere Schichten der werktätigen Massen.

Aber in dem Maße, wie alle diese, der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse mit den bestehenden Zuständen, wächst die Zahl und die Geschlossenheit der Proletarier und verschärft sich ihr Kampf gegen ihre Ausbeuter. Zugleich schafft die Vervollkommnung der Technik, indem sie die Produktions- und Zirkulationsmittel konzentriert und den Arbeitsprozeß in den kapitalistischen Betrieben vergesellschaftet, immer rascher die materielle Möglichkeit der Ersetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische, d. h. jener sozialen Revolution, die das Endziel der gesamten Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie als der bewußten Trägerin der Klassenbewegung ist.

Die soziale Revolution des Proletariats, die das Privateigentum an den Produktions- und Zirkulationsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum ersetzt und den gesellschaftlichen Produktionsprozeß im Interesse des Wohlstands und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft planmäßig organisiert, wird die Klassenteilung der Gesellschaft beseitigen und so die ganze unterdrückte Menschheit befreien, denn sie wird jeder Art Ausbeutung eines Teils der Gesellschaft durch den anderen ein Ende setzen.

Die unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die es befähigen wird, jeden Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken. Die internationale Sozialdemokratie, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen historischen Mission zu befähigen, organisiert es zu einer selbständigen politischen Partei, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt, sie leitet seinen Klassenkampf in allen Erscheinungsformen, sie enthüllt ihm den unveröhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und den Interessen der Ausgebeuteten und macht ihm die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen

Revolution klar. Zugleich damit zeigt sie der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Aussichtslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution im Interesse ihrer eigenen Befreiung vom Joch des Kapitals. Die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Der Weltkapitalismus hat jetzt, ungefähr seit Beginn des 20. Jahrhunderts, die Stufe des Imperialismus erreicht. Der Imperialismus oder die Epoche des Finanzkapitals ist die Epoche einer so hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, daß die Monopolverbände der Kapitalisten — Syndikate, Kartelle, Trusts — entscheidende Bedeutung erlangt haben, das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen, der Kapitalexport nach fremden Ländern hat sehr große Ausmaße angenommen, die ganze Welt ist territorial bereits unter die reichsten Länder aufgeteilt, und die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts hat begonnen.

Imperialistische Kriege, d. h. Kriege um die Weltherrschaft, um Märkte für das Bankkapital, um die Versklavung der kleinen und schwachen Völkerschaften, sind bei einer solchen Lage der Dinge unvermeidlich. Und gerade ein solcher Krieg ist der erste große imperialistische Krieg 1914–1917.

Die außerordentlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus überhaupt, die Ablösung der freien Konkurrenz durch den monopolistischen Kapitalismus, die Entwicklung eines Apparats für die gesellschaftliche Regulierung des Produktionsprozesses und der Verteilung der Produkte durch die Banken sowie durch die Kapitalistenverbände, die mit dem Wachstum der kapitalistischen Monopole verbundene Teuerung und die Zunahme des Drucks der Syndikate auf die Arbeiterklasse, die gewaltige Erschwerung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, die Schrecken, das Elend, der Ruin, die Verwilderung, die der imperialistische Krieg erzeugt — alles das macht die jetzt erreichte Entwicklungsstufe des Kapitalismus zur Ära der proletarischen, sozialistischen Revolution.

Diese Ära hat begonnen.

Nur die proletarische, sozialistische Revolution vermag die Mensch-

heit aus der Sackgasse herauszuführen, die der Imperialismus und die imperialistischen Kriege geschaffen haben. Wie groß auch immer die Schwierigkeiten der Revolution, ihre eventuellen zeitweiligen Mißerfolge oder die Wellen der Konterrevolution sein mögen, der endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich.

Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Epoche tritt daher, kraft der objektiven Verhältnisse, die allseitige unmittelbare Vorbereitung des Proletariats für die Eroberung der politischen Macht, um die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden.

Die Erfüllung dieser Aufgabe, die das vollste Vertrauen, das engste brüderliche Bündnis und die unmittelbare Einheit der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse aller fortgeschrittenen Länder erfordert, ist nicht zu verwirklichen, wenn man nicht sofort und grundsätzlich mit der bürgerlichen Entstellung des Sozialismus bricht, die in den Oberschichten der allermeisten offiziellen sozialdemokratischen Parteien den Sieg davongetragen hat. Eine solche Entstellung ist einerseits die Strömung des Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten, des Chauvinismus in Wirklichkeit, wobei man die Verteidigung der räuberischen Interessen „seiner“ nationalen Bourgeoisie durch die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ bemäntelt, und anderseits die ebenso verbreitete und internationale Strömung des sogenannten „Zentrums“, die für die Einheit mit den Sozialchauvinisten, für die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der bankrotten II. Internationale eintritt — eine Strömung, die zwischen dem Sozialchauvinismus und dem revolutionär-internationalistischen Kampf des Proletariats um die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung schwankt.

Auf dem Wege zu ihrem gemeinsamen Endziel, das bestimmt wird durch die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in der ganzen zivilisierten Welt, sind die nächsten Aufgaben, die sich die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder stellen, notwendigerweise nicht dieselben, und zwar sowohl, weil diese Produktionsweise nicht überall in gleichem Maße entwickelt ist, als auch, weil sich ihre Entwicklung in den verschiedenen Ländern unter verschiedenen sozial-politischen Verhältnissen vollzieht.

In Rußland, wo der Kapitalismus bereits zur herrschenden Produktionsweise geworden ist, haben sich noch sehr zahlreiche Überreste unserer alten vorkapitalistischen Ordnung erhalten, die sich darauf gründete, daß die Gutsbesitzer, der Staat oder das Staatsoberhaupt die werktätigen Massen zu ihren Leibeigenen machten.

Diese Überreste, die den ökonomischen Fortschritt in hohem Maße hemmen, lassen die allseitige Entwicklung des Klassenkampfes des Proletariats nicht zu, sie fördern die Aufrechterhaltung und die Stärkung der barbarischsten Formen der Ausbeutung der viele Millionen zählenden Bauernschaft durch den Staat und die besitzenden Klassen und halten das ganze Volk in Unwissenheit und Rechtlosigkeit.

Der bedeutendste aller dieser Überreste und die mächtigste Stütze dieser ganzen Barbarei ist die zaristische Selbstherrschaft. Ihrem ganzen Wesen nach steht sie jeder sozialen Bewegung feindlich gegenüber und muß zwangsläufig der schlimmste Feind aller Freiheitsbestrebungen des Proletariats sein.

Darum stellt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands als nächste Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch die demokratische Republik, deren Verfassung gewährleisten würde:

Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo in Rußland die Provisorische Regierung, die der Kapitalistenklasse angehört und das Vertrauen — notwendigerweise ein schwankendes Vertrauen — der breiten Massen der kleinbürgerlichen Bevölkerung genießt, sich verpflichtet hat, die konstituierende Versammlung einzuberufen, steht die Partei des Proletariats nunmehr vor der unmittelbaren Aufgabe, um eine Staatsordnung zu kämpfen, die am besten sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte des Volkes im allgemeinen sichert als auch im besonderen die Möglichkeit, den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen.

Die Partei des Proletariats kann sich nicht auf die bürgerlich-parlamentarische demokratische Republik beschränken, die überall in der Welt die monarchistischen Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen — die Polizei, das stehende Heer, das privilegierte Beamtentum — aufrechterhält und zu verewigen sucht.

Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer ist, für eine

proletarisch-bäuerliche Republik, in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Miliz; alle beamteten Personen sind nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt; die parlamentarischen Vertretungskörperschaften werden nach und nach durch Sowjets der Vertreter des Volkes (der verschiedenen Klassen und Berufe oder der verschiedenen Orte) ersetzt, die gleichzeitig gesetzgebend sind und ihre Gesetze vollziehen.

Die Verfassung der demokratischen Republik Rußland muß gewährleisten:

1. Die Selbstherrschaft des Volkes, die gesamte oberste Gewalt im Staate muß den Vertretern des Volkes gehören, die vom Volke gewählt und jederzeit absetzbar sind und eine Versammlung der Volksdeputierten, eine Kammer bilden.

1. Die Selbstherrschaft des Volkes, d. h. die Konzentrierung der gesamten obersten Staatsgewalt in den Händen einer gesetzgebenden Versammlung, die aus Vertretern des Volkes besteht und eine Kammer bildet.

2. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bei den Wahlen sowohl zur gesetzgebenden Versammlung als auch zu allen örtlichen Selbstverwaltungsorganen für alle Bürger und Bürgerinnen, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben; geheime Abstimmung bei den Wahlen; das Recht jedes Wählers, in alle Vertretungskörperschaften gewählt zu werden; Neuwahl der Parlamente alle zwei Jahre; Diäten für die Volksvertreter; proportionale Vertretung bei allen Wahlen; jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller Delegierten und gewählten Beauftragten auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

3. Weitgehende örtliche Selbstverwaltung; provinziale Selbstverwaltung für diejenigen Gebiete, die sich durch besondere Lebensverhältnisse und die Zusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden; Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.

4. Unantastbarkeit der Person und der Wohnung.

5. Uneingeschränkte Gewissens- und Redefreiheit, Presse-, Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit.

6. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit.

7. Abschaffung der Stände und volle Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität.

8. Recht der Bevölkerung auf Vermittlung der Schulbildung in der Muttersprache, das durch die Gründung der hierzu notwendigen Schulen auf Kosten des Staates und der Selbstverwaltungsorgane gesichert wird; Recht eines jeden Bürgers, in Versammlungen seine Muttersprache zu gebrauchen; Einführung der Muttersprache *neben der Staatssprache* in allen lokalen öffentlichen und staatlichen Institutionen; Abschaffung der obligatorischen Staatssprache.

9. *Selbstbestimmungsrecht aller Nationen, die zum Staate gehören.*

9. Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates für alle Nationen, die zum Staate gehören. Die Republik des russischen Volkes soll andere Völker oder Völkerschaften nicht durch Gewalt an sich ziehen, sondern ausschließlich durch freiwillige Verständigung über die Schaffung eines gemeinsamen Staates. Die Einheit und das brüderliche Bündnis der Arbeiter aller Länder vertragen sich weder mit einer direkten noch mit einer indirekten Vergewaltigung anderer Völkerschaften.

10. Recht jeder Person, in der üblichen Verfahrensweise jeden beliebigen Beamten vor dem Geschworenengericht zu verklagen.

11. *Wahl der Richter durch das Volk.*

11. Wahl der Richter und der beamteten Personen sowohl im Zivildienst als auch im Heer durch das Volk; ihre jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

12. *Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung.*

12. Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie im öffentlichen Dienst in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, den üblichen Lohn erhalten.

13. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche; völlige Weltlichkeit der Schule.

14. Unentgeltliche und obligatorische allgemeine und berufliche Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 16. Lebensjahr, Versorgung der armen Kinder mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

14. Unentgeltliche und obligatorische allgemeine und polytechnische (theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde) Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 16. Lebensjahr, enge Verbindung zwischen Unterricht und gesellschaftlich-produktiver Arbeit der Kinder.

15. Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

16. Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände der demokratischen Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Verhinderung jeder Einmischung der Zentralgewalt in die Festsetzung der Schulprogramme und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuweisen.

Als Grundbedingung für die Demokratisierung unseres Staatshaushalts fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Einführung einer progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer.

Die hohe Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die im Bankwesen und in den vertrusteten Industriezweigen bereits erreicht ist, einerseits, und andererseits die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene Zerrüttung, die überall die Forderung nach staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion und der Verteilung der wichtigsten Produkte aufkommen läßt, veranlassen die Partei, die Nationalisierung der Banken, der Syndikate (Trusts) usw. zu fordern.

Um die Arbeiterklasse vor körperlicher und sittlicher Degradation zu bewahren und um sie besser zu befähigen, den Freiheitskampf zu führen, fordert die Partei:

1. Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden für alle Lohnarbeiter.

1. Beschränkung des Arbeitstages für alle Lohnarbeiter auf acht Stunden, bei durchgehender Arbeit einschließlich einer mindestens ein-

stündigen Pause für die Einnahme der Mahlzeiten. In gefährlichen und gesundheitsschädlichen Produktionszweigen soll die tägliche Arbeitszeit nur 4–6 Stunden betragen.

2. Gesetzliche Festlegung einer wöchentlichen ununterbrochenen Ruhepause von mindestens 42 Stunden für Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in sämtlichen Zweigen der Volkswirtschaft.

3. Völliges Verbot der Überstundenarbeit.

4. Verbot der Nachtarbeit (von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Arbeiterorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist.

4. Verbot der Nachtarbeit (von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Arbeiterorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit der Arbeiter vier Stunden nicht übersteigt.

5. Verbot für die Unternehmer, Kinder im schulpflichtigen Alter (bis zum 16. Lebensjahr) für sich arbeiten zu lassen, und Beschränkung der Arbeitszeit der Jugendlichen (16–18 Jahre) auf sechs Stunden.

5. Verbot für die Unternehmer, Kinder im schulpflichtigen Alter (bis zum 16. Lebensjahr) für sich arbeiten zu lassen, Beschränkung der Arbeitszeit der Jungarbeiter (16–20 Jahre) auf vier Stunden und Verbot der Nachtarbeit dieser Arbeiter in gesundheitsschädlichen Produktionszweigen und Bergwerken.

6. Verbot der Frauenarbeit in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die Arbeit für den weiblichen Organismus schädlich ist, Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft unter Fortzahlung des üblichen Lohnes für diese gesamte Zeit.

6. Verbot der Frauenarbeit in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die Arbeit für den weiblichen Organismus schädlich ist; Verbot der Nachtarbeit für Frauen, Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft unter Fortzahlung des vollen Lohnes für diese gesamte Zeit bei unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln.

7. Einrichtung von Krippen für Säuglinge und Kleinkinder bei allen Werken, Fabriken und anderen Betrieben, in denen Frauen arbeiten, Freistellung der stillenden Mütter von der Arbeit zumindest alle drei Stunden für die Dauer von mindestens einer halben Stunde.

7. Einrichtung von Krippen für Säuglinge und Kleinkinder sowie besonderer Räume für stillende Mütter bei allen Werken, Fabriken und anderen Betrieben, in denen Frauen arbeiten; Freistellung der stillenden Mütter von der Arbeit zumindest alle drei Stunden für die Dauer von mindestens einer halben Stunde; Gewährung von Beihilfen an die stillenden Mütter und Verkürzung ihres Arbeitstages auf 6 Stunden.

8. Staatliche Altersversicherung sowie Invaliditätsversicherung der Arbeiter für den Fall des vollständigen oder teilweisen Verlustes der Arbeitsfähigkeit auf Kosten eines Sonderfonds, der durch besondere Besteuerung der Kapitalisten zu bilden ist.

8. Vollständige Sozialversicherung der Arbeiter:

- a) für alle Arten der Lohnarbeit;
- b) für alle Arten des Verlustes der Arbeitsfähigkeit – durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Berufskrankheiten, Mutterschaft, Witwenschaft und Verwaisung –, für den Fall der Arbeitslosigkeit usw.;
- c) vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen;
- d) Bestreitung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten;
- e) unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln; Übertragung des Gesundheitswesens an sich selbst verwaltende Krankenkassen, deren Leitung von den Arbeitern gewählt wird.

9. Verbot der Zahlung des Arbeitslohns in Waren, Festlegung der wöchentlichen Lohnzahlung in bar in ausnahmslos allen Arbeitsverträgen und Auszahlung des Lohns während der Arbeitszeit.

10. Verbot für die Unternehmer, vom Arbeitslohn Abzüge zu machen, aus welchem Anlaß und zu welchem Zweck sie auch vorgenommen werden (Geldstrafen, Abzüge für Ausschuß usw.).

11. Ernennung einer genügenden Anzahl von Fabrikinspektoren in allen Zweigen der Volkswirtschaft und Ausdehnung der Aufsicht durch die Fabrikinspektion auf alle Betriebe, die Lohnarbeit verwenden, einschließlich der staatlichen Betriebe (auch die Arbeit der Hausangestellten

unterliegt dieser Aufsicht), Ernennung von weiblichen Inspektoren in jenen Wirtschaftszweigen, in denen Frauenarbeit verwendet wird, Hinzuziehung von Arbeitervertretern, die von den Arbeitern gewählt und vom Staate bezahlt werden, zur Aufsicht über die Durchführung der Fabrikgesetze, über die Festsetzung der Tarifsätze sowie über die Abnahme von Materialien und Fertigprodukten resp. über ihre Zurückweisung als Ausschuß.

9. Einführung einer von den Arbeiterorganisationen gewählten Arbeitsinspektion und ihre Ausdehnung auf alle Arten Betriebe, die Lohnarbeit verwenden, unter Einschluß auch der Hausangestellten, Einrichtung der Institution weiblicher Inspektoren in jenen Wirtschaftszweigen, in denen Frauenarbeit verwendet wird.

12. Aufsicht der örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Hinzuziehung von gewählten Arbeitervertretern über den sanitären Zustand der den Arbeitern von den Unternehmern zugewiesenen Wohnräume wie auch über die Hausordnung in diesen Räumlichkeiten und die Vermietungsbedingungen, um die Lohnarbeiter vor der Einmischung der Unternehmer in ihr Privatleben und in ihre staatsbürgerliche Betätigung zu schützen.

13. Einführung einer richtig organisierten sanitären Kontrolle in sämtlichen Betrieben, die Lohnarbeit verwenden, bei völliger Unabhängigkeit der gesamten ärztlich-sanitären Organisation von den Unternehmern, unentgeltliche medizinische Hilfe für die Arbeiter auf Kosten der Unternehmer unter Fortzahlung des Lohnes während der Krankheit.

14. Festsetzung der strafrechtlichen Haftung der Unternehmer bei Verletzung der Arbeitsschutzgesetze.

10. Schaffung einer sanitären Gesetzgebung zur Verbesserung der Arbeitshygiene und zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter in allen Betrieben, die Lohnarbeit verwenden, bei gleichzeitiger Überführung des Sanitätswesens in die Hände einer von den Arbeiterorganisationen gewählten Sanitätsinspektion.

11. Schaffung einer Wohnungsgesetzgebung und Bildung von den Arbeiterorganisationen gewählter Wohnungsinspektionen zur Kontrolle des sanitären Zustands der Wohnräume. Jedoch kann nur die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden und der Bau billiger und hygienischer Wohnungen die Wohnungsfrage lösen.

12. Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft.

15. Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen.

16. Obligatorische Errichtung von Arbeitsnachweisen (Arbeitsbörsen) für ansässige und zugewanderte Arbeiter in allen Industriezweigen durch die örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Beteiligung von Arbeiter- und Unternehmervetretern an ihrer Verwaltung.

13. Um die Arbeitsvermittlung an Arbeitslose zweckentsprechend zu organisieren, werden Arbeitsbörsen geschaffen. Die Arbeitsbörsen müssen proletarische Klassenorganisationen sein (keinesfalls paritätische Organisationen), sie müssen in engster Verbindung mit den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterorganisationen stehen und aus Mitteln der öffentlichen Selbstverwaltungen unterhalten werden.

Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die als ein schweres Joch unmittelbar auf den Bauern lasten, und um die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands:

1. Aufhebung aller ständischen Beschränkungen der Person und des Eigentums der Bauern.

2. Aufhebung aller Zahlungen und Lasten, die mit der ständischen Sonderstellung der Bauern zusammenhängen, und Annullierung der Schuldverpflichtungen, die knechtenden Charakter tragen.

3. Konfiskation der Kirchen-, Kloster-, Apanage- und Kabinettsländereien und ihre Übergabe (wie auch der fiskalischen Ländereien) an große, städtische und ländliche Kreise vereinigende örtliche Selbstverwaltungsorgane, wobei Ländereien, die für den Umsiedlungsfonds benötigt werden, sowie Wälder und Gewässer von staatlicher Bedeutung in den Besitz des demokratischen Staates übergehen.

4. Konfiskation der privaten Ländereien mit Ausnahme des kleinen Grundbesitzes und ihre Übergabe in die Verfügung großer, auf demokratischer Grundlage gewählter örtlicher Selbstverwaltungsorgane, wobei der Mindestumfang der der Konfiskation unterliegenden Grundstücke von diesen Organen bestimmt wird.

Während die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die revolutionären Aktionen der Bauernschaft, einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien, unterstützt, wird sie sich immer und stets allen Versuchen widersetzen, den Gang der ökonomischen Entwicklung zu hemmen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die danach strebt, bei siegreicher Entwicklung der Revolution die konfiszierten Ländereien in den Besitz der demokratischen Institutionen der örtlichen Selbstverwaltung zu überführen, wird sich, falls die Bedingungen hierfür ungünstig sind, für die Aufteilung jener Gutsbesitzerländereien unter die Bauern einsetzen, auf denen faktisch Kleinwirtschaft betrieben wird oder die notwendig sind, um das Ackerland der Bauern zu vervollständigen.

1. kämpft die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands mit allen Kräften für die sofortige und vollständige Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien in Rußland (sowie der Apanageländereien, Kirchenländereien usw. usf.);

2. verfißt sie den sofortigen Übergang aller Ländereien in die Hände der Bauernschaft, die in den Sowjets der Bauerndeputierten oder in anderen, wirklich völlig demokratisch gewählten und von den Gutsbesitzern und Beamten völlig unabhängigen Organen der örtlichen Selbstverwaltung organisiert ist;

3. fordert sie die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens im Staate; die Nationalisierung, die die Übergabe des Eigentumsrechts am gesamten Grund und Boden an den Staat bedeutet, legt das Verfügungsrecht über den Boden in die Hände der örtlichen demokratischen Institutionen;

4. unterstützt sie die Initiative der Bauernkomitees, die in verschiedenen Gegenden Rußlands das lebende und tote Inventar der Güter in die Hände der in diesen Komitees organisierten Bauernschaft legen, damit es auf Grund gesellschaftlicher Regelung zur Bestellung aller Ländereien Verwendung finde;

5. rät sie den Proletariern und Halbproletariern des Dorfes, sich dafür einzusetzen, daß aus jedem Gutsbesitz eine genügend große Musterwirtschaft geschaffen werde, die für Rechnung der Gesellschaft von den Sowjets der Landarbeiterdeputierten unter der Leitung von Agromomen und mit Hilfe der besten technischen Mittel zu betreiben wäre.

Die Partei macht es sich *dabei* in allen Fällen und bei jedem Stand der demokratischen Agrarumgestaltungen zu ihrer Aufgabe, unentwegt eine selbständige Klassenorganisation des Landproletariats anzustreben, ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und den Interessen der Dorfbourgeoisie klarzumachen, es davor zu warnen, seine Hoffnungen auf das System der Kleinwirtschaft zu setzen, das beim Bestehen der Warenproduktion niemals imstande sein wird, das Elend der Massen zu beseitigen, und schließlich auf die Notwendigkeit der vollständigen sozialistischen Umwälzung hinzuweisen, als des einzigen Mittels, jedes Elend und jede Ausbeutung zu beseitigen.

In dem Bestreben, ihre nächsten Ziele zu verwirklichen, unterstützt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung, die sich gegen das in Rußland bestehende soziale und politische System richtet, sie lehnt aber zugleich entschieden alle jene Reformpläne ab, die irgendwie auf eine Erweiterung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen hinauslaufen.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ist ihrerseits fest davon überzeugt, daß die vollständige, konsequente und dauerhafte Verwirklichung der genannten politischen und sozialen Umgestaltungen nur erreicht werden kann durch den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer vom gesamten Volk frei gewählten Konstituierenden Versammlung.

ERSTER GESAMTRUSSISCHER KONGRESS
DER BAUERNDÉPUTIERTEN⁹⁹

4.–28. Mai (17. Mai–10. Juni) 1917

1

RESOLUTIONSENTWURF ZUR AGRARFRAGE

1. Alle Gutsbesitzerländereien und privaten Ländereien, desgleichen alle Apanage- und Kirchenländereien und so weiter müssen unverzüglich ohne jede Ablösung in die Hände des Volkes übergehen.

2. Die Bauernschaft muß sofort in organisierter Weise durch ihre Sowjets der Bauerndeputierten den gesamten örtlich vorhandenen Boden zur wirtschaftlichen Nutzung in Besitz nehmen, ohne damit irgendwie einer endgültigen Regelung der Agrarverhältnisse durch die Konstituierende Versammlung oder den Gesamtrussischen Sowjet der Sowjets, falls das Volk die zentrale Staatsgewalt einem solchen Sowjet der Sowjets übergeben sollte, vorzugreifen.

3. Das Privateigentum am Grund und Boden muß überhaupt aufgehoben werden, das heißt, das Eigentumsrecht auf den gesamten Grund und Boden soll ausschließlich dem Volk in seiner Gesamtheit gehören; das Verfügungsrecht über den Boden dagegen soll den örtlichen demokratischen Institutionen zustehen.

4. Die Bauern müssen den Rat der Kapitalisten, der Gutsbesitzer und ihrer Provisorischen Regierung, örtliche „Vereinbarungen“ mit den Gutsbesitzern zwecks sofortiger Regelung der Verfügung über den Grund und Boden einzugehen, zurückweisen; die Verfügung über den gesamten Boden muß beruhen auf dem organisierten Beschluß der Mehrheit der Bauern und nicht auf der Vereinbarung der Mehrheit, d. h. der Bauern, mit der Minderheit, und noch dazu mit einer verschwindenden Minderheit, d. h. mit den Gutsbesitzern.

5. Gegen den entschädigungslosen Übergang aller Gutsbesitzerländereien an die Bauernschaft kämpfen heute, wie das auch in Zukunft der

Fall sein wird, mit allen Mitteln nicht nur die Gutsbesitzer, sondern auch die Kapitalisten, in deren Händen eine sehr große Macht konzentriert ist nicht nur, weil sie über das Geld verfügen, sondern auch, weil sie die noch unaufgeklärten Massen durch die Zeitungen, durch die vielen an die Herrschaft des Kapitals gewöhnten Beamten, Angestellten usw. beeinflussen können. Die entschädigungslose Überführung aller Gutsbesitzerländereien in die Hände der Bauernschaft kann daher weder restlos durchgeführt noch gesichert werden, wenn man nicht das Vertrauen der Bauernmassen zu den Kapitalisten zerstört, wenn nicht ein festes Bündnis der Bauernschaft mit den städtischen Arbeitern hergestellt wird, wenn nicht die gesamte Staatsmacht voll und ganz in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten übergeht. Nur eine Staatsgewalt, die sich in den Händen solcher Sowjets befindet und die den Staat nicht durch Polizei, nicht durch Beamte, nicht durch ein vom Volke getrenntes stehendes Heer, sondern durch die allgemeine, bewaffnete Volksmiliz der Arbeiter und Bauern regiert, ist imstande, die oben dargelegten und von der gesamten Bauernschaft geforderten Umgestaltungen im Agrarwesen zu gewährleisten.

6. Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und die armen Bauern, das heißt solche, die ihre Existenzmittel teilweise durch Lohnarbeit erwerben, weil sie nicht genügend Land, Vieh, Geräte besitzen, müssen mit allen Kräften danach streben, sich selbständig in besonderen Sowjets oder besonderen Gruppen innerhalb der allgemeinen Bauernsowjets zu organisieren, um ihre eigenen Interessen gegen die reichen Bauern vertreten zu können, die unvermeidlich nach einem Bündnis mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern trachten.

7. Infolge des Krieges droht Rußland, ebenso wie allen andern kriegsführenden und auch vielen neutralen (nichtkriegführenden) Ländern, die wirtschaftliche Zerrüttung, die Katastrophe, die Hungersnot, weil es an Arbeitskräften, an Kohle, an Eisen usw. mangelt. Das Land kann nur dadurch gerettet werden, daß die Arbeiter- und Bauerndeputierten die Kontrolle und die Leitung der gesamten Produktion und Verteilung der Produkte übernehmen. Deshalb ist es notwendig, unverzüglich Vereinbarungen zwischen den Sowjets der Bauerndeputierten und den Sowjets der Arbeiterdeputierten über den Austausch von Getreide und anderen ländlichen Produkten gegen Geräte, Schuhwerk, Kleidung usw. in die

Wege zu leiten, und das ohne die Vermittlung der Kapitalisten, die von der Leitung der Fabriken ausgeschlossen werden müssen. Zu dem gleichen Zweck muß auch der Übergang der Viehbestände der Gutsbesitzer und ihrer Geräte in die Hände der Bauernkomitees, mit dem Ziel, sie der allgemeinen Nutzung zuzuführen, gefördert werden. Ebenso gilt es dazu beizutragen, daß aus jedem großen Gutsbesitz eine Musterwirtschaft geschaffen werde, deren Boden mit den besten Maschinen, unter der Leitung von Agronomen gemeinsam bestellt wird, und die nach den Beschlüssen der Sowjets der Landarbeiterdeputierten arbeitet.

Geschrieben vor dem 17. (30.) Mai 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1917 in der
Broschüre „Materialien zur Agrarfrage“.
Verlag „Priboi“.*

Nach dem Manuskript.

2

REDE ZUR AGRARFRAGE

22. MAI (4. JUND) 1917

Genossen! Die Resolution, die ich Ihnen im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Bauernsowjets zu unterbreiten die Ehre habe, liegt gedruckt vor und ist an die Delegierten verteilt worden. Wenn noch nicht alle sie bekommen haben, so werden wir veranlassen, daß morgen weitere Exemplare gedruckt und an alle Interessierten verteilt werden.

In meinem kurzen Referat kann ich natürlich nur die wichtigsten, grundlegenden, die Bauernschaft und die Arbeiterklasse ganz besonders interessierenden Fragen behandeln. Wer sich über diese Frage ausführlicher unterrichten will, dem kann ich die Resolution unserer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki), empfehlen, die als Beilage zu Nr. 13 der „Soldatskaja Prawda“ erschienen ist und wiederholt in unserer Zeitung „Prawda“ erläutert wurde.* Jetzt aber muß ich mich auf die Erläuterung der wichtigsten, strittigsten oder zu Mißverständnissen Anlaß gebenden Punkte meiner Resolution und unseres Parteiprogramms zur Agrarfrage beschränken. Einer der ersten dieser strittigen oder zu Mißverständnissen Anlaß gebenden Punkte betrifft eine Frage, die gestern oder vorgestern auch im Hauptbodenkomitee¹⁰⁰ erörtert wurde – in einer Sitzung, von der Sie sicherlich alle gehört oder in den gestrigen oder vorgestrigen Zeitungen gelesen haben. Der Sitzung des Hauptbodenkomitees wohnte ein Vertreter unserer Partei bei, einer meiner Kollegen aus dem Zentralkomitee, Genosse Smilga. Er brachte dort den Antrag ein, das Hauptbodenkomitee möge sich für die sofortige organisierte Besitzergreifung der Gutsbesitzerländereien durch die Bauernschaft aussprechen, und wurde deswegen heftig ange-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 282–285. *Die Red.*

griffen. (Zwischenruf: „Hier auch!“) Ich höre eben, daß auch hier viele Genossen in gleicher Weise gegen diesen Antrag auftreten werden. Ein Grund mehr für mich, diesen Punkt unseres Programms ausführlich zu erläutern, denn es scheint mir, daß wohl die meisten gegen unser Programm erhobenen Einwände auf einem Mißverständnis oder einer falschen Auslegung unserer Ansichten beruhen.

Was sagen wir in allen Resolutionen unserer Partei, in allen Artikeln unserer Zeitung, der „Prawda“? Wir sagen, daß der gesamte Grund und Boden ohne jede Ausnahme Eigentum des ganzen Volkes werden muß. Zu diesem Schluß gelangten wir auf Grund des Studiums insbesondere der Bauernbewegung vom Jahre 1905 und der Erklärungen der Bauernabgeordneten in der I. und II. Reichsduma, wo viele Bauernabgeordnete aus allen Teilen Rußlands verhältnismäßig frei – *verhältnismäßig* frei natürlich – ihre Meinung äußern konnten.

Der gesamte Grund und Boden muß Eigentum des ganzen Volkes sein. Hieraus ergibt sich schon: wenn wir fordern, daß die Gutsbesitzerländereien sofort und unentgeltlich in die Hände der Bauern an Ort und Stelle übergehen, so treten wir keineswegs dafür ein, daß die Bauern dieses Land zu ihrem Eigentum machen, so treten wir keineswegs für die Aufteilung dieser Ländereien ein. Wir meinen, daß die Bauern an Ort und Stelle das Land zur einmaligen Bestellung in Besitz nehmen sollen, und zwar auf Beschluß der Mehrheit der örtlichen und bäuerlichen Delegierten. Wir treten keineswegs dafür ein, daß das Land Eigentum jener Bauern wird, die es jetzt zur einmaligen Bestellung übernehmen. Alle derartigen Einwände gegen unseren Antrag, die man immer wieder zu hören und in der kapitalistischen Presse zu lesen bekommt, beruhen einfach auf einer falschen Auslegung unserer Ansichten. Wenn wir sagen – und ich wiederhole: wir haben es in allen unseren Resolutionen gesagt –, daß das Land Eigentum des ganzen Volkes sein und unentgeltlich in seine Hände übergehen muß, so ist es klar, daß die Festsetzung der endgültigen Verteilung dieses Landes, die endgültige Regelung der Agrarverhältnisse nur durch die zentrale Staatsgewalt zu erfolgen hat, d. h. durch die konstituierende Versammlung oder den Gesamtrussischen Sowjet der Sowjets, falls die Arbeiter- und Bauernmassen eine solche Staatsgewalt, den Sowjet der Sowjets, schaffen sollten. In dieser Beziehung bestehen keinerlei Meinungsverschiedenheiten.

Die Meinungsverschiedenheiten fangen erst an, wo man weitere Einwände gegen uns erhebt und sagt: „Wenn dem so ist, so wird jede sofortige unentgeltliche Übernahme der Gutsbesitzerländereien durch die Bauernschaft eine Eigenmächtigkeit sein.“ Diese Ansicht, die ganz besonders deutlich, autoritativ und maßgeblich Landwirtschaftsminister Schingarjow in seinem bekannten Telegramm geäußert hat, halten wir für ganz und gar irrig, sie ist nachteilig für die Bauernschaft, nachteilig für den Landmann, nachteilig für die Brotversorgung des Landes, und sie ist auch ungerecht. Ich erlaube mir, dieses Telegramm zu verlesen, um zu zeigen, wogegen sich unsere Einwände in erster Linie richten.

„... Jede selbständige Lösung der Bodenfrage, ohne ein Reichsgesetz abzuwarten, ist unzulässig. Ein eigenmächtiges Vorgehen wird für den Staat ein Unglück sein... Die gesetzliche Lösung der Bodenfrage ist Sache der Konstituierenden Versammlung. Es werden jetzt allenthalben bei den Ernährungskomitees der Amtsbezirke landwirtschaftliche Schlichtungskammern aus Bauern und Grundbesitzern gebildet.“

Das ist die wichtigste Stelle aus der Regierungserklärung zu dieser Frage. Wenn Sie sich näher mit der gestern oder vorgestern zu dieser Frage vom Hauptbodenkomitee angenommenen Resolution befassen sowie mit der Resolution, die ebenfalls dieser Tage in einer Konferenz von Mitgliedern der Reichsduma angenommen wurde, so werden Sie feststellen, daß diese beiden Resolutionen von der gleichen Auffassung ausgehen. Beide werfen den Bauern, die sofort und unentgeltlich den Boden in die Hände der Bauern überführen wollen, wobei die Verteilung des Bodens Sache der örtlichen Bauernkomitees wäre, eigenmächtiges Vorgehen vor und gehen dabei davon aus, daß nur eine freiwillige Vereinbarung der Bauern mit den Grundbesitzern, der Bodenbebauer mit den Bodenbesitzern, den allgemeinen Bedürfnissen und Interessen des Staates entspreche. Das aber eben bestreiten wir, dagegen wenden wir uns.

Untersuchen wir die Einwände, die gegen unseren Antrag erhoben werden. Gewöhnlich bestehen die Einwände darin, daß der Boden in Rußland äußerst ungleichmäßig verteilt sei, und zwar sowohl zwischen den einzelnen kleineren Einheiten wie den Dörfern und Amtsbezirken als auch zwischen den großen Einheiten wie den Gouvernements und Gebieten. Wenn die örtliche Bevölkerung, sagt man nun, sich auf Grund

ihrer Mehrheitsbeschlusses, ohne Rücksicht auf die Wünsche der Gutsbesitzer, des Bodens bemächtigt und noch dazu unentgeltlich, so würde diese Ungleichmäßigkeit bestehenbleiben, ja es wäre sogar die Gefahr gegeben, daß sich dieser Zustand konsolidiert. Wir antworten darauf, daß ein solches Argument auf einem Mißverständnis beruht. Die Ungleichmäßigkeit in der Bodenverteilung wird ohnehin bestehenbleiben, solange nicht die Konstituierende Versammlung oder die zentrale Staatsgewalt überhaupt eine neue, endgültige Regelung vornimmt. Solange diese Regelung nicht erfolgt ist – ganz gleich, ob im Sinne der Bauern oder im Sinne der Gutsbesitzer, ob so, wie wir es wünschen, d. h., daß das Land sofort an die Bauern übergeht, oder so, wie es die Gutsbesitzer wünschen, die bereit sind, ihr Land zu hohem Zins zu verpachten, unter der Bedingung, daß der pachtende Bauer und der Gutsbesitzer ihre Rechte behalten, ob so oder anders – die ungleichmäßige Verteilung bleibt bestehen. Dieser Einwand gegen uns ist offensichtlich falsch und ungerechtfertigt. Wir sagen, daß es notwendig ist, so schnell wie möglich eine zentrale Staatsgewalt zu schaffen, die sich nicht nur auf den Willen und die Beschlüsse der Mehrheit der Bauernschaft stützt, sondern die auch die Meinung dieser Mehrheit unmittelbar zum Ausdruck bringt. Darüber gibt es keinen Streit. Die gegen die Bolschewiki erhobenen Einwände, die Angriffe der kapitalistischen Presse, die Behauptungen, daß wir Anarchisten seien, weisen wir aufs entschiedenste zurück, wir betrachten diese Angriffe als böswillige Lügen und Verleumdungen.

Anarchisten nennt man diejenigen, die die Notwendigkeit der Staatsgewalt leugnen, wir aber sagen, daß sie unbedingt notwendig ist, und nicht nur augenblicklich für Rußland, sondern für jeden Staat, selbst wenn er direkt zum Sozialismus übergeht. Eine wirklich feste Staatsmacht ist unbedingt notwendig. Wir wollen nur, daß diese Macht gänzlich und ausschließlich in den Händen der Mehrheit der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten liege. Dadurch eben unterscheiden wir uns von den anderen Parteien. Wir leugnen keineswegs die Notwendigkeit einer festen Staatsgewalt, wir sagen nur, daß alles Gutsbesitzerland unentgeltlich in die Hände der Bauern übergehen muß, auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen der örtlichen Bauernkomitees, unter der Bedingung, daß das Inventar in keiner Weise beschädigt wird. Das ist in unserer

Resolution ganz ausdrücklich erklärt. Wir weisen den gegen unseren Standpunkt erhobenen Einwand, daß dies Eigenmächtigkeit bedeute, entschieden zurück.

Nein, wir meinen, wenn die Gutsbesitzer das Land für sich zurückbehalten oder es sich bezahlen lassen, so ist das in der Tat eigenmächtiges Vorgehen; wenn aber die Mehrheit der Bauernschaft sagt, daß das Gutsbesitzerland nicht in den Händen der Gutsbesitzer bleiben darf, daß die Bauernschaft von diesen Gutsbesitzern, den Besitzern des Grund und Bodens, viele Jahrzehnte lang, jahrhundertlang nichts anderes erfahren hat als Unterdrückung, so ist das nicht eigenmächtiges Vorgehen, so ist das *Wiederherstellung des Rechts*, und mit der Wiederherstellung des Rechts darf man nicht warten. Geht der Grund und Boden unverzüglich in die Hände der Bauern über, so kann dadurch die Ungleichmäßigkeit zwischen den einzelnen Gebieten nicht beseitigt werden – das unterliegt keinem Zweifel, aber diese Ungleichmäßigkeit wird niemand beseitigen, solange die Konstituierende Versammlung nicht zusammengetreten ist. Und wenn man heute Schingarjow, der gegen uns auftritt und in ähnlichen Erklärungen die Anhänger unserer Ansichten des „eigenmächtigen Vorgehens“ bezichtigt, fragen wollte, was er gegen diese Ungleichmäßigkeit vorschläge, so könnte er keine Antwort geben. Er schlägt nichts vor und kann auch nichts vorschlagen.

Er sagt „freiwillige Vereinbarung zwischen Bauern und Gutsbesitzern“. Was bedeutet das? Ich will zwei grundlegende Zahlen anführen, die den Grundbesitz im Europäischen Rußland betreffen. Diese Zahlen zeigen, daß an einem Ende des russischen Dorfes die reichen Gutsbesitzer stehen, einschließlich auch der Romanows, dieser reichsten und schlimmsten Gutsbesitzer, am anderen Ende aber die armen Bauern. Ich will beide Zahlen anführen, damit man sieht, welchen Wert diese Predigt Schingarjows, die Predigt aller Gutsbesitzer und Kapitalisten hat. Diese beiden Zahlen sind folgende: nimmt man die reichsten Gutsbesitzer des ganzen Europäischen Rußlands, so stellt sich heraus, daß sie, deren Zahl sich auf nicht ganz 30 000 beläuft, etwa 70 Millionen Desjatinen Land besitzen. Es kommen also auf jeden einzelnen über 2000 Desjatinen. Nimmt man die obersten Schichten der reichen russischen Gutsbesitzer, ohne Unterschied des Standes (zumeist sind es Adlige, es gibt aber auch andere Gutsbesitzer), so sind es 30 000, und sie besitzen 70 Millionen

Desjatinen! Nimmt man aber ebenso auf Grund der Zählung von 1905, die die letzten in ganz Rußland nach einheitlichen Prinzipien gesammelten Angaben liefert – Angaben, die zwar wie jede unter dem Zaren von Zarenbeamten aufgestellte Statistik im Grunde kein sehr großes Vertrauen verdienen, aus denen sich aber immerhin Zahlen ergeben, die der Wahrheit noch am nächsten kommen und sich am ehesten miteinander vergleichen lassen –, nimmt man die arme Bauernschaft, so erhalten wir 10 Millionen Höfe mit 70–75 Millionen Desjatinen. Das bedeutet: der eine besitzt über 2000 Desjatinen, der andere – $7\frac{1}{2}$ Desjatinen je Hof! Und da sagt man, es wird Eigenmächtigkeit sein, wenn die Bauern sich auf eine freiwillige Vereinbarung nicht einlassen! Was bedeutet denn diese „freiwillige Vereinbarung“? Sie bedeutet, daß die Gutsbesitzer vielleicht gegen gute Bezahlung den Boden verpachten werden, aber unentgeltlich werden sie ihn niemandem geben. Ist das gerecht? Nein, das ist nicht gerecht. Ist das für die Bauernbevölkerung von Vorteil? Nein, keineswegs. In welcher Weise das Grundeigentum endgültig festgelegt werden wird, das ist Sache der künftigen Zentralgewalt, aber jetzt schon, sofort muß das Land der Gutsbesitzer – unter der Voraussetzung einer organisierten Besitzergreifung – ohne Ablösung in die Hände der Bauernschaft übergehen. Minister Tschernow hat im Hauptbodenkomitee, gegen Smilga, einen meiner Parteigenossen, polemisierend, gesagt, „organisierte Besitzergreifung“ – das seien zwei Worte, die sich gegenseitig ausschließen: wenn Besitzergreifung, so ist sie nicht organisiert, ist sie aber organisiert, so ist sie keine Besitzergreifung. Ich denke, diese Kritik ist falsch. Ich denke, wenn die Bauernschaft einen Mehrheitsbeschluß im Dorf oder Amtsbezirk, im Kreis oder Gouvernement faßt – und in etlichen Gouvernements, wenn nicht in allen, haben die Bauernkongresse örtliche Machtorgane geschaffen, die die Interessen und den Willen der Mehrheit vertreten, Machtorgane, die den Willen der Bevölkerung, d. h. der Mehrheit der Bauern zum Ausdruck bringen –, wenn solche örtlichen Machtorgane geschaffen sind, so ist deren Beschluß der Beschluß einer Macht, die die Bauern anerkennen werden. Es ist das eine Macht, vor der die örtliche bäuerliche Bevölkerung unbedingt volle Achtung haben wird, denn zweifellos wird diese Macht, eine frei gewählte Macht, die sofortige Übergabe des Gutsbesitzerlandes an die Bauernschaft beschließen. Der Bauer soll wissen, daß er das Land

der Gutsbesitzer in Besitz nimmt, bezahlt er, so soll er an die Bauernkassen, an die Kreiskassen zahlen, er soll wissen, daß dieses Geld zur Verbesserung der Landwirtschaft, zum Straßen- und Wegebau usw. verwendet wird. Er soll wissen, daß er nicht seinen eigenen Grund und Boden in Besitz nimmt, *aber auch nicht den der Gutsbesitzer*, sondern den Boden, der dem gesamten Volk gehört, über den die Konstituierende Versammlung endgültig verfügen wird. Darum darf es von Anbeginn der Revolution, von dem Moment der Gründung des ersten Bodenkomitees an keinerlei Recht des Gutsbesitzers auf den Grund und Boden geben, und es dürfen auch keine Gelder für diesen Grund und Boden erhoben werden.

Zwischen uns und unseren Gegnern besteht ein grundlegender Gegensatz in der Auffassung dessen, was Ordnung und was Gesetz ist. Bisher galt als Ordnung und Gesetz das, was den Gutsbesitzern und Beamten genehm ist, wir aber behaupten, Ordnung und Gesetz ist das, was der Mehrheit der Bauernschaft genehm ist. Solange es keinen Gesamtrussischen Sowjet der Sowjets, solange es keine Konstituierende Versammlung gibt, ist jede örtliche Macht – die Kreiskomitees, die Gouvernementskomitees – die oberste Ordnung und das oberste Gesetz! Eigenmächtiges Vorgehen nennen wir es, wenn *ein* Gutsbesitzer auf Grund von jahrhundertealten Rechten eine „freiwillige“ Vereinbarung mit dreihundert Bauernfamilien verlangt, von denen jede durchschnittlich $7\frac{1}{2}$ Desjatinen besitzt! Wir sagen: „Mögen Beschlüsse nach dem Willen der Mehrheit gefaßt werden; wir wollen, daß die Bauern sofort, ohne einen Monat, eine Woche oder auch nur einen Tag zu verlieren, das Land der Gutsbesitzer erhalten!“

Man wendet gegen uns ein: „Wenn die Bauern jetzt sofort vom Boden Besitz ergreifen, so werden das sicherlich die reicheren tun, die über Vieh, Geräte usw. verfügen; wird das also nicht gerade vom Standpunkt der armen Bauernschaft gefährlich sein?“ Genossen, auf dieses Argument muß ich näher eingehen, denn unsere Partei erklärt in allen unseren Beschlüssen, Programmen und Aufrufen an das Volk: „Wir sind die Partei der Lohnarbeiter und der armen Bauern; ihre Interessen wollen wir schützen; durch sie und nur durch sie, durch diese Klassen kann die Menschheit von den Schrecken befreit werden, in die sie dieser Krieg der Kapitalisten gestürzt hat.“

Solchen Einwänden, daß unsere Beschlüsse den Interessen der armen Bauern nicht entsprächen, widmen wir deshalb große Aufmerksamkeit, und wir schlagen vor, auf sie besonders gründlich einzugehen, denn diese Einwände berühren das Wesen der Sache, den Kern der Frage. Das Wesen der Sache besteht doch eben darin, wie in der gegenwärtigen Revolution, angesichts der gegenwärtigen staatlichen Umgestaltung Rußlands, die Interessen der Lohnarbeiter, der städtischen und der ländlichen, die Interessen der armen Bauern wahrgenommen werden können, wie ihre Interessen gegen die der Gutsbesitzer oder der reichen Bauern – die ebenfalls Kapitalisten sind – wahrgenommen werden können und sollen. Natürlich ist das der springende Punkt, der Kern der Frage! Und nun wird gegen uns eingewandt, wenn man den Bauern die sofortige Besitzergreifung empfiehlt, so würden dies in erster Linie diejenigen tun, die Geräte und Vieh besitzen, die armen aber leer ausgehen. Ich frage Sie, wird da eine freiwillige Vereinbarung mit den Gutsbesitzern Abhilfe schaffen?

Sie wissen sehr gut, daß die Gutsbesitzer nur ungerne Land an Bauern verpachten, die keine Kopeke in der Tasche haben, daß sie aber zu „freiwilligen“ Vereinbarungen greifen, wenn ihnen eine gute Bezahlung winkt. Umsonst haben wohl die Gutsbesitzer bisher ihren Boden nicht hergegeben; bei uns in Rußland hat jedenfalls niemand etwas davon gemerkt.

Spricht man von freiwilliger Vereinbarung mit den Gutsbesitzern, so heißt das, die privilegierte, bevorzugte Lage, die Vorteile, die die reichen Bauern genießen, noch viel mehr stärken, vergrößern, festigen, denn sie können sicherlich den Gutsbesitzern zahlen, und für jeden Gutsbesitzer ist der reiche Bauer der zahlungsfähige Mann. Der Gutsbesitzer weiß, daß dieser zahlen, daß von ihm das Geld auch eingetrieben werden kann, und darum gewinnen bei solchen „freiwilligen“ Abmachungen mit den Gutsbesitzern gerade die reichen Bauern mehr als die armen. Umgekehrt, wenn überhaupt eine Möglichkeit besteht, der armen Bauernschaft sofort zu helfen, so nur durch eine solche Maßnahme, wie ich sie vorschlage: der Grund und Boden muß sofort unentgeltlich in die Hände der Bauern übergehen.

Das gutsherrliche Eigentum war und bleibt die größte Ungerechtigkeit. Die entschädigungslose Inbesitznahme des Grund und Bodens durch

die Bauern ist, wenn sie auf Beschluß der Mehrheit erfolgt, keine Eigenmächtigkeit, sondern Wiederherstellung des Rechts. Das ist unser Standpunkt, und darum betrachten wir das Argument, daß die arme Bauernschaft dadurch benachteiligt werde, als völlig ungerechtfertigt. Eine „freiwillige“ Vereinbarung – nur ein Schingarjow kann das „freiwillige“ Vereinbarung nennen – soll es sein, wenn 1 Gutsbesitzer 2000 Desjatinen besitzt, 300 Bauern aber durchschnittlich je $7\frac{1}{2}$ Desjatinen besitzen. Eine solche Vereinbarung freiwillig nennen heißt den Bauern verhöhnen. Das ist keine freiwillige Vereinbarung, sondern eine Zwangsvereinbarung für die Bauernschaft, und das so lange, bis die Bauernsowjets eines jeden Amtsbezirks, Kreises, Gouvernements und der Gesamtrussische Sowjet erklärt haben werden, daß das gutherrliche Eigentum eine große Ungerechtigkeit ist, mit deren Aufhebung keine Stunde, keine Minute länger gewartet werden darf.

Der Grund und Boden muß dem ganzen Volk gehören, und die Bestimmung hierüber hat die zentrale Staatsmacht zu treffen. Solange diese nicht zusammengetreten ist, sind es die örtlichen Machtorgane, ich wiederhole es noch einmal, die das Land der Gutsbesitzer übernehmen, und das müssen sie auf Grund des Willens der organisierten Mehrheit tun. Es ist nicht wahr, wenn die Zeitungen schreien, in Rußland herrsche Unordnung! Das ist nicht wahr, auf dem flachen Lande herrscht mehr Ordnung als früher, denn die Beschlüsse werden nach dem Willen der Mehrheit gefaßt; zu Ausschreitungen gegen Gutsbesitzer ist es fast gar nicht gekommen; Fälle von Ungerechtigkeiten und Gewalttaten gegenüber Gutsbesitzern sind ganz vereinzelt; ihre Zahl ist geringfügig und übersteigt in ganz Rußland nicht die Zahl der Fälle von Gewalttätigkeiten, die es auch früher gegeben hat.

Jetzt will ich auf ein weiteres Argument eingehen, das ich des öfteren zu hören bekam und das ich im Zusammenhang mit der Frage des sofortigen Übergangs des Bodens in die Hände der Bauernschaft in unserer Zeitung „Prawda“ behandelt habe.*

Dieses Argument besteht darin, daß es unter den Soldaten an der Front Anlaß zu Unzufriedenheit, Erregung, Befürchtungen und vielleicht sogar zu Empörung geben würde, wenn man den Bauern empfiehlt, das Land der Gutsbesitzer sofort entschädigungslos zu übernehmen; die

* Siehe den vorliegenden Band, S. 449–453. *Die Red.*

Soldaten könnten sagen: „Wenn die Bauern jetzt vom Grund und Boden Besitz ergreifen, während wir an der Front stehen müssen, so werden wir ohne Land bleiben.“ Sie würden möglicherweise alle von der Front weglaufen, und die Folge wären Chaos und Anarchie. Darauf antworten wir, daß dieser Einwand die Hauptfrage gar nicht berührt: ganz gleich, ob man das Land gegen Bezahlung, auf Grund einer Vereinbarung mit den Gutsbesitzern oder auf Beschluß der Mehrheit der Bauernschaft übernimmt, solange der Krieg andauert, bleiben die Soldaten sowieso an der Front, werden sie natürlich an der Front bleiben und nicht ins Dorf zurückkehren können. Warum sollen die Soldaten an der Front nicht fürchten, daß die Gutsbesitzer, unter dem Schein einer freiwilligen Vereinbarung, ungünstige Bedingungen durchsetzen, warum aber sollen sie das fürchten, was die Bauernschaft nach dem Willen der Mehrheit gegen die Gutsbesitzer beschließt? Das ist unerfindlich! Warum soll der Soldat an der Front zum Gutsbesitzer, zur „freiwilligen“ Vereinbarung mit den Gutsbesitzern Vertrauen haben? Ich verstehe, wenn das die Parteien der Gutsbesitzer und Kapitalisten sagen, aber daß das der Standpunkt des russischen Soldaten an der Front sein soll, das glaube ich nicht. Wenn die „freiwillige“ Vereinbarung mit den Gutsbesitzern zustande kommt, so wird der Soldat das nicht als Ordnung bezeichnen und kein Vertrauen dazu haben, er wird eher der Meinung sein, daß die alte gutsherrliche Unordnung fortbesteht.

Der Soldat wird mehr Vertrauen haben, wenn man ihm sagt: Der Grund und Boden geht in das Eigentum des Volkes über, die ansässigen Bauern pachten den Boden und zahlen dafür nicht an den Gutsbesitzer, sondern für gemeinnützige Zwecke, für die Bedürfnisse eben der Soldaten an der Front, an ihr eigenes Komitee und nicht an den Gutsbesitzer. Wird das nach dem Willen der Mehrheit beschlossen, so wird der Soldat an der Front erkennen, daß es keine „freiwilligen“ Vereinbarungen mit den Gutsbesitzern mehr geben kann, daß aber die Gutsbesitzer gleichberechtigte Bürger sind, denen niemand Unrecht tun will. Der Boden gehört dem ganzen Volk, mithin gehört er auch dem Gutsbesitzer, aber nicht auf Grund von Adelsprivilegien, sondern so wie jedem anderen Bürger. Von dem Tage an, wo die Zarenmacht, die Macht des Zaren, der der größte Gutsbesitzer und Unterdrücker der Massen war, gestürzt ist, darf es für die Gutsherren, für die Grundbesitzer

keinerlei Privilegien mehr geben. Mit der Errichtung der Freiheit muß die Macht der Gutsbesitzer ein für allemal als gestürzt gelten. Eine solche Auffassung bringt dem Soldaten an der Front keinerlei Nachteile, im Gegenteil, er wird viel größeres Vertrauen zur Staatsmacht und die beruhigende Gewißheit haben, daß bei ihm zu Hause seiner Familie kein Unrecht geschieht, daß sie nicht vergessen wird.

Es bleibt noch ein Argument, das gegen unseren Antrag ins Feld geführt wurde. Dieses Argument besagt, wenn die Bauern sofort von den Gutsbesitzerländereien Besitz ergreifen würden, so könnte eine so rasche, so wenig vorbereitete Besitzergreifung zu einer Verschlechterung der Bodenbearbeitung, zu einer Verschlechterung der Aussaat führen. Ich muß sagen, die Macht der Mehrheit, die allgemeine Staatsgewalt, ist noch nicht geschaffen, die Bauern haben noch nicht genügend Vertrauen zu sich selbst, und sie haben das Vertrauen zu den Gutsbesitzern und den Kapitalisten noch nicht verloren; ich denke aber, daß wir dem mit jedem Tag näher kommen, die Bauernschaft verliert mit jedem Tag mehr das Vertrauen zur alten Staatsgewalt, sie erkennt, daß die Regierung in Rußland die gewählten Vertreter der Bauern, der Soldaten, der Arbeiter usw. sein müssen und niemand sonst; ich denke, daß jeder Tag uns dem näher bringt, nicht weil irgendwelche Parteien dazu raten: nie werden Millionen von Menschen auf die Ratschläge von Parteien hören, wenn diese Ratschläge nicht mit dem zusammenfallen, was die Erfahrungen ihres eigenen Lebens sie lehren. Wir nähern uns mit raschen Schritten der Zeit, wo es in Rußland keine andere Staatsgewalt mehr geben wird als die der gewählten Vertreter der Arbeiter und Bauern. Und wenn man erklärt, die sofortige Besitzergreifung des Grund und Bodens könnte dazu führen, daß der Boden schlecht bearbeitet, die Aussaat schlecht sein wird, so muß ich sagen, daß unsere Bauern, seit Jahrhunderten niedergehalten und durch die Gutsbesitzer geknechtet, den Boden sehr schlecht bearbeiten. In Rußland herrscht in der Tat eine furchtbare Krise, die das Land, ebenso wie alle kriegführenden Länder, erfaßt hat, und Rußland wird sich nicht retten können, wenn es nicht zu besseren Methoden der Bodenbearbeitung, zur größten Ökonomie in der Verausgabung menschlicher Arbeit übergeht. Könnte aber jetzt, für die erste Aussaat, eine „freiwillige“ Vereinbarung mit den Gutsbesitzern irgend etwas ändern? Wie denn? Werden etwa die Gutsbesitzer besser auf die Bodenbearbei-

tung achten, oder werden die Bauern den Boden schlechter bearbeiten, wenn sie wissen, daß das Land, das sie bestellen, nicht Gutsbesitzerland ist, sondern Land, das dem ganzen Volk gehört? daß sie, wenn sie bezahlen, nicht an den Gutsbesitzer zahlen, sondern an ihre eigenen Bauernkassen? Das ist ein solcher Unsinn, daß ich mich wundere, wenn ich solche Argumente höre; das ist ganz und gar unwahrscheinlich und nichts als eine hinterlistige Erfindung der Gutsbesitzer.

Die Gutsbesitzer haben begriffen, daß man mit der Knute nicht mehr herrschen kann, sie haben das gut begriffen, und sie gehen zu einer Herrschaftsmethode über, die für Rußland neu ist, in Westeuropa aber, in den westeuropäischen Ländern, seit langem besteht. Daß man mit der Knute nicht länger herrschen kann, das haben bei uns zwei Revolutionen gezeigt, und in den westeuropäischen Ländern zeigten das Dutzende von Revolutionen. Aus diesen Revolutionen haben die Gutsbesitzer und Kapitalisten gelernt, sie haben daraus gelernt, daß man das Volk mit Betrug, mit Schmeicheleien regieren muß; daß man sich anpassen muß, ein rotes Abzeichen an den Rock heften und, auch wenn man ein Ausbeuter ist, sagen muß: „Wir sind die revolutionäre Demokratie, bitte, wartet nur ab, wir werden schon alles für euch tun.“ Das Argument, die Bauern würden den Boden heute schlechter bestellen, wenn es sich nicht mehr um Gutsbesitzerland handelt, sondern um Land, das dem ganzen Volk gehört, ist eben eine Verhöhnung der Bauern, ein Versuch, die Herrschaft über sie durch Betrug aufrechtzuerhalten.

Ich wiederhole, gutsherrliches Eigentum darf es überhaupt nicht geben; Besitz ist noch nicht Eigentum, Besitz ist eine vorübergehende Maßnahme, er ändert sich jedes Jahr. Der Bauer, der ein Stück Land in Pacht erhält, wird nicht wagen, dieses Land als seines zu betrachten. Das Land gehört weder ihm noch dem Gutsbesitzer, es gehört dem Volk. Ich wiederhole, dadurch kann die Bestellung der Felder in diesem Jahr, in diesem Frühjahr nicht schlechter werden. Eine solche Annahme ist so ungeheuerlich und unwahrscheinlich, daß ich Ihnen nur eines sage: Man muß sich vor den Gutsbesitzern in acht nehmen, darf ihnen nicht vertrauen, darf sich nicht durch freundliche Worte und Versprechungen betrügen lassen. Man muß daran denken, daß ein Beschluß der Mehrheit der Bauern, die in ihren Beschlußfassungen recht vorsichtig sind, ein gesetzlicher Beschluß ist und den Interessen des ganzen Staates ent-

spricht. In dieser Beziehung kann man sich auf die Bauern verlassen. Ich habe zum Beispiel einen Beschluß der Bauern aus Pensa in Händen, der vom ersten bis zum letzten Punkt durch außerordentliche Vorsicht gekennzeichnet ist: die Bauern beabsichtigen keine sofortigen Umgestaltungen für ganz Rußland, sie wollen sich aber nicht in unerträgliche Knechtschaft begeben, und darin haben sie recht. Die schlimmste Knechtschaft ist und bleibt die Knechtung durch die Gutsbesitzer, die Knechtung durch die Grundherren und Unterdrücker. Darum darf man keine Woche, keine Stunde länger zögern, diese Knechtschaft zu beseitigen, doch muß jede Besitzergreifung eine organisierte Besitzergreifung sein, nicht als Eigentum, nicht um aufzuteilen, sondern um gemeinsam das Land zu nutzen, das dem ganzen Volk gehört.

Diese Frage der Besitzergreifung könnte ich abschließen, indem ich antworte: Die Einwände gegen unseren Antrag beruhen bei den Gutsbesitzern und Kapitalisten auf Betrug, bei denen aber, die nicht Gutsbesitzer, die nicht Kapitalisten sind, bei denen, die die Interessen der Werktätigen verteidigen wollen, beruhen sie auf einem Mißverständnis, auf einem übermäßigen Vertrauen zu dem, was die Kapitalisten und Gutsbesitzer über uns zusammenlügen. Prüft man unsere Argumente, so zeigt sich, daß die gerechte Forderung nach der sofortigen Aufhebung des gutsherrlichen Eigentums, ebenso wie die Überführung des Grundeigentums an das Volk, sich nicht verwirklichen läßt, solange die zentrale Staatsgewalt nicht da ist, doch empfehlen wir aufs dringendste den sofortigen örtlichen Übergang des Grund und Bodens in den Besitz der Bauern, unter der Bedingung, daß nicht die geringste Verletzung der Ordnung zugelassen wird. In unseren Resolutionen erteilen wir diesen Rat; vielleicht ist er überflüssig, weil die Bauern das ohnehin in die Tat umsetzen.

Ich komme nun zu der zweiten Frage, die vor allem Aufmerksamkeit verdient, zu der Frage, was unseres Erachtens und im Interesse der werktätigen Massen mit dem Grund und Boden zu geschehen hat, wenn er bereits Volkseigentum geworden ist und das Privateigentum aufgehoben sein wird. Diese Stunde ist in Rußland ganz nahe. In der Tat ist die Macht der Gutsbesitzerherrschaft wenn noch nicht vernichtet, so doch untergraben. Wenn der Grund und Boden im Besitz aller Bauern ist, wenn es keine Gutsbesitzer mehr gibt, was dann, wie soll das Land

verteilt werden? Zu dieser Frage muß meines Erachtens eine gewisse allgemeine Richtschnur festgelegt, eine grundlegende Anschauungsweise definiert werden, weil selbstverständlich das örtliche Verfügungsrecht stets bei der Bauernschaft bleibt. In einem demokratischen Staat kann es auch nicht anders sein, das ist so klar, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht. Wenn aber die Frage gestellt wird, was geschehen muß, damit der Grund und Boden in die Hände der Werktätigen kommt, so sagen wir: wir wollen die Interessen der Lohnarbeiter und der armen Bauern verteidigen. Darin sieht unsere Partei der russischen bolschewistischen Sozialdemokraten ihre Aufgabe. Wir fragen uns: Wenn man sagt, daß der Grund und Boden in die Hände des Volkes übergeht, ist es dasselbe, wie wenn man sagt, daß der Grund und Boden in die Hände der Werktätigen übergeht? Und wir antworten: Nein, das ist nicht dasselbe! Wenn man sagt, daß der Boden in den Besitz des Volkes übergeht, so bedeutet das, das gutsherrliche Eigentum wird abgeschafft; so bedeutet das, der gesamte Grund und Boden gehört dem ganzen Volk; so bedeutet das, jeder, der Boden übernimmt, nimmt ihn vom ganzen Volk in Pacht. Bürgert sich eine solche Ordnung ein, so heißt das, daß es keine Unterschiede hinsichtlich des Grundbesitzes mehr gibt, daß der ganze Grund und Boden gleich ist, wie die Bauern oft sagen: „Alle alten Einhegungen, Einfriedungen werden fallen, die Erde wird frei werden von allen Schranken: es wird freies Land und freie Arbeit geben.“

Bedeutet das, daß das Land allen Werktätigen übergeben wird? Nein, das bedeutet es nicht. Freie Arbeit auf freier Scholle, das bedeutet, daß alle alten Formen des Grundbesitzes annulliert sind, daß es keinen anderen Grundbesitz gibt als den staatlichen; jeder pachtet den Boden vom Staat; es besteht die allgemeine Staatsgewalt, die Macht aller Arbeiter und Bauern; von dieser Macht nimmt allein der Bauer das Land als Pächter; zwischen Staat und Bauern gibt es keine Vermittler; alle bekommen das Land auf derselben Grundlage; das ist freie Arbeit auf freier Scholle.

Bedeutet das, daß das Land allen Werktätigen übergeben wird? Nein, das bedeutet es nicht. Man kann den Boden nicht essen; um wirtschaften zu können, braucht man Geräte, Vieh, Einrichtungen, Geld; ohne Geld, ohne Geräte kann man nicht wirtschaften. Wenn man also eine Ordnung einführt mit freier Arbeit auf freier Scholle, wird es keinen gutsherrlichen Grundbesitz, keine Rangordnung in bezug auf den Boden

geben, sondern nur Eigentum des ganzen Volkes und freie Pächter, die den Boden vom Staat pachten. Wenn man das durchgeführt hat, so heißt es noch nicht, daß der Grund und Boden in die Hände aller Werktätigen übergegangen ist, es bedeutet lediglich, daß jeder Landwirt über den Boden frei verfügen wird; wer will, wird den staatlichen Grund und Boden ungehindert erhalten können. Das wird, im Vergleich zum zaristischen Rußland, zum Rußland der Gutsbesitzer, ein großer Schritt vorwärts sein. Das wird ein großer Schritt vorwärts sein, denn das gutherrliche, zaristische Rußland war ein Rußland, in dem 70 Millionen Desjatinen 30 000 Markow, Romanow und ähnlichen Gutsherren gehörten; das wird ein Rußland sein mit freier Arbeit auf freier Scholle. Schon jetzt ist das in vielen Gegenden geschehen. Rußland hat bereits jetzt, im Vergleich zu dem Rußland der Zaren und Gutsherren, einen Schritt vorwärts getan, aber das ist kein Übergang des Bodens in die Hände der Werktätigen, es ist vielmehr der Übergang des Bodens in die Hände des besitzenden Landwirts, denn wenn der Boden Staatseigentum ist und jeder ihn erhalten kann, der ihn bewirtschaften will, so ist es noch wenig, das Wollen allein genügt nicht, man muß ihn zu bewirtschaften verstehen, aber auch das genügt noch nicht. Jeder Landarbeiter und jeder Tagelöhner versteht den Boden zu bewirtschaften, was ihm aber fehlt, ist Vieh, Gerätschaft, Kapital, und darum mag man beschließen, soviel man will, mag man reden, soviel man will, dadurch werden wir die freie Arbeit auf freier Scholle nicht schaffen. Selbst wenn wir in jeder Gemeindeverwaltung Aufschriften anbrächten, die den Grund und Boden als frei erklären, so würde dadurch für die Werktätigen nichts besser werden, ebensowenig wie in den westeuropäischen Republiken, wo die Gefängnisse die Aufschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ tragen, die Gefängnisse dadurch aufhören, Gefängnisse zu sein. Wenn man an die Fabrik die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ schreibt, wie es in Amerika der Fall ist, so hört die Fabrik darum doch nicht auf, ein Zuchthaus für die Arbeiter und ein Paradies für die Kapitalisten zu sein.

Man muß also jetzt an das Weitere denken, daran, wie man erreichen kann, daß es nicht nur freie Arbeit gibt – schon das ist ein Schritt vorwärts, aber noch kein Schritt zum Schutz der Interessen der Werktätigen, es ist ein Schritt zur Befreiung von der Raubgier der Gutsbesitzer, von

der Ausbeutung durch die Gutsbesitzer, ein Schritt zur Befreiung von den Markow, von der Polizei usw., aber kein Schritt zum Schutz der Interessen der Werktätigen, denn ohne Vieh, ohne Geräte, ohne Kapital kann der arme, besitzlose Bauer den Boden nicht bewirtschaften. Aus diesem Grunde hege ich starkes Mißtrauen gegen die sogenannten zwei Maßstäbe oder zwei Normen, die Arbeitsnorm und die Nahrungsnorm. Ich weiß, daß man in den Parteien der Volkstümpler stets auf Betrachtungen und Erläuterungen zu diesen Normen stößt. Ich weiß, daß diese Parteien den Standpunkt vertreten, es sei notwendig, diese beiden Normen, diese beiden Maßstäbe einzuführen: die Arbeitsnorm, die Größe des Bodenstücks, über die hinaus die Familie den Boden nicht mehr bearbeiten kann, und die Nahrungsnorm, die Größe des Bodenstücks, deren Unterschreitung schon Hungerleiden bedeuten würde. Ich sage, daß ich dieser Frage der Normen oder Maßstäbe mit großem Mißtrauen gegenüberstehe, und denke, daß dies ein bürokratischer Plan ist, der keinen Nutzen bringen wird, der nicht lebensfähig ist, selbst wenn Sie ihn hier zum Beschluß erheben. Das ist eben des Pudels Kern! Dieser Plan kann keine irgendwie merkliche Erleichterung in der Lage der Lohnarbeiter und der armen Bauern herbeiführen, dieser Plan wird, selbst wenn Sie ihm Ihre Zustimmung geben, auf dem Papier bleiben, solange der Kapitalismus herrscht. Dieser Plan hilft uns nicht, einen richtigen Weg für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu finden.

Wenn man von diesen beiden Maßstäben, von diesen beiden Normen spricht, dann geht man von der Vorstellung aus, als gebe es nur den Grund und Boden und die Bürger, als gebe es sonst nichts auf Erden. Wenn dem so wäre, wäre dieser Plan gut. Aber die Sache verhält sich anders: es gibt die Macht des Kapitals, die Macht des Geldes, ohne Geld kann es auf der freiesten Scholle, mögen die „Maßstäbe“ sein wie sie wollen, keine Wirtschaft geben, denn solange das Geld bleibt, bleibt auch die Lohnarbeit bestehen. Das aber bedeutet, daß die reichen Bauern, von denen es in Rußland mindestens eine Million Familien gibt, die Lohnarbeiter unterdrücken und ausbeuten und sie auch auf der „freien“ Scholle unterdrücken werden. Diese reichen Bauern dinge ständig, nicht als Ausnahme, sondern in der Regel, Lohnarbeiter – Jahresarbeiter, Halbjahresarbeiter, Tagearbeiter –, das heißt, sie beuten die armen Bauern, die Proletarier aus. Und daneben gibt es Millionen und aber Millionen von

Bauern, die kein Pferd besitzen, die nicht bestehen können, ohne ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ohne sich in der Fremde einen Erwerb zu suchen usw. Solange die Macht des Geldes, die Macht des Kapitals besteht, werden alle „Normen“, wie Sie diese auch festlegen mögen, im besten Fall im praktischen Leben untauglich sein, denn sie berücksichtigen die Hauptsache nicht, daß nämlich das Eigentum an Geräten, an Vieh, an Geld ungleichmäßig verteilt ist; sie berücksichtigen den Umstand nicht, daß es die Lohnarbeit gibt, die der Ausbeutung unterworfen ist. Das ist die grundlegende Tatsache im gegenwärtigen Leben in Rußland, sie kann nicht umgangen werden, und wenn wir irgendwelche „Maßstäbe“ festlegen, so wird das Leben sie umgehen, und sie werden auf dem Papier bleiben. Will man also bei dieser gewaltigen Umgestaltung Rußlands, die wir jetzt in Angriff nehmen und die wir zweifellos vollbringen werden, wo das Privateigentum am Grund und Boden aufgehoben, wo ein Schritt vorwärts gemacht sein wird auf dem Wege zur besseren, sozialistischen Zukunft, die Interessen der besitzlosen und armen Bauern verteidigen, will man bei dieser gewaltigen Umgestaltung, die wir eben erst begonnen haben, die weit um sich greifen wird und die, wie man ohne zu übertreiben sagen kann, in Rußland zweifellos vollzogen werden wird, weil es keine Kraft gibt, die das verhindern könnte, die Interessen der Arbeiter und der armen Bauern verteidigen, so kann man nicht den Weg der Festlegung von Normen oder Maßstäben gehen, sondern muß einen anderen Weg suchen.

Ich und meine Genossen von der Partei, in deren Namen zu sprechen ich die Ehre habe, wir kennen nur zwei solche Wege zur Verteidigung der Interessen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und der armen Bauern, und eben diese beiden Wege empfehlen wir der Aufmerksamkeit des Bauernsowjets.

Der erste Weg – das ist die Organisation der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und der armen Bauern. Wir wollen und empfehlen, daß in jedem Bauernkomitee, in jedem Amtsbezirk, jedem Kreis, jedem Gouvernement eine besondere Fraktion oder besondere Gruppe der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und armen Bauern gebildet werde, derer, die sich fragen müssen: Wenn der Boden morgen dem ganzen Volk gehört – und das wird er unbedingt, denn das Volk will es –, was tun wir dann? Wir, die wir kein Vieh, keine Geräte besitzen, woher sollen wir all das nehmen? Wie

sollen wir wirtschaften? Wie sollen wir unsere Interessen verteidigen? Wie können wir dafür sorgen, daß der Grund und Boden, der Eigentum des ganzen Volkes, wirklich Eigentum des ganzen Volkes sein wird, nicht *nur* in die Hände von *Besitzenden* gelange? Wenn er in die Hände derjenigen gerät, die genügend Vieh und Gerät besitzen, werden wir dann viel gewinnen? Haben wir dazu diese gewaltige Umwälzung vollbracht? Ist es das, was wir wollten?

Der Grund und Boden wird dem „Volk“ gehören, aber das *genügt nicht*, um die Interessen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter zu schützen. Der hauptsächlichste Weg ist nicht, daß von hier aus, von oben her, oder aber durch das Bauernkomitee ein „Maßstab“ für den Grundbesitz des einzelnen festgelegt wird. Diese Maßstäbe werden nichts nützen, solange das Kapital herrscht, sie werden die Herrschaft des Kapitalismus nicht beseitigen. Damit man sich vom Joch des Kapitalismus befreien kann, damit der dem Volke gehörende Grund und Boden in den Besitz der *Werk tätigen* übergeht, dazu gibt es nur *einen* hauptsächlichsten Weg: es ist der Weg der Organisation der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die sich leiten lassen werden von ihren Erfahrungen, von ihren Beobachtungen, von ihrem Mißtrauen gegen das, was ihnen die Dorfberechtigten sagen, mögen diese auch ein rotes Bändchen tragen und sich „revolutionäre Demokratie“ nennen.

Nur die selbständige örtliche Organisation, nur die eigenen Erfahrungen können den armen Bauern eine Schule sein. Es werden das keine leichten Erfahrungen sein, wir können nicht versprechen und versprechen auch nicht, daß Milch und Honig fließen werden. Nein, die Gutsbesitzer werden gestürzt werden, weil das Volk es will, aber der *Kapitalismus* bleibt. Diesen zu stürzen ist viel schwieriger, dazu führt ein anderer Weg. Das ist der Weg der selbständigen, besonderen Organisationen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und der armen Bauern. Das ist es, was unsere Partei in den Vordergrund stellt.

Nur von diesem Weg kann man den zwar allmählichen, nicht leichten, aber sicheren Übergang des Bodens wirklich in die Hände der *Werk tätigen* erwarten.

Der zweite Schritt, den unsere Partei empfiehlt, besteht darin, daß aus jedem landwirtschaftlichen Großbetrieb, beispielsweise aus jedem großen Gut, deren es in Rußland 30 000 gibt, so schnell wie möglich Muster-

wirtschaften gebildet werden, die *gemeinschaftlich*, zusammen mit den Landarbeitern, mit ausgebildeten Agronomen und unter Verwendung des Viehbestands der Gutsbesitzer und ihrer Geräte usw. bestellt werden. Ohne diese *gemeinsame* Bestellung unter der Leitung der Sowjets der Landarbeiter wird man nicht erreichen, daß der gesamte Grund und Boden in die Hände der *Werk tätigen* übergeht. Natürlich ist die gemeinsame Bestellung eine schwierige Sache, natürlich wäre es Wahnsinn, wollte man sich einbilden, daß eine solche gemeinsame Bodenbestellung von oben her dekretiert und aufgezwungen werden könnte, es wäre Wahnsinn, weil die jahrhundertelange Gewohnheit an die Einzelwirtschaft nicht plötzlich verschwinden kann, weil man dazu Geld braucht, weil man sich den neuen Lebensformen erst anpassen muß. Wenn diese Ratschläge, diese Ansicht über gemeinsame Bodenbestellung, gemeinsames Inventar und gemeinsames Vieh bei zweckmäßigster Verwendung der Geräte unter der Anleitung von Agronomen, wenn diese Ratschläge Erfindungen einzelner Parteien wären, so stünde es schlecht, denn auf den Rat irgendeiner Partei hin treten keine Änderungen im Leben des Volkes ein, denn auf den Rat einer Partei hin machen nicht Dutzende Millionen von Menschen Revolution, eine solche Wandlung aber wird eine viel größere Revolution sein als der Sturz des schwachsinnigen Nikolaus Romanow. Ich wiederhole, Dutzende Millionen von Menschen machen nicht Revolution auf Bestellung, sie machen sie, wenn ausweglose Not über sie hereinbricht, wenn das Volk in eine unerträgliche Lage geraten ist, wenn der allgemeine Ansturm, die Entschlossenheit Dutzender Millionen von Menschen alle alten Schranken niederreißt und wirklich imstande ist, ein neues Leben zu schaffen. Wenn wir zu einer solchen Maßnahme raten, wenn wir raten, mit Vorsicht an sie heranzugehen, wenn wir sagen, daß sie zur Notwendigkeit wird, so leiten wir das nicht allein aus unserem Programm, aus unserer sozialistischen Lehre ab, sondern wir tun es auch, weil wir als Sozialisten durch die Beobachtung des Lebens der westeuropäischen Völker zu dieser Schlußfolgerung gelangt sind. Wir wissen, daß es dort viele Revolutionen gegeben hat, die demokratische Republiken geschaffen haben; wir wissen, daß in Amerika im Jahre 1865 die Sklavenhalter besiegt wurden und daß dann Hunderte Millionen Desjatinen umsonst oder fast umsonst an die Bauern verteilt worden sind, und trotzdem herrscht dort der Kapitalismus wie

nirgends sonst und unterdrückt die werktätigen Massen ebenso, wenn nicht mehr, wie in anderen Ländern. Die sozialistische Lehre und die Beobachtung anderer Völker ist es also, die uns zu der festen Überzeugung brachte, daß es ohne die gemeinsame Bodenbestellung durch die Landarbeiter unter Anwendung der besten Maschinen und unter Leitung von wissenschaftlich gebildeten Agronomen keinen Ausweg aus der Knechtschaft des Kapitalismus gibt. Würden wir uns aber nur auf die Erfahrung der westeuropäischen Staaten stützen, so stünde es um unsere Sache in Rußland schlecht, denn das russische Volk ist nur dann in seiner Masse fähig, einen ernsten Schritt auf dem neuen Weg zu machen, wenn die äußerste Not gegeben ist. Und wir sagen: Es ist eben die Zeit gekommen, wo diese äußerste Not für das gesamte russische Volk zur Tatsache wird. Diese äußerste Not besteht darin, daß man in der alten Weise nicht mehr wirtschaften kann. Wenn wir in althergebrachter Weise in kleinen Wirtschaften hockenbleiben, und sei es auch als freie Bürger auf freier Scholle, so droht uns dennoch der unvermeidliche Untergang, weil der wirtschaftliche Zusammenbruch mit jedem Tage, mit jeder Stunde näherrückt. Davon sprechen alle; das ist eine Tatsache, die nicht durch den bösen Willen einzelner Leute verursacht ist, sondern durch den räuberischen Weltkrieg, durch den Kapitalismus.

Der Krieg hat unzählige Menschen vernichtet, die ganze Welt schwimmt in Blut, der Krieg führte die ganze Welt ins Verderben. Das ist keine Übertreibung. Niemand ist des morgigen Tages sicher; davon spricht ein jeder. Nehmen Sie die „Iswestija Sowjeta Rabotschich i Soldatschich Deputatow“, dort sagen alle: Die Kapitalisten leisten passive Resistenz und greifen zu Aussperrungen. Das heißt: Es gibt keine Arbeit, und die Kapitalisten nehmen Massenentlassungen von Arbeitern vor. So weit hat dieser verbrecherische Krieg nicht nur Rußland, sondern alle Länder gebracht.

Aus diesem Grunde sagen wir: Die Einzelbewirtschaftung, und sei es auch die „freie Arbeit auf freier Scholle“, ist kein Ausweg aus der schrecklichen Krise, aus der allgemeinen Zerstörung, ist keine Rettung. Notwendig ist die *allgemeine Arbeitspflicht*, notwendig ist die größte Ökonomie menschlicher Arbeit, notwendig ist eine außerordentlich starke und feste Staatsmacht, die imstande wäre, diese allgemeine Arbeitspflicht durchzuführen; die Beamten können sie nicht durchführen, sie kann nur

durchgeführt werden von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, weil sie das Volk selber, die Volksmassen selber sind, weil sie keine bürokratische Macht sind, weil sie, die das ganze Leben der Bauern in allen Einzelheiten kennen, imstande sind, die Arbeitspflicht zu organisieren, den Schutz der menschlichen Arbeit so zu organisieren, daß die Arbeit des Bauern nicht vergeudet wird, so daß dergestalt der Übergang zur gemeinsamen Bodenbestellung allmählich und behutsam erfolgen könnte. Das ist eine schwierige Sache, aber es ist notwendig, zur gemeinsamen Bodenbestellung in großen Musterwirtschaften überzugehen, sonst kann man aus der Zerrüttung, aus der geradezu verzweifelten Lage nicht herauskommen, in der sich Rußland befindet, und es wäre der größte Fehler, wollte jemand glauben, daß eine so gewaltige Umgestaltung im Leben des Volkes mit einem Schlag vollbracht werden kann. Nein, das bedarf einer riesigen Arbeit, bedarf der Anstrengung, der Entschlossenheit und der Tatkraft jedes einzelnen Bauern, jedes Arbeiters an dem Ort, wo er wohnt, in der Sache, die er kennt, in der Arbeit, die er seit Jahrzehnten ausübt. So etwas läßt sich nicht auf Befehl machen, aber es muß geschafft werden, denn der Eroberungskrieg hat die gesamte Menschheit an den Rand des Abgrunds gebracht; Dutzende Millionen Menschenleben sind vernichtet, und noch mehr werden durch diesen schrecklichen Krieg vernichtet werden, wenn wir nicht unsere ganze Kraft anspannen, wenn nicht alle Organisationen der Sowjets der Arbeiter- und der Bauerndeputierten gemeinsam und entschlossen Schritte unternehmen auf dem Wege zur gemeinsamen Bodenbestellung ohne Kapitalisten, ohne Gutsbesitzer. Einzig und allein dieser Weg sichert in der Tat den Übergang des Bodens in die Hände der Werktätigen.

*Veröffentlicht am 25. Mai 1917
in den „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta
Krestjanskich Deputatow“ Nr. 14 und
im Dezember 1917 in der Broschüre
„Materialien zur Agrarfrage“.
Verlag „Priboi“.*

*Nach dem Text der
Broschüre, verglichen
mit dem Zeitungstext.*

DIE PARTEIEN BEI DEN WAHLEN ZU DEN PETROGRADER BEZIRKSDUMAS

Die Kandidatenlisten für die Bezirksdumas sind veröffentlicht worden (Gratisbeilage zu den „Wedomosti Obschtschestwennowo Gradonatschalstwa“¹⁰¹ vom 17. Mai). Leider werden nicht über alle, sondern nur über 10 Bezirke Angaben gemacht; dennoch geben diese Listen ein sehr deutliches und klares Bild über die *parteilichen* Verhältnisse, ein Bild, das aufmerksam studiert werden muß, sowohl im Interesse der Wahlagitation als auch, um den Zusammenhang zwischen den Parteien und den *Klassen* aufzudecken.

Bekanntlich ist die Entwicklung von Parteien gleichzeitig Bedingung und Gradmesser der politischen Entwicklung. Je entwickelter, geschulter und bewußter die betreffende Bevölkerung oder die betreffende Klasse in politischer Hinsicht ist, um so höher ist in der Regel ihre parteimäßige Entwicklung. Diese allgemeine Regel wird durch die Erfahrungen aller zivilisierten Länder bestätigt. Und es ist auch vom Standpunkt des Klassenkampfes verständlich, daß es so sein muß: Parteilosigkeit oder Mangel an parteimäßiger Bestimmtheit, an parteimäßiger Organisiertheit bedeutet klassenmäßige Unbeständigkeit (im besten Fall; im schlimmsten Fall bedeutet es, daß die Massen von politischen Hochstaplern betrogen werden – eine Erscheinung, die in den parlamentarischen Ländern nur allzugut bekannt ist).

Was zeigen uns nun die Kandidatenlisten in Petrograd in Hinsicht auf die *parteilichen* Verhältnisse?

Im ganzen sind in 10 Bezirken 71 Listen aufgestellt worden. Schon auf den ersten Blick zeichnen sich deutlich *fünf* große Gruppen ab:

1. Die SDAPR – Bolschewiki. In allen 10 Bezirken sind Listen aufgestellt worden. Unsere Partei bildet einen Block mit zwei Gruppen: mit der Zwischengruppe und mit den internationalistischen Menschewiki.

Dieser Block verletzt unsere Prinzipien in keiner Weise und wurde in den Resolutionen der Petrograder sowie der Gesamtrussischen Konferenz unserer Partei in aller Offenheit angekündigt.* Die Grundfrage des gegenwärtigen politischen Lebens in Rußland wie in der ganzen Welt ist der Kampf des Internationalismus der Proletarier gegen den Chauvinismus (oder die Position der „Vaterlandsverteidigung“) der Groß- und Kleinbourgeoisie. Und unsere Partei hat vor aller Welt erklärt, daß sie entschlossen ist, die „Annäherung und Vereinigung“ (siehe die Resolution der Gesamtrussischen Konferenz über die Vereinigung der Internationalisten gegen den kleinbürgerlichen Block der Vaterlandsverteidiger) aller Internationalisten zu verwirklichen.

Die Partei des Proletariats ist bei den Wahlen klar, offen und einheitlich aufgetreten.

2. Ein nicht minder deutliches Klassengepräge zeigt die Partei der „Volksfreiheit“, d. h. der Kadetten, die in Wirklichkeit die Partei der konterrevolutionären Bourgeoisie ist. Sie hat ebenfalls 10 reine Parteilisten in allen 10 Bezirken aufgestellt. Bekanntlich unterstützen heute alle Parteien der Gutsbesitzer und der Kapitalisten die Kadetten, sie tun das aber einstweilen *versteckt*.

3. An dritter Stelle im Sinne der parteimäßigen Bestimmtheit steht die neugebackene Radikal-Demokratische Partei, die nur in 6 von 10 Bezirken Listen aufgestellt hat. Diese völlig unbekannte Partei ist ganz offenkundig eine gleichfalls kapitalistische Partei, die darauf spekuliert, die Stimmen der Spießbürger durch Versprechungen, die zu nichts verpflichten, „fangen“ zu können – eine Art verkleideter Kadetten.

4. An vierter Stelle steht eine Gruppe von 17 Listen in 9 Bezirken, der die Volkstümpler (Trudowiki, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten) und die Menschewiki plus die übelbekannte Gruppe „Jedinstwo“¹⁰² angehören, wobei diese in den allerbuntesten Kombinationen auftreten.

Ein wahres Musterbeispiel kleinbürgerlicher Konfusion und kleinbürgerlicher Prinzipienlosigkeit! Keine einzige dieser Gruppen und Parteien hat sich entschließen können, vorher irgendeine offene, prinzipiell begründete Erklärung über ihren Entschluß einer Annäherung und Vereinigung zu veröffentlichen. Sie haben sich von den Ereignissen fortreißen lassen und sind dem chauvinistischen Strom gefolgt. Sie sind in den

* Siehe den vorliegenden Band, S. 146/147 und 286. Die Red.

gleichen Sumpf geraten und zappeln nun darin wie echte Spießbürger, indem sie versuchen, in jedem Bezirk auf eine andere Weise „durchzukommen“, jeder so gut er kann! Wie man durchkommt, ist Nebensache, nur durchkommen – das ist ihr Wahlspruch.

Wenn sie in der Frage der Vaterlandsverteidigung oder der Unterstützung des Koalitionskabinetts prinzipiell einig sind, was hindert sie dann, sich zu einem einheitlichen, wirklich prinzipiellen, in der gegenwärtigen Wahlkampagne offen auftretenden politischen Block zusammenzuschließen?

Aber das ist es ja eben, daß es dem Kleinbürgertum, d. h. den Volkstümlern und den Menschewiki, sowohl an Prinzipienfestigkeit wie an einem klaren Parteistandpunkt mangelt! Sie alle sind Vaterlandsverteidiger und Ministerialisten. Aber sie trauen einander nicht. In dem einen Bezirk treten die Sozialrevolutionäre gesondert auf, in dem anderen im Block mit den Volkssozialisten und den Trudowiki (mit Leuten, die eine Ablösung für zuverlässig halten!, mit Parteien, denen die Sozialrevolutionäre Wichljajew, Tschernow und Co. in den Jahren 1906 und 1907 offen vorwarfen, sie ließen sich von *Eigentümerinstinkten* leiten!). Am häufigsten treten sie im Block mit den Menschewiki auf, manchmal im Block mit dem „Jedinstwo“, demselben „Jedinstwo“, von dem das „Delo Naroda“ entweder in feindseligem oder in verächtlichem Tone zu schreiben pflegt.

Tut nichts! Der Spießbürger wird alles schlucken. Dem Kleinbürger geht es nicht um einen klaren Parteistandpunkt, ihm geht es nicht um Prinzipienfestigkeit! In der Zeitung sind „wir“ gegen das „Jedinstwo“, aber um in die Duma zu kommen, sind „wir“ eben – dafür...

Ganz ebenso machen es die Menschewiki. In der Zeitung sind sie gegen das „Jedinstwo“, auf der Gesamtrussischen Konferenz der Menschewiki wurde der berüchtigte Deutsch mit lautem Mißfallen empfangen, so daß sich das „Jedinstwo“ offen darüber beschwerte. Tut nichts, der Spießbürger ist vergeßlich. Machen wir es wie die Spießbürger! „Im Prinzip“ sind wir gegen die Deutsch und Jordanski, wir schämen uns ihrer vor den Arbeitern, aber um zu Mandaten zu kommen, sind wir bereit, mit diesen Herrschaften auf derselben Liste zu stehen!

... So mögen denn alle klassenbewußten Arbeiter wissen, mögen sie die gesamte Arbeitermasse darüber aufklären, daß der Block der Sozialrevolutionäre und aller Volkstümler mit den Menschewiki ein Block von

Leuten ist, die die Helden aus dem „Jedinstwo“ feige durchschmuggeln, von Leuten, die sich ihrer Bundesgenossen schämen!

In zwei Bezirken, im Kasaner Bezirk und im Spasski-Bezirk, gibt es überhaupt weder Menschewiki noch Sozialrevolutionäre: sie haben sich offenbar in den Listen der Bezirkssowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten versteckt, d. h. in parteilosen Listen (in beiden Fällen ist die Zahl der Kandidaten sehr unvollständig: 38 und 28 gegenüber 54 und 44 bei den Kadetten, gegenüber 43 und 46 bei uns). In zwei Bezirken haben es also die kleinbürgerlichen Parteien nicht einmal fertiggebracht, ihre bunte halbe Parteimäßigkeit aufrechtzuerhalten, und sind endgültig in den Sumpf der Parteilosigkeit hinabgesunken: „Wenn man uns nur wählt, wozu brauchen wir einen klaren Parteistandpunkt?“ Das ist stets und überall der Wahlspruch bürgerlicher Parlamentarier.

5. Die fünfte Gruppe, das ist das Reich der vollkommenen Parteilosigkeit. In 10 Bezirken sind 28 solcher Listen aufgestellt worden, wobei die meisten Gruppen überhaupt nur in jeweils einem Bezirk bestehen. Das ist nicht nur Spießbürgertum, sondern eng beschränkte Kirchturnspolitik. Wen gibt es da nicht alles! Da sind die „Hausverwaltungen“, die „Gruppe von Angestellten der Erziehungsanstalten“, die „Gruppe für Ehrlichkeit, Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit“ (wem es nicht gefällt, der höre nicht zu...) und „demokratische Republikaner und Sozialisten, aufgestellt von parteilosen werktätigen Demokraten und Republikanern aus den Hauskomitees“...

Genossen Arbeiter! Alle ohne Ausnahme an die Arbeit, geht in die Wohnungen der Armen, mobilisiert und unterrichtet die Dienstboten, die rückständigeren Arbeiter usw. usf.! Auf zur Agitation gegen die Kapitalisten, sowohl gegen die Kadetten als auch gegen die, die sich als „radikale Demokraten“ verkleiden und hinter dem Rücken der Kadetten verstecken! Auf zur Agitation gegen den kleinbürgerlichen Sumpf der Vaterlandsverteidigung der Volkstümler und Menschewiki, gegen ihren Block der Parteilosigkeit und Prinzipienlosigkeit, gegen die, die in ihren gemeinsamen Listen sowohl die Trudowiki, die Anhänger der Ablösung, durchschmuggeln als auch die Helden des Plechanowschen „Jedinstwo“, mit denen zusammenzugehen sich sogar die ministeriellen Zeitungen „Delo Naroda“ und „Rabotschaja Gaseta“ schämen!

„Prawda“, Nr. 64, 6. Juni (24. Mai) 1917. Nach dem Text der „Prawda“.

ZWEI MÄNGEL

Wenn wir an den anderen Parteien Kritik üben, dürfen wir nicht vergessen, das auch an uns selber zu tun. Die veröffentlichten Listen der Kandidaten für die Bezirksdumas von Petrograd haben zwei Mängel unserer Parteiorganisation und unserer Parteiarbeit zutage treten lassen.

Der erste Mangel. Für den Litejny-Bezirk gibt es in unserer Liste nur 33 Kandidaten gegenüber 63 der Kadetten und des Blocks der Menschewiki mit dem „Jedinstwo“ und den Volkstümlern. Offenbar haben unsere Parteiarbeiter in dem reichen Bezirk nicht mehr als 33 Kandidaten der proletarischen Partei gefunden. Aber das ist ein augenscheinlicher Mangel unserer Arbeit, ein klarer Hinweis darauf, daß wir unzureichend in die „untersten Schichten“ der Werktätigen und Ausgebeuteten eingedrungen sind. Man muß mit den alten Gewohnheiten brechen; man muß in den Vierteln der Reichen besonders tatkräftig „ins Volk“ gehen und neue Schichten der Werktätigen und Ausgebeuteten zu einem bewußten Leben emporheben. Man sollte die parteilosen proletarischen Elemente – besonders zum Beispiel aus dem Kreise der *Dienstboten* – zur Beteiligung an den Wahlen heranziehen und die Zuverlässigsten von ihnen ohne Furcht auf die proletarische Liste setzen. Warum sollen wir eine Minderheit parteiloser *proletarischer* Elemente fürchten, wenn die Mehrheit bewußten internationalistischen Proletariern gehört?...*

*Geschrieben zwischen dem 23. und 27. Mai
(5. und 9. Juni) 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1928
im Lenin-Sammelband VII.*

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. Die Red.

RESOLUTION ÜBER ÖKONOMISCHE KAMPF- MASSNAHMEN GEGEN DIE ZERRÜTTUNG¹⁰³

1. Die vollständige Desorganisation des gesamten wirtschaftlichen Lebens in Rußland hat einen solchen Grad erreicht, daß eine Katastrophe von unerhörtem Ausmaß, die eine ganze Reihe der wichtigsten Industrien vollständig stilllegen und es den Landwirten unmöglich machen wird, ihre Wirtschaft im notwendigen Umfang zu betreiben, die die Eisenbahnverbindungen unterbrechen und den Millionen der industriellen Bevölkerung wie den Städten die Getreidezufuhr abschneiden wird – daß eine solche Katastrophe unvermeidlich geworden ist. Ja noch mehr: die Zerrüttung hat bereits begonnen und eine Reihe von Industriezweigen ergriffen. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Zerrüttung ist nur möglich, wenn das Volk äußerste Anstrengungen unternimmt und wenn sofort sowohl örtlich als auch im Zentrum der Staatsmacht eine Reihe revolutionärer Maßnahmen ergriffen wird.

2. Eine Rettung vor der Katastrophe ist weder auf bürokratischem Wege, d. h. durch die Schaffung von Institutionen, in denen Kapitalisten und Beamte überwiegen, möglich, noch wenn die Profite der Kapitalisten, ihre schrankenlose Macht in der Produktion, ihre Herrschaft über das Finanzkapital sowie das Geschäftsgeheimnis für ihre Bank-, Handels- und Industrieoperationen unangetastet bleiben. Das hat eine ganze Reihe von Teilerscheinungen der Krise in einzelnen Produktionszweigen mit absoluter Klarheit gezeigt.

3. Der Weg zur Rettung vor der Katastrophe geht nur über die Einführung einer wirklichen Arbeiterkontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte. Zur Herstellung einer solchen Kontrolle ist notwendig, erstens, daß in allen entscheidenden Institutionen die Arbeiter

eine Mehrheit von nicht weniger als drei Vierteln aller Stimmen haben, wobei sowohl die noch tätigen Unternehmer als auch die wissenschaftlich-technisch geschulten Angestellten unbedingt mit herangezogen werden müssen; zweitens, daß die Betriebskomitees, die zentralen und örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten wie auch die Gewerkschaften das Recht erhalten, an der Kontrolle teilzunehmen, wobei ihnen die Einsichtnahme in die gesamte Buchführung des Handels und der Banken offenstehen muß und ihnen alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen sind; drittens, daß die Vertreter aller großen demokratischen und sozialistischen Parteien die gleichen Befugnisse erhalten.

4. Die Arbeiterkontrolle, die von den Kapitalisten in einer Reihe von Konfliktfällen bereits anerkannt worden ist, muß unverzüglich vermittels einer Reihe genau durchdachter und schrittweise, aber ohne jeden Aufschub zu verwirklichender Maßnahmen zu einer vollständigen Regulierung der Produktion und der Verteilung der Produkte durch die Arbeiter weiterentwickelt werden.

5. Die Arbeiterkontrolle muß ebenso und mit den gleichen Befugnissen auf alle Finanz- und Bankoperationen ausgedehnt werden, wobei die gesamte Finanzlage klarzustellen ist und sofort zu organisierende Sowjets und Kongresse der Angestellten der Banken, Syndikate usw. mitwirken sollen.

6. Die Rettung des Landes vor der Katastrophe erfordert, daß der Arbeiter- und Bauernbevölkerung vor allem – und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten – klargemacht wird, daß sie sich vollkommen und unbedingt darauf verlassen kann, daß die leitenden und mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten Institutionen, sowohl die örtlichen wie die zentralen, nicht davor zurückschrecken werden, den größten Teil der Profite, der Einkommen und Vermögen der größten und großen Bank-, Finanz-, Handels- und Industriemagnaten der kapitalistischen Wirtschaft in die Hände des Volkes zu überführen. Ohne das in der Praxis zu verwirklichen, kann man weder fordern noch erwarten, daß wirklich revolutionäre Maßnahmen getroffen werden und die revolutionäre Energie der Arbeiter- und Bauernmassen wirklich aufgeboten wird.

7. Angesichts der völligen Desorganisation des gesamten Finanzsystems und des gesamten Geldwesens, angesichts der Unmöglichkeit, es

zu sanieren, solange der Krieg fort dauert, muß es das Ziel einer gesamtstaatlichen Organisation sein, in breitem Maße, zunächst im Gebietsmaßstab und dann im Maßstab des ganzen Landes, den Austausch von landwirtschaftlichen Geräten, Kleidung, Schuhwerk usw. gegen Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte in die Wege zu leiten. Die städtischen und ländlichen Genossenschaften sind hierbei weitgehend heranzuziehen.

8. Erst nach Verwirklichung der erwähnten Maßnahmen ist die Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht möglich und notwendig. Diese Maßnahme erfordert ihrerseits die Einführung einer Arbeitermiliz, in der die Arbeiter nach ihrem achtstündigen Arbeitstag unentgeltlich Dienst leisten, einer Arbeitermiliz, die dann in eine allgemeine Volksmiliz umgewandelt werden soll, bei der die Dienstleistung der Arbeiter und Angestellten von den Kapitalisten bezahlt wird. Nur eine solche Arbeitermiliz und die aus ihr erwachsende allgemeine Volksmiliz kann und wird die allgemeine Arbeitspflicht nicht bürokratisch und nicht im Interesse der Kapitalisten, sondern wirklich im Interesse der Rettung des Volkes vor der Katastrophe verwirklichen. Und nur eine solche Miliz kann und wird eine wirklich revolutionäre Disziplin einführen und die höchste Anspannung der Kräfte des ganzen Volkes zur Rettung vor der Katastrophe bewirken. Nur die allgemeine Arbeitspflicht kann die größtmögliche Ökonomie in der Verausgabung der Arbeitskraft des Volkes herbeiführen.

9. Eine der Hauptaufgaben unter den Maßnahmen zur Rettung des Landes vor der Katastrophe muß die Überführung einer großen Zahl von Arbeitskräften in die Kohlenindustrie, die Rohstoffindustrie und in das Verkehrswesen sein. Ebenso notwendig ist die allmähliche Überführung von Arbeitskräften aus den Munitionsbetrieben in Betriebe, die die für die Wiederherstellung der Wirtschaft erforderlichen Produkte erzeugen.

10. Eine planmäßige und erfolgreiche Durchführung aller erwähnten Maßnahmen ist nur möglich, wenn die gesamte Staatsmacht in die Hände der Proletarier und Halbproletarier übergeht.

ABMACHUNGEN MIT DEN KAPITALISTEN ODER STURZ DER KAPITALISTEN?

(Wie der Krieg beendet werden kann)

Jeder macht sich Gedanken, jeder spricht davon, wie der Krieg beendet werden soll.

Fast alle Arbeiter und Bauern sind sich darin einig, daß die Kapitalisten den Krieg begonnen haben und daß es die Kapitalisten *aller* Länder sind, die den Krieg brauchen. Eben das wird in den Resolutionen der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten gesagt.

Und das ist zweifellos wahr.

Die Meinungsverschiedenheiten beginnen später, sie beginnen mit der Frage, *wie* der Krieg beendet werden soll (denn daß man ihn nicht mit *einem Male* beenden kann, begreifen *alle*). Soll es auf dem Wege von Abmachungen mit den Kapitalisten geschehen, und wenn ja, was für Abmachungen sollen das sein? Oder auf dem Wege der Arbeiterrevolution, d. h. durch den Sturz der Kapitalisten? Das eben ist die ausschlaggebende und grundlegende Frage.

In dieser Frage vertritt unsere Partei einen anderen Standpunkt als der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und der Gesamtrussische Sowjet der Bauerndeputierten, denn beide Sowjets *machen den Fehler, diese Frage letztlich zugunsten der Kapitalisten und mit Hilfe der Kapitalisten lösen zu wollen.*

Die Resolution des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten über den Krieg hat dies besonders anschaulich bestätigt. Im Einklang mit dem vielgenannten – und ebenso konfusen – Aufruf an die Völker der Welt (vom 14. März) fordert diese Resolution:

„...einen Frieden ohne Eroberungen und Geldbußen und das Recht eines jeden Volkes, welchem Staate es auch angehören mag, selbständig über sein Schicksal zu bestimmen.“

Hier ist die Frage der Annexionen (Eroberungen) *nicht* so gestellt, wie das jüngst die „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatschich Deputatow“ und das „Delo Naroda“ getan haben (siehe „Prawda“ Nr. 60 vom 18. Mai*).

Diese beiden letzten Organe, die von dem Block der Volkstümler und Menschewiki geleitet werden, sind völlig durcheinandergeraten und erklären: ohne Eroberungen – das bedeutet, alles so lassen, wie es vor dem Kriege gewesen ist (lateinisch drückt man das so aus: Frieden ohne Annexionen bedeutet status quo).

Eine solche Lösung der Frage ist – man muß die Wahrheit aussprechen – eine Lösung durch eine Abmachung mit den Kapitalisten und zwischen den Kapitalisten. Sie bedeutet: lassen wir die alten Eroberungen (die vor dem Kriege gemacht wurden), aber neue darf es nicht geben.

Eine solche Lösung kann erstens kein Sozialist billigen, ohne den Sozialismus zu verraten. Es ist nicht Sache des Sozialisten, die Kapitalisten auf der Grundlage der alten Teilung der Beute, d. h. der alten Eroberungen, miteinander zu versöhnen. Das ist klar. Eine solche Lösung kann zweitens ohnehin nicht ohne eine Revolution *gegen das Kapital*, zumindest gegen das englisch-japanische Kapital verwirklicht werden, denn jeder, der bei normalem Verstand ist, sieht, daß *ohne eine Revolution* weder Japan Kiautschou noch England Bagdad und die afrikanischen Kolonien hergeben wird.

Die Resolution der Bauern hat die Eroberungen (Annexionen) *anders* definiert: sie hat das Recht eines „*jeden*“ Volkes (also auch des *vor* dem Kriege annektierten, d. h. gewaltsam einem Staat einverleibten) auf Freiheit, auf „selbständige Bestimmung seines Schicksals“ proklamiert.

Das ist vom Standpunkt eines wirklich konsequenten Demokraten und erst recht eines Sozialisten die einzig richtige Lösung. Kein einziger Sozialist kann, wenn er Sozialist bleiben will, die Frage der Annexionen (Eroberungen) anders stellen, er muß *jedem* Volk das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf freie Lostrennung zuerkennen.

Wir wollen uns aber nicht täuschen: eine solche Forderung bedeutet die Revolution gegen die Kapitalisten. Und vor allem und in erster Linie werden die englischen Kapitalisten, die mehr annektiert (erobert) haben

* Siehe den vorliegenden Band, S. 432–434. *Die Red.*

als jede andere Nation in der Welt, eine solche Forderung (ohne Revolution) nicht hinnehmen.

Beide Forderungen, beide Wünsche, sowohl der Wunsch, man möge im Sinne der Wiederherstellung des Alten (des „status quo“) auf Annexionen verzichten, als auch der Wunsch, man möge auf die neuen und die alten, auf alle Annexionen verzichten, beide Forderungen sind nicht zu verwirklichen ohne die Revolution gegen das Kapital, ohne den Sturz der Kapitalisten. Man darf sich und das Volk darüber nicht täuschen!

Entweder man propagiert eine Abmachung mit den Kapitalisten und wartet auf eine solche Abmachung, und das bedeutet, daß man den Völkern Vertrauen zu ihren schlimmsten Feinden einflößt; oder aber man vertraut auf die Arbeiterrevolution und nur auf sie und konzentriert alle Anstrengungen darauf, die Kapitalisten zu stürzen.

Zwischen diesen zwei Wegen zur Beendigung des Krieges gilt es zu wählen.

„Prawda“ Nr. 65,
7. Juni (25. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE STÄRKE DER KETTE WIRD DURCH DIE STÄRKE IHRES SCHWÄCHSTEN GLIEDES BESTIMMT

Was geschieht, wenn man in einer eisernen Kette, die nötig ist, um eine Belastung von, sagen wir, 100 Pud auszuhalten – eines der Glieder dieser Kette mit einem hölzernen vertauscht?

Die Kette reißt.

Die Stärke oder Unversehrtheit aller anderen Glieder der Kette außer diesem einen retten die Sache nicht. Reißt das hölzerne Glied, so reißt die ganze Kette.

In der Politik ist es genauso.

Die Herren Menschewiki und Volkstümpler, die Herren Ministerialisten aus diesen kleinbürgerlichen Parteien haben sich bei den Wahlen zu den Bezirksdumas mit dem *Plechanowschen „Jedinstwo“* vereinigt.

Die Folgen habt ihr euch selbst zuzuschreiben, ihr Herren!

In eurer ohnehin miserablen und rostigen „eisernen“ Kette gibt es jetzt einige, nicht einmal hölzerne, sondern tönernen und papierne Glieder.

Die Folgen habt ihr euch selbst zuzuschreiben!

Genossen Arbeiter und Arbeiterinnen! Genossen Soldaten! Genossen Werktätige! Wisset, wenn ihr für den Block (Bund) der Volkstümpler und Menschewiki stimmt, so *stimmt ihr für das Plechanowsche „Jedinstwo“*; stimmt ihr für jenes schändliche Plechanowsche „Jedinstwo“, von dem sich sogar die Zeitungen der Menschewiki und der „Sozialrevolutionäre“ *abwenden*;

stimmt ihr für jenes schändliche Plechanowsche „Jedinstwo“, das zum Entzücken der Kapitalisten offen den *Krieg bis zum Siege* predigt;

stimmt ihr für jenes schändliche Plechanowsche „Jedinstwo“, das tagaus, tagein die russischen Kapitalisten weißwäscht, die ganze Schuld einzig

und allein auf die deutschen Kapitalisten schiebt und den brüderlichen Bund der Arbeiter *aller* Länder im Kampf gegen die Kapitalisten *aller* Länder mit Füßen tritt.

Mögen daher alle, die für die Werktätigen, gegen die Kapitalisten entstehen wollen, die für Brot, Frieden und Freiheit kämpfen wollen,

mögen sie dem Block (Bund) der Volkstümler und Menschewiki, die in ihren Listen dem verrotteten „Jedinstwo“ Unterschlupf gewähren, keine einzige Stimme geben!

Stimmt nur für die Listen der bolschewistischen Sozialdemokraten und Internationalisten!

„Prawda“ Nr. 67,
9. Juni (27. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

MAN MUSS DIE KAPITALISTEN ENTLARVEN

In der „Nowaja Shisn“ vom 24. Mai schrieb W. Basarow, dem niemand Sachkenntnis in Fragen, die den Zustand unserer Industrie betreffen, absprechen wird:

„Der Krieg und die durch ihn hervorgerufene Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen haben eine Lage geschaffen, wo das private Interesse des privaten Unternehmers nicht darauf gerichtet ist, die Produktivkräfte des Landes zu stärken und zu entwickeln, sondern sie zu zerstören. Heute ist es vorteilhafter, die materiellen Bestandteile des Kapitals – in Erwartung einer Preissteigerung – brachliegen zu lassen, statt sie in Umlauf zu setzen; es ist vorteilhafter, unter für das Land verheerendsten Bedingungen Rüstungsartikel herzustellen, die zu nichts taugen, statt gewissenhaft die dringendsten Bedürfnisse der Volksmassen zu befriedigen; am vorteilhaftesten schließlich ist es, neue Rüstungsbetriebe zu bauen, die man niemals gebrauchen wird, die erst in zwei bis drei Jahren die Produktion aufnehmen können. Ist es da verwunderlich, daß die sogenannte ‚Volkswirtschaft‘ bei uns zum Schauplatz einer wilden Orgie des Marodierens, der industriellen Anarchie, der systematischen Veruntreuung des Volksvermögens geworden ist?...

... Was soll einen wenig bewußten oder auch den durchaus bewußten Arbeiter veranlassen, auf eine ‚übermäßige‘ Lohnerhöhung von 3–4 Rubel zu verzichten, wenn vor seinen Augen Hunderte von Millionen gestohlen und verpulvert werden?“

Kein ehrlicher Mensch wird bestreiten können, daß W. Basarow die reine Wahrheit sagt.

Eine „*Orgie des Marodierens*“ – es gibt keinen anderen Ausdruck zur Kennzeichnung des Verhaltens der Kapitalisten während des Krieges.

Diese Orgie stürzt das ganze Land ins Verderben.

Man darf nicht schweigen. Man darf nicht weiter tatenlos zusehen.

Jeder Arbeiter, der erkennt und begreift, was in dieser Hinsicht in „seiner“ Fabrik vor sich geht, jeder Angestellte einer Bank, einer Fabrik, eines Handelsunternehmens, dem der Untergang des Landes nicht gleichgültig ist, jeder Ingenieur, Statistiker, Buchhalter – sie alle müssen nach Kräften bemüht sein, genaues Material, wenn auch nur stückweises, und zwar möglichst dokumentarisches Material über diese Orgie des Marodierens, d. h. über *die Preise und die Profite* zu sammeln.

Man darf nicht schweigen. Man darf nicht weiter tatenlos zusehen. Wir sind doch schließlich keine Kinder, daß wir uns durch Versprechungen beinahe-sozialistischer Minister oder durch bürokratische Kommissionen, Dezernate und Subdezernate einlullen lassen.

Wäre die Regierung in Rußland nicht Gefangene der Kapitalisten, bestünde sie aus Leuten, die den Willen und die Fähigkeit zum entschlossenen Handeln haben, um das Land vor dem Untergang zu retten, so würde sie sofort, ohne auch nur einen Tag, eine Stunde zu zögern, ein Gesetz erlassen, wonach *sämtliche* Preise für Heereslieferungen, *sämtliche* Angaben über die Höhe der *Profite* zu veröffentlichen sind.

Über den kommenden Zusammenbruch, über die Rettung des Landes vor dem Untergang schwatzen und dies *nicht tun* heißt zum Betrüger der Volksmassen oder zum Spielzeug in den Händen von Betrügern werden.

Es wäre jedoch kindlich-naiv, von der Regierung der Kapitalisten, von den Herren Lwow, Tereschtschenko, Schingarjow und Co., von ihrem ohnmächtigen und willfähigen „Anhängsel“, den Tschernow, Zereteli, Peschedonow, Skobelew, zu erwarten, daß sie ein solches Gesetz erlassen, daß sie die Kapitalisten entlarven. Nur wer an „ministerialistischer Gehirnerweichung“ leidet, kann dies erwarten.

Um so energischer muß man an die Initiative jedes einzelnen appellieren. Genossen und Bürger! Jeder, der tatsächlich zur Rettung des Landes vor der Hungersnot beitragen will, muß sofort alle ihm zugänglichen Angaben über *Preise* und *Profite* sammeln und veröffentlichen.

Die Entlarvung der Kapitalisten ist der erste Schritt zu ihrer Bändigung.

Den Schleier von der Orgie des Marodierens herunterzureißen, das ist der erste Schritt zum Kampf gegen die Marodeure.

„Prawda“ Nr. 67, 9. Juni (27. Mai) 1917. Nach dem Text der „Prawda“.

BERICHTE ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE ZERRÜTTUNG

Das Herannahen der Katastrophe, das ist die Haupt- und Grundfrage der Gegenwart. Es gilt, darüber möglichst genaues Material zu sammeln. Hier einige überaus lehrreiche Stellen aus einer Zeitung unserer Gegner, der vereinigten Volkstümmler und Menschewiki. („Iswestija Petrogradskowo Sowjeta“ Nr. 70 vom 19. Mai.)

„Das Elend der Massenarbeitslosigkeit rückt immer näher. Der Widerstand der vereinigten Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter nimmt zu. Die Unternehmer leisten eine Art passiver Resistenz und greifen versteckt zu Aussperrungen.“

Und weiter:

„...die Kapitalisten tun nichts, um dem Staat zu helfen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden...“

...hartnäckig an ihren Profiten festhaltend, sind die Kapitalisten wahre Desorganisatoren und Konterrevolutionäre. Aber die Revolution will und darf nicht untergehen. Wenn die Kapitalisten ihr nicht freiwillig entgegenkommen, so muß sie ihre Hand auf sie legen.“

Nicht wahr, es ist schwer, sich beredter auszudrücken? Die Lage ist also wirklich außerordentlich kritisch. Die „Revolution“ muß „ihre Hand auf die Kapitalisten legen“ – *welche* Revolution? *welcher* Klasse? *wie* soll sie die Hand auf die Kapitalisten legen?

Hier die Antwort der Referenten in der Sitzung des Exekutivkomitees vom 16. Mai:

„Mehrere Referenten haben das düstere Bild der allgemeinen wirtschaftlichen Zerrüttung des Landes gezeichnet... Die bürgerlichen Presseorgane...

schweigen über die wahren Ursachen der Not: den Krieg und das selbstsüchtige Verhalten der Bourgeoisie."

Aus dem Referat des menschwistischen Ministerialisten Tscherewanin:

"Die wirtschaftliche Zerrüttung, die wir erleben, ist so ernst, daß man mit einzelnen Palliativmitteln, mit einzelnen konkreten Maßnahmen die Lage nicht retten kann. Was not tut, ist ein allgemeiner Plan, ist die Regulierung des gesamten Wirtschaftslebens durch den Staat...

Zur konkreten Verwirklichung unseres Plans ist die Schaffung eines besonderen Wirtschaftsrates beim Ministerium notwendig."

Der kreißende Berg gebär eine Maus. Anstatt der „Revolution, die ihre Hand auf die Kapitalisten legt“ – ein rein bürokratisches Rezept.

Aus dem Referat Awilows:

"Die Hauptursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zerrüttung ist der Mangel an den wichtigsten Industrieprodukten...

...Die Lage der Arbeiter grenzt in Anbetracht der wachsenden Teuerung für viele Kategorien an chronischen Hunger...

...Die Unternehmer, die gewaltige Gewinne einheimsen, wollen den Arbeitern keine Zugeständnisse machen, wenn nicht gleichzeitig die Preise für ihre Erzeugnisse erhöht werden...

...Der einzige Ausweg aus der entstandenen Lage ist die Festsetzung der Warenpreise. Aber eine solche Festsetzung ist in der Praxis nur dann durchführbar, wenn die gesamte Verteilung der Produkte nach den Anweisungen der öffentlichen Gewalt erfolgt.

Bei einer solchen zwangsweisen Verteilung zu festgesetzten Preisen muß man auch eine Kontrolle über die Produktion einführen, da andernfalls die Produktion zurückgehen und sogar zum Stillstand kommen kann...

...Gleichzeitig wird man auch jene Quellen unter die Kontrolle des Staates stellen müssen, die die Industrie mit Zirkulations- und Investitionsmitteln versorgen – die Kreditinstitutionen."

Daß der „Staat“ eine Maschine ist, die die Arbeiterklasse und die Kapitalisten nach verschiedenen Richtungen zerreißt, scheint Gen. Awilow vergessen zu haben. Welche Klasse ist heute fähig, die Staatsmacht auszuüben?

Aus dem Referat Basarows:

"Die festen Preise werden faktisch umgangen; die Staatsmonopole stehen auf dem Papier; die Regulierung der Versorgung der Fabriken mit Kohle

und Metall hat es nicht ermöglicht, die Produktion im Interesse des Staates zu lenken, ja sie war nicht einmal imstande, der Markt-anarchie Herr zu werden, sie vermochte nicht, die hemmungslose Spekulation der Zwischenhändler zu beseitigen.

Notwendig ist eine staatliche Zwangsvertristung der Industrie.

Nur wenn man die Betriebsleitungen und die Kapitalisten zum Pflichtdienst für den Staat einberuft, wird man wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung jener Anarchie ergreifen können, die die Industriellen bewußt in die Produktion hineintragen."

Der Staat der Kapitalisten (die bewußt die Anarchie hineintragen) soll die Kapitalisten zum Pflichtdienst für den Staat einberufen – das heißt soviel, wie den Klassenkampf vergessen.

Aus dem Referat G. W. Schubas:

"Trotz unserer zwei Monate lang unaufhörlich gestellten Forderungen kommt die allgemeine Frage, die Frage der Organisation der Volkswirtschaft und der Arbeit, nicht vom Fleck. Das Ergebnis ist, daß man auf der Stelle tritt. Die Lage ist jetzt so: es ist uns, wenn auch nach Kämpfen, gelungen, eine ganze Reihe von Maßnahmen, von Gesetzen durchzubringen, wir haben bereits ein Gesetz über das Getreidemonopol... Aber das alles bleibt auf dem Papier..."

...Wir haben die grundsätzliche Zustimmung zur Munizipalisierung der landwirtschaftlichen Maschinen durchgesetzt. Sie aber durchzuführen ist unmöglich, da keine oder fast keine Maschinen vorhanden sind. Die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen sind mit der Herstellung von durchaus nicht wichtigem Heeresgut beschäftigt. Aber nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben des Landes muß geregelt werden, es ist endlich auch notwendig, den gesamten ausführenden Apparat der Staatsmacht zu zerschlagen und neu aufzubauen..."

Das kommt schon der Sache, dem Kern der Dinge näher! „Den gesamten ausführenden Apparat der Staatsmacht zerschlagen und neu aufbauen“ – das ist richtig. Ist es aber nicht klar, daß die Frage des Apparats der Staatsmacht nur ein kleiner Teil der Frage nach der Klasse ist, in deren Händen sich die Macht befindet?

Aus dem Referat Kukowezkis:

„Die finanzielle Lage des Landes ist in fürchterlichem Zustand. Wir gehen mit raschen Schritten dem finanziellen Bankrott entgegen..."

Rein finanzielle Maßnahmen werden nicht helfen..."

Es müssen Maßnahmen zur zwangsweisen Unterbringung der Anleihe ergriffen werden, und wenn das nicht die gewünschten Ergebnisse zeitigt, müßte man zu einer Zwangsanleihe übergehen.

Die zweite Maßnahme ist die obligatorische Regulierung der Industrie, die Einführung von Festpreisen für die Produkte."

"Zwang" ist eine gute Sache, die Frage ist nur, welche Klasse den Zwang ausüben wird und welche gezwungen werden soll.

Aus dem Bericht Gromans:

"Was jetzt in allen Ländern vor sich geht, kann insgesamt als Prozeß des Zerfalls des volkswirtschaftlichen Organismus charakterisiert werden. Diesem Zerfall wird überall das Prinzip der Organisation entgegengestellt. Der Staat ist überall an die Organisierung der Wirtschaft und der Arbeit herangegangen ...

Weder die Regierung noch das Land haben bisher ein Zentrum, das das Wirtschaftsleben des Landes regeln könnte. Es fehlt sozusagen das wirtschaftliche Gehirn. Dieses muß geschaffen werden ... Es muß ein machtbefugtes ausführendes Organ organisiert werden. Man muß einen Wirtschaftsrat schaffen ..."

Eine neue bürokratische Institution – darauf läuft der Gedanke Gromans hinaus! Das ist traurig.

Alle geben zu, daß eine unerhörte Katastrophe unausbleiblich ist. Aber sie verstehen die Hauptsache nicht: das Land aus dieser Katastrophe herauszuführen, dazu ist *nur die revolutionäre Klasse* imstande.

„Prawda“ Nr. 67,
9. Juni (27. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

„TASCHENSPIELERKUNSTSTÜCKE“ UND KUNSTSTÜCKE POLITISCHER PRINZIPIENLOSIGKEIT

Den Ausdruck „Taschenspielerkunststücke“ entnehmen wir dem heutigen Leitartikel des „Delo Naroda“. Die Zeitung der „Sozialrevolutionäre“, an der Kerenski und Tschernow mitarbeiten, entlarvt die Machenschaften der *französischen* Vertreter des „von der Bourgeoisie gezähmten Sozialismus“ und schreibt:

„.... Alt, uralt sind diese Taschenspielerkunststücke, bei uns vertreibt sich oft und erfolglos G. Plechanow mit ihnen die Zeit, ohne irgend jemand irrezuführen....“

Nur Plechanow, meine Hochverehrten?

Ihr bildet doch bei den Wahlen einen Block mit *eben diesem* Plechanowschen „Jedinstwo“, ihr sucht doch, es durchzuschuggeln, es zu retten!!

In eurer eigenen Zeitung (Nr. 44 vom 9. Mai) schrieb S. Mstislawski über Plechanow:

„Wenn ein Mann, der noch vor kurzem der geistige Führer der russischen Sozialdemokratie war, an solchen konterrevolutionären Ausfällen“ (wie in der „Russkaja Wolja“ und im „Nowoje Wremja“) „mitwirkt, so muß man diese Tatsache mit tiefem Bedauern, mit aufrichtigem Kummer feststellen, denn wahrlich, niemand konnte glauben, daß die Zersetzung der Internationale so weit gediehen ist.“

... und die Zersetzung der Sozialrevolutionäre, die einen Block mit diesem „Jedinstwo“ geschlossen haben!

Und in Nr. 48 des „Delo Naroda“ (vom 13. Mai) lesen wir in einer nicht gezeichneten, d. h. einer redaktionellen Notiz:

„Die politische Einheit des ‚Jedinstwo‘ mit der liberalen Bourgeoisie ist eine allgemein bekannte Tatsache....“

Hört! Hört! Die „Sozialrevolutionäre“ und die Menschewiki bilden

eine Einheit mit demselben „Jedinstwo“, dessen politische Einheit mit der liberalen Bourgeoisie eine *allgemein bekannte Tatsache* ist. Vergest das nicht, Genossen Arbeiter und Genossinnen Arbeiterinnen, Genossen Soldaten!

Die menschewistische „Rabotschaja Gaseta“ schrieb in einem redaktionellen Leitartikel in Nr. 35 vom 20. April:

„Wir sind gegen die englischen Imperialisten. Das ‚Jedinstwo‘ ist gegen die englischen Sozialisten. Darin besteht der ganze Unterschied. Daraus erklärt sich, warum das ‚Jedinstwo‘ auf Hottentottenart urteilen muß... Die russischen Arbeiter erinnern sich sehr gut, wie Plechanow unter dem zaristischen Regime“ (im Text ist ein Druckfehler, es heißt dort: unter dem zaristisch-republikanischen Regime) „auf alle mögliche Weise versuchte, sie von jedem Streik zurückzuhalten. Damals wollte Plechanow uns sogar mit noch Schrecklicherem bange machen, indem er versicherte, daß durch diesen Kampf nur dem Generalstab des deutschen Heeres gedient sei.“

Und in Nr. 57 (vom 16. Mai) derselben Zeitung schrieb der äußerst gemäßigte Ministerialist Tscherewanin folgendes:

„Plechanow und sein ‚Jedinstwo‘ tun alles, was in ihren Kräften steht, um den Grundsatz der Vaterlandsverteidigung, der im internationalen Maßstab durch die Anstrengungen der deutschen, französischen usw. Mehrheitssozialisten schon kompromittiert genug ist, auch bei uns zu kompromittieren.“

So schätzen die Volkstümpler und die Menschewiki das „Jedinstwo“ ein, so rücken sie von ihm ab, so schämen sie sich seiner!!

Gleichzeitig aber bilden sie bei den Wahlen mit ihm zusammen einen Block (einen Bund) – und Plechanow nimmt Sitze von Leuten an, die ihm öffentlich Komplimente wie „Taschenspieler“, „von der Bourgeoisie gezähmt“, „Hottentotte“, „kompromittiert“, „einig mit der liberalen Bourgeoisie“ an den Kopf werfen.

Welche Seite in diesem Block ist die schlimmere?

Arbeiter und Soldaten! Keine einzige Stimme dem Block der Volkstümpler und Menschewiki, der dem „Jedinstwo“, das „mit der liberalen Bourgeoisie einig“ ist, Unterschlupf verschaffen, der es durchschmuggeln will!

Geschrieben am 25. Mai (7. Juni) 1917.

*Veröffentlicht am 9. Juni (27. Mai)
1917 in der „Prawda“ Nr. 67.*

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE SCHWARZHUNDERTER FÜR DIE KADETTEN – DIE MENSCHEWIKI UND VOLKSTÜMLER IN EINER REGIERUNG MIT DEN KADETTEN

Wer kennt nicht die Zeitung „Nowoje Wremja“? Wer weiß nicht, daß sie sich viele Jahrzehnte hindurch „berühmt“ gemacht hat durch ihre Verteidigung der Zarenmacht und der Kapitalisten, durch ihre Hetze gegen die Juden, die Hetze gegen die Revolutionäre?

Wer weiß nicht, daß sich immer jeder ehrliche Mensch in Rußland mit Entrüstung und Verachtung vom „Nowoje Wremja“ abwandte? Daß diese Zeitung ihre Richtung auch jetzt, nach dem Umsturz, nicht im geringsten geändert hat?

Nun finden die ersten Wahlen im freien Rußland statt. Und am ersten Wahltag schreibt das „Nowoje Wremja“: „Stimmt für die Liste der Partei der Volksfreiheit.“

Die Tatsache liegt auf der Hand: alle Gutsbesitzer und Kapitalisten, alle Schwarzhunderter, alle, die den Zaren wieder auf den Thron setzen wollen, sind für die Kadetten.

Die Menschewiki und die Volkstümpler aber haben ihre *sechs* Minister den *zehn kadettischen* Ministern als Geiseln ausgeliefert.

Die Menschewiki und die Volkstümpler haben sich durch leere Versprechungen, von denen keine einzige erfüllt wurde, betrügen lassen. Keinen Schritt zur Beendigung des Krieges, zum Verzicht auf Annexionen (Eroberungen)*, zur Bändigung der Kapitalisten, die wahnsinnige Profite einheimsen und das Land ins Verderben führen, *keinen einzigen derartigen Schritt hat die Regierung unternommen.*

* Zur Veröffentlichung der Geheimverträge, zu einem offenen, ehrlichen, direkten Friedensangebot an alle Völker unter genauen und klaren Bedingungen.

Der Krieg zieht sich in die Länge, die Zerrüttung droht, die Kapitalisten bereichern sich, die Menschewiki und die Volkstümler reden und drohen, drohen und reden ... Der Kater Waska (die Kapitalisten) hört zu und – frißt.

Arbeiter, Soldaten und alle Werktätigen! Keine Stimme den Kadetten, keine Stimme den Menschewiki und den Volkstümlern!

Stimmt für die Bolschewiki!

„Prawda“ Nr. 68,
10. Juni (28. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DER SCHÄNDLICHE BLOCK DER MENSCHEWIKI UND VOLKSTÜMLER MIT DEM „JEDINSTWO“

Heute ist der zweite, der Haupttag der Wahlen.

Außer den Kadetten empfehlen sich den Wählern mit größter Aufdringlichkeit die vereinigten Menschewiki und Volkstümler.

Was nun konnten sie uns auf unsere Feststellung über die skandalöse Tatsache ihres Blocks (Bundes) mit dem „Jedinstwo“ antworten? Wagen sie es, einen solchen Block *grundsätzlich* zu verteidigen?

Das wagen sie eben *nicht*.

Die „Rabotschaja Gaseta“ bringt *als Antwort* auf unsere Feststellung, daß ein Block mit dem „Jedinstwo“ unanständig sei, den Hinweis – auf wen meint ihr wohl? – auf den Lockspitzel Malinowski, der von der Ochrana in die Duma geschmuggelt wurde!!

Die Unehrlichkeit einer solchen Auchpolemik kennzeichnen wir in einer besonderen Notiz.* Jetzt aber ist nicht von der Ehrlichkeit der „Rabotschaja Gaseta“ die Rede, sondern von ihrer *Logik*. Wie ist das, Herrschaften? Unseren Hinweis auf „euer“ „Jedinstwo“ glaubt ihr mit dem Hinweis auf „unseren“ Lockspitzel Malinowski parieren zu können!! Was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich, daß ihr das „Jedinstwo“ auf eine Stufe mit einem Lockspitzel stellt!!

So haben die findigen Leute von der „Rabotschaja Gaseta“ den Block mit dem „Jedinstwo“ „verteidigt“ – man muß schon sagen, kluge Leute sind das! Wenn man ihnen sagt: Ihr *habt* im *freien* Rußland einen so schändlichen Kollegen wie das Plechanowsche „Jedinstwo“, so *antworten* sie: die Bolschewiki *hatten* im *zaristischen* Rußland den Spitzel Mali-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 543/544. Die *Red.*

nowski in ihren Reihen!! Eine Perle – die Verteidigung des „Jedinstwo“ durch die „Rabotschaja Gaseta“!

Auch das „Delo Naroda“ hat sich, um einen Ausdruck von Schtschedrin zu gebrauchen, was das „Jedinstwo“ anbelangt, elend „in die Galoschen gesetzt“. Am ersten Wahltag, am 27. Mai, lesen wir auf der ersten Seite der Zeitung der Kerenski, Tschernow und Co. die Aufforderung, für die Listen zu stimmen, die das „Jedinstwo“ durchschmuggeln.

Und auf der zweiten Seite derselben Nummer des gleichen „Delo Naroda“ lesen wir nicht nur eine längere Auslassung, in der der „Sozialpatriot“ Plechanow und sein „Jedinstwo“ heruntergerissen werden, sondern auch folgende „Bosheit“:

„Mit Vergnügen bringen wir unseren Lesern zur Kenntnis, was andere Liberal- und Sozialimperialisten wie die ‚Retsch‘, die ‚Russkaja Wolja‘ und das ‚Jedinstwo‘ über die italienische Annexion (Albaniens) denken.“

Eine Perle, nicht wahr?

Die „Sozialrevolutionäre“ rufen das Volk auf, für Listen zu stimmen, in denen sich die Kandidaten des „Jedinstwo“ verstecken, desselben „Jedinstwo“, das die Sozialrevolutionäre selber, und noch dazu am Tage der Wahlen, als „sozialimperialistisch“ bezeichnen, d. h. als sozialistisch in Worten und „imperialistisch in der Praxis“, desselben „Jedinstwo“, das sie selber auf eine Stufe stellen mit der „Retsch“ und der „Russkaja Wolja“.

Schön hat heute die kluge „Rabotschaja Gaseta“ im Block mit dem klugen „Delo Naroda“ das „Jedinstwo“ „verteidigt“!

Plechanow aber empfängt Almosen von Leuten, die ihn „versehentlich“ neben Malinowski stellen oder ihn am Wahltag rundheraus als „Sozialimperialisten“ bezeichnen.

Schöne Sitten herrschen in diesem schändlichen Block von Menschewiki plus Volkstümler plus „Jedinstwo“...

Arbeiter und Soldaten! Werkätige! Keine einzige Stimme den Volkstümlern und Menschewiki, die „Sozialimperialisten“ durchschmuggeln wollen!

Stimmt für die Bolschewiki!

DIE KONTERREVOLUTION GEHT ZUM ANGRIFF ÜBER

(„Jakobiner ohne Volk“)

Die Konterrevolution hat ihre Kräfte so weit gesammelt, daß sie zum Angriff übergeht. Mit Hilfe der volkstümlerischen und menschwistischen Minister organisieren die Kapitalisten den Angriff auf die Freiheit.

Der Beschluß, das „45., 46., 47. und 52. Regiment“ der 12. und der 13. Division aufzulösen, der Beschluß, die „Anstifter“ (welch sonderbares Wort! Sind denn im Kriege die „Anstifter“ wichtiger als die „Täter“?) „vor Gericht zu stellen“, und dann zugleich die Nachricht von der *Verhaftung* des Fähnrichs Krusser *wegen seiner Rede auf einem Meeting* in Skuljany, schließlich der unerhört grobe Ton der Provisorischen Regierung gegenüber Kronstadt (die Verordnungen seien „widerspruchslos auszuführen“: kann man so mit Bürgern reden, die bis jetzt keines Vergehens, keiner *einzig*en Widersetzlichkeit beschuldigt worden sind?) – alles das zusammen, beleuchtet vom bengalischen Feuer des schadenfrohen Anwalts der konterrevolutionären Kapitalisten, der „Retsch“ („die Regierung hat endlich begonnen, die Sprache der Macht zu gebrauchen“) – alles das zeigt deutlich, daß die Konterrevolution angreift.

Dieser „Angriff“ macht einen sonderbaren Eindruck. An der Front werden die „Anstifter zum Ungehorsam“ vor Gericht gestellt und vier Regimenter „aufgelöst“ (von den im Telegramm genannten acht Regimentern der zwei Divisionen, obwohl, wie dasselbe in Nr. 76 der „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta“ veröffentlichte Telegramm mitteilt, von diesen acht Regimentern nur *eins* „vollzählig“ und ein weiteres „fast vollzählig“ an der Aktion teilgenommen haben). Wenn ihr, ihr Herren Regierenden, dem Volk die Auflösung von Regimentern mitteilt, wenn

ihr das für angebracht haltet und Telegramme darüber durchlaßt, warum teilt ihr dann nicht genau und klar, wenigstens in einigen Zeilen, mit, welche Beweggründe diejenigen, die ihr vor Gericht stellt, zum Ungehorsam veranlaßt haben?

Eins von beiden, meine Herren: Entweder handelt im stillen – ihr habt ja Militärzensoren –, bemüht euch nicht, die Öffentlichkeit zu unterrichten, und beunruhigt sie nicht durch eure Mitteilungen.

Oder aber, wenn *ihr* beschlossen habt, Mitteilungen zu machen, dann sagt, worum handelt es sich eigentlich? Wie, wodurch, weswegen? Verweigern die, die ihr vor Gericht stellt, den Gehorsam aus einem spezifischen oder aus einem allgemeinen Grund?

Unklarheit ist schädlich.

Was aber die Verhaftung Krussers betrifft, so ist die Sache ganz klar: einen Mann *wegen einer Rede auf einem Meeting* ins Gefängnis zu werfen – ist das vernünftig? Heißt das nicht geradezu den Kopf verlieren? Ihr Herren Kadetten und Rechten, die ihr im Ministerium mit den Volkstümlern und Menschewiki vereinigt seid, habt doch zehn-, wenn nicht hundertmal mehr Tageszeitungen zur Verfügung als eure Gegner!! Und bei einem solchen Übergewicht des wichtigsten Agitationsmittels werft ihr Leute wegen einer „Rede auf einem Meeting“ ins Gefängnis!! Solltet ihr, Herrschaften, wirklich vor Angst den Verstand verloren haben?

Wir sind keine Gegner der revolutionären Gewalt im Dienste der Mehrheit des Volkes.

Als Plechanow dieser Tage einmal an die Jakobiner von 1793 und ihre *offene* Erklärung: „die Feinde des Volkes sind die und die“ erinnerte, dachten wir:

Keine einzige Partei sollte es unterlassen, die Jakobiner von 1793 in diesem von Plechanow gewählten Punkt nachzuahmen.

Die Sache ist nur die, daß es „Jakobiner“ und „Jakobiner“ gibt. Eine geistreiche französische Redensart, deren sich Plechanow vor 20 Jahren, als er noch Sozialist war, gern erinnerte, verspottet die „Jakobiner ohne Volk“ (*jacobins moins le peuple*).

Die historische Größe der wahren Jakobiner, der Jakobiner von 1793, bestand darin, daß sie „Jakobiner mit dem Volk“ waren, mit der revolutionären *Mehrheit* des Volkes, mit den *revolutionären* fortschrittlichen Klassen *ihrer* Zeit.

Lächerlich und erbärmlich sind die „Jakobiner ohne Volk“, jene, die sich nur als Jakobiner gebärden, die *Angst haben*, klar, offen, für alle vernehmlich, die Ausbeuter, die Unterdrücker des Volkes, die Knechte der Monarchie in allen Ländern, die Anhänger der Gutsherren in allen Ländern für Feinde des Volkes zu erklären.

Ihr habt die Geschichte studiert, ihr Herren Miljukow und Plechanow, könnt ihr etwa bestreiten, daß die *großen* Jakobiner von 1793 keine Angst hatten, gerade die Vertreter der reaktionären, ausbeutenden *Minderheit* des Volkes ihrer Zeit, gerade die Vertreter der reaktionären *Klassen* ihrer Zeit für Feinde des Volkes zu erklären?

Ihr, die heutige Regierung, ihre Helfershelfer, Verteidiger und Diener, könnt ihr offen, unverblümt, offiziell sagen, welche *Klassen* ihr *in der ganzen Welt* als „Feinde des Volkes“ betrachtet?

Wie solltet ihr! Ihr seid Jakobiner ohne Volk. Ihr gebärdet euch nur als Jakobiner. Ihr gleicht viel eher den Dutzendvertretern einer Dutzendreaktion der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Arbeiter und Soldaten! Werktätige! Die Konterrevolution der Gutsbesitzer und Kapitalisten geht zum Angriff über! Keine Stimme auch nur *einer einzigen* Regierungspartei, auch nur *einer einzigen der an der Regierung beteiligten Parteien*!

Stimmt für die Bolschewiki!

„Prawda“ Nr. 68,
10. Juni (28. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EINE GRUNDSÄTZLICHE FRAGE

(„Vergessene Worte“ der Demokratie)

Der schmutzige Strom von Lügen und Verleumdungen, den die Zeitungen der Kapitalisten über die Kronstädter Genossen ausgegossen haben, offenbarte ein übriges Mal die ganze Unehrllichkeit dieser Zeitungen, die einen ganz alltäglichen und belanglosen Vorfall zu einem „Staatsereignis“, zu einem „Abfall“ von Rußland usw. usf. aufbauschen.

Die „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta“ berichten in Nr. 74 über die Beilegung der Kronstädter Ereignisse: wie auch zu erwarten war, ist es den Ministern Zereteli und Skobelew leicht gelungen, sich mit den Kronstädtern auf eine Kompromißresolution zu einigen. Selbstverständlich bringen wir die Hoffnung und die Überzeugung zum Ausdruck, daß diese Kompromißresolution, wenn sie von *beiden* Seiten loyal befolgt wird, auf hinreichend lange Zeit die Möglichkeit eines reibungslosen Wirkens der *Revolution* in Kronstadt und im übrigen Rußland schaffen wird.

Der Kronstädter Zwischenfall ist für uns in doppelter Hinsicht von grundsätzlicher Bedeutung.

Erstens hat er die von uns schon seit langem festgestellte und offiziell in einer Resolution unserer Partei (über die Sowjets) hervorgehobene Tatsache aufgezeigt, daß die *Revolution in der Provinz* weiter vorangeschritten ist als in Petrograd. Nicht nur die Kadetten, sondern auch die Volkstümler und Menschewiki, die sich von der überall herrschenden revolutionären Phrase fortreißen ließen, waren nicht gewillt oder verstanden es nicht, sich die Bedeutung dieser Tatsache klarzumachen.

Zweitens hat der Kronstädter Zwischenfall eine sehr wichtige grund-

sätzliche, programmatische Frage aufgeworfen, an der kein ehrlicher Demokrat, geschweige denn ein Sozialist, gleichgültig vorübergehen kann. Das ist die Frage nach dem Recht der Zentralgewalt, die von der örtlichen Bevölkerung gewählten Beamten zu *bestätigen*.

Die Menschewiki, zu deren Partei die Minister Zereteli und Skobelew gehören, erheben nach wie vor den Anspruch, Marxisten zu sein. Zereteli und Skobelew waren es, die die Resolution über eine solche Bestätigung durchbrachten. Haben sie dabei an ihre Pflicht als Marxisten gedacht?

Sollte der Leser diese Frage naiv finden und bemerken, daß die Menschewiki heute in Wirklichkeit eine ganz und gar kleinbürgerliche Partei und noch dazu eine auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung stehende (d. h. eine chauvinistische) Partei geworden sind und es daher lächerlich sei, von Marxismus auch nur zu reden, so werden wir nicht streiten. Wir werden nur sagen, daß der Marxismus den Fragen der Demokratie schlechthin stets große Aufmerksamkeit widmet, und den Titel Demokrat kann man den Bürgern Zereteli und Skobelew wohl kaum absprechen.

Haben sie nun, als sie diese Resolution über die „Bestätigung“ der von der Kronstädter Bevölkerung gewählten Beamten durch die Provisorische Regierung durchbrachten, an ihre Pflicht als Demokraten, an ihren „Titel“ Demokraten gedacht?

Offenbar nicht.

Zur Bestätigung dieser Schlußfolgerung wollen wir die Ansicht eines Schriftstellers anführen, der wahrscheinlich auch in den Augen Zeretelis und Skobelews seine Autorität als Wissenschaftler und Marxist noch nicht ganz eingebüßt hat. Dieser Schriftsteller ist Friedrich Engels.

Im Jahre 1891 schrieb Engels in seiner Kritik des Entwurfs für das Programm der deutschen Sozialdemokratie (heute bekannt als Erfurter Programm), daß das deutsche Proletariat die eine und unteilbare Republik brauche.

„Aber nicht im Sinne der heutigen französischen“, fügte Engels hinzu, „die weiter nichts ist als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir“ (d. h. die deutschen Sozialdemokraten) „auch

haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund“ (d. h. der zentralen Staatsgewalt), „aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verboten haben wollen wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.“¹⁰⁴

So urteilte Friedrich Engels über die Demokratie in Anwendung auf das Recht, die Beamten von oben zu ernennen. Und um diese Ansichten schärfer, unumwundener, präziser auszudrücken, empfahl er den deutschen Sozialdemokraten, folgende Forderung in das Parteiprogramm aufzunehmen:

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. *Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.*“

Die unterstrichenen Worte lassen an Entschiedenheit und Klarheit nichts zu wünschen übrig.

Liebe Bürger Minister, Zereteli und Skobelew! Ihr fühlt euch sicherlich sehr geschmeichelt, daß eure Namen in die Lehrbücher der Geschichte eingehen werden. Ist es aber für euch auch schmeichelhaft, daß jeder Marxist – und jeder ehrliche Demokrat – gezwungen sein wird zu sagen: Die Minister Zereteli und Skobelew haben den russischen Kapitalisten geholfen, in Rußland eine Republik zu schaffen, die im Grunde gar keine Republik, sondern eine *Monarchie ohne Monarchen* ist?

PS. Dieser Artikel wurde vor dem letzten Stadium des Kronstädter Zwischenfalls geschrieben, von dem heute die Zeitungen sprechen. Das Kompromißabkommen ist von den Kronstädtern *nicht* verletzt worden: *niemand* hat auch nur *eine einzige Tatsache* genannt, die auch nur im entferntesten einer Verletzung des Abkommens ähnlich sähe. Die Hinweise der „Retsch“ auf Zeitungsartikel sind eine Ausflucht, denn nicht durch Artikel, sondern nur durch Handlungen kann ein Abkommen ver-

letzt werden. Und die Tatsache bleibt bestehen: die Minister Zereteli, Skobelew und Co. haben sich zum hundertsten und tausendsten Male durch das Geschrei der erschrockenen Bourgeois ins Bockshorn jagen lassen und sich in *groben Drohungen* gegen die Kronstädter ergangen, in unklugen, sinnlosen Drohungen, die nur der Konterrevolution dienen.

Geschrieben vor dem 25. Mai (7. Juni) 1917.

*Veröffentlicht am 10. Juni (28. Mai) 1917 Nach dem Text der „Prawda“.
in der „Prawda“ Nr. 68.*

IN ERMANGELUNG EINER SAUBEREN,
PRINZIPIELLEN WAFFE
GREIFEN SIE ZU EINER SCHMUTZIGEN

Die „Rabotschaja Gaseta“, das Organ der menschewistischen Ministerialisten, versucht uns damit zu treffen, daß die Ochrana im Jahre 1911 den Bolschewik und Versöhnler Rykow verhaftete, um „am Vorabend der Wahlen zur IV. Duma“ (das hebt die „Rabotschaja Gaseta“ besonders hervor) den Bolschewiki unserer Partei „Handlungsfreiheit“ zu geben.

Was beweist nun diese Tatsache? Sie beweist, daß die Ochrana die Bahn frei machen wollte, um Malinowski, der, wie sich herausstellte, ein Lockspitzel war, in die Duma hineinzubringen. Selbstverständlich sorgte die Ochrana für ihre Spitzel.

Kann man daraus unserer Partei einen Vorwurf machen? Nein, ebensowenig, wie *ehrliche* Menschen Tschernow und Co. einen Vorwurf machen, weil sie fälschlicherweise für Asef einstanden, ebensowenig, wie sie Jonow (dem Bundisten, einem Kollegen der „Rabotschaja Gaseta“) und Co. einen Vorwurf machen, weil sie 1910 im Namen des vereinigten ZK für den Spitzel Shitomirski („Otzow“) einstanden, oder jenen Menschewiki, die im Jahre 1904 eine gewisse Zeit den Spitzel Dobroskokow zu verteidigen suchten, oder den Kadetten, unter denen sich ebenfalls Lockspitzel befanden, die jetzt namhaft gemacht worden sind.

Fehler wie das Nichterkennen von Spitzeln sind in ausnahmslos *allen* Parteien vorgekommen. Das ist eine Tatsache. Und wenn die „Rabotschaja Gaseta“, die mit dem Minister Tschernow einen Block eingeht, nicht an *seine* alten Fehler erinnert, sondern nur von den Fehlern ihrer jetzigen Gegner spricht, so ist dies eine offensichtlich unehrliche, offensichtlich unsaubere Methode. Der Schlag, den die „Rabotschaja Gaseta“

gegen uns zu führen versuchte, fällt auf sie selbst zurück: niemals wird die „Rabotschaja Gaseta“ wagen, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß es ehrlich sei, sich über Asef auszuschweigen und über einen eben-solchen Spitzel, Malinowski, aus fraktionellem Eigennutz ein „Geschrei“ zu erheben.

„Prawda“ Nr. 68,

10. Juni (28. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

SITZUNG
DES PETERSBURGER KOMITEES
DER SDAPR(B)

30. Mai (12. Juni) 1917

*Zuerst veröffentlicht 1925 in der
Zeitschrift „Krasnaja Letopis“
(Rote Annalen) Nr. 3 (14).*

*Nach der maschinengeschriebenen
Abschrift der protokollarischen
Niederschrift.*

1

REDE ZUR FRAGE DER GRÜNDUNG EINER ZEITUNG
DES PETERSBURGER KOMITEES

Der Wunsch des Petersburger Komitees, ein besonderes Presseorgan zu besitzen, war für das Zentralkomitee etwas Neues. Es ist unverständlich, warum diese Frage gerade in einer Zeit auftaucht, in der die Einrichtung einer eigenen Druckerei im Gange ist und Verhandlungen mit der Zwischengruppe über die Hinzuziehung des Gen. Trotzki zur Herausgabe eines populären Organs eingeleitet sind.

Im Westen werden in den Hauptstädten oder großen Industriezentren lokale und zentrale Presseorgane nicht voneinander geschieden. Eine solche Scheidung ist wegen der Verzettlung der Kräfte schädlich. Ein besonderes, vom Zentralorgan getrenntes Organ des Petersburger Komitees zu schaffen ist unzweckmäßig. Petersburg besteht nicht als einzelner Ort. Petersburg ist das geographische, politische, revolutionäre Zentrum ganz Rußlands. Ganz Rußland verfolgt das Leben Petersburgs. Jeder Schritt Petersburgs ist beispielgebend für ganz Rußland. Von einer solchen Sachlage ausgehend, kann man das Leben des Petersburger Komitees unmöglich zu einer lokalen Angelegenheit machen.

Warum sollte man den Vorschlag des ZK, eine Pressekommission zu bilden, nicht annehmen? In der Geschichte der Presse Westeuropas hat es natürlich dort, wo solche Kommissionen bestanden, Mißverständnisse zwischen der Redaktion der Zeitung und der Kommission gegeben, aber diese Mißverständnisse entstanden ausschließlich auf dem Boden prinzipieller Meinungsverschiedenheiten über die Führung des Organs. Welche prinzipiellen politischen Motive soll es aber für Konflikte zwischen dem Petersburger Komitee und dem ZK geben? Das Organ des

Petersburger Komitees wird stets, ob es will oder nicht, das führende Organ der Partei sein.

Die Erfahrungen bei der Vorbereitung eines eigenen Organs werden das Petersburger Komitee rasch von der Unmöglichkeit, sich lokal abzuschließen, überzeugen. Das ZK bestreitet nicht, daß es notwendig ist, den Bedürfnissen der Petrograder Organisation einen bedeutenden Platz in den Zeitungen einzuräumen. Das ZK bestreitet nicht, daß ein populäres Organ für die Aufklärung der breiten Massen über unsere Losungen notwendig ist. Aber die Gründung einer populären Zeitung ist kompliziert und erfordert eine große Erfahrung. Darum will das ZK auch den Gen. Trotzki, der es verstanden hat, selbst ein populäres Organ, die „Russkaja Gaseta“ [Russische Zeitung], zu schaffen, zur Mitarbeit an der Herausgabe einer populären Zeitung heranziehen.

In der Geschichte des Westens war die Frage einer populären Zeitung nicht so akut wie bei uns. Das Bildungsniveau der Massen hat sich im Westen dank der kulturellen Aufklärungsarbeit der Liberalen gleichmäßiger gehoben. In solchen Ländern wie die Tschechei und Böhmen sind populäre Organe vorhanden. Die Aufgabe des populären Organs besteht darin, den Leser zum Verständnis des leitenden Parteiorgans emporzuheben. Wenn wir kein populäres Organ herausbringen, so werden die anderen Parteien die Masse an sich ziehen und sie für ihre Zwecke ausnutzen. Das populäre Organ soll seinem Typus nach kein Lokalblatt sein, aber infolge der Schwierigkeiten bei der Postbeförderung wird es notgedrungen hauptsächlich in Petersburg Verbreitung finden. Damit den örtlichen Bedürfnissen hinlänglich Rechnung getragen wird, muß sich das Petersburger Komitee einen entsprechenden Platz in der Redaktion des Organs sichern.

2

RESOLUTIONSENTWÜRFE, VORGELEGT
IN DER SITZUNG DES PETERSBURGER KOMITEES*Erste Resolution*

Das ZK gründet zwei Zeitungen in Petersburg: das Zentralorgan und ein populäres Organ unter ein und derselben Redaktion. Das Petersburger Komitee erhält beratendes Stimmrecht in der Redaktion des Zentralorgans und beschließendes Stimmrecht in dem populären Organ. Zur Behandlung örtlicher Probleme von rein lokaler Bedeutung räumt das ZK eine bestimmte Anzahl von Spalten in beiden Zeitungen ein.

Zweite Resolution

Das Petersburger Komitee beschließt, an beiden Zeitungen, die das ZK gründet, unter den Bedingungen, die das ZK vorschlägt, mitzuarbeiten und alle Anstrengungen zu machen, um die Bedürfnisse der lokalen Arbeit gründlicher und vollständiger zu befriedigen und die allgemeine Linie der Partei detaillierter zu entwickeln. Da es Ursache hat zu fürchten, daß das ZK oder die von ihm ernannte Redaktion den nicht auf dem Boden des Bolschewismus stehenden internationalistischen Genossen zuviel Vertrauen entgegenbringen wird, daß das ZK die Freiheit und Selbständigkeit der Petersburger Genossen einengen und ihnen nicht den Einfluß einräumen wird, der den Führern der örtlichen Parteiarbeit zukommt, wählt das Petersburger Komitee eine Kommission zur Formulierung genau umrissener Garantien für die Rechte des Petersburger Komitees im lokalen Teil beider Zeitungen.

ÜBER DIE SCHÄDLICHKEIT VON PHRASEN

Die Antwort der französischen und der englischen Regierung hat mit besonderer Deutlichkeit die Richtigkeit unserer vielfachen Feststellungen bestätigt, daß weder die russische noch die französische noch die englische noch die deutsche kapitalistische Regierung auf Annexionen (Eroberungen) verzichten kann, daß alle derartigen Versprechungen purer Volksbetrug sind.¹⁰⁵

Wir kämpfen mit der Waffe in der Hand für die Inbesitznahme Elsaß-Lothringens, für den Sieg, antworteten die Franzosen. Wollen Sie gefälligst den Vertrag erfüllen und um Russisch- und Deutsch-Polen kämpfen, antworteten die Engländer.

Die bittere Wahrheit, die Wahrheit, daß sich der Kapitalismus mit dem Verzicht auf Annexionen nicht vereinbaren läßt, ist wieder einmal bewiesen worden. Der Zusammenbruch der Politik der „Vereinbarer“, der Leute, die den Kapitalismus mit dem Proletariat versöhnen wollen, der Zusammenbruch der Politik der volkstümlerischen und menschwistischen Ministerialisten ist ganz offenkundig. Ihre Hoffnungen auf die Koalitionsregierung sind in alle Winde zerstoßen, alle ihre Verheißungen haben sich als leere Worte erwiesen.

Und schädlicher als alles andere für die Sache der Revolution, für die Interessen der werktätigen Massen sind jetzt die Versuche, den wahren Sachverhalt durch Phrasen zu vertuschen. Zwei Schattierungen dieses Phrasenstroms sind in Erscheinung getreten, und wahrlich – eine ist der andern wert.

Die „Rabotschaja Gaseta“, das Organ der menschwistischen Ministerialisten, kannegießert „nach Kadettenart“. Einerseits „kann es auf

einer solchen Grundlage" (auf der Grundlage der Antworten der beiden Ententemächte) „keine Einigung zwischen uns und ihnen geben“ ... Zwischen „uns“? – d. h. den russischen Kapitalisten? Die Theorie des Klassenkampfes ist über Bord geworfen; es ist bequemer, über „Demokratie“ in allgemeinen Phrasen zu dreheln, wobei man die Abc-Wahrheit des Marxismus, daß gerade *innerhalb* der „Demokratie“ der Abgrund zwischen den Kapitalisten und den Proletariern am tiefsten ist, mit Füßen tritt.

Anderseits will die „Rabotschaja Gaseta“ den „Versuch einer Revision“ (der Abkommen und Verträge) „auf dem Wege der Einberufung einer besonderen Konferenz von Vertretern der verbündeten Regierungen“ machen. Immer wieder dasselbe: Verständigung mit den Kapitalisten, die in Wirklichkeit *Betrug an den Arbeitern* durch Verhandlungsspielerei mit ihren Klassenfeinden bedeutet.

„Der Ansturm breiter Schichten der französischen und der englischen Demokratie, der Ansturm sogar allein des Proletariats Frankreichs und Englands auf ihre Regierungen . . .“, schreibt die „Rabotschaja Gaseta“. In Rußland unterstützen die Menschewiki *ihre* Imperialistenregierung, in den anderen Ländern aber rufen sie zum *Ansturm*... ist das nicht, vom ersten bis zum letzten Wort, verlogene Phrasendrescherei?

„Wir bereiten ihn“ (den Frieden im internationalen Maßstab) „durch die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz vor“ – mit Beteiligung der Minister aus den Reihen jener ehemaligen Sozialisten, die auf die Seite *ihrer* Regierungen übergegangen sind!! Man muß schon sagen, eine ausgezeichnete „Vorbereitung“ des Volksbetrugs im großen Maßstab mit Hilfe einer Reihe kleinerer Betrügereien.

Das „Delo Naroda“ wiederum drischt Phrasen „nach Jakobinerart“. Drohender Ton, effektvolle revolutionäre Ausrufe... „Wir wissen genug“ ... „Der Glaube an die siegreiche Kraft unserer REVOLUTION“ (unbedingt groß geschrieben), „von diesem oder jenem Schritt... der russischen revolutionären Demokratie... hängt das Schicksal... des *ganzen* so glücklich, so siegreich zum Ausbruch gekommenen AUFSTANDS“ (unbedingt groß geschrieben) „der Werktätigen ab...“

Gewiß, wenn die Worte „Revolution“ und „Aufstand“ groß geschrieben werden, so klingt das „furchtbar“ schrecklich, ganz wie bei den Jakobinern. Es klingt energisch, und es kostet nicht viel. Denn das schrei-

ben Leute, die in Wirklichkeit die Revolution abwürgen helfen und die Entfaltung des Aufstands der Werktätigen hemmen, Leute, die die russische Imperialistenregierung unterstützen, die ihr helfen, die Geheimverträge vor dem Volk zu verheimlichen, die sofortige Aufhebung des gutsherrlichen Grundbesitzes zu verschleppen und ihre militärische „Offensivpolitik“ durchzuführen, die sie unterstützen, wenn sie die örtlichen gewählten Körperschaften grob zurechtweist, wenn sie den Anspruch erhebt, die Beamten einzusetzen oder die von der örtlichen Bevölkerung gewählten Beamten zu bestätigen, und so weiter und so weiter ohne Ende.

Ihr Herren Maulhelden! ihr Ritter der revolutionären Phrase! Der Sozialismus fordert, daß man unterscheide zwischen der Demokratie der Kapitalisten und der Demokratie der Proletarier, zwischen der Revolution der Bourgeoisie und der Revolution des Proletariats, zwischen dem Aufstand der Reichen gegen den Zaren und dem Aufstand der Werktätigen ... *gegen die Reichen* ... Der Sozialismus fordert, daß man einen Unterschied mache zwischen der bei uns abgeschlossenen Revolution der Bourgeoisie (die Bourgeoisie ist jetzt konterrevolutionär) und der anwachsenden Revolution der Proletarier und der armen Bauern. Die erste Revolution ist für den Krieg, für die Aufrechterhaltung des gutsherrlichen Grundbesitzes, für die „Unterordnung“ der örtlichen Selbstverwaltungen unter die Zentralgewalt, für die Geheimverträge. Die zweite Revolution hat *begonnen*, dem Krieg ein Ende zu machen – durch die revolutionäre Verbrüderung, durch die örtliche Liquidierung der Macht der Gutsbesitzer, durch die Erhöhung der Zahl und die Festigung der Macht der Sowjets und durch die volle Verwirklichung des Prinzips der Wählbarkeit.

Die volkstümlerischen und die menschewistischen Ministerialisten dreschen Phrasen über „Demokratie“ im allgemeinen, über „REVOLUTION“ im allgemeinen, um dadurch ihr Übereinkommen mit der imperialistischen, in Wirklichkeit schon konterrevolutionären Bourgeoisie des eigenen Landes zu *verdecken*, ein Übereinkommen, das sich in Wirklichkeit in einen Kampf *gegen* die Revolution der Proletarier und Halbproletarier verwandelt.

„Prawda“ Nr. 69,
13. Juni (31. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

WIE DIE KAPITALISTEN DAS VOLK VERHÖHNEN

Am 23. Mai wurde die Konferenz der Vertreter der Kapitalisten und der Arbeiter der Bergbauindustrie des Südens beendet.

Die Konferenz ist ausgegangen *wie das Hornberger Schießen*. Die Herren Kapitalisten erklärten alle Forderungen der Arbeiter für unannehmbar. Die Arbeiterdelegation, die an der Konferenz teilnahm, hat eine Erklärung veröffentlicht, daß sie *jede Verantwortung für etwa eintretende Komplikationen ablehnt*.

Es ist klar wie der Tag. Die Krise ist keineswegs beseitigt. Die Unternehmer sind keineswegs gebändigt.

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre, zu lesen, daß beschlossen worden ist, noch eine Kommission aus Vertretern der Regierung und Vertretern beider Parteien (!!) einzuberufen, daß die Unternehmer um *sofortige* Preisaufschläge ersucht haben!!!

Damit die Leser sich eine möglichst anschauliche Vorstellung machen können, in welchem Maße die Herren Kapitalisten das Volk verhöhnen, wollen wir einige Stellen aus einer *ministeriellen* Zeitung (d. h. der Zeitung einer Partei, die ihre Vertreter im Ministerkabinett hat) zitieren:

„Die hier weilende Arbeiterdelegation (der Bergbauindustrie des Südens) unterrichtete die Ökonomische Abteilung des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über den wirklichen Stand der Dinge, und auf Grund dieser Information können wir mitteilen, daß die Zahlen, die N. N. Kutler, ausgehend von den Angaben der Industriellen, angeführt hat, völlig unglaubwürdig sind.

...Die Bergbauindustriellen erzielten vor der Revolution ungeheure Profite, und trotzdem feilschten sie damals mit der alten Regierung um eine Erhöhung des Requisitionspreises für Kohle. Die Bergbauindustriellen verlangten

einen Zuschlag von 5 Kopeken, gestützt auf die durchgesetzten 3 Kopeken, die ihnen die alte Regierung auch bewilligt hatte. Von der revolutionären Provisorischen Regierung aber gelang es ihnen gleich in den ersten Tagen der Revolution, auf einmal einen Zuschlag von 8 Kopeken zu erhalten, wobei dieser Zuschlag auch auf die alten Lieferungen an die Eisenbahn und die Requisitionen vom Januar an ausgedehnt wurde; dann gelang es ihnen, nochmals 3 Kopeken zu bekommen, im ganzen also 11 Kopeken.

Der Requisitionspreis vor der Revolution betrug 18 Kopeken, jetzt 29 Kopeken. Die Verträge mit der Regierung wurden früher zu 22 Kopeken für das Pud abgeschlossen, jetzt zu 33 bis 34 Kopeken und mehr...

Heißt das etwa nicht, daß die Kapitalisten das Volk in unerhörter Weise *verhöhnen*?

Gelegentlich der Revolution wirft die Kapitalistenregierung, die sich „revolutionär“ nennt und durch diesen „ruhmvollen“ Namen das unwissende Volk betrügt, den Kapitalisten immer mehr und mehr Zuschläge in den Schoß! Steckt sie ihnen immer neue und neue Millionen in die Tasche!

Das Land steht vor dem Untergang; zehn Kapitalisten, Mitglieder der Provisorischen Regierung, leisten den Unternehmern, die das Land ausplündern, die das Volk ausplündern, Vorschub und *erhöhen* die ohnehin maßlosen Profite des Kapitals.

„Das Ministerium für Handel und Industrie ist völlig abhängig vom Kongreß der Bergbauindustriellen Südrußlands; angesichts der Katastrophe, der die Industrie des Südens entgegengeht, ergreift es nicht nur keine Maßnahmen, um sie abzuwenden, sondern es unterordnet sich in seinen Handlungen systematisch dem Druck der Industriellen des Südens.“

So schrieb dieselbe ministerielle Zeitung, das Organ der Menschewiki, die „Rabotschaja Gaseta“, am 14. Mai 1917, über eine Woche nach der Bildung des Koalitionskabinetts.

Und seitdem hat sich rein gar nichts geändert.

Ja, die ministerielle Zeitung war gezwungen, noch schlimmere Tatsachen zuzugeben. Man höre nur:

„...Die Industriellen üben passive Resistenz. Sie ergreifen absichtlich keine Maßnahmen. Man braucht eine Pumpe, aber sie wird nicht herbeigeschafft; man braucht Schutzgitter für Lampen, sie werden nicht besorgt. Die Industriellen wollen keine Steigerung der Produktion. Sie wollen zugleich auch

kein Geld für die notwendigsten Ausbesserungen, für die Wiederherstellung abgenutzter Ausrüstungen der Betriebe ausgeben. Die Maschinen sind verbraucht, bald wird man mit ihnen nicht mehr arbeiten können. Oft gehen die Arbeiter, wenn man ihnen antwortet, daß dies oder jenes nicht zu kaufen sei, selbst auf die Suche nach den notwendigen Werkzeugen, und sie finden sie. Die Unternehmer ergreifen keine Maßnahmen zum Abtransport der erzeugten Produkte – der Kohle, des Roheisens. Dutzende und Hunderte Millionen dieser Produkte liegen nutzlos da, während das Land ihrer so dringend bedarf.“

Das hat ein ministerielles Blatt geschrieben, das Blatt der Partei der Menschewiki, der Zereteli und Skobelew angehören.

Wirklich, die Kapitalisten verhöhnen das Volk! Wirklich, das ist doch ein Irrenhaus: die Kapitalisten stehen im Bunde mit dem bürgerlichen Teil der Provisorischen Regierung (in der die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sitzen); die Kapitalisten *hemmen* die Arbeit, *sabotieren* die Arbeit, sie *ergreifen keine Maßnahmen* zum Abtransport der Produkte, ohne die das Land zugrunde geht.

Ohne Kohle kommen die Fabriken und Eisenbahnen zum Stillstand. Die Arbeitslosigkeit wächst, es wächst der Warenmangel. Die Bauern können das Getreide nicht umsonst hergeben. Eine Hungersnot wird unvermeidlich.

Und das alles haben die Kapitalisten ins Werk gesetzt, die im Bunde mit der Regierung stehen!!

Und das alles wird von den Volkstümlern, den Sozialrevolutionären und den Menschewiki geduldet!! Sie suchen mit Worten davonzukommen, sie haben von diesen Verbrechen der Kapitalisten *bereits am 14. Mai* geschrieben. Heute haben wir den 31. Mai. Über zwei Wochen sind vergangen. Alles bleibt beim alten. Die Hungersnot rückt immer näher.

Um aber die Verbrechen der Kapitalisten zu verdecken, um die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken, gießen alle Zeitungen der Kapitalisten: „Retsch“, „Den“, „Nowoje Wremja“, „Russkaja Wolja“, „Birshowka“, „Jedinstwo“ Tag für Tag und mit größtem Eifer Schmutzkübel von Lügen und Verleumdungen über die „Bolschewiki“ aus... Die Bolschewiki sind schuld, daß zwischen den Bergbauindustriellen und der Regierung ein stilles Übereinkommen besteht, daß die Bergbauindustriellen die Produktion sabotieren und lahmlegen!!

Ja, das gliche einem Irrenhaus, wenn die Theorie des Klassenkampfes, wenn die internationale Erfahrung des Klassenkampfes uns nicht sagte: um ihrer Profite willen machen die Kapitalisten und ihre Regierung (die von den Menschewiki unterstützt wird) vor Verbrechen nicht halt.

Wie lange soll das noch dauern? Muß denn wirklich erst die Katastrophe überall hereingebrochen sein, müssen denn Hunderte und Tausende Menschen erst Hungers gestorben sein?

„Prawda“ Nr. 69,
13. Juni (31. Mai) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

BRIEF AN DIE BEZIRKSKOMITEES DER
PETROGRADER ORGANISATION DER SDAPR
(BOLSCHEWIKI)

Werte Genossen!

Ich lege diesem Schreiben eine Resolution des Petersburger Komitees über die Gründung einer eigenen Zeitung sowie zwei Resolutionen bei, die ich im Namen des ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in der Sitzung des PK am Dienstag, dem 30. Mai, vorgelegt habe*, und bitte Sie, alle diese Resolutionen zu erörtern und hierzu möglichst ausführlich und begründet Ihre Meinung zu äußern.

Wegen der Frage, ob das PK in Petersburg eine besondere Zeitung braucht, ist ein Konflikt zwischen dem PK und dem ZK im Entstehen begriffen. Es wäre außerordentlich wichtig und sehr zu wünschen, wenn möglichst viele unserer Parteimitglieder in Petersburg an der Diskussion über diesen in Entstehung begriffenen Konflikt aktiv teilnehmen und durch ihre Beschlüsse mithelfen würden, ihn beizulegen.

Der Vollzugsausschuß des PK hat sich einstimmig für ein besonderes Organ des PK in Petersburg ausgesprochen, und das entgegen dem Beschluß des ZK, an Stelle der „Prawda“, deren Umfang offensichtlich nicht genügt, zwei Zeitungen zu schaffen: die schon bestehende „Prawda“, das Zentralorgan der Partei, und eine kleine „Narodnaja Prawda“ [Volksprawda] (die Titel beider Zeitungen sind noch nicht endgültig festgelegt) als populäres Blatt für die breitesten Massen. Die Redaktion beider Zeitungen soll, laut Beschluß des ZK, die gleiche sein, und ihr soll ein Vertreter des PK angehören (im Zentralorgan mit beratender, im populären Organ mit beschließender Stimme). Es soll eine „Presse-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 549. *Die Red.*

kommission" gebildet werden (aus Arbeitern von den Bezirken, die mit den Massen aufs engste verbunden sind), ferner soll in *beiden* Zeitungen der Behandlung der rein örtlichen Bedürfnisse der lokalen Arbeiterbewegung eine bestimmte Anzahl von Spalten eingeräumt werden.

Das ist der Plan des ZK.

Der Vollzugsausschuß des PK will statt dessen seine *eigene* Zeitung, eine besondere Zeitung des PK gründen. Der Vollzugsausschuß hat das einstimmig beschlossen.

In der Sitzung des PK vom 30. Mai, nach dem Referat und dem Schlußwort des Gen. M. Tomski, nach meiner Rede und nachdem eine große Anzahl von Genossen in der Diskussion gesprochen hatte, teilten sich die Stimmen in zwei gleiche Teile: 14 für den Vollzugsausschuß und 14 gegen ihn. Meine Resolution dagegen wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Meiner Überzeugung nach ist eine besondere Zeitung des PK grundsätzlich nicht notwendig, denn in der *Hauptstadt* braucht man, infolge ihrer führenden Bedeutung für das ganze Land, ein Parteiorgan, und zwar das Zentralorgan, während die populäre, die besonders populär gehaltene Zeitung von *derselben* Redaktion geleitet werden muß.

Ein besonderes Organ des PK wird unvermeidlich die völlige Übereinstimmung in der Arbeit erschweren, wird vielleicht sogar Unterschiede in der Linie (oder in den Schattierungen der Linie) erzeugen, und der Schaden, der dadurch entsteht, wird, besonders in revolutionärer Zeit, sehr groß sein.

Warum sollen wir unsere Kräfte zersplittern?

Wir sind alle furchtbar mit Arbeit überlastet, haben wenig Kräfte; die Publizisten gehen immer mehr von uns zu den Vaterlandsverteidigern über. Geht es unter solchen Verhältnissen an, die Kräfte zu zersplittern?

Es gilt, die Kräfte zusammenzufassen, nicht aber sie zu zersplittern.

Kann man dem ZK zutrauen, daß es die Redaktion nicht richtig zusammenstellen oder in beiden Zeitungen der örtlichen Arbeit nicht genügend Platz einräumen oder die in der Minderheit befindlichen Redakteure des PK „benachteiligen“ wird usw. usf.?

In meinem zweiten Resolutionsentwurf habe ich absichtlich eine Reihe ähnlicher Argumente (wie ich sie in der Sitzung des PK am 30. Mai

hörte) aufgezählt, um vor allen Parteimitgliedern offen diese Frage zu stellen, um sie zu veranlassen, *jede* der beiden Meinungen sorgfältig abzuwägen und einen Beschluß zu fassen, den sie verantworten können.

Wenn Sie, Genossen, schwerwiegende und ernste Gründe haben, dem ZK zu mißtrauen, so sagen Sie es offen. Das ist die Pflicht eines jeden Mitglieds unserer, einer demokratisch organisierten, Partei, und dann wird es Pflicht des ZK unserer Partei sein, über Ihr Mißtrauen besonders zu beraten, dem Parteitag darüber zu berichten, besondere Verhandlungen aufzunehmen, um dieses bedauerliche Mißtrauen einer Lokalorganisation gegen das ZK zu beseitigen.

Ist aber ein solches Mißtrauen nicht vorhanden, dann ist es ungerecht und falsch, zu verlangen, daß das ZK das ihm auf dem Parteitag zuerkannte Recht, die *Arbeit* in der Partei im allgemeinen und in der Hauptstadt im besonderen zu *leiten*, nicht ausüben soll.

Fordert denn unser ZK zuviel, fordert es Übermäßiges, wenn es die Petersburger Zeitungen leiten will? Nein. In der deutschen Sozialdemokratischen Partei, in ihrer besten Zeit, als Wilhelm Liebknecht jahrzehntelang an der Spitze der Partei stand, war Wilhelm Liebknecht Redakteur des Zentralorgans der Partei. Das Zentralorgan erschien in Berlin. Die Berliner Organisation hatte *niemals* eine besondere Berliner Zeitung. Es bestand eine „Pressekommission“ aus Arbeitern, und es gab einen *lokalen Teil* im Zentralorgan der Partei. Warum sollen wir von diesem guten Beispiel unserer Genossen in anderen Ländern abweichen?

Wenn Sie, Genossen, *besondere Garantien* vom ZK haben wollen, wenn Sie die Änderung dieser oder jener Punkte (im Plan des ZK über die Herausgabe zweier Zeitungen) wünschen, so bitte ich Sie im Auftrag des ZK, das eingehend zu erörtern und uns mitzuteilen.

Den Beschluß des Vollzugsausschusses des PK über die Gründung einer *besonderen Zeitung* in Petersburg halte ich für außerordentlich falsch, für unangebracht, für kräftezersplitternd, für einen Beschluß, der eine Reihe von Konfliktstoffen in unsere Partei hineinträgt. Es wäre meines Erachtens zu wünschen (auch in diesem Punkt vertrete ich nur die Auffassung des ZK), daß die Petersburger Organisation den Beschluß des ZK unterstützt, eine gewisse Zeit lang die Resultate aus den *Arbeits-*

erfahrungen der zwei Zeitungen nach dem Plan des ZK abwartet, um dann, wenn es notwendig sein sollte, einen besonderen Beschluß über die Schlußfolgerungen aus diesen Erfahrungen zu fassen.

Mit kameradschaftlichem sozialdemokratischem Gruß

31. Mai 1917

N. Lenin

Zuerst veröffentlicht 1925 in der
Zeitschrift „Krasnaja Letopis“ Nr. 3 (14).

*Nach der maschine-
geschriebenen Abschrift.*

REDE AUF DER I. PETROGRADER KONFERENZ DER BETRIEBSKOMITEES

31. MAI (13. JUNI) 1917

Kurzer Zeitungsbericht

Die Resolution des Gen. Awilow zeigt, daß er den Klassenstandpunkt völlig vergessen hat. Es ist, als hätte es sich B. W. Awilow geradezu zum Ziel gesetzt, in seiner Resolution alle jene Mängel, die den Resolutionen der kleinbürgerlichen Parteien eigen sind, zusammenzutragen und zu konzentrieren.

Zu Beginn seiner Resolution stellt Awilow den heute von keinem Sozialisten angezweifelte Grundsatz auf, daß die Raubwirtschaft der Kapitalisten Rußland zum völligen wirtschaftlichen und industriellen Zusammenbruch geführt hat; dann aber vertritt er die verschwommene Formel der Kontrolle der Industrie durch die „Staatsmacht“ unter Teilnahme breiter Schichten der Demokratie.

Jetzt reden alle viel von Kontrolle; selbst Leute, die früher bei dem Wort „Kontrolle“ drauf und dran waren, „Zeter und Mordio“ zu schreien, geben jetzt zu, daß eine Kontrolle notwendig ist.

Aber mit dem Schlagwort „Kontrolle“ will man die Kontrolle faktisch zunichte machen.

Die Koalitionsregierung, der jetzt „Sozialisten“ angehören, hat noch nichts zur Verwirklichung dieser Kontrolle getan, und es ist deshalb durchaus begreiflich, daß die Betriebskomitees eine wirkliche Arbeiterkontrolle und keine papierene Kontrolle wollen.

Will man den Begriff „Kontrolle“ klären und ebenso die Frage, wann und durch wen diese Kontrolle verwirklicht werden soll, so darf man keinen Augenblick den Klassencharakter des modernen Staates vergessen, der nur die Organisation der Klassenherrschaft ist. Ebenso muß auch der Begriff „revolutionäre Demokratie“ vom Klassenstandpunkt

aus analysiert werden. Bei dieser Analyse muß man von dem realen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte ausgehen.

Die Resolution Awilows, die damit anfang, daß sie alles zu geben versprach, endet eigentlich mit dem Vorschlag, alles beim alten zu lassen. In seiner ganzen Resolution ist keine Spur von revolutionärem Geist vorhanden.

In einer revolutionären Zeit ist es mehr denn je notwendig, das eigentliche Wesen des Staates genau zu analysieren, sich zu fragen, wessen Interessen er verteidigen wird und wie er aufgebaut sein muß, damit er tatsächlich die Interessen der Werktätigen verteidige. Das aber ist in der Resolution Awilows in keiner Weise klargestellt worden.

Warum hat unsere neue Koalitionsregierung, der jetzt auch „Sozialisten“ angehören, im Verlauf von drei Monaten die Kontrolle nicht eingeführt, sie nicht nur nicht eingeführt, sondern auch in dem Konflikt zwischen den Bergbauindustriellen Südrußlands und den Arbeitern offen für die Kapitalisten Partei ergriffen?

Damit die Kontrolle über die Industrie wirklich durchgeführt werde, muß es eine *Arbeiterkontrolle* sein, muß in allen verantwortlichen Institutionen eine Mehrheit aus Arbeitern bestehen und muß die Verwaltung den maßgeblichsten Arbeiterorganisationen über ihre Handlungen Rechenschaft ablegen.

Genossen Arbeiter, setzt eine wirkliche Kontrolle und keine Scheinkontrolle durch und weist alle Resolutionen und Vorschläge zur Schaffung einer solchen papierenen Scheinkontrolle aufs entschiedenste zurück.

„Prawda“ Nr. 72,
16. (3.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DIE RECHTFERTIGUNG EINER SCHMACH

Die Abteilung für internationale Verbindungen beim Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat an Huysmans, den bekannten Sekretär der bankrotten, auf die Seite „ihrer“ nationalen Regierungen übergegangenen Zweiten Internationale, eine Erklärung gesandt, die in Nr. 78 der „Iswestija“ veröffentlicht ist.

Diese Erklärung versucht nachzuweisen, daß man den Eintritt der russischen Volkstümler und Menschewiki in die bürgerliche und imperialistische Regierung nicht dem Eintritt der westeuropäischen Verräter am Sozialismus in „ihre“ Regierungen „gleichsetzen“ dürfe. Die Argumente der „Abteilung“ sind so schwach und erbärmlich, so lächerlich unbeholfen, daß es notwendig ist, sie wieder und wieder in ihrer ganzen Jämmerlichkeit vorzuführen.

Das erste Argument. In den anderen Ländern sei der Eintritt in die Regierung „unter ganz anderen Bedingungen“ vor sich gegangen. Das ist nicht wahr. Die Unterschiede zwischen England, Frankreich, Dänemark, Belgien, Italien usw. einerseits und dem heutigen Rußland andererseits sind „ganz“ unwesentlich, denn jeder, der den Sozialismus *nicht* verraten hat, weiß, daß das Wesentliche die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. In *dieser* Hinsicht sind die Bedingungen in allen genannten Ländern keine „anderen“, sondern die gleichen. Die nationalen Besonderheiten aber ändern nichts an der Grundfrage der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Das zweite Argument. „Unsere“ Minister seien in eine „revolutionäre“ Regierung eingetreten. Das ist schändlichster Volksbetrug mit Hilfe des großen Wortes „Revolution“, auf die die Menschewiki und die Volks-

tümler sich berufen, um ihren Verrat an der Revolution zu bemänteln. Denn jeder weiß, daß 10 Minister von den 16 der heutigen „revolutionären“ Regierung den Parteien der Gutsbesitzer und Kapitalisten angehören, die für den imperialistischen Krieg und gegen die Veröffentlichung der Geheimverträge sind, daß diese Parteien jetzt eine *konterrevolutionäre* Politik betreiben. Besonders anschaulich haben das die Wahlen zu den Bezirksdumas in Petrograd vom 27.–29. Mai bewiesen, als *alle* Schwarzhunderter geeint für die Mehrheit unserer „revolutionären“ Regierung eintraten.

Das dritte Argument. Die „Unsrigen“ seien in die Regierung eingetreten „mit dem bestimmten Auftrag, den allgemeinen Frieden auf dem Wege der Völkerverständigung zu erreichen und nicht den imperialistischen Krieg im Namen der Befreiung der Völker mit Waffengewalt in die Länge zu ziehen“. Erstens ist dieser Auftrag gar kein „bestimmter“, da er weder ein bestimmtes *Programm* noch bestimmte *Aktionen* beinhaltet. Das sind leere Worte. Es ist dasselbe, als wenn ein Gewerkschaftssekretär sich gegen ein Gehalt von 10 000 Rubel zum Vorstandsmitglied eines Kapitalistenverbandes machen ließe „mit dem bestimmten Auftrag“, dort den Wohlstand der Arbeiter, nicht aber die Verlängerung der kapitalistischen Herrschaft anzustreben. Zweitens erstreben *alle* Imperialisten die „Völkerverständigung“, auch Wilhelm, auch Poincaré usw., das ist gleichfalls eine völlig nichtssagende Phrase. Drittens zieht Rußland seit dem 6. Mai 1917 den Krieg ganz offensichtlich „in die Länge“, unter anderem dadurch, daß unsere imperialistische Regierung bis heute keine genauen und klaren Friedensbedingungen, keine Bedingungen für eine Verständigung veröffentlicht oder vorgeschlagen hat.

Das vierte Argument. Das Ziel der „Unsrigen“ sei „nicht die Einstellung des Klassenkampfes, sondern seine Fortsetzung mit den Mitteln der politischen Macht“. Großartig! Wenn man also eine Abscheulichkeit durch ein gutes Ziel oder einen guten „Ausgangspunkt für die Teilnahme“ an der Abscheulichkeit verdeckt, dann ist alles in Ordnung!! Die Beteiligung an einer bürgerlichen, imperialistischen Regierung, die *tatsächlich* einen imperialistischen Krieg führt, ist, man denke, die „Fortsetzung des Klassenkampfes mit den Mitteln der politischen Macht“. Einfach eine Perle! Wir schlagen vor, in jeder Arbeiter-, in jeder Volksversammlung ein „Hoch“ auf Tschernow, Zereteli, Peschechonow,

Skobelew auszubringen, die den „Klassenkampf“ gegen Tereschtschenko, Lwow und Co. führen.

Lächerlichkeit tötet, ihr Herren von der „Abteilung“, die ihr den Ministerialismus mit solchen Argumenten verteidigen wollt. Ubrigens seid ihr nicht einmal originell: der berühmte Vandervelde, ein Freund Plechanows (über den ihr schimpft, wozu ihr nach eurem Eintritt in die Regierung nicht die Spur von moralischem Recht habt), Vandervelde hat schon lange vor euch gesagt, auch er sei in die Regierung eingetreten, „um den Klassenkampf fortzusetzen“.

Das fünfte Argument. Die „Unsrigen“ seien nach dem Sturz des Zarismus und nach der Verjagung der „Feinde des russischen Proletariats“ (d. h. Miljukows, Gutschkows) „durch die Bewegung der revolutionären Massen am 20. und 21. April“ in die Regierung eingetreten.

Was können die Franzosen dafür, daß sie den Absolutismus nicht vor 100 Tagen, sondern vor 122 Jahren gestürzt haben? Und die Engländer vor über 260 Jahren? Und die Italiener vor einigen Jahrzehnten? Der 20. April verjagte Miljukow und ersetzte ihn durch Tereschtschenko, d. h., er hat weder in bezug auf die Klassen noch in bezug auf die Parteien irgend etwas geändert. Neue Versprechungen sind keine neue Politik.

Wenn man den Metropolen verjagt und durch den Papst ersetzt, so heißt das nicht, daß man aufhört, Klerikaler zu sein.

Das sechste Argument. In Rußland herrsche „volle Freiheit für das Proletariat und die Armee“. Das ist nicht wahr, es ist *keine* volle Freiheit. Sie ist vollkommener als in anderen Ländern, um so schmachvoller ist es, diese junge, noch frische Freiheit durch die schmutzige Sache der Beteiligung an der bürgerlich-imperialistischen Regierung zu *besudeln*.

Die russischen Verräter des Sozialismus unterscheiden sich von den europäischen nicht mehr als ein Vergewaltiger von einem Schänder.

Das siebente Argument. „Überdies verfügt das russische Proletariat über die Mittel zur vollständigen Kontrolle über die von ihm Gewählten.“

Das ist nicht wahr. Das Parteiwesen ist in Rußland so jung, der Zerfall bei den Menschewiki und den Sozialrevolutionären so offensichtlich (der halbe Abfall Martows, die Proteste Kamkows, sein Wahlblock mit uns gegen seine *eigene* Partei; der Block der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre mit dem „Jedinstwo“, das *sie selbst* als *imperialistisch* bezeichnen, usw.), daß nicht nur keine „vollständige“ Kontrolle, sondern

überhaupt keine ernste Kontrolle des „Proletariats“ über die Minister besteht.

Im übrigen ist „Proletariat“ ein Klassenbegriff, den zu gebrauchen die Menschewiki und die Volkstümler kein Recht haben, weil sie sich mehr auf das *Kleinbürgertum* stützen. Wenn ihr schon von Klassen redet, so drückt euch genau aus!

Das achte Argument. „Der Eintritt der Vertreter des russischen sozialistischen (??) Proletariats (???) in die Regierung bedeutete keineswegs eine Lockerung der Bande, die es mit den Sozialisten aller Länder verknüpfen, die den Kampf gegen den Imperialismus führen, er bedeutete im Gegenteil die Festigung dieser Bande im gemeinsamen Kampf um den allgemeinen Frieden.“

Das ist nicht wahr. Das ist eine Phrase und eine Lüge dazu.

Jedermann weiß, daß der Eintritt in die Regierung in Rußland die Bande gefestigt hat, die die *Anhänger* des Imperialismus, die Sozialchauvinisten, die Sozialimperialisten aller Länder, die Henderson und Co., die Thomas und Co., die Scheidemann und Co. miteinander verknüpfen.

Ja, auch Scheidemann! Denn er hat begriffen, daß der *deutsche Sozialimperialismus*, was seinen verderblichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung der Welt angeht, *gerettet* sein wird, wenn *sogar* die Russen, *sogar* angesichts ihrer sehr großen Freiheit, *sogar* angesichts der Revolution ein Schandbündnis mit *ihrer* imperialistischen Bourgeoisie eingehen.

„Prawda“ Nr. 70,
14. (1.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EIN KLEINBÜRGERLICHER STANDPUNKT ZUR FRAGE DER WIRTSCHAFTLICHEN ZERRÜTTUNG

Die „Nowaja Shisn“ veröffentlicht heute die von Gen. Awilow in der Beratung der Betriebskomitees vorgeschlagene Resolution. Leider muß diese Resolution als Musterbeispiel einer nicht marxistischen, nicht sozialistischen, sondern kleinbürgerlichen Einstellung zu der gestellten Frage bezeichnet werden. Und gerade weil in dieser Resolution alle schwachen Seiten der üblichen menschewistischen und volkstümlichen Sowjetresolutionen mit außerordentlicher Deutlichkeit konzentriert sind, gerade deshalb ist sie typisch und verdient sie Beachtung.

Die Resolution beginnt mit einem ausgezeichneten Gemeinplatz, mit einer prächtigen Anklage gegen die Kapitalisten: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Zerrüttung... ist Folge des Krieges und der *anarchischen Raubwirtschaft der Kapitalisten und der Regierung.*“ – Stimmt! Daß das Kapital unterdrückt, daß es räubert, daß eben das Kapital die Quelle der Anarchie ist, darin ist der Kleinbürger bereit, dem Proletarier zuzustimmen. Aber der Unterschied zwischen diesem und jenem beginnt sofort: der Proletarier betrachtet die Wirtschaft der Kapitalisten als eine räuberische, *das heißt*, er führt den Klassenkampf gegen diese Räuberei, *das heißt*, er baut seine ganze Politik auf unbedingtem Mißtrauen gegen die Kapitalistenklasse auf, *das heißt*, er unterscheidet in der Frage des Staates vor allen Dingen, welcher Klasse der „Staat“ dient, die Interessen welcher Klasse er vertritt. Der Kleinbürger ist mitunter „wütend“ über das Kapital, ist aber seine Wut verraucht, so hat er gleich wieder Vertrauen zu den Kapitalisten, setzt er seine Hoffnungen wieder auf den „Staat“ ... der Kapitalisten!

So auch Gen. Awilow.

Nach der ausgezeichneten, entschieden Stellung nehmenden, drohenden Einleitung, die die Kapitalisten der „Räuberei“ bezichtigt, und sogar nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Kapitalistenregierung, vergißt Gen. Awilow in seiner ganzen Resolution, in ihrem ganzen konkreten Inhalt, in allen ihren praktischen Vorschlägen den Klassenstandpunkt, gleitet er, ebenso wie die Menschewiki und die Volkstümler, zu Phrasen über den „Staat“ schlechthin, über die „revolutionäre Demokratie“ schlechthin, hinab.

Arbeiter! Das räuberische Kapital erzeugt durch seine Raubwirtschaft Anarchie und Zerrüttung, wobei die Regierung der Kapitalisten ebenso anarchisch wirtschaftet. Die Rettung liegt in der Kontrolle durch den „Staat unter Teilnahme der revolutionären Demokratie“. Das ist der Inhalt der Resolution Awilows.

Gott sei Ihnen gnädig, Gen. Awilow! Darf ein Marxist vergessen, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist? Ist es nicht lächerlich, gegen die „Raubwirtschaft der Kapitalisten“ an den Staat der Kapitalisten zu appellieren?

Darf ein Marxist vergessen, daß die Kapitalisten in der Geschichte aller Länder des öfteren, 1649 in England, 1789 in Frankreich, 1830, 1848 und 1870 in demselben Lande und im Februar 1917 in Rußland, gleichfalls „revolutionäre Demokraten“ gewesen sind?

Haben Sie denn wirklich vergessen, daß man die revolutionäre Demokratie der Kapitalisten, des Kleinbürgertums, des Proletariats voneinander unterscheiden muß? Läuft denn nicht die ganze Geschichte aller von mir soeben aufgezählten Revolutionen hinaus auf den Klassenunterschied innerhalb der „revolutionären Demokratie“?

Wer heute, nach den Erfahrungen des Februar, des März, des April, des Mai 1917, in Rußland noch immer von einer „revolutionären Demokratie“ schlechthin spricht, der betrügt, wissentlich oder unwissentlich, bewußt oder unbewußt, das Volk. Denn der „Augenblick“ der allgemeinen Verschmelzung der Klassen gegen den Zarismus ist gewesen und liegt hinter uns. Gleich das erste Abkommen des ersten „Provisorischen Komitees“ der Reichsduma mit dem Sowjet bedeutete bereits das Ende der Klassenverschmelzung und den Beginn des Klassenkampfes.

Die Aprilkrise (20. April), dann der 6. Mai, dann der 27. bis 29. Mai (die Wahlen) usw. usw. haben die Klassen in der russischen Revolution

innerhalb der russischen „revolutionären Demokratie“ bereits endgültig gegeneinander abgegrenzt. Dies ignorieren heißt zur Ohnmacht des Kleinbürgers hinabsinken.

Jetzt den „Staat“ und die „revolutionäre Demokratie“ anrufen, und noch dazu ausgerechnet in der Frage der Raubwirtschaft der Kapitalisten, heißt die Arbeiterklasse nach rückwärts zerren, heißt in *Wirklichkeit* den vollständigen Stillstand der Revolution predigen. Denn unser „Staat“ ist jetzt, nach dem April, nach dem Mai, der Staat der (räuberischen) Kapitalisten, die sich in der Person von Tschernow, Zereteli und Co. einen erklecklichen Teil der „revolutionären (kleinbürgerlichen) Demokratie“ *gefügt gemacht haben*.

Dieser Staat hemmt die Revolution überall, auf allen Gebieten der Außen- und Innenpolitik.

Diesem Staat die Bekämpfung der „Raubwirtschaft“ der Kapitalisten überlassen heißt *den Hecht ins Wasser werfen*.*

Geschrieben am 31. Mai (13. Juni) 1917.

*Veröffentlicht am 14. (1.) Juni 1917
in der „Prawda“ Nr. 70.*

Nach dem Text der „Prawda“.

* Anspielung auf die Krylowsche Fabel „Der Hecht“. *Der Übers.*

DER SPLITTER IM AUGE DES ANDEREN

Algerien hat einen Strich durch die Rechnung gemacht... Unseren ministeriellen „Sozialrevolutionären“ war es beinahe gelungen, sich selbst und ihre Zuhörer mit den Phrasen über die Anerkennung eines „Friedens ohne Annexionen“ (d. h. ohne Eroberung fremder Länder) zu betäuben, aber... da hat Algerien einen Strich durch die Rechnung gemacht! Die Zeitung „Delo Naroda“, an der zwei Minister aus der Partei der „Sozialrevolutionäre“, Kerenski und Tschernow, mitwirken, beging die... Unvorsichtigkeit, mit drei alliierten Ministern (auch aus dem Kreise der Beinahe-Sozialisten) ein Gespräch über Algerien zu beginnen. Wie schrecklich diese Unvorsichtigkeit in der Zeitung der Kerenski und Tschernow ist, wird dem Leser aus dem Folgenden klar ersichtlich werden.

Drei Minister der verbündeten Länder, Englands, Frankreichs und Belgiens, die Herren Henderson, Thomas und Vandervelde, haben erklärt, sie wünschten keine „Annexionen“, sondern nur die „Befreiung der Territorien“. Das Blatt der Kerenski und Tschernow bezeichnete das – und zwar mit vollem Recht – als „Taschenspielerkunststücke“ „von der Bourgeoisie gezähmter Sozialisten“ und ließ folgende zornig-sarkastische Tirade gegen sie los:

„Allerdings fordern sie“ (die drei Minister) „die ‚Befreiung der Territorien‘ nur im ‚Einklang mit dem Willen der Bevölkerung‘. Sehr schön! Aber dann sollten wir von ihnen und von uns selbst Konsequenz verlangen und auch die ‚Befreiung der Territorien‘ von Irland und Finnland einerseits, von Algerien oder Stam anderseits anerkennen. Es würde uns sehr interessieren, zum Beispiel die Meinung des Sozialisten Albert Thomas über die ‚Selbstbestimmung‘ Algeriens zu hören.“

Jawohl, „es würde uns sehr interessieren“, auch die Meinung Keren-skis, Zeretelis, Tschernows und Skobelews über die „Selbstbestimmung“ Armeniens, Galiziens, der Ukraine und Turkestans zu hören.

Ihr Herren russische Minister aus den Reihen der Volkstümpler und Menschewiki, ihr habt durch das Beispiel Irlands und Algeriens die ganze Verlogenheit, die ganze Heuchelei eurer Position und eures Verhaltens aufgedeckt. Ihr habt durch dieses Beispiel gezeigt, daß man unter „Annexionen“ nicht nur die Eroberungen in diesem Kriege verstehen darf. Das heißt, ihr habt euch selbst und den „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta“ ins Gesicht geschlagen, die erst vor wenigen Tagen mit stolzer Unwissenheit erklärten, unter Annexionen seien nur die Eroberungen in diesem Krieg zu verstehen. Wer weiß aber nicht, daß Irland und Algerien Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte vor Beginn dieses Krieges erobert worden sind?

Unvorsichtig, sehr unvorsichtig ist das „Delo Naroda“: es hat enthüllt, welche völlige Verwirrung des Denkens bei ihm selber, bei den Menschewiki, bei den „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta“ in einer so wichtigen, so grundlegenden Frage wie die der Annexionen herrscht.

Das ist aber noch nicht alles. Wenn ihr Henderson nach Irland, Albert Thomas nach Algerien fragt, wenn ihr die Meinung der „an der Macht befindlichen französischen Bourgeoisie“ über Annexionen der Meinung des französischen Volkes gegenüberstellt, wenn ihr Henderson und Albert Thomas als „von der Bourgeoisie gezähmte Sozialisten“ bezeichnet, wie konntet ihr da vergessen, euch selber anzuschauen??

Wer seid ihr denn, ihr Kerenski, Zereteli, Tschernow, Skobelew? Seid ihr etwa nicht „von der Bourgeoisie gezähmte Sozialisten“? Habt ihr etwa im Ministerium der „an der Macht befindlichen russischen Bourgeoisie“ die Frage des russischen Irlands, des russischen Algeriens, d. h. die Frage Turkestans, Armeniens, der Ukraine, Finnlands usw. aufgerollt? Wann habt ihr diese Frage aufgeworfen? Warum erzählt ihr davon nichts dem russischen „Volk“? Warum bezeichnet ihr nicht die Methode der russischen Volkstümpler und Menschewiki als „Taschenspielerkunststück“, die im Sowjet, im Ministerium und dem Volke gegenüber bombastische Phrasen über einen „Frieden ohne Annexionen“ dreheln, ohne dabei die Frage aller russischen Annexionen der gleichen Art wie Irland und Algerien klar und unzweideutig zu stellen?

Die russischen ministeriablen Volkstümpler und Menschewiki haben sich verfangen und entlarven sich selber tagtäglich.

Gewöhnlich berufen sie sich auf das „letzte“ Argument: Wir haben Revolution. Das aber ist ein durch und durch verlogenes Argument, denn unsere Revolution hat *bisher* nur der *Bourgeoisie* die Macht gegeben, genau wie in Frankreich und England, mit einer „ungefährlichen Minderheit“ „von der Bourgeoisie gezähmter Sozialisten“, gleichfalls wie in Frankreich und England. Was unsere Revolution morgen bringen wird – ob Rückkehr zur Monarchie, Festigung der Bourgeoisie, Übergang der Macht auf fortschrittlichere Klassen –, das wissen wir nicht, und niemand weiß es. Sich also auf die „Revolution“ schlechthin zu berufen heißt in größter Weise das Volk betrügen, heißt auch sich selber betrügen.

Die Frage der Annexionen ist ein guter Prüfstein für die in Lug und Trug verfangenen Volkstümpler und Menschewiki. Sie sind *ebenso* darin verfangen wie Plechanow, Henderson, Scheidemann und Co. Sie unterscheiden sich *nur in Worten* voneinander, *in der Praxis* sind sie für den Sozialismus in gleicher Weise verloren.

„Prawda“ Nr. 70,
14. (1.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DAS IST NICHT DEMOKRATISCH, BÜRGER KERENSKI!

Die Petrograder Telegrafagentur meldet:

K i e w , 30. M a i. In der Sitzung des Gesamtukrainischen Bauernkongresses wurde ein Telegramm des Kriegsministers Kerenski verlesen, in dem er unter Hinweis auf die militärische Situation die Einberufung des Zweiten ukrainischen Armeekongresses für unzeitgemäß erklärt. Der Kongreß bezeichnete die Verfügung des Ministers als Verletzung der Versammlungsfreiheit gegenüber den Ukrainern und sandte an die Provisorische Regierung sowie an den Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Lenken die Aufmerksamkeit auf den ersten Fall einer Verletzung des Gesetzes über Versammlungsfreiheit gegenüber ukrainischem Armeekongreß durch Minister Kerenski. Lehnen Verantwortung für etwaige Folgen einer Verletzung der demokratischen Grundsätze der neuen Lebensordnung gegenüber den Ukrainern ab, protestieren aufs entschiedenste und erwarten unverzügliche Antwort auf die von der Delegation der Ukrainischen Zentralrada der Provisorischen Regierung überreichten Forderungen.“

Diese Nachricht wird unzweifelhaft größte Beunruhigung in den Reihen der sozialistischen Arbeiter hervorrufen.

Der Kriegsminister erklärt einen Kongreß der Ukrainer für „unzeitgemäß“ und verbietet diesen Kongreß aus eigener Machtvollkommenheit! Erst ganz kürzlich hat Bürger Kerenski Finnland „auf Vordermann gebracht“, jetzt will er die Ukrainer „auf Vordermann bringen“. Und alles das geschieht im Namen der „Demokratie“!

A. I. Herzen sagte einmal, man müsse sich schämen, ein Russe zu sein, wenn man die „Heldentaten“ der herrschenden Klassen Rußlands betrachte.¹⁰⁶ Dieser Ausspruch wurde getan zu einer Zeit, als Rußland unter

dem Joch der Leibeigenschaft stöhnte, als die Knute und der Stock unser Land regierten.

Jetzt hat Rußland den Zaren gestürzt. Jetzt sprechen im Namen Rußlands die Kerenski und Lwow. Das Rußland der Kerenski und Lwow aber springt mit den untergeordneten Nationalitäten in einer Weise um, daß sich einem auch heute unwillkürlich die bitteren Worte A. I. Herzens aufdrängen.

Wir wollen schon gar nicht davon sprechen, daß Bürger Kerenski durch seine nationalistische „Großmachtpolitik“ gerade jene „separatistischen“ Bestrebungen nur stärkt und entfacht, gegen die die Kerenski und Lwow ankämpfen wollen.

Wir fragen: Läßt es sich mit der Würde auch nur des Demokratismus, vom Sozialismus schon ganz zu schweigen, vereinigen, daß mit den unterdrückten Nationalitäten in einer solchen Weise umgesprungen wird? Wir fragen: Wo gibt es eine Grenze für die „Scherze“ des Bürgers Kerenski und seiner Bundesgenossen?

Wir fragen die Partei der „Sozialrevolutionäre“: Billigt sie das Verbot des ukrainischen Kongresses durch ihr Ehrenmitglied, den Bürger Kerenski?

*

Es wird uns berichtet, daß gestern im Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beschlossen wurde, den Bürger Kerenski eigens zu einer Aussprache über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und der nationalen Politik überhaupt einzuladen.

Da sage noch einer, daß die „Kontaktkommission“ selig entschlafen sei. Keineswegs, meine Herren! Die Doppelherrschaft besteht noch. Aus der jetzigen Lage gibt es keinen anderen Ausweg als den Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

„Prawda“ Nr. 71,
15. (2.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

DER BOLSCHEWISMUS UND DIE „ZERSETZUNG“ DER ARMEE

Alle schreien nach der „festen Staatsmacht“. Die Rettung liege in der Diktatur, in der „eisernen Disziplin“, darin, daß alle, die sich nicht fügen, ob von „rechts“ oder von „links“, gezwungen werden, zu schweigen und sich unterzuordnen. Wir wissen, *wen* man zwingen will, zu schweigen. Die Rechten schreien nicht, sie *arbeiten*. Die einen im Ministerium, die anderen in den Fabriken: sie drohen Aussperrungen an, sie befehlen die Auflösung von Regimentern, sie drohen mit dem Zuchthaus. Die Konovalow und Tereschtschenko, unterstützt von den Kerenski und Skobelew – sie arbeiten *organisiert* zu ihrem Nutzen. Sie braucht man nicht zum Schweigen zu bringen...

Uns aber steht *nur das Wort* zur Verfügung.

Und dieses Wortes will man uns berauben...

Die „Prawda“ wird nicht an die Front gelassen. Die Kiewer „Agenten“ haben beschlossen, die „Prawda“ nicht zu verbreiten. Der „Semstwowverband“ verkauft die „Prawda“ in seinen Kiosken nicht. Und schließlich verspricht man uns, einen „systematischen Kampf gegen die Propaganda des Leninismus“ zu führen... („Iswestija Sowjeta Rabotischich i Soldatskich Deputatow“). Dafür aber wird jeder spontane Protest, jede Ausschreitung, wo sie auch stattfinden mag, *uns in die Schuhe geschoben*.

Das ist auch eine Methode des Kampfes gegen den Bolschewismus.

Eine erprobte Methode.

Die Massen, denen die Möglichkeit genommen ist, klare Weisungen zu erhalten, und die instinktiv die Unaufrichtigkeit und Unzulänglich-

keit der Position der offiziellen Führer der Demokratie spüren, sind gezwungen, *selber tastend nach einem Weg zu suchen*...

Die Folge ist, daß jeder unzufriedene, bewußte Revolutionär, jeder empörte Soldat, der sich nach seiner Hütte sehnt und kein Ende des Krieges sieht, und manchmal auch Leute, die für ihre Haut fürchten, unter dem Banner des Bolschewismus auftreten...

Dort, wo der Bolschewismus die Möglichkeit hat, offen aufzutreten, dort gibt es keine Desorganisation.

Wo es keine Bolschewiki gibt oder wo man sie nicht reden läßt, dort gibt es Ausschreitungen, dort gibt es Zersetzung, dort gibt es falsche Bolschewiki...

Und gerade das brauchen unsere Feinde.

Sie brauchen einen Vorwand, um sagen zu können, „die Bolschewiki zersetzen die Armee“, um dann die Bolschewiki mundtot zu machen.

Um uns ein für allemal sowohl von den Verleumdungen der „Feinde“ als auch von den völlig unsinnigen Entstellungen des Bolschewismus abzugrenzen, bringen wir den Schluß eines Flugblatts, das vor dem Gesamtrussischen Kongreß von einem Delegierten unter den Truppen verbreitet wurde.

Hier ist er:

„Genossen! Ihr müßt euer Wort sprechen.

Wir brauchen kein Abkommen mit der Bourgeoisie!

Alle Macht dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten!

Das bedeutet nicht, daß man sofort die jetzige Regierung stürzen und ihr den Gehorsam verweigern muß. Solange die Mehrheit des Volkes ihr folgt und glaubt, daß fünf Sozialisten imstande seien, mit den anderen fertig zu werden, dürfen wir nicht durch einzelne Revolten die eigenen Kräfte zersplittern.

Niemals!

Spart die Kräfte! Versammelt euch zu Meetings! Nehmt Resolutionen an! Fordert den vollständigen Übergang der Macht an den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten! Überzeugt die, die nicht einverstanden sind! Schickt mir eure Resolution im Namen des Regiments nach Petrograd zum Kongreß, damit ich mich dort auf eure Stimme berufen kann!

Hütet euch aber auch vor Provokateuren, die, getarnt als Bolschewiki, versuchen werden, euch zu Unruhen und Revolten aufzurufen, um die eigene

Feigheit zu verbergen! Wisset, jetzt gehen sie mit euch, im ersten Augenblick der Gefahr aber werden sie euch an das alte Regime verkaufen.

Die wirklichen Bolschewiki rufen euch nicht zu Revolten, sondern zu bewußtem revolutionärem Kampf.

Genossen! Der Gesamtrussische Kongreß wird Vertreter wählen, denen gegenüber die Provisorische Regierung bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung Rechenschaft abzulegen hat.

Genossen! Auf diesem Kongreß werde ich verlangen:

Erstens: daß die ganze Macht dem Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-deputierten übergeben wird.

Zweitens: daß sofort im Namen des Volkes den Völkern und Regierungen aller kriegführenden Mächte, der verbündeten sowohl wie der feindlichen, ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen angeboten wird. Mag dann eine Regierung versuchen, dies abzulehnen – sie wird vom eigenen Volk gestürzt werden.

Drittens: daß – durch Konfiskation der Kriegsgewinne der Kapitalisten – die Gelder derer, die sich am Krieg bereichert haben, für Staatszwecke beschlagnahmt werden.

Genossen! Nur durch die Übergabe der Macht an die Demokratie in Rußland, in Deutschland, in Frankreich, durch den Sturz der bürgerlichen Regierungen in allen Ländern kann der Krieg beendet werden.

Unsere Revolution hat den Anfang dazu gemacht – es ist unsere Aufgabe, durch das Friedensangebot einer machtvollkommenen Volksregierung Rußlands an alle Regierungen Europas, durch die Festigung des Bündnisses mit der revolutionären Demokratie Westeuropas der Weltrevolution einen neuen Anstoß zu geben.

Dann aber wehe der bürgerlichen Regierung, die dennoch den Krieg fortsetzen will.

Zusammen mit dem Volk des betreffenden Landes werden wir gegen sie in den revolutionären Krieg ziehen.

Um in eurem Namen das alles unserer Regierung in Petrograd zu sagen, wurde ich zum Kongreß in Petrograd gewählt.

Fähnrich Krylenko, Mitglied des Armeekomitees der XI. Armee, Delegierter des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) auf dem Kongreß der Süd-West-Front.“

Jeder, der sich die Mühe genommen hat, die Resolutionen unserer Partei durchzulesen, wird erkennen müssen, daß Genosse Krylenko ihr Wesen völlig richtig zum Ausdruck gebracht hat.

Nicht zu Unruhen und Revolten, sondern zu bewußtem revolutionärem Kampf rufen die Bolschewiki das Proletariat, die armen Bauern und alle Werktätigen und Ausgebeuteten.

Nur eine wirkliche Volksmacht, d. h. eine Macht in den Händen der *Mehrheit* des Volkes, ist fähig, den *richtigen* Weg zu beschreiten, der die Menschheit zur Niederwerfung des Jochs der Kapitalisten und zur Erlösung von den Schrecken und dem Elend des imperialistischen Krieges, zum sicheren und gerechten Frieden führt.

„Prawda“ Nr. 72,
16. (3.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

ÜBER WEN LACHT IHR? ÜBER EUCH SELBST!

„König Konstantin (von Griechenland) hat unter dem Druck der alliierten Diplomatie die Urkunde der Thronentsagung unterschrieben“, so schreibt anlässlich der Abdankung des Königs die Zeitung des ehemaligen Außenministers in der „revolutionären“ Provisorischen Regierung, Herrn Miljukows.

Griechenland ist *erwürgt* worden von den Herren alliierten Diplomaten, die zunächst die venizelistische Bewegung ins Leben riefen (Venizelos ist ein ehemaliger Minister Konstantins, der in den Dienst des englischen Kapitals getreten ist), einen Teil der Armee abspalteten, einen Teil des griechischen Territoriums gewaltsam okkupierten, um schließlich durch „Druck“ die Abdankung des „legitimen“ Monarchen, d. h. eine Revolution von oben, zu erzwingen. Welcher Art dieser „Druck“ war und ist, weiß jedermann: sie drückten durch den *Hunger*, Griechenland wurde von den Kriegsschiffen der englisch-französischen und russischen Imperialisten blockiert, Griechenland erhielt *kein Brot*. Der „Druck“ auf Griechenland war von derselben Art wie der, den unlängst, wenn man den Zeitungen glauben darf, in Rußland die unwissenden Bauern eines hinterwäldlerischen Dorfes anwandten, die einen Bürger, dem sie Beleidigung der christlichen Religion vorwarfen, zum Hungertod verurteilten.

Die unwissenden Bauern in einem halbbarbarischen Winkel Rußlands lieferten einen „Verbrecher“ dem Hungertod aus. Die „zivilisierten“ Imperialisten Englands, Frankreichs, Rußlands u. a. ließen ein ganzes Land, ein ganzes Volk *hungern*, um es durch diesen „Druck“ zu veranlassen, seine Politik zu ändern.

Das ist sie, die *Wirklichkeit* des imperialistischen Krieges. Das ist die reale Situation der internationalen Beziehungen in der Zeit, in der wir leben. Die Herren Sozialrevolutionäre aber lachen darüber ... Es ist das wirklich sehr, sehr lustig...

Das „Delo Naroda“, das ministerielle Blatt der Kerenski, Tschernow und Co., bringt einen spöttischen Leitartikel unter der Überschrift „Die ‚Selbstbestimmung‘ Griechenlands“. Der Spott der Sozialrevolutionäre über die „Selbstbestimmung“ Griechenlands wäre ausgezeichnet, *wenn er aufrichtig wäre.*

Aufrichtigkeit in der Politik bedeutet nicht, daß die Herren Kerenski, Tschernow und Co. ihre persönliche Aufrichtigkeit beweisen sollten – die geben wir gern zu, und nicht darum handelt es sich. Aufrichtigkeit in der Politik, das heißt Aufrichtigkeit in einem Bereich der menschlichen Beziehungen, wo man es nicht mit dem einzelnen, sondern mit *Millionen* zu tun hat – Aufrichtigkeit in der Politik heißt *Übereinstimmung zwischen Wort und Tat*, die jedermann nachprüfen kann.

Der Leitartikel des „Delo Naroda“ ist unaufrichtig, weil gerade die Partei der Sozialrevolutionäre, gerade die Kerenski und Tschernow *als ihre Führer* zusammen mit den Bürgern Zereteli und Skobelew das Ministerium der Erwürgung... Verzeihung, der „Selbstbestimmung“ Griechenlands unterstützen.

„... Es ist jedem klar“, schreibt das „Delo Naroda“, „daß zwischen dem räuberischen Überfall des imperialistischen Deutschlands auf Belgien, Österreichs auf Serbien und dem jetzigen ‚Eindringen ins Innere Griechenlands‘ durch die alliierten Regierungen dem Wesen nach nicht der geringste Unterschied besteht.“

Jawohl, das ist klar, und das ist durchaus nicht eine Frage der „Ethik“, wie die Sozialrevolutionäre meinen, sondern reinste Politik. Ein räuberischer Überfall, das ist es, *woran ihr*, Bürger Sozialrevolutionäre, Bürger Menschewiki, *durch eure Beteiligung an der Regierung* teilnehmt. Der räuberische Überfall ist eine Tatsache, der „Druck der alliierten Diplomatie“ – der ganzen alliierten Diplomatie, also auch der *russischen* – wurde offenbar *auch nach* dem Eintritt Tschernows, Zeretelis und Co. in das Ministerium ausgeübt.

Und die Plattformen des „Friedens ohne Annexionen“? Und die „Forderungen“ nach „revolutionärer Demokratie“ an die neue Regie-

rung? Und die Deklarationen? Ist es etwa noch nicht klar, daß alle diese Plattformen, Deklarationen, Versprechungen, Erklärungen, Gelöbnisse, Schwüre usw. usf. *nichts als Verhöhnung* des Volkes sind?

Ihr lacht über euch selbst, ihr Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki! Über eure eigene Politik des Vertrauens zu den Kapitalisten und zu der Regierung der Kapitalisten! Über eure eigene Rolle als zungenfertige, großsprecherische, mit dem Ministerrang bekleidete Lakaien des Kapitalismus und Imperialismus!

„Prawda“ Nr. 72,
16. (3.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

ANMERKUNGEN

¹ Der Artikel „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“, der in Nr. 26 der „Prawda“ vom 7. April 1917 mit der Unterschrift *N. Lenin* erschien, enthält die berühmten Aprilthesen *W. I. Lenins*, die er am 4. (17.) April 1917 in zwei Versammlungen (einer Versammlung bolschewistischer und einer gemeinsamen Versammlung bolschewistischer und menschowistischer Delegierter der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) im Taurischen Palast verlas. Der Artikel wurde von den bolschewistischen Zeitungen „Sozial-Demokrat“ (Moskau), „Proletari“ (Charkow), „Krasnojarski Rabotschi“ (Der Arbeiter von Krasnojarsk), „Wperjod“ (Vorwärts) (Ufa), „Bakinski Rabotschi“ (Der Arbeiter von Baku), „Kawkasski Rabotschi“ (Der kaukasische Arbeiter) (Tiflis) und anderen nachgedruckt. ¹

² „Jedinstwo“ (Die Einheit) — Tageszeitung, die von März bis November 1917 in Petrograd erschien; im Dezember 1917 und Januar 1918 wurde sie unter anderem Namen herausgegeben. Redakteur der Zeitung war *G. W. Plechanow*. Sie vereinigte die extrem rechte Gruppe der menschowistischen Vaterlandsverteidiger und unterstützte vorbehaltlos die bürgerliche Provisorische Regierung. Die Zeitung führte einen wütenden Kampf gegen die Partei der Bolschewiki. ⁷

³ „Russkaja Wolja“ (Russischer Wille) — bürgerliche Tageszeitung, die mit dem Geld von Großbanken gegründet und unterhalten wurde; sie trieb eine Pogromagitation gegen die Bolschewiki. *Lenin* nannte sie eine der niederträchtigsten bürgerlichen Zeitungen. Die „Russkaja Wolja“ erschien von Dezember 1916 bis Oktober 1917 in Petrograd. ⁷

⁴ Siehe *Karl Marx* und *Friedrich Engels*, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1959, S.15/16 und 488—502; Bd. II, Berlin 1958, S. 34 und 435—437. ⁸

- ⁵ Der Artikel „*Wie wir gereist sind*“ ist ein Bericht Lenins an das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets, den er diesem im Auftrag der zusammen mit ihm aus der Schweiz zurückgekehrten Emigranten am 4. (17.) April 1917, am Tage nach seiner Ankunft in Petrograd, unterbreitete. 9
- ⁶ „*Nasche Slowo*“ (Unser Wort) — menschwistisch-trozkistische Tageszeitung; erschien in Paris von Januar 1915 bis September 1916. 9
- ⁷ *Organisationskomitee der SDAPR* — das leitende Zentrum der Menschewiki, das 1912 in der Augustkonferenz der menschwistischen Liquidatoren und aller parteifeindlichen Gruppen und Strömungen gebildet wurde. Das Organisationskomitee bestand bis zu den Wahlen zum ZK der menschwistischen Partei im August 1917. 9
- ⁸ „*Retsch*“ (Die Rede) — Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten; unter anderen Namen erschien die Zeitung bis August 1918. 11
- ⁹ *Manifest des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten* nennt Lenin den Aufruf des Petrograder Sowjets „An die Völker der ganzen Welt“, der in einer Sitzung des Sowjets am 14. (27.) März 1917 angenommen und am folgenden Tag in den zentralen Zeitungen veröffentlicht wurde. Die sozialrevolutionär-menschewistischen Führer mußten unter dem Druck der revolutionären Massen, die die Beendigung des Krieges forderten, diesen Aufruf beschließen.
- Der Aufruf appellierte an die Werktätigen der kriegführenden Länder, aktiv für den Frieden einzutreten. Er entlarvte jedoch nicht den räuberischen Charakter des Krieges, bezeichnete keine praktischen Maßnahmen im Kampf um den Frieden und rechtfertigte im Grunde genommen die Fortsetzung des imperialistischen Krieges durch die bürgerliche Provisorische Regierung. 11
- ¹⁰ „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) — Tageszeitung reaktionärer Kreise des Adels und der beamteten Bürokratie, die von 1868 an in Petersburg erschien. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin nannte sie ein Musterbeispiel für käufliche Zeitungen. Nach der Februarrevolution unterstützte das „*Nowoje Wremja*“ voll und ganz die konterrevolutionäre Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und betrieb eine wütende Hetze gegen die Bolschewiki. Die Zeitung wurde am 26. Oktober (8. November) 1917 vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 12
- ¹¹ „*Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow*“ (Nachrichten des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten)

tierten) — Tageszeitung, die ab 28. Februar (13. März) 1917 erschien. Nach der Bildung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß wurde die Zeitung zum Organ des ZEK und erschien ab 1. (14.) August 1917 (von Nr. 132 an) unter dem Titel „Iswestija Zentralnowo Ispolnitelnowo Komiteta i Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“ (Nachrichten des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten). Die Zeitung befand sich während dieser ganzen Zeit in den Händen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und führte einen erbitterten Kampf gegen die bolschewistische Partei. Seit dem 27. Oktober (9. November) 1917, nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, sind die „Iswestija“ das offizielle Organ der Sowjetmacht. Im März 1918 wurde die Herausgabe der Zeitung anlässlich der Übersiedlung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare von Petrograd nach Moskau verlegt. 12

- ¹² „Prawda“ (Die Wahrheit) — legale bolschewistische Tageszeitung, die im April 1912 auf Initiative der Petersburger Arbeiter gegründet wurde und in Petersburg erschien.

Die „Prawda“ war eine Massenzeitung der Arbeiter; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „Prawda“ mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „Prawda“ betrug im Durchschnitt 40 000 Exemplare und erreichte in manchen Monaten 60 000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda“ vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei. An der Redaktion der Zeitung waren W. M. Molotow, J. M. Swerdlow, J. W. Stalin und M. I. Kalinin aktiv beteiligt. Zu den ständigen Mitarbeitern gehörten M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, N. N. Baturin, A. I. Jelisarowa, K. S. Jeremjew u. a. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, G. I. Petrowski, M. K. Muranow, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda“ tatkräftig mit.

Die „Prawda“ war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt 47½ Monate Gefängnishaft verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren

und drei Monaten war die „Prawda“ von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda“ (Arbeiterprawda), „Sewernaja Prawda“ (Prawda des Nordens), „Prawda Truda“ (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu“ (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda“ (Proletarische Prawda), „Put Prawdy“ (Weg der Prawda), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda“ (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Beginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung wiederum verboten.

Die Herausgabe der „Prawda“ konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda“ als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda“. Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die Redaktionsräume der „Prawda“ von Offiziersschülern und Kosaken demoliert. Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda“, den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok Prawdy“ (Blatt der „Prawda“), „Proletari“ (Der Proletarier), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Rabotschi Put“ (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda“. 12

- ¹³ Die *Gesamtrussische Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten*, die vom Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets einberufen wurde, fand vom 29. März bis zum 3. April (11. bis 16. April) 1917 in Petrograd statt.

An der Beratung nahmen Vertreter des Petrograder Sowjets und der örtlichen Sowjets sowie Vertreter von Truppenteilen der Front und des Hinterlands teil. Es wurden folgende Fragen erörtert: der Krieg, die Stellung zur Provisorischen Regierung, die Konstituierende Versammlung, die Agrarfrage, die Ernährungsfrage sowie andere Probleme.

Die Beratung, in der die Menschewiki und Sozialrevolutionäre das Übergewicht hatten, bezog die Position der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ und beschloß, die bürgerliche Provisorische Regierung zu unterstützen. 16

- ¹⁴ „*Rabotschaja Gaseta*“ (Arbeiterzeitung) — Zentralorgan der Menschewiki, das von März bis November 1917 in Petrograd als Tageszeitung erschien. 18

- ¹⁵ Lenins Broschüre „*Briefe über die Taktik. Erster Brief*“ wurde 1917 in Petrograd von dem bolschewistischen Verlag „Priboi“ in drei Auflagen

herausgebracht. Alle drei Auflagen der Broschüre enthielten als Beilage die Aprilthesen. 24

¹⁶ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 469. 25

¹⁷ Lenin zitiert aus Goethes „Faust“. (Siehe Goethes Werke in Auswahl, Bd. 6, Aufbau-Verlag, Berlin 1949, S. 180.) 28

¹⁸ *Opposition Seiner Majestät* — englischer parlamentarischer Ausdruck zur Bezeichnung der oppositionellen Minderheit bürgerlicher Parlamentsabgeordneter, die, obwohl der kapitalistischen Ordnung und der Königsmacht treu ergeben, aus Partei- oder Gruppeninteressen die Regierung nicht unterstützen und gegen ihre Politik opponieren. Diese Taktik der parlamentarischen Opposition wird von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien immer wieder angewandt, um die Massen zu täuschen.

Lenin charakterisiert mit diesem Ausdruck die Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich in Worten heuchlerisch von der imperialistischen Bourgeoisie abgrenzten, in Wirklichkeit aber ihre Stütze waren und in der Periode des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische — ebenso wie die Kadetten in der Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution mit dem Zarismus — mit der Bourgeoisie paktierten. 30

¹⁹ „*Weg mit dem Zaren, her mit der Arbeiterregierung*“ — antibolschewistische Losung, 1905 von Parvus und Trotzki aufgestellt. Diese Losung von der Revolution ohne die Bauernschaft — eine Grundthese des konterrevolutionären Trotzismus — wurde von Lenin scharf kritisiert. 31

²⁰ Siehe Karl Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1959, S. 488—502) und Friedrich Engels, *Einleitung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“* (ebenda, S. 446—457). 31

²¹ Gemeint ist G. W. Plechanows Arbeit „Anarchismus und Sozialismus“, erstmalig veröffentlicht im Jahre 1894 in deutscher Sprache. 32

²² Lenin meint den Ende 1907 in Petersburg erschienenen Sammelband seiner Schriften: Wl. Iljin, „12 Jahre. Artikelsammlung. Erster Band. Zwei Richtungen im russischen Marxismus und in der russischen Sozialdemokratie“. 34

²³ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 34. 53

²⁴ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1959, S. 494. 54

²⁵ *Fabier* — Mitglieder der reformistischen, extrem-opportunistischen „Gesellschaft der Fabier“, die 1884 in England von einer Gruppe bürgerlicher Intellektueller gegründet worden war. Sie nannte sich nach dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator („der Zauderer“), bekannt durch seine abwartende Taktik und sein Ausweichen vor Entscheidungsschlachten. Lenin bezeichnete die Gesellschaft der Fabier als den „vollendeten Ausdruck des Opportunismus und einer liberalen Arbeiterpolitik“. Die Fabier lenkten das Proletariat vom Klassenkampf ab und predigten den friedlichen, allmählichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mittels Reformen. Im imperialistischen Weltkrieg 1914–1918 waren die Fabier Sozialchauvinisten. Eine Charakteristik der Fabier findet sich in folgenden Schriften Lenins: „Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches ‚Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere‘“ (Werke, Bd. 12, S. 368/369); das „Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution“ (Werke, 4. Ausgabe, Bd. 15, S. 154, russ.); „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie“ (Werke, 4. Ausgabe, Bd. 21, S. 234, russ.) u. a. 61

²⁶ „*Labouristen*“ — die Mitglieder der englischen Arbeiterpartei (Labour Party).

Die Labour Party wurde 1900 als Vereinigung von Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, sozialistischer Parteien und Gruppen) mit dem Ziel gegründet, eine Arbeitervertretung im Parlament zu schaffen. Diese Vereinigung hieß zunächst „Komitee für Arbeitervertretung“ und nannte sich 1906 in Labour Party um. Die Labour Party ist ihrer Ideologie und Taktik nach eine opportunistische Organisation, und ihre Politik ist die der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bezogen die Führer der Labour Party eine sozialchauvinistische Position. 61

²⁷ „*Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft*“ — Organisation der deutschen Zentristen, die im März 1916 von Reichstagsabgeordneten, die sich von der offiziellen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgespalten hatten, gebildet wurde. Diese Gruppe wurde zum Kern der 1917 gegründeten zentristischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die die offenen Sozialchauvinisten rechtfertigte und für die Aufrechterhaltung der Einheit mit ihnen eintrat. 62

²⁸ *Minoritaires* oder *Longuetisten* — 1915 entstandene Minderheit in der Sozialistischen Partei Frankreichs. Die Longuetisten (Anhänger des So-

zialreformisten Longuet) vertraten zentristische Anschauungen und betrieben gegenüber den Sozialchauvinisten eine paktiererische Politik.

Während des ersten Weltkriegs vertraten die Longuetisten einen sozialpazifistischen Standpunkt. Nach dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland bekannten sie sich zwar in Worten zur Diktatur des Proletariats, blieben ihr aber in Wirklichkeit feindlich gesinnt. Sie setzten die Politik der Versöhnung mit den Sozialchauvinisten fort und billigten den Raubfrieden von Versailles. Nachdem die Longuetisten auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der im Dezember 1920 in Tours stattfand und bei dem der linke Flügel siegte, in der Minderheit geblieben waren, spalteten sie sich nebst den offenen Reformisten von der Partei ab und schlossen sich der sogenannten zweieinhalbten Internationale an. Nach deren Zerfall kehrten sie in die II. Internationale zurück. 62.

²⁹ Die „*Unabhängige Arbeiterpartei Englands*“ (Independent Labour Party) wurde 1893 gegründet. An der Spitze der Partei standen James Keir Hardie, R. MacDonald und andere. Sie erhob Anspruch auf politische Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, war jedoch in Wirklichkeit, wie Lenin sich ausdrückte, „unabhängig vom Sozialismus, aber abhängig vom Liberalismus“. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 trat die Unabhängige Arbeiterpartei zunächst mit einem Manifest gegen den Krieg hervor (13. August 1914), später hingegen, in der Londoner Konferenz der Sozialisten der Ententeländer im Februar 1915, stimmten die Unabhängigen der in dieser Konferenz angenommenen sozialchauvinistischen Resolution zu. Seitdem standen die sich mit pazifistischen Phrasen tarnenden Führer der Unabhängigen auf den Positionen des Sozialchauvinismus. Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 beschlossen die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei unter dem Druck der nach links geschwenkten Massen der Parteimitglieder den Austritt aus der II. Internationale. 1921 traten die Unabhängigen der sogenannten zweieinhalbten Internationale bei und schlossen sich nach deren Zerfall von neuem der II. Internationale an. 62

³⁰ Die *Britische Sozialistische Partei* (BSP — British Socialist Party) wurde 1911 in Manchester gegründet. Ihr Kern war die im Jahre 1884 entstandene Sozialdemokratische Föderation (mit Hyndman, Harry Quelch, Tom Mann u. a. an der Spitze), die sich später in Sozialdemokratische Partei umbenannte. Die Britische Sozialistische Partei trieb Propaganda und Agitation im Geiste des Marxismus und war eine „nicht opportunistische, *tatsächlich* von den Liberalen unabhängige“ Partei (*Lenin*). Ihre zahlen-

mäßige Schwäche und ihre Losgelöstheit von den Massen verliehen ihr einen gewissen sektiererischen Charakter.

Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bildeten sich in der Partei zwei Richtungen heraus: eine offen sozialchauvinistische unter der Führung von Hyndman und eine internationalistische unter der Führung von A. Inkpin, Th. Rothstein u. a. Im April 1916 spaltete sich die Partei. Hyndman und seine Anhänger blieben in der Minderheit und traten aus der Partei aus. Seitdem hatten die internationalistischen Elemente in der BSP die Führung inne, die gegen den imperialistischen Krieg kämpften. Die Britische Sozialistische Partei ergriff die Initiative zur Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens im Jahre 1920. 62

³¹ Die *Zimmerwalder Linke* wurde von Lenin auf der ersten Sozialistischen Konferenz der Internationalisten gebildet, die Anfang September 1915 in Zimmerwald (Schweiz) stattfand. Lenin bezeichnete diese Konferenz als den „ersten Schritt“ in der Entwicklung der internationalen Bewegung gegen den Krieg. Mit Lenin an der Spitze nahmen die Bolschewiki in der Gruppe der Zimmerwalder Linken den einzig richtigen und völlig konsequenten Standpunkt ein. Der Gruppe gehörten auch inkonsequente Internationalisten an. Lenin kritisierte sie in seinen Schriften „Über die Junius-Broschüre“, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ und „Über die Losung der ‚Entwaffnung‘“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 291–305, 306–344, russ., und Bd. 23, S. 91–101.) 63

³² Die Gruppe „*Internationale*“ wurde zu Beginn des ersten Weltkriegs von den deutschen linken Sozialdemokraten Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring u. a. gebildet. Später nannte sich die Gruppe auch „*Spartakusbund*“. Die Spartakisten trieben unter den Massen revolutionäre Propaganda gegen den imperialistischen Krieg; sie entlarvten die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus und den Verrat der sozialdemokratischen Führer. In wichtigen theoretischen und politischen Fragen jedoch machten sich die Spartakisten und überhaupt die deutschen Linken nicht frei von halbmenschewistischen Fehlern: so entwickelten sie eine halbmenschewistische Theorie des Imperialismus, lehnten das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen in seiner marxistischen Auffassung (d. h. bis zur Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten) ab, verneinten die Möglichkeit nationaler Befreiungskriege in der Epoche des Imperialismus, unterschätzten die Rolle der revolutionären Partei und huldigten der Spontaneität der Bewegung. Diese Fehler der deutschen Linken kritisierte Lenin in den Schriften: „Über die Junius-Broschüre“, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“

u. a. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 291–305, russ., und Bd. 23, S. 18–71.) 1917 schlossen sich die Spartakisten der zentristischen Partei der „Unabhängigen“ an, wahrten aber ihre organisatorische Selbständigkeit. Nach der deutschen Novemberrevolution von 1918 brachen die Spartakisten mit den „Unabhängigen“ und gründeten im Dezember desselben Jahres die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). 63

³³ Die „Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas“ entstand 1876 durch Verschmelzung der amerikanischen Sektionen der I. Internationale, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und einer Reihe sozialistischer Gruppen der USA. Die Mehrheit der Parteimitglieder waren Emigranten. Die Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas war ihrem Charakter nach sektiererisch und hatte niemals enge Verbindung mit den proletarischen Massen. In den Jahren des ersten Weltkriegs neigte die Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas zum Internationalismus. 64

³⁴ Lenin meint die revolutionäre Minderheit der 1901 gegründeten Sozialistischen Partei Amerikas (einer reformistischen, opportunistischen Partei). Die revolutionäre Minderheit stand auf den Positionen des Internationalismus und trat gegen den imperialistischen Krieg (1914–1918) auf. Unter dem Einfluß der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland bildete sie einen linken Flügel, der 1921 zum Initiator der Gründung der Kommunistischen Partei der USA und deren leitender Kern wurde.

Die rechte Mehrheit der Sozialistischen Partei Amerikas rechtfertigte während des ersten Weltkriegs (1914–1918) den imperialistischen Krieg und unterstützte die Politik des amerikanischen Imperialismus. Gegenwärtig ist die Sozialistische Partei Amerikas eine Organisation mit einer geringen Mitgliederzahl, die keinen Einfluß auf die Arbeiterbewegung in den USA hat. 64

³⁵ Partei der „Tribunisten“ nennt Lenin die Sozialdemokratische Partei Hollands, die 1909 entstand. Ursprünglich bildeten die Tribunisten in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands den linken Flügel, der 1907 die Zeitung „De Tribune“ gründete und sich um sie zusammenschloß. 1909 wurden die Tribunisten aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgeschlossen und gründeten eine selbständige Partei. Die Tribunisten bildeten zwar den linken Flügel der holländischen Arbeiterbewegung, waren aber keine konsequent revolutionäre Partei. 1918 beteiligten sie sich an der Gründung der Kommunistischen Partei Hollands.

Die Zeitung „De Tribune“ war seit 1909 Organ der Sozialdemokratischen Partei Hollands und von 1918 bis 1937 Organ der Kommunistischen Partei. 64

- ³⁶ *Partei der Jungen oder Linken* in Schweden nannte Lenin die linke Strömung in der schwedischen Sozialdemokratie. Während des imperialistischen Weltkriegs standen die „Jungen“ auf den Positionen des Internationalismus und schlossen sich der Zimmerwalder Linken an. Im Mai 1917 gründeten sie die Linke Sozialdemokratische Partei Schwedens. 1919 beschloß der Parteitag dieser Partei den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Der revolutionäre Flügel der Partei bildete 1921 die Kommunistische Partei Schwedens, die der Kommunistischen Internationale beitrug. 64
- ³⁷ „*Tesnjaki*“ („Engherzige“) — revolutionäre sozialdemokratische Arbeiterpartei Bulgariens, die 1903 nach der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gegründet wurde. Begründer und Führer der Partei der „*Tesnjaki*“ war D. Blagojeff; später traten seine Schüler — G. Dimitroff, W. Kolaroff und andere — an ihre Spitze. In den Jahren 1914—1918 kämpften die „*Tesnjaki*“ gegen den imperialistischen Krieg. Im Jahre 1919 traten sie der Kommunistischen Internationale bei und gründeten die Kommunistische Partei Bulgariens. 65
- ³⁸ „*Avanti!*“ (Vorwärts!) — Tageszeitung, Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei; gegründet im Dezember 1896. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 vertrat die Zeitung einen inkonsequenten internationalistischen Standpunkt; sie brach nicht mit den Reformisten. Die Zeitung erscheint noch heute als Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei. 65
- ³⁹ Die erwähnte Resolution wurde von Lenin verfaßt und auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Organisation des Kantons Zürich im Namen der Schweizer linken Sozialdemokraten eingebracht. (Siehe Werke, Bd. 23, S. 296.) 65
- ⁴⁰ „*Die Glocke*“ — Halbmonatsschrift; wurde in München und später in Berlin von 1915 bis 1925 von dem Mitglied der deutschen Sozialdemokratischen Partei Parvus (Helphand), einem Sozialchauvinisten und Agenten des deutschen Imperialismus, herausgegeben. 66
- ⁴¹ Gemeint ist der Aufruf „*An die getretenen und hingemordeten Völker*“, der von der zweiten Internationalen Konferenz der „Zimmerwalder“ beschlossen wurde. Die Konferenz fand vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal (Schweiz) statt. 67
- ⁴² „*Jugend-Internationale*“ — Organ der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen, die sich der Zimmerwalder Linken angeschlossen hatte. Die Zeitschrift erschien von September 1915 bis Mai 1918 in Zürich. 67

- ⁴³ Lenin bezieht sich darauf, daß die Menschewiki in der Sitzung des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets am 7. (20.) April 1917 für die Unterstützung der „Freiheitsanleihe“ stimmten, die die Provisorische Regierung zur Finanzierung der Kriegsausgaben ausgeschrieben hatte. 70
- ⁴⁴ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 11–29, und Friedrich Engels, „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘“, Berlin 1957, S. 4/5. 70
- ⁴⁵ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 3, Berlin 1958, S. 498, sowie den Brief von Friedrich Engels an Paul Lafargue vom 27. Oktober 1890 („Die Neue Zeit“, Jahrgang XIX, 1900/1901, Bd. I, Nr. 14, S. 427). 72
- ⁴⁶ „*Soldatskaja Prawda*“ (Soldatenprawda) — bolschewistische Tageszeitung; erschien zunächst (ab 15. [28.] April 1917) als Organ der Militärorganisation beim Petrograder Komitee der SDAPR(B); vom 19. Mai (1. Juni) 1917 an war sie das Organ der Militärorganisation beim Zentralkomitee der SDAPR(B). In den Julitagen 1917 wurde die Redaktion der „*Soldatskaja Prawda*“, gleichzeitig mit der der „*Prawda*“, demoliert und die Zeitung von der Provisorischen Regierung verboten. Nach der Oktoberrevolution wurde die Zeitung wieder unter dem alten Titel herausgegeben, sie erschien bis März 1918. 75
- ⁴⁷ Lenins Broschüre „*Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats*“ erschien im Juli 1917 im Petrograder Verlag „*Shisn i Snanije*“ (Leben und Wissen) mit folgender Bemerkung: „Erläuterung zum Entwurf einer von N. Lenin zur Diskussion in den Versammlungen der Bolschewiki verfaßten Plattform. Der Druck des Entwurfsverzögerte sich nur infolge des Mangels an Druckereien in Petrograd.“
- W. I. Lenins Schrift „*Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats*“ wurde in englischer Sprache in der Zeitschrift „*The Class Struggle*“ (Der Klassenkampf), New York, November–Dezember 1917, Bd. I, Nr. 4, S. 49–59, und in der Zeitung „*The New York Evening Post*“ (Die New-Yorker Abendpost) vom 15. Januar 1918 veröffentlicht.
- 1918 erschien in Moskau die zweite Auflage der Broschüre mit einem Vorwort W. I. Lenins. 79
- ⁴⁸ Die „*Kontaktkommission*“ wurde vom menschewistisch-sozialrevolutionären Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 8. (21.) März 1917 gebildet, um mit der Provisorischen Regierung Kontakt herzustellen, auf sie „einzuwirken“ und ihre Tätigkeit zu „kontrollieren“. In Wirklichkeit unterstützte die „*Kontaktkommission*“ die bürgerliche Politik der Provisorischen Regierung und war bestrebt, die

Arbeitermassen vom aktiven revolutionären Kampf für den Übergang der ganzen Macht an die Sowjets abzuhalten. Der „Kontaktkommission“ gehörten Tschcheidse, Steklow, Suchanow, Filippowski und Skobelew (später auch Tschernow und Zereteli) an. Die „Kontaktkommission“ bestand bis zum Mai 1917, als die Vertreter der Menschewiki und Sozialrevolutionäre unmittelbar in die bürgerliche Provisorische Regierung eintraten. 84

- ⁴⁹ Lenin bezieht sich auf ein Telegramm des Ministers für Landwirtschaft, A. I. Schingarjow, an das Rananburger Kreisexekutivkomitee im Gouvernement Rjasan. Durch dieses Telegramm wurde der Beschluß des Exekutivkomitees aufgehoben, die unter Verwendung von Lohnarbeit bestellten Ländereien der Gutsbesitzer als Pachtland in die Nutzung der Bauern zu überführen und das landwirtschaftliche Inventar, die Pferde und das Saatgut gegen Bezahlung ihres Wertes zu requirieren.

Lenin entlarvte in seinen Artikeln den volksfeindlichen Charakter dieser Maßnahme der bürgerlichen Provisorischen Regierung. (Siehe W. I. Lenin, „Freiwillige Vereinbarung‘ zwischen Gutsbesitzern und Bauern?“, vorliegender Band, S. 120.) 89

- ⁵⁰ „The Times“ — einflußreiche Tageszeitung konservativer Kreise der englischen Bourgeoisie, die seit 1785 in London erscheint. 97

- ⁵¹ Es handelt sich um die Deklaration der Provisorischen Regierung über den Krieg, die am 28. und 29. März (10. und 11. April) 1917 in den zentralen Zeitungen veröffentlicht wurde. 98

- ⁵² *Militärkongreß in Minsk* nennt Lenin den Kongreß der Militär- und Arbeiterdeputierten der Armee und des Hinterlands der Westfront, der vom 7. bis 16. (20. bis 29.) April 1917 in Minsk stattfand. Auf dem Kongreß waren etwa 1200 Delegierte anwesend.

In dem Bestreben, die Soldatenmassen für die Revolution zu gewinnen, nahmen die Bolschewiki an den Arbeiten des Kongresses teil. Unter den Delegierten des Kongresses überwogen die Mitglieder der Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre und mit ihnen Sympathisierende, was den Charakter seiner Beschlüsse bestimmte. In den wichtigsten Fragen der Tagesordnung (über den Krieg und über die Stellung zur Provisorischen Regierung) gab der Kongreß den paktiererischen Resolutionen der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets, die Ende März — Anfang April 1917 in Petrograd stattgefunden hatte, seine Zustimmung, das heißt, er stellte sich auf die Position der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ und sprach sich für die Unterstützung der bürgerlichen Provisorischen Regierung aus. 100

- ⁵³ Es handelt sich um das Referat, das Lenin am 4. (17.) April 1917 in einer gemeinsamen Versammlung bolschewistischer und menschewistischer Delegierter der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets hielt. (Siehe den vorliegenden Band, S. 3—8, 24/25.) 104
- ⁵⁴ „*Delo Naroda*“ (Die Sache des Volkes) — Tageszeitung, Organ der Partei der Sozialrevolutionäre, die unter verschiedenen Namen von März 1917 bis Juni 1918 in Petrograd erschien. Die Zeitung wurde im Oktober 1918 in Samara (drei Nummern) und im März 1919 in Moskau (zehn Nummern) erneut herausgegeben. Dann wurde die Zeitung wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verboten. 107
- ⁵⁵ Der Aufruf „*Gegen die Pogromhetzer*“, eine Bearbeitung des Aufrufs „An die Soldaten und Matrosen“ (siehe den vorliegenden Band, S. 110—112), wurde am 14. (27.) April 1917 von der Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B) in der außerordentlichen Debatte zu Punkt 6 der Tagesordnung „Die Hetze gegen die „Prawda““ beschlossen. 113
- ⁵⁶ Das Telegramm des Ministers A. I. Schingarjow wurde in Nr. 33 der Zeitung „*Den*“ vom 14. April 1917 veröffentlicht und am gleichen Tage im Leitartikel der „*Prawda*“ Nr. 32 erwähnt.
„*Den*“ (Der Tag) — Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung. Wurde — vom Bankkapital finanziert — unter Mitwirkung liquidatorischer Menschewiki ab 1912 in Petersburg herausgegeben. Nach dem Februar 1917 ging die Zeitung völlig in deren Hände über. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten und erschien danach unter anderen Titeln bis Mai 1918. 120
- ⁵⁷ „*Malenkaja Gaseta*“ (Die kleine Zeitung) — bürgerliche Tageszeitung, die von September 1914 bis Juli 1917 in Petrograd erschien. 121
- ⁵⁸ Die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(Bolschewiki) fand vom 14. bis 22. April (27. April bis 5. Mai) 1917 statt. An der Konferenz nahmen 57 Delegierte teil. Die Tagesordnung der Konferenz lautete: die politische Lage; die Stellung zum Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und die Frage seiner Reorganisierung; der Aufbau der Parteioorganisation; das Verhältnis zur Sozialdemokratie anderer Richtungen; die städtischen Wahlen; die Hetze gegen die „*Prawda*“. Das Referat zur politischen Lage hielt W. I. Lenin.
Die Konferenz billigte die Aprilthesen Lenins und legte sie ihrer Arbeit zugrunde. 125
- ⁵⁹ Der „*Sozial-Demokrat*“, das Zentralorgan der SDAPR, wurde als illegale Zeitung vom Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen

58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zunächst in Paris und später in Genf. Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluß des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten. Im „Sozial-Demokrat“ wurden über achtzig Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. Innerhalb der Redaktion kämpfte Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Ein Teil der Redakteure (Kamenew und Sinowjew) verhielt sich versöhnlicherisch zu den Liquidatoren und versuchte die Leninsche Linie zu hintertreiben. Die menschestischen Mitglieder der Redaktion, Martow und Dan, sabotierten die Arbeit in der Redaktion des Zentralorgans und verteidigten gleichzeitig in ihrer Fraktionszeitung „Golos Sozial-Demokrata“ (Die Stimme des Sozialdemokraten) offen das Liquidatorenentum. Der unversöhnliche Kampf Lenins gegen die Liquidatoren führte im Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion des „Sozial-Demokrat“. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat“ von W. I. Lenin redigiert. 128

⁶⁰ Kongreß der Bauerndeputierten nennt Lenin die Beratung der Vertreter der bäuerlichen Organisationen und der Sowjets der Bauerndeputierten vom 12. bis 17. (25. bis 30.) April 1917 in Petrograd. Die Beratung beschäftigte sich mit der Vorbereitung des Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten, der vom 4. bis 28. Mai (17. Mai bis 10. Juni) 1917 stattfand. 154

⁶¹ Lenin meint den Gesamtrussischen Genossenschaftskongreß vom 25. bis 28. März (7. bis 10. April) 1917 in Moskau. An dem Kongreß nahmen etwa 800 Delegierte teil. Der Kongreß behandelte die Frage der Organisation eines Gesamtrussischen Genossenschaftsverbandes, die Mitwirkung der genossenschaftlichen Organisationen bei der Lösung der Ernährungsfrage, die Teilnahme der Genossenschaften an den Vorbereitungen zur Konstituierenden Versammlung und andere Fragen. Vorherrschenden Einfluß hatten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre. Der Kongreß trat für die Teilnahme der Genossenschaften an den Vorbereitungen zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung, für die Unterstützung der Provisorischen Regierung und die Fortsetzung des imperialistischen Weltkriegs ein.

Die Einstellung des Kongresses zur Organisation von Sowjets der Bauerndeputierten als der besten Form der Massenorganisation der Bauernschaft, die W. I. Lenins Aufmerksamkeit auf sich zog, war in der Resolution zu dem Referat „Über die Teilnahme der Genossenschaften an der Erneuerung des Landes“ zum Ausdruck gekommen. 154

⁶² „*Finansowaja Gaset*a“ (Finanzzeitung) — Abendblatt, das von 1915 bis 1917 in Petrograd erschien. 164

- ⁶³ Lenin bezieht sich auf einen Ausspruch M. J. Saltykow-Schtschedrins über Frankreich in den Skizzen „Im Ausland“. (Siehe M. J. Saltykow-Schtschedrin, *Ausgewählte Werke*, 1947, S. 407, russ.) 167
- ⁶⁴ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1959, S. 492. 169
- ⁶⁵ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1958, S. 22/23. 182
- ⁶⁶ „*Nowaja Shisn*“ (Neues Leben) — Tageszeitung menschewistischer Richtung, Organ einer Gruppe von Sozialdemokraten, sogenannter „Internationalisten“, die die menschewistischen Anhänger Martows und intellektuelle Einzelgänger halbenschewistischer Prägung vereinigte. Die Gruppe der „*Nowaja Shisn*“ schwankte ständig zwischen den Paktierern und den Bolschewiki.
Die „*Nowaja Shisn*“ erschien ab April 1917 in Petrograd; nach der Oktoberrevolution nahm sie gegenüber der Sowjetmacht eine feindliche Haltung ein und wurde im Juli 1918 verboten. 184
- ⁶⁷ „*Gaseta-Kopejka*“ (Kopekenzeitung) — bürgerliches Boulevardblatt; erschien seit 1908 täglich in Petersburg und wurde im Jahre 1918 verboten. 197
- ⁶⁸ „*Birshewyje Wedomosti*“ (Börsennachrichten) — bürgerliche Tageszeitung, die ab 1880 in Petersburg erschien. Der Kurzname „*Birshowka*“ wurde zum Gattungsnamen und kennzeichnete die Prinzipienlosigkeit und Feilheit der bürgerlichen Presse. Ende Oktober 1917 wurde die Zeitung vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 206
- ⁶⁹ Das Interview, das Lenin E. Torniainen gab, wurde in Nr. 122 der finnischen sozialdemokratischen Zeitung „*Työmies*“ (Der Arbeiter) vom 8. Mai 1917 als Korrespondentenbericht unter der Überschrift „Interview mit russischen Revolutionären“ mit folgender Einleitung des Korrespondenten veröffentlicht:
„In der Redaktion der ‚Prawda‘ traf ich Gen. Lenin, von dem in den letzten Tagen in Rußland viel gesprochen wurde. Wegen Zeitmangels wollte Lenin nur kurz mit mir sprechen. Meine Fragen beantwortete er wie folgt: . . .“
Die Zeitung „*Työmies*“ erschien von März 1895 bis 1918 in Helsingfors. 210
- ⁷⁰ Lenin meint die Abenteurertaktik einer kleinen Gruppe von Mitgliedern des Petrograder Parteikomitees (Bogdatjew u. a.), die während der Aprildemonstration 1917 entgegen der Einstellung der Partei auf eine friedliche

Entwicklung der Revolution in dieser Periode die Losung des sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung aufstellte. Das Verhalten der Gruppe wurde vom Zentralkomitee der SDAPR (Bolschewiki) verurteilt. 211

- ⁷¹ Die *Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz)* fand vom 24. bis 29. April (7. bis 12. Mai) 1917 in Petrograd statt. An der Konferenz nahmen 133 Delegierte mit beschließender und 18 mit beratender Stimme teil, die 80 000 Parteimitglieder vertraten. Es war die erste legale Konferenz der Bolschewiki, die ihrer Bedeutung nach einem Parteitag gleichkam.

Lenin hielt Referate und Reden zu allen Hauptfragen der Tagesordnung. Die Konferenz nahm die Leninschen Entwürfe der Resolutionen über den Krieg, über die Stellung zur Provisorischen Regierung, über die politische Lage, über eine Revision des Parteiprogramms, zur Agrarfrage, über die Vereinigung der Internationalisten gegen den kleinbürgerlichen Block der Vaterlandsverteidiger, über die Sowjets, zur nationalen Frage und zu dem Vorschlag von Borgbjerg an.

Das Referat zur nationalen Frage hielt Stalin. Lenin entlarvte die kapitulantenhafte menschwistische Position Kamenews und Rykows, die in der Konferenz gegen die sozialistische Revolution auftraten; er unterzog die Ansichten Pjatakows, der sich gegen die Politik der Partei in der nationalen Frage wandte und bereits während des Krieges gemeinsam mit Bucharin eine nationalchauvinistische Haltung eingenommen hatte, einer vernichtenden Kritik. Pjatakow und Bucharin waren gegen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung. Lenin verurteilte entschieden das Auftreten Sinowjews, der sich für die Zusammenarbeit der Bolschewiki mit den Zimmerwaldern und gegen die Organisation einer neuen, einer Kommunistischen Internationale aussprach.

Die Aprilkonferenz legte ihrer Arbeit Lenins Aprilthesen zugrunde. Sie bestimmte die Linie der Partei in allen Grundfragen der Revolution und orientierte die Partei auf den Kampf um das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische. 213

- ⁷² Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 307 bis 309. 228
- ⁷³ Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-entwurfes 1891“, in Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 78. 229
- ⁷⁴ Die Frage der Einberufung einer solchen Konferenz entstand im April 1917. Der dänische Sozialdemokrat Borgbjerg kam nach Petrograd und lud im

Namen des Vereinigten Komitees der Arbeiterparteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens die sozialistischen Parteien Rußlands ein, sich an einer Konferenz zu beteiligen, die zur Frage des Friedensschlusses nach Stockholm einberufen werden sollte. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nahmen Borgbjergs Vorschlag an. Auf Initiative Lenins lehnte die Aprilkonferenz Borgbjergs Vorschlag entschieden ab, sie entlarvte Borgbjerg als Agenten des deutschen Imperialismus. 236

⁷⁵ Die Frage der Abänderung des im Jahre 1903 auf dem II. Parteitag der SDAPR angenommenen Parteiprogramms warf Lenin bereits in den Aprilthesen auf. Die Gesamtrussische Aprilkonferenz nahm auf Vorschlag Lenins eine allgemeine Resolution über die Notwendigkeit der Abänderung des Programms an, legte die Grundrichtung dieser Abänderungen fest und rief die Parteimitglieder zur aktiven Teilnahme an der Ausarbeitung eines neuen Programms auf. Zu diesem Zweck wurde bald nach der Konferenz die Broschüre „Materialien zur Revision des Parteiprogramms“ unter der Redaktion und mit einem Vorwort W. I. Lenins herausgegeben.

Die Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms wurde erst nach der Oktoberrevolution abgeschlossen, und das Programm wurde im März 1919 auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) angenommen. 269

⁷⁶ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1959, S. 40. 269

⁷⁷ Es handelt sich um die Ende 1907 geschriebene Arbeit Lenins „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 13, S. 195–396, russ. [deutsche Ausgabe, Berlin 1952].) 1908 wurde die Schrift in Petersburg gedruckt, aber bereits in der Druckerei von der Polizei beschlagnahmt und vernichtet. Es blieb nur ein Exemplar erhalten. Die Schrift erschien erstmalig 1917. 275

⁷⁸ Es handelt sich um die Teilnahme an der in Aussicht genommenen dritten Konferenz der internationalistischen Sozialisten, die für den 18. Mai 1917 nach Stockholm einberufen worden war, aber erst im August 1917 stattfand. Auf Beschluß der Aprilkonferenz nahmen die Bolschewiki an der Konferenz teil. Lenin war mit diesem Beschluß nicht einverstanden und stimmte gegen die Resolution über die Lage in der Internationale und die Aufgaben der SDAPR(B). Lenin stimmte, wie er bereits in seiner Broschüre „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ (siehe den vorliegenden Band, S. 67/68) erklärt hatte, lediglich einer eventuellen Teilnahme der Bolschewiki an dieser Konferenz ausschließlich zu Informationszwecken

zu. In dem im Mai 1917 geschriebenen Nachwort zu dieser Broschüre hob Lenin die Fehlerhaftigkeit des genannten Beschlusses der Konferenz hervor. (Siehe den vorliegenden Band, S. 75/76.) 297

⁷⁹ Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-entwurfes 1891“, in Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 78. 299

⁸⁰ Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-entwurfes 1891“, in Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 84. 316

⁸¹ Es handelt sich um einen Beschluß des zu dieser Zeit von Menschewiki und Sozialrevolutionären geführten Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Teilnahme an der Vorbereitung einer Konferenz von Sozialisten der kriegführenden Länder zur Frage des Friedens. Die Konferenz sollte auf Initiative des dänischen Sozialdemokraten Borgbjerg, eines Agenten des deutschen Imperialismus, einberufen werden. Auf der Aprilkonferenz der SDAPR(B) nahm Lenin scharf gegen den Vorschlag Borgbjergs Stellung und zeigte das imperialistische Wesen dieses Vorschlags auf. Die von Lenin vorgelegte Resolution wurde von der Konferenz angenommen. (Siehe den vorliegenden Band, S. 240–243.) Die geplante Konferenz fand nicht statt. 317

⁸² *Petrograder Seite* — Stadtbezirk Petrograds, wo das Zentralkomitee und das Petrograder Komitee der Partei der Bolschewiki, die Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B), der Soldatenklub und andere Organisationen der Arbeiter und Soldaten im ehemaligen Palais der Krzesinska ihren Sitz hatten. 320

⁸³ „Beruhigungspapierchen“ nennt Lenin eine am 22. April (5. Mai) 1917 in den zentralen Zeitungen veröffentlichte Mitteilung der Provisorischen Regierung, die die Note des Außenministers P. N. Miljukow vom 18. April (1. Mai) 1917 „erläutern“ sollte. Mit dieser „Erläuterung“ wollte die Provisorische Regierung den imperialistischen Charakter der Note, in der die Fortsetzung des Krieges „bis zum endgültigen Sieg“ proklamiert wurde, vertuschen und die erregten Massen beruhigen. 326

⁸⁴ Die „Radikale und Radikalsozialistische Partei“ Frankreichs, die sich im Jahre 1901 organisatorisch konstituiert hatte, vertrat die Interessen der kleinen und mittleren Bourgeoisie. Lenin bemerkte, daß die französischen Radikalsozialisten „gegen die französischen Kadetten ‚Krieg führten‘, um dann, zu Ministerposten gelangt, ganz genauso zu handeln wie die französischen Kadetten“. 345

- ⁸⁵ Gemeint ist eine private Beratung von Mitgliedern der IV. Reichsduma am 4. (17.) Mai 1917 in Petrograd, an der etwa hundert Abgeordnete aus allen Fraktionen außer den Bolschewiki teilnahmen. 359
- ⁸⁶ „*Wetscherneje Wremja*“ (Die Abendzeit) — Abendzeitung reaktionärer Richtung, gegründet von A. S. Suworin; erschien von 1911 bis 1917 in Petersburg. 362
- ⁸⁷ Lenin meint den Eintritt von Vertretern „sozialistischer“ Parteien in die am 5. (18.) Mai 1917 gebildete Provisorische Koalitionsregierung: I. G. Zeretelis und M. I. Skobelevs von den Menschewiki, A. F. Kerenskis und W. M. Tschernows von den Sozialrevolutionären, P. N. Perewersews (den Sozialrevolutionären nahestehend) und A. W. Peschekonows von der Partei der „Volkssozialisten“. 381
- ⁸⁸ „*Zwischengruppe*“ — zwischenbezirkliche sozialdemokratische Organisation, die 1913 in Petersburg entstand. Ihr gehörten menschewistische Troztkisten und ein Teil ehemaliger Bolschewiki an, die sich von der Partei abgespalten hatten. Während des ersten Weltkriegs nahm die „Zwischengruppe“ eine zentristische Position ein und kämpfte gegen die Bolschewiki. 1917 erklärte sich die „Zwischengruppe“ mit der Linie der bolschewistischen Partei einverstanden. Daher bildeten die Bolschewiki bei den Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas im Mai 1917 mit ihr einen Block. Auf dem VI. Parteitag wurde die „Zwischengruppe“ in die SDAPR(B) aufgenommen. 387
- ⁸⁹ Die Erklärung der „neuen“ Provisorischen Koalitionsregierung wurde am 6. (19.) Mai 1917 in den zentralen Zeitungen veröffentlicht. In Paragraph 3 dieses Dokuments hieß es: „Die Provisorische Regierung wird unbeirrbar und entschlossen gegen die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes ankämpfen, indem sie die weitere planmäßige Durchführung der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle der Produktion, des Verkehrswesens, des Austauschs und der Verteilung der Produkte sicherstellt; nötigenfalls wird sie auch selbst die Organisation der Produktion in Angriff nehmen.“ 394
- ⁹⁰ Siehe Clausewitz, „Vom Kriege“, Erstes Buch, Berlin 1957, S. 34. 396
- ⁹¹ „*l'Humanité*“ — von J. Jaurès 1904 als Organ der Sozialistischen Partei Frankreichs gegründete Pariser Tageszeitung. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 befand sich die Zeitung in Händen des extrem rechten Flügels der Sozialistischen Partei Frankreichs und nahm eine sozialchauvinistische Stellung ein. Bald nach der Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag im Dezember 1920 und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde die Zeitung deren Organ. Seitdem ist sie das Zentralorgan der Kommunistischen Partei. 401

- ⁹² „*Semlja i Wolja*“ (Land und Freiheit) — Zeitung der Sozialrevolutionäre, die von März 1917 bis Mai 1918 in Moskau erschien. 405
- ⁹³ „*Zivilliste*“ — für den Unterhalt des Monarchen und seines Hofes bestimmter Teil des Staatshaushalts in konstitutionell-monarchistischen Staaten. 410
- ⁹⁴ Der Kongreß der Frontdelegierten, der vom 12. bis 17. (25. bis 30.) Mai 1917 in Petrograd stattfand, befaßte sich mit den Fragen des Krieges, der Verbrüderung der Soldaten an der Front, der Deserteure, der Kriegsgefangenen usw. Der Kongreß trat für die Organisation einer Frontsektion beim Petrograder Sowjet bis zur Bildung des Gesamtrussischen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ein. Unter dem Einfluß der Menschewiki und Sozialrevolutionäre stehend, sprach er sich gegen die Verbrüderung der Soldaten an der Front und für die Fortsetzung des Krieges aus. 421
- ⁹⁵ „*Priboi*“ (Die Brandung) — legaler bolschewistischer Verlag, der Anfang 1913 in Petersburg gegründet wurde und bis zum Sommer 1914 bestand; der Verlag nahm im Jahre 1917 seine Tätigkeit wieder auf.
 „*Prosweschtschenije*“ (Die Aufklärung) — bolschewistische theoretische Zeitschrift, die von 1911 bis 1914 legal in Petersburg erschien. Die engsten Mitarbeiter der Zeitschrift waren Lenin und Stalin. Im Herbst 1917 erschien Nr. 1/2 der Zeitschrift. Danach wurde die Herausgabe eingestellt. Wenn Lenin die Zeitschrift „*Kommunist*“ erwähnt, spielt er auf die Absicht an, die Zeitschrift entweder unter dem Titel „*Prosweschtschenije*“ oder unter dem Titel „*Kommunist*“ herauszugeben. 431
- ⁹⁶ *Musbik Wredny* — Pseudonym des Dichters J. A. Pridworow, allgemein bekannt unter dem Pseudonym Demjan Bedny. 435
- ⁹⁷ „*Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow*“ (Nachrichten des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten) — Tageszeitung, offizielles Organ des Sowjets der Bauerndeputierten; erschien von Mai bis Dezember 1917 in Petrograd. Die Zeitung vertrat die Ansichten des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre. 449
- ⁹⁸ Lenin verweist auf seinen Artikel „Eine grundsätzliche Frage“ (siehe den vorliegenden Band, S. 540/541), in dem er ein diesbezügliches Zitat aus Friedrich Engels' Arbeit „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-entwurfes 1891“ anführt. (Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-entwurfes 1891“, in Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 85.) 462
- ⁹⁹ Der Erste Gesamtrussische Kongreß der Bauerndeputierten fand vom 4. bis 28. Mai (17. Mai bis 10. Juni) 1917 in Petrograd statt. Auf dem Kon-

groß waren 1115 Delegierte der Gouvernements und verschiedener Truppenteile anwesend. Die Bolschewiki nahmen an den Arbeiten des Kongresses aktiv teil, sie entlarvten die imperialistische Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und das Paktierertum der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Doch die Vorherrschaft der Sozialrevolutionäre bestimmte den Charakter aller Kongreßbeschlüsse. Der Kongreß billigte die Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und den Eintritt der „Sozialisten“ in die Provisorische Regierung, er trat für die Fortsetzung des Krieges „bis zum siegreichen Ende“ und für eine Offensive an der Front ein. Der Kongreß sprach sich gegen eine sofortige Übergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauern aus und schob die Lösung der Bodenfrage bis zur Konstituierenden Versammlung auf. 483

- ¹⁰⁰ Das *Hauptbodenkomitee* wurde im April 1917 von der bürgerlichen Provisorischen Regierung gebildet. Dem Hauptbodenkomitee oblag die allgemeine Leitung bei der Sammlung und Ausarbeitung von Materialien für eine Bodenreform. In der Praxis jedoch war die wichtigste Aufgabe des Hauptbodenkomitees der Kampf gegen die Bauernbewegung für die Besitzergreifung der Gutsbesitzerländereien.

Dem Hauptbodenkomitee gehörten die führenden Beamten des Landwirtschaftsministeriums und andere von der Regierung ernannte Beamte, Vertreter der Gouvernementsbodenkomitees und Vertreter der politischen Parteien an. Die überwiegende Mehrheit seiner Mitglieder waren Kadetten und Sozialrevolutionäre. Nach der Oktoberrevolution kämpfte das Hauptbodenkomitee gegen die Durchführung des Leninschen Dekrets über den Grund und Boden; es wurde im Dezember 1917 auf Beschluß des Rats der Volkskommissare aufgelöst. 488

- ¹⁰¹ „*Wedomosti Obschtschestwennowo Gradonatschalstwa*“ (Nachrichten der Stadthauptmannschaft) — Tageszeitung, offizielles Organ der Stadthauptmannschaft von Petrograd; erschien seit dem 8. (21.) März 1917 als Fortsetzung der seit 1839 herausgegebenen „*Wedomosti Sankt-Peterburgskoi Gorodskoi Polizii*“ (Nachrichten der St.-Petersburger Stadtpolizei), die mehrmals ihren Namen geändert hatten. Seit dem 22. Juni (5. Juli) 1917 trug die Zeitung den Titel „*Westnik Gorodskowo Samouprawlenija*“ (Nachrichten der Städtischen Selbstverwaltung). Die Zeitung unterstützte bedingungslos die Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung. Sie wurde bald nach der Oktoberrevolution verboten. 511

- ¹⁰² Die Gruppe „*Jedinstwo*“ (Einheit) formierte sich organisatorisch im März 1917. Die führende Rolle in dieser Gruppe spielten G. W. Plechanow, G. A. Alexinski sowie die früheren Liquidatoren A. F. Burjanow und N. I. Jor-

danski. Die Gruppe „Jedinstwo“, die extrem rechte menschewistische Vaterlandsverteidiger vereinigte, unterstützte vorbehaltlos die bürgerliche Provisorische Regierung, sie forderte die Fortsetzung des imperialistischen Krieges „bis zum vollen Sieg“ und hetzte gemeinsam mit den Schwarzhunderten gegen die Bolschewiki. In den Tagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beteiligten sich Mitglieder der Gruppe an dem konterrevolutionären „Komitee zur Rettung des Vaterlands und der Revolution“. 512

¹⁰³ Die „Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung“ schrieb Lenin für die bevorstehende Konferenz der Betriebskomitees. Sie wurde am 25. Mai (7. Juni) 1917 in der Moskauer bolschewistischen Zeitung „Sozial-Demokrat“ mit der Unterschrift des Zentralkomitees der Partei veröffentlicht. Am 1. (14.) Juni 1917 wurde die Resolution von der Konferenz der Betriebskomitees angenommen und am darauffolgenden Tag in Nr. 71 der „Prawda“ veröffentlicht. 516

¹⁰⁴ Lenin zitiert aus Friedrich Engels' Arbeit „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891“. (Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 84/85.) 541

¹⁰⁵ Gemeint sind die Antwortnoten der französischen und der englischen Regierung auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März (9. April) 1917 und auf die Note vom 18. April (1. Mai) 1917 über den Krieg. Mitteilungen über die Antwortnoten der französischen und der englischen Regierung wurden am 27. und 28. Mai (9. und 10. Juni) 1917 in der Presse veröffentlicht. 550

¹⁰⁶ Siehe A. I. Herzen, Vollständige Sammlung der Werke und Briefe, Bd. XVI, 1920, S. 126, russ. 573

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN

W. I. LENINS

(April bis Juni 1917)

3. (16.) April Lenin kehrt aus der Schweiz nach Rußland zurück. Auf der Station Beloostrow wird er von einer Petrograder Arbeiterdelegation begrüßt. Auf dem Bahnhof hält Lenin eine kurze Begrüßungsansprache.
- Spät abends kommt Lenin in Petrograd an. Auf dem Finnländischen Bahnhof bereiten ihm Petrograder Arbeiter, Soldaten und Matrosen einen feierlichen Empfang.
- Lenin hält auf dem Bahnhofsvorplatz von einem Panzerauto aus eine Rede, er begrüßt das russische revolutionäre Proletariat und die Armee und ruft sie zum Kampf für die sozialistische Revolution auf.
- In der Nacht vom* Lenin nimmt im Palais der Krzesinska an einer anlässlich
3. zum 4. (16. seiner Ankunft einberufenen feierlichen Versammlung Petrograder Parteiarbeiter teil, er spricht über die neuen Aufgaben der Partei der Bolschewiki.
zum 17.) April
4. (17.) April Lenin spricht in einer Versammlung bolschewistischer Delegierter der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Er verliest und erläutert seine Thesen über die Aufgaben des revolutionären Proletariats (Aprilthesen).
- In einer gemeinsamen Sitzung bolschewistischer und menschewistischer Delegierter der Beratung der Sowjets wiederholt Lenin seine Ausführungen und verliest seine Thesen.
5. (18.) April In Nr. 24 der „Prawda“ erscheint unter der Überschrift „Wie wir gereist sind“ Lenins Bericht an das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets.

6. (19.) April In Nr. 25 der „Prawda“ wird mitgeteilt, daß Lenin als Mitglied der Redaktion des Zentralorgans nach seiner Rückkehr aus der Emigration die Arbeit in der Redaktion der „Prawda“ aufgenommen hat.
Lenins Artikel „Zwei Welten“ erscheint in Nr. 25 der „Prawda“.
7. (20.) April Lenins Artikel „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“, der die berühmten Aprilthesen beinhaltet, erscheint in Nr. 26 der „Prawda“.
8. (21.) April Lenins Artikel „Louis-Blanc-Politik“ wird in Nr. 27 der „Prawda“ veröffentlicht.
9. (22.) April Lenins Artikel „Über die Doppelherrschaft“ wird in Nr. 28 der „Prawda“ veröffentlicht.
- Zwischen dem 8. und 13. (21. und 26.) April Lenin schreibt die Broschüre „Briefe über die Taktik“. Die Broschüre erscheint Ende April 1917.
10. (23.) April Lenin beendet die Broschüre „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)“. Die Broschüre erscheint im September 1917.
Lenin spricht auf einem Meeting des Ismailowo-Regiments über die politische Lage.
- Anfang April Lenin schreibt die Broschüre „Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats“. Die Broschüre erscheint im Juni 1917.
12. (25.) April Lenins Artikel „Eine schamlose Lüge der Kapitalisten“ erscheint in Nr. 30 der „Prawda“.
13. (26.) April Lenins Artikel „Der Krieg und die Provisorische Regierung“ und „In den Fußtapfen der „Russkaja Wolja““ werden in Nr. 31 der „Prawda“ veröffentlicht.
14. (27.) April Lenins Artikel „Der Lügenbund“, „Banken und Minister“ und „Eine wichtige Enthüllung“ werden in Nr. 32 der „Prawda“ veröffentlicht.
- Zwischen dem 11. und 14. (24. und 27.) April Lenin schreibt im Zusammenhang mit der Lügen- und Verleumdungskampagne, die die bürgerlichen Zeitungen anläßlich der Durchreise der nach Rußland zurückgekehrten poli-

tischen Emigranten durch Deutschland betrieben, den Aufruf „An die Soldaten und Matrosen“.

15. (28.) April In Nr. 33 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Bürger! Begreift, worin die Methoden der Kapitalisten aller Länder bestehen!“, „Freiwillige Vereinbarung“ zwischen Gutsbesitzern und Bauern?“ und „Eine ehrliche Stimme im Chor der Verleumder“.

Lenins Artikel „Die Soldaten und der Grund und Boden“ erscheint in Nr. 1 der „Soldatskaja Prawda“.

Lenin spricht auf einem Meeting der Soldaten einer Panzerwagenabteilung in der Michail-Manege und entlarvt die von der Provisorischen Regierung betriebene imperialistische Politik der Fortsetzung des Eroberungskrieges.

- 14.—22. April Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). Lenin nimmt an
(27. April bis den Arbeiten der Konferenz führenden Anteil; er wird zum
5. Mai) Ehrenvorsitzenden der Konferenz gewählt.

14. (27.) April In der ersten Sitzung der Konferenz hält Lenin das Referat und das Schlußwort über die politische Lage und die Stellung zur Provisorischen Regierung.

Der von Lenin verfaßte Aufruf „Gegen die Pogromhetzer. An die Arbeiter, die Soldaten und die gesamte Bevölkerung Petrograds“ wird von der Konferenz angenommen und, unterzeichnet vom Zentralkomitee und vom Petersburger Komitee der SDAPR(B), in Nr. 33 der „Prawda“ vom 15. April veröffentlicht.

15. (28.) April In der zweiten Sitzung der Konferenz ergreift Lenin zweimal das Wort, um den Entwurf einer Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung zu begründen. Die von Lenin vorgelegte Resolution wird von der Konferenz angenommen.

22. April In der vierten Sitzung der Konferenz spricht Lenin in der
(5. Mai) Diskussion zur Frage der Kommunalwahlen. Die Konferenz nimmt die von ihm vorgelegte Resolution an.

- Nicht nach dem Lenin schreibt den Entwurf einer Resolution der Petrograder Stadtkonferenz über die Stellung zu den Parteien der
22. April Sozialrevolutionäre, der Sozialdemokraten (Menschewiki),
(5. Mai)

- zur Partei der sogenannten „fraktionslosen“ Sozialdemokraten und zu anderen verwandten politischen Strömungen. Die Resolution wird in der vierten Sitzung der Konferenz angenommen.
22. April
(5. Mai) Der von Lenin vorgelegte Entwurf einer Resolution über den Krieg wird in der vierten Sitzung der Konferenz angenommen, es wird beschlossen, ihn der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz) zur Beschlußfassung vorzulegen.
16. (29.) April Lenins Artikel „Der Kongreß der Bauerndeputierten“ und „Zur Rückkehr der Emigranten“ erscheinen in Nr. 34 der „Prawda“.
17. (30.) April Lenin spricht in einer Sitzung der Soldatensektion des Petrograder Sowjets über die politische Lage.
18. April
(1. Mai) Lenins Artikel „Unsere Ansichten. Antwort auf eine Resolution der Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten“ wird in Nr. 35 der „Prawda“ veröffentlicht.
Lenin spricht vor Demonstranten auf dem Marsfeld über die Bedeutung des 1. Mai und über die Aufgaben der russischen Revolution.
Lenin spricht auf einer Maikundgebung zu den Arbeitern des Ohta-Werkes.
20. April
(3. Mai) Lenins Artikel „Wie sie sich an die Kapitalisten gebunden haben“, „Über die proletarische Miliz“ und „Zusammenbruch?“ erscheinen in Nr. 36 der „Prawda“.
Das Zentralkomitee der SDAPR(B) bestätigt die von Lenin verfaßte Resolution über die Krise anläßlich der Note der Provisorischen Regierung vom 18. April (1. Mai) 1917 sowie Lenins „Aufruf an die Soldaten aller kriegführenden Länder“. Beide werden am 4. Mai (21. April) in Nr. 37 der „Prawda“ veröffentlicht.
21. April
(4. Mai) In Nr. 37 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Die Note der Provisorischen Regierung“, „Eine Grundfrage (Wie Sozialisten urteilen, die auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen sind)“, „Mit Heiligenbildern gegen Kanonen, mit Phrasen gegen das Kapital“, „Die Logik des Bürgers

W. Tschernow" und „Mißglückte Versuche des Herrn Plechanow, sich aus der Affäre zu ziehen“.

Das Zentralkomitee der SDAPR(B) bestätigt die von Lenin vorgelegte Resolution über die Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit der Krise der Provisorischen Regierung. Die Resolution wird am 5. Mai (22. April) in Nr. 38 der „Prawda“ veröffentlicht.

22. April
(5. Mai)

In Nr. 38 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Die ehrlichen Vaterlandsverteidiger heute“, „Wahnsinnige Kapitalisten oder schwachsinnige Sozialdemokraten?“ und „Der Ratschlag oder Befehl Schingarjows und der Ratschlag eines örtlichen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“.

Das Zentralkomitee der SDAPR(B) bestätigt die von Lenin vorgelegte Resolution über die Ergebnisse der Aprilkrise. Die Resolution wird am 6. Mai (23. April) in Nr. 39 der „Prawda“ veröffentlicht.

23. April
(6. Mai)

In Nr. 39 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Die Lehren der Krise“, „Wie verwirrt man eine klare Frage?“ und „Was die Kapitalisten und was die Proletarier unter ‚Schmach‘ verstehen“.

Lenin gibt E. Torniainen, Redakteur der finnischen sozialdemokratischen Zeitung „Työmies“, ein Interview.

Lenin nimmt an einer Vorbesprechung der Teilnehmer der Gesamtrussischen Parteikonferenz teil; er ergreift das Wort zur politischen Lage.

25. April
(8. Mai)

Lenins Artikel „Unkluge Schadenfreude“ wird in Nr. 40 der „Prawda“ veröffentlicht.

24.—29. April
(7.—12. Mai)

Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz). Lenin nimmt an den Arbeiten der Konferenz führenden Anteil; er wird ins Präsidium der Konferenz gewählt.

24. April
(7. Mai)

Lenin eröffnet die Konferenz mit einer kurzen Ansprache.

In der ersten Sitzung der Konferenz hält Lenin ein Referat zur politischen Lage und bringt Resolutionsentwürfe über die Stellung zur Provisorischen Regierung und über den Krieg ein.

In der Abendsitzung der Konferenz hält Lenin das Schlußwort zum Referat über die politische Lage.

Lenin wird in die mit der Abfassung der Resolutionen beauftragte Redaktionskommission gewählt.

25. April
(8. Mai) Lenin hält in der dritten Sitzung der Konferenz eine Rede über den Plan der Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz. Er bringt einen Resolutionsentwurf ein, der von der Konferenz angenommen wird.

In der vierten Sitzung der Konferenz spricht Lenin zweimal in der Diskussion zur Frage der Stellung zu den Sowjets.

25./26. April
(8./9. Mai) Lenin schreibt den „Entwurf zu den Thesen der Resolution über die Sowjets“.

26. und 27. April
(9. und 10. Mai) Lenin nimmt an der Arbeit der Redaktionskommission teil.

27. April
(10. Mai) Lenin beteiligt sich an der Arbeit der Kommissionen. Er legt der Kommission zur Revision des Parteiprogramms einen Abänderungsvorschlag für den theoretischen und politischen Programmteil vor.

In der sechsten Sitzung der Konferenz begründet Lenin im Namen der Redaktionskommission die Resolution über den Krieg. Die von Lenin eingebrachte Resolution wird von der Konferenz angenommen.

28. April
(11. Mai) In der siebenten Sitzung der Konferenz hält Lenin zwei Referate: zur Revision des Parteiprogramms und zur Agrarfrage. Er bringt von ihm verfaßte und von den Kommissionen gebilligte Resolutionsentwürfe zu beiden Fragen ein, die von der Konferenz angenommen werden.

29. April
(12. Mai) In der achten Sitzung der Konferenz werden zwei Resolutionen Lenins: über die Vereinigung der Internationalisten gegen den kleinbürgerlichen Block der Vaterlandsverteidiger und über die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten angenommen.

In der neunten Sitzung der Konferenz wird Lenin in das Zentralkomitee der SDAPR(B) gewählt.

Lenin hält eine Rede über die nationale Frage; die von Lenin verfaßte Resolution wird von der Konferenz angenommen.

Lenin wendet sich in einer Rede gegen die von Sinowjew eingebrachte Resolution über die Lage in der Internationale.

Lenin begründet die Resolution über die politische Lage. Die von Lenin vorgelegte Resolution wird von der Konferenz angenommen.

Lenin hält die Schlußrede bei Beendigung der Konferenz.

28. April
(11. Mai) Lenins Artikel „Die Bedeutung der Verbrüderung“ und „Wohin die konterrevolutionären Schritte der Provisorischen Regierung führen“ erscheinen in Nr. 43 der „Prawda“.
29. April
(12. Mai) Lenins Artikel „Sozialchauvinisten und Internationalisten“, „I. G. Zereteli und der Klassenkampf“ und „Unruhe“ werden in Nr. 44 der „Prawda“ veröffentlicht.
2. (15.) Mai Lenins Artikel „Krise der Macht“ und „Finnland und Rußland“ erscheinen in Nr. 46 der „Prawda“.
3. (16.) Mai Lenins Artikel „Verteidigung des Imperialismus, bemäntelt mit süßlichen Phrasen“ und „Ein trauriges Dokument“ werden in Nr. 47 der „Prawda“ veröffentlicht.
Die Resolutionen der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz) werden mit einer von Lenin verfaßten Einleitung als Beilage zu Nr. 13 der „Soldatskaja Prawda“ veröffentlicht.
4. (17.) Mai Lenins Artikel „Wie dem Volke mit dem Bürgerschreck Angst gemacht wird“ erscheint in Nr. 48 der „Prawda“.
- Nicht vor dem
4. (17.) Mai Lenin schreibt Thesen anlässlich der Deklaration der Provisorischen Regierung über ihre Außen- und Innenpolitik.
5. (18.) Mai Lenins Artikel „Am Vorabend“ und „Die Hauptsache vergessen (Die Kommunalplattform der Partei des Proletariats)“ werden in Nr. 49 der „Prawda“ veröffentlicht.
- Vor dem
7. (20.) Mai Lenin schreibt einen Wählerauftrag für die in den Betrieben und Regimentern zu wählenden Deputierten zum Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

6. (19.) Mai In Nr. 50 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital oder Klassenkampf gegen das Kapital?“, „Eine feste revolutionäre Staatsmacht“, „Der Neugeborenen . . . , der ‚neuen‘ Regierung zum Angebinde“ und „Die ‚neue‘ Regierung bleibt bereits nicht nur hinter den revolutionären Arbeitern, sondern auch hinter der Masse der Bauernschaft zurück“.
7. (20.) Mai Lenins Artikel „Sie wollen uns zuvorkommen“ erscheint in Nr. 51 der „Prawda“.
Lenin schreibt den „Offenen Brief an die Delegierten des Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten“, der am 24. (11.) Mai 1917 in Nr. 19 der „Soldatskaja Prawda“ erscheint.
8. (21.) Mai Lenin spricht in einer Petrograder Stadtversammlung der SDAPR(B) über die Ergebnisse der Aprilkonferenz.
9. (22.) Mai Lenins Artikel „Faktischer Waffenstillstand“ wird in Nr. 52 der „Prawda“ veröffentlicht.
10. (23.) Mai In Nr. 53 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Geheimnisse der Außenpolitik“, „Einer der Geheimverträge“, „Ministerieller Ton“ und „Ein Napoleon wird gesucht“.
Lenin spricht in einer Konferenz der „Zwischengruppe“ über die Bedingungen einer Vereinigung der auf internationalistischem Boden stehenden sozialdemokratischen Gruppen und Strömungen mit der Partei der Bolschewiki.
11. (24.) Mai Lenins Artikel „Es hat sich nichts geändert“ erscheint in Nr. 54 der „Prawda“.
12. (25.) Mai Lenins Artikel „Ein trauriges Abweichen vom Demokratismus“ und „Über die Einberufung einer internationalen ‚sozialistischen‘ Konferenz unter Teilnahme der Sozialchauvinisten“ werden in Nr. 55 der „Prawda“ veröffentlicht.
Lenin spricht auf einer Kundgebung der Arbeiter der Putilow-Werke über die politische Lage.
Lenin spricht auf einer Kundgebung der Arbeiter der Admiralitätswerft, des Französisch-Russischen Werkes und anderer Betriebe über die politische Lage.

13. (26.) Mai Lenins Artikel „Die Partei des Proletariats bei den Wahlen zu den Bezirksdumas“ und „Was unsere Partei vor der Revolution über den Krieg erklärt hat“ erscheinen in Nr. 56 der „Prawda“.
14. (27.) Mai Lenins Artikel „Der wirtschaftliche Zusammenbruch droht“ erscheint in Nr. 57 der „Prawda“.
Lenin hält eine Lektion über das Thema „Krieg und Revolution“.
16. (29.) Mai Lenins Artikel „Verachtenswerte Methoden“ wird in Nr. 58 der „Prawda“ veröffentlicht.
16. und 17.
(29. und
30.) Mai Lenins Artikel „Die unvermeidliche Katastrophe und die maßlosen Versprechungen“ erscheint in Nr. 58 und 59 der „Prawda“.
17. (30.) Mai Lenin spricht auf einem Meeting der Arbeiter der Geschoßfabrik und anderer Betriebe über die politische Lage.
18. (31.) Mai In Nr. 60 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Zur Frage der Vereinigung der Internationalisten“, „Konfusion (Noch einmal über Annexionen)“, „Kampf gegen die Zerrüttung durch Vermehrung von Kommissionen“ und „Noch eine Abweichung vom Demokratismus“.
19. Mai (1. Juni) In Nr. 61 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Wie schüchtern die Kapitalisten das Volk ein?“, „Noch ein Verbrechen der Kapitalisten“ und „Lügen, nichts als Lügen“.
- Vor dem 20. Mai Lenin bereitet die Broschüre „Materialien zur Revision des
(2. Juni) Parteiprogramms“ zum Druck vor. Die Broschüre erscheint in der ersten Junihälfte 1917.
20. Mai (2. Juni) Lenin schreibt das Vorwort zu der Broschüre „Materialien zur Revision des Parteiprogramms“.
In Nr. 62 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Ist die Doppelherrschaft verschwunden?“ und „Über die ‚eigenmächtige Besitzergreifung‘ des Bodens (Schlechte Argumente der ‚Sozialrevolutionäre‘)“.
21. Mai (3. Juni) Lenin spricht vor den Arbeitern der „Skorochod“-Fabrik und anderer Betriebe der Moskauer Sastawa in Petrograd über die politische Lage und die Aufgaben des Proletariats.

22. Mai (4. Juni) Lenin hält auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Bauerndeputierten eine Rede zur Agrarfrage; er bringt im Namen der bolschewistischen Fraktion des Kongresses einen Resolutionsentwurf ein.
24. Mai (6. Juni) Lenins Artikel „Die Parteien bei den Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas“ erscheint in Nr. 64 der „Prawda“.
- Vor dem 25. Mai Lenin schreibt eine Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung, die der I. Petrograder Konferenz der Betriebskomitees vorgelegt werden soll. Die Resolution wird in der Moskauer bolschewistischen Zeitung „Sozial-Demokrat“ Nr. 64 vom 25. Mai (7. Juni) mit der Unterschrift des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki veröffentlicht.
25. Mai (7. Juni) Lenins Artikel „Abmachungen mit den Kapitalisten oder Sturz der Kapitalisten? (Wie der Krieg beendet werden kann)“ erscheint in Nr. 65 der „Prawda“.
27. Mai (9. Juni) In Nr. 67 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Die Stärke der Kette wird durch die Stärke ihres schwächsten Gliedes bestimmt“, „Man muß die Kapitalisten entlarven“, „Berichte über die wirtschaftliche Zerrüttung“ und „Taschenspielerkunststücke und Kunststücke politischer Prinzipienlosigkeit“.
28. Mai (10. Juni) In Nr. 68 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Die Schwarzhunderter für die Kadetten — die Menschewiki und Volkstümler in einer Regierung mit den Kadetten“, „Der schändliche Block der Menschewiki und Volkstümler mit dem ‚Jedinstwo‘“, „Die Konterrevolution geht zum Angriff über (‚Jakobiner ohne Volk‘)“, „Eine grundsätzliche Frage (‚Vergessene Worte‘ der Demokratie)“, „In Ermangelung einer sauberen, prinzipiellen Waffe greifen sie zu einer schmutzigen“.
- Lenin schreibt das Nachwort zu der Broschüre „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“.
30. Mai (12. Juni) Lenin spricht in einer Sitzung des Petersburger Komitees der SDAPR(B) und bringt Resolutionsentwürfe zur Frage eines besonderen Presseorgans des Petersburger Komitees ein.

31. Mai
(13. Juni) Lenins Artikel „Über die Schädlichkeit von Phrasen“ und „Wie die Kapitalisten das Volk verhöhnen“ werden in Nr. 69 der „Prawda“ veröffentlicht.
- Lenin schreibt im Zusammenhang mit dem Beschluß des Petersburger Komitees der SDAPR(B), getrennt vom ZK ein besonderes Presseorgan herauszugeben, den „Brief an die Bezirkskomitees der Petrograder Organisation der SDAPR (Bolschewiki)“.
- Lenin spricht auf der I. Petrograder Konferenz der Betriebskomitees zur Frage der Arbeiterkontrolle in der Industrie. Lenins Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung wird von der Konferenz angenommen.
- Lenin spricht in einer Sitzung der bolschewistischen Fraktion des I. Gesamtrussischen Sowjetkongresses über die politische Lage.
1. (14.) Juni Lenins Artikel „Die Rechtfertigung einer Schmach“, „Ein kleinbürgerlicher Standpunkt zur Frage der wirtschaftlichen Zerrüttung“ und „Der Splitter im Auge des anderen“ erscheinen in Nr. 70 der „Prawda“.
2. (15.) Juni Lenins Artikel „Das ist nicht demokratisch, Bürger Kerenski!“ wird in Nr. 71 der „Prawda“ veröffentlicht.
- Vor dem 4. (17.) Juni Lenin stellt den Plan einer Rede für den I. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auf.
3. (16.) Juni Lenins Artikel „Der Bolschewismus und die ‚Zersetzung‘ der Armee“ und „Über wen lacht ihr? Über euch selbst!“ erscheinen in Nr. 72 der „Prawda“.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	VII—VIII

April—Juni 1917

Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution	1—8
Thesen	3
Wie wir gereist sind	9—11
Zwei Welten	12—13
Entwurf eines Artikels oder einer Rede zur Verteidigung der Aprilthesen	14—15
Louis-Blanc-Politik	16—19
Über die Doppelherrschaft	20—23
Briefe über die Taktik	24—37
Vorbemerkung	24
Erster Brief. Die Einschätzung der gegenwärtigen Lage	25
Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)	39—77
Der Klassencharakter der jüngsten Revolution	41
Die Außenpolitik der neuen Regierung	42
Die eigenartige Doppelherrschaft und ihre klassenmäßige Bedeutung	44
Die Eigenart der Taktik, wie sie sich aus dem Vorhergehenden ergibt	47

Die revolutionäre Vaterlandsverteidigung und ihre klassenmäßige Bedeutung	49
Wie kann man den Krieg beenden?	51
Der neue Staatstypus, der sich in unserer Revolution herausbildet	52
Das Agrarprogramm und das Nationalitätenprogramm	56
Die Nationalisierung der Banken und Syndikate der Kapitalisten	58
Die Lage in der Sozialistischen Internationale	59
Der Zusammenbruch der Zimmerwalder Internationale. — Eine dritte Internationale muß gegründet werden	66
Wie muß der wissenschaftlich richtige und die Klärung des Klassenbewußtseins des Proletariats politisch fördernde Name unserer Partei lauten?	70
Nachwort	75
Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats	79—92
Vorwort zur zweiten Auflage	81
Rede an die Soldaten auf einem Meeting des Ismailowo-Regiments, 10. (23.) April 1917	93—95
Eine schamlose Lüge der Kapitalisten	96—97
Der Krieg und die Provisorische Regierung	98—100
In den Fußtapfen der „Russkaja Wolja“	101—103
Der Lügenbund	104—107
Banken und Minister	108
Eine wichtige Enthüllung	109
An die Soldaten und Matrosen	110—112
Gegen die Pogromhetzer. An die Arbeiter, die Soldaten und die gesamte Bevölkerung Petrograds	113—116
Bürger! Begreift, worin die Methoden der Kapitalisten aller Länder bestehen!	117—119
„Freiwillige Vereinbarung“ zwischen Gutsbesitzern und Bauern? ..	120
Eine ehrliche Stimme im Chor der Verleumder	121—122
Die Soldaten und der Grund und Boden	123—124
Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B), 14.—22. April (27. April bis 5. Mai) 1917	125—153

1. Referat über die politische Lage und die Stellung zur Provisorischen Regierung, 14. (27.) April	127
2. Schlußwort zum Referat über die politische Lage, 14. (27.) April	134
3. Zwei Entgegnungen in der Diskussion zur Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung, 15. (28.) April	138
4. Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung ..	140
5. Zwei Entgegnungen in der Diskussion über die Frage der Kommunalwahlen, 22. April (5. Mai)	142
6. Resolution über die Kommunalfrage	144
7. Entwurf einer Resolution über die Stellung zu den Parteien der Sozialrevolutionäre, der Sozialdemokraten (Menschewiki), zur Partei der sogenannten „fraktionslosen“ Sozialdemokraten und zu anderen verwandten politischen Strömungen	146
8. Entwurf einer Resolution über den Krieg	148—153
I	148
II	149
III	151
Der Kongreß der Bauerndeputierten	154—157
Zur Rückkehr der Emigranten	158
Unsere Ansichten. Antwort auf eine Resolution der Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten	159—163
Wie sie sich an die Kapitalisten gebunden haben	164—166
Über die proletarische Miliz	167—170
Zusammenbruch?	171
Resolution des ZK der SDAPR(B) vom 20. April (3. Mai) 1917 über die Krise anläßlich der Note der Provisorischen Regierung vom 18. April (1. Mai) 1917	172—173
Aufruf an die Soldaten aller kriegführenden Länder	174—176
Die Note der Provisorischen Regierung	177—179
Eine Grundfrage (Wie Sozialisten urteilen, die auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen sind)	180—183
Mit Heiligenbildern gegen Kanonen, mit Phrasen gegen das Kapital ..	184—185
Die Logik des Bürgers W. Tschernow	186

Mißglückte Versuche des Herrn Plechanow, sich aus der Affäre zu ziehen	187—188
Resolution des Zentralkomitees der SDAPR(B), angenommen am 21. April (4. Mai) 1917	189—191
Die ehrlichen Vaterlandsverteidiger heute	192—194
Wahnsinnige Kapitalisten oder schwachsinnige Sozialdemokraten?	195—196
Der Ratschlag oder Befehl Schingarjows und der Ratschlag eines örtlichen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten	197
Resolution des Zentralkomitees der SDAPR(B), angenommen am Morgen des 22. April (5. Mai) 1917	198—200
Die Lehren der Krise	201—204
Wie verwirrt man eine klare Frage?	205—207
Was die Kapitalisten und was die Proletarier unter „Schmach“ verstehen	208—209
Interview mit E. Torniainen am 23. April (6. Mai) 1917	210
Unkluge Schadenfreude	211—212
Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz), 24.—29. April (7.—12. Mai) 1917	213—306
1. Eröffnungsrede, 24. April (7. Mai)	215
2. Referat zur politischen Lage, 24. April (7. Mai)	216
3. Schlußwort zum Referat über die politische Lage, 24. April (7. Mai)	233
4. Rede über den Plan der Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz, 25. April (8. Mai)	236
5. Resolution zu dem Vorschlag von Borgbjerg	240
6. Rede über die Stellung zu den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. April (8. Mai). Kurzer Zeitungsbericht	244
7. Entwurf zu den Thesen der Resolution über die Sowjets	245
8. Rede zur Resolution über den Krieg, 27. April (10. Mai)	248
9. Resolution über den Krieg	262—265
I	262
II	263
III	264
10. Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung	266

11. Referat zur Frage der Revision des Parteiprogramms, 28. April (11. Mai)	269
12. Resolution über eine Revision des Parteiprogramms	272
13. Referat zur Agrarfrage, 28. April (11. Mai)	274
14. Erwiderung an N. S. Angarski während der Diskussion über die Agrarfrage, 28. April (11. Mai)	280
15. Resolution zur Agrarfrage	282
16. Resolution über die Vereinigung der Internationalisten gegen den kleinbürgerlichen Block der Vaterlandsverteidiger	286
17. Resolution über die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten	287
18. Rede über die nationale Frage, 29. April (12. Mai)	289
19. Resolution zur nationalen Frage	295
20. Rede über die Lage in der Internationale und die Aufgaben der SDAPR(B), 29. April (12. Mai)	297
21. Rede zur Resolution über die gegenwärtige Lage, 29. April (12. Mai)	298
22. Resolution über die gegenwärtige Lage	302
23. Schlußrede bei Beendigung der Konferenz, 29. April (12. Mai)	306
Einleitung zu den Resolutionen der Siebenten Gesamttrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz)	307—310
Die Bedeutung der Verbrüderung	311—313
Wohin die konterrevolutionären Schritte der Provisorischen Regierung führen	314—316
Sozialchauvinisten und Internationalisten	317—318
I. G. Zereteli und der Klassenkampf	319—323
Unruhe	324—325
„Krise der Macht“	326—328
Finnland und Rußland	329—332
Brief an die Redaktion	333
Verteidigung des Imperialismus, bemäntelt mit süßlichen Phrasen	334—336
Ein trauriges Dokument	337—340
Wie dem Volke mit dem Bürgerschreck Angst gemacht wird	341—343
Am Vorabend	344
Die Hauptsache vergessen (Die Kommunalplattform der Partei des Proletariats)	345—348

Auftrag für die in den Betrieben und Regimentern zu wählenden Deputierten zum Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten	349—351
Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital oder Klassenkampf gegen das Kapital?	352—354
Eine feste revolutionäre Staatsmacht	355—357
Der Neugeborenen..., der „neuen“ Regierung zum Angebinde	358—360
Die „neue“ Regierung bleibt bereits nicht nur hinter den revolu- tionären Arbeitern, sondern auch hinter der Masse der Bauern- schaft zurück	361
Sie wollen uns zuvorkommen	362—364
Offener Brief an die Delegierten des Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten	365—369
„Faktischer Waffenstillstand“	370—373
Geheimnisse der Außenpolitik	374—376
Einer der Geheimverträge	377—378
Ministerieller Ton	379
Ein Napoleon wird gesucht	380
Es hat sich nichts geändert	381
Ein trauriges Abweichen vom Demokratismus	382—384
Über die Einberufung einer internationalen „sozialistischen“ Kon- ferenz unter Teilnahme der Sozialchauvinisten	385
Rede auf einer Kundgebung der Putilow-Werke, 12. (25.) Mai 1917. Kurzer Zeitungsbericht	386
Die Partei des Proletariats bei den Wahlen zu den Bezirksdumas	387—389
Was unsere Partei vor der Revolution über den Krieg erklärt hat	390—391
Der wirtschaftliche Zusammenbruch droht	392—394
Krieg und Revolution. Lektion am 14. (27.) Mai 1917	395—420
Verachtenswerte Methoden	421—422
Die unvermeidliche Katastrophe und die maßlosen Versprechungen	423—429
(Erster Artikel)	423
(Zweiter Artikel)	426
Zur Frage der Vereinigung der Internationalisten	430—431
Konfusion (Noch einmal über Annexionen)	432—434
Kampf gegen die Zerrüttung durch Vermehrung von Kommissionen	435
Noch eine Abweichung vom Demokratismus	436—437

Wie schüchtern die Kapitalisten das Volk ein?	438—440
Noch ein Verbrechen der Kapitalisten	441—442
Lügen, nichts als Lügen	443
Brief an die Redaktion	444
Ist die Doppelherrschaft verschwunden?	445—448
Über die „eigenmächtige Besitzergreifung“ des Bodens (Schlechte Argumente der „Sozialrevolutionäre“)	449—453
Materialien zur Revision des Parteiprogramms	455—481
1. Vorwort zu der Broschüre „Materialien zur Revision des Par- teiprogramms“	457
2. Entwurf zur Abänderung des theoretischen, des politischen Teils und einiger anderer Teile des Programms	459
3. Einige Erwägungen zu den Bemerkungen der Kommission der Gesamtrussischen Aprilkonferenz	465
4. Zum Entwurf der Umarbeitung des Programms	467
Erster Gesamtrussischer Kongreß der Bauerndeputierten, 4.—28. Mai (17. Mai—10. Juni) 1917	483—508
1. Resolutionsentwurf zur Agrarfrage	485
2. Rede zur Agrarfrage, 22. Mai (4. Juni) 1917	488
Die Parteien bei den Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas	511—514
Zwei Mängel	515
Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zer- rüttung	516—518
Abmachungen mit den Kapitalisten oder Sturz der Kapitalisten? (Wie der Krieg beendet werden kann)	519—521
Die Stärke der Kette wird durch die Stärke ihres schwächsten Gliedes bestimmt	522—523
Man muß die Kapitalisten entlarven	524—525
Berichte über die wirtschaftliche Zerrüttung	526—529
„Taschenspielerkunststücke“ und Kunststücke politischer Prinzipien- losigkeit	530—531
Die Schwarzhunderter für die Kadetten — die Menschewiki und Volkstümler in einer Regierung mit den Kadetten	532—533
Der schändliche Block der Menschewiki und Volkstümler mit dem „Jedinstwo“	534—535

Die Konterrevolution geht zum Angriff über („Jakobiner ohne Volk“)	536—538
Eine grundsätzliche Frage („Vergessene Worte“ der Demokratie)	539—542
In Ermangelung einer sauberen, prinzipiellen Waffe greifen sie zu einer schmutzigen	543—544
Sitzung des Petersburger Komitees der SDAPR(B), 30. Mai (12. Juni) 1917	545—549
1. Rede zur Frage der Gründung einer Zeitung des Petersburger Komitees	547
2. Resolutionsentwürfe, vorgelegt in der Sitzung des Petersburger Komitees	549
Über die Schädlichkeit von Phrasen	550—552
Wie die Kapitalisten das Volk verhöhnen	553—556
Brief an die Bezirkskomitees der Petrograder Organisation der SDAPR (Bolschewiki)	557—560
Rede auf der I. Petrograder Konferenz der Betriebskomitees, 31. Mai (13. Juni) 1917. Kurzer Zeitungsbericht	561—562
Die Rechtfertigung einer Schmach	563—566
Ein kleinbürgerlicher Standpunkt zur Frage der wirtschaftlichen Zerrüttung	567—569
Der Splitter im Auge des anderen	570—572
Das ist nicht demokratisch, Bürger Kerenski!	573—574
Der Bolschewismus und die „Zersetzung“ der Armee	575—578
Über wen lacht ihr? Über euch selbst!	579—581
Anmerkungen	583—606
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins	607—619

ILLUSTRATIONEN

Umschlag der Broschüre W. I. Lenins „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ — 1917	40—41
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Resolutionsentwurf zur Agrarfrage“ — Mai 1917	484—485
Erste Seite der „Prawda“ Nr. 64 vom 6. Juni (24. Mai) 1917, in der W. I. Lenins Artikel „Die Parteien bei den Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas“ veröffentlicht wurde	509